



OpenDoors

Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

Weltverfolgungsindex 2017

Wo Christen am stärksten verfolgt werden



Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex.....	3
1.1.	Informationen aus erster Hand	3
1.2.	Die größte verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit	4
1.3.	Definition von Verfolgung.....	4
1.4.	Überkonfessionell	4
1.5.	Differenzierte Analyse	4
1.6.	Betroffene Lebensbereiche	5
1.7.	Schlussfolgerung	6
2.	Rangliste – Weltverfolgungsindex	7
3.	Aktuelle Trends und Entwicklungen	8
3.1.	Globale Trends	8
3.2.	Regionale Trends	9
3.3.	Positive Tendenzen	12
4.	Informationen zu den einzelnen Ländern.....	14
5.	Die Methodik hinter dem Index	306
5.1.	Grundannahmen hinter dem Weltverfolgungsindex.....	306
5.2.	Definition von Verfolgung.....	306
5.3.	Erstellung des Weltverfolgungsindex	307
6.	Open Doors in Kürze	316

1. Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex

Seit 25 Jahren ermittelt, analysiert und dokumentiert Open Doors mit dem Weltverfolgungsindex die Situation der verfolgten Christen weltweit. Der Weltverfolgungsindex ist die einzige alljährlich durchgeführte systematische Untersuchung zur Religionsfreiheit von Christen. Er dient dem Ziel, ihre konkrete Situation bestmöglich zu erfassen und die Ursachen und Hintergründe der weltweiten Christenverfolgung zu identifizieren. Das Ergebnis dient zunächst als Basis für die Planung und Priorisierung der zahlreichen Hilfsprojekte von Open Doors. Darüber hinaus wird der Weltverfolgungsindex der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, um einerseits auf die Lage der Christen aufmerksam zu machen sowie politischen und kirchlichen Entscheidungsträgern klare Anhaltspunkte für ihre Bemühungen zum Schutz verfolgter Christen und der Bewahrung der Religionsfreiheit zu liefern. Schließlich sollen mit den Informationen auch die Christen in den westlichen Ländern daran erinnert werden, ihren verfolgten Glaubensgeschwistern zur Seite zu stehen.

Der Weltverfolgungsindex (WVI) wird nach einer langjährig bewährten Methodik erstellt. Dazu gehört unter anderem ein differenzierter Fragenkatalog, der von unabhängigen Fachleuten aus drei Bereichen beantwortet wird: Analysten des WVI-Teams, Forschern und Fachleuten von Open Doors (in enger Abstimmung mit lokalen Kirchenleitern) sowie externen Experten. Die Aussagen aus diesen drei Quellen werden zusammengeführt, um die Position eines Landes auf der Rangliste zu bestimmen. Der Erstellungsprozess wird von Fachleuten und Wissenschaftlern begleitet.

1.1. Informationen aus erster Hand

Open Doors ist in ca. 60 Ländern mit stark eingeschränkter Glaubensfreiheit tätig, um verfolgte, benachteiligte und Not leidende Christen geistlich und materiell zu unterstützen. Das ist zumeist nur im Verborgenen möglich, gerade im Hinblick auf Konvertiten. Durch Teams vor Ort ist Open Doors direkt an der Seite der Christen und Untergrundgemeinden. Diese Beziehungen zu betroffenen Christen vor Ort bilden einen zentralen Bestandteil der Forschungsarbeit. Sie bilden eine wichtige Voraussetzung, die örtlichen Gegebenheiten und die Situation der verfolgten Christen in ihrem soziokulturellen, politischen und religiösen Umfeld besser zu verstehen und die Projekte auf ihre Bedürfnisse abzustimmen.

Für die Erhebungen zum Weltverfolgungsindex werden Experten und Kirchenleiter sowie Mitarbeiter vor Ort zur aktuellen Situation befragt. Die Platzierung eines Landes ergibt sich nicht nur aus bekannt gewordenen gewaltsamen Übergriffen auf Christen im Berichtszeitraum. Sie spiegelt vielmehr den grundsätzlichen Grad der Religionsfreiheit für Christen im jeweiligen Land wider und damit auch den Druck, dem Christen durch Diskriminierung, Ausgrenzung, Benachteiligung und Schikane ausgesetzt sind.

Eine Verschiebung in der Rangfolge im Index sagt nicht unbedingt etwas darüber aus, ob die Situation für Christen besser geworden ist. Durch eine Verschlechterung der Lage in anderen Ländern kommt es immer wieder dazu, dass ein Land trotz konstanter Situation «überholt» wird. Einen besseren Anhaltspunkt bietet daher die Punktebewertung.

1.2. Die größte verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit

In den 50 Ländern mit der stärksten Christenverfolgung, die im aktuellen Weltverfolgungsindex aufgelistet sind, leben ca. 4,8 Milliarden Menschen, darunter etwa 650 Millionen Christen. In zwei Dritteln der WVI-Länder stellen sie mit weniger als 5% nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung. Ihre Lage hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert. Dazu beigetragen haben

- politische Entwicklungen wie der „Arabische Frühling“ und die Bürgerkriege in Syrien und dem Irak
- die Ausweitung und das massive Auftreten islamistischer Gruppen wie dem „Islamischen Staat“ (IS)
- ein gerade in jüngster Zeit deutlich wachsender religiöser Nationalismus in den hinduistischen, buddhistischen und islamischen Ländern Asiens

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen hat Open Doors eine Neueinschätzung der Situation vorgenommen und die vor neun Jahren ermittelte Schätzung von weltweit rund 100 Millionen verfolgten Christen aktualisiert. Demnach sind mehr als 200 Millionen Christen einem hohen Maß an Verfolgung ausgesetzt und damit weiterhin die weltweit größte verfolgte Religionsgemeinschaft.

1.3. Definition von Verfolgung

Der Begriff »Verfolgung« wird international vor allem im Flüchtlingsrecht verwendet und ist definitionsoffen. Verfolgung wird von den bedrängten Menschen jeweils subjektiv erfahren. Um einen möglichst kompatiblen Verfolgungsbegriff zu haben, lehnt sich Open Doors an die Definition der Vereinten Nationen (UN) an. Das UN-Flüchtlingshilfswerk verweist in seinem Handbuch darauf, dass „eine Bedrohung des Lebens oder der Freiheit aufgrund von Ethnie, Religion, Nationalität [...] in jedem Fall als Verfolgung zu werten ist.“

Weitere Informationen hierzu unter www.opendoors.de/was-ist-verfolgung.

1.4. Überkonfessionell

Als überkonfessionelles Werk untersucht Open Doors für den Weltverfolgungsindex die Situation aller Christen ungeachtet ihrer kirchlichen Anbindung. Die langjährige Vernetzung mit Christen unterschiedlicher Konfessionen ermöglicht umfassende Einblicke und gleichzeitig die notwendige Differenzierung im Blick auf die verschiedenen Kategorien von Christen sowie die Situation der Konvertiten in einem Land.

1.5. Differenzierte Analyse

Die unterschiedlichen Ursachen und Auswirkungen von Verfolgung werden mithilfe des Fragenkataloges sehr detailliert ermittelt. Der Fragebogen kann unter www.weltverfolgungsindex.de eingesehen werden. Open Doors berücksichtigt bei der Bewertung der einzelnen Länder sowohl die Zahl der Christen in Relation zur Gesamtbevölkerung als auch die unterschiedliche Intensität von Verfolgung nach geografischen Regionen und einzelnen Kategorien von Christen. Besonders bei Flächenländern oder Staaten mit traditionellen bzw. etablierten Kirchen herrschen in diesen Bereichen oft große Unterschiede.

Mit Hilfe dieser Vorgehensweise sollen auch irrtümliche Annahmen vermieden werden, die häufig anzutreffen sind. Ein Beispiel: Je mehr Übergriffe auf Christen in einer Region geschehen, umso stärker ist die Verfolgung. Was wie eine logische Schlussfolgerung scheint, entspricht nicht unbedingt der Wirklichkeit. Christliche Konvertiten auf den Malediven werden beispielsweise von Freunden, Nachbarn, Angehörigen und der Regierung so massiv unter Druck gesetzt, dass sie ihren Glauben weder ausüben noch überhaupt darüber sprechen können. Sie werden geistlich regelrecht erstickt, während Übergriffe wie Misshandlungen, Gefängnis oder Deportation sehr selten vorkommen, weil sie schlicht unnötig sind. Der soziale Druck ist so übermächtig, dass dies, insbesondere auf längere Sicht, eine viel wirksamere Form der Verfolgung sein kann als Gewalt. Die zweite falsche Annahme: Diejenigen, die am meisten Gewalt gegen die Kirche ausüben, sind gleichzeitig die Hauptverfolger. Mitglieder der Boko Haram in Nordnigeria zum Beispiel versuchen durch Bombenanschläge und die Ermordung von Pastoren die Kirche regelrecht zu zerschmettern. Doch für die meisten Christen droht die größte Gefahr von der seit den 1980er-Jahren langsam und stetig voranschreitenden Islamisierung, die alle Gesellschaftsbereiche durchdringt. Plötzlich sind Christen Bürger zweiter Klasse in einem Land, in dem sie einst zu Hause und willkommen waren und das ihnen nun mit Feindseligkeit begegnet.

1.6. Betroffene Lebensbereiche

Der Fragenkatalog folgt der Annahme, dass ein Christ sein Leben mit Gott in fünf sich überschneidenden Lebensbereichen lebt. Die Antworten zu den fünf Bereichen werden ausgewertet und in einer Ergebnisliste zusammengefasst. Durch die Analyse der Lebensbereiche versuchen wir, das Umfeld und die Lebenswirklichkeit verfolgter Christen in den verschiedenen Ländern besser zu verstehen.



1. **Privatleben:** Jeder Mensch hat das Recht auf ein geschütztes Privatleben. Im Bereich der Menschenrechte spricht man hier von der Gedanken- und Gewissensfreiheit, im Bereich der Religionsfreiheit vom »forum internum«. Können Christen zu Hause ungestört beten oder in der Bibel lesen? Müssen sie unangemeldete Hausbesuche mit Konsequenzen fürchten?



2. **Familienleben:** Jeder Mensch ist Teil einer Familie. Neben der individuellen Privatsphäre ist dieser Bereich der persönlichste von allen. Versuchen Staat oder Angehörige, einen Christen innerhalb seiner Familie an der Ausübung oder Weitergabe seines Glaubens zu hindern? Besonders für Christen muslimischer Herkunft, aber auch für andere Konvertiten ist diese Form der Verfolgung oft extrem belastend.



3. **Gesellschaftliches Leben:** Jeder Mensch lebt innerhalb eines sozialen Umfeldes mit bestimmten Eigenarten. Besonders in Ländern, wo die Zugehörigkeit zu einem Stamm oder einer ethnischen Gruppe große Bedeutung hat, kann dies für Christen zu Problemen führen. Können sich Christen im täglichen Leben ungehindert bewegen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, z.B. den Dorfbrunnen nutzen? Nehmen lokale Behörden oder einflussreiche Persönlichkeiten – etwa lokale religiöse Führer – den Glauben der Christen zum Anlass, sie zu diskriminieren, zu bedrohen oder gar die übrige Gemeinschaft gegen sie aufzuhetzen?



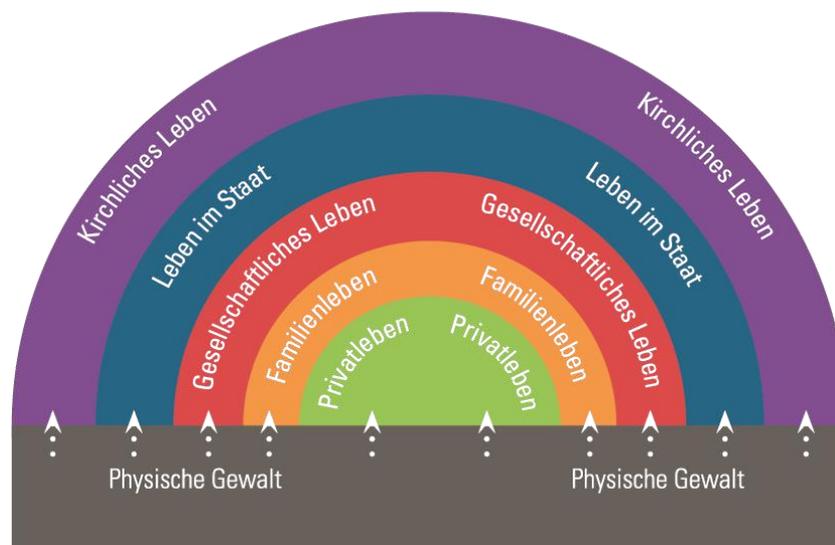
4. **Leben im Staat:** Jeder Mensch lebt in einem Staat. In diesem Bereich werden Fragen nach der Rolle der Zentralregierung und der Provinzregierungen untersucht: Kontrollieren sie das Leben ihrer Bürger? Sind Christen frei und können ungehindert an der Zivilgesellschaft und am öffentlichen Leben teilhaben? Werden Christen zu Bürgern zweiter Klasse degradiert? Kommt es im Bereich der Gesetzgebung oder der Rechtsprechung zu Einschränkungen der Glaubensfreiheit?



5. **Kirchliches Leben:** Ein Christ ist normalerweise Teil einer Kirche oder einer Untergrundgemeinde. Haben die Christen die Freiheit, ihren Glauben in einer Gemeinschaft zu praktizieren? Wie stark sind die Einschränkungen? In den Menschenrechtsdebatten hat gerade der gemeinschaftliche Aspekt einen hohen Stellenwert, wenn es um die Ausübung der Glaubensfreiheit geht.



Ein weiterer und entscheidender Abschnitt des Fragenkatalogs betrifft das Thema »**physische Gewalt**«. Hier fließen Fragen aus allen der genannten fünf Lebensbereiche ein, bei denen es um gewaltsame Übergriffe gegen Christen aufgrund ihres Glaubens geht. Durch das gesonderte Betrachten dieses Bereiches wird vermieden, dass einzelne mitunter spektakuläre Gewaltakte das Gesamtbild der herrschenden Verfolgung verzerren und dadurch der tatsächliche Grad der Verfolgung nicht richtig wiedergegeben wird.



1.7. Schlussfolgerung

Der Open Doors Weltverfolgungsindex stellt keine Statistik dar, in der verfolgte Christen hinter nackten Zahlen verschwinden. Jeder Einzelne von ihnen soll in seinem Leid wahrgenommen werden und Trost und Ermutigung erfahren. Der Weltverfolgungsindex will Anstoß zum Gebet und zur weiteren Unterstützung für alle verfolgten Christen sein.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

2. Rangliste – Weltverfolgungsindex

Berichtszeitraum: 1. November 2015 – 31. Oktober 2016

Platz	Land	2017							2016		
		Privat-leben	Familien-leben	Gesellschaftliches Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Auftreten von Gewalt	SUMME PUNKTE	PUNKTE GERUNDET	Platz	Punkte
1	Nordkorea	16,667	15,385	16,427	16,667	16,667	9,815	91,628	92	1	92
2	Somalia	16,667	15,385	15,385	16,667	16,667	10,185	90,956	91	7	87
3	Afghanistan	16,667	16,427	15,145	15,625	14,844	10,556	89,264	89	4	88
4	Pakistan	14,792	14,023	14,183	14,974	13,125	16,667	87,764	88	6	87
5	Sudan	13,854	14,423	14,583	15,625	15,469	13,334	87,288	87	8	84
6	Syrien	14,375	14,263	14,664	14,584	14,896	13,704	86,486	86	5	87
7	Irak	15,104	14,904	15,465	15,104	15,209	10,370	86,156	86	2	90
8	Iran	14,063	14,343	14,744	15,625	16,459	10,185	85,419	85	9	83
9	Jemen	16,667	15,305	14,503	16,341	16,615	5,926	85,357	85	11	78
10	Eritrea	15,208	14,503	15,705	16,016	15,312	5,000	81,744	82	3	89
11	Libyen	14,792	13,221	14,102	15,430	15,208	5,371	78,124	78	10	79
12	Nigeria	11,250	11,458	13,461	12,826	12,448	16,112	77,555	78	12	78
13	Malediven	15,000	15,145	13,702	16,146	15,729	0,741	76,463	76	13	76
14	Saudi-Arabien	14,896	13,622	14,183	15,300	16,459	1,667	76,127	76	14	76
15	Indien	11,250	11,218	12,019	13,737	11,250	13,519	72,993	73	17	68
16	Usbekistan	15,209	10,818	12,100	12,826	15,677	4,259	70,889	71	15	70
17	Vietnam	12,188	7,692	11,859	14,323	13,594	11,111	70,767	71	20	66
18	Kenia	12,188	11,218	12,420	9,831	13,073	9,630	68,360	68	16	68
19	Turkmenistan	14,896	10,016	12,741	12,826	15,104	1,111	66,694	67	19	66
20	Katar	13,438	12,901	11,779	13,542	14,427	0,370	66,457	66	21	65
21	Ägypten	9,849	10,789	10,091	9,759	8,116	16,112	64,716	65	22	64
22	Äthiopien	10,417	10,417	10,417	12,044	11,719	9,260	64,274	64	18	67
23	Palästinensergebiete	12,292	12,821	11,779	11,654	13,334	2,222	64,102	64	24	62
24	Laos	11,667	8,013	13,061	12,956	14,792	3,148	63,637	64	29	58
25	Brunei	14,896	14,183	10,016	9,896	13,490	1,111	63,592	64	25	61
26	Bangladesch	11,771	9,696	11,859	9,310	8,386	12,222	63,244	63	35	57
27	Jordanien	13,229	12,741	11,459	10,938	12,917	1,481	62,765	63	27	59
28	Myanmar	9,167	9,856	12,821	10,352	11,198	9,074	62,468	62	23	62
29	Tunesien	12,083	13,381	10,577	10,807	11,666	2,963	61,477	61	32	58
30	Bhutan	11,250	11,138	12,500	11,393	12,552	2,037	60,870	61	38	56
31	Malaysia	10,729	13,862	11,298	12,826	9,740	2,037	60,492	60	30	58
32	Mali	10,729	11,138	11,298	9,766	12,083	4,259	59,273	59	44	55
33	Tansania	10,104	10,336	10,737	10,156	10,364	7,408	59,105	59	36	57
34	Zentralafrikanische Republik	9,375	9,615	9,615	9,375	10,208	9,815	58,003	58	26	59
35	Tadschikistan	12,604	10,337	9,696	10,547	12,552	1,852	57,588	58	31	58
36	Algerien	12,917	13,061	7,933	11,589	10,417	1,667	57,584	58	37	56
37	Türkei	11,771	9,135	9,455	10,612	7,813	8,519	57,305	57	45	55
38	Kuwait	13,125	11,619	11,459	10,287	10,521	0	57,011	57	41	56
39	China	10,313	7,532	7,692	9,961	12,813	8,519	56,830	57	33	57
40	Dschibuti	11,979	11,378	10,977	9,636	11,719	1,111	56,800	57	28	58
41	Mexiko	7,188	6,330	11,218	8,073	9,323	14,444	56,576	57	40	56
42	Komoren	11,667	10,737	10,096	9,766	13,229	0,926	56,421	56	39	56
43	Kasachstan	12,188	8,894	9,295	11,003	13,386	1,296	56,062	56	42	55
44	Vereinigte Arabische Emirate	13,646	12,340	10,898	9,505	9,063	0	55,452	55	47	55
45	Sri Lanka	9,792	7,692	10,657	10,482	9,584	6,667	54,874	55	neu	neu
46	Indonesien	9,584	9,856	10,978	8,919	8,542	6,852	54,731	55	43	55
47	Mauretanien	10,938	10,016	10,977	11,393	10,677	0,556	54,557	55	neu	neu
48	Bahrain	12,709	11,619	9,295	11,068	9,740	0	54,431	54	48	54
49	Oman	12,188	11,459	10,337	8,008	11,198	0,185	53,375	53	50	53
50	Kolumbien	7,292	7,612	11,939	8,464	7,656	10,185	53,148	53	46	55

■	Höhere Platzierung und höhere Punktzahl
■	Höhere Platzierung aber gleiche Punktzahl
■	Gleiche Platzierung aber höhere Punktzahl
■	Gleiche Platzierung und gleiche Punktzahl
■	Niedrigere Platzierung aber höhere Punktzahl
■	Niedrigere Platzierung aber gleiche Punktzahl
■	Niedrigere Platzierung und niedrigere Punktzahl
■	Neu auf der Liste in 2017

Erläuterung zum Punktesystem:

In jedem der sechs Bereiche werden zwischen 0 Punkte (= völlige Freiheit) und 16,667 Punkte (= massivste Verfolgung) vergeben, insgesamt also maximal 100 Punkte pro Land. Die tatsächlich erreichte Punktzahl eines Landes ist unter „SUMME PUNKTE“ aufgelistet und bestimmt die Platzierung.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

3. Aktuelle Trends und Entwicklungen

Auch im Jahr 2016 hat sich die Minderheit der traditionellen christlichen Gemeinschaften im Nahen und Mittleren Osten durch eine systematische Vertreibung weiter reduziert. Dabei spielen islamistische Regime und Netzwerke, die ihre Einflussbereiche weltweit ausbauen, eine zentrale Rolle. Die Gemengelage ist und war aufgrund wechselnder Koalitionen mitunter unübersichtlich. Während sich weltweit sunnitische islamistische Netzwerke wie Boko Haram, Al Shabaab und größere Teile der Taliban in ihrem Kampf für die Islamisierung der Welt dem IS unterworfen haben, kämpfen mit dem sunnitischen Saudi-Arabien und dem schiitischen Iran zwei traditionell verfeindete islamistische Regime gemeinsam gegen den zunehmenden Einfluss des IS. Doch gleichzeitig stehen sie in einem Wettstreit um die Vormachtstellung im Mittleren Osten. Verstärkt wird dieser Konflikt noch durch die unterschiedlichen Interessenslagen von Russland und den westlichen Staaten unter Führung der USA. Die im Wesentlichen durch die Vielzahl islamistischer Kräfte existentiell bedrohte christliche Gemeinschaft in der Region ist zwischen alle Fronten geraten. Die demokratischen Staaten, die sich teilweise auf ihre christlichen Werte berufen, haben in dem Konflikt die besondere Schutzbedürftigkeit der christlichen Minderheit aus den Augen verloren. Trotz ihrer tiefen Verwurzelung im Nahen Osten droht den traditionellen Christen damit die völlige Vertreibung aus der Region.

Eine weitere Ursache für den gestiegenen Verfolgungsdruck auf Christen ist die deutliche Zunahme von religiös motiviertem Nationalismus. Mit Aufrufen zur Bewahrung der eigenen kulturellen Identität sprechen islamistische, hinduistische und buddhistische Regime und Gruppen den Christen und anderen religiösen Minderheiten die Daseinsberechtigung ab. Dazu gehören auch Anti-Konversionsgesetze, die nur diejenigen bestrafen, die zu einem anderen Glauben als dem der Religionsmehrheit konvertieren oder dazu aufrufen. Da gerade in diesen Ländern die christlichen Gemeinschaften durch eine Vielzahl von Konversionen wachsen, werden Christen noch stärker als Bedrohung angesehen und verfolgt.

Christen stellen in den Ländern, in denen sie ein besonders hohes Maß an Verfolgung erleiden, nur eine kleine Minderheit dar. Dennoch sind sie weltweit die größte verfolgte Glaubensgemeinschaft. Das Ausmaß und die Intensität der gegenwärtigen Verfolgung von Christen haben weiter zugenommen. Einige Beobachter versuchen, die Ermordung von Christen und die Zerstörung von Kirchen allein auf ethnische, wirtschaftliche und politische Konflikte zurückzuführen. Diese Faktoren spielen zwar auch eine Rolle, eine Reduzierung darauf lässt jedoch die ursächliche Bedeutung der Religion für die Verfolgung von Christen außer Acht.

3.1. Globale Trends

Mit Ausnahme des vom Krieg zerrütteten Jemen liegen die Länder mit den deutlichsten Verschlechterungen in Asien. Dazu zählen neben Indien auch Laos, Bangladesch, Vietnam und das kleine Bhutan.

Dennoch bleibt islamische Unterdrückung die beherrschende Triebkraft für Christenverfolgung. Die meisten der 50 Länder auf dem Index liegen im Nahen Osten und in Nordafrika. In acht der ersten zehn, in 14 der 20 höchstplatzierten und in 35 der 50 insgesamt aufgeführten Länder ist islamische Unterdrückung der Antrieb der Verfolgung.

Selbst in Ländern, deren Machthaber mit harter Hand gegen muslimische Extremisten vorgehen, wie Ägypten (Rang 21), stehen Christen unter großem Druck. Die Gesamtpunktzahl der 50 Länder auf dem Weltverfolgungsindex, die für das gesamte Ausmaß der Verfolgung steht, ist das vierte Jahr in Folge gestiegen: von 3299 im Jahr 2016 auf 3355 im Jahr 2017 – ein deutliches Indiz dafür, dass die Christenverfolgung weltweit an Dynamik gewonnen hat.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen hat Open Doors seine vor neun Jahren ermittelte Schätzung von weltweit rund 100 Millionen verfolgten Christen aktualisiert. Die Zahl der Christen, die einem hohen Maß an Verfolgung ausgesetzt sind, liegt demnach weltweit bei über 200 Millionen.

3.2. Regionale Trends

Religiös motivierter Nationalismus in Asien nimmt zu

Religiös motivierter Nationalismus hat seit den 1990er-Jahren immer stärker an Einfluss gewonnen. Diese Entwicklung hat maßgeblich zur Verfolgung von Christen beigetragen und kam vor allem in Asien zum Tragen. Besonders deutlich wurde dies in Indien, nachdem der Hindu-Fundamentalist Narendra Modi im Mai 2014 einen deutlichen Wahlsieg erzielen konnte. Zwischen den Jahren 2004 und 2014 hatten die Hindu-Nationalisten keine Regierungsverantwortung, doch sie nutzten die Zeit für eine starke Ausbreitung in den ländlichen Gebieten Indiens, wo die Bevölkerungsmehrheit lebt. Zehntausende Extremisten wurden dazu ausgebildet, Schulen zu leiten mit dem Ziel, ganze Familien zu radikalieren. Diese Strategie zeigt Wirkung. Mittlerweile berichten christliche Organisationen in Delhi jeden Monat von durchschnittlich 40 Übergriffen, bei denen Pastoren verprügelt, Kirchen niedergebrannt und christliche Konvertiten schikaniert werden. Allein im vergangenen Jahr wurden mindestens acht Christen wegen ihres Glaubens ermordet. Der für Indien zuständige Mitarbeiter des Open Doors-Forschungsteams weist jedoch darauf hin: „Es geht nicht nur um Gewalt. Wir stellen eine Einschränkung der Freiheit in allen Bereichen der indischen Gesellschaft fest, während extremistische Hindus vonseiten der Regierung praktisch Narrenfreiheit genießen.“ Die indische Kirche ist riesig: 64 Millionen Christen leben im Land, von ihnen sind 39 Millionen unmittelbar von Verfolgung betroffen.

Nicht übersehen sollte man auch buddhistisch motivierten Nationalismus. Christen in Bhutan werden von der Regierung nicht einmal als wirkliche Bhutaner anerkannt. Bei der Einführung eines neuen elektronischen Ausweissystems wurden Teile der christlichen Minderheit einfach übergangen, was zu zahlreichen Fällen von Diskriminierung führte. Buddhistisch geprägter Nationalismus brachte auch Sri Lanka zurück in den Kreis der 50 Länder auf dem Weltverfolgungsindex. In China hat die Sorge vor ausländischem Einfluss dazu geführt, dass neue Regeln eingeführt wurden, verbunden mit einer Warnung an die Christen, vor „feindseligen ausländischen Kräften“ auf der Hut zu sein. Ein in Peking lebender ausländischer Christ äußerte im November: „Früher besuchten mich die Behörden einmal pro Jahr; mittlerweile ist ihre Besorgnis derartig gestiegen, dass ich jetzt zweimal pro Woche Besuch bekomme.“

Zunehmend verunsicherte asiatische Regierungen reagieren mit nationalistischen Tendenzen

Das Bedienen nationalistischer Ressentiments ist immer eine Möglichkeit, von der unsichere Regierungen Gebrauch machen. Vietnam hat eine neue Regierung, Malaysias Staatschef steht wegen Korruptionsvorwürfen unter Druck und der chinesische Regierungschef Xi Jinping hat selbst im Bereich der Religion nationalistische Tendenzen geschürt. So riet er seinen Untergebenen, wenn man schon einer Religion angehören müsse, solle man doch bitte eine chinesische wie den Konfuzianismus ausprobieren – ein geschickter Schachzug, denn der Konfuzianismus ist keine Religion im klassischen Sinne, sondern eine Sammlung moralischer Verhaltensregeln. Bei keinem einzigen asiatischen Land hat sich gegenüber dem Vorjahr die Index-Punktzahl verringert. In den meisten Ländern Asiens postulieren Regierungen eine Verbindung zwischen Religion und Zugehörigkeit zum Staat, so etwa, dass man Buddhist sein müsse, um ein vollwertiger Bürger Sri Lankas zu sein; ein „echter“ Malaysier sei ein Muslim. Laos wird von einer Regierung beherrscht, die mit allen Mitteln versucht, an der Macht zu bleiben. Das geht zu Lasten christlicher Stammesangehöriger, die von zwei Seiten Verfolgung erleiden: sowohl von ihren Stammesgenossen als auch durch die Regierung. In Vietnam wurden im Berichtszeitraum drei Christen getötet. Mit Ausnahme der Philippinen bilden Christen in allen asiatischen Ländern eine Minderheit, aber selbst in dem Inselstaat werden christliche Konvertiten auf dem muslimisch dominierten Mindanao verfolgt. Viele in Schwierigkeiten geratene Regierungen betrachten ein hartes Vorgehen gegen Christen offenbar als probates Mittel, um sich die Gunst ihrer Wähler zu sichern.

Wachsende Islamisierung südlich der Sahara

Islamistische Aufstände in den afrikanischen Staaten südlich der Sahara sind seit Jahren in den Schlagzeilen, besonders durch das brutale Vorgehen solcher Gruppierungen wie Al Shabaab und Boko Haram. Die letztgenannte wird von der UN für Afrikas derzeit größte humanitäre Krise verantwortlich gemacht: Acht Millionen Menschen sind als Resultat ihrer Angriffe vom Hunger bedroht. Die Krise dauert an. Im vergangenen Jahr töteten Al-Shabaab-Anhänger in Somalia mindestens zehn Christen. Dabei wird oft übersehen, dass die Akzeptanz für einen militanten Islam in mehr und mehr Bereichen der dortigen Gesellschaften zunimmt. So beschränkten die Islamisten sich in der Vergangenheit darauf, einzelne Muslime anzuwerben oder ihre Unterstützung einzufordern. Mittlerweile bauen sie mit großzügiger finanzieller Hilfe aus Saudi-Arabien Netzwerke von Schulen mit extremistischer Prägung in Somalia, Kenia, Niger und Burkina Faso auf, üben Druck auf Lokalregierungen aus, verlangen Genehmigungen zum Bau von Moscheen und unterstützen eigene Bewerber für öffentliche Ämter. In den meisten dieser Länder ist die Verfolgung nicht vorrangig von Gewalt geprägt, sondern der beständige Druck in allen fünf untersuchten Lebensbereichen nimmt stetig zu (Privatleben, Familienleben, gesellschaftliches Leben, Leben im Staat, kirchliches Leben).

Kenia rangiert trotz seiner mehrheitlich christlichen Bevölkerung zum wiederholten Mal unter den ersten 20 Ländern des Weltverfolgungsindex. Islamistische Al-Shabaab-Milizen aus dem benachbarten Somalia verüben immer wieder Angriffe auf östliche Landesteile, doch auch in anderen Regionen wird der wachsende Einfluss islamistischer Kräfte immer spürbarer. Selbst in der Hauptstadt Nairobi müssen Pastoren private Sicherheitsfirmen engagieren, um mit Metalldetektoren die Eingangstüren ihrer Kirchen zu kontrollieren. Ein Analyst von Open Doors konstatiert: „Aktivitäten gewalttätiger Extremisten scheinen immer eine radikalisierte Bevölkerung zu hinterlassen.“ In den zentralen Gebieten Nigerias wurden tausende Christen durch Viehirten der islamischen Hausa-Fulani von ihrem Land verjagt. Im Sudan (Rang 5) geht der Druck direkt von der Regierung aus, deren

Präsident Omar Al Bashir seit der Abspaltung des Südsudan die Islamisierung des Landes vorantreibt. In Mali (Rang 32) kamen am 17. Dezember 2015 drei Personen ums Leben, als ein Attentäter vor einem christlichen Radiosender in Timbuktu das Feuer eröffnete. Das westafrikanische Land ist auf dem Weltverfolgungsindex 2017 um zwölf Plätze und damit stärker als alle anderen Länder vorgerückt, während der Jemen (Rang 9) den größten Zuwachs in der Punktzahl verzeichnet (von 78 auf 85 Punkte). Militante Islamisten aus Libyen schlossen sich mit Tuareg-Rebellen zusammen, um im Jahr 2012 die demokratisch gewählte Regierung Malis zu stürzen; anschließend wurden sie selbst durch eine internationale Militärintervention zurückgedrängt, doch die Lage im Land ist weiterhin sehr instabil. Überall in der Sahelregion verschlechtert sich die Situation für die Christen. Eine im August 2016 durchgeführte Untersuchung von Open Doors kommt zu dem Schluss: „Die gegenwärtige Zeit ist entscheidend für die Zukunft der Christen in der Region. Sollte die instabile Lage außer Kontrolle geraten und sollten militante Kräfte an die Macht kommen, könnten als Konsequenz die noch hier lebenden Christen entweder getötet oder vertrieben werden.“

Der Mittlere Osten erlebt eine Polarisierung zwischen islamistischen und autokratischen Regimen

Nach dem militärischen Abzug der USA aus dem Nahen Osten im Jahr 2011 haben zwei Regionalmächte das entstandene Machtvakuum gefüllt – beides islamistische Regime: Saudi-Arabien und der Iran. Die Saudis versuchen im Jemen den Einfluss des sunnitischen Islam auszuweiten und dort mit massivem militärischem Einsatz die schiitischen Huthis zu entmachten. Das Land ist zu einem Kriegsschauplatz mit tausenden zivilen Opfern geworden, wo die Christen zwischen die Fronten geraten sind. Im vergangenen Jahr wurden vier Schwestern des Ordens „Missionarinnen der Nächstenliebe“ getötet. Der Iran hat nach Abschluss des Atomabkommens mit den USA vermehrt Christen aus Hauskirchen inhaftiert. Viele von ihnen haben durch die gegen sie verhängten drastischen Geldstrafen ihre Lebensgrundlage verloren. Derartige Entwicklungen haben jedoch immer zwei Seiten: Viele Muslime kehren sich desillusioniert vom Islam ab. Ihre Suche nach Gott im christlichen Glauben führt zu einem starken Wachstum der Gemeinschaft von Christen muslimischer Herkunft.

Andere streben zurück zu dem ursprünglichen Islam nach dem Vorbild Mohammeds und der islamischen Schriften. Extremistischen Gruppen wie der IS gehen diesen Weg und finden regen Zulauf auch von vormals moderaten Muslimen, von denen einige aus Überzeugung handeln und andere aus Angst, sonst selbst ins Visier der Gotteskrieger zu geraten. Hinzu kommen islamistische Splittergruppen, die in diesem Sog ebenfalls an Einfluss gewinnen.

Neben den islamistischen Regierungen existiert in der Region eine Gruppe autokratischer Regime wie etwa in Syrien, Ägypten und Algerien, die islamische Extremisten bekämpfen. Syrische Christen haben in von der Assad-Regierung kontrollierten Gebieten oft ähnlich viel Freiheit wie vor dem Bürgerkrieg. Die meisten von ihnen sind aus den von islamischen Aufständischen kontrollierten Bereichen geflohen. Doch selbst im vergleichsweise friedlichen Jordanien (Rang 27), wo der König bemüht ist, die Islamisten zu kontrollieren, haben die Reaktionen auf seine Anstrengungen zu einem erhöhten Druck auf die Christen geführt. Die meisten Christen im Nahen Osten sehen in autokratische Regierungen das „kleinere Übel“, da sie unter ihnen ein gewisses Maß an Schutz und Freiheit genießen. Deshalb betrachten islamistische Gruppierungen die Christen als Kollaborateure der Regierung und bekämpfen sie entsprechend.

3.3. Positive Tendenzen

Leider zeigen die Ergebnisse des aktuellen Weltverfolgungsindex keine positiven Entwicklungen. Doch trotz einer weiter zunehmenden Verfolgung berichten uns Christen vermehrt, dass ihr Glaube ihnen neue Hoffnung und die Kraft gegeben hat, auch diese augenscheinlich hoffnungslosen Situationen zu überstehen.

Christen aus dem Nordirak hoffen auf die Rückkehr in ihre Heimat

Die Tage eines vom IS geführten Kalifats im Nordirak und in Syrien scheinen gezählt. Seit der Offensive im August 2016 sind die militanten Islamisten von einer Koalition aus irakischen und ausländischen Truppen immer mehr zurückgedrängt worden. Einige der Städte und Dörfer wie Karakosch, die früher fast nur von Christen bewohnt wurden, sind bereits wieder frei. Der Kampf um die zweitgrößte Stadt des Irak, Mossul, ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichtes noch in Gang. Über 80.000 Christen mussten im Juni 2014 aus ihren Häusern fliehen und haben seitdem als Flüchtlinge in den irakischen Kurdengebieten gelebt. „Wir können es kaum erwarten, zurückzukehren“, sagte ein Christ in Erbil, um gleich anzufügen: „Wenn es so weit ist, werden wir noch entschlossener als je zuvor sein, die Freiheit zu bewahren.“ In Erbil feierten tausende junge irakische Christen im November 2016 ein „Return-Festival“, um ein Zeichen der Ermutigung und der Hoffnung an alle aus ihrer Heimat vertriebenen Landsleute zu senden. Doch während einige Christen ihre Rückkehr herbeisehnen, sehen einige ehemalige Bewohner von Städten wie Mossul dies anders: „Meine muslimischen Nachbarn haben mich verraten ... Wie kann ich jetzt einfach wieder Tür an Tür mit ihnen wohnen?“ Für andere war das Ausmaß der Zerstörung ein weiterer Schock, der die Aussicht auf eine baldige Rückkehr vorerst zunichtemachte.

Wachsende Zahl von Christen muslimischer Herkunft belebt die verfolgte Gemeinde

Weltweit steht kaum eine Gruppe von Christen vor größeren Herausforderungen als diejenigen, die vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind. Viele von ihnen müssen ihren neuen Glauben geheim halten. Die meisten sind nahezu täglich mit massiven Anfeindungen vonseiten ihrer Familien und der Gesellschaft konfrontiert. Ihr Glaube ist diesen Christen kostbar, denn sie zahlen einen hohen Preis dafür. Dies ist zum Beispiel im Iran zu beobachten, wo die schnell wachsende Zahl der Konvertiten mittlerweile die Zahl der traditionellen Christen übersteigt. Während die einen vor dem Druck der Regierung ins Ausland fliehen, wächst im Untergrund eine neue, in kleinen Hausgemeinden organisierte Kirche heran. Ähnliche Entwicklungen vollziehen sich in Indonesien, dem Land mit der weltweit größten muslimischen Bevölkerung. Hier leben immer mehr solcher Konvertiten, die in ihrem Glauben unabhängig, stark und furchtlos sind. Ihre Zahl ist schwer zu schätzen, doch sie ist bedeutend.

Christen zeigen große Hilfsbereitschaft für ihre Glaubensgeschwister im Nahen Osten

Die Not der Menschen durch die Kriege in Syrien und dem Irak löste eine Welle der Hilfsbereitschaft aus – sowohl unter den Christen vor Ort als auch bei vielen Christen weltweit. Allein Open Doors unterstützte in Spitzenzeiten mehr als 125.000 betroffene Christen in Zusammenarbeit mit Kirchen im Irak, in Syrien und den Nachbarländern, die ihre Türen für die Flüchtlinge öffneten. Sie wurden damit zum Vorbild für einige Gemeinden in europäischen Ländern, die sich ebenfalls hingebungsvoll engagierten. Eine große Spendenbereitschaft ermöglichte den Gemeinden vor Ort, die von UN-Hilfslieferungen häufig übergangen wurden, der Not der betroffenen Christen zu begegnen. Doch auch viele jesidische und muslimische Flüchtlinge profitierten von der Hilfsbereitschaft der Christen.

Dadurch wurden mehr Mauern von Vorurteilen und Berührungsängsten eingerissen als in vielen Jahren zuvor.

Im Rahmen der Flüchtlingsbewegungen nach Europa kam es auch in deutschen Asylunterkünften zu teilweise massiven religiös motivierten Übergriffen muslimischer Flüchtlinge gegen Christen. Doch nachdem ihre Situation immer stärker in die Öffentlichkeit gelangte, haben mittlerweile verschiedene europäische Parlamente die besondere Bedrohung christlicher Flüchtlinge und anderer religiöser Minderheiten thematisiert. Diese positive Entwicklung ist auch gerade den Medien zu verdanken, die über diese unhaltbaren Zustände berichteten und damit Druck auf die politisch Verantwortlichen ausübten. Es bleibt zu hoffen, dass dies auch zu konkreten politischen Ergebnissen führen wird, etwa in Form einer geänderten Abschiebep Praxis für christliche Konvertiten und eines verbesserten Schutzes von christlichen Flüchtlingen und anderen religiösen Minderheiten.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

4. Informationen zu den einzelnen Ländern



- | | | | |
|----|--------------------------------------|----|--|
| 1 | Nordkorea | 26 | Bangladesch |
| 2 | Somalia | 27 | Jordanien |
| 3 | Afghanistan | 28 | Myanmar |
| 4 | Pakistan | 29 | Tunesien |
| 5 | Sudan | 30 | Bhutan |
| 6 | Syrien | 31 | Malaysia |
| 7 | Irak | 32 | Mali |
| 8 | Iran | 33 | Tansania |
| 9 | Jemen | 34 | Zentralafrikanische Republik |
| 10 | Eritrea | 35 | Tadschikistan |
| 11 | Libyen | 36 | Algerien |
| 12 | Nigeria | 37 | Türkei |
| 13 | Malediven | 38 | Kuwait |
| 14 | Saudi-Arabien | 39 | China |
| 15 | Indien | 40 | Dschibuti |
| 16 | Usbekistan | 41 | Mexiko |
| 17 | Vietnam | 42 | Komoren |
| 18 | Kenia | 43 | Kasachstan |
| 19 | Turkmenistan | 44 | Vereinigte Arabische Emirate |
| 20 | Katar | 45 | Sri Lanka |
| 21 | Ägypten | 46 | Indonesien |
| 22 | Äthiopien | 47 | Mauretanien |
| 23 | Palästinensergebiete | 48 | Bahrain |
| 24 | Laos | 49 | Oman |
| 25 | Brunei | 50 | Kolumbien |

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Platz 1: Nordkorea

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 92 Punkten belegt Nordkorea Platz 1 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017, genauso wie im Jahr 2016. Seit Jahren gibt es keine echte Veränderung: Der Druck auf Christen bleibt in allen Lebensbereichen außergewöhnlich hoch und ist zusätzlich noch mit gewaltsamem Vorgehen gegen die christliche Minderheit verbunden.



Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung: Während Nordkorea theoretisch immer noch ein kommunistisches Land ist, überwiegt in Wirklichkeit der Personenkult. Da jedoch die kommunistische Verwaltungsstruktur des Landes erhalten geblieben ist, gilt die Kommunistische Unterdrückung nach wie vor als Haupttriebkraft der Verfolgung. Die Ergebnisse des siebten Kongresses der Koreanischen Arbeiterpartei im Mai 2016 – der erste seit 36 Jahren – waren weder wirtschaftlich noch ideologisch vielversprechend. Christen werden weiterhin als gefährlich und als „Opium für das Volk“ betrachtet – so wie es in der klassischen kommunistischen Ideologie üblich ist – und werden als feindliche Gesellschaftsklasse eingestuft.

Diktatorische Paranoia: Nordkorea ist in vielerlei Hinsicht eine Ausnahme, auch was die Triebkraft der Verfolgung von Christen betrifft. Seit 1948 wird Nordkorea von einer einzigen Familie regiert, nun in der dritten Generation. Wie bereits erwähnt ist die ursprünglich verfolgte kommunistische Ideologie in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten, obwohl der kommunistische Stil, die Gesellschaft zu kontrollieren, weiter fortbesteht. Inzwischen ist Nordkorea zu einem deutlichen Beispiel für ein Land geworden, das von Diktatorischer Paranoia beherrscht wird. Jeder muss die Führer verehren und aufgrund dieses ausgeprägten Personenkultes ist Kim Jong Un unersetzlich – nicht zuletzt, da er auch über die Arbeiterpartei, die Armee, die Verwaltung und alle Bereiche der Gesellschaft herrscht, auch wenn seine Macht nicht so absolut wie die seines Vaters oder Großvaters sein mag. Dennoch darf es niemand wagen, diese Herrschaft in Frage zu stellen. Der Personenkult um die Kim-Familie ist unvorstellbar. Ihre gottgleiche Verehrung lässt keinerlei Spielraum für eine andere Religion. Jeder, der es wagt, jemanden oder etwas neben der Kim-Dynastie zu verehren, wird als gefährlich und staatsgefährdend eingestuft. Kim Jong Un wurde als der „Große Nachfolger“ ausgerufen und als „Oberster Führer“ und „Oberster Befehlshaber der bewaffneten Streitkräfte“ eingeführt, als er die Nachfolge antrat. Darüber hinaus hält er als „Erster Staatssekretär der Koreanischen Arbeiterpartei“ die zentrale Position auf allen wichtigen Führungsebenen: Partei, Staat und Armee. Im Juni 2016 wurde die Verfassung geändert und das „Nationale Verteidigungs-Komitee“ durch das neue „Komitee für Staatsangelegenheiten“ ersetzt. Selbstverständlich hat Kim Jong Un in diesem neuen Gremium den Vorsitz. Auch wenn hier ein leichte Verschiebung weg von der starken Betonung des Militärs zu verzeichnen ist, wird sich in der Praxis nicht viel ändern. Der volle Titel von Kim Jong Un klingt ziemlich beeindruckend und ist nicht leicht zu merken: „Geliebter Genosse Kim Jong Un, Vorsitzender der Koreanischen Arbeiterpartei, Vorsitzender des Komitees für

Staatsangelegenheiten der Demokratischen Volksrepublik von Korea und Oberbefehlshaber der Koreanischen Volksarmee“. Das politische System des Landes gründet sich auf zwei Ideologien. Die eine heißt „Juche“ und besagt im Wesentlichen, dass der Staat vollkommen eigenständig ist. Die andere ist der „Kimilsungismus“ (abgeleitet von dem Namen des Staatsgründers Kim Il Sung), die Verehrung der Führer des Landes, die als allmächtige Instanzen die Geschicke Nordkoreas lenken. Jeder Bürger muss an den wöchentlichen Sitzungen teilnehmen, bei denen alle Bürger jeder Altersklasse ideologisch geschult und indoktriniert werden. Die Teilnahme an selbstkritischen Sitzungen ist verpflichtend und laut Berichten legt das Regime darauf immer größeren Wert. Von der herrschenden Ideologie abweichende Ideen zu entwickeln, seien sie religiöser oder anderer Natur, ist nicht erlaubt. Das strenge System gesellschaftlicher Kontrolle führt zu einer starken Selbstzensur und Selbstkontrolle bezüglich dessen, was man und zu wem man es sagt, selbst in den privatesten und familiären Beziehungen.

Aktuelle Einflüsse

Als Kim Jong Un nach dem Tod seines Vaters im Dezember 2011 die Macht übernahm, bestand die Hoffnung, das Land würde sich öffnen und die wirtschaftlichen, sozialen und diplomatischen Bedingungen würden sich verbessern. Diese Hoffnungen haben sich jedoch nicht erfüllt. Auch wenn sich das Land nach außen offener präsentiert, so ist doch der Führungsstil unverändert geblieben. Dass sich Kim Jong Un weiterhin mehr in der Öffentlichkeit zeigt, als es sein Vater tat, darf nicht mit einer Öffnung des Landes verwechselt werden. Kim Jong Un versucht seine Macht durch unvorhersehbare Säuberungen und selbst auferlegte Isolation zu festigen. Er befindet sich jetzt schon im fünften Regierungsjahr und hat noch keinen einzigen ausländischen Staat bereist noch wurde er seinerseits von einem ausländischen Staatsoberhaupt besucht.

Obwohl die meisten Nordkoreaner nicht mehr unter Hungersnot leiden wie in den 1990er-Jahren, bleibt die Grundversorgung aufgrund der geografischen Lage des Landes und der Witterungsbedingungen eine Herausforderung. Hunger ist ein Feind, der Tag für Tag bekämpft werden muss. Ein Großteil der Bevölkerung ist unterernährt und der Anteil unterentwickelter Kinder ist sehr hoch. Die Situation verschlimmert sich zusehends, da das sich Regime weigert, mit internationalen Organisationen zu kooperieren und ihnen Zugang zu den betroffenen Gebieten zu gewähren. Auf der anderen Seite hat sich die wirtschaftliche Situation des Landes leicht verbessert, da das Regime ein gewisses Maß an Privatwirtschaft zulässt. Natürlich ist dies noch lange keine freie Marktwirtschaft, aber es lässt den Menschen etwas mehr Handlungsspielraum.

Zu viel sollte man sich nicht von dieser Entwicklung erhoffen, wie es der siebte Kongress der Koreanischen Arbeiterpartei im Mai 2016 deutlich machte. Ausländische Beobachter erwarteten die Ankündigung von Reformen, ganz besonders im Wirtschaftssektor, aber sie wurden enttäuscht. Da der Parteikongress zum ersten Mal seit 36 Jahren stattfand, lag der Fokus des Regimes darauf, die Ideologie und die vorherrschende Rolle der Partei und des Führers neu zu betonen, und führte letztlich dazu, dass wirtschaftliche und andere Themen mehr oder weniger vernachlässigt wurden. Der im Vorfeld angekündigte „Fünfjahresplan“ und die Durchführung einer „70-tägigen Arbeits- und Produktionsbeschleunigung“ ließ Kommentatoren von einem neo-orthodoxen und konservativen sozialistischen Ansatz zu sprechen (zusammengefasst als „Rückkehr zu einer neuen Normalität“). Die Christen würden möglicherweise von einer verbesserten wirtschaftlichen Lage profitieren, so wie jeder andere Staatsbürger. Viele von ihnen haben Mühe, ihre Grundversorgung zu sichern; sie

gehören vornehmlich zu den ärmeren Gesellschaftsschichten. Ein weiteres Problem stellt für sie der allgegenwärtige Einsatz von Bestechungsgeldern dar, da dies gegen ihre christlichen Überzeugungen verstößt.

In einer Zeit internationaler Sanktionen wird es immer schwerer, an ausländische Devisen heranzukommen, sodass das Land weiterhin mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird. Während sich Nordkorea in der Vergangenheit stark auf die Unterstützung durch seinen großen Nachbarn China verlassen konnte, ist dies in der jüngsten Vergangenheit schwieriger geworden. Im fünften Jahr seiner Regierung hat Kim Jong Un noch immer keinen Antrittsbesuch in China gemacht. Die Abkühlung der Beziehung zwischen den beiden Nationen wurden öffentlich sichtbar, als China im September 2015 mit einer der größten militärischen Paraden der letzten Jahrzehnte das 70. Jubiläum zum Ende des 2. Weltkriegs, den sogenannten „Siegstag“, feierte. Präsident Xi Jinping stand neben einem Koreaner, allerdings nicht neben Kim Jong Un, sondern der damaligen südkoreanischen Präsidentin Park Geun-hye, während die nordkoreanische Delegation ca. 30 Meter davon entfernt platziert wurde. Es wäre jedoch ein Fehler zu glauben, dieses deutliche Zeichen des Missfallens Chinas würde bedeuten, dass China die strategische Wichtigkeit von Nordkorea gering schätzen würde. Die Situation wird sich zwar nicht verbessern, wenn Nordkorea weiterhin Raketentests durchführt und atomare Sprengköpfe entwickelt. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, dass China die Beziehung zu Nordkorea in der unmittelbaren Zukunft beenden wird, obwohl offensichtlich ist, dass China mit dem momentanen Kurs nicht zufrieden ist. Kim Jong Un nahm auch kein Blatt vor den Mund, als er die momentane Entwicklung Chinas in seiner Eröffnungsrede beim siebten Parteikongress anprangerte, indem er sagte: „Obwohl der dreckige Wind der bürgerlichen Freiheit, Reformen und Aufgeschlossenheit in unserer Nachbarschaft weht, werden wir den Geist des Songun (militärische Macht zuerst) mit Waffen beflügeln und auf dem Pfad des Sozialismus, den wir gewählt haben, voranschreiten.“ Das sind starke Worte in Anbetracht der Tatsache, dass China die einzige Staatsmacht ist, auf die sich Nordkorea noch stützen kann. Diese kühle Haltung dem letzten Verbündeten gegenüber kann nur so verstanden werden, dass man Gefallen findet an der zunehmenden Isolation.

Eine weitere Möglichkeit, an ausländische Devisen heranzukommen, ist, Wanderarbeiter ins Ausland zu entsenden, auch nach Europa. Doch diese Praxis ist für das Regime ebenfalls eine Herausforderung. So liefen im April 2016 13 nordkoreanische Kellnerinnen, die in nordkoreanischen Restaurants in China arbeiteten, über. Berichten zufolge entsandte das Regime 300 Agenten nach Südkorea mit dem Befehl, in einem „Akt der Vergeltung“ südkoreanische Staatsbürger zu entführen. Es wäre nicht das erste Mal gewesen, dass das Regime solche Maßnahmen ergriffen hätte, und dies könnte auch Christen gefährden. Während des Berichtszeitraums ist auch das Desertieren von Führungskadern ein großes Problem geworden: Ein leitender Angestellter des Geheimdienstbüros lief im Frühling 2016 über; ein hochrangiger Diplomat, der in London stationiert war, mit seiner Familie im August 2016.

Die Flucht selbst wird grundsätzlich schwieriger, weil China seine Grenzen zunehmend mit Zäunen absichert. Für die meisten Grenzübertritte werden Sicherheitsbeamte bestochen, auch wenn dies schwieriger und höchstwahrscheinlich auch teurer geworden ist. Nichtsdestoweniger kamen zum ersten Mal seit 2013 mehr Nordkoreaner in Südkorea an. Die Beziehung zu Südkorea hat sich weiter verschlechtert. Die Südkoreaner kündigten an, ihre Lautsprechersendungen nach Nordkorea ab Januar 2016 mit noch mehr Lautsprechern als zuvor durchzuführen. Dies war eine Folge der gewaltsamen Auseinandersetzung mit Nordkorea im August 2015, als Landminen in der

entmilitarisierten Zone explodierten und zwei südkoreanische Soldaten lebensgefährlich verletzt wurden.

Diese Patt-Situation offenbart zwei Hauptfakten: Südkorea hat sein Wort gehalten (das es gegeben hatte, nachdem Nordkorea die Fregatte „Cheonan“ 2010 versenkte), auf zukünftige Angriffe mit Entschlossenheit zu antworten. Dementsprechend feuerte Südkorea Artillerie in nordkoreanisches Gebiet. Zweitens ist keine der beiden Parteien wirklich an einer ernsthaften Eskalation interessiert. Dies zeigt sich darin, dass Südkoreas militärische Antwort mehr als eine Stunde nach dem Vorfall erfolgte, was den nordkoreanischen Soldaten die Möglichkeit zum Rückzug ließ. Als der Norden ultimativ forderte, grenzüberschreitende Propaganda einzustellen, reagierte der Süden Berichten zufolge mit der Nachfrage, welcher Zeitzone gefolgt werden solle. Dies war eine Anspielung auf die Entscheidung Nordkoreas, die eigene Uhrzeit um 30 Minuten zu verschieben, um keine gemeinsame Zeitzone mit Japan zu haben. Die Tatsache, dass Nordkorea verstärkt ideologische Schulungen durchführt und anscheinend ins Inland gerichtete Lautsprecher installiert hat, um den Bemühungen Südkoreas entgegen zu wirken, ist keine Überraschung. Insgesamt gesehen sind solche Zeiten der starken Spannungen mit dem Süden immer auch Zeiten erhöhter Propaganda und stärkerer ideologischer Kontrollen. Dies führt immer auch zu erhöhtem Druck auf Christen.

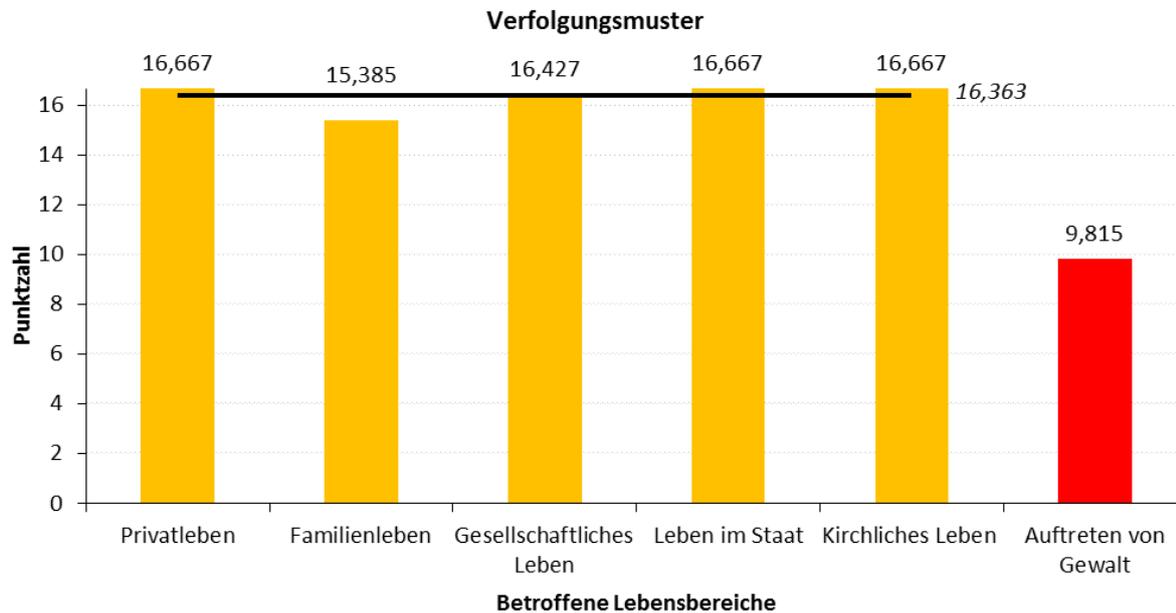
Betroffene Kategorien von Christen

Da es in Nordkorea weder Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten noch protestantische Freikirchen gibt, gehören alle Christen zu einer der beiden nachfolgenden Gruppen und erleben die stärkste nur vorstellbare Verfolgung:

Christen aus traditionellen Kirchen, die es bereits vor dem Koreakrieg (1950–1953) gab. Während viele Christen im Krieg starben oder aber in den Süden flohen, sind andere geblieben. Sie und ihre Nachkommen bilden diese Gemeinden. Jeder Bürger wird in ein Klassensystem eingeordnet, das „Songbun“ genannt wird. Nach dieser Einstufung gehören Christen zur „feindlichen Klasse“ und werden nochmals in zwei Unterklassen unterteilt, die „37“ für protestantische Christen und die „39“ für katholische Christen. Diesen Klassen gehören Christen an, deren Eltern oder Großeltern Christen waren. Als Strafe für das falsche „Songbun“ wurden die meisten in abgelegene Dörfer verbannt. Nur wenigen dieser historisch gewachsenen christlichen Gemeinden ist es gelungen, ihren Glauben zu verbergen und Untergrundkirchen zu gründen. Aufgrund der „Verbundenheit-durch-Schuld“-Ideologie sind die Nachkommen dieser Christen mit unüberwindbaren gesellschaftlichen und anderen Hindernissen konfrontiert und werden misstrauisch beobachtet.

Christliche Konvertiten mit kommunistischem Hintergrund oder die zuvor die ehemaligen Staatsführer Kim Il Sung und Kim Jong Il verehrten: Viele Nordkoreaner kamen in den 1990er-Jahren zum Glauben, als während der großen Hungernot unzählige Menschen die Grenze zu China überquerten und bei Kirchen Hilfe fanden. Nachdem sie nach Nordkorea zurückgekehrt waren, blieben sie ihrem neu gefundenen Glauben treu.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Nordkorea

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Nordkorea:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen bleibt weiterhin extrem hoch (16,363 Punkte), im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2016 hat sich praktisch nichts verändert (16,368).
- In allen Lebensbereichen wird ein extrem hohes Maß an Druck ausgeübt, in den Bereichen „Privatleben“, „Kirchliches Leben“ und „Leben im Staat“ wurde die Maximalpunktzahl vergeben. Das Verfolgungsmuster reflektiert die Realität eines Staates, der schon lange Zeit und in allen Bereichen der Gesellschaft von Diktatorischer Paranoia beherrscht wird. Wahrscheinlich gibt es kein anderes Land auf der Welt, für das der Begriff „Paranoia“ zutreffender wäre – in Nordkorea ist alles davon betroffen.
- Die Wertung für Gewalt ist mit 9,815 Punkten sehr hoch geblieben (genau wie im Weltverfolgungsindex 2016). Dass die Wertung nicht noch höher ist, ist vielleicht überraschend, aber man sollte nicht außer Acht lassen, dass es (außer den fünf Showkirchen in Pjöngjang) in Nordkorea keine Kirchen gibt – insofern können auch keine Kirchen zerstört werden.

Privatleben: Angesichts der geschilderten Situation verwundert es nicht, dass die Verfolgung im Privatleben den Höchstwert erreicht. Es ist äußerst gefährlich, die Bibel zu lesen oder seinen christlichen Glauben auf welche Art auch immer zu zeigen. Bibeln und andere Materialien werden sorgfältig versteckt und nur dann hervorgeholt, wenn man sich absolut sicher sein kann, dass man alleine ist. Sich mit anderen Christen zu treffen, ist höchst gefährlich, mit nicht-christlichen Familienmitgliedern oder anderen über den Glauben zu sprechen, ist nahezu unmöglich. Allen Familienmitgliedern wird beigebracht, dass sie gegenüber der Kim-Familie zu uneingeschränkter

Loyalität verpflichtet sind. Aufgrund dieser eingeforderten Loyalität und dem großen Druck sind sogar Kinder bereit, ihre Eltern zu verraten (wie es Berichte immer wieder zeigen), sodass Eltern nicht einmal wagen, ihren Kindern von ihrem Glauben zu erzählen.

Familienleben: Die extrem hohe Wertung wird durch einen Kommentar sehr gut zusammengefasst: „Kindern wird der Name Kim Il Sung beigebracht, bevor sie die Namen ihrer Eltern lernen.“ Wenn Christen entdeckt werden, verlieren sie alles. Sie werden nicht nur verhört, um ihre Netzwerke aufzuspüren, sondern ihre Familien werden auch aufgrund des Prinzips der Sippenhaft festgenommen und müssen Jahre des Elends in Arbeitslagern erleiden. Jeder, der in verborgene religiöse Aktivitäten verwickelt ist und entdeckt wird, erlebt Diskriminierung, Inhaftierung, Willkür, Verschleppung, Folter und/oder öffentliche Hinrichtung. Christlichen Eltern ist es schier unmöglich, ihre Kinder im christlichen Glauben zu erziehen. Nicht nur, dass sie es kaum wagen, sie müssten zudem gegen die wöchentliche Indoktrinierung ankämpfen, die bereits im Kleinkindalter beginnt. Christliche Hochzeiten, Beerdigungen oder das Abendmahl öffentlich zu feiern, ist unmöglich, ebenso wie christliche Taufen.

Gesellschaftliches Leben: Jeder Nordkoreaner steht unter strikter sozialer Kontrolle, da sich Nordkorea der alten kommunistischen Methode der Nachbarschaftswache, „Inminban“ genannt, bedient. Alles, was in einem Häuserblock geschieht, wird von speziell ausgebildeten Nachbarn berichtet, sodass tatsächlich keine Aktivität, kein Besuch, keine Abweichung vom Normalen unbemerkt bleibt. Kindern von Christen wissen daher meist nichts vom Glauben ihrer Eltern, da die meisten Eltern ihre Kinder (wenn überhaupt) erst dann einweihen, wenn diese älter sind. Wenn sie davon wissen, müssen sie sehr vorsichtig sein, den Glauben nicht zu zeigen, da dies schnell zu einer Anzeige führt und davon die ganze Familie betroffen ist. Ähnliche Vorsicht ist am Arbeitsplatz, zu Hause und besonders in allen Selbstkritik-Sitzungen geboten, deren Zahl und Umfang Berichten zufolge zugenommen hat. Dies zeigt den zunehmenden Druck seitens des Staates sowie das Vertrauen auf die Ideologie.

Leben im Staat: Wie bereits erwähnt, folgt Nordkorea der Juche-Ideologie und dem Kimilsungismus/Kimjongilismus und alles steht in Zusammenhang mit diesen Ideologien. Medienberichte gegen Christen sind verzerrt und nicht repräsentativ, wenn es denn überhaupt Berichte gibt. Christen können niemals eine faire Gerichtsverhandlung erwarten. Dementsprechend ist die Punktzahl in diesem Lebensbereich nahe am Maximum. Nordkoreanische Polizeibeamte machen regelrecht Jagd auf Bürger, die sich während ihres Aufenthalts in China zum christlichen Glauben bekehrt haben oder christliche Literatur, vor allem Bibelteile, nach Nordkorea zu schmuggeln versuchen. Jeder ertappte und zurück nach Nordkorea gebrachte Flüchtling wird ausführlichen Verhören unterzogen. Allen vorliegenden Berichten zufolge gehören dazu auch Fragen wie: „Hast du in China Christen getroffen?“ und: „Hast du in China eine Kirche besucht?“ Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2017 waren nordkoreanische Geheimagenten sogar in China aktiv. Trotz weiterer Einschränkungen zur Verhinderung von Grenzübertritten ist die Zahl der Nordkoreaner, die in Südkorea ankommen, zum ersten Mal seit 2013 leicht angestiegen. Dazu gab es Fälle wie den des hochrangigen Diplomaten, der in London stationiert war und mit seiner Familie im August 2016 übergelaufen ist. Solche Fälle sind maßgeblich verantwortlich für eine Zunahme der Paranoia und erschweren das Leben der nordkoreanischen Christen und anderer Bürger noch mehr; das Leben wird noch komplizierter und die Kontrolle nimmt weiter zu.

Kirchliches Leben: In Nordkorea können schlichtweg keine Kirchen bestehen. Es gibt fünf von der Regierung kontrollierte Kirchen in Pjöngjang, die internationalen Gästen Religionsfreiheit vorspielen sollen. Eine der Kirchen ist katholisch, drei sind protestantisch und eine ist russisch-orthodox. Die Kirchen können nicht als wirkliche christliche Gemeinden funktionieren, da sie sich nur innerhalb der von der Regierung gesteckten Grenzen bewegen dürfen. Abgesehen davon ist es nicht möglich, auf legalem Weg christliche Materialien zu produzieren oder zu importieren oder christliche Organisationen ins Leben zu rufen. Eine legale Ausbildung von Leitern und Jugendleitern ist unmöglich.

Auftreten von Gewalt: Die Verfolgung in Nordkorea bleibt sehr gewalttätig, wobei das Ausmaß der Gewalt aufgrund erheblicher Schwierigkeiten in der Dokumentation wohl tatsächlich deutlich höher ist, als die Wertung für diesen Bereich ausdrückt: nicht alle Gewalttaten werden berichtet und Berichte aus den Strafgefangenenlagern sind nur schwer zu erhalten. Außerdem kann man in einem Land, in dem es außerhalb der Showkirchen keine Kirchengebäude gibt, auch keine Kirchen zerstören. In einem sehr ungewöhnlichen Fall wurde Pastor Han Choong Yeol von einer vierköpfigen Einheit, bestehend aus nordkoreanischen Geheimagenten, am 30. April 2016 in der chinesischen Grenzstadt Chiangbai ermordet. Am meisten schockierend an diesem Fall ist nicht die Ermordung an sich, sondern dass sie so öffentlich geschah, während das nordkoreanische Regime sonst in der Vergangenheit Ermordungen so unauffällig wie möglich zu handhaben versuchte. Der koreanisch-kanadische Pastor Hyeon Soo Lim, der im Land Nothilfe leistete (wie er das bereits über hundertmal zuvor getan hatte), wurde im Dezember 2015 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, weil er angeblich das Regime stürzen und einen „religiösen Staat“ errichten wollte. Dies verdeutlicht das Verständnis des Regimes und seine Paranoia im Hinblick auf Christen. Ein weiterer koreanisch-amerikanischer Pastor, Dong-cheol Kim, wurde festgenommen und im April 2016 zu zehn Jahren Haft verurteilt. Daneben gab es weitere Ermordungen und Festnahmen sowie Entführungen und andere Gewalthandlungen Christen gegenüber.

Die Anzahl der Christen, die ermordet oder inhaftiert werden, scheint zuzunehmen. Verdeutlicht wird das durch die ungewöhnlich scharfe Reaktion des Regimes auf die übergelaufenen nordkoreanischen Frauen in China (siehe 3. Aktuelle Einflüsse). Für die gleichen Anschuldigungen wurden zuvor nur ein bis drei Jahre Haft auferlegt, jetzt aber werden sie zu zehn Jahren Haft oder sogar zu einer Hinrichtung verurteilt. Die Strafe für aus China abgeschobene Christen wurde ebenfalls angehoben: Sie werden als Spione und Staatsfeinde betrachtet und entsprechend wegen Hochverrats verurteilt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Verfolgung durch kommunistische Unterdrückung, vermischt mit diktatorischer Paranoia, wird durch eine verstärkte Betonung der Ideologie der Eigenständigkeit des Landes sowie durch zunehmende Isolation geschürt, wie durch die Raketen- und Nuklearwaffentests deutlich wird. Dies bedeutet, dass auch die Verfolgung von Christen nicht nachlassen wird.

Am bedeutsamsten für das Regime ist die Beziehung zu China, von dem es wirtschaftlich stark abhängig ist. Es kann sich nicht leisten, von China preisgegeben zu werden. Obwohl die Unzufriedenheit Chinas mit Nordkorea wächst, gibt es einige Gründe, weshalb China Nordkorea

weiter unterstützen wird. Zum einen ist es absolut nicht vorhersehbar, was zu erwarten ist, wenn das Kim-Regime kollabiert. Des Weiteren stellt sich die Frage, ob die nukleare Bedrohung durch Nordkorea nicht auch für China und die regionale Stabilität eine potentielle Gefahr darstellt. Wenn es in irgendeiner Form zu einer Wiedervereinigung kommen sollte, ist es sehr wahrscheinlich, dass US-amerikanische Truppen direkt an der chinesischen Grenze stationiert werden. Die Bereitschaft Südkoreas, das Raketenabwehrsystem der US-Armee (THAAD) aufzubauen, könnte weitere Spannungen hervorrufen – und zwar nicht nur mit den USA, sondern auch mit China.

Die größte Herausforderung des Landes ist die Frage, wie angesichts zunehmender Sanktionen ausländische Devisen ins Land kommen. Am 28. Mai 2016 hat die Organisation „Menschenrechte für Nordkorea“ einen Bericht namens „Gulag, Inc – die Verwendung von Zwangsarbeit für die Exportindustrie Nordkoreas“ veröffentlicht, worin die Erfolge des Regimes in diesem Sektor hervorgehoben werden. Ein anderer, für die Europäische Union potenziell beschämender Bericht, wurde am 23. Mai 2016 durch das Magazin VICE veröffentlicht, dort wurde Polen als Gastgeberland für viele nordkoreanische Wanderarbeiter entlarvt. Nordkorea führt auch den Weltsklaverei-Index an. Diese Berichte verdeutlichen die Rücksichtslosigkeit des Regimes von Kim Jong Un. Wenn bereits loyale Bürger so behandelt werden, ist nur zu gut vorstellbar, wie Angehörige der feindlichen Klasse behandelt werden, zu der auch die Christen gehören.

Kim Jong Un hat noch keine Auslandsreisen unternommen, obwohl er das Land bereits seit fünf Jahren regiert. Will er der Tradition und der Höflichkeit folgen, müsste er China als Erstes besuchen. Geschähe dies, könnte man auf eine sich verbessernde Beziehung zu China schließen, was für die Christen sehr nachteilig wäre; gerade weil China jeden aus Nordkorea Flüchtenden zurückschickt, obwohl China das Flüchtlingsabkommen der Vereinten Nationen unterzeichnet hat und obwohl China die Flüchtenden ohne Kosten und Mühen weiter nach Südkorea schicken könnte.

Es gibt einige Anzeichen dafür, dass sich die Verfolgung der Christen in Nordkorea in der Zukunft weiter verschlimmern wird:

- Die Entführung und Festnahmen von südkoreanischen und chinesischen Christen und Missionaren in China nehmen zu.
- Die Grenzen werden stärker bewacht und die Bestrafung der nach China geflohenen und repatriierten Staatsbürger wird härter.
- Die Bemühungen des nordkoreanischen Regimes, jede Möglichkeit der Ausbreitung des Christentums auszumerzen, nehmen zu.

Die sich wiederholenden Nukleartests, zunehmende Wirtschaftssanktionen seitens der UN und das Überlaufen hochkarätiger Beamter werden mit aller Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass das nordkoreanische Regime seine Kontrollmethoden innerhalb des Landes verbessert und die Paranoia noch verstärkt wird.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 2: Somalia

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 91 Punkten belegt Somalia Platz 2 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Verstrickt in einen langjährigen Bürgerkrieg, gesellschaftliche Zersplitterung, Stammeskonflikte und Extremismus, befindet sich das Land einmal mehr unter den ersten zehn Ländern des WVI, ja sogar nur einen Punkt von Platz 1 entfernt. Die hohe Punktzahl für Somalia ergibt sich aus einem Anstieg von gewaltsamen Übergriffen, für den es zwei Ursachen gibt: Erstens werden in den ländlichen Gebieten Christen schnell Opfer von Übergriffen vonseiten der Dschihadisten und Stammesoberkeiten, die dafür ungestraft bleiben. Zweitens werden Christen, vor allem jene mit muslimischem Hintergrund, im ganzen Land von Familie, Gemeinschaft und Behörden ins Visier genommen.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkkräfte der massiven Christenverfolgung in Somalia sind „Islamische Unterdrückung“ und „Ethnisch begründete Anfeindungen“. Auch „Organisiertes Verbrechen und Korruption“ sind präsent und stark mit den Aktivitäten von Al Shabaab verknüpft.

Islamische Unterdrückung: Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Somalia sind Muslime und die Gesellschaft erwartet, dass jeder Somalier Muslim ist. Zudem bekräftigen islamische Geistliche in Moscheen und Koranschulen sowie Leiter der Al Shabaab öffentlich, dass in Somalia kein Platz für den christlichen Glauben, Christen oder Kirchen sei. Der Islam ist laut Verfassung Staatsreligion. Die Regierung verbietet Christen, Weihnachten zu feiern. Wer dies dennoch tun möchte, muss dabei sehr diskret vorgehen. Hinzu kommt als gewalttätiger, nicht-staatlicher Akteur die militant-islamistische Gruppe Al Shabaab, die einen wahhabitischen Islam propagiert und für die Anwendung der Scharia in allen Lebensbereichen in Somalia steht. Das beinhaltet auch die gezielte Hinrichtung von Somaliern, die verdächtigt werden, zum Christentum übergetreten zu sein. Es gibt auch ausländische Kämpfer im Land. Die Islamische Unterdrückung ist jedoch nicht allein auf die Milizen beschränkt. Christen muslimischer Herkunft erleiden starke Verfolgung ebenfalls durch ihre engere und erweiterte Familie sowie durch die gesamte Gesellschaft.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die somalische Gesellschaft wird von Stammesdenken und Clan-Strukturen beherrscht. Diese Prägung bestimmt auch die Art, in der das Land regiert wird. Al Shabaab basiert ebenfalls auf Stammesstrukturen und nutzt diese, um Informationen zu sammeln, Mitglieder zu rekrutieren und ihre Ideologien zu verbreiten. Diese Strukturen dienen der Miliz auch dazu, Scheiche und Imame zu zwingen, den Dschihad zu lehren; tun sie dies nicht, droht ihnen Vertreibung oder Tod. Da für die meisten Somalier und Stammesführer jeder Somalier Muslim sein muss, wird der Übertritt zum Christentum als Verrat an Familie und Stamm gesehen. Besteht der

Verdacht eines solchen Übertritts, sind die Betroffenen Schikanen und Einschüchterungen von Familienmitgliedern und Stammesführern ausgesetzt oder werden sogar ermordet.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: In Somalia herrscht im Grunde Gesetzlosigkeit. Die Zentralregierung kontrolliert nur einige Städte, während sich die ländlichen Gebiete unter der Kontrolle von Al Shabaab befinden. Kämpfer nehmen Zoll und Steuern ein und finanzieren ihre Operationen durch illegalen Handel. Diese Situation bringt Christen in eine äußerst schwierige Lage, da sie keinerlei Schutz erfahren. 2015 wurde Somalia auf dem Korruptionsindex von Transparency International auf Platz 167 (von 168 erfassten Ländern) als das weltweit zweitkorrupteste Land aufgeführt.

Aktuelle Einflüsse

Der extremistische Islam ist kein neues Phänomen in Somalia. 1899 richtete Mohammed Abdullah Hassan den Derwisch-Staat (ein islamischer Staat sunnitischer Prägung) auf. Er entschied, ein Kalifat aufzubauen, nachdem er somalischen Waisen begegnet war, die Katholiken geworden waren, was Hassan als Verrat an der somalischen Kultur und dem Glauben ansah.

Der Islam war in Somalia bereits vor der Verbreitung des christlichen Glaubens fest etabliert. Die kolonialen Eingriffe Italiens und Großbritanniens hatten schweren Widerstand gegen den christlichen Glauben zur Folge. Außerdem beruht die Gesellschaftsstruktur auf Clanzugehörigkeit. Somalias Stammessystem – die informelle Regierungsform des Landes – widersteht modernen staatlichen Regierungsmodellen und ist zudem dauerhafter als jede formelle staatliche Struktur. In ihren Anstrengungen, die allgemeine Sicherheit und Staatsführung in größtmöglicher Harmonie mit den Clans zu gestalten, hat die offizielle Regierung die Themen bürgerliche Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit ignoriert. Laut Freedom House beispielsweise sind Versammlungs- sowie Religions- und Glaubensfreiheit in Somalia stark eingeschränkt. Die Verbreitung christenfeindlicher Einstellungen innerhalb des Stammessystems wird von der Regierung toleriert. Diese Einstellungen spiegeln sich auch deutlich in der Verfassung von Somalia wider.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das Aufkommen einer neuen gewaltsamen Form des extremistischen Islam. Seit dem Sturz von Siad Barre 1991 wurde Somalia zu einem sicheren Hafen für muslimische Dschihadisten, was zu erhöhter Gewalt und Intoleranz gegen Christen nicht nur innerhalb des Landes, sondern in der ganzen Region führte. Christen in Somalia bekommen keine Gerichtsverhandlung, noch nicht einmal die Chance, „nur“ in ein Arbeitslager zu kommen. Der bloße Verdacht einer Abkehr vom Islam führt zu ihrer raschen öffentlichen Hinrichtung. Auch die Angriffe, die Al Shabaab gegen Christen in Kenia durchführte, gingen von somalischem Staatsboden aus. Das Leben für Christen muslimischer Herkunft in Somalia ist wesentlich härter als in anderen Ländern, die für Christenverfolgung bekannt sind. Eine weitere militante Gruppe, die versucht, in Somalia Wurzeln zu schlagen, ist der sogenannte „Islamische Staat“ (IS). Der IS hofiert Al Shabaab, um diese dazu zu bewegen, sich von Al Kaida loszusagen und sich dem sogenannten Kalifat anzuschließen. Im April 2016 bekannte sich der IS zu Anschlägen auf Truppen der Afrikanischen Union.

Ein weiterer Faktor für Verfolgung ist, dass sich das jetzige Regime zu etablieren beginnt. Die somalische Regierung wurde im August 2012, nach Ende des Mandats der Übergangsregierung, eingesetzt. Gestärkt durch militärische Gewinne der Truppen der Afrikanischen Union gegen Al

Shabaab begann die Regierung, sich zu festigen. Für die Freiheit von Christen gab es jedoch keine Verbesserung. Die provisorische Verfassung schränkt die Religionsfreiheit ein und zeigt einmal mehr, wie rückschrittlich die Situation in Somalia ist. Beispielsweise war unter der vorherigen Übergangscharta Apostasie (Abfall vom islamischen Glauben) keine Straftat, wohingegen die jetzige Übergangsverfassung Apostasie explizit verbietet. Außerdem hat die Regierung, um die Stämme zu besänftigen und deren Unterstützung zu gewinnen, immer wieder unmissverständliche Richtlinien herausgegeben, wie beispielsweise im Dezember 2015 das Verbot, Weihnachten zu feiern, denn ein christliches Fest habe „nichts mit dem Islam zu tun“.

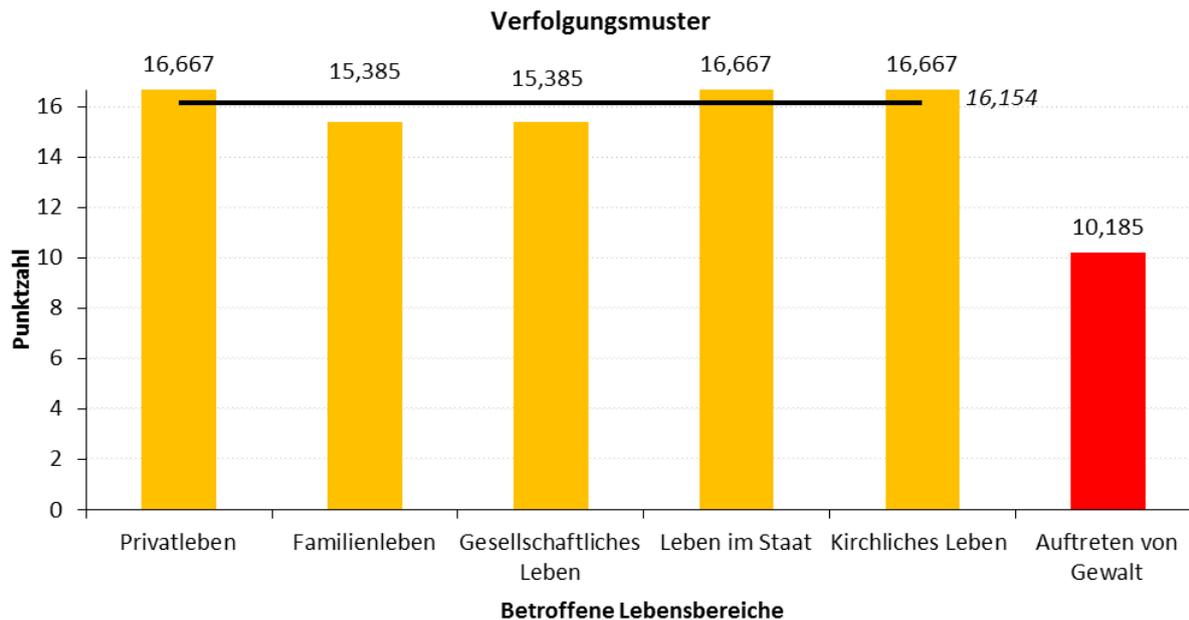
Betroffene Kategorien von Christen

Zurzeit gibt es zwei Kategorien von Christen in Somalia, wovon aber nur eine, wie im Folgenden erklärt, bei der Analyse der Verfolgung berücksichtigt wird.

Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten: Der Druck und die Gewalt im Land haben zu einem beinahe vollständigen Rückzug ausländischer Christen geführt. Es gibt eine christliche Gemeinschaft von Offizieren der Friedenstruppe der Afrikanischen Union (AMISOM). Dort wird den Soldaten und ausländischen Gastarbeitern auch ein Gottesdienst angeboten, jedoch werden diese Christen nicht in die Analyse der Verfolgungssituation miteinbezogen, da sie sich entweder nur kurzzeitig im Land aufhalten oder sich in diplomatischen bzw. militärischen Missionen befinden, was die Anwendung des allgemein verwendeten Fragebogens undurchführbar macht.

Christen muslimischer Herkunft: Christen muslimischer Herkunft sind in Somalia der schlimmsten Verfolgung ausgesetzt. Für Angehörige der Al Shabaab gelten sie als besonders hochwertiges Ziel. In der jüngsten Geschichte des Landes wurden Christen muslimischer Herkunft – oder solche, die des Übertritts auch nur bezichtigt wurden – oft umgehend ermordet, wenn sie entdeckt wurden. Im Berichtszeitraum des WVI 2017 hat sich die Lage sogar verschlechtert. Islamistische Kämpfer haben ihre Jagd auf Christen und dabei besonders auf christliche Leiter intensiviert. Mindestens 12 Christen wurden wegen des Verdachts auf Glaubenswechsel getötet. Entsprechend müssen Christen alles in ihrer Macht stehende tun, um ihren Glauben absolut geheim zu halten. Sie treffen sich in kleinen Gruppen und sind oft isoliert. Im südlichen Zentralsomalia haben die Milizen der Al Shabaab die Kontrolle über einige der wichtigsten Städte an die AMISOM-Truppen verloren. In einem taktischen Rückzug haben sie sich unter die einheimische Bevölkerung gemischt und angepasst. Al Shabaab hat in vielen ländlichen Regionen noch immer die Kontrolle, für Christen muslimischer Herkunft ist es dort besonders gefährlich.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Somalia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WWI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Somalia:

- Christen erleben in Somalia extremen Druck in allen Lebensbereichen. Der Durchschnittswert aller Lebensbereiche weist einen extrem hohen Wert auf (16,154), liegt aber nicht mehr auf dem Maximalwert (16,667), der im Berichtszeitraum des WWI 2016 erreicht wurde.
- Am stärksten ist der Druck in den Bereichen „Privatleben“, „Leben im Staat“ und „kirchliches Leben“, die alle den Maximalwert (16,667) aufweisen.
- Während Druck von der Triebkraft Islamische Unterdrückung alle Lebensbereiche betrifft, zeigt sich die Triebkraft Ethnisch begründete Anfeindungen vor allem in den Bereichen „gesellschaftliches Leben“ und „Familienleben“, die mit je 15,385 Punkten einen etwas geringeren Wert aufweisen.
- Im Bereich „Auftreten von Gewalt“ kam es zu einem Anstieg von 3,333 (WWI 2016) auf 10,185 Punkte. Die Triebkraft Organisiertes Verbrechen und Korruption sowie das Fehlen von Recht und Ordnung hat in weiten Teilen des Landes zu diesem Anstieg der Gewalt geführt.
- Insgesamt zeigt die Verfolgungssituation in Somalia ein starkes Bestreben in der Gesellschaft, den christlichen Glauben im Land auszulöschen, was an ethnische Säuberung grenzt.

Privatleben: Christen stehen in Somalia großen Schwierigkeiten gegenüber, wenn sie ihrem Glauben gemäß leben wollen. Sie müssen heimlich beten und besitzen keine christlichen Materialien oder Bilder oder tragen diese mit sich herum, da diese im Falle einer Gefangennahme als Beweismaterial gegen sie verwendet werden könnten. Ständig müssen sie den Ort des Gebets wechseln. Ihren Glaubenswechsel müssen sie nicht nur vor der Großfamilie und dem Stamm, sondern auch vor den engsten Familienmitgliedern geheim halten, da diese nicht nur dem christlichen Glauben feindselig

gegenüber stehen, sondern auch fürchten müssen, selbst des Glaubenswechsels verdächtigt zu werden. Einem Open Doors-Feldforscher zufolge wagen Christen es kaum, ihren Glauben auch nur in irgendeiner Form zu zeigen: „Es gibt ein weltweites soziales Netzwerk somalischer Christen, doch bereits einen Post dort zu ‚liken‘ bringt in Somalia ernsthafte Gefahr mit sich.“

Familienleben: Christliche Hochzeiten oder christliche Feiertage in der Familie zu begehen, ist praktisch unmöglich. Somalische Kinder sind verpflichtet, am Unterricht in Koranschulen (Medressen) teilzunehmen und christliche Eltern halten es oft für zu gefährlich, den eigenen Kindern den christlichen Glauben zu vermitteln. Christliche Konvertiten oder jene, die des Glaubenswechsels verdächtigt werden, erfahren ein hohes Maß an Diskriminierung, was das Sorgerecht für ihre Kinder, das Erbrecht oder Scheidungsfälle betrifft. Um dem zu entkommen, halten christliche Familien ihren Glauben meist so geheim wie möglich.

Gesellschaftliches Leben: Christen muslimischer Herkunft werden von den Mitgliedern ihrer Gemeinschaft auf verschiedene Weise unter Druck gesetzt. Ein Open Doors-Feldforscher erklärt: „Mutmaßliche Konvertiten erhalten einschüchternde Textnachrichten (SMS), Anrufe von ‚besorgten‘ Mitgliedern der Gemeinschaft oder sogar von Mitgliedern von Al Shabaab, die ihnen sagen, sie hätten Gerüchte über ihren Glaubenswechsel gehört oder ‚widersprüchliches‘ (nicht dem Koran entsprechendes) Verhalten beobachtet. Sollten sie sich nicht ändern, drohe ihnen der Tod.“ Um solche und ähnliche Situationen zu überleben und nicht den Zugang zu sozialer Grundversorgung und Bildung zu verlieren, müssen somalische Christen ihren Glauben verstecken. Christinnen müssen sich zudem wie muslimische Frauen kleiden, um ihren Glauben zu verbergen.

Leben im Staat: Die somalische Verfassung macht unmissverständlich klar, dass der Islam die Staatsreligion und die Scharia die Grundlage für alle Gesetze ist. Es gibt keinerlei Regelungen, dass Nicht-Muslime von der Anwendung der Scharia ausgenommen wären. Beamte auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene setzten Gesetze durch, welche die Freiheit von Christen massiv einschränken, was den Christen keine andere Wahl lässt, als sich zu verstecken.

Kirchliches Leben: Es gibt keine erkennbaren Kirchengebäude im Land. Viele Kirchen wurden in den letzten Jahrzehnten zerstört. Versuche, die katholische Kathedrale in Mogadischu wiederzueröffnen, schlugen fehl. Kurz gesagt, das kirchliche Leben ist sehr stark eingeschränkt und muss im Untergrund stattfinden. Im gesamten Land können sich Christen nur in kleinen Gruppen und heimlich treffen. Die Hauskirchen wechseln ständig ihren Standort, um der Überwachung durch Al Shabaab und den Stammesführern zu entgehen.

Auftreten von Gewalt: Somalische Christen erleben wegen ihres Glaubens gezielte Gewalt vonseiten ihrer Familie, des Stammes, der Behörden oder der Milizen. Al Shabaab hat bereits öffentlich erklärt, dass ein „christenfreies“ Somalia das Ziel ist. Im Berichtszeitraum des WVI 2017 wurden mindestens 12 Christen muslimischer Herkunft getötet. Ein Open Doors-Feldforscher wies darauf hin, wie schwierig es ist, Todesfälle von Christen zu dokumentieren, denn wenn Christen wegen ihres Glaubens ermordet werden, versuchen Familienangehörige dies zu verheimlichen: „Jedes Mal, wenn Christen angegriffen und umgebracht werden, besonders bei Terroranschlägen, wird abgestritten, dass die Betroffenen wegen ihres Glaubens ermordet wurden, damit die Überlebenden, die mit ihnen in Verbindung standen, nicht auch zur Zielscheibe von Gewalt werden“, so der Feldforscher. Im Berichtszeitraum wurden Geschäfte und Betriebe mutmaßlicher Konvertiten zerstört, mehr als 70 Christen muslimischer Herkunft mussten das Land verlassen und mehr als 50 innerhalb des Landes fliehen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Somalia ist seit 1993 auf dem Weltverfolgungsindex gelistet und wird ohne Zweifel weiterhin hoch eingestuft werden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat einmal mehr entschieden, das Mandat der Truppen der Afrikanischen Union (AU) zu verlängern. Die USA fliegen weiterhin Luftangriffe gegen Al Shabaab und deren Anführer, was deren Leiter dezimiert. Der IS wirbt weiterhin um Al Shabaab, bisher jedoch ohne großen Erfolg.

Durch die Hilfe der Truppen der AU, welche wiederum vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Rückendeckung erhalten, hat die Regierung Somalias ein weiteres Jahr überlebt. Von ihr wird die Organisation von Wahlen für das Jahr 2017 erwartet. Doch unabhängig vom Wahlergebnis werden die Triebkräfte Islamische Unterdrückung, Ethnisch begründete Anfeindungen sowie Organisiertes Verbrechen und Korruption weiter Einfluss auf das Land nehmen. Außerdem sind in der nahen Zukunft folgende Entwicklungen zu erwarten:

- Christen muslimischer Herkunft werden die Zielscheibe von Al Shabaab bleiben.
- Es ist unwahrscheinlich, dass zerstörte Kirchen wiederöffnet werden.
- Sollten die Truppen der Afrikanischen Union abziehen, würde Al Shabaab wieder erstarken, was zu einer zusätzlichen Gefahr für Christen im Inland und außerhalb des Landes führen dürfte.
- Sollten die Wahlen 2017 massive Probleme aufwerfen, würde das die Situation des Landes noch weiter verschlimmern.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 3: Afghanistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 89 Punkten steht Afghanistan auf Platz 3 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Im Jahr 2016 nahm Afghanistan mit 88 Punkten Platz 4 ein. Der Druck auf Christen ist in allen Lebensbereichen extrem hoch. Die Wertung der Kategorie Gewalt ist weiterhin sehr hoch und vergleichbar mit dem WVI 2016.



Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Die Islamische Republik Afghanistan erlaubt keine Hinwendung zum christlichen Glauben und erkennt Christen nicht an. Der Abfall vom Islam ist für Familie und Gemeinschaft eine große Schande. Deshalb verbergen Christen muslimischer Herkunft ihren neuen Glauben so gut wie möglich. Noch immer beherrschen die Taliban Teile des Landes; ihr beachtlicher Einfluss wird durch viele Angriffe und Kämpfe gegen Regierungstruppen deutlich, die in mehreren Provinzen um Macht ringen. Die neue Führung der Taliban ist noch stärker geneigt, extremistische religiöse Ansichten zu vertreten und ihre Aktionen zu verstärken, um ihre Herrschaft auszuweiten. Das führt zu einer steigenden Zahl von Todesopfern und Flüchtlingen (laut UN wurden von Januar bis September 2016 8.397 Zivilisten getötet oder verletzt und 382.371 vertrieben).

Alle afghanischen Christen sind ehemalige Muslime. Werden sie entdeckt, erleiden sie Diskriminierungen und Feindseligkeiten bis hin zur Tötung durch Familie, Freunde und Gesellschaft. Geistliche muslimische Leiter sind dabei oft die Anstifter und auch örtliche Behörden sind nicht selten involviert. Wer den Islam verlässt und entsprechend als Abtrünniger angesehen wird, befindet sich in einer extrem gefährlichen Situation.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Das Konzept einer Nation ist der afghanischen Denkweise fremd. Zuerst kommt die eigene Familie, dann der Clan, anschließend der eigene Stamm und dann die Volksgruppe – sie gelten als wesentlich wichtiger als der Staat. Sich um die Familie, das Dorf, den Stamm oder das eigene Volk zu kümmern, ist tief verwurzelt. Sollte es jemand wagen, den eigenen Stamm zu verlassen, um sich etwas Neuem und gar noch Ausländischem zu öffnen, wird enormer Druck ausgeübt, damit die Person zu den Traditionen zurückkehrt. Tut sie das nicht, gilt sie als Verräter und wird aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Dies gilt für alle Arten von Abweichung, ganz besonders aber für den christlichen Glauben. Denn er gilt als westliche Religion und wird als feindlich gegen die afghanische Kultur, Gesellschaft und dem Islam angesehen. Insofern kommt das Verlassen des Islam einem Hochverrat gleich.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Der Mangel an Exportgütern hat zu einer großen Schiefelage in der Handelsbilanz und damit zu ständiger Geldnot geführt. Erschreckende 80% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) kommen aus der Schattenwirtschaft. Korruption und organisiertes Verbrechen sind allgegenwärtig. Davon sind auch Christen betroffen, die überwiegend der armen Bevölkerungsmehrheit angehören. Eines der großen wirtschaftlichen Probleme Afghanistans ist der Anbau von und Handel mit Drogen wie Opium, denn kein anderer Ernteertrag ist so lukrativ. Im

Vergleich zum Weizen erzielt ein Bauer mit dem Anbau von Mohn den elffachen Gewinn. Daher macht der Drogenhandel etwa 15% des offiziellen BIP aus. Die Taliban sind intensiv an diesem Geschäft beteiligt. Geschätzte 70-80% der Einnahmen landen in ihren Taschen.

Das Zentrum des Mohnanbaus ist die im Süden gelegene Provinz Helmand, etwa 50% des für Mohnanbau geeigneten Bodens befinden sich dort. Dies ist auch eine Hochburg der Taliban. Im Oktober 2016 zeigte sich das UN-Büro zur Drogen- und Verbrechensbekämpfung besorgt über die im Vergleich zum Vorjahr etwa 43%ige Zunahme der Opiumproduktion in Afghanistan, eine Gesamtmenge von 4.800 Tonnen. Insgesamt haben sich die Anbauflächen für Mohn um 10% vergrößert. Es ist kein Geheimnis, dass mit dem Gewinn bewaffnete militante Gruppen unterstützt werden und die Korruption weiter angeheizt wird. Wer sich den Drogenbossen in den Weg stellt, wird aus dem Weg geräumt, eine weitverbreitete Praxis. Die Situation wird durch Drogenbarone, die in vielen Gebieten die Bewohner unterdrücken, noch schwieriger, denn immer mehr Teile des Landes geraten dadurch außer Kontrolle. Das betrifft zumeist nicht speziell Christen, denn die sind praktisch nicht erkennbar. Doch sind sie von dieser Situation ebenfalls betroffen und können von keiner Seite Hilfe erwarten.

Aktuelle Einflüsse

Afghanistan ist schon seit Jahrhunderten eine unberechenbare Region. Bevor es 1709 die Unabhängigkeit erlangte, wurde es von den Persern regiert. Der Nordwesten des Landes ist Teil des alten „Khorasan“; ein Name, der wieder Bedeutung erlangte, als militante Muslime im Januar 2015 dem „Islamischen Staat“ (IS) Treue schworen und die Einführung des „Kalifats von Khorasan“ bekanntgaben (das alte Khorasan umschloss auch Landesteile des Iran und von Pakistan). Sie kämpfen im Nordosten des Landes gegen afghanische Truppen und greifen weiterhin muslimische Minderheiten wie die schiitischen Hazara an. Das westliche Konzept eines Nationalstaats ist den Afghanen fremd. Ihre Loyalität gilt Stamm, Sprache und Volksgruppe, jedoch nicht dem Staat. Aus diesem Grund muss man jede Entscheidung des Landes aus diesen Blickwinkeln sehen. Wer in Kabul regiert, regiert noch lange nicht die Provinzen. Das erklärt zumindest teilweise die komplizierte Politik des Landes.

Seit den 1970er-Jahren wurde Afghanistan mit Kriegen überzogen und diente als Arena für das „Große Spiel“ von Nachbarstaaten und Supermächten, allen voran Pakistan, Indien, Russland, China und den USA. Für kurze Zeit gelang es den Taliban im Oktober 2015 Kundus zu erobern, die erste größere Stadt unter ihrer Kontrolle seit 2001. Durch diesen Schachzug haben die Taliban deutlich gemacht, dass immer noch mit ihnen zu rechnen ist, was auch in den großen Angriffen im Juli, August und Oktober 2016 deutlich wurde. Da auch andere militante Gruppen in Afghanistan aktiv sind, ist die steigende Zahl ziviler Opfer nicht überraschend. Im Mai 2016, weniger als ein Jahr nach der Mitteilung, dass ihr Anführer im Jahr 2013 gestorben war und für ihn nun ein Nachfolger eingesetzt wurde, mussten die Taliban einen Rückschlag hinnehmen, als ebendieser bei einem Drohnenangriff getötet wurde. Der jetzige Anführer, Mullah Haibatullah, ist als strenger Geistlicher bekannt. Seine Ernennung gibt keine Hoffnung auf einen Rückgang oder gar ein Ende der Kämpfe. Bis auf weiteres wurden alle Friedensgespräche mit den Taliban auf Eis gelegt und es ist unwahrscheinlich, dass sie in naher Zukunft wieder aufgenommen werden.

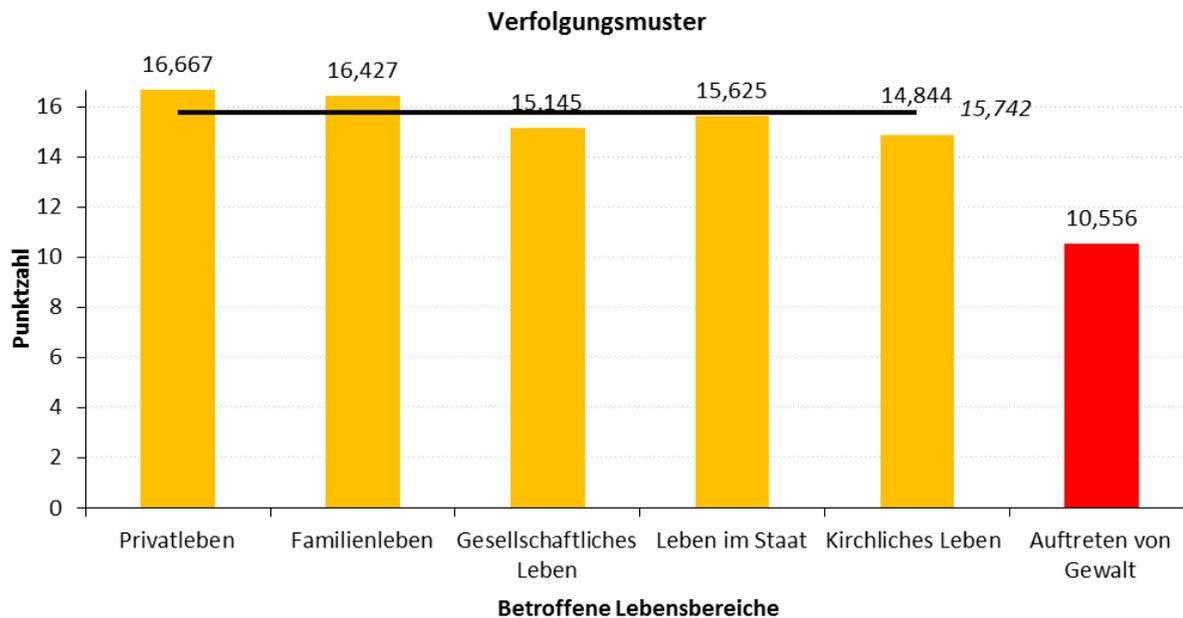
Eine weitere dauerhafte Herausforderung ergibt sich aus der Finanzierung radikaler islamistischer Gruppen. In einem Bericht aus dem Juni 2016 beschreibt „Global Witness“, wie kostbare Mineralien einigen dieser Gruppen im Norden Afghanistans finanzielle Einkünfte sichern. Weitere (besonders für die Taliban) wichtige Einkommensquellen sind Drogen wie Opium. Aus diesem Grund haben sie mit aller Kraft versucht, möglichst viel Kontrolle über die südliche Provinz Helmand zu erlangen. Diese Region ist als Wiege des Drogenhandels bekannt. Die Taliban verdienen daran nicht allein, auch Orts- und Regierungsbeamte erhalten ihren Anteil.

Betroffene Kategorien von Christen

Die einzige WVI-Kategorie von Christen sind ehemalige Muslime. Ausländische Christen wurden im aktuellen Berichtszeitraum erneut nicht einbezogen. Von ihnen gibt es nur sehr wenige, sie werden stark abgeschirmt und geschützt, sodass sie von der Situation des Landes nicht betroffen sind.

Christen muslimischer Herkunft tun alles, damit ihr christlicher Glaube nicht von Familie, Nachbarn, Freunden oder dem weitläufigeren Lebensumfeld aufgedeckt wird. Je nach Familie müssen sie um ihr Leben fürchten. Es ist für sie einfach nicht möglich, ihr Christsein öffentlich auszuleben. Berichten zufolge wurden Geschäfte und andere Unternehmen schon allein auf den Verdacht hin, es könnte sich um einen Christen handeln, zerstört.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Afghanistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Afghanistan:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist extrem hoch und leicht von 15,478 (WVI 2016) auf 15,724 gestiegen. Das Land fällt weiter auseinander. Islamische extremistische Gruppierungen wetteifern um die Macht, während die Regierung der Nationalen Einheit weiter gespalten bleibt. Örtliche Machthaber sind oft weitaus wichtiger als die Regierung in Kabul.
- In allen Lebensbereichen ist der Druck extrem hoch. Im Bereich „Privatleben“ wurde die höchstmögliche Punktzahl vergeben, dicht darauf folgen „Familienleben“, „Leben im Staat“ und „Gesellschaftliches Leben“. Der Druck im familiären, privaten und gesellschaftlichen Umfeld ist bezeichnend für streng islamische Länder. Der Druck im Leben im Staat weist auf eine Regierung hin, die sich konsequent an eine strenge Auslegung der Regeln des Islam hält, ungeachtet aller Versprechen, auf Menschenrechte zu achten.
- Der Druck durch Islamische Unterdrückung ist in allen Lebensbereichen spürbar und wird vor allem durch Familie, Freunde und Lebensumfeld ausgeübt. Die staatlichen Behörden sind schwach und der Islam ist ein willkommenes einender Faktor. Vor allem, da die Gesellschaft eine Konversion weg vom Islam übereinstimmend ablehnt.
- Die Wertung im Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist in diesem Berichtszeitraum weiterhin sehr hoch und nur minimal geringer als im Vorjahr (von 10,741 auf 10,556).

Privatleben: Sowohl die Regierung als auch der durchschnittliche Afghane meinen, kein Afghane könne Christ sein und es sei ungesetzlich, einen anderen als den muslimischen Glauben zu haben. Deshalb müssen ehemalige Muslime sehr vorsichtig sein. Schon der Verdacht, jemand könnte sich einem anderen Glauben zugewandt haben, kann ernste Folgen wie Verhaftung und Zerstörung des Lebensdomizils oder eines Geschäfts haben. Oft verheimlichen Eltern ihren Kindern den Glauben. Weil sie nie wissen können, welche Familienmitglieder vom IS oder der Taliban rekrutiert wurden, können sie ihren Glauben nur für sich privat ausleben und es ist absolute Vorsicht geboten, wem sie in Bezug auf ihren Glauben vertrauen können. Gesellschaftliche Kontrolle ist sehr präsent, sodass es sehr schwierig ist, seinen neuen Glauben langfristig zu verheimlichen. Das gilt besonders für Familien mit Kindern. Zudem befinden sich ehemalige Muslime in einer Zwickmühle, weil sie ihre Kinder nicht auf eine Madrassa schicken wollen, sie ihnen aber auch nichts von ihrem neuen Glauben erzählen können, da es einfach viel zu gefährlich ist. Der Islam ist die einzige Religion im Land. Ein Treffen mit anderen Christen kann nur unter extremen Vorsichtsmaßnahmen stattfinden.

Familienleben: Man kann sich nur mit islamischer Religionszugehörigkeit registrieren lassen. Jeder Bürger wird also als Muslim registriert. Alles andere wäre inakzeptabel und undenkbar. Es ist nicht möglich, eine Konversion eintragen zu lassen. Eine Taufe ist eine Straftat, für die die Todesstrafe droht. Deshalb finden Taufen heimlich statt. Da die meisten Christen ihren Glauben geheim halten, werden sie nach islamischem Ritus beerdigt. Wenn herauskommt, dass eine Familie sich zu Jesus Christus bekehrt hat, werden ihre Kinder zur Adoption in eine muslimische Familie gegeben, wo ihnen ein Leben voller Übergriffe vonseiten der neuen Familie und der Schule droht. Wenn es eine Familie schafft, ihren Glauben geheim zu halten, müssen die Kinder dennoch eine Madrassa besuchen. Wenn sie den Glauben ihrer Eltern kennen, kann dies zu Verwirrung führen. Kommt der neue Glaube ans Licht, wird der Ehepartner sehr wahrscheinlich gezwungen, die Scheidung einzureichen. Er verliert das Sorgerecht an den muslimischen Ehepartner und alle Erbschaftsansprüche. Manchmal werden ehemalige Muslime in ein psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen, weil die Familien glauben, dass niemand mit gesundem Verstand jemals den Islam verlassen würde.

Gesellschaftliches Leben: Jeder enttarnte Christ verliert den Zugang zu Gemeinschaftsmitteln und Gesundheitsfürsorge. Alle Menschen stehen unter dem Druck, die Moschee zu besuchen, sodass ein ehemaliger Muslim nicht einfach fernbleiben kann, ohne Verdacht zu erregen. Das soziale Umfeld übt erheblichen Druck aus. Um Loyalität und Ordnung sicherzustellen wird jeder beobachtet. Vermutet man bei jemandem ein Abweichen, wird er dazu gebracht, wieder auf den rechten Weg der religiösen und politischen Gesinnung zurückzukehren – sei es durch körperliche Folter oder mithilfe okkulten Praktiken, da viele Afghanen abergläubisch sind. Ehemalige Muslime haben zudem Angst, ihre Kinder zur Schule zu schicken, weil sie sie vor falscher Indoktrinierung schützen wollen und sie befürchten, ein Kind könnte sie verraten. Das führt zu einer Vielzahl von Komplikationen. Im Fall einer Entdeckung werden Christen auf jeden Fall zur weiteren Untersuchung und Befragung mitgenommen. Diese Verhöre sind intensiv, ungeachtet dessen, ob sie es mit der Regierung, der Taliban oder dem IS zu tun haben.

Leben im Staat: Da Artikel 3 der Verfassung festlegt, dass kein Gesetz den Lehren und Grundlagen des Islam entgegenstehen darf, sind Einschränkungen in vielen Lebensbereichen unumgänglich. Und da die Wortwahl viel Spielraum zulässt, bleibt oft unklar, was als unangemessen oder gegen den Islam verstanden werden kann. In der Islamischen Republik Afghanistan ist es niemandem erlaubt, den Islam zu verlassen. Abwendung vom Islam kommt der Lästerung des Islam und des Propheten gleich. Weder Christen noch Angehörige anderer religiöser – selbst muslimischer – Minderheiten haben Religionsfreiheit. Jeder muss sich dem Islam und mit ihm den Anforderungen des Stammes und der Kultur fügen. Werden Christen angeklagt, so offiziell nicht wegen ihres Glaubens, sondern wegen anderer ernster Verbrechen, die sie vermeintlich begangen haben (z.B. Verrat wegen der Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten, Mord oder Drogenhandel).

Kirchliches Leben: In Afghanistan gibt es keine öffentlich zugängliche Kirche. Die einzig genutzte Kapelle befindet sich im Keller der italienischen Botschaft in Kabul. Sie ist nur für eine kleine Zahl ausländischer Christen in Kabul zugänglich, überwiegend diplomatisches und militärisches Personal, das noch in der Stadt arbeitet. Jede Form einer organisierten öffentlichen Versammlung, von denen die Taliban oder Überwachungsorgane Wind bekommen, erregt starke Aufmerksamkeit. Zellen von Christen (wie klein sie auch sein mögen) müssen bei der Wahl ihrer Treffpunkte extrem vorsichtig sein. Sie werden häufig eine Zeit lang beschattet, bis sie sich mit einer größeren Gruppe treffen, um z.B. gemeinsam Bibeln zu verteilen. An dem Punkt werden sie zum Verhör abgeführt. Christliche Literatur darf natürlich nicht legal eingeführt werden, das Internet wird scharf überwacht. In den abgelegenen Teilen des Landes ist das Internet ohnehin nicht zugänglich.

Auftreten von Gewalt: Die Gewalt gegen Christen ist in Afghanistan sehr stark ausgeprägt. Obwohl im Berichtszeitraum für den WVI 2017 keine Morde an christlichen Arbeitern aus dem Ausland verzeichnet wurden, wurden mehrere ehemalige Muslime von (entfernten) Verwandten getötet, nachdem ihr christlicher Glaube entdeckt worden war. Jedes Gebäude, das im Verdacht steht, etwas mit der christlichen Untergrundgemeinschaft zu tun zu haben, rückt ins Visier der Behörden, wird geschlossen oder von Dorfbewohnern mit Unterstützung der Behörden beschädigt – ungeachtet dessen, ob die Anschuldigungen stimmen oder nicht. Im Juli 2016 wurde eine katholische Entwicklungshelferin aus Indien von einer kriminellen Bande verschleppt und nach sechs Wochen befreit.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Afghanistan sieht weiterhin einer unsicheren und gewalttätigen Zukunft entgegen. Das ist einer der Gründe für den relativ hohen Anteil von Afghanen unter den Flüchtlingen in Europa. Die Zukunft sieht für Christen düster aus. Wachsende Islamische Unterdrückung von heimischen und ausländischen Gruppierungen ist auch weiterhin die Haupttriebkraft der Verfolgung afghanischer Christen. Beobachter haben kaum Hoffnung auf einen ausgehandelten, umfassenden Frieden mit den Taliban, anderen Rebellen und den regionalen Kriegsherren. Im Grunde genommen gibt es dafür vier Gründe:

- 1) Politisch: Die Grundlage, auf der Präsident Ghani regiert, ist wackelig und seine Beziehung zum Administrationschef des Landes, Abdullah Abdullah, ist angespannt, um es gelinde auszudrücken. Die Regierung des Nationalen Einheit, deren zweijährige Vereinbarung im September 2016 ablief, zeigt zunehmende Risse.
- 2) Wirtschaftlich: Die staatlichen Einnahmen decken magere 29% des Haushalts ab. Damit kann die Regierung kaum die Grundversorgung der Bevölkerung gewährleisten.
- 3) Militärisch: Mindestens ein Drittel des Landes wird von Rebellen bedroht, die ihre Angriffe intensiviert haben und immer mehr Land einnehmen. Dies ist der Fall, obwohl die USA und andere internationale Kräfte ihren militärischen Abzug verlangsamt haben.
- 4) Geostrategisch: Bis auf weiteres hält Pakistan die Schlüssel für eine umfassende Lösung der Lage Afghanistans in den Händen. Das wurde erst im Juni 2016 wieder deutlich, als Pakistan androhte, die geschätzt drei Millionen afghanischen Flüchtlinge zurückzuschicken. Das würde Afghanistan völlig überfordern. Außerdem blühen Organisiertes Verbrechen und Korruption weiter, weil die wachsende Opiumproduktion Terroristengruppen finanziert, was wiederum zu noch mehr Gewalt gegen Christen führt.

Anders als im Berichtszeitraum des WVI 2016 gibt es dieses Mal keinen Silberstreif am Horizont. Menschlich gesprochen liegt es völlig im Dunkeln, woher die Hoffnung für eine verbesserte Situation kommen könnte. Das gilt besonders für die kleine Gemeinschaft von Christen in Afghanistan: Die Verfolgung wird nicht abnehmen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 4: Pakistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 88 Punkten belegt Pakistan Platz 4 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Das entspricht einem Anstieg von einem Punkt gegenüber dem Jahr 2016, als Pakistan Rang 6 einnahm. Der Druck auf die Christen ist in Pakistan in allen Lebensbereichen (Privatleben, Familienleben, gesellschaftliches Leben, kirchliches Leben und Leben im Staat) extrem hoch, nur die Wertung im Bereich des kirchlichen Lebens ist etwas niedriger. Die Wertung im Bereich Gewalt hat im zweiten Jahr in Folge den Höchstwert erreicht.



Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Pakistan leidet unter einer Vielzahl extremistischer islamischer Gruppierungen und einer sich verstärkt islamisierenden Gesellschaft. Die christliche Gemeinschaft erlebt sich sowohl durch diese Gruppierungen als auch durch die islamische Kultur eingeeengt. Den Christen wohlgesonnene Politiker, Richter und religiöse Leiter werden öffentlich von denen bedroht, die eine extremistische, auf dem Wahhabismus beruhende, Ausrichtung haben, ein Kalifat zu errichten und Ungläubige strikt behandeln zu wollen sowie sich stark mit den Unterstützern des Islamischen Staates (IS) und den Taliban zu identifizieren.

Die stärker werdende Präsenz islamistischer Gruppierungen, die Christen zum Angriffsziel erklärt haben und die von ihnen vermeintlich ausgehende Bedrohung, verschlimmern die Situation für Christen in der Region. Trotz Razzien durch das Militär blühen die islamistischen Gruppen regelrecht auf, politische Gruppierungen spannen diese zudem gerne für ihre eigenen Zwecke ein. Denn ihnen gelingt es, Hunderttausende meist junge Menschen zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen – ein starkes politisches Werkzeug, mit dem sich politische Ziele kraftvoll durchsetzen lassen. Diese Macht zur Mobilisierung von Mobs haben Christen bereits unzählige Male schmerzhaft erlebt, beispielsweise nachdem der Attentäter, der den gemäßigten Gouverneur Salman Taseer ermordet hatte, am 29. Februar 2016 gehängt wurde.

Verbotene extremistische Gruppierungen lösen sich zudem nicht in Luft auf. Meist benennen sie sich einfach um, leisten dann etwa als Wohltätigkeitsorganisation getarnt soziale Dienste für die Bevölkerung und geben den Jugendlichen die von ihnen sehnlich erwartete Perspektive. Da der Großteil der Bevölkerung 25 Jahre oder jünger ist, davon ein Drittel unter 14, wird sich dieser Trend nicht so bald abschwächen und schafft riesige Herausforderungen. Während die Lebenserwartung mit 67,39 Jahren nicht sehr hoch ist, steht die Fruchtbarkeitsrate bei 2,75. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, wird Pakistan innerhalb der nächsten 15 Jahre das größte muslimische Land der Welt sein und damit Indonesien ablösen. Diese Strukturen führen dazu, dass eine große Anzahl junger Menschen jedes Jahr die Schule voll mit Träumen für ihre Zukunft verlassen. Da das Land jedoch nicht einmal allen Gebildeten und Akademikern der jungen Generation Perspektiven bieten

kann, sind soziale Unruhen absehbar. Dies spielt wiederum den extremistischen islamischen Gruppen in die Hände, die den Jugendlichen ein Gefühl von Wertschätzung vermitteln, das sie so noch nie hatten.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Die Korruption zieht sich in Pakistan durch alle Ebenen der Behörden und der Armee. Die Armee ist so eng mit der Wirtschaft des Landes verflochten, dass sie vielfach als starker Wettbewerber auftritt. Sie genießt dabei unlautere Vorteile, wie ein populärer Scherz verdeutlicht: „Jedes Land hat eine Armee, aber hier hat eine Armee ein Land.“ Es ist schwer, an detaillierte Daten zu gelangen, doch Schätzungen zufolge verfügt das Militär über ein Vermögen von zehn Milliarden Dollar, dazu gehören fünf Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche. Unter dem Organisierten Verbrechen leiden insbesondere auch Christen, da viele von ihnen arm und schutzlos sind. Dies hat sich erneut im April 2016 gezeigt, als der Hauptverdächtige im Mordfall an einem christlichen Ehepaar auf Kautionsentlassung entlassen wurde. Das Paar war am 4. November 2014 wegen angeblicher Blasphemie ermordet und in einem Ziegelofen verbrannt worden. Am 23. November 2016 wurden zwar fünf Verdächtige zum Tode verurteilt, das strukturelle Unrecht hinter diesem Fall bleibt jedoch bestehen: das Ehepaar hatte in der dritten Generation in Schuldknechtschaft für den Ziegeleibesitzer gearbeitet, in dessen Ofen es ermordet wurde. Arbeiter in dieser Lage sind völlig der Gnade des Arbeitgebers ausgeliefert. Da sie wegen horrender Zinsen ihre Schulden nie werden zurückzahlen können, gibt es für sie keinen Ausweg. Sie können nicht gerichtlich gegen die Situation vorgehen und bleiben so ohne Schutz und Perspektive.

Aktuelle Einflüsse

Pakistan war im Berichtszeitraum weiterhin ein sehr unberechenbares Land. Die Auswirkungen einer Attacke der Taliban auf eine vom Militär betriebene Schule in Peschawar im Dezember 2014, bei der 144 Menschen, darunter 132 Schulkinder, starben, sind weiterhin spürbar. Obwohl das Militär daraufhin islamischen Extremisten den Kampf ansagte und einen Feldzug startete, bleibt es doch bei seiner Unterscheidung zwischen „guten“ und „schlechten“ Dschihadisten. Es bekämpft die Letztgenannten, buhlt aber um die „Guten“ (beispielsweise Lashkar-e-Toiba, jetzt Jamaat-ud-Dawah und das Haqqani-Netzwerk), um sie zur Durchsetzung eigener Ziele gegen die Nachbarländer Afghanistan und Indien stellvertretend ins Feld zu schicken. Diese Politik verfolgt die Armee seit Jahrzehnten. Die Armee kämpft gegen Rebellengruppen, die dem IS nahestehen, dessen Einfluss in Pakistan Berichten zufolge wächst. Die Taliban sind jedoch noch immer aktiv und haben die Möglichkeiten, Angriffe auszuführen, wie zu Ostern 2016, als eine Bombe in Lahore gezündet wurde. Die Attacke richtete sich nach einer Erklärung der Taliban explizit gegen Christen.

In der Folge dieses Angriffs ging ein weiteres überaus besorgniserregendes Ereignis fast unter. Am gleichen Tag des Anschlags blockierten Tausende extremistische Muslime große Teile von Rawalpindi und Islamabad und forderten (unter anderem) ein Vorgehen gegen religiöse Minderheiten. Die Demonstranten waren Unterstützer von Mumtaz Qadri, dem Mörder von Salman Taseer. Der muslimische Gouverneur von Punjab im Osten des Landes wurde 2011 ermordet, weil er sich öffentlich gegen die pakistanischen Blasphemiegesetze ausgesprochen hatte. Qadri war am 29. Februar 2016 gehängt worden und die Demonstranten verlangten nun die augenblickliche Exekution von allen Häftlingen, die wegen Blasphemie verurteilt worden waren, insbesondere der katholischen Christin Asia Bibi. Außerdem verlangten sie, dass Qadris Zelle im Gefängnis in eine Moschee umgewandelt werden sollte. Nach vier Tagen der Proteste in Rawalpindi und Islamabad zerstreute

sich die Menge. Während die Regierung daran festhält, ihren Forderungen nicht nachgekommen zu sein, sind Nichtregierungsorganisationen anderer Meinung. Besonders sind Beobachter verwundert, dass die Behörden die extremistischen Gruppen von Demonstranten nicht daran hinderten, in die sogenannte „Red Zone“ vorzudringen, ein Hochsicherheitsgebiet, in dem sich Regierungsgebäude befinden.

Eine der wichtigsten Herausforderungen des Landes bleiben die unkontrollierbaren Medressen. Ein endloser Strom von Jugendlichen, die ihre Bildung in Koranschulen erhielten, strömt in die Gesellschaft. Wird jedoch die Lehre in den Medressen nicht kontrolliert, können extremistische Ideen in die Köpfe der Jugendlichen gepflanzt werden. Eines der wichtigsten Themen in Pakistan ist daher die zukünftige Kontrolle der Medressen, von denen es schätzungsweise 35.000 im Land gibt und von denen 11.000 dem konservativen Deobandi-Islam folgen. Kinder und Jugendliche sind extremistischen Lehren ausgesetzt, die Hass gegen Minderheiten schüren. Viele Medressen erhalten Gelder aus dem Mittleren Osten, etwa aus Katar, Kuwait oder Saudi-Arabien. Allein der Versuch, die Medressen im Land auf einer Karte und einer Liste zu verzeichnen, wird als Angriff auf den Islam gewertet, von Überwachung und Steuerung gar nicht zu reden. Die Behörden wissen meist nicht, was hinter den Mauern der Koranschulen geschieht, und Hassreden können ungehindert verbreitet werden. Inzwischen haben die Behörden jedoch begonnen, gegen Medressen vorzugehen, die sie als zu extrem einstufen, und haben bis Januar 2016 mindestens 182 Medressen geschlossen. Andere Quellen aus dem Februar 2016 sprechen von 254 nicht registrierten Koranschulen, die die Regierung als Teil des nationalen Plans gegen Terrorismus hat schließen lassen. Dies ist ein ermutigender erster Schritt. Im Hinblick auf die oben genannten Zahlen ist jedoch klar, dass das Land noch einen weiten Weg vor sich hat.

Andere religiöse Minderheiten wie Hindus erleiden wegen der beschriebenen Radikalisierung ebenfalls Verfolgung. Selbst muslimische Minderheiten wie die Ahmadi oder Schiiten sind betroffen und erleben gewaltsame Verfolgung, da sie nicht als wahre Muslime gelten. Sie werden als abtrünnige Sekten angesehen, was zur Rechtfertigung jeder Gewalt gegen sie genutzt wird.

Die Zersplitterung der Gesellschaft, aber auch der Verwaltung des Landes, trägt außerdem zur schlechten Lage bei. So werden beispielsweise die Provinz Baluchistan und die Region Sindh traditionell als außerhalb der Reichweite staatlichen Einflusses gesehen. Als Feudalherren herrschende Landbesitzer befehligen in den ländlichen Regionen von Sindh und Punjab eigene Milizen, Gerichtshöfe und Gefängnisse. Korruption ist überall zu finden. All das hat auch Auswirkungen auf die schutzlose christliche Minderheit. Die Rechtsprechung in den national verwalteten Stammesgebieten (FATA) ist eingeschränkt und ungerecht. Diese an Afghanistan grenzende Spannungsregion wird noch immer nach dem aus der Kolonialzeit stammenden „Gesetz zu Verbrechen in Grenzgebieten“ von 1901 regiert, welches Polizei und Gerichte aushebelt und die Entfremdung der dort ansässigen Menschen verstärkt. Pakistans Verfassung scheint dort faktisch außer Kraft zu sein. Dies wird besonders durch einen Bericht vom Juni 2016 deutlich, laut dem die Regierung von Khyber Pakhtunkhwa eine Hochschule mit finanziellen Mitteln unterstützt, die als „Universität des Dschihad“ bekannt geworden ist.

Betroffene Kategorien von Christen

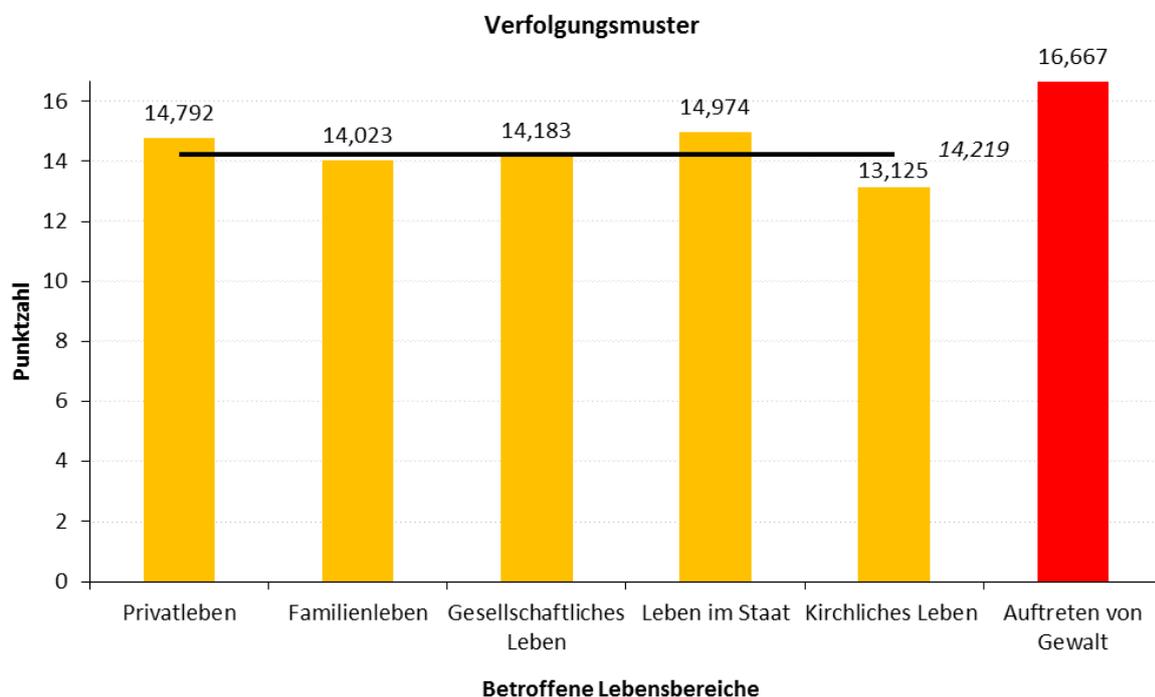
Es existieren in Pakistan drei Kategorien von Christen; sie alle erleiden Verfolgung: (Ausländische und eingewanderte Christen haben sich anderen Gruppen angeschlossen und repräsentieren in Pakistan keine eigene Kategorie.)

Christen traditioneller Kirchen: Die römisch-katholische und die anglikanische Kirche sind hier zu nennen, die zunehmend Anfeindungen erleben. Es wird schwieriger, Genehmigungen für bestimmte Versammlungen zu erhalten. Das Gemeindeleben funktioniert noch, Kontrolle und Überwachung haben jedoch zugenommen.

Christen muslimischer Herkunft: Sie tragen die Hauptlast der Verfolgung, die sie sowohl von extremistischen islamischen Gruppierungen (von denen sie als Verräter betrachtet werden), als auch von Familien und Nachbarn erleben, die eine Abwendung vom Islam als Schande für die Familie betrachten.

Christen protestantischer Freikirchen: Evangelikale, Baptisten und Pfingstgemeinden werden stärker überwacht und oft drangsalieren und attackiert, insbesondere, wenn sie aktiv versuchen, Muslime mit dem Evangelium zu erreichen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Pakistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Pakistan:

- Der Druck auf Christen in Pakistan verbleibt auf einem extrem hohen Niveau und ist im Vergleich zum Vorjahr von 14,011 (WVI 2016) auf 14,219 sogar leicht angestiegen. Teilweise geht dieser Druck von lokalen Regierungen und der zentralen Regierung aus, die es nicht schaffen, Aktivitäten militanter islamistischer Gruppierungen zu bekämpfen. Die Verfolgung erreicht in allen Lebensbereichen außer dem „kirchlichen Leben“ einen extremen Wert. Während die Werte in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „gesellschaftliches Leben“ typisch sind für ein islamisches Land, weist der extrem hohe Druck im Bereich „Leben im Staat“ auf eine verstärkt restriktive Regierung hin.
- Der Druck, der von der Verfolgungstriebkraft Islamische Unterdrückung ausgeht, ist in jedem Lebensbereich präsent. Er wird angefacht von den Bemühungen, die wachsende Anzahl an militanten Islamisten in Schach zu halten, die religiöse Minderheiten wie Christen angreifen, aber auch um die Schwäche der Regierung offenzulegen. Der Druck durch Islamische Unterdrückung ist auch stark bedingt durch den Druck auf jede Person, die zum christlichen Glauben wechselt.
- Die Wertung im Bereich „Auftreten von Gewalt“ hat zum zweiten Jahr in Folge den Höchstwert erreicht: 16,667.
- Der allgemeine Druck auf Christen wird durch den maximalen Wert im Bereich Gewalt unterstrichen: es gab zahllose Angriffe auf Christen, darunter Morde, Angriffe auf Kirchen, Entführung von Frauen, Vergewaltigungen, Zwangsverheiratungen, Zwangsräumungen von Häusern und Vertreibungen innerhalb des Landes sowie ins Ausland. Andere religiöse Minderheiten wie Schiiten und Ahmadis leiden ebenfalls unter solchen Angriffen.

Privatleben: Christen muslimischer Herkunft müssen hinsichtlich ihres Glaubenslebens immer sehr auf der Hut sein, besonders wenn sie die Einzigen in der Familie sind, die Jesus nachfolgen. Ihre Bibel oder andere Materialien können ihnen leicht von der Familie, den Freunden oder Nachbarn weggenommen werden. Ein Junge wurde vor Gericht der Blasphemie angeklagt, weil er einen Cartoon auf Facebook mit „Gefällt mir“ markiert hatte, der die Geschichte des Gründers des Islam darstellte. Beiträge in sozialen Medien werden immer mehr zu einer Gefahr für Christen. Berichte, nach denen Christen auf der Straße, im Verkehr oder auf der Arbeit angespuckt oder aggressiv beleidigt wurden, weil sie ein Kreuz trugen, sind Zeichen dafür, dass die Situation schwieriger wird. Selbst Autos, auf denen Aufkleber in Form von Kreuzen angebracht sind, werden eher von der Polizei angehalten. Eine andere Art der Bestrafung privaten Gebets ist ein von der Familie verhängter Hausarrest. Eine mildere Form der Strafe für christliche Konvertiten ist es, sie unter Beobachtung zu stellen. Manche Christen mit muslimischem Hintergrund müssen auch aus Sicherheitsgründen untertauchen.

Familienleben: Es ist nicht möglich, einen Wechsel zum christlichen Glauben behördlich eintragen zu lassen. Ein Kind wird automatisch als Muslim registriert, wenn dessen Vater als Muslim eingetragen ist, auch wenn der Vater seinen Glauben tatsächlich längst gewechselt hat. Werden Christen muslimischen Hintergrunds entdeckt, drohen ihnen die erzwungene Scheidung und der Verlust aller Erbansprüche. Das Organisieren einer Taufe, christlichen Hochzeiten oder Beerdigung ist schwierig, wenn nicht sogar unmöglich. Entscheidet sich ein Konvertit für die Taufe, wird er unter besonderen Druck gesetzt, da die Taufe als die stärkste Form der Abwendung vom Islam gesehen wird. In kleinen Dörfern und abgelegenen Orten werden christliche Familien gezwungen, ihre Kinder zum islamischen Unterricht in eine lokale Medresse zu schicken; der christliche Unterricht dagegen ist auf die

Sonntagsschule einmal pro Woche beschränkt. Die meisten Kinder fühlen sich bereits früh dazu gedrängt, zum Islam „zurückzukehren“, weswegen die meisten Eltern ihren Kindern verbieten, mit nicht-christlichen Kindern über ihren Glauben zu reden. Pastoren traditioneller Kirchen, die bereit sind, Konvertiten zu taufen, wurden in vielen Fällen bedrängt und bedroht. In der Schule ist es christlichen Kindern oft nicht gestattet, die gleiche Wasserleitung wie die anderen Kinder zu nutzen, weil sie diese angeblich verunreinigen würden; Mobbing ist an der Tagesordnung. Christen muslimischen Hintergrunds werden entweder körperlich attackiert oder die islamische Gesellschaft und die eigene Familie verfluchen sie mit schwarzer Magie, Zaubersäften, Amuletten und anderen okkulten Praktiken.

Gesellschaftliches Leben: Erschreckende Statistiken zeigen fortwährend, dass jedes Jahr geschätzt 700 christliche Mädchen und Frauen entführt, oft auch vergewaltigt und mit muslimischen Männern zwangsverheiratet werden. Dazu gehört immer auch die Zwangsbekehrung zum Islam. Sollte eine christliche Familie so mutig sein, gegen die Entführung und Heirat vorzugehen, wird sie häufig mit der Gegenklage konfrontiert, sie würde das Mädchen, das sich „freiwillig dem Islam zugewendet hat“, wie auch die Familie des Mannes belästigen. Christen werden als unrein betrachtet und deshalb wird ihre Nutzung öffentlicher Einrichtungen als Verunreinigung der Muslime gewertet. So auch im Fall von Asia Bibi. An Arbeitsplätzen ist der Druck auf die christliche Minderheit oftmals so groß, dass viele Christen sich dazu gezwungen sahen, mehrfach ihre Arbeit zu wechseln, um sich einer Zwangskonvertierung zum Islam zu entziehen. Sie müssen beständig Hilfsarbeiten wie Fegen oder Wassertragen verrichten. Aber selbst der Zugang zu diesen Jobs wird laut neuer Berichte für Christen immer schwieriger, da Reinigungsfirmen zunehmend nur Muslime einstellen. Viele Krankenhäuser, Apotheken und andere Einrichtungen bieten Fürsorgeprogramme an. Die Teilnahme an diesen wird Christen jedoch vermehrt verweigert; ihnen werden horrenden Rechnungen gestellt und sie erhalten so keine medizinische Behandlung. Christliche Kinder werden in der Schule zur Teilnahme an islamischen Riten und Festen gezwungen sowie beständig aufgefordert, Muslime zu werden. Eltern werden oft besucht und dazu angehalten, ihre Kinder zu islamischen Veranstaltungen zu schicken und sie Arabisch lernen zu lassen. Dies wäre für ihre Noten besser. Das verunsichert die Kinder und erhöht die Gefahr einer „versehentlichen“ Konversion.

Leben im Staat: Pakistan ist eine Islamische Republik. Die jüngere Entwicklung der Islamisierung der Gesellschaft begann bereits in den 80er-Jahren, als General Zia 1986 die berüchtigten Blasphemiegesetze einführte. Schnell wurden diese Gesetze zur schlimmsten Bedrohung für die christliche Minderheit. Einem Pressebericht von 2010 zufolge waren zu diesem Zeitpunkt 801 der 1.031 wegen Blasphemie inhaftierten Personen Muslime (der Großteil dürfte zu muslimischen Minderheiten gehören). Von den weiteren 230 Inhaftierten waren 162 Christen (70,4%), 15 Sikhs (6,5%), 28 Buddhisten (12,2%) und 25 Anhänger anderer Religionen.

Die Blasphemiegesetze sind für ihre Missbrauchsanfälligkeit bekannt. Sie werden genutzt, um persönliche Streitigkeiten auszutragen, sich zu bereichern oder dem Nachbarn etwas heimzuzahlen. Der internationalen Gemeinschaft wurden die Gesetze besonders schmerzhaft durch das Todesurteil gegen die Christin Asia Bibi im Jahr 2010 in Erinnerung gerufen. Zum ersten Mal traf das Urteil zum Tod durch den Strang eine Frau. Da die Blasphemiegesetze immer bedeutender wurden, wurde es für die Gerichte und die Regierung immer schwieriger, die richtige Handhabung zu finden, denn die Gesetze werden politisch instrumentalisiert und haben große symbolische Bedeutung für extremistische islamische Gruppierungen im Land. Dies hat sich im aktuellen Berichtszeitraum erneut gezeigt, als Asia Bibis Berufungsverhandlung verschoben wurde, weil ein Richter den Fall im Oktober

2016 unversehens abgab. In den meisten Fällen, in denen religiöse Minderheiten betroffen sind, weigert sich die Polizei, überhaupt eine Anzeige (FIR = First Information Report) aufzunehmen, die jedoch Grundlage für alle weiteren Schritte ist. Im Berichtszeitraum wurde der Mörder von Gouverneur Salman Taseer exekutiert. Taseer war 2011 ermordet worden, weil er die Blasphemiegesetze „schändlich“ genannt und sich für Asia Bibi eingesetzt hatte. Wie bereits beschrieben, blockierten Hunderttausende extremistische Muslime aus Protest die Straßen. Dies kann als eine Machtdemonstration gewertet werden, insbesondere das Eindringen der Demonstranten in die sogenannte „Red Zone“ in Islamabad, eine Hochsicherheitszone, in der die Regierungsgebäude und viele ausländische Botschaften stehen. Die Medien übertrugen die Beerdigung, an der Zehntausende Unterstützer teilnahmen (einige Quellen aus dem Land berichten von bis zu drei Millionen Menschen), nicht.

Kirchliches Leben: Das neue Gesetz für Nichtregierungsorganisationen vom 1. Oktober 2015 erlaubt es der Regierung, alle Nichtregierungsorganisationen zu überwachen und nach Belieben zu schließen. Allerdings werden Kirchen, die nicht als Nichtregierungsorganisation registriert sind, als illegal eingestuft und laufen Gefahr, geschlossen zu werden. Das Gesetz war zum Schutz des Landes vor Terrororganisationen beschlossen worden, die sich gerne als gemeinnützige Organisationen ausgeben. Kirchen und Terrororganisationen stehen somit auf der gleichen Liste. Kirchliche Aktivitäten werden regelmäßig überwacht. Die Regierung stellt zwar Sicherheitsleute für Kirchen ab, diese jedoch beobachten genau, was in den Gemeinden geschieht und berichten regelmäßig an die Regierung. Die Berichte sind eine Form der Geheimdienstüberwachung und es wird vermutet, dass sie auch an Extremisten und militante Organisationen weitergegeben werden. Es wurden Vorfälle gemeldet, bei denen sich die Sicherheitsleute aggressiv verhielten und Priester und Pastoren bedrohten oder angriffen. Christliche Kirchen gleichen inzwischen Festungen mit hohen Mauern und schmalen Toren. Obwohl die Regierung den Schutz der Kirchen durch das Wachpersonal versprochen hat, gab es mehrere Angriffe mit Dutzenden Opfern.

Um neue Gebäude bauen zu können, müssen Kirchen einen langwierigen Registrierungs- und Genehmigungsprozess durchlaufen, der oft mehr als zehn Jahre dauern kann und viele Christen entmutigt, sodass die Pläne für ein neues Gebäude aufgegeben werden. Bestechungsgelder werden erwartet und es sind Briefe von einflussreichen Mitgliedern des Parlaments und von Regierungsbehörden vonnöten. Auch wenn es kein Gesetz gegen den Bau von Kirchen gibt, wird der Prozess erschwert, um Christen zu entmutigen.

Auch wenn der Druck steigt, wenn Kirchen Jugendliche erreichen wollen, gab es auf diesem Gebiet keine Fälle von offenen Behinderungen. Berichten zufolge wurden jedoch Pastoren gewarnt, dass ihre Aktivitäten von Behörden und Gruppen aus der Nachbarschaft überwacht würden. Abgesehen von der pakistanischen Bibelgesellschaft haben andere christliche Organisationen keine Genehmigung für den Besitz einer Druckerpresse. Und die der Bibelgesellschaft wird streng überwacht: Jede Bibel hat eine Seriennummer, die nachverfolgt werden kann. Im Oktober 2016 wurden elf der dreizehn christlichen Fernsehsender des Landes geschlossen. Die Christen sorgen sich ebenfalls wegen des im August 2016 verabschiedeten Gesetzes zur Einschränkung des Internets; eine der letzten Möglichkeiten zur Verbreitung des Evangeliums steht somit in Gefahr.

Auftreten von Gewalt: Gewalt gegen Christen in Pakistan dauert an und ist weit verbreitet, im aktuellen Berichtszeitraum erneut auf maximalem Niveau. Das Attentat am Ostersonntag 2016 im Gulshan Iqbal Park in Lahore, das auf Christen zielte, die ihre Osterfeierlichkeiten traditionell mit

einem Spaziergang durch den Park beenden, forderte Dutzende Tote und viele weitere Verletzte. Die Berichte über die Anzahl von christlichen Todesopfern widersprechen sich, die niedrigste Zahl liegt bei 14. Im September 2016 wurde der christliche Wachmann Samuel Masih getötet, als er versuchte, den Angriff von vier bewaffneten Männern auf die christliche Siedlung Warsak Dam bei Peschawar abzuwehren. Mindestens vier weitere Fälle wurden erfasst, hinzukommen außerdem nicht erfasste Ehrenmorde. Angriffe auf Kirchen finden mit erschreckender Häufigkeit statt, auch wenn die Gebäude nicht immer zerstört werden oder geschlossen werden müssen. Die befragten Pastoren berichten von häufigen Fällen von Bränden, zerbrochenen Fenstern, zerstörter Einrichtung und kleineren Schikanen wie der Abschaltung von Strom oder Wasser von Kirchen. Dieses offenkundige Auftreten von Gewalt verbirgt die alltägliche Gewalt gegen christliche Frauen und Mädchen, die häufig entführt, vergewaltigt, zwangsverheiratet und zur Konversion gezwungen werden. Wird ein Christ der Blasphemie angeklagt, wird sein Zuhause attackiert, sodass die Familie sich verstecken muss. Pakistan ist derzeit das einzige Land mit der maximalen Wertung im Bereich Auftreten von Gewalt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Eines der hartnäckigsten Probleme in Pakistan ist der Umgang mit und die Bekämpfung von islamistischen Gruppierungen. Die anfängliche Hoffnung, dass nach dem Angriff auf die Armee-Schule von Peschawar der Schutz seitens der Armee für einige dieser Gruppierungen schwinden würde, hat sich nicht erfüllt. Noch immer wird zwischen „guten“ und „bösen“ Dschihadisten unterschieden und die religiösen Minderheiten – so auch die Christen – zahlen dafür weiter einen hohen Preis.

Die politische Situation hat sich während der beiden letzten Legislaturperioden stabilisiert. Einige versuchen dennoch durch undemokratische Mittel die Macht zu ergreifen, so etwa Imran Khan, der Vorsitzende der Oppositionspartei PTI. Streiks und Sitzblockaden stören das ökonomische und politische Leben im Land. Insbesondere im Zuge der Panama Leaks, als Anschuldigungen gegen den Premierminister wegen Unregelmäßigkeiten in seinen privaten finanziellen Angelegenheiten öffentlich wurden, schlossen sich viele derer, die für Reformen warben, einer islamistischen Agenda an und forderten eine stärkere Islamisierung des Landes.

Ein weiteres Problem, mit dem das Land schon lange ringt, ist die Eindämmung der unrühmlichen Blasphemiegesetze. Dies wird kaum geschehen können, ohne Aggression von islamistischen Gruppen zu provozieren. Alle bisherigen Versuche waren nicht erfolgreich und lösten starken Widerstand aus. Obwohl die Einrichtung des ersten Menschenrechtsausschuss des Landes im Mai 2015 ein positives Signal war, ist es sehr unwahrscheinlich, dass dieser die Macht haben wird, die unfairen und willkürlichen Blasphemiegesetze einzudämmen. Alle Hoffnungen, dass die Gesetze geändert werden könnten, haben sich bisher als verfrüht herausgestellt. Christen sorgen sich ebenfalls wegen des Gesetzes zur Einschränkung des Internets, das im August 2016 verabschiedet wurde, und einen der letzten Wege, das Evangelium zu verbreiten, limitieren könnte.

Eine weitere Herausforderung für das Land ist der Umgang mit dem angeschlagenen Nachbarn Afghanistan. Aus Berichten vom Juni 2016 geht hervor, dass Pakistan plant, etwa drei Millionen

Flüchtlinge (von denen etwa die Hälfte registriert ist) nach Afghanistan zurückzuschicken. Dies würde die Probleme in Afghanistan verstärken, ebenso die Anziehungskraft von und den Wettbewerb zwischen militanten Gruppierungen und damit wiederum Auswirkungen auf Pakistan selbst haben. Berichten zufolge haben pakistanische Behörden 2016 Tausende nicht erfasste Flüchtlinge festgenommen.

Der bereits stark schwelende Machtkampf zwischen den Taliban und dem IS erhöht den Druck auf beide Gruppen, mehr Anhänger zu generieren. Dies bedeutet ihrer Rekrutierungsstrategie gemäß, sich als „Islam treuer“ und näher am Herzen des Islam erweisen zu müssen als die andere Gruppe. Dazu gehören Attacken auf „Dhimmis“ (nach der islamischen Lehre: Schutzbefohlene, die als Ungläubige Kopfsteuer zahlen), die als die Schwächsten in der „reinen islamischen“ Lehre gelten. Noch radikaler aufzutreten heißt auch, die Christen stärker zu verfolgen und ihre Rechte und ihren Bewegungsspielraum noch weiter einzuschränken. Die Regierung ist nicht besonders daran interessiert, diese Rechte der Minderheit zu schützen. Dies wird den Hass und Argwohn größerer Teile der Gesellschaft gegen die Kirche weiter schüren und lässt für 2017 erahnen, dass Islamische Unterdrückung in Pakistan anhaltend stark sein wird.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 5: Sudan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 87 Punkten belegt der Sudan Platz 5 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Im Jahr 2016 nahm der Sudan mit 84 Punkten Rang 8 ein. Die angestiegene Punktzahl kann folgendermaßen erklärt werden: Die vollständige Anwendung des Scharia-Gesetzes, zu dessen Einführung sich Präsident al-Bashir nach der Abspaltung des Südsudan verpflichtet hat, nimmt vielfältige Formen an. Die islamische Regierung hält weiter an ihrer Politik der Christenverfolgung in der Nuba-Region fest. Die Festnahme und der Prozess gegen Christen und christliche Pastoren im Berichtszeitraum des WVI 2017 sind weitere Indikatoren dafür, wie schwerwiegend die Verfolgung von Christen im Sudan ist.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Christenverfolgung im Sudan sind „Islamische Unterdrückung“ und „Diktatorische Paranoia“.

Islamische Unterdrückung: Historisch ist der Islam – einschließlich extremistischer Ausprägungen – in der sudanesischen Gesellschaft tief verwurzelt. Ein Beispiel dafür ist die Mahdi-Bewegung des 19. Jahrhunderts. Auch bot das Land Osama bin Laden Zuflucht, bevor er nach Afghanistan zog. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sind muslimische Sunniten. Die Scharia ist Grundlage des geltenden Rechtssystems und die Elite des Sudan hat das Ziel, ein islamisches Regime im Land zu etablieren. Apostasie (der Abfall vom Islam) wurde zum Verbrechen erklärt und mit der Todesstrafe belegt. Die Blasphemie-Gesetze werden landesweit angewandt, um Christen strafrechtlich zu verfolgen.

Diktatorische Paranoia: Der Sudan wird seit dem Staatsstreich al-Bashirs im Jahr 1989 von einem autoritären Regime regiert. Der Einfluss, den die Regierung sowohl auf das Privatleben als auch auf das öffentliche Leben hat, ist enorm. Außerdem kämpft das Land gegen tief verwurzelte Probleme: Die Darfur-Krise dauert weiter an und auch im Konflikt mit der aufständischen Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung des Nordens (SPLM-N) scheint es keine Lösung zu geben. Jedes Mal, wenn sich die Regierung größeren sozio-ökonomischen und politischen Problemen gegenüber sieht, gelingt es al-Bashir durch Brandreden gegen den Westen, Unterstützung in der Bevölkerung zu mobilisieren. Dies wiederum hat negative Auswirkungen auf die Christen im Land, da diese generell als „Spione des Westens“ angesehen werden.

Obwohl die Mehrheit der Sudanesen sunnitische Muslime sind, pflegt die Regierung eine enge Verbindung mit dem schiitischen Iran. Es scheint eine Symbiose zwischen Diktatorischer Paranoia und Islamischer Unterdrückung zu geben. Die führenden Köpfe des Regimes gelten durchweg als extremistische Muslime, die in der regierenden National Congress Party (NCP) ein Mittel sehen, ihre islamische Agenda voranzubringen. Daraus lässt sich schließen, dass die Regierung bei der Verfolgung von Christen nicht nur von totalitären Tendenzen, sondern auch von extremistisch-islamistischen Sympathien angetrieben wird.

Aktuelle Einflüsse

Umgeben von Ägypten, Libyen, dem Tschad, der Zentralafrikanischen Republik, dem Südsudan, Äthiopien, Eritrea und dem Roten Meer, befand sich der Sudan stets im Brennpunkt aufgrund der Kriege und Konflikte, von denen er seit Jahrzehnten umringt ist. Der gegenwärtige Bürgerkrieg im Südsudan lenkt die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft von den Verbrechen der al-Bashir-Regierung ab. Während sich al-Bashir als Friedensstifter im Konflikt im Südsudan darstellt, beliefert er tatsächlich beide Seiten mit Waffen.

Die Christenverfolgung im Sudan ist nicht bloß als Verletzung der Religionsfreiheit zu verstehen. Vielmehr erinnert die systematische Verfolgung beinahe an eine Politik der ethnischen Säuberung. Auch stellt die Verfolgung nicht nur eine Sammlung isolierter Einzelfälle dar, sondern zeigt ein Muster. Der Islam ist historisch tief in der Gesellschaft des Sudan verwurzelt, und obwohl das Christentum dort schon hunderte Jahre vor dem Islam Einzug gehalten hatte, blieb es der sudanesischen Kultur immer fremd. Der Sudan ist eines der wenigen afrikanischen Länder, das seit der Einführung des Weltverfolgungsindex für rein interne Zwecke im Jahr 1993 konstant auf dem Index vertreten ist. Meistens befand sich der Sudan unter den ersten zehn oder zwanzig Ländern, was mit Bewertungen durch andere Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Menschenrechte, insbesondere der Religionsfreiheit, übereinstimmt. Zudem gibt es seit Jahrzehnten keine Rechtsstaatlichkeit im Sudan; Presse- und Mediengesetze wurden verschärft und Meinungs- und Religionsfreiheit stark beschnitten. Und doch bewies Präsident al-Bashir mit seiner Partei bei den Wahlen im April 2015 seine Macht, indem er angeblich über 90 Prozent der Wähler bei einem erdrutschartigen Sieg für sich gewinnen konnte – obwohl Teile der Bevölkerung mit der schwachen Wirtschaftslage unzufrieden sind, die darauf zurückzuführen ist, dass der Südsudan das Ölgeschäft nunmehr allein betreibt. Der wachsende Krieg zwischen dem Sudan, der SPLM-N und dem Südsudan eröffnet eine weitere Dimension von Problemen, mit denen die Minderheiten des Landes konfrontiert sind.

Die ethnisch-kulturelle Landschaft ist sehr vielschichtig und kompliziert: Araber stehen gegen Afrikaner, Muslime gegen Christen. Die Abspaltung des Südsudan hat diese Probleme nicht gelöst. Dies betrifft besonders die ethnischen Afrikaner, von denen eine beachtliche Zahl Christen sind und noch immer im Land leben. Die Regierung verfolgt streng die Politik *einer* Religion, *einer* Sprache und *einer* Kultur. Diese Politik wird bereits seit Jahren praktiziert und wurde von Präsident al-Bashir 2010 wiederbelebt, als er sagte: „Die Scharia (islamische Gesetzgebung) und der Islam werden die Hauptquelle der Verfassung sein, der Islam wird Staatsreligion und Arabisch die offizielle Sprache des Sudan werden.“ Al-Bashir unterdrückt die im Sudan verbliebenen afrikanischen Christen weiterhin außerordentlich hart, besonders in den Bundesstaaten Süd-Kordofan und Blauer Nil.

Die Regierung scheint die Strategie aus den 1980er- und 90er-Jahren zu wiederholen: damals entschied die Regierung, „die in den Nuba-Bergen lebenden Völker zu dezimieren, indem sie ihnen den Zugang zu Nahrung, medizinischer Versorgung und Wohnraum verwehrte.“ Die Situation verschlimmert sich noch durch den Konflikt mit der SPLM-N und den Bürgerkrieg im Südsudan, die sich in der Grenzregion beider Länder zu einem großen Konflikt zusammengebraut haben. Es lässt sich mit guten Gründen vertreten, dass die Verfolgung der Christen die Kriterien einer ethnischen Säuberung erfüllt.

Der Sudan hat vergeblich alles versucht, die Abspaltung des Südsudan zu verhindern. Und so macht sich al-Bashir Mutmaßungen zufolge nun den Konflikt zwischen den beiden größten Stämmen des Südsudan, den Nuer und den Dinka, zunutze und versorgt beide Seiten mit Waffen, in der Hoffnung, dass sich das Land so selbst schwächen wird. Genauso bedeutend ist al-Bashirs Taktik, die Angriffe gegen Christen als Ablenkung eines auf ihn ausgestellten Haftbefehls vom Internationalen Strafgerichtshof zu benutzen. Die Tatsache, dass nun zahlreiche afrikanische Staaten den Internationalen Strafgerichtshof verlassen, ist für al-Bashir ein moralischer Sieg.

Der Sudan wurde vom US-Außenministerium in seinem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit von 29. Februar 2016 zum 16. Mal in Folge als „besonders Besorgnis erregendes Land“ (CPC) aufgeführt, weil er schwere Verletzungen der Religionsfreiheit, wie sie im amerikanischen Gesetz zum Schutz der Religionsfreiheit (IRFA) beschrieben werden, toleriert hat oder selbst daran beteiligt war. Zusammengefasst macht die zerstörerische Verbindung zwischen Islamischer Unterdrückung und Diktatorischer Paranoia den Christen das Leben unerträglich.

Betroffene Kategorien von Christen

Im Sudan sind alle vier Kategorien von Christen präsent. Sie alle werden verfolgt, wenn auch in unterschiedlicher Form und Intensität.

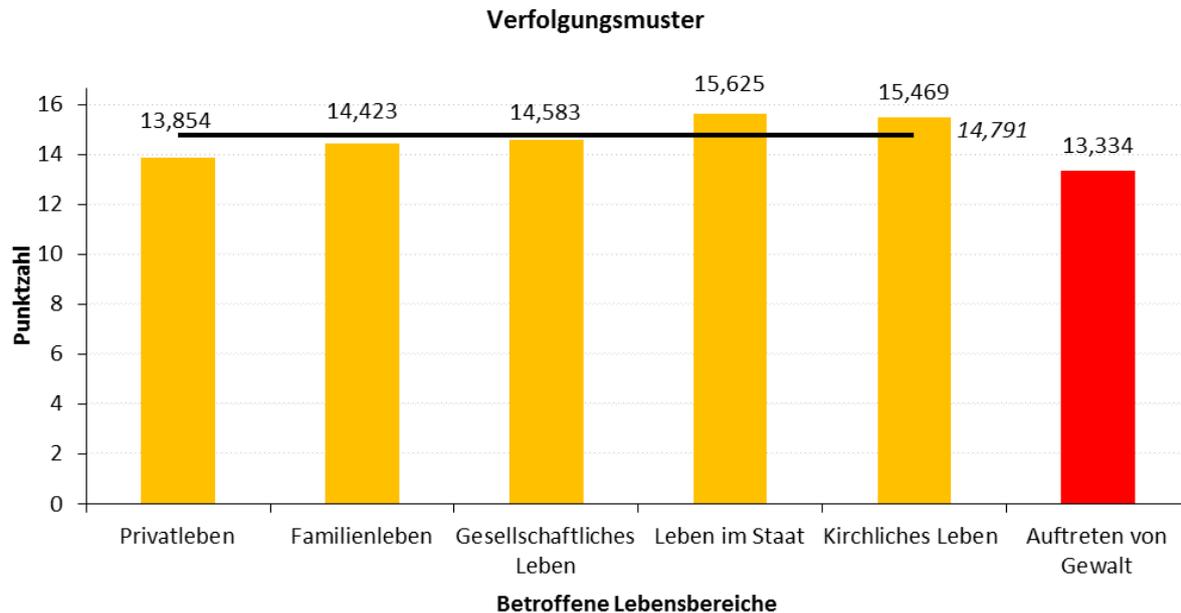
Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten: Diese bestehen aus Gruppen von Christen aus einigen westlichen Ländern und christlichen Arbeitsmigranten aus dem Südsudan. Ihre Kirchen werden zerstört und Registrierungen verweigert. Einige von ihnen wurden ohne ordentliches Gerichtsverfahren verhaftet. Christliche Flüchtlinge aus Eritrea und Äthiopien werden von der lokalen Bevölkerung isoliert.

Christen aus traditionellen Kirchen: Christen aus der koptisch-orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche erleben Verfolgung sowohl aufgrund von Islamischer Unterdrückung als auch der Diktatorischer Paranoia.

Christen muslimischer Herkunft: Diese Gruppe von ehemaligen Muslimen erlebt die stärkste Verfolgung, da sie nicht nur in den Bereichen des kirchlichen Lebens und des Lebens im Staat verfolgt wird, sondern auch starker Verfolgung von Familie und Nachbarn in den Bereichen gesellschaftliches Leben, Familienleben und Privatleben ausgesetzt ist.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Einheimische Christen, die evangelikalen oder pfingstlichen Gemeinden angehören, erleben Verfolgung durch Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Sudan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Sudan:

- Insgesamt ist der Druck auf Christen im Sudan im Berichtszeitraum des WVI 2017 merklich angestiegen, was durch den von 14,052 (WVI 2016) auf 14,791 angestiegenen Durchschnittswert des Drucks in den Lebensbereichen sichtbar wird.
- Es herrscht extremer Druck in allen Lebensbereichen, am höchsten ist er jedoch in den Bereichen „Leben in Staat“ (15,625) und „kirchliches Leben“ (15,469), während der Druck im „Privatleben“ (13,851) am niedrigsten ist.
- Die beiden Triebkräfte, Diktatorische Paranoia sowie Islamische Unterdrückung, schaffen ein äußerst feindseliges Umfeld für Christen. Christen muslimischen Hintergrunds sind der schlimmsten Verfolgung in fast allen Lebensbereichen ausgesetzt.
- Die Wertung für den Bereich „Gewalt“ ging zwar im Vergleich zum WVI 2016 (13,519) etwas zurück, liegt jedoch immer noch im extremen Bereich (13,334). Es wurden zahlreiche Verhaftungen, Angriffe auf Kirchen und christliche Gebäude und Tötungen von Christen (vor allem in den Nuba-Bergen) verzeichnet.
- Das oben angeführte Verfolgungsmuster zeigt eine sich verschlechternde und extrem gewaltsame Verfolgungssituation. Insgesamt hat sich die Verfolgung von Christen seit der Unabhängigkeit des Südsudan verschlimmert, da die Regierung die Umsetzung ihrer Politik einer Religion, einer Sprache und einer Kultur vorantreibt.

Privatleben: Christen muslimischer Herkunft sind in diesem Lebensbereich besonders von Verfolgung betroffen, da das Gesetz jegliche Abkehr vom Islam zu einer anderen Religion mit dem Tod bestraft. Dazu erklärte ein Open Doors-Feldforscher: „Wegen des Risikos entdeckt zu werden und weil dies als Beweismaterial von Familien, Gesellschaft und Behörden gegen sie verwendet werden könnte, besitzen christliche Konvertiten grundsätzlich keine christlichen Materialien und vermeiden christliche Fernsehsender oder Internetseiten.“ Außerdem haben alle Christen Angst davor, mit sudanesischen Muslimen über ihren Glauben zu sprechen, da dies als „Ermutigung zum Abfall vom Islam“ verstanden werden könnte.

Familienleben: Die Kinder von Christen werden häufig in der Schule oder auf dem Spielplatz wegen des Glaubens ihrer Eltern belästigt. Auch im Sorge- und Erbrecht ist die Situation für Christen aufgrund ihres Glaubens sehr kompliziert. Dies ist ein weiterer Lebensbereich, in dem christliche Konvertiten die stärkste Verfolgung erfahren. Für sie ergeben sich selbst bei Begräbnissen ernsthafte Probleme. Christen muslimischer Herkunft werden oft nach islamischem Ritus auf muslimischen Friedhöfen beerdigt, obwohl christliche und muslimische Friedhöfe getrennt sind. Auch geben sie ihren christlichen Glauben häufig nicht einmal an die eigenen Kinder weiter, da dies die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Familie ziehen könnte (weil Kinder versehentlich den Glauben der Eltern offenbaren könnten).

Gesellschaftliches Leben: Die Gesetze zur öffentlichen Ordnung beruhen weitgehend auf der strengen Auslegung des islamischen Rechts vonseiten der Regierung. Sie gelten beispielsweise im Bundesstaat Khartum und verbieten das Tragen „unpassender“ Kleidung sowie „Verletzungen des Ehrgefühls, des Ansehens und der öffentlichen Moral“. Die islamische Moralpolizei belästigt und verhaftet Christen, die sich nicht entsprechend den offiziellen Vorschriften kleiden. Christen werden auch bei der Bekleidung öffentlicher Ämter und beim Zugang zu Gemeinschaftsressourcen diskriminiert. Außerdem werden Christen, besonders ehemalige Muslime, durch Behörden und muslimische Leiter überwacht und stehen unter enormem Druck, ihren christlichen Glauben aufzugeben.

Leben im Staat: Christen werden als Bürger zweiter Klasse angesehen. Obwohl Artikel 38 der Übergangsverfassung Religionsfreiheit garantiert, ist die regierende Partei der Meinung, dass das Land den Muslimen gehört. Demzufolge sind praktisch alle Gesetze von der Scharia abgeleitet und bieten keinen Raum für die Ausübung der Religionsfreiheit. Andere Gesetze schränken die Religionsfreiheit durch sogenannte Rückabwicklungsbestimmungen („clawback clauses“) zusätzlich ein. Das Regime wurde durch die gewonnenen Wahlen im Jahr 2015 in seiner Macht bestätigt, als es mehr als 93 Prozent der Stimmen holte. Christen – besonders aus dem Südsudan und westliche Missionare – werden häufig vom staatlichen Sicherheitsdienst überwacht.

Kirchliches Leben: Die extrem hohe Punktzahl in diesem Lebensbereich rührt daher, dass das kirchliche Leben stark eingeschränkt ist. Laut Bericht eines Open Doors-Feldforschers mischt sich die Regierung zunehmend in die internen Abläufe religiöser Institutionen ein. Aufgrund von Vorschriften seitens des Ministeriums für religiöse Stiftungen und Religionsangelegenheiten sahen sich Pastoren zur Selbstzensur und Einschränkung ihrer Aktivitäten genötigt. Sudanische Sicherheitskräfte zwangen Christen, die von ihnen geführten Schulen abzugeben. Auch der Bau neuer Kirchen ist äußerst schwierig, vor allem, weil dazu eine Baugenehmigung der Regierungsbehörden benötigt wird. Selbst wenn diese ausgestellt wird, bekommen Christen von lokalen islamischen Leitern und muslimischen Extremisten täglich Steine in den Weg gelegt.

Auftreten von Gewalt: Das extreme Maß an Gewalt gegen Christen ist ein Produkt von zwei zusammenwirkenden Triebkräften der Verfolgung. Obwohl es schwierig war, die genaue Zahl der Christen zu ermitteln, die im Berichtszeitraum des WVI 2017 getötet wurden, hat ein Experte den Tod von mindestens fünf Christen dokumentiert. In der Region der Nuba-Berge werden Christen von staatlichen Sicherheitskräften angegriffen. Die Regierung behauptet dabei, gegen Rebellen vorzugehen. Kirchen und Grundstücke von Christen werden attackiert, Pastoren, die sich gegen Verfolgung aussprechen, strafrechtlich verfolgt. Einem Open Doors-Feldforscher zufolge wurden mindestens 12 Christen innerhalb des Berichtszeitraums aufgrund ihres Glaubens festgenommen. Der christliche Pastor Hassan Abduraheem Kodi Taour und ein tschechischer Entwicklungshelfer stehen im Sudan vor Gericht. Ihnen wird „Spionage“, „Kriegsführung gegen den Staat“ und „Anstiftung zum Hass gegen religiöse Gemeinden“ vorgeworfen. Der mitangeklagte Pastor Kuwa Shamal wurde Anfang Januar mangels Beweisen freigesprochen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Der Regierung von al-Bashir gelang es bisher, den immensen Druck aus dem In- und Ausland zu überstehen. Die Regierung des Sudan ist bekannt für ihre Missachtung der Menschenrechte und verletzt weiterhin die Rechte der Christen im Land. In den letzten Jahren ist die Punktzahl des Landes auf dem Weltverfolgungsindex stetig angestiegen. Es ist außerdem seit 1999 auf der Liste der „besonders Besorgnis erregenden Länder“ des US-Außenministeriums verzeichnet, zuletzt am 29. Februar 2016.

Durch den Druck der internationalen Gemeinschaft wurden einige Christen, die aufgrund ihres Glaubens gefangen waren, freigelassen. Ihre Grundeinstellung gegenüber Christen hat die Regierung jedoch nicht verändert. Häufig werden Kirchen, Krankenhäusern und Schulen, besonders in der Bergregion von Nuba, geplündert oder zerstört. Obwohl gegen Präsident al-Bashir zwei internationale Haftbefehle ausgestellt sind, wurde die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft von den Problemen des neu gegründeten Staates Südsudan und dem Ausbruch des Bürgerkrieges zwischen den beiden größten rivalisierenden Stämmen des Landes abgelenkt. Die Tatsache, dass nun zahlreiche afrikanische Staaten den internationalen Strafgerichtshof verlassen, stärkt al-Bashir.

Für die Zukunft zeichnen sich folgende Entwicklungen ab:

- Die beiden Triebkräfte Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia werden die Haupttriebkräfte der Christenverfolgung im Land bleiben.
- Schikanen gegen und Verhaftungen von Christen werden nicht aufhören.
- Christen werden weiterhin Schwierigkeiten haben, Baugenehmigungen für Kirchen zu erhalten und einige werden darum kämpfen müssen, ihre Kirchen nicht zu verlieren.

Die sudanesishe Regierung wird aller Wahrscheinlichkeit nach Nuba-Christen weiterhin willkürlich angreifen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 6: Syrien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 86 Punkten belegt Syrien Platz 6 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Das entspricht einem Rückgang um einen Indexpunkt gegenüber dem Jahr 2016 (87), als Syrien Rang 5 einnahm. Dies ist dadurch zu erklären, dass von weniger Übergriffen auf Kirchen oder auf Geschäfte/Läden, die von Christen geführt werden, berichtet wurde. Der Druck auf Christen ist in den vom „Islamischen Staat“ (IS) und islamistischen Kämpfern kontrollierten Gegenden besonders hoch. Die meisten Christen sind aus diesen Gebieten geflohen, was zu einer geringeren Zahl an gewaltsamen Übergriffen führt. Außerdem wurden bereits im letzten Berichtszeitraum viele Kirchen zerstört. Ein weiterer Punkt ist die Schwierigkeit, an zuverlässige Informationen aus einem vom Bürgerkrieg zerrütteten Land zu kommen.



Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Die Kämpfer des IS und in geringerem Maß auch die Anhänger von Jabhat al-Nusra (Al Nusra Front) sind gegenwärtig die brutalsten Verfolger der Christen in Syrien. Vor dem Bürgerkrieg genossen Christen in Syrien ein vergleichsweise hohes Maß an Freiheiten. Das änderte sich mit dem Auftreten der islamisch-extremistischen Gruppierungen. Ende Juni 2014 rief der IS sein Kalifat in weiten Teilen Syriens und des Irak aus und führte dort eine strikte Form der Scharia ein. Bereits im Februar 2014 waren Christen im syrischen Rakka gezwungen worden, einen „Dhimmi-Vertrag“ (Dhimmi = „Schutzbefohlener“ des Islam mit eingeschränkten Rechten; der Status verpflichtet zur Zahlung einer – oftmals extrem hohen – Kopfsteuer) zu unterzeichnen, eine deutliche Verletzung ihrer Glaubensfreiheit. Inzwischen sind die meisten Christen aus den vom IS kontrollierten Gebieten geflohen. Der gestiegene Einfluss islamisch-extremistischer Gruppierungen hat dazu geführt, dass sich die Gesellschaft besonders in den von ihnen beherrschten Gebieten zunehmend radikalisiert.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die in Syrien herrschende Stammeskultur ist von der Loyalität dem eigenen Stamm oder der Familie gegenüber bestimmt. Dieses System strebt die Aufrechterhaltung traditioneller Werte und Normen an und ist dabei stark vom Islam beeinflusst. Davon sind besonders Christen muslimischer Herkunft betroffen.

Diktatorische Paranoia: Vor dem Bürgerkrieg waren die von Diktatorischer Paranoia motivierten Verfolger meistens Regierungsbeamte. Der Staat überwachte damals Kirchen beispielsweise, um die Verkündigung auf politische Aussagen zu prüfen. Inzwischen findet diese Beobachtung kaum noch statt, da die Regierung sich ganz dem Kampf gegen die verschiedenen Oppositionsgruppen widmet. Aufgrund der Umstände des Krieges gibt es kaum Anstrengungen, die Glaubensfreiheit der Christen zu schützen. Im heutigen Syrien ist diese Triebkraft hauptsächlich bei bewaffneten Gruppierungen zu beobachten, die Teile von Syrien unter ihre Kontrolle gebracht haben und nun entschlossen sind, mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: In Syrien gehören Organisiertes Verbrechen und Korruption zum Alltag des Bürgerkrieges, der keine behördliche Strafverfolgung kennt. Menschen nutzen die Gelegenheit, sich selbst zu bereichern, beispielsweise durch Entführungen und Lösegeldforderungen. Als Geiseln werden Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften genommen. Da Christen in dem Ruf stehen, wohlhabend und regimetreu zu sein, werden sie aus finanziellen, politischen und ideologischen Motiven zum Ziel von Entführungen. Hinzu kommt, dass sie Teil einer besonders verwundbaren religiösen Minderheit sind.

Aktuelle Einflüsse

Der syrische Bürgerkrieg begann im Jahr 2011 als ein Volksaufstand, bei dem es um größere politische Freiheiten und wirtschaftliche Reformen ging – ähnlich wie in anderen arabischen Ländern zur selben Zeit. Die Wurzeln dieses Konflikts liegen jedoch tiefer und sind komplexer. Dazu gehören Kämpfe verschiedener sozialer Klassen, Spannungen zwischen Stadt- und Landbevölkerung und Unterdrückung der politischen Freiheit. Darin liegt ein Teil der Erklärung, warum der Konflikt sich so schnell zu einem extrem gewalttätigen Konflikt religiöser Prägung entwickeln konnte, der mittlerweile sechs Jahre andauert. Der religiöse Aspekt besteht hauptsächlich in der Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Schiiten (einschließlich der Alawiten).

Die syrische Opposition unterliegt einer stetigen „Islamisierung“, und der Bürgerkrieg entwickelt sich mehr und mehr zum „Dschihad“ gegen die syrische Regierung. Durch diesen Konflikt leiden alle Teile der syrischen Bevölkerung, allerdings sind einige verwundbarer als andere. Ein wesentliches Merkmal der syrischen Christen ist, dass ethnische und religiöse Identität eng miteinander verknüpft sind. Um die Situation der Christen im Zusammenhang des gegenwärtigen Bürgerkrieges zu verstehen, muss man die geografische Konzentration der Christen auf einige strategische Gebiete des Landes berücksichtigen, die von Regierungstruppen und der Opposition stark umkämpft sind. Dazu gehören etwa die Städte Aleppo und Damaskus mitsamt ihrer Umgebung sowie die südlichen Bereiche der Provinz Homs in der Nähe der libanesischen Grenze. Dieser Aspekt trägt maßgeblich zur erhöhten Verwundbarkeit der Christen bei; ihre angebliche Nähe zur Regierung ist ein weiterer Faktor.

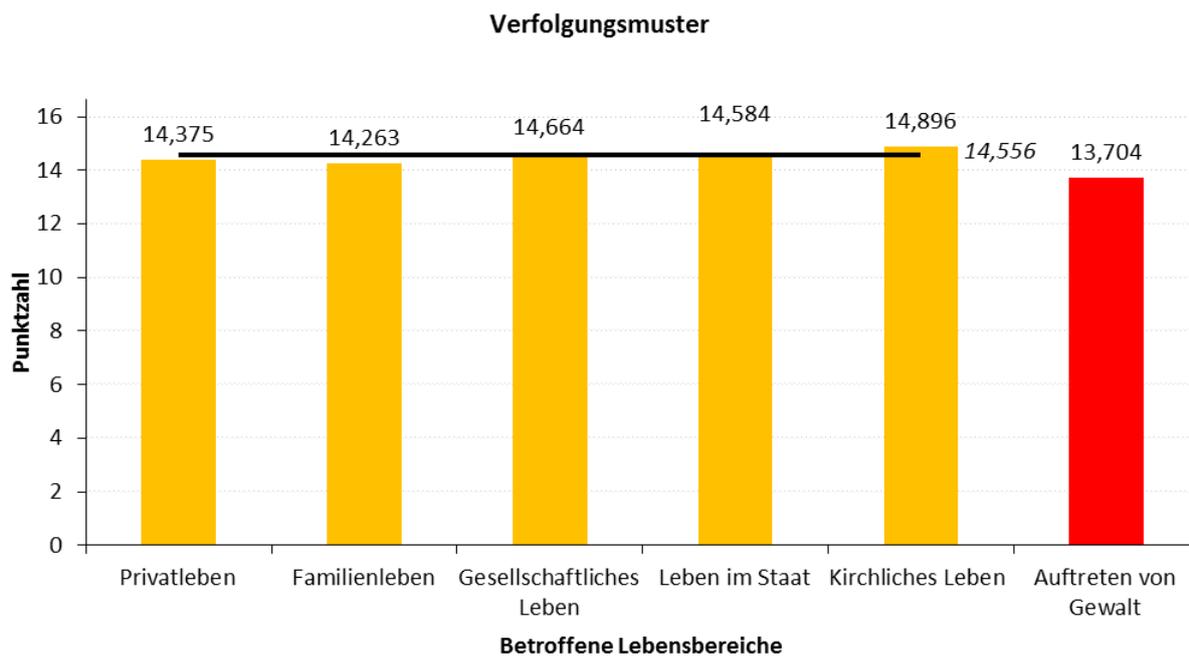
Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus traditionellen Kirchen (zumeist Syrisch-Orthodox und Römisch-Katholisch): Als größte christliche Gruppe im Land werden Angehörige der historisch gewachsenen christlichen Gemeinschaften gezielt angegriffen. Sie leben im ganzen Land und damit auch in den Kampfgebieten. Aus dieser Gruppe stehen aufgrund ihrer öffentlichen Präsenz besonders die Leiter im Fadenkreuz der Islamisten. Geistliche der traditionellen Kirchen sind leicht an ihrer Kleidung erkennbar, was sie zu einem einfachen Angriffsziel machen kann. Angehörige dieser Konfessionen sind auch wegen der markanten Kirchengebäude oft leichter zu identifizieren als Christen anderer Kategorien; hinzukommt, dass viele von ihnen engere wirtschaftliche oder soziale Kontakte zu staatlichen Stellen pflegen. Die Intensität der Verfolgung oder Unterdrückung durch Regimegegner hängt zudem maßgeblich von der politischen Reputation einzelner Denominationen, Gemeinden oder Kirchenleiter ab. Entscheidend dafür ist, wie sich eine Gemeinde oder ein Christ in der Vergangenheit in politischer Hinsicht positioniert hat: wurde Präsident Assad offen unterstützt, war man um Neutralität bemüht, hat man sich distanziert oder gar gegen ihn opponiert?

Christen muslimischer Herkunft: Christliche Konvertiten aus dem Islam werden besonders durch ihre Familien unter Druck gesetzt, für die es eine große Schande darstellt, wenn ein Familienmitglied den Islam verlässt. Das trifft besonders in mehrheitlich sunnitischen Gebieten zu, wo Christen muslimischer Herkunft die Verbannung durch ihre Familien oder Schlimmeres droht. Als Folge der wachsenden Radikalisierung des Islam ist die Intensität der Verfolgung von Konvertiten durch die eigene Familie und die Gesellschaft in den von Rebellen kontrollierten Gebieten spürbar gestiegen. In den Kurdengebieten war der Druck im Rahmen der Familie weniger intensiv, da die kurdischen Sunniten in der Regel weniger fundamentalistisch eingestellt sind. Da die Behörden gegenwärtig andere Prioritäten zu setzen haben, wird von ihnen anders als in früheren Jahren kaum noch Druck auf Christen muslimischer Herkunft ausgeübt.

Protestantische Freikirchen: Es handelt sich vor allem um Baptisten sowie evangelikale und pfingstliche Gemeinschaften. Diese Gemeinden sind stark gefährdet, da sie für ihre Nähe zum Westen bekannt sind, oft nur über eine lose Organisation und keine starke Leiterschaft verfügen; zudem haben sie keinen prominenten Fürsprecher im Ausland (wie etwa einen Papst oder Bischof), der ihr Anliegen öffentlich vorbringen kann.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Syrien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Syrien:

- Allgemein ist der Grad der Verfolgung von Christen in Syrien extrem hoch (14,556 Punkte). Die Punktzahl ist im Vergleich zum WVI 2016 (14,287) leicht gestiegen. Diese leichte Korrektur nach oben beruht auf einer verbesserten Informationslage. Tatsächlich hat sich die Situation für Christen im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert.
- Der Druck ist in allen Lebensbereichen extrem hoch und in den Bereichen „Kirchliches Leben“ (14,896), „Gesellschaftliches Leben“ (14,664) und „Leben im Staat“ (14,584) am höchsten. Dies ist typisch für eine Situation, in der Islamische Unterdrückung, in Kombination mit Diktatorischer Paranoia, die Haupttriebkraft sind.
- Druck durch Islamische Unterdrückung entsteht hauptsächlich durch das soziale Umfeld in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“.
- Obwohl das Ausmaß von Gewalt im Vergleich zum WVI 2016 (15,556) zurückgegangen ist, ist es immer noch extrem hoch (13,704). Die meisten Christen haben die von islamischen Kämpfern (einschließlich des IS) kontrollierten Gebiete verlassen, was die geringere Anzahl an gewaltsamen Übergriffen erklärt. Außerdem wurden viele Kirchen bereits im letzten Berichtszeitraum zerstört. Ein weiterer Punkt ist die Schwierigkeit, an zuverlässige Informationen aus einem vom Bürgerkrieg zerrütteten Land zu kommen.
- Die Gesamtsituation in Syrien ist charakterisiert von schwerer Verfolgung in den von dem IS und islamistischen Kämpfern gehaltenen Gebieten, die alle Kategorien von Christen betreffen, und erheblichem Druck auf Christen mit muslimischem Hintergrund im ganzen Land.

Privatleben: Der Druck ist besonders groß in den von Islamisten kontrollierten Teilen des Landes. Christen aller Kategorien sind in ihrem Glaubensleben stark eingeschränkt und dürfen beispielsweise keine christlichen Lieder singen. Unter dem Einfluss eines radikalisierten Islam erleben Christen muslimischer Herkunft größeren Druck im Bereich ihrer persönlichen Glaubenspraxis. Das gilt besonders in den von Islamisten kontrollierten Gebieten, weniger in den Kurdengebieten.

Familienleben: Besonders Christen muslimischer Herkunft erleben intensive Verfolgung in diesem Lebensbereich, sobald ihr neuer Glaube bekannt wird. Dies ist in den Kurdengebieten etwas weniger ausgeprägt. Ehemalige Muslime haben keine Möglichkeit, ihre Religionszugehörigkeit in ihren Ausweispapieren ändern zu lassen, so dass sie sich auch weder taufen noch christlich trauen lassen können. In vom IS kontrollierten Gebieten sind solche Themen für alle Kategorien von Christen problematisch. Im ganzen Land wird christlichen Ehepartnern von Muslimen im Falle einer Scheidung meistens das Sorgerecht für die Kinder entzogen.

Gesellschaftliches Leben: In vom IS beherrschten Gebieten ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Christen mit größten Schwierigkeiten verbunden. Wird bekannt, dass sich ein Muslim dem christlichen Glauben zugewandt hat, stößt er im ganzen Land auf diese Schwierigkeiten. Im Herrschaftsbereich des IS gelten die islamischen Kleidervorschriften auch für Christen. Schutzgeldzahlungen, die Beachtung besonderer Vorschriften für den Handel, Ernährungsvorschriften einschließlich eines strikten Alkoholverbots sind weitere Bedingungen, denen Christen sich fügen müssen.

Leben im Staat: Aufgrund der aktuellen Zersplitterung des Landes haben die herrschende Ungerechtigkeit und der Mangel an Strafverfolgung weiter zugenommen. In von der Regierung kontrollierten Gebieten erleben Christen im öffentlichen Leben generell keine unmittelbare

Diskriminierung durch die Behörden. Sie müssen jedoch jederzeit damit rechnen, auf gläserne Decken zu stoßen. Besonders Christen muslimischer Herkunft werden häufig benachteiligt, sobald ihr neuer Glaube bekannt wird. Die Weitergabe des Evangeliums und die Abkehr vom Islam sind verboten. In von extremistischen Kräften kontrollierten Gebieten gelten alle Nichtmuslime einschließlich der Christen als Bürger zweiter Klasse.

Kirchliches Leben: In den von Islamisten beherrschten Gebieten sind die meisten Kirchen entweder zerstört oder zu islamischen Zentren umfunktioniert worden. Öffentliche Ausdrucksformen des christlichen Glaubens sind verboten und weder Kirchengebäude noch Klöster dürfen repariert werden. Letzteres gilt unabhängig davon, ob die Beschädigung dem Gebäude absichtlich zugefügt wurde oder nicht. In von der Regierung kontrollierten Gebieten werden Christen aufgrund des Krieges weniger als früher überwacht. Eheschließungen von Christen muslimischer Herkunft sind jedoch nicht vorgesehen und deshalb illegal.

Auftreten von Gewalt: Die gezielte Gewalt gegen Christen hielt während des Berichtszeitraums weiter an. Die religiöse Dimension des Konfliktes hat Christen als religiöse und ethnische Minderheit in besonderem Maße verwundbar gemacht. Extremistische Muslime spielen bei der gegen Christen gerichteten Gewalt eine herausgehobene Rolle. In einer Propagandazeitschrift des IS wurde erklärt, IS-Kämpfer seien berechtigt, versklavte Nichtmuslima zu vergewaltigen. Open Doors liegen zahlreiche Berichte von Christen vor, die entführt, körperlich misshandelt und getötet wurden. Im Februar 2015 entführte der IS eine große Anzahl Assyrer, nachdem assyrische Dörfer in den Provinzen Hassaka und Homs angegriffen wurden. Die Geiseln wurden im aktuellen Berichtszeitraum nach und nach wieder freigelassen, die letzten 40 der 230 Personen erst ein Jahr nach ihrer Entführung, im Februar 2016. Durch Kriegshandlungen wurden zahlreiche Kirchengebäude beschädigt oder zerstört, was in einigen Fällen sehr gezielt geschah. Im Vergleich zum WVI 2016 wurden weniger Übergriffe auf Kirchen berichtet.

Es ist unmöglich, eine vollständige Auflistung aller gewaltsamen Übergriffe gegen Christen in Syrien zu erstellen. Deshalb sind an dieser Stelle nur einige schwerwiegende Vorfälle aus dem Berichtszeitraum des aktuellen WVI aufgelistet: Am 30. Dezember 2015 fand ein koordinierter Bombenangriff auf zwei von Christen betriebene Restaurants statt, in einem Teil von Qamischi, in dem viele Christen leben. 16 Menschen starben und mehr als 50 wurden verletzt. Von den 16 Getöteten waren 13 Christen. Der IS bekannte sich zu dem Anschlag. Am 24. Januar 2016 wurde ein weiterer Anschlag in Qamischi verübt. Zwei Bomben detonierten in einer assyrischen Nachbarschaft und beschädigten das Star Café und die Joseph-Bäckerei stark. Drei Assyrer kamen bei der Explosion um und 20 weitere wurden verletzt. Auch zu diesem Anschlag bekannte sich der IS. Es gab mehrere Anschläge auf Kirchen und Selbstmordattentate in der Nähe von Kirchen: Am 17. Januar starteten militante Gruppen einen Raketenangriff auf mehrere Teile Aleppos, bei dem die Armenisch-Evangelikale Immanuel Kirche stark beschädigt wurde. Berichten zufolge wurde das Gebäude nur wenige Stunden nach dem Sonntagsgottesdienst getroffen und glücklicherweise gab es keine Todesopfer. Am 27. März 2016 wurden mehrere Zivilisten getötet oder verletzt, als eine Selbstmordattentäterin ihren Sprengstoffgürtel vor der Syrisch-Orthodoxen St. Georg-Kirche in Ras al-'Ain zündete. Am 19. Juni 2016 fand ein weiteres Selbstmordattentat in Qamischi statt, als sich ein Selbstmordattentäter während einer Gedenkfeier anlässlich des osmanischen Völkermords an Assyrern und Armeniern 1916 vor der St. Gabriel-Kirche in die Luft sprengte. Dabei starben vier Menschen, Kurden und Christen, und weitere wurden verletzt. Am 18. Juli 2016 stürmten anonyme Bewaffnete die Assyrisch-Orthodoxe St. Charnel-Kirche in Qamischi und zerstörten ihr Inneres.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Am Ende des Jahres 2016 scheint die syrische Regierung von der anhaltenden Unterstützung Russlands und des Iran profitiert zu haben. Die vom IS gehaltenen Gebiete im Land verkleinern sich. Nach Einschätzung der „Economist Intelligence Unit“ (EIU) der Zeitschrift „The Economist“ wird das Regime höchstwahrscheinlich in der Lage sein „ein zusammenhängendes Gebiet unter seine Kontrolle zu bringen, das den Westen Syriens einschließt und die Islamisten und dschihadistischen Rebellengruppen auf den (weniger bevölkerten) Osten des Landes zu beschränken.“ Obwohl die Intensität des Krieges etwas nachzulassen scheint, gehen EIU-Analysten davon aus, dass die humanitäre Krise noch für Jahre anhalten wird. In einer Reaktion auf die Schlacht um Aleppo zitierte die Agentur Reuters Analysten, die davor warnen, dass „selbst nach Niederschlagung des Hauptaufstandes durch Assad ihm noch Jahre voller Guerilla-Aufständen und Bombenangriffen bevorstehen, wenn er versucht, seine Macht wieder geltend zu machen“.

In dem Chaos und der mangelnden Strafverfolgung eines Bürgerkrieges sind Minderheiten besonders verwundbar. Das trifft auch auf syrische Christen zu, die direkte Ziele von Angriffen wurden. Ausgehend von der Einschätzung der EIU ist anzunehmen, dass die Situation für Christen in Syrien in nächster Zeit nicht sicher sein wird. Dies betrifft vor allem Christen, die entlang der Frontlinien oder in von Rebellen kontrollierten Gebieten leben, und wird sie wahrscheinlich auch weiterhin zwingen, das Land zu verlassen. Die Präsenz von Christen als mögliche Vermittler und Brückenbauer in Gesellschaften mit vielen verschiedenen Facetten des Islam ist von großer Wichtigkeit. Mit dem Rückgang der christlichen Bevölkerungsanteile werden die Instabilität und die Schärfe der Konflikte mutmaßlich weiter zunehmen. Inmitten der Gewalt und Verfolgung gibt es dennoch kleine Hoffnungszeichen. Obwohl viele Christen das Land verlassen haben oder als Flüchtlinge im Land leben und diese Bewegung anhält, gibt es weiterhin viele, die sich bewusst entschlossen haben, in Syrien zu bleiben. Sie wollen gerade in dieser unerträglichen Zeit ihrem Land dienen. Außerdem wächst die Anzahl derer, die sich ungeachtet der Schrecken des Bürgerkrieges dem christlichen Glauben zugewandt haben.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 7: Irak

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 86 Punkten belegt der Irak Platz 7 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Das entspricht einem Rückgang um 4 Punkte gegenüber dem Jahr 2016 (90), als der Irak Rang 2 einnahm. Der wichtigste Grund für die niedrigere Wertung ist die Tatsache, dass weniger gewalttätige Übergriffe auf Christen verzeichnet wurden als im Berichtszeitraum des WVI 2016, als der Islamische Staat (IS) gerade erst sein Kalifat errichtet hatte. Inzwischen sind viele Christen bereits aus den Gebieten geflohen, die vom IS oder anderen islamischen Extremisten besetzt wurden. Die Gewalt ist aber immer noch sehr hoch und der Druck auf Christen bleibt auf einem extremen Niveau.



Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Islamisch extremistische Gruppen wollen eine religiöse Säuberung des Irak und streben danach, den Irak ganz und gar zu einem islamischen Land zu machen. Seit der US-geführten Invasion des Irak im Jahr 2003 hat sich die Situation kontinuierlich verschlechtert. Anti-westliche (und damit auch anti-christliche) Stimmungen wirken zusammen mit beträchtlicher Gewalt durch islamische Extremisten und Gruppen von Aufständischen. Die Situation verschlimmert sich noch durch mangelnde Strafverfolgung und Gesetzlosigkeit. Darüber hinaus sind die islamistischen Milizen im Norden und im Westen zahlenmäßig gewachsen, beeinflusst durch den Bürgerkrieg in Syrien. Im Juni 2014 rief der IS ein Kalifat in großen Teilen des Nord- und West-Irak aus, zusammen mit den Gebieten, die er in Syrien kontrolliert. Der IS führte strenge islamische Regeln ein und ist für den Großteil der Gewalt gegen Christen im Irak verantwortlich. Bedingt durch regionale Entwicklungen nimmt die Bedeutung des Islam in den irakischen und kurdischen Gebieten zu. Mehrere schiitische Parteien haben gute Beziehungen zur Islamischen Republik Iran und folglich wächst der Einfluss des Iran im Irak. Christen, besonders solche mit muslimischem Hintergrund, berichten bereits jetzt, dass sie in Gebieten nahe der iranischen Grenze von iranischen Geheimdiensten beobachtet werden. Generell scheint die Gesellschaft des Irak islamischer zu werden. Die soziale Kontrolle von Frauen sowie der Zwang zum Tragen eines Kopftuches und die Einhaltung des Ramadan nehmen zu. Selbst christliche Frauen in Bagdad und Basra sind gezwungen, sich zu verschleiern, damit sie sich sicher außerhalb ihres Zuhauses bewegen können. In den vom IS kontrollierten Gebieten werden alle Frauen zur Vollverschleierung gezwungen.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die irakische Gesellschaft ist immer noch sehr durch Stämme geprägt. Das Stammesdenken im Irak versucht, den fortgesetzten Einfluss von alten Normen und Werten durchzusetzen und vermischt sich sehr mit dem Islam und beeinträchtigt besonders Christen mit muslimischem Hintergrund.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Die Korruption spielt bei der Verfolgung von Christen eine wichtige Rolle, wie sich bei Lösegeldforderungen bei Entführungen von Christen zeigt oder bei der illegalen Wegnahme von Häusern von Christen und deren Grundbesitz. Der Nichtregierungsorganisation „Bagdad Beituna“ (Bagdad, unser Zuhause) zufolge gab es mehr als 7000 Rechtsverletzungen gegen Eigentum irakischer Christen in Bagdad seit 2003. Ein Beamter aus Bagdad gibt an, dass nahezu 70 Prozent der Häuser von Christen illegal übernommen wurden. Die Verwundbarkeit religiöser Minderheiten wie die der Christen wird ausgenutzt. Korruption ist in der irakischen Gesellschaft tief verankert, bis hinauf in die höchsten Ebenen. Zudem sind es besonders Menschen mit politischer Macht, muslimische Milizen mit der Unterstützung des Iran eingeschlossen, die nicht nur Häuser von Christen besetzen, sondern auch Kirchen und Klöster.

Konfessioneller Protektionismus: Im Süden und im Zentral-Irak stehen Christen, die aus einer traditionell christlichen Gemeinschaft zu einer protestantischen Freikirche wechseln, Drohungen und Widerstand von Familienmitgliedern, Stammesführern und der Gesellschaft gegenüber. Dies umfasst die Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, den Verlust von Erbschaften oder Ersparnissen, um zu heiraten. Angehörigen traditioneller christlicher Gemeinschaften, die freikirchliche Gemeinden besuchten, wurde verweigert, von ihrem Bischof getraut zu werden. Ächtung durch Familie und Gesellschaft sind üblich.

Aktuelle Einflüsse

Die Christen im Irak haben eine lange Tradition. Mossul – Iraks zweitgrößte Stadt, nun teilweise aus der Hand von IS-Milizen befreit – ist der heutige Name der früheren Stadt Ninive, aus dem biblischen Buch Jona. Schon lange lebten Christen in Städten wie Bagdad und Mossul. Vor der amerikanischen Invasion im Jahr 2003 war der Irak Heimat einer der größten christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten. Christen leben hier seit zwei Jahrtausenden, stehen aber jetzt am Rande der Auslöschung.

In den letzten Jahren litt der Irak unter struktureller Unsicherheit, Konflikten und Instabilität durch eine Regierung, die weder in der Lage ist, Recht und Gesetz durchzusetzen, noch ein Minimum an Sicherheit zu gewährleisten. Korruption grassiert und die religiös begründete Gewalt scheint nicht aufzuhören.

Der Irak teilt sich in zwei Teile: in die halb-autonome Kurdenregion im Norden, offiziell durch die Kurdische Regionalregierung (KRG) in Erbil verwaltet, und den größeren arabischen Teil, größtenteils von der irakischen Regierung in Bagdad kontrolliert. Kurden und Araber haben jeweils ihre eigene Kultur und Sprache. Ein Großteil der irakischen Erdöl-Vorkommen findet sich nahe Kirkuk und Mossul, der Grenzregion zwischen den Kurdengebieten und dem arabischen Irak. Hier trat bisher die meiste Gewalt auf. Die Christen sind hier zwischen die Fronten zweier unterschiedlicher Kriege geraten: der eine um ein unabhängiges Kurdistan und der andere in Form einer religiösen Säuberung durch islamistische Gruppierungen, die ein rein islamisches Land anstreben. Andererseits gibt es Hoffnungsschimmer. Die Zusammenarbeit von christlichen Pastoren mit muslimischem Hintergrund hat in einigen Orten im Norden zugenommen. Traditionelle Christen und deren Organisationen erreichen Flüchtlinge aus IS-kontrollierten Gebieten und Syrien durch die Verteilung von Decken und Spielzeug. Kirchengemeinden in Erbil und Dohuk leisten zudem in großem Umfang humanitäre Hilfe für Tausende (Binnen-)Flüchtlingsfamilien.

Betroffene Kategorien von Christen

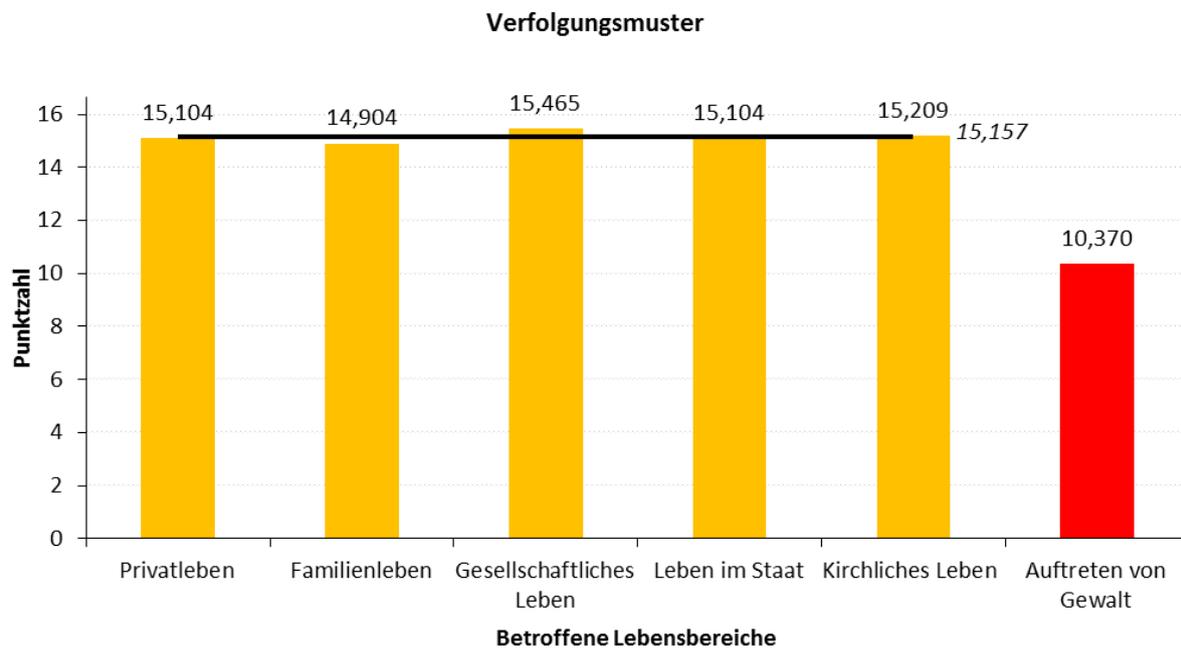
Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten: existieren im Irak, sind aber meist von der allgemeinen Situation losgelöst und wurden daher nicht als eigenständige Gruppe in der Bewertung der Situation gezählt.

Christen aus traditionellen Kirchen: Die Assyrisch-Orthodoxe Kirche, die Chaldäisch-Katholische Kirche, die Syrisch-Orthodoxe Kirche und die Armenische Kirche sind alle erheblich von Verfolgung betroffen, besonders durch extremistische islamische Gruppierungen und nicht-christliche Leiter. Zudem stehen sie der Diskriminierung durch Regierungsstellen gegenüber. Im südlichen und im Zentral-Irak tragen Christen oft keine offen sichtbaren christlichen Symbole wie Kreuze, da dies zu Belästigungen und Diskriminierungen an Kontrollpunkten, in Universitäten, am Arbeitsplatz oder in Regierungsgebäuden führen kann. Es wurde sogar berichtet, dass Christen in der irakischen Kurdenregion Kreuze an ihren Autos entfernt hätten, um ungewollte Aufmerksamkeit zu vermeiden. Vor einigen Jahren bereits konnte das Katholische Seminar in Bagdad nicht weiterarbeiten, bedingt durch Androhungen von Entführungen und Angriffen durch islamische Extremisten und war gezwungen, in die Kurdenregion umzuziehen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: evangelikale Gemeinden, etwa in Bagdad und Basra, sind ebenso erheblich von der Verfolgung durch extremistische islamische Bewegungen und nicht-christliche Leiter betroffen, inklusive Diskriminierungen durch Behörden. In gewissem Maße sind freikirchliche Christen außerdem von Widerstand durch die eigene (erweiterte) Familie betroffen. Freimütig auftretende Christen sind regelmäßig zu Zielen im Zentral- und Südirak geworden. Blasphemiegesetze können gegen sie verwendet werden, sollten sie verdächtigt werden, Missionsarbeit unter Muslimen geleistet zu haben. Für freikirchliche Christen gibt es keine gesetzliche Grundlage, um Bibelschulen zu errichten oder Organisationen zu engagieren, ihnen dabei zu helfen.

Christen muslimischer Herkunft: Dies betrifft Christen mit einem muslimischen oder einem traditionell christlichen Hintergrund, die nun zusammen mit protestantisch-freikirchlichen Christen Gottesdienst feiern. Christen muslimischen Hintergrunds erleben den meisten Druck durch die (erweiterte) Familie und halten oft ihren neuen Glauben geheim, da sie riskieren, von ihren Familienangehörigen, Stammesführern und den Menschen in ihrem Umfeld bedroht zu werden. Sie riskieren, ihr Anrecht auf ein Erbe zu verlieren sowie das Recht und die Mittel zu heiraten. Offen aus dem Islam zu konvertieren, führt überall im Land zu schwierigen Situationen und ist besonders im vom IS besetzten Gebiet sehr gefährlich. Die Kirche zu wechseln (z.B. aus einer orthodoxen Kirche zu einer freikirchlich-protestantischen Gemeinde) wird ebenfalls mit dem Entzug von Rechten bestraft, wie den Verlust des Arbeitsplatzes. Ein Bischof verweigerte Trauungen von Mitgliedern seiner Kirche durchzuführen, die freikirchlich-protestantische Gemeinden besucht hatten.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Irak

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Irak:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist auf einem extremen Niveau (15,157) und stieg leicht von 14,918 aus dem Berichtszeitraum 2016. Der Druck in allen Lebensbereichen ist extrem. Das ist typisch für eine Situation, in der viele verschiedene Triebkräfte zusammenwirken.
- Der Druck durch die Islamische Unterdrückung betrifft alle fünf Lebensbereiche, besonders für Konvertiten.
- Ethnisch begründete Anfeindungen (verbunden mit Islamischer Unterdrückung) sind besonders in den Lebensbereichen „Familien- und Privatleben“ zu finden.
- Organisiertes Verbrechen und Korruption werden besonders im Bereich des „gesellschaftlichen Lebens“ und des „Lebens im Staat“ sichtbar.
- Konfessioneller Protektionismus betrifft besonders die Bereiche „kirchliches Leben“, „Familien- und Privatleben“.
- Die Punktzahl für „Gewalt“ ist sehr hoch, ist aber im Vergleich zum WVI 2016 (der den Anfang des Kalifats des IS mit einbezog) gesunken. Es gab weniger gewalttätige Übergriffe gegen Christen, da viele von ihnen aus den Gebieten flohen, die vom IS oder anderen islamischen Extremisten kontrolliert wurden.
- Die generelle Verfolgungssituation ist gekennzeichnet von mangelnder Strafverfolgung, der Bedrohung durch Angriffe von islamischen Extremisten und der Behandlung von Christen als Bürger zweiter Klasse durch die Behörden.

Privatleben: Die Christen muslimischen Hintergrunds sind von allen Christen am meisten in der persönlichen Ausübung ihres Glaubens eingeschränkt. Meist können sie nicht öffentlich ihren Glauben teilen oder christliches Material/Literatur besitzen. Der Druck war besonders im IS-kontrollierten Gebiet hoch, aber auch im zentralen und südlichen Irak. Das trifft in geringerem Maße auch für die Kurdenregionen zu. Nur sehr wenige Christen sind noch im IS-kontrollierten Gebiet verblieben. In ihrer persönlichen Gottesdienstausübung sind sie stark eingeschränkt. Öffentliches Singen geistlicher Lieder etwa ist unmöglich.

Familienleben: Christen muslimischen Hintergrunds müssen ihren neuen Glauben meist verstecken, bedingt durch die „Schande“, die sie über ihre Familie bringen. Sie riskieren, bedroht und isoliert zu werden. Unter allen Christen ist das Leben der Familien, die in den IS-kontrollierten Gebieten leben, am stärksten eingeschränkt. Aber auch in den anderen Teilen des Irak müssen christliche Eltern vorsichtig sein, was sie ihren Kindern von ihrem Glauben mitteilen. Wenn die Kinder zum Beispiel von ihrem Glauben in der Schule erzählen – besonders im Islamunterricht – riskiert die Familie, der Blasphemie beschuldigt zu werden.

Gesellschaftliches Leben: Auch in ihrem Umfeld ist es für Christen muslimischen Hintergrunds zu gefährlich, offen über ihren Glauben zu reden. Wenn ihr Glaube bekannt wird, sehen sie sich Diskriminierung ausgesetzt. Dies ist noch schlimmer in den IS-kontrollierten Gebieten, in denen alle Kategorien von Christen über ihren Glauben Stillschweigen bewahren müssen. Als Konvertit aus dem Islam zum christlichen Glauben entdeckt zu werden, ist im IS-kontrollierten Gebiet wie ein Todesurteil. Das gilt aber auch in den zentralen und südlichen Regionen. Alle Frauen im IS-Gebiet sind zur Vollverschleierung gezwungen. Aber auch in Bagdad und Basra wird auf christliche Frauen Druck ausgeübt, etwa einen Schleier zu tragen. Selbst im Norden des Landes (Dohuk, Zakho und einige Gebiete Erbil) gibt es diesen wachsenden sozialen Druck. In den Kurdenregionen stehen die Christen mehr und mehr unter Druck durch die einheimische muslimische Bevölkerung, die sie beschuldigt, ihnen die Arbeitsplätze wegzunehmen.

Leben im Staat: Die Scharia, das islamische Gesetz, ist die Hauptquelle für die Rechtsprechung. Sie verbietet die Konversion von Muslimen hin zu anderen Religionen. Daher werden Christen mit muslimischem Hintergrund auf Ebene des Staates diskriminiert, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird. Es ist ihnen nicht möglich, ihre Religion in ihren Ausweispapieren ändern zu lassen, und ihre Kinder werden automatisch als Muslime registriert. Die fortwährende Islamisierung des gesamten Landes, die Kurdenregionen eingeschlossen, konnte bei der Umsetzung des Gesetzes zur religiösen Registrierung im Jahr 2015 und dem Verbot des Verkaufs von Alkohol im Oktober 2016 beobachtet werden. Das Registrierungsgesetz zwingt nicht-muslimische Kinder, Muslime zu werden, wenn der Vater zum Islam konvertiert oder ihre Mutter einen Muslim heiratet. Das Gesetz wurde trotz Protesten religiöser Minderheiten verabschiedet. Einige Tage nach dem Alkoholverkaufsverbot wurde ein Christ, Eigentümer eines Restaurants und eines Ladens, in dem man Alkohol erwerben konnte, vor seinem Geschäft ermordet. Im nordirakischen Kurdengebiet ordnet die KRG-Regierung den Verkauf von Bauland in einigen vorwiegend von Christen bewohnten Gebieten und Städten an Muslime oder Jesiden an. Dieser „demographische Wandel“ vollzieht sich seit einigen Jahren in vielen mehrheitlich von Christen bewohnten Gebieten, und wenn dieser Trend nicht gestoppt wird, werden diese Gebiete mehr und mehr muslimisch werden.

Kirchliches Leben: In Gebieten, die vom IS kontrolliert werden, wurden Kirchen und Klöster im Allgemeinen entweder zerstört oder zu anderen Zwecken genutzt (Gefängnisse, islamische Zentren, Ställe). Es ist praktisch unmöglich, irgendeine Art von Gemeindeleben im IS-Gebiet zu haben: öffentliche Versammlungen, die nicht vom IS organisiert wurden, sind verboten. Während des Berichtszeitraums haben die meisten Christen diese Gebiete verlassen, wer blieb, musste sich verstecken. Die meisten Christen wurden dazu gezwungen, zum Islam zu konvertieren und an islamischen Gebeten teilzunehmen. Wer sich weigerte, wurde geschlagen. Eine sehr beunruhigende Entwicklung ist im Süden und im Zentrum des Irak zu beobachten: Wegen des Mangels an Priestern oder an Gottesdienstbesuchern – aufgrund von Auswanderung – müssen manche Kirchengebäude verkauft werden. Kirchenleiter wie Pastoren und Priester werden gezielt angegriffen und von islamischen Extremisten getötet, um ein Exempel zu statuieren und andere Christen in Angst zu versetzen, besonders in Bagdad.

Auftreten von Gewalt: Seit der IS im Juni 2014 sein Kalifat ausrief, war ein Strom von Christen, aber auch Jesiden, schiitischen Muslimen, Shabaq, Kakai und anderen Minderheiten gezwungen, ihre Heimat fluchtartig zu verlassen. Viele Christen sind zu Binnenflüchtlingen geworden und sind in die Kurdengebiete oder ins Ausland geflohen. Viele Christen wurden entführt und haben physisches Leid erfahren, sexuelle Gewalt und Zwangsheirat mitinbegriffen. Viele Kirchen, Klöster und Eigentum von Christen wie Häuser und Läden wurden beschädigt, zerstört oder beschlagnahmt - besonders in Mossul und in der Region der Ninive-Ebene. Mindestens ein Christ wurde getötet, vor seinem Geschäft im Oktober 2016. Gegen Christen gerichtete Gewalt trat im Berichtszeitraum weiterhin auf, war aber geringer als im Berichtszeitraum des WVI 2016, der den brutalen Beginn des Kalifats des IS miteinbezog. Da viele Christen die Gebiete unter der Kontrolle des IS und anderer islamistischer Extremisten verlassen haben, darunter auch Bagdad und Basra, gab es weniger Übergriffe auf Christen. Dennoch gibt es weiterhin eine gegen Christen gerichtete Stimmung.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Wichtige Entwicklungen des Jahres 2016 im Irak waren der Verlust von Territorium durch den IS und der Kampf um Mossul. Auf den ersten Blick klingt der Geländeverlust des IS – insgesamt 12 Prozent in den ersten sechs Monaten des Jahres 2016 – wie eine gute Nachricht. Aber der IS wird sich nicht so leicht vertreiben lassen. Bereits jetzt hat die Extremistengruppe – die eines der schlimmsten Beispiele für Akteure aus dem Umfeld der Islamischen Unterdrückung ist – Angriffe in Gebieten nahe oder jenseits ihres Territoriums ausgeführt. Der internationale Think-Tank IHS Markit erwartet „eine Zunahme von Angriffen mit großen Verlusten und Sabotageakte gegen wirtschaftliche Infrastruktur, quer durch den Irak und Syrien und auch weiter entfernt, Europa eingeschlossen.“

Gleichzeitig haben Christen mit einem eindrucksvollen Durchhaltevermögen angefangen, in die befreiten und vormals mehrheitlich von Christen bewohnten Städte nahe Mossul, wie z.B. Karakosh, zurückzukehren. Diese Rückkehr wird nicht einfach, da viele Christen den Glauben an ein Leben in Sicherheit in religiös gemischten Regionen verloren haben – geprägt durch ihre Erfahrungen in Mossul, wo viele von ihren Nachbarn verraten wurden. In welchem Zustand werden sie ihre Häuser vorfinden? Viele wurden zerstört oder von anderen besetzt. Es gibt bereits die besorgniserregende Entwicklung, dass schiitische Milizangehörige Häuser von Christen besetzen, die geflohen sind. Dies

führt sehr wahrscheinlich zu Spannungen. Es wird erwartet, dass der IS letztlich die Kontrolle über sein Kalifat im Irak und Syrien verlieren wird, obwohl dies sehr wahrscheinlich eine lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Der „Economist Intelligence Unit“ (EIU) zufolge „könnte die militärische Kampagne durch das wachsende politische Chaos in Bagdad unterminiert werden, bei dem die Weigerung des Parlaments, einem technokratischeren Kabinett zuzustimmen, die Position des Premierministers Haider al-Abadi geschwächt hat. Dazu kommt, dass eine Vereinbarung zum Teilen der Einkünfte mit den Kurden gescheitert ist, und die niedrigen Ölpreise Druck auf den Staatshaushalt aufbauen.“

Derzeit (Dezember 2016) sind die verschiedenen politischen Fraktionen in ihrem Kampf gegen den IS vereint. Was kann erwartet werden, wenn das IS-Territorium zusammenbricht? Der „Economist“ geht davon aus, dass die kurdische Unabhängigkeit sehr wahrscheinlich das politische Hauptthema werden wird. Er erwartet, dass es kleine Zugeständnisse im Bereich des Öls geben wird, aber dass Premierminister Abadi „eher nicht Schritte in Richtung einer tatsächlichen Unabhängigkeit unterstützen wird“. Dies führt vermutlich zu weiter wachsenden Spannungen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Die Christen stehen in Gefahr, in diesen Konflikt mit hineingezogen oder in diesem Machtkampf benutzt zu werden. Die Kurdenregion könnte sogar in mehrere Gebiete zerfallen. Darüber hinaus besteht nach dem Sieg über den IS die ernste Gefahr eines Krieges zwischen den schiitischen Einheiten und den Kurden. In einem solchen Machtkampf wird die andere wichtige Triebkraft der Verfolgung, Organisiertes Verbrechen und Korruption, sehr wahrscheinlich blühen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 8: Iran

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 85 Punkten steht der Iran auf Platz 8 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Im Jahr 2016 nahm der Iran mit 83 Punkten Platz 9 ein. Der Punktanstieg ist auf einen stärkeren Druck auf Christen zurückzuführen, der sich etwa in einer erhöhten Anzahl von Inhaftierungen zeigt.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Der schiitische Islam ist Staatsreligion, alle Gesetze müssen mit der offiziellen Auslegung der Scharia übereinstimmen. Die Hauptakteure der Christenverfolgung sind Regierungsbeamte, nicht-christliche religiöse Leiter, fanatische Bewegungen und revolutionäre sowie paramilitärische Gruppen. Laut staatlicher Anordnung dürfen nur Armenier und Assyrer Christen sein. Geborene Perser müssen laut Definition Muslime sein, dieser Logik folgend sind persischstämmige Christen also „Abtrünnige“ (Apostaten). Somit stellt fast jede christliche Aktivität eine Übertretung des Gesetzes dar, besonders, wenn sie in der persischen Sprache Farsi stattfindet – von Evangelisationen über biblischen Unterricht, vom Predigen bis zur Publikation von Bibeln und christlicher Literatur.

Diktatorische Paranoia: Der unbedingte Wille des Machterhalts geht mit Islamischer Unterdrückung einher. Vor allem anderen will das islamische Regime die Werte der islamischen Revolution von 1979 bewahren.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Inhaftierte Christen – besonders Konvertiten – werden manchmal gegen eine Kautions aus dem Gefängnis entlassen. Dabei geht es oft um hohe Geldbeträge, die Berichten zufolge zwischen 2.000 und 200.000 US-Dollar angesiedelt sind. Die betroffenen Christen oder deren Familien müssen deshalb oft ihre Häuser oder Geschäfte mit Hypotheken belasten. Aus dem Gefängnis entlassen, werden sie häufig dazu gedrängt, das Land zu verlassen, was auch oft geschieht.

Aktuelle Einflüsse

Durch die Islamische Revolution 1979 wurde der Schah entmachtet und der Iran in eine islamische Republik verwandelt. Schiitische Geistliche übernahmen die politische Kontrolle, an der Spitze des Staates steht heute Ajatollah Ali Khamenei. Während seiner Regierungszeit hatte der Schah das Land modernisiert und für Einflüsse aus dem Westen geöffnet. Regimekritiker ließ er jedoch massiv unterdrücken. Daraufhin verlor er den Rückhalt der mächtigen religiösen und politischen Kräfte im Land sowie die Unterstützung des Volkes; der Umsturz war die Folge.

Die heutige iranische Führung sieht in der Ausweitung des schiitischen Islam im Mittleren Osten eine Fortführung der Revolution. Besonders im Irak hat der schiitische Islam seit dem Fall Saddam Husseins und der starken Ausbreitung des „Islamischen Staates“ (IS) in Großteilen des Landes an



Einfluss zugenommen, denn schiitisch-islamische Milizen bekämpfen den IS am Boden. Diese Entwicklungen haben die Stellung des Iran als Regionalmacht gefestigt und die Pläne der USA für den Nahen Osten durchkreuzt.

Der christliche Glaube gilt als verwerflicher westlicher Einfluss, eine anhaltende Bedrohung für die islamische Identität der Republik. Dies umso mehr, als die Anzahl der Christen stetig wächst und angeblich auch Kinder von politischen und geistlichen Machthabern zum Glauben an Jesus Christus kommen und den Islam verlassen. Nicht nur die Rechte der Christen werden verletzt, sondern auch die anderer religiöser Minderheiten wie die der Juden, Bahai, Zoroastrier, Sufis und Sunniten. Davon sind besonders Religionen, die in der Verfassung nicht anerkannt sind, wie die Bahai, betroffen.

Betroffene Kategorien von Christen

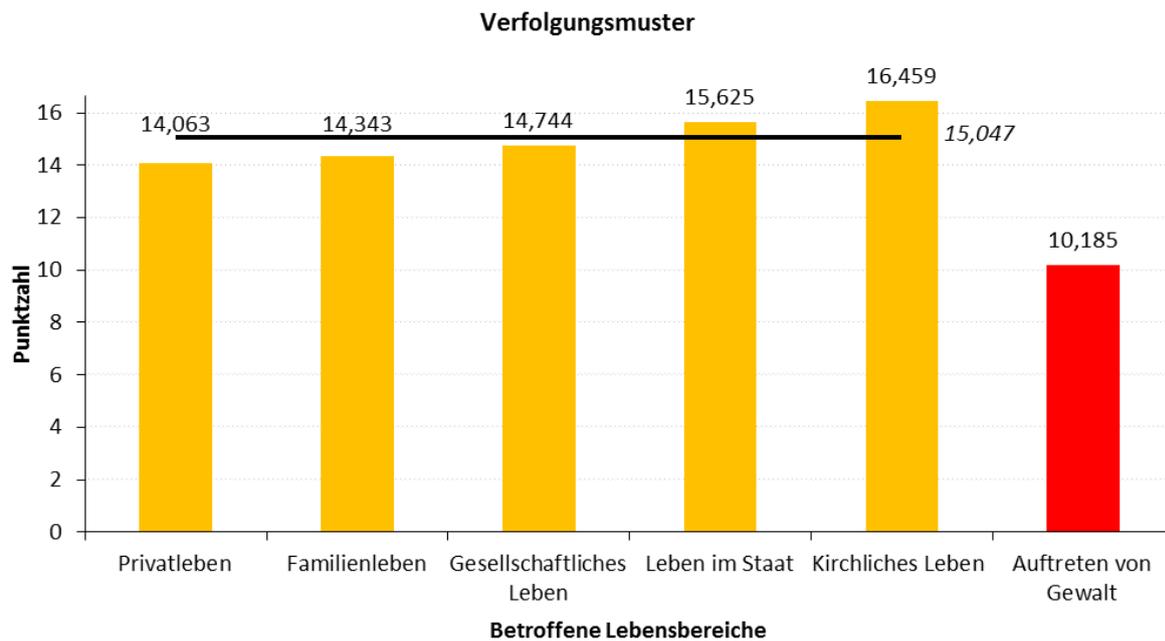
Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten: Ausländische Christen aus dem Fernen Osten (z.B. von den Philippinen oder aus Südkorea) und dem Westen, darunter viele Angehörige der Katholischen, Lutherischen oder Presbyterianischen Kirche. Einige dieser Kirchen wurden zur Schließung gezwungen, nachdem einheimische ehemalige Muslime zu ihren Gottesdiensten kamen. Jährliche gemeindeübergreifende Gebetstreffen der Kirchenleiter mussten in der Vergangenheit auf Druck des iranischen Sicherheitsapparats bereits abgesagt werden.

Christen aus traditionellen Kirchen: Alteingesessene christliche Volksgruppen wie die Armenier oder Assyrer dürfen ihren eigenen Volksangehörigen in ihrer jeweiligen Muttersprache predigen, es ist jedoch verboten, Menschen muslimischer Herkunft (Farsi-Sprachige) mit einzubeziehen. Sie sind zwar formell vom Staat anerkannt und vom Gesetz geschützt, doch sie werden als Bürger zweiter Klasse behandelt. So gibt es Berichte über Freiheitsentzug, körperliche Misshandlungen, Schikanen und Diskriminierung, wenn sie Muslime mit dem Evangelium erreicht haben.

Christen muslimischer Herkunft: Sie machen die größte Gruppe im Iran aus und werden am stärksten verfolgt. Menschen, die sich vom Islam zu Jesus Christus bekehren, hält man für Abtrünnige. Auch wenn das Apostasie-Gesetz in den letzten 20 Jahren nicht angewendet wurde, riskieren Männer mit der Abwendung vom Islam die Todesstrafe und Frauen lebenslange Haft.

Protestantische Freikirchen: Die zweite Hauptgruppe, die unter Verfolgung zu leiden hat, sind Christen aus evangelikalen oder charismatischen Gemeinschaften; vor allem solche, die den Muslimen aktiv das Evangelium bringen oder Menschen, die noch als Muslime angesehen werden (Konvertiten der 2. Generation). Freikirchliche Christen sind oft armenischer, assyrischer (oder sonstiger traditioneller) Herkunft. Zudem sind davon ehemalige Muslime der dritten Generation betroffen (deren Eltern oder Großeltern Muslime waren und sich zu Jesus Christus bekehrt haben).

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Iran

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Iran:

- Insgesamt hat der Druck auf Christen in allen Lebensbereichen zugenommen und verbleibt auf einem extrem hohen Niveau. Die durchschnittliche Wertung steigt von 14,822 Punkten im Vorjahr auf 15,047 Punkte.
- Der extreme Verfolgungsdruck ist im „kirchlichen Leben“ (16,459) und „im Leben im Staat“ (15,625) am stärksten. In Verbindung mit einer sehr hohen Punktzahl für „Gewalt“ ist dies typisch für eine Situation, in der die Verfolgung vor allem von den Behörden ausgeht, wobei diktatorische Paranoia (in diesem Fall vermischt mit islamischer Unterdrückung) die Haupttriebkraft der Verfolgung ist.
- Der Druck durch die Haupttriebkraft der Verfolgung, islamische Unterdrückung, wird vor allem im „Privat- und Familienleben sichtbar“. Das betrifft insbesondere ehemalige Muslime und Christen, die sich um sie kümmern, und die häufig einer protestantischen Freikirche angehören. Im gesellschaftlichen Leben stehen alle Arten von Christen unter Druck, auch Mitglieder traditioneller Kirchen.
- Die Wertung im Bereich „Gewalt“ ist sehr hoch (10,185 im Vergleich zu 9,260 im Vorjahr), da es viele Verhaftungen gegeben hat, woraus der Anstieg der Punktzahl resultiert.
- Die Verfolgungssituation im Iran wird insgesamt durch die sehr strikte islamische Regierung verursacht, die es darauf angelegt hat, alle (auch christliche) Einflüsse, die eine Gefahr ihrer Machtposition darstellen könnten, auszumerzen oder einzuschränken.

Privatleben: Konvertiten aus dem Islam können ihren christlichen Glauben nicht öffentlich ausleben. Jeder Hinweis für ihr Umfeld, dass sie Christen sein könnten, hätte ernsthafte Folgen. Wenn außer ihnen niemand anderes aus der Familie an Jesus Christus glaubt, müssen sie sehr darauf bedacht sein, wie sie ihren Glauben ausleben. Für alle Christen kann es gefährlich sein, christliche Literatur in Farsi zu besitzen, besonders eine hohe Anzahl an Kopien kann darauf deuten, dass sie zur Weitergabe an Iraner mit muslimischem Hintergrund gedacht sind. Christen aus traditionellen Kirchen dürfen christliche Literatur ohne Furcht in ihrer Muttersprache (Armenisch oder Assyrisch) besitzen.

Familienleben: Es ist für eine muslimische Familie eine große Schande, wenn einer ihrer Angehörigen den Islam verlässt. Im Falle einer Erbschaft oder eines Sorgerechtsstreits wird häufig zum Nachteil christlicher Betroffener entschieden, wenn der Rest der Familie muslimisch ist. In der Schule werden Kinder christlicher Eltern muslimischer Herkunft zu den Muslimen gezählt und verpflichtet, am islamischen Unterricht teilzunehmen. In den weiterführenden Schulen sind alle Kategorien von Christen dazu gezwungen, islamische Kurse zu belegen.

Gesellschaftliches Leben: Durch ständige Benachteiligung werden alle Christen im Iran mehr oder weniger unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben. Christen muslimischer Herkunft werden in ländlichen Regionen, in Dörfern und in den konservativ geprägten Städten des Nordens als unrein angesehen. Extremistische Muslime geben einem Christen nicht die Hand, sie berühren sie nicht und nehmen kein von ihnen zubereitetes Essen zu sich. Alle Christen und ehemalige Muslime, deren christlicher Glaube entdeckt wird, müssen mit Schikane und Diskriminierung am Arbeitsplatz rechnen, sowohl an staatlichen, als auch an privaten Arbeitsstätten.

Leben im Staat: Einem Muslim, der den Islam verlässt, droht die Todesstrafe. Dabei liegt das Augenmerk der Regierung auf denen, die sich um Konvertiten kümmern. Auch gut etablierte Kirchen sind in diesem Fall nicht sicher vor Schikane: Ihre Mitglieder werden verhört, verhaftet, ins Gefängnis geworfen und geschlagen. Viele (wenn nicht alle) öffentlichen Gottesdienste werden geheimdienstlich überwacht. Hassreden gegen iranische Christen, besonders Protestanten, wurden im Berichtszeitraum durch die Regierung multimedial verbreitet und die antichristliche Rhetorik der Imame nahm zu.

Kirchliches Leben: Die Regierung hat ihre Anstrengungen verstärkt, Farsi-sprachige Christen aus dem Land zu vertreiben. In den letzten fünf Jahren wurden viele Kirchengemeinden geschlossen und enteignet oder dazu gezwungen, Gottesdienste in Farsi zu streichen. Auch wurden die Kirchenleiter oft verhaftet. Kirchen dürfen keine neuen Mitglieder muslimischer Herkunft aufnehmen, was zur Überalterung der Gemeinden führt. Die strenge Überwachung von Hauskirchen löst bei den Besuchern zunehmend Furcht aus. Jede Form von Evangelisation, biblischer Unterricht sowie Veröffentlichung oder Import von Bibeln auf Farsi sind illegal.

Auftreten von Gewalt: Bis zum Ende des Berichtszeitraums wurden mindestens 193 Christen wegen ihres Glaubens verhaftet oder ins Gefängnis geworfen. Das ist ein weiterer Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Es scheint einen Zusammenhang zwischen Gemeinden, die in den Untergrund abwandern, und der Anzahl von Verhaftungen zu geben. Die Verhörmethoden im Gefängnis sind brutal und es kann dabei auch zu sexuellen Übergriffen kommen; in zahlreichen Fällen wurden Christen körperlich und psychisch schwer misshandelt. In vielen Fällen wurde inhaftierten Christen eine medizinisch notwendige Versorgung verwehrt, um sie damit noch härter zu bestrafen und zu demütigen oder um ein Geständnis zu erzwingen. Häufig werden inhaftierte Christen erst nach Zahlung einer hohen Kaution freigelassen. Viele Häuser und Geschäfte von Christen wurden vom Staat als Sicherheit für

die Kautions- oder wegen Nichterscheinens zu ihrer Gerichtsverhandlung enteignet. Im Oktober 2016 hat das iranische Revolutionsgericht die Enteignung eines christlichen Freizeitzentrums in der Nähe von Teheran angeordnet, da es angeblich „von den USA durch die CIA finanziert wurde, um die islamische Welt und insbesondere den Iran durch Missionierungen zu infiltrieren.“ Auch wenn genaue Zahlen nicht vorliegen, kam es bei mehr als zehn Hauskirchen zu Razzien. Es kam zu zwei gemeldeten Vorfällen, bei denen Kirchen beschädigt wurden: Die Kirche der heiligen Maria in Salmas, gelegen in der Provinz West-Aserbaidschan, und die historische armenische Kirche in Sava, in der Provinz Kurdistan. Der zweite Angriff fand Berichten zufolge durch „islamische Hardliner“ statt. Aufgrund von Verfolgung halten sich viele Christen im Land verborgen oder fliehen ins Ausland.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Das Jahr 2016 zeigte mindestens zwei beachtenswerte Entwicklungen auf der politischen Bühne des Iran. Bei den iranischen Parlamentswahlen und den Wahlen zum Expertenrat im Februar 2016 konnten die Gemäßigten einen Sieg erringen. Für den als gemäßigt bekannten Präsidenten Rohani ist dies eine positive Entwicklung. Allerdings wurde bei den Wahlen zum Vorsitzenden des Expertenrats, der für die Ernennung des Revolutionsführers des Iran zuständig ist, ein anti-westlicher Hardliner gewählt. Daran wird erneut deutlich, dass am Ende eines scheinbar demokratischen Prozesses der höchste Revolutionsführer Ajatollah Ali Khamenei die politischen Fäden im Iran in der Hand hält.

Für den Iran war das Atomabkommen mit den sechs Weltmächten Mitte 2015 auch im Jahr 2016 von hoher Bedeutung. Die langfristigen Folgen dieses Abkommens hängen in hohem Maß von verschiedenen Akteuren im politischen Spektrum des Iran ab. Konservative Kräfte wie die mächtigen Revolutionsgarden (eine militärische Organisation zum Schutz des Regimes) unterstützen dieses Abkommen nicht. Wie die Analysten von „Foreign Brief“ vom 5. Februar 2016 erwähnen: „Jeder Versuch, die iranische Wirtschaft zu liberalisieren und ausländische Investitionsgesetze zu reformieren, würde die Aufgabe der Revolutionsgarden in der iranischen Gesellschaft gefährden. Daher ist zu erwarten, dass es konservative Kräfte der iranischen Politik auf einen Streit anlegen werden, um nicht nur die volle Umsetzung des Atomabkommens zu verhindern, sondern auch dem allgemeinen Trend hin zu auftauenden Beziehungen mit dem Westen und einer Öffnung der iranischen Wirtschaft entgegenzutreten.“

Die iranische Führung bangt um ihre Stellung und um jegliche Verletzung von Werten der Islamischen Revolution von 1979. Wahrscheinlich werden sie einer solchen Entwicklung entgegentreten, indem sie jeden Versuch für soziale oder politische Reformen blockieren werden. Eine weitere Möglichkeit, die Botschaft zu kommunizieren, dass das Atomabkommen noch lange nicht das Ende der Werte der Revolution bedeutet, findet sich im scharfen Vorgehen gegen Medien, Menschenrechte und politische Aktivisten. Die Unterdrückung von Iranern mit doppelter Staatsangehörigkeit und Andersdenkenden, zu denen auch die religiösen Minderheiten gehören, hat zugenommen. Diese Gruppen werden als Bedrohung des islamischen Charakters der Republik angesehen. Erstere wegen ihrer Verbindungen zu ausländischen Kreisen und Unternehmen, letztere wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen. Ein Teil dieser Unterdrückung wird an der steigenden Zahl von Verhaftungen und Hetzkampagnen gegen religiöse Minderheiten wie Christen und Bahai sichtbar.

Eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Ländern könnte zu einer größeren Überwachung durch den Geheimdienst führen. Religiöse Minderheiten wie die Bahai und Christen würden noch mehr unter Beobachtung stehen, besonders ihre Kontakte zu westlichen Mitgläubigen. Christliche Medien in persischer Sprache werden bereits stärker beobachtet. Das Atomabkommen hat den internen politischen Machtkampf im Iran weiter angeheizt. Aufgrund dieses Konfliktes, der nicht so schnell beigelegt werden wird, wird das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im Mai 2017 eine umso wichtigere Rolle spielen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 9: Jemen

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 85 Punkten steht der Jemen auf Platz 9 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Im Jahr 2016 nahm der Jemen mit 78 Punkten Platz 11 ein. Wie die gesamte Bevölkerung leiden die jemenitischen Christen stark unter dem Krieg, der den Aufstieg extremistischer Muslime mit sich bringt. Der Großteil der ausländischen und eingewanderten Christen hat das Land verlassen, sodass die Kirche im Jemen nun hauptsächlich aus Christen mit muslimischem Hintergrund besteht.



Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Die Verfassung des Jemen erklärt den Islam zur Staatsreligion und bestimmt die Scharia als Rechtsgrundlage. Die Weitergabe des Evangeliums ist verboten. Muslimen ist es verboten, zu einem anderen Glauben überzutreten; Jemeniten, die den Islam verlassen, droht die Todesstrafe. Durch den Krieg ist der Einfluss von militanten islamistischen Gruppierungen wie dem „Islamischen Staat“ (IS) und Al Kaida erheblich gewachsen. Sie treiben Verfolgung am stärksten voran und greifen gezielt Christen an, um sie zu töten.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Das Stammesdenken hat im Jemen weiterhin hohe Bedeutung; die Regierung spielt neben der traditionellen Herrschaft durch die Stämme häufig nur eine untergeordnete Rolle. Dementsprechend gibt es im Jemen viele Gebiete, in denen Stammesälteste auf der Grundlage ihrer islamischen Traditionen Gesetze erlassen und Recht sprechen – ungeachtet dessen, was die Verfassung des Landes oder die Regierung sagen. Die Regierung mischt sich meist nicht in Konflikte zwischen den Stämmen ein, nicht einmal, wenn Menschen dabei verletzt oder gefangen genommen werden. Da die Regierung inzwischen die Kontrolle über große Teile des Landes verloren hat, hat sich ihr Einfluss auf die Stämme weiter verringert. Stammesgesetze und -bräuche verbieten es Stammesmitgliedern, den Stamm zu verlassen. Frauen dürfen nicht außerhalb des Stammes heiraten, insbesondere nicht einen Christen. Verstöße gegen diese Regeln können mit Tod oder Verbannung bestraft werden. Ein politischer Beobachter fasst die Situation folgendermaßen zusammen: „Der Islam ist die übergreifende Identität aller Stämme im Jemen und es ist der Stamm, der oft die vergeltende ‚Gerechtigkeit‘ denen gegenüber durchführt, die den Islam verlassen wollen.“

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Diese Triebkraft versucht, ein Klima der Straflosigkeit, der Anarchie und Korruption als Mittel zur Selbstbereicherung zu schaffen. Ausländische Christen – die es im Jemen kaum noch gibt – sind durch diese kriminellen Machenschaften gefährdet. Bei Entführungen mit Lösegeldforderungen spielt neben dem Glauben die vermutete Vermögenslage der betroffenen Christen eine Rolle. In dem derzeitigen Chaos und der Gesetzlosigkeit des Bürgerkrieges hat diese Triebkraft nun mehr Raum zur Entfaltung.

Aktuelle Einflüsse

Der Jemen befindet sich in einem komplexen und verheerenden Krieg, der zwischen islamisch-extremistischen Gruppen ausgetragen wird und sich auf verschiedene Stämme ausgebreitet hat. Saudi-Arabien bombardiert das Land aus der Luft und zerstört Wohngebiete, die Infrastruktur, Krankenhäuser und Stätten des Weltkulturerbes. Die Saudis werden dabei von zehn weiteren muslimisch geprägten Staaten unterstützt und vom Westen mit Waffen versorgt. Extremistische sunnitische Gruppierungen wie Al Kaida und der IS nutzen das Chaos, um ihre Gebiete zu erweitern und der Bevölkerung ihre Regeln aufzuerlegen.

Der Jemen ist ein relativ junges Land: Der traditionelle Nordjemen und der kommunistische Südjemen vereinigten sich 1990 nach Jahren des Kampfes. Jedoch ist die Unabhängigkeitsbewegung im Süden weiterhin stark und fordert Unabhängigkeit. Seit der Absetzung des früheren Präsidenten Ali Abdullah Saleh im Jahr 2012 gab es im Jemen politische Unruhen und Gewalt. In dem Machtvakuum kämpfen mehrere Gruppen – darunter Gruppierungen, die Al Kaida und dem IS nahestehen – um die Herrschaft über einzelne Gebiete. Im März 2015 zwang die schiitische Rebellengruppe der Huthis Präsident Abd Rabbuh Mansour Hadi und seine Regierung ins Exil nach Saudi-Arabien, nachdem sie den Flughafen in Jemens Hauptstadt Sanaa sowie wichtige Ministerien eingenommen hatten. Im Juli 2015 gewannen regierungstreue Truppen und Milizen aus dem Süden die Kontrolle über die Großstadt Aden zurück, unterstützt von Truppen und Luftangriffen der saudisch-geführten Koalition, die bereits im März aktiv wurde. Im September 2015 kehrte Präsident Hadi nach Aden zurück. In der Zwischenzeit scheint der Einfluss von Al Kaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) weiter zu wachsen, indem sie ihre Herrschaft auf Gebiete im südlichen Jemen ausbaut. Dem IS nahestehende Gruppen sind ebenfalls in dem vom Krieg zerrissenen Land vertreten und haben im März 2015 damit begonnen, sowohl schiitische als auch mit der Regierung in Verbindung stehende Ziele anzugreifen. Laut Al Monitor wird im Jemen der IS „inmitten des sich ausbreitenden Extremismus infolge des Konflikts zwischen den Huthis und der Zentralregierung der Hauptgegner sowohl der Huthis als auch von Al Kaida werden.“

Unterdessen kämpft der Jemen mit einer schlimmen humanitären Krise. Hilfskräfte sagen, das Land sei 100 Jahre in der Zeit zurückgeworfen worden. Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung in diesem ärmsten Land auf der Arabischen Halbinsel sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung – ca. 14 Millionen Menschen – hat keine gesicherte Lebensmittelversorgung und 54 Prozent leben unter der offiziellen Armutsgrenze. Nach Zahlen der UNICEF aus dem Dezember 2016 „hat der Hunger unter Kindern im Jemen ein Allzeithoch erreicht; etwa 2,2 Millionen bedürfen dringender Hilfe.“

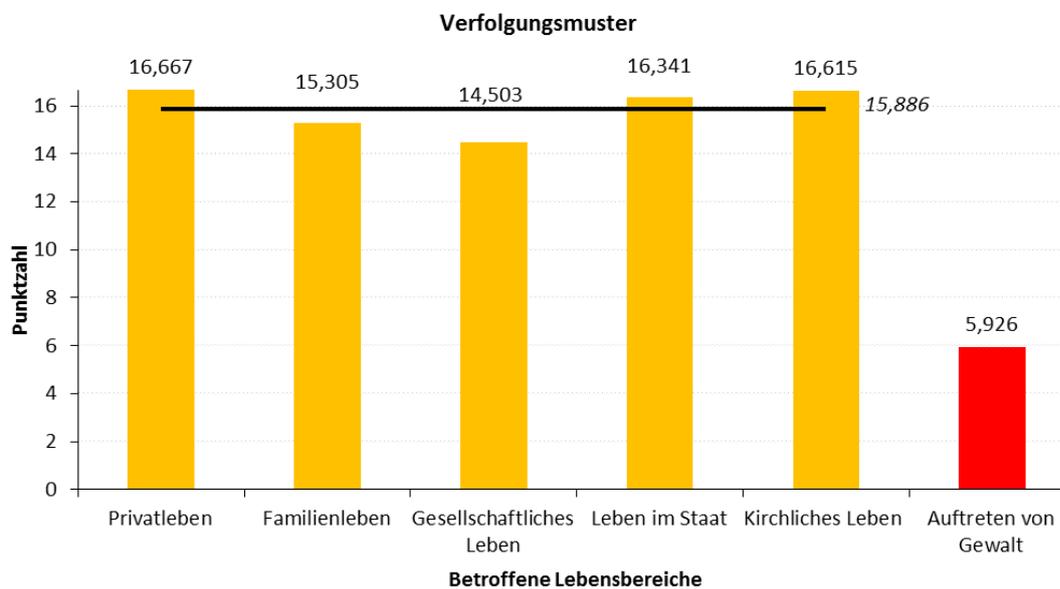
Betroffene Kategorien von Christen

Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten: Bisher waren die meisten Christen im Jemen ausländische Gastarbeiter (aus Nordafrika, dem Westen, Süd- und Ostasien sowie arabischen Ländern) oder Flüchtlinge (hauptsächlich Äthiopier). Der Großteil der Christen war römisch-katholisch oder anglikanisch. Einige der äthiopischen Flüchtlinge waren orthodox. Die meisten Gastarbeiter aus dem Westen und die meisten eingewanderten Christen aus Asien und Afrika haben das Land aus Sicherheitsgründen verlassen. Da es inzwischen kaum noch ausländische

Christen im Jemen gibt, hat sich die Recherche für den Weltverfolgungsindex auf einheimische Christen konzentriert.

Christen muslimischer Herkunft: Christen muslimischen Hintergrunds erleiden schwere Verfolgung und müssen ihren Glauben im Verborgenen leben. Die Verfolgung geht von Behörden (bis hin zur Inhaftierung), der Familie und extremistischen islamischen Gruppen aus, die „Abtrünnige“ mit dem Tod bedrohen, wenn sie nicht zum Islam zurückkehren. Die Zahl der einheimischen Christen muslimischen Hintergrunds wird auf nur einige Hundert geschätzt; inmitten von Krieg und Ungewissheit wächst diese Zahl jedoch stetig an. In der derzeitigen Kriegssituation geht die Verfolgung hauptsächlich von militanten islamistischen Gruppierungen und der Familie aus.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Jemen

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Jemen:

- Die durchschnittliche Punktzahl der ersten fünf Bereiche (15,886), die den Druck auf die Christen aufzeigt, ist extrem hoch. Im Vergleich zum Vorjahr (14,600) ist sie stark angestiegen. Diese hohe Wertung ist auf den Krieg und die Ausreise der meisten ausländischen und eingewanderten Christen zurückzuführen. In der Bewertung für den Weltverfolgungsindex stand die Situation der einheimischen Christen im Fokus, die die stärkste Form von Verfolgung erleiden.
- Der Druck auf Christen ist in allen Lebensbereichen auf einem extrem hohen Niveau; am stärksten ist er in den Bereichen Privatleben (16,667), Kirchliches Leben (16,615) und Leben im Staat (16,341). Dies ist ein typisches Verfolgungsmuster für ein Land, in dem hauptsächlich

Christen mit muslimischem Hintergrund leben und in dem Islamische Unterdrückung (vermischt mit Ethnisch begründeten Anfeindungen) die stärkste Triebkraft der Verfolgung ist.

- Die Wertung für das Auftreten von Gewalt ist sehr hoch, sie ist von 5,371 (WVI 2016) auf 5,926 gestiegen. Es wurden mehr Fälle gemeldet, in denen Christen für ihren Glauben getötet und Kirchen oder andere Gebäude von Christen angegriffen wurden. Am schwerwiegendsten war der Angriff auf ein katholisches Heim für Senioren und behinderte Personen. 16 Menschen wurden getötet, darunter vier Nonnen. Ein indischer Priester wurde von den Angreifern entführt.
- Die Verfolgungssituation im Jemen ist gekennzeichnet durch die gegenwärtig chaotische und rechtsfreie Lage, verursacht durch den Krieg im Land.

Privatleben: Christen muslimischer Herkunft können ihren Glauben nicht offen leben. Wenn sie in ihrer Umgebung auch nur den kleinsten Verdacht erregen, Christen zu sein, kann dies ernsthafte Konsequenzen nach sich ziehen. Den Glauben im privaten Rahmen zu leben ist besonders riskant für Christen in von extremistischen Muslimen kontrollierten bzw. von sunnitischen Kräften „befreiten“ Gebieten. Große Teile des Landes werden von Al Kaida oder dem IS kontrolliert.

Familienleben: Alle Jemeniten gelten als Muslime. Für eine muslimische Familie ist es eine große Schande, wenn eines der Familienmitglieder den Islam verlässt. Christen muslimischen Hintergrunds laufen Gefahr, einem sogenannten „Ehrenmord“ zum Opfer zu fallen und körperlich misshandelt zu werden, wenn ihre Familien oder Gemeinschaften ihren Glauben entdecken. Im Jemen können öffentlich keine christlichen Hochzeiten gefeiert werden, Christen muslimischen Hintergrunds müssen daher nach islamischem Brauch heiraten. Sie können ihre Kinder nicht als Christen registrieren lassen. In der Schule sind ihre Kinder dazu verpflichtet, am Islamunterricht teilzunehmen. Im Falle einer Scheidung wird Christen mit großer Wahrscheinlichkeit das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen, wenn andere Familienmitglieder Muslime sind.

Gesellschaftliches Leben: Uneingeschränkt alle Christen sind von der islamischen Gesellschaft des Jemen bedroht, besonders durch die AQAP und den IS. Dies hält die Christen davon ab, ihren Glauben in irgendeiner Weise öffentlich bekannt zu machen. Der Glaubenswechsel ist offiziell illegal, wird dieser bei Christen muslimischer Herkunft bekannt, so werden sie von der lokalen islamischen Gemeinschaft gezwungen, ihren Glaubenswechsel bei den Behörden zu melden. Christinnen muslimischer Herkunft werden weiterhin als Musliminnen angesehen und von ihnen wird erwartet, dass sie den Schleier tragen. Sie stehen außerdem in Gefahr, zwangsverheiratet oder unter Hausarrest gestellt zu werden, wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird.

Leben im Staat: Muslime haben mehr Rechte als Gläubige anderer Religionen. Das Land hält an der striktesten Interpretation des Islam fest. Der Übertritt vom muslimischen zum christlichen Glauben ist vom Islam und der staatlichen Gesetzgebung verboten. Christen muslimischer Herkunft droht die Todesstrafe, wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird. Im Allgemeinen wird diese von der Regierung nicht vollstreckt, teilweise jedoch von radikalen Muslimen, welche die Regierung gewähren lässt. Da die Behörden ihre Aufmerksamkeit während des vergangenen Jahres jedoch vor allem den politischen Ereignissen gewidmet haben, ging die Unterdrückung hauptsächlich von islamischen Extremisten aus, die auch in größerer Freiheit agieren konnten. Diese islamistischen Bewegungen haben die Lage im Land unsicher und instabil gemacht. Gegenwärtig leiden Christen vor allem unter der Gesetzlosigkeit im Land und unter schiitischen Kämpfern oder Al Kaida und dem IS anhängigen

Gruppen, die große Teile des Landes beherrschen. Es wird angenommen, dass Christen unter Überwachung durch extremistische Muslime stehen und zu einem besonderen Ziel für die islamistischen Gruppierungen werden können.

Kirchliches Leben: Die vier offiziellen Kirchen im Jemen, die sich alle in Aden befanden und für ausländische Gastarbeiter oder Flüchtlinge (insbesondere aus Äthiopien) gebaut worden waren, wurden während des Bürgerkriegs zerstört, teilweise durch gezielte Angriffe. Es gibt keine funktionsfähige Kirche mehr. Christen muslimischen Hintergrunds ist es nicht erlaubt, ihre eigenen Versammlungen abzuhalten, weshalb sie an geheimen Orten zusammenkommen. Muslimen das Evangelium weiterzugeben ist illegal; biblische Schulungen, die Publikation und der Import von Bibeln und anderer christlicher Literatur in arabischer Sprache sind nahezu unmöglich.

Auftreten von Gewalt: Das Niveau von Gewalt ist im Vergleich zum WVI 2015 angestiegen. Es wurden mehr Fälle gemeldet, in denen Christen für ihren Glauben getötet sowie Kirchen oder andere christliche Gebäude angegriffen wurden. Es gab weniger oder keine gemeldeten Fälle von Entführungen, Zwangsverheiratungen, Beschädigungen von Häusern, Geschäften oder Eigentum sowie von Christen, die gezwungen wurden, ihr Haus zu verlassen und sich zu verstecken. Der Punktwert für Christen, die aus dem Land fliehen mussten oder körperlich angegriffen oder inhaftiert wurden, blieb in etwa gleich. Der schwerwiegendste Fall von Gewalt gegen Christen ereignete sich in einem katholischen Heim für Senioren und behinderte Personen in Aden im Süden von Jemen, das im März 2016 angegriffen wurde. Die Angreifer töteten insgesamt 16 Menschen, darunter vier Nonnen. Der indische Priester Vater Tom Uzhunnalil – der sich zum Zeitpunkt des Angriffs in dem Heim befand – wird noch immer vermisst. Lokale Quellen bestätigen, dass er von den Angreifern entführt wurde. Laut jemenitischen Behörden stehen die Angreifer dem IS nahe. Im Dezember 2015 wurde eine katholische Kirche in Aden durch Sprengstoff schwer beschädigt, den Extremisten innerhalb der Kirche deponiert hatten. Die Kirche war bereits beim Luftangriff der saudisch-geführten Koalition im Mai 2015 beschädigt worden und wurde nicht mehr genutzt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Der Bürgerkrieg im Jemen hat zu einem erhöhten Maß an Gewalt und Gesetzlosigkeit geführt, wodurch wiederum die Unterdrückung von Minderheiten, zu denen die Christen gehören, zugenommen hat. Nach Aussage des Leiters einer im Land tätigen Nichtregierungsorganisation werden in Gebieten, in denen saudisch geführte Bündnistruppen dominieren bzw. die sie befreit haben, die Christen vor Ort oft von extremistischen Sunniten angegriffen.

Die „Economist Intelligence Unit“ (EIU) sieht in nächster Zeit keine Möglichkeit für einen Friedensvertrag, obwohl der Mangel an Ressourcen und der militärische Druck die Huthis bis Mitte 2017 zu einer Einigung drängen könnten. Unterdessen erlebt das ärmste Land des Nahen Ostens eine humanitäre Katastrophe. Ein Bericht der Vereinten Nationen vom 12. Dezember 2016 besagt, dass alle zehn Minuten ein Kind an Unterernährung oder anderen gesundheitlichen Problemen stirbt. Die humanitäre und wirtschaftliche Lage des Landes ist so schlimm, dass es schwer wird und viel Zeit brauchen wird, bis sich der Jemen von ihr erholt.

Analysten der EIU erwarten, dass dschihadistische Gruppen „auch 2017 eine Bedrohung darstellen werden“. Beobachter bestätigen die Erwartung, dass der IS und Al Kaida in absehbarer Zukunft wahrscheinlich im Land bleiben werden. Da die Verfolgung im Jemen hauptsächlich von extremistischen Islamisten ausgeht, ist dies kein gutes Zeichen für die Situation der religiösen Minderheiten im Land, insbesondere der Christen. Die Situation ist besonders heikel, da die große Mehrheit der Christen aus Einheimischen mit muslimischem Hintergrund besteht. Die Kirche ist durch die Ausreise der ausländischen Christen geschwächt. Auf der anderen Seite wird berichtet, dass sich inmitten der Unsicherheit des Kriegs mehr Muslime als jemals zuvor dem Glauben an Jesus zuwenden.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 10: Eritrea

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 82 Punkten belegt Eritrea Platz 10 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Das entspricht einem Rückgang um 7 Punkte gegenüber dem Jahr 2016 (89), als Eritrea Rang 3 einnahm. Im Berichtszeitraum nahm das Auftreten von Gewalt um mehr als 50 Prozent ab, bleibt jedoch hoch. Auch der Druck auf Christen bleibt extrem hoch und wird hauptsächlich von Präsident Isaias Afewerki sowie gewöhnlichen Mitgliedern der Regierungspartei Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit (PFDJ) ausgeübt. Der Rückgang um 7 Punkte deutet an, dass die Verfolgung im Vergleich zum Berichtszeitraum des Vorjahres nachgelassen hat, als viele Christen bei dem Versuch, das Land zu verlassen, getötet wurden.



Triebkräfte der Verfolgung

Drei Triebkräfte der Verfolgung betreffen die Christen in Eritrea:

Diktatorische Paranoia: Seit dem Referendum von 1993 ist Eritrea eine unabhängige Nation und die PFDJ übt uneingeschränkte Macht unter der Leitung von Präsident Afewerki aus. Das Regime ist ein absolut autoritäres System, das alles tut, um seine Macht zu erhalten: Christen wurden verhaftet, angegriffen und getötet, weil sie als Agenten des Westens und damit als Bedrohung für den Staat und die Regierung gesehen werden. Quellen im Land weisen darauf hin, dass der Präsident seinen Sohn darauf vorbereitet, seine Nachfolge anzutreten.

Islamische Unterdrückung: Ungefähr die Hälfte der eritreischen Bevölkerung ist muslimisch. Die Muslime leben hauptsächlich in der Tiefebene entlang der Küste des Roten Meeres und der Grenze zum Sudan und zeigen eine Tendenz zum Extremismus, was teilweise an der Situation in diesen Regionen liegt. Daher sind Christen in diesen Teilen des Landes in einer besonders prekären Lage, vor allem Christen muslimischer Herkunft. Eritreische Muslime verstehen sich zuerst als Muslime, dann als Eritreer. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben gilt als Verrat der Gemeinschaft, der Familie und des Islamischen Glaubens.

Konfessioneller Protektionismus: Die Eritreisch-Orthodoxe Kirche hat eine lange Tradition und setzt Christen anderer Konfessionen und Gemeinden manchmal unter Druck. Dahinter stehen zum einen theologische Unterschiede zwischen den Konfessionen, zum anderen aber auch ganz pragmatische Überlegungen. Die gut organisierte Eritreisch-Orthodoxe Kirche mit ihrer langen Tradition und historischen Anerkennung betrachtet andere christliche Denominationen als „Neuankömmlinge“. Orthodoxen Kirchenführern gilt Eritrea als Heimat der Orthodoxie, in der Eritreas christliche Tradition begründet ist und neben der andere Denominationen – insbesondere Pfingstkirchen – keinen legitimen Platz haben.

Aktuelle Einflüsse

Auch das „Nordkorea Afrikas“ genannt, befindet sich Eritrea unter den schlimmsten Ländern, was Religions- und Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit und andere Menschenrechtsverletzungen angeht. Seit 2002 ist Eritrea auf dem Weltverfolgungsindex, seit 2004 unter den ersten 20 und auf dem Weltverfolgungsindex von 2016 nahm es sogar den dritten Platz ein. Das eritreische Regime ist absolut autoritär und duldet keine nicht-registrierten Organisationen, keine freie Meinungsäußerung, keinen Widerspruch. Kein Ort im ganzen Land kann als sicher bezeichnet werden, wovon die Zahl der Flüchtlinge nach Europa und weltweit zeugt. Der Umstand, dass die Unterdrückten das Land verlassen, kommt der Regierung sehr gelegen, da die Flüchtenden ansonsten diejenigen wären, die von der Regierung Veränderungen und Reformen einforderten.

Laut einem Artikel von ‚Reporter ohne Grenzen‘ vom April 2016 befinden sich eritreische Journalisten ohne Anhörung oder Prozess in Haft: „Eritrea missachtet systematisch das Recht auf freie Meinungsäußerung und Information. Für Journalisten ist es das größte Gefängnis Afrikas.“ Der Präsident des Landes steht auf der Liste der „Feinde der Pressefreiheit“ von ‚Reporter ohne Grenzen‘. Auf der Rangliste für Pressefreiheit liegt Eritrea seit acht Jahren auf dem letzten Platz – noch hinter Somalia, dem Sudan, China und dem Iran.

Die eritreische Regierung hat klar zum Ausdruck gebracht, dass im Land ausschließlich die offiziell anerkannten Religionsgruppen arbeiten dürfen: der sunnitische Islam, die Eritreisch-Orthodoxe, die Römisch-Katholische und die Lutherische Kirche. Für andere christliche Konfessionen ist es sehr schwer, im Land aktiv zu sein und daher tragen sie die Hauptlast der Verfolgung.

Die Feindseligkeit der Regierung gegenüber dem christlichen Glauben und Sekten begann, als mit dem Volksentscheid 1993 die Zeugen Jehovas zur Zielscheibe wurden, was zur Verfolgung aller Kategorien von Christen im Land führte. Die Einführung eines Registrierungssystems drängte eine große Zahl von christlichen Gemeinden in die Illegalität. Die Versuche der Regierung, alle religiösen Institutionen zu kontrollieren, gipfelten in der Amtsenthebung des Patriarchen der Eritreisch-Orthodoxen Kirche, der seit 2007 unter Hausarrest steht. Der Machtmissbrauch seitens der Regierung und die daraus resultierenden Härten führten zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung, was letztlich 2013 zu einem Staatsstreich und dem Versuch der Amtsenthebung von Präsident Isaias Afewerki führte. Dieser Versuch schlug jedoch fehl und Afewerki gab dem Westen und Äthiopien die Schuld für den Putschversuch. Dadurch nahm auch die Verfolgung der Christen stark zu, die von der Regierung als „Agenten des Westens“ bezeichnet werden. Dieser Vorfall ermöglichte den Muslimen, sich stärker mit der Regierung zu verbünden, frei nach dem Motto „deine Feinde sind auch meine Feinde“.

Eritrea hat beständig den Aufstieg und die Verbreitung eines extremistischen Islam am Horn von Afrika unterstützt. Die Sanktionen der UN gegen Eritrea wegen der Unterstützung islamistischer Kämpfer in der Region – besonders der Al-Shabaab – zeigen, dass die eritreische Regierung auch ein Komplize der Christenverfolger außerhalb Eritreas ist, indem sie Mittel und Methoden der Verfolgung an extremistische Muslime weitergibt. Zudem pflegt Eritrea starke Verbindungen zu der islamischen Regierung des Sudan, was zu einer negativen Einstellung gegenüber Christen in und außerhalb Eritreas führt. Neben dem Sudan gib es auch Beziehungen zu Staaten wie Katar, dem Iran oder Saudi-Arabien, in denen Christen verfolgt werden. Viele verlassen Eritrea über die Nachbarländer Sudan, Äthiopien und Ägypten und werden zu einer leichten Beute für Menschenhändler, vor allem in der

Wüste Sinai. Einige von ihnen wurden gefangen genommen und in Libyen von Anhängern des Islamischen Staates (IS) enthauptet. Anderen gelang die gefährliche Reise per Boot über das Mittelmeer nach Europa. Die Situation in Eritrea trägt folglich zur globalen Flüchtlingskrise bei.

Auf internationaler Ebene ist Eritrea eines der beiden afrikanischen Länder, die vom Außenministerium der Vereinigten Staaten von Amerika wegen starken Verstoßes gegen die Religionsfreiheit am 29. Februar 2016 als „Country of Particular Concern“ (Land besonderer Besorgnis) eingestuft wurden.

Deshalb stellten Robert P. George und Thomas J. Reese von der USCIRF (US-Kommission für internationale Religionsfreiheit) letztes Jahr die Frage: „Könnte Eritreas ‚Akte in puncto Verbrechen gegen die Menschenrechte und Religionsfreiheit‘ einen Verweis an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag rechtfertigen?“ Ein Untersuchungsausschuss des UN-Menschenrechtsausschusses regte zudem an, die eritreische Regierung vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu verklagen. Die Regierung vermutet, dass der Bericht des Untersuchungsausschusses nur mit Hilfe von Informanten in Eritrea möglich war.

Betroffene Kategorien von Christen

Alle vier im WVI unterschiedenen Kategorien von Christen sind in Eritrea vertreten. Die verschiedenen Kategorien sind unterschiedlichen Ausmaßen und Formen von Verfolgung betroffen.

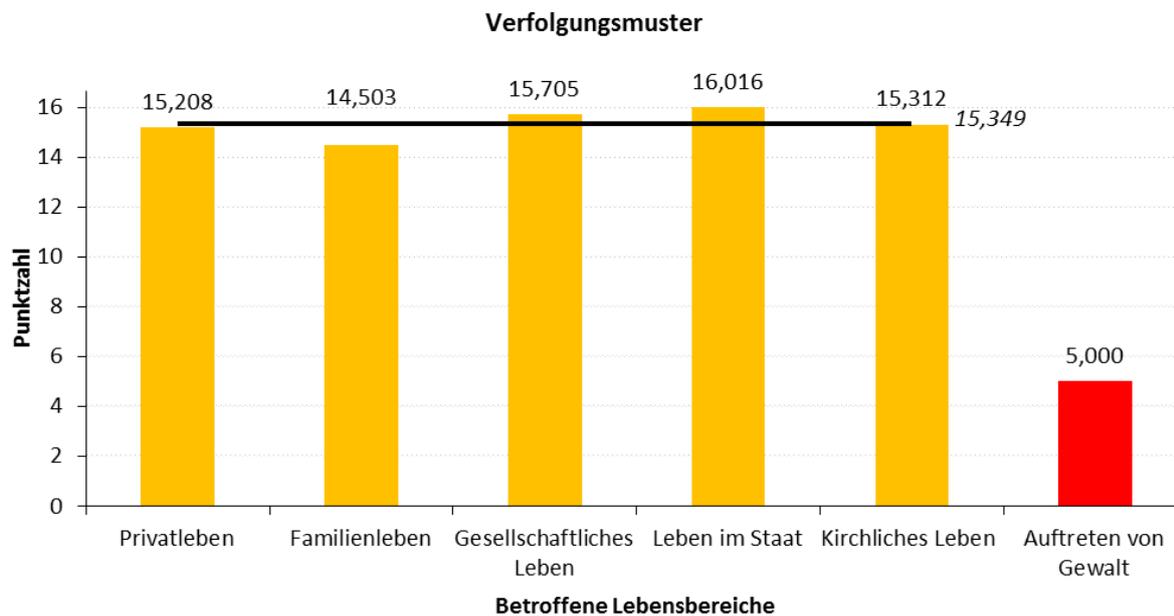
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Aufgrund des von der Regierung ausgeübten Drucks sinkt die Zahl der ausländischen Christen zunehmend. Diese Christen haben Schwierigkeiten, sich im Land frei zu bewegen und andere Christen zu treffen.

Christen aus traditionellen Kirchen: Diese Gruppe ist die größte im Land und umfasst die Eritreisch-Orthodoxe Kirche, die Anglikaner, die Evangelisch-Lutherische sowie die Römisch-Katholische Kirche. Ihre Anhänger leben hauptsächlich in den überwiegend von Christen bewohnten Gebieten in Zentral- und Süd-Eritrea. Sie erleiden Verfolgung durch die Regierung und durch islamische Extremisten.

Konvertiten: Dies sind Christen, die traditionelle Kirchen (vor allem die Eritreisch-Orthodoxe) verlassen und sich protestantischen Freikirchen angeschlossen haben, sowie Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben. Der ersten Kategorie widerfährt Verfolgung durch die Eritreisch-Orthodoxe Kirche, der zweiten Kategorie durch ihre muslimischen Familien und die muslimische Gesellschaft.

Protestantische Freikirchen: Diese Gruppe – speziell die Pfingstkirche – erfährt massive Verfolgung, insbesondere durch Regierungsbeamte und durch die Eritreisch-Orthodoxe Kirche. Christen aus evangelikalen und Pfingstgemeinden werden als Agenten des Westens gesehen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Eritrea

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Eritrea:

- Der durchschnittliche Druck, dem Christen ausgesetzt sind, bleibt extrem hoch (15,349), hat sich aber verglichen mit dem Berichtszeitraum des WVI 2016 mit 15,808 Punkten verringert.
- Alle Lebensbereiche zeigen einen extrem hohen Wert; die höchsten für „Leben im Staat“ (16,016) und „Gesellschaftliches Leben“ (15,705). Dies ist typisch für Diktatorische Paranoia als Haupttriebkraft.
- In Gebieten, die hauptsächlich von Muslimen bewohnt werden, ist die Verfolgung in den Bereichen „Privat- und Familienleben“ schwer; besonders betroffen sind Konvertiten. Grund dafür ist die Triebkraft Islamische Unterdrückung.
- Der Wert für „Gewalt“ ist gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent gesunken, bleibt aber weiterhin hoch. Er sank von 10,185 (WVI 2016) auf 5,000. In den letzten Jahren wurden Tausende Christen verhaftet, eingesperrt und viele starben im Gefängnis. Immer noch befinden sich viele Christen allein wegen ihres Glaubens in Haft.

Privatleben: Die Regierung hat es besonders auf den Einzelnen abgesehen und macht den Alltag für jeden sehr schwierig und kompliziert. Materialien zu besitzen, die nicht der registrierten Kirche zuzuordnen sind, ist sehr riskant. Viele wurden verhaftet, weil sie solche Materialien besaßen oder benutzten. Konfessioneller Protektionismus und Islamische Unterdrückung stellen in vielerlei Hinsicht Ursachen für die Schikanie von Christen dar. Besonderen Druck erfahren Christen mit muslimischem Hintergrund. Beispielsweise werden diese aus ihrem Zuhause geworfen und ihnen wird der Zugang zu lebenswichtigen Gütern seitens der Nachbarschaft verwehrt.

Familienleben: Für Christen in Eritrea steht das Familienleben auf dem Spiel. Christliche Familien zerfallen, weil Familienmitglieder durch die Regierung verhaftet und verschleppt werden. Manche Familienmitglieder sind gezwungen, außer Landes zu fliehen und lassen schutzbedürftige Mitglieder zurück. Der Konfessionelle Protektionismus führt außerdem zu der Verweigerung von Erbschaften und familienbezogenen Rechten für Christen. Die Islamische Unterdrückung führt dazu, dass Christen in Regionen, die hauptsächlich von Muslimen dominiert werden, vielfältige Schwierigkeiten erleben. Beispielsweise können Christen muslimischer Herkunft keine öffentliche christliche Heirat durchführen und im Todesfall werden sie nach muslimischem Ritus begraben.

Gesellschaftliches Leben: Es ist bekannt, dass die Regierung Helfer in der Nachbarschaft anwirbt, um alle christlichen Aktivitäten im Ort auszuspienieren. Daraus ergeben sich zunehmend seltsame Allianzen, dass beispielsweise Muslime die Aktivitäten protestantischer freikirchlicher Christen in ihrer Region im Auftrag der Regierung überwachen, vor allem jedoch die Missionstätigkeit unter Muslimen. Um ein Geschäft betreiben zu können, müssen Christen einen Nachweis über ihren Militärdienst vorzeigen können. Außerdem haben Christen keinen Zugang zu weiterführenden Schulen und höherer Bildung, wenn sie nicht für den Militärdienst registriert sind.

Leben im Staat: Nicht ohne Grund gilt Eritrea als „Nordkorea Afrikas“ und wurde von den Vereinigten Staaten als „Country of Particular Concern“ („Land besonderer Besorgnis“) eingestuft. Dies geschah aufgrund der extrem eingeschränkten Religionsfreiheit. Aus diesem Grund erreicht der Bereich „Leben im Staat“ den höchsten Wert. Die Regierung hat klar zum Ausdruck gebracht, dass nur offiziell anerkannte Religionsgruppen im Land geduldet sind und aktiv sein dürfen. Der Patriarch der Eritreisch-Orthodoxen Kirche wird von der Regierung ernannt und jeder Widerspruch eines religiösen Oberhauptes kann zu dessen Amtsenthebung und Verhaftung führen, wie es im Jahr 2007 geschah. Das Land ist dafür bekannt, dass es Christen zwingt, gegen ihr Gewissen zu handeln. Gemäß Artikel 6 der Bekanntmachung zum Wehrdienst Nr. 82/1995 vom Jahr 1995 ist jeder eritreische Staatsbürger zwischen 18 und 50 Jahren verpflichtet, am Wehrdienst teilzunehmen. Die Bekanntmachung lässt keine Ausnahme für Bürger zu, die sich aus religiösen Gründen nicht einschreiben wollen. Religiöse Gruppen erleben demnach große Schwierigkeiten, wenn sie den Dienst verweigern oder den Dienst abbrechen.

Kirchliches Leben: Religiöse Gruppen müssen sich in Eritrea entweder registrieren lassen oder ihre Tätigkeit einstellen. Eine offizielle Registrierung zu erlangen, ist jedoch äußerst kompliziert. Die Regierung mischt sich zudem in die Wahl religiöser Leiter ein. Beispielsweise steht der Eritreisch-Orthodoxe Patriarch, Abune Antonios, seit Mai 2007 unter Hausarrest. Darüber hinaus können religiöse Gruppen keine Dokumente/Materialien drucken oder verteilen, ohne vorher die Erlaubnis der Religionsbehörde erhalten zu haben.

Auftreten von Gewalt: Obwohl der Wert für Gewalt im Berichtszeitraum abgenommen hat, bleibt er immer noch hoch. Als Resultat staatlich verhängter Gewalt ziehen viele eritreische Christen die Auswanderung auf lebensgefährlichen Routen durch den Sudan und Libyen einem Bleiben in ihrem Land vor. Im Berichtszeitraum starben mindestens drei Christen für ihren Glauben: zwei Männer verhungerten und verdursteten am 23. Februar 2016 im Maitre-Gefängnis und eine 28-jährige Frau (ebenfalls im Maitre inhaftiert) starb an einer unbehandelten Infektion. Viele Christen werden von der Regierung unter erbärmlichen Bedingungen gefangen gehalten, manche in Schiffscontainern in der sengenden Sonne. Über die Jahre wurden Tausende von Christen verhaftet und inhaftiert, manche von ihnen sind nach elf Jahren immer noch in Haft. Einige der Gefängnisse sind die Asmara

Polizeistation, Mai Sirwa, Adi Abieto (seit neuestem für verhaftete Christen), Keren (ebenfalls neu), Assab, Hashferai, Barentu, Mai Idaga und Alla (neu). Viele der Christen werden gezwungen, viele Stunden in den kommerziellen Blumenfeldern zu arbeiten. Einige namentlich bekannte Christen, die seit über zehn Jahren inhaftiert sind, heißen: Haile Naigzhi, Leiter der Eritrea Full Gospel Church (inhaftiert seit 2004); Kiflu Gebremeskel, Gründer und Pastor der Southwest Full Gospel Church (seit 2004); Million Gebreselasie, Dr. med. und Pastor der Massawa Rhema Church (seit 2004); Tekleab Menghisteab, Dr. med. und Priester (seit 2004); Gebremedhin Gebregioris, Priester (seit November 2004), Kidane Weldou, Pastor der Full Gospel Church (vermisst seit 2005, aber vermutlich inhaftiert) und Abune Antonios, Patriarch der Eritreisch-Orthodoxen Kirche (unter Hausarrest seit 2007).

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Dem Protest internationaler Menschenrechtsorganisationen und dem Bericht über Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Regierung Eritreas des UN-Menschenrechtsausschusses zum Trotz musste sich das Regime noch nicht für seinen schrecklichen Katalog an Menschenrechtsverletzungen verantworten, geschweige denn ernsthafte Konsequenzen auf sich nehmen. Angesichts früherer Entwicklungen ist folgendes Szenario wahrscheinlich:

- Unterdrückte und verfolgte Eritreer werden weiterhin aus dem Land fliehen.
- Die eritreische Regierung wird an ihrem autoritären Kurs festhalten und Christen aus protestantischen Freikirchen weiterhin als Agenten des Westens einstufen.
- Die eritreische Regierung wird Christen weiterhin zwingen, der Armee beizutreten, ohne das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu achten.
- Die Eritreisch-Orthodoxe Kirche und extremistische Muslime werden weiterhin Konvertiten verfolgen.
- Es ist unwahrscheinlich, dass die inhaftierten Christen freigelassen werden, wenn sie nicht eine Erklärung unterschreiben, in der sie ihren Glauben widerrufen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 11: Libyen

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 78 Punkten belegt Libyen Platz 11 auf dem Weltverfolgungsindex(WVI) 2017. Das entspricht einem Rückgang um einen Punkt gegenüber dem Jahr 2016 (79) als Libyen Rang 10 einnahm. Im bestehenden Umfeld von Anarchie und fehlender Rechtsstaatlichkeit werden die Christen – einheimische wie auch ausländische – zwischen fanatischen religiösen Gruppen und kriminellen Banden aufgerieben. Die Furcht unter Christen war bereits im Vorjahr hoch. Die Gründe für diese Angst bestehen in diesem Berichtszeitraum weiterhin.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung, die sich auf die Christen in Libyen auswirken, sind „Islamische Unterdrückung“ (Haupttriebkraft) und weniger stark „Organisiertes Verbrechen und Korruption“ (in Verbindung mit Islamischer Unterdrückung).

Islamische Unterdrückung: Diese Triebkraft äußert sich vielfältig. Der Islam ist tief verwurzelt in Libyens Kultur, deshalb erleben Muslime, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, großen Druck seitens ihrer Familien und der Gesellschaft. Nach dem Sturz Gaddafis haben islamistische Gruppen einschließlich Salafisten und andere Dschihadisten praktisch freie Hand im Land und sammeln kontinuierlich weitere Unterstützer.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Dies ist die zweitstärkste Triebkraft der Verfolgung in Libyen. Korruption ist so weit verbreitet, dass sie wesentlich zum weiteren anhaltenden Verfall der Rechtsstaatlichkeit und zur mangelnden Strafverfolgung beiträgt. Diese Triebkraft ist eng verknüpft mit Islamischer Unterdrückung, da einige der islamistischen militanten Gruppen mit oder als organisierte kriminelle Gruppen arbeiten, beispielsweise in Form von Menschenhandel oder anderen kriminellen Aktivitäten.

Aktuelle Einflüsse

2011 begann, inspiriert durch die Demonstrationen des Arabischen Frühlings in anderen Ländern, der Protest gegen das Gaddafi-Regime. Die Proteste schlugen schnell in bewaffnete Aufstände um. Der Volksaufstand wurde zu einem Bürgerkrieg, den die Rebellen gewonnen haben, teilweise mithilfe der Unterstützung westlicher Regierungen, inklusive Luftangriffen auf die Gaddafi loyalen Streitkräfte. Sobald Gaddafi besiegt war, wendeten sich die verschiedenen Rebellengruppen, die einst gemeinsam die Waffen erhoben und den Nationalen Übergangsrat (NTC) geformt hatten, gegeneinander. Libyen befindet sich derzeit mitten in einem Bürgerkrieg mit einem halben Dutzend militanter Gruppen, die um die Vormacht kämpfen. Ein von den Vereinten Nationen ausgehandeltes Abkommen, das dazu

gedacht war, die verschiedenen Fraktionen in einer Regierung nationaler Einheit zusammenzubringen, war nicht erfolgreich, da sie derzeit nur einen Anteil der libyschen Gebiete kontrolliert und sich auf Ostlibyen beschränkt, mit der größten Stadt Tripolis. Dank der Unterstützung der USA und Europas war es der Einheitsregierung möglich, den „Islamischen Staat“ (IS) zurückzuschlagen und seine Kämpfer aus ihrer Hochburg Sirte zu vertreiben.

Die Sicherheitsprobleme Libyens, die mit der Demobilisierung, Entwaffnung und Wiedereingliederung lokaler Milizen verbunden sind, dauern an und werden durch Menschenhandel sowie Schmuggel von Waffen ins und aus dem Land sogar noch größer. Ein Bericht von Amnesty International vom 10. Mai 2015 beschreibt die fortschreitende Gesetzlosigkeit, in der Libyen gefangen ist, und listet zahlreiche Beispiele von Entführungen, Folter, sexueller Gewalt und Diskriminierung durch Menschenhändler, Schmuggler und organisierte kriminelle Banden auf. Der Bericht verweist besonders auf die prekäre Situation religiöser Minderheiten: „Insbesondere christliche Gastarbeiter und Flüchtlinge werden verfolgt und stehen am meisten in Gefahr von Missbrauch durch bewaffnete Gruppen, die ihr Verständnis des islamischen Gesetzes erzwingen wollen.“

Seit dem Sturz von Gaddafi sind die Christen, die die größte nicht-muslimische religiöse Gruppe im Land darstellen, Ziel von Einschüchterungskampagnen, Verhaftungen und Ermordungen seitens militanter sunnitischer Organisationen geworden. Der Einfluss der mit dem IS verbundenen Gruppierungen, die sich durch Enthauptungen und andere Barbareien hervortaten, nimmt zu. In den letzten Jahren wurden Berichten zufolge Hunderte von Christen von paramilitärischen Gruppen entführt und eingekerkert. Auch koptische Kirchen wurden angegriffen.

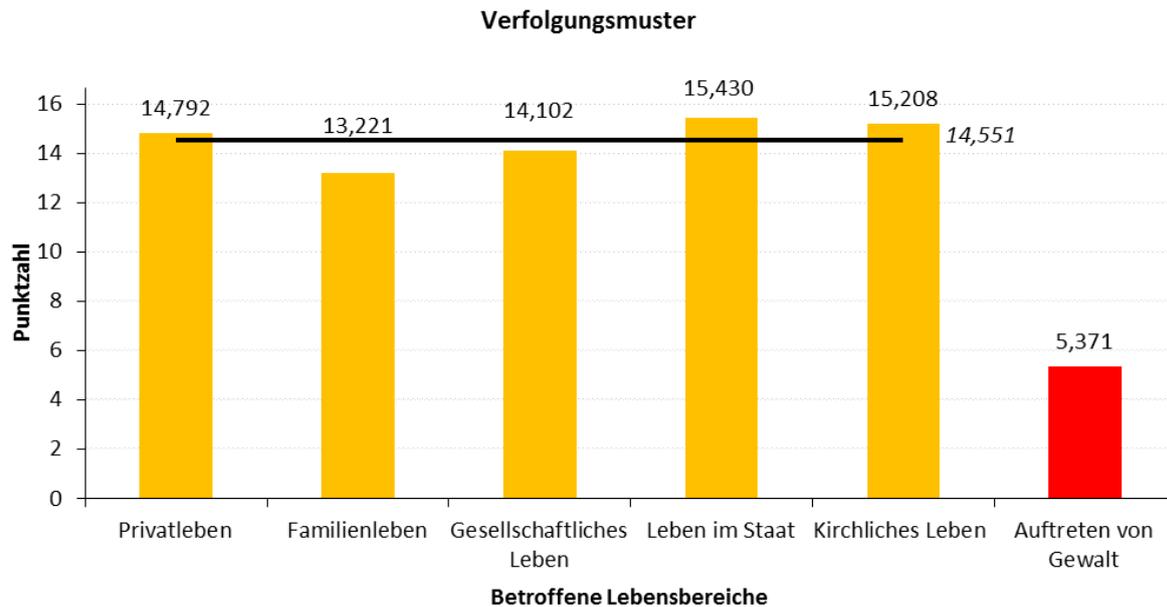
Betroffene Kategorien von Christen

Zwei Kategorien von Christen sind in Libyen anzutreffen:

Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Christliche Gastarbeiter, die meisten von ihnen kommen aus dem Afrika südlich der Sahara und einige aus Ägypten, dürfen ihre eigenen Kirchen gründen und besuchen, libysche Christen dürfen an diesen Gottesdiensten jedoch nicht teilnehmen. Bereits unter der despotischen Herrschaft Gaddafis war die Lage der Christen sehr hart. Ausländische Christen bzw. christliche Gastarbeiter haben etwas mehr Freiheit. Nicht-arabische Afrikaner erleiden doppelte Verfolgung: aus rassistischen und auch aus religiösen Gründen.

Christen muslimischer Herkunft: Die sehr kleine Gruppe libyscher Christen hält ihren Glauben geheim. Gottesdienstbesuch ist ihnen nicht gestattet. Ihre Anzahl ist sehr gering, doch mit dem Aufkommen christlicher Fernseh- und Internetangebote auf Arabisch wächst das Interesse am christlichen Glauben. Wie in den meisten muslimischen Ländern ist die Abkehr vom Islam mit starkem sozialen Druck verbunden. Christen muslimischer Herkunft sind ständig von ihrer Familie bedroht. Die meisten libyschen Christen wagen nicht, sich mit anderen Christen zu treffen, denn alle religiösen Versammlungen – ausgenommen muslimische – sind verboten.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Libyen

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Libyen:

- Der allgemeine Druck auf Christen ist sehr hoch (14,551) und hat im Vergleich zum Vorjahr erheblich zugenommen (13,827 im WVI 2016).
- Der Druck ist in folgenden Lebensbereichen am größten: „Leben im Staat“ (15,430), „Kirchliches Leben“ (15,208) und „Privatleben“ (14,792). Das sehr hohe Maß der Verfolgung im „Privatleben“ spiegelt die Situation der Konvertiten wider. Anhand der hohen Werte in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ wird die Präsenz verschiedenster militanter islamischer Gruppen deutlich, die im Land ungestraft walten.
- Das Ausmaß der Gewalt hat in diesem Jahr von 9,630 auf 5,371 abgenommen. Dies lässt sich durch den Rückzug der IS-Truppen erklären. So wurden durch den IS keine grausamen Angriffe ausgeführt, wie es noch im letzten Berichtszeitraum der Fall war.
- Die allgemeine Verfolgungssituation wird durch den Kontext der Anarchie und der Abwesenheit ziviler Behörden, welche für Gesetz und Ordnung verantwortlich sind, begünstigt. Christen werden zwischen fanatischen islamischen Gruppen und kriminellen Banden aufgerieben.

Privatleben: Christen muslimischer Herkunft werden in dieser sehr konservativen Gesellschaft von ihren Familien ausgeschlossen. Wegen der kontinuierlichen Unterdrückung und Intoleranz seitens Familie und Gesellschaft wagen sie selten, über ihren Glauben zu sprechen. Viele von ihnen verlassen das Land bzw. erwägen dies.

Familienleben: Eine der großen Herausforderungen für Christen muslimischer Herkunft ist, einen Ehepartner zu finden. Nach überliefertem islamischen Recht muss ein nicht-muslimischer Mann zum Islam konvertieren, um eine Muslima heiraten zu können. Die Islamisten in Libyen sind derart extremistisch ausgerichtet, dass sie sogar „Sufis“ (Sufi = Anhänger einer mystischen Strömung des Islam) verfolgen.

Gesellschaftliches Leben: Wegen der schwachen Zentralregierung treibt eine große Anzahl von Milizen mit religiöser sowie nicht-religiöser Agenda straffrei ihr Unwesen im Land. Sie gehen am stärksten gegen die besonders gefährdeten Gruppen im Land vor, dazu gehören die Christen. Sie verbreiten eine Kultur der Furcht, wodurch die Freiheiten der Christen stark eingeschränkt sind.

Leben im Staat: Unter der Herrschaft von Gaddafi ging Verfolgung am stärksten vom Regime und Geheimdienst aus. Gegenwärtig sind hauptsächlich islamistische Bewegungen wie der IS und Salafisten für Druck und Gewalt gegen Christen verantwortlich in einem Land, dessen Zentralregierung kraftlos ist und in dem es keine Rechtsstaatlichkeit gibt. Auch kriminelle Banden üben Druck auf Christen aus.

Kirchliches Leben: Ein normales kirchliches Leben gibt es für Christen libyscher Herkunft nicht. Gastarbeiter dürfen Gottesdienste feiern, jedoch mit erheblichen Sicherheitsrisiken. Die Einfuhr christlicher Literatur inklusive Bibeln auf Arabisch ist streng verboten. Auch das erschwert das Wachstum der einheimischen Gemeinden. Die Missionierung von Muslimen ist offiziell verboten.

Auftreten von Gewalt: Im Berichtszeitraum wurden mindesten zwei Christen aus Glaubensgründen getötet, und mehr als zehn Christen wurden entführt. Es gab Berichte über Angriffe auf drei christliche Gebäude und Kirchen. Wenn auch nicht über solch dramatische Vorfälle wie die Enthauptung der koptischen Christen im Vorjahr zu berichten war, gilt Libyen dennoch weiterhin als einer der gefährlichsten Orte für Christen. Die Gefahr von gewalttätigen Angriffen, Entführungen und sexuellen oder anderen körperlichen Übergriffen, sowie die Gefahr der Ermordung sind immer noch sehr hoch.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

1. Aufgrund des starken Aufkommens lokaler, auch militanter salafistischer Milizen, gepaart mit der Abwesenheit einer wirksamen Regierung im Land, wird sich die Lage der Christen wohl in absehbarer Zukunft kaum verbessern. Die weitverbreiteten und straflosen Übergriffe gegen Christen werden weiter anhalten. Selbst mit der Abnahme der Bedeutung und militärischen Stärke des IS im vergangenen Jahr bleibt doch der Einfluss militanter salafistischer Gruppen in Libyen bestehen. Die Existenz rivalisierender Regierungen in Ost- und Westlibyen, die Verbreitung von Stammeskonflikten und die Tatsache, dass das Land mit allen Arten von Waffen überflutet ist, macht die Zukunftsaussichten für Libyen und damit auch für die Christen in Libyen sehr düster.
2. Gewaltsame Übergriffe mit Entführungen und Ermordungen christlicher Gastarbeiter zeigen deutlich die Macht und Sichtbarkeit islamistischer Gruppen, inklusive des IS, in einem Land, das immer mehr in die Gesetzlosigkeit abdriftet. Mit diesen Vorfällen verbreiten die extremistischen Muslime und besonders die Anhänger des IS eine klare Botschaft: „Libyen ist

ein muslimisches Land. Christen haben nicht einmal das Recht, durch Libyen zu reisen.“ Es spielt dabei keine Rolle, ob die Christen Gemeindemitarbeiter oder Gastarbeiter sind; alle Christen sind gemeint. Da die dschihadistischen Gruppierungen straffrei ausgehen, wird sich die Situation in naher Zukunft kaum ändern. Gastarbeiter aus dem Afrika südlich der Sahara stellen die Mehrheit der christlichen Bevölkerung in Libyen. Sie stehen weiterhin in Gefahr, Ziel von Angriffen lokaler religiös motivierter Milizen zu werden, aber auch von (oft arbeitslosen) Einheimischen, die einen Sündenbock zum Abreagieren ihrer Enttäuschungen suchen.

3. Jede Hoffnung auf eine Besserung der Lage in Libyen hängt von der Verbesserung der politischen Bedingungen und der Sicherheitslage des Landes ab. Es ist zu hoffen, dass die Nationale Einheitsregierung fähig sein wird, ihre Autorität zu behaupten und Gesetz und Ordnung im Land wiederherzustellen. Wenn dies geschieht (auch wenn es nicht zwangsläufig bedeutet, dass es Religionsfreiheit für die Christen in Libyen geben würde), könnte sich für die Christen die Gefahr zumindest der ungeheuerlichsten Formen der Verfolgung verringern. Langfristig gesehen wird die Art der politischen Ordnung, die aus dem momentanen Friedens- und Übergangsprozess erwächst, ein entscheidender Faktor für die künftige Religionsfreiheit von Christen in Libyen sein.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 12: Nigeria

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 78 Punkten belegt Nigeria Platz 12 auf dem Weltverfolgungsindex 2017. Damit entspricht die Punktzahl der des Jahres 2016, als Nigeria ebenfalls Rang 12 belegte. Die Situation der Christen in den nördlichen Provinzen ist weiterhin sehr schwierig, denn das Ausmaß an Gewalt und Druck gegen Christen ist nach wie vor sehr hoch. Im Berichtszeitraum waren die Kampagnen des nigerianischen Militärs gegen die Boko Haram relativ erfolgreich, wenn es darum ging, die Gruppen aus den Gebieten zu vertreiben, die sie im Norden des Landes besetzt hatten. Dennoch bleibt die anhaltende Gewalt gegen Christen in den zentralen Landesteilen, ausgeübt von den muslimischen Hausa-Fulani Viehhirten und Siedlern, ein Grund zur Sorge.



Triebkräfte der Verfolgung

„Islamische Unterdrückung“ ist in Nigeria die wesentliche Triebkraft von Verfolgung. Allerdings tragen auch „Ethnisch begründete Anfeindungen“ sowie „Organisiertes Verbrechen und Korruption“ zur Verfolgung bei.

Islamische Unterdrückung: Die Verfolgung von Christen in Nordnigeria wird meistens mit Boko Haram in Verbindung gebracht. Das Verfolgungsmuster ist insgesamt jedoch viel komplexer und darf nicht auf gewaltsame Übergriffe und Ermordungen von Christen (und gemäßigten Muslimen) seitens militanter islamistischer Gruppen reduziert werden. Das trifft besonders auf die 12 nördlichen Scharia-Bundesstaaten zu, in denen lokale Behörden und die Gesellschaft den Christen kaum Raum zum Ausleben ihres Glaubens lassen. Die in den 1980er Jahren begonnene Entwicklung während der gewalttätigen Maitatsine-Aufstände, hat sich 2001 mit der Einführung der Scharia, der islamischen Rechtsprechung, fortgesetzt. Die Christen wurden mehr und mehr Ziel gewalttätiger Übergriffe von Dschihadisten. Davon angetrieben hat Boko Haram in den letzten Jahren einen systematischen Kampf gegen den nigerianischen Staat geführt. Ideologie, Rhetorik und Handlungen waren dabei spezifisch gegen Christen gerichtet. Ihr Ziel war und ist es, einen islamischen Staat zu errichten. Mit der für den extremistischen Islam typischen Rhetorik hat Boko Haram im August 2014 in Gwoza (Bundesstaat Borno) ein Kalifat ausgerufen. Die Ausweitung des Kalifats wurde zwar von Regierungstruppen gestoppt, doch haben noch immer Tausende (besonders Christen) unter der Gewalt von Boko Haram zu leiden. Dadurch wächst in der ganzen Region, wenn nicht sogar im ganzen Land, das gegenseitige Misstrauen zwischen Christen und Muslimen.

Andere islamische Angreifer, die übereinstimmend als Hausa-Fulani Viehhirten identifiziert wurden, verüben Überfälle auf Dörfer, bei denen ebenfalls viele Unschuldige – auch Frauen und Kinder – zu Opfern werden. Berichten zufolge gibt es Bestrebungen der Regierungen in Benue, Kaduna, Nasarawa und Taraba, Weideplätze für die Hausa-Fulani auszuweisen. Damit würden den

einheimischen Christen beträchtliche Ländereien genommen. Viele christliche Kommunen würden ihrer Häuser und Felder beraubt.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Es gibt Hinweise darauf, dass Ethnisch begründete Anfeindungen zu Gewalt gegen Christen in Teilen Nigerias führten. Berichten zufolge erleiden Christen mit animistischem Hintergrund im Osten des Landes Verfolgung. Aufgrund der Tatsache, dass ethnische Konfliktlinien die religiöse Teilung des Landes widerspiegeln, begünstigen Ethnisch begründete Anfeindungen die allgemeine Verfolgung von und Gewalt an Christen in Nigeria.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Es gibt eine Bedrohung für Christen seitens organisierter krimineller Netzwerke, die unter anderem in Vorfälle von Erpressung und Entführungen involviert sind. Die allgegenwärtige Korruption im Land hat ebenso mit dazu beigetragen, dass nigerianische Sicherheitskräfte nur sehr schwach und ineffektiv auf die Gefahren reagieren, denen sich Christen, die von der Boko Haram oder den Fulani Viehhirten bedroht werden, gegenüber sehen.

Aktuelle Einflüsse

Mit der Einführung der aktuellen nigerianischen Verfassung am 29. Mai 2015 wurde gleichzeitig auch Muhammadu Buhari als Präsident vereidigt. In seiner Rede zum Amtsantritt versprach er, dem Land zu wachsendem Wohlstand zu verhelfen, sowie gegen Korruption und Boko Haram vorzugehen. Diese beschrieb er als „gottlose Gruppe ohne Verstand, die so weit weg vom Islam ist, wie man sich nur vorstellen kann“. Tatsächlich war die nigerianische Armee relativ erfolgreich darin, die von der Boko Haram besetzten Gebiete zurückzuerobern. Trotz des Erfolgs im Kampf gegen Boko Haram, welche maßgeblich für die Gewalt gegen Christen in den letzten Jahren verantwortlich war, bleibt die anhaltende Gewalt gegen Christen im zentralen Gürtel Nigerias ein großer Grund zur Sorge. Wie von der Open Doors-Forschungsabteilung World Watch Research (WWR) berichtet, hat sich im zentralen Gürtel Nigerias im Schatten von Boko Haram eine Gewaltspirale entwickelt: Angriffe der muslimischen Hausa-Fulani Viehhirten und Siedler haben mutmaßlich zum Tod Tausender Christen und zur Zerstörung Hunderter Kirchen und Gemeindegebäude geführt.

Nicht überall in Nigeria erleben Christen Verfolgung durch Islamische Unterdrückung. Unter dem Blickpunkt „Gewalt gegen Christen“ kann Nigeria in verschiedene Gebiete eingeteilt werden:

- Der Norden (19 Staaten und das erweiterte Gebiet der Hauptstadt Abuja) ist überwiegend muslimisch, wobei die Christen in den Staaten im zentralen Gürtel des Landes in der Mehrheit sind. Große Teile des zentralen Gürtels wurden mittlerweile Teil der zwölf sogenannten „Scharia-Staaten“ des Nordens. In Nord-Kaduna beispielsweise ist die Mehrheit der Bevölkerung muslimisch, in Süd-Kaduna christlich. Die Verwaltung von Kaduna ist allerdings überwiegend muslimisch.
- Der Süden (17 Staaten) ist überwiegend christlich, wobei der Südwesten (Yoruba) eine große muslimische Bevölkerung hat.

Nigeria ist eines der komplexesten Länder des Kontinents. Die Verfolgung der Christen geht in einigen Staaten mit Kämpfen um Rohstoffe einher. Laut Berichten von Menschenrechtsaktivisten untersucht die Regierung nur selten Morde und Misshandlungen von Christen durch islamische Extremisten-Gruppen oder durch Einzeltäter. Damit vernachlässigt die Regierung ihre unter der UNHDR und ICCPR festgelegten internationalen Verpflichtungen. Hinzu kommt, dass Boko Haram

vielen Berichten zufolge alles daran setzt, einen offenen Krieg zwischen Muslimen und Christen auszulösen.

Betroffene Kategorien von Christen

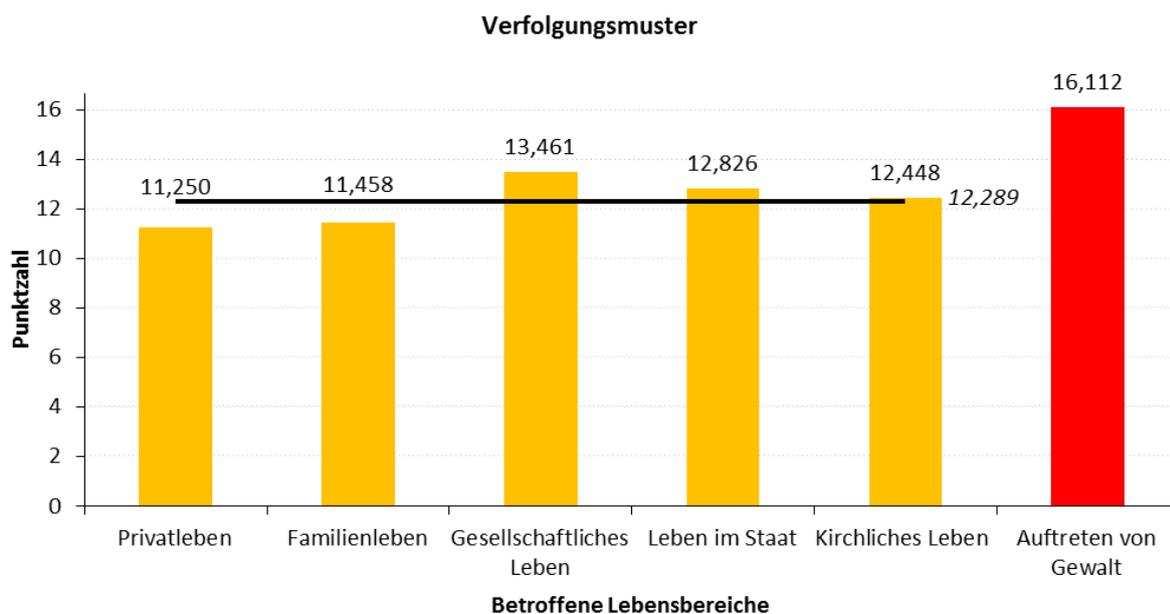
In Nigeria sind drei Kategorien von einheimischen Christen anzutreffen (ausländische oder zugewanderte Christen bleiben meist unter sich). Die Verfolgung findet vor allem in vielen der nördlichen Staaten statt.

Christen aus traditionellen Kirchen: Dazu gehören die Römisch-Katholischen und protestantische Kirchenmitglieder wie Anglikaner, Methodisten und Lutheraner. Aufgrund der Angriffe von Boko Haram war erwartet worden, dass die Anzahl der Christen abnimmt. Obwohl es zutrifft, dass die meisten der Getöteten, Vertriebenen und Geflohenen Christen sind, gibt es Anzeichen dafür, dass die christliche Bevölkerung dennoch gewachsen ist. So hat die Römisch-Katholische Kirche neue Diözesen gegründet und die Anzahl protestantischer Christen wächst nach Einschätzung eines externen Experten schneller als erwartet.

Christen muslimischer Herkunft: Besonders in den Scharia-Staaten ist eine Abkehr vom Islam hin zum christlichen Glauben gefährlich und kann viele Schwierigkeiten nach sich ziehen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Die Anzahl evangelikaler und pfingstkirchlicher Gemeinschaften wächst. Sie machen mittlerweile gut 20 Prozent der nigerianischen Gemeinde aus, Tendenz steigend. In vielen der nördlichen Staaten erleben sie die gleichen Härten wie andere Christen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Nigeria

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Nigeria:

1. Im Allgemeinen ist der Druck auf Christen im nördlichen Teil Nigerias sehr hoch (12,289) und im Vergleich zum letzten Jahr sehr leicht angestiegen (12,271).
2. Verfolgung in Nigeria bedeutet einen relativ gleich hohen Druck in allen Lebensbereichen. Die Wertung im „Gesellschaftlichen Leben“ ist höher als in den anderen Lebensbereichen, da Christen in den nördlichen Regionen des Landes von der sozialen Grundversorgung ausgeschlossen und auch in anderer Weise diskriminiert werden.
3. Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ ist sehr hoch (16,117), wenn auch nicht ganz so hoch wie der Maximalwert, der im Berichtszeitraum 2016 erreicht wurde (16,667).
4. Die Wertung für den Druck auf Christen ist deswegen nicht höher, weil Nigeria eine besondere Konstellation aufweist: Ein Teil des Landes ist von starker Verfolgung betroffen (Teil mit muslimischer Mehrheit), während der andere Teil des Landes diese nicht erlebt (Teil mit christlicher Mehrheit). Dies gilt trotz des extrem hohen Maßes an Gewalt.

Privatleben: Besonders in den Staaten Bauchi, Gombe, Yobe und Borno werden immer mehr Christen unter Druck gesetzt, Symbole ihres Glaubens oder auch Bibeln nicht offen zu zeigen. Im Gebiet Ganye und Jada sowie weiten Teilen von Borno und Yobe kleiden sich Christen mittlerweile sogar wie Muslime und verbergen christliche Gegenstände oder Schriften, um nicht gelyncht zu werden.

Familienleben: Die Unterdrückung aus Glaubensgründen ist in den Scharia-Staaten besonders stark ausgeprägt, findet sich jedoch auch in den benachbarten Staaten. Sie beeinträchtigt das Familienleben und das gesellschaftliche Leben der Christen sehr stark. So dürfen sie ihre Verstorbenen nicht auf dem öffentlichen Friedhof beisetzen. Christliche Mädchen stehen ständig in Gefahr, entführt und zwangsverheiratet zu werden. Berichten zufolge haben einige der Scharia-Staaten sogar Organisationen gegründet, deren Auftrag in der Entführung und Zwangsbekehrung christlicher Mädchen besteht.

Gesellschaftliches Leben: Verfolgung im gesellschaftlichen Leben ist vor allem in den nördlichen Gebieten Nigerias ein Problem, besonders in den Scharia-Staaten. Dort werden Kinder von Christen in staatlichen Schulen gezwungen, besonders in den Grund- und Mittelschulen, am Islamunterricht teilzunehmen. Christlichen Jugendlichen wird der Zugang zu weiterführenden Schulen oder Hochschuleinrichtungen im Norden Nigerias verweigert, besonders wenn diese Einrichtungen einen hohen akademischen Standard haben, gut ausgestattet sind und über ausreichend Geldmittel verfügen. Christen im Norden Nigerias werden in den Ausbildungseinrichtungen oft als Bürger zweiter Klasse betrachtet und dementsprechend behandelt. Christliche Kommunen werden von der Regierung meist links liegen gelassen.

Leben im Staat: Auch in diesem Lebensbereich konzentrieren sich die Probleme vor allem auf die nördlichen Regionen. Auf dem Arbeitsmarkt wird Christen trotz nachgewiesener Qualifikationen die Einstellung verweigert; anderen werden Arbeitsstellen unter der Bedingung angeboten, dass sie ihren christlichen Glauben verleugnen. In den zwölf Scharia-Staaten leben die Christen in ständiger Angst angesichts eines unberechenbaren Umfelds: Vertreter der örtlichen Behörden setzen sie

immer wieder unter Druck, manchmal mit Hilfe der „Hisba“ (Scharia-Polizei) und Da’awa (islamische Missionare). In den sieben weiteren Nordstaaten ist der Druck etwas weniger ausgeprägt, doch in manchen herrscht eine stärkere Aktivität islamistischer Extremistengruppen.

Kirchliches Leben: Gemeinden haben erhebliche Schwierigkeiten, Christen muslimischer Herkunft offen zu integrieren. Es besteht immer die Gefahr, dadurch die Aufmerksamkeit der islamischen Kommune zu erregen, was zu Gewaltausbrüchen gegen alle Kirchen im gesamten Umkreis führen könnte. Es gibt vermehrt Übergriffe islamischer Extremisten auf Pastoren, um das Wachstum der Kirchen zu stoppen.

Auftreten von Gewalt: Berichten zufolge sind Tausende Familien in Südkaduna, Benue und Nasarawa vertrieben worden. Schuld daran tragen die muslimischen Viehhirten aus dem Stamm der Hausa-Fulani. Auch im Nordosten wurden Tausende von christlichen Familien vertrieben und leben nun in Flüchtlingslagern. Weitere Tausende von Christen, die durch die Aktivitäten der Boko Haram vertrieben wurden, suchen nun Schutz in Kamerun, dem Tschad oder Niger. Derselbe Bericht zeigt auf, dass Kirchen und christliche Einrichtungen zu Anschlagzielen extremistischer Muslime wurden. Manche Kirchen wurden niedergebrannt und viele andere wurden aus Angst vor weiteren Anschlägen im Nordosten des Landes geschlossen. Des Weiteren wurden Berichten zufolge im Berichtszeitraum mehr als zehn Christen getötet.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

1. Da die nigerianische Armee im Kampf gegen Boko Haram erfolgreich ist, überfällt die Gruppe nun häufiger Nachbarländer wie Niger, den Tschad und Kamerun. Sollten sich Nigeria und andere Länder der Region zu früh zum Sieg über Boko Haram gratulieren, könnte dies der Gruppe die Möglichkeit verschaffen, sich neu zu formieren und weiterhin Anschläge auf Christen in Nigeria und anderen Ländern der Region auszuüben. Daher ist die Situation von Christen im Norden Nigerias teilweise davon abhängig, ob Nigerias Regierung und die anderer Länder der Region, den Kampf gegen Boko Haram fortführen werden, ohne einzulenken.
2. Im Norden Nigerias lebt eine hohe Anzahl von Binnenflüchtlingen, unter ihnen viele Christen, die entweder durch die Schreckensherrschaft von Boko Haram oder durch die brutalen Attacken der Hausa-Fulani Viehhirten (die von örtlichen Behörden gedeckt werden) vertrieben wurden. Viele erhalten keinerlei Unterstützung durch nationale oder internationale Hilfsorganisationen. Ihre Lage ist Ausdruck der Übermacht der Verfolger sowie der Schutzlosigkeit der Verfolgten in dieser Region und lädt wegen ausbleibender Strafverfolgung zu weiteren Übergriffen ein. Die Furcht der verfolgten Christen nimmt beständig zu. Diese Spirale der Gewalt kann nur gestoppt werden, wenn die internationale Weltgemeinschaft mit Nothilfe und anderen Maßnahmen eingreift.
3. Islamische Unterdrückung und Ethnisch begründete Anfeindungen werden wahrscheinlich auch in Zukunft in Nigeria fortbestehen. Die Mischung dieser Triebkräfte der Verfolgung wird den Norden Nigerias auch weiterhin zu einem gefährlichen Ort für Christen machen. Die Regierung war bisher zurückhaltend, was Maßnahmen gegen die Gewalt der muslimischen Hausa-Fulani Viehhirten und Siedler angeht, die um die Kontrolle der zentralen Landesteile kämpfen. Da die nächsten Wahlen 2019 anstehen, wird dies signifikante Auswirkungen auf das

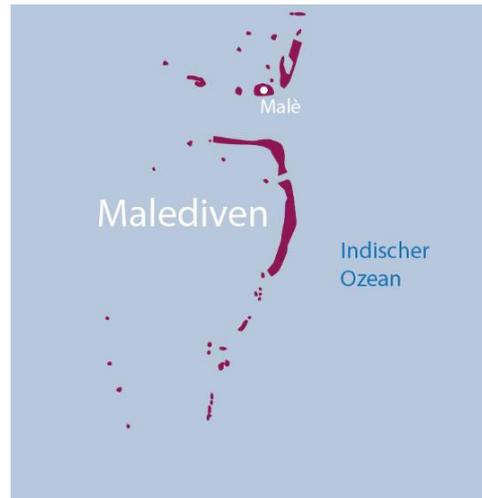
Land Nigeria haben. Es besteht die Gefahr, dass Ethnie und Religion für Wahlkampagnen instrumentalisiert werden. Andererseits könnte die Wahl die regierende Partei und den Präsidenten offener für die Nöte und Forderungen der Christen machen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 13: Malediven

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 76 Punkten belegen die Malediven Platz 13 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Im Vorjahr befand sich das Land mit derselben Punktzahl ebenfalls auf Platz 13. Insgesamt bleibt der Druck auf Christen extrem hoch, wohingegen die Gewalt, die immer schon sehr niedrig war, ein wenig zurückgegangen ist.



Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Die islamische Regierung betrachtet sich selbst weiterhin als Beschützerin des Islam und hat eine Reihe von Gesetzen erlassen, die es einem Malediver grundsätzlich verbieten, sich vom Islam abzuwenden und zu einer anderen Religion überzutreten. Ein Malediver zu sein bedeutet, ein Muslim zu sein – es gibt keinen Spielraum für irgendeine Abweichung. Wechselt jemand seinen Glauben, so muss er mit harten Konsequenzen bis hin zum Verlust der Staatsbürgerschaft rechnen. Offiziell gibt es keine maledivischen Christen, nur im Land wohnende ausländische Christen. Die wachsende Islamisierung wurde im Berichtszeitraum des WVI 2017 in einem durch die staatlichen Medien gestützten Bericht deutlich, der behauptete, christliche Missionare stünden hinter einer Verschwörung mit dem Ziel, muslimische Gelehrte zu töten und die Malediven zum Christentum zu konvertieren. Die Tatsache, dass das christliche Joshua Projekt (JP) namentlich in diesem Bericht erwähnt wurde, macht deutlich, wie gefährlich es für jede christliche Gruppe ist, die Malediven mit dem Evangelium erreichen zu wollen. Der Bericht behauptete, dass JP mit dem ehemaligen Präsidenten Mohammed Nasheed, der jetzt im Vereinigten Königreich im Exil lebt, zusammenarbeite. Dies spiegelt die gefährliche Lage wider, in der sich die christliche Minderheit auf den Malediven befindet.

Politische Freiheiten werden weiter eingeschränkt, wie das neue Verleumdungsgesetz deutlich machte, das im August 2016 ratifiziert wurde. Die Religionsfreiheit ist stark eingeschränkt, da die Regelung zum „Schutz der Religion“ nur auf den Islam bezogen wird. Auch der angestrebte „Schutz der religiösen Einheit“ ist besorgniserregend, da diese Formulierung deutlich werden lässt, dass die Behörden gegen jede Abweichung von ihrer Auffassung des Islam vorgehen werden. Dieses neue Gesetz zeigt nicht nur, dass der Islam um jeden Preis geschützt wird, sondern auch, dass die Triebkraft Islamische Unterdrückung mit Diktatorischer Paranoia vermischt ist, denn der Islam wird als Rechtfertigung verwendet, politische Freiheiten einzuschränken (für eine genauere Erklärung siehe den folgenden Abschnitt 3: Aktuelle Einflüsse).

Aktuelle Einflüsse

Die Malediven sind ein Land im Wandel. Sie gelten weltweit immer noch als paradiesisches Urlaubsziel, dabei folgt das Land einer strengen Form des Islam und hat mit Unruhen und vielfältigen politischen Herausforderungen zu kämpfen. Nicht einmal einen Monat nach seiner Festnahme im

März 2015 wurde der ehemalige Präsident Mohammed Nasheed zu dreizehn Jahren Gefängnis verurteilt, ohne ein faires Gerichtsverfahren zu erhalten. Am 1. Mai 2015 fand einer der größten Proteste gegen die Regierung statt, die es je im Land gegeben hat, mit schätzungsweise 20.000 Teilnehmern. Zahlreiche weitere Menschen wollten kommen, wurden aber von staatlicher Seite daran gehindert, mit Booten in die Hauptstadt Malé zu reisen. Manche Teilnehmer wurden später von ihren Arbeitgebern entlassen, zudem wurden namhafte Persönlichkeiten aus den drei Oppositionsparteien festgenommen. Nach einer Explosion auf dem Boot des Präsidenten am 28. September 2015 wurde der Verteidigungsminister festgenommen und Vize-Präsident Abdullah Adeen wegen Verdachts auf Mordversuch am Präsidenten des Hochverrats bezichtigt, festgenommen und am 9. Juni 2016 zu fünfzehn Jahren Gefängnisstrafe verurteilt.

Überraschenderweise wurde dem ehemaligen Präsidenten Nasheed gestattet, im Januar 2016 für eine ärztliche Behandlung nach London zu reisen. Am 23. Mai 2016 wurde ihm im Vereinigten Königreich Asyl gewährt, woraufhin er mit mehreren Politikern (die meisten von ihnen ebenfalls im Exil) eine Plattform mit dem Namen „United Maldives Opposition“ ins Leben rief. Ob es dieser politischen Plattform gelingt, Boden zu gewinnen, bleibt abzuwarten, da dieselben politischen Kräfte, die den Ex-Präsidenten Nasheed 2012 verdrängten und ins Gefängnis brachten, nun auf dieser Oppositionsplattform mit ihm zusammenarbeiten. In der Regierungspartei PPM (Progressive Party of Maldives) kam es zu ernsthaften Spaltungen und Präsident Yameen verlor seinen dritten Vize-Präsidenten in nur einem Jahr. Er hatte zuvor am Ende seiner Amtszeit, im Oktober 2016, den Austritt aus dem Commonwealth veranlasst.

Die Opposition hingegen weist Zeichen wachsender Einheit auf und hielt am 21. Juli 2016 ihre erste gemeinsame Zusammenkunft auf den Malediven ab, für die es ihr – wenn auch nur ein einziges Mal – gelang, Tausende Menschen friedlich zu versammeln, was ein ermutigendes Zeichen ist. Allerdings werden Versammlungen der Opposition weiterhin angegriffen, wie ein Bericht vom August 2016 deutlich machte. Darüber hinaus werden politische Freiheiten weiter eingeschränkt, wie das neue Verleumdungsgesetz (siehe Abschnitt 2: Triebkräfte der Verfolgung) zeigt. Durch die Verwendung des Begriffes „Verleumdung“ können Behörden gegen jegliche Abweichung ihrer konservativen Auslegung des Islam vorgehen. In der nahen Zukunft sind politische Veränderungen unwahrscheinlich, da in der Opposition ebenfalls konservative islamische Parteien wirken.

Offiziellen Zahlen der Einwanderungsbehörde aus dem Juni 2015 zufolge leben 124.000 Gastarbeiter auf den Malediven, die meisten von ihnen sind im Tourismussektor angestellt. Im Vergleich zur Anzahl der maledivischen Einwohner, die für 2017 auf 376.000 geschätzt wird, ist die Zahl der Gastarbeiter überraschend hoch. Noch erstaunlicher ist die Schätzung der lokalen Nichtregierungsorganisation Transparency Maldives, die sogar von einer Zahl um die 200.000 Gastarbeiter ausgeht. Angesichts dieser Zahlen ist es nicht verwunderlich, dass Menschenhandel (die illegale Einschleusung von Gastarbeitern) nach dem Tourismusgeschäft gemäß amtlichen Zahlen der Regierung von 2011 den zweitlukrativsten wirtschaftlichen Sektor darstellt. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass der Mangel an Religionsfreiheit im Land nicht nur die sehr geringe Zahl einheimischer Christen betrifft, sondern auch die Christen unter den Gastarbeitern. (Diese hohe Zahl an Gastarbeitern bringt auch soziale Probleme mit sich, welche in Abschnitt 6 genauer dargelegt werden.)

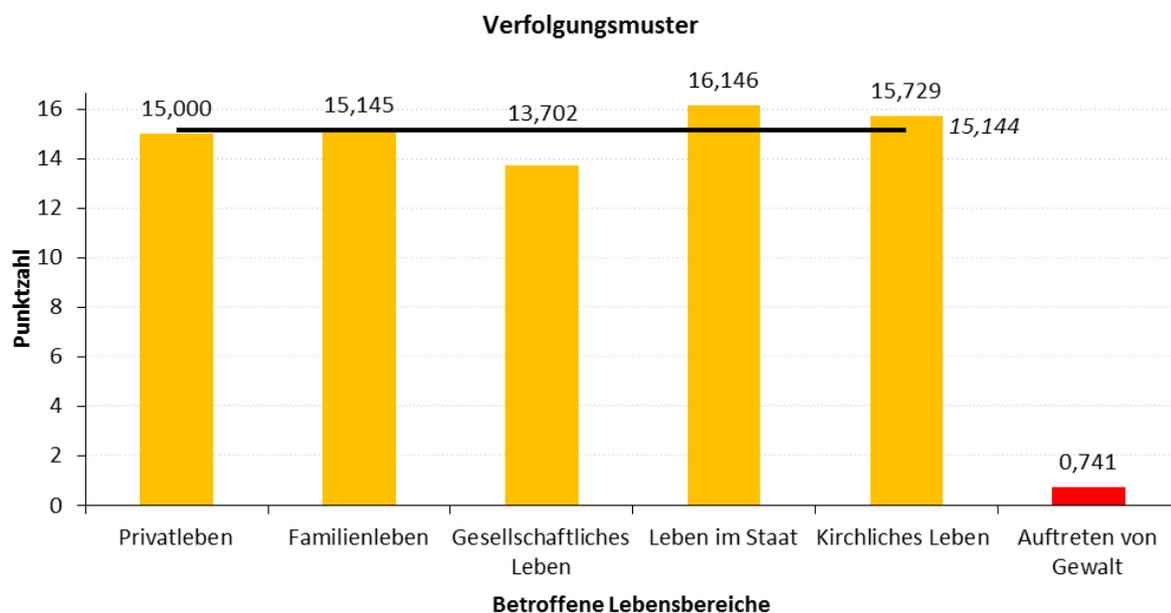
Betroffene Kategorien von Christen

Auf den Malediven leben zwei Kategorien von Christen, die Verfolgung erfahren.

Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Diese stammen häufig aus Indien und Sri Lanka. Die Gemeinden werden genauestens überwacht, aber die meisten unter ihnen können sich in Freiheit zum Gebet treffen, solange sie nur unter sich bleiben. Ausländische Christen haben keinen Kontakt zu maledivischen Christen muslimischer Herkunft.

Christen muslimischer Herkunft: Diese Gruppe ehemaliger Muslime erfährt bei Weitem die stärkste Verfolgung, zumal sie offiziell im Land gar nicht existiert. Allgemein gilt, dass jeder Malediver ein Muslim sein muss – wer davon abweicht, verliert seine Staatsbürgerschaft.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Malediven

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Malediven:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen blieb extrem hoch und stieg von 15,020 (WVI 2016) auf 15,144 an.
- Am stärksten ist der Druck in den Bereichen „Leben im Staat“, „kirchliches Leben“ und „Familienleben“, dicht gefolgt von „Privatleben“. Während christliche Konvertiten extremen Druck in den Bereichen des „Familienlebens“ und des „Privatlebens“ erfahren, sind alle Christen von extremem Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „kirchliches Leben“ betroffen, welcher aus der beständigen Betonung des Islam und der wachsenden Paranoia der

politischen Leiter resultiert. Diese Paranoia liegt teilweise an internen Spaltungen und teilweise daran, dass sich eine geeinte Opposition (allerdings im Exil) gebildet hat.

- Die Wertung im Bereich „Gewalt“ fiel von 1,111 (WVI 2016) auf 0,741. Gewalt gegen Christen war auf den Malediven nie sehr groß, da der Druck so massiv ist, dass vor allem Christen muslimischer Herkunft ihren Glauben sorgfältig verbergen. Einige christliche Konvertiten haben das Land verlassen, um im Ausland ihren Glauben freier leben zu können.

Privatleben: Jeder Malediver, der nicht so lebt, wie es dem von der Regierung festgelegten islamischen Lebensstil entspricht, wird bestraft. Christen muslimischen Hintergrunds müssen stets äußerste Vorsicht walten lassen, um ihren Glauben möglichst gut zu verbergen. Bibeln und andere christliche Materialien müssen sorgfältig versteckt und können nur heimlich gelesen werden, weil die Familien der christlichen Konvertiten dies niemals akzeptieren würden und der Besitz christlicher Materialien mit Gefängnis bestraft werden kann. Selbst für eingewanderte Christen ist es gefährlich, christliches Material in ihrem Besitz zu haben – vor allem in der einheimischen Dhivehi-Sprache oder in größeren Mengen – da dies den Verdacht der Behörden weckt, die Schriften würden zur Evangelisation von Einheimischen verwendet. Tatsächlich werden Immigranten und Einreisende dazu verpflichtet, beim Betreten des Landes alle „nicht-muslimischen Materialien“ anzugeben. Das Gesetz verbietet ausländischen Christen ihren Glauben zu teilen. Dies ist sogar in ihren Arbeitsverträgen festgelegt. Unter diesen Umständen ist es eine besondere Herausforderung, sich mit anderen Christen zu treffen – sowohl die Christen selbst als auch die geheimen Zusammenkünfte werden dadurch gefährdet. Einem Bericht zufolge hielten zwei Freunde, die beide an Jesus glaubten, aus Angst ihren Glauben voreinander geheim. Es ist erlaubt, sich privat zu treffen, aber Christen müssen sehr vorsichtig sein, keinen Verdacht zu erregen.

Familienleben: Artikel 9(d) der Verfassung legt fest, dass ein Nicht-Muslim kein maledivischer Staatsbürger werden kann. Dementsprechend können Malediver, deren Übertritt zum christlichen Glauben bekannt wird, ihre Staatsbürgerschaft verlieren und nach den Gesetzen der Scharia bestraft werden. Da jeder Malediver Muslim sein muss, ist die Registrierung für Konvertiten gänzlich ausgeschlossen. Ausländischen Christen ist es verboten, religiöse Handlungen (wie christliche Hochzeiten, Beerdigungen und Taufen, wobei letztere nur unter äußerster Geheimhaltung erfolgen können) in der Öffentlichkeit abzuhalten. Kinder von Christen muslimischer Herkunft sind gezwungen, dem islamischen Unterricht zu folgen, während Kinder ausländischer Christen von der Teilnahme am Islamunterricht befreit sind. Maldivian Democracy Network, eine lokale Menschenrechtsorganisation, beschrieb in einem Bericht aus dem Jahr 2015, dass islamische Schulbücher Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit schüren und den „Dschihad“ bzw. den Krieg gegen alle, die angeblich den Islam „behindern“, verherrlichen. Christen muslimischer Herkunft entscheiden sich häufig dafür, ihren neuen Glauben nicht mit ihren Kindern zu teilen, aus Angst, dass diese aus Unachtsamkeit anderen vom Glaubenswechsel der Eltern erzählen könnten. Wenn christliche Konvertiten entdeckt werden, werden sie gegebenenfalls unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen und verlieren sowohl das Sorgerecht für ihre Kinder als auch ihre Erbrechte. Darüber hinaus werden sie mit großer Wahrscheinlichkeit von ihren Familien isoliert.

Gesellschaftliches Leben: Die gesellschaftliche Kontrolle ist auf den Malediven extrem stark, da die Bevölkerungsdichte, besonders in der Hauptstadt Malé, eine der höchsten in der Welt ist. Christlichen Einwanderern ist es nicht erlaubt, ihren Glauben öffentlich zu praktizieren und Christen muslimischer Herkunft haben praktisch keine Privatsphäre. In ihrem Bemühen, ihren Glauben zu verstecken, versuchen sie, sich möglichst an die Menschen um sie herum anzupassen. Dies schließt

sowohl ihre Kleidung ein als auch Besuche in der örtlichen Moschee. Jeder Einheimische, der die Moschee nicht besucht, wird zur Rede gestellt. Ausländische Christen haben mehr Freiheit, aber es gibt Zeiten, in denen sie sich ebenfalls der Masse anpassen müssen, zum Beispiel während des Ramadan, in welchem sie in der Öffentlichkeit nichts trinken und essen dürfen.

Leben im Staat: Die Verfassung und andere Gesetze schränken die Religionsfreiheit ein. Die Verfassung erklärt den sunnitischen Islam zur offiziellen Staatsreligion – mit Verweis darauf, dass das Land zu „100 Prozent“ muslimisch sei. Die Regierungsvorschriften basieren auf dem islamischen Recht. Eine der Vorschriften lautet: „Es ist illegal, eine andere Religion außer dem Islam zu verbreiten.“ Strafen für Verstöße dagegen bewegen sich von Hausarrest bis hin zu zwei bis fünf Jahren Gefängnis, abhängig von der Schwere des Vergehens. Ist der Schuldige ein Ausländer, wird er in der Regel abgeschoben. Jegliche Meinungen, die der gängigen Auffassung vom Islam widersprechen (sogar moderate islamische Stimmen) erfahren harsche Kritik und sogar Gewalt. Besonders jetzt, wo das Verleumdungsgesetz in Kraft getreten ist, das eine eigene Klausel gegen anti-islamische Äußerungen beinhaltet, ist die Redefreiheit der Christen noch stärker eingeschränkt. Vergehen gegen das neue Gesetz können zu einer sechsmonatigen Haftstrafe führen. Der Länderbericht des US-Außenministeriums über die Malediven aus dem Jahr 2013 führt aus: „Der Gebrauch von Religion in der politischen Rhetorik ist erheblich gestiegen, was zu abfälligen Aussagen über das Christentum und Judentum führte und zu Schikanen gegen alle Bürger, die sich für eine tolerante Auslegung des Islam aussprachen.“ Dies gilt heute umso mehr, nachdem die Regierung im März 2016 die renommierte Zeitung Haveeru schließen ließ. Demzufolge ist es kaum verwunderlich, dass die Berichterstattung über Christen verzerrt und durchweg negativ ist. (Dies gilt auch für die abwertende Darstellung in Schulbüchern, die bereits in Abschnitt 2 erwähnt wurde.)

Kirchliches Leben: Für Malediver ist es bereits illegal, Christ zu werden, ganz zu schweigen davon, sich als Gemeinde zu versammeln. Ausländische Christen haben etwas größere Freiheit, solange sie ihren Glauben nur im Privaten leben. Es ist schon vorgekommen, dass öffentliche Versammlungen von Christen rigoros aufgelöst wurden. Ausländische Gemeinden werden überwacht aus Angst davor, dass sie die Einheimischen evangelisieren könnten. Im Dezember 2015 erließ die Regierung ein Verbot, Weihnachtsfeiern in Pensionen der bewohnten Inseln abzuhalten mit der Begründung, dass dies gegen den Islam und die maledivische Kultur verstieße. Die lokale Regierungsbehörde unter dem Vorsitz von Innenminister Umar Naseer verfasste Briefe an die Präsidenten der Inseln und Atollräte sowie die Bürgermeister von Malé und Addu mit der Aufforderung an die lokale Verwaltung, sicherzustellen, dass Besitzer von Gaststätten keine Weihnachtsfeierlichkeiten für Touristen abhalten. In dem Brief hieß es, dass die Weihnachtszeit eine Hauptsaison für die Tourismusindustrie ist und der Behörde bekannt geworden sei, dass „Touristen zu Weihnachten Feierlichkeiten auf den Malediven durchführten“. Nicht-islamische Materialien werden als Schmuggelware angesehen und müssen bei der Einreise am Zoll angegeben werden. Demzufolge können christliche Materialien nicht eingeführt und auch nicht im Land produziert werden. Kurse für christliche Leiter anzubieten, ist unmöglich und christliche Gemeinden dürfen keine Unterstützung von Christen aus dem Ausland erhalten.

Auftreten von Gewalt: Auf den Malediven ging die Verfolgung noch nie mit sehr viel Gewalt einher. Der Druck im Land ist so allumfassend, dass Gewalt schlicht und einfach nicht nötig ist. Einige christliche Konvertiten haben das Land verlassen, um der Verfolgung zu entkommen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Zwei besorgniserregende Trends sind ersichtlich: Erstens schränkt die Regierung die Meinungsfreiheit weiter ein und hat im März 2016 die renommierte Zeitung Haveeru geschlossen. Obwohl die Gerichtsverhandlung vorgeblich einen Eigentumskonflikt zum Gegenstand hatte, ist klar ersichtlich, dass die Regierung davon profitieren wird, die älteste Zeitung des Landes (die auch den größten Leserkreis genoss) zu verbieten, vor allem da sie immer unabhängiger geworden war. Das Erscheinungsverbot betrifft allerdings nicht nur die Print- sondern auch die Onlineausgabe. Dem Eigentümer der Zeitung wurde bei einem zweiten Gerichtsverfahren drei Tage später verboten, den Markennamen Haveeru weiter zu verwenden. Diese Entscheidung ist nur eine weitere in einer Reihe von staatlichen Handlungen gegen jegliche Form von Opposition – sei es in Politik oder Gesellschaft – und macht die wachsende Paranoia der Regierung deutlich. Da sich das Ziel der Regierung, den Islam zu schützen, nicht verändert hat, wird die Situation religiöser Minderheiten, besonders die der Christen, schwieriger werden.

Zweitens lässt sich der Trend beobachten, dass Jugendliche sich zunehmend „entrechtet und ausgeschlossen“ und „abgekoppelt vom gesellschaftlichen Gefüge“ fühlen. Darauf weist ein Bericht der Weltbank hin, der im Oktober 2014 herausgegeben wurde. Die zunehmende Globalisierung, Internetnutzung und wirtschaftliche Expansion habe „jungen Frauen und Männern die Welt draußen eröffnet und ihnen neue Ideen und Werte gegeben, was ein neues Bewusstsein geschaffen hat, wonach sie streben können“, heißt es in dem Bericht. „Bisher spüren junge Frauen und Männer die Fesseln der begrenzten Insel-Wirtschaft sowie den Mangel an Mitwirkungsmöglichkeiten und gemeinschaftlichem Engagement und ringen mit starren Verhaltensnormen und zunehmend konservativen Werten sowie einem unzureichenden Bildungs- und Berufsbildungssystem, das sie nicht ausreichend auf die Situation am Arbeitsmarkt vorbereitet.“ Der Bericht folgert aus diesen Ergebnissen, dass vielen jungen Maledivern „der Eintritt ins Erwachsenendasein verweigert“ würde.

Diese sozialen Probleme entwickeln sich zu einer zunehmenden Radikalisierung der Gesellschaft, wie die Zahl der Malediver belegt, die sich dem Krieg im Irak und in Syrien anschließen. Ein Beobachter beschrieb die Entwicklung auf den Malediven sogar mit den Worten „ein Paradies fällt dem Terror zum Opfer“. Dies mag eine Übertreibung sein, jedoch haben die Malediven im Verhältnis zur Einwohnerzahl die höchste Anzahl an Extremisten, die im Ausland kämpfen. Im Juni 2016 drohten maledivische Kämpfer der Regierung mit Anschlägen, da die führenden Politiker für sie „feindliche Mächte, mit denen sie im Krieg stehen“ sind. Der Regierung sind diese Gefahren sehr wohl bewusst und sie wies im Dezember 2015 in einem Versuch, ihr internationales Image zu wahren, einen deutschen Journalisten aus, der maledivische Unterstützer militanter Islamisten interviewt hatte.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 14: Saudi-Arabien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 76 Punkten belegt Saudi-Arabien Platz 14 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Auf dem WVI 2016 belegte Saudi-Arabien ebenfalls mit 76 Punkten Platz 14. Die Verfolgungssituation bleibt für Christen relativ konstant: Der Druck auf Christen ist extrem hoch. Der Wert im Bereich Gewalt ist leicht gesunken. Der Durchschnittswert ist leicht gestiegen, was daran liegt, dass mehr Informationen verfügbar waren. Letztlich haben sich diese Differenzen jedoch ausgeglichen, und somit wurde die gleiche Punktzahl erreicht wie im Vorjahr.



Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Das Wüstenkönigreich wird durch die Lehre des Wahhabismus bestimmt, einer puristischen und strengen Auslegung des Islam. Demnach dürfen andere Religionen ihren Glauben nicht öffentlich praktizieren. Saudi-Arabien wacht über die heiligen islamischen Städte, Mekka und Medina, welche die Geburts- und Begräbnisstätten von Mohammed sind, dem bedeutendsten Propheten des Islam. Im eigenen Land bekämpft die saudische Regierung den islamischen Terrorismus, weil dieser zur Bedrohung für die Herrschaft der königlichen Familie werden kann. Saudi-Arabien gilt als Hauptsponsor des militanten sunnitischen Extremismus, beispielsweise im Irak und in Syrien, hauptsächlich durch private Spenden. Das Rechtssystem des Königreichs gründet auf der islamischen Rechtsprechung, der Scharia. Apostasie – der Abfall vom Islam und die Hinwendung zu einer anderen Religion – kann mit dem Tod bestraft werden, sollte der Konvertit seine Bekehrung nicht widerrufen.

Ethnisch begründete Anfeindungen (vermischt mit Islamischer Unterdrückung): Typisch für diese Triebkraft ist der Druck durch den Versuch, den Einfluss jahrhundertealter Normen und Werte aus Stammestradiationen durchzusetzen. Ethnisch begründete Anfeindungen sind im Falle Saudi-Arabiens deutlich mit dem Islam vermischt. Dies betrifft vor allem die Christen muslimischer Herkunft.

Aktuelle Einflüsse

Zwischen der jüngeren Generation und dem alternden Monarchen besteht eine wachsende Kluft. Die Mehrheit der Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre, und die Jugendkultur hat sich unter dem Einfluss von Satellitenfernsehen, Internet und sozialen Netzwerken extrem verändert. Die Jugend sehnt sich nach mehr Freiheit, besonders für Frauen, und will nicht mehr von der Religionspolizei eingeschränkt sein. Die Entscheidung des verstorbenen Königs Abdullah bin Abdul-Aziz Al Saud, Frauen ein Wahlrecht zu geben, ist ein erster Schritt der Öffnung. Es gibt ein erhebliches Ausmaß an Jugendarbeitslosigkeit, was zu weitverbreiteter gesellschaftlicher Unzufriedenheit führt. Diese Faktoren könnten die Jugend dazu führen, sich dem islamischen Extremismus zuzuwenden. Die Lage

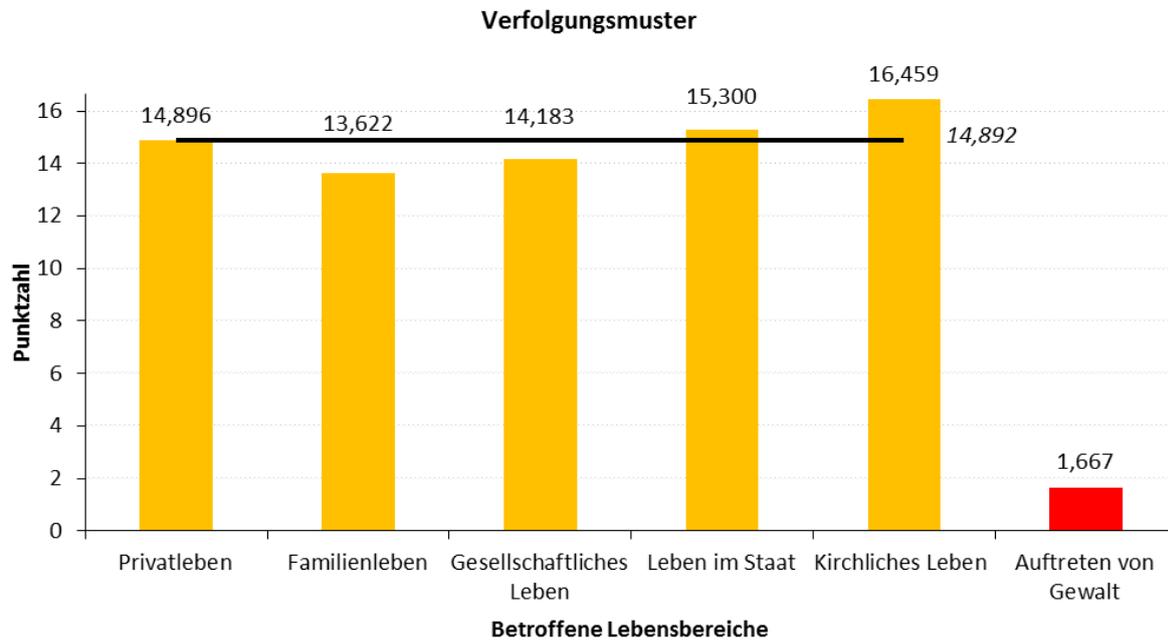
wird zusätzlich durch den Gegensatz zwischen einer reichen, sehr kleinen Elite und einer armen Mehrheit destabilisiert. Andererseits ist die gesellschaftliche Unzufriedenheit nichts Neues und wurde in der Vergangenheit durch hohe finanzielle Zuwendungen an die Bevölkerung beschwichtigt. Diese Unzufriedenheit existiert seit mindestens 20 Jahren (einschließlich zivilen Ungehorsams, der sich zum Beispiel durch illegales Autofahren von Frauen zeigt). Darüber hinaus hat die Internetrevolution auch die islamischen Führungskräfte erreicht: mehrere Imame haben eigene Twitter-Profile und viele Follower. Die Zahl der Christen muslimischer und anderer religiöser Herkunft wächst, zusammen mit ihrem Mut, ihren neuen Glauben mit anderen zu teilen.

Betroffene Kategorien von Christen

Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten: Die meisten Christen in Saudi-Arabien sind Ausländer oder Arbeitsmigranten, die für eine bestimmte Zeit im Land leben und arbeiten. Die Mehrheit der Ausländer stammt aus westlichen Ländern, die christlichen Arbeitsmigranten stammen zumeist aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, wie z.B. Indien, den Philippinen oder aus Afrika. Die asiatischen und afrikanischen Gastarbeiter werden nicht nur ausgebeutet und schlecht bezahlt; aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und ihres geringen Ansehens sind sie regelmäßig körperlicher und verbaler Gewalt ausgesetzt – ihr christlicher Glaube spielt dabei allerdings auch eine Rolle. Ausländische Christen sind in ihren Möglichkeiten, sich zum Gottesdienst zu versammeln und ihren Glauben zu teilen, extrem eingeschränkt. Ihnen droht dabei Verhaftung und Ausweisung. Christen muslimischer Herkunft stehen unter noch stärkerem Druck.

Gemeinschaften von christlichen Konvertiten haben hauptsächlich einen muslimischen Hintergrund. Es gibt nur wenige saudische Christen muslimischer Herkunft im Land, und meist müssen sie ihren Glauben streng geheim halten. Viele von ihnen sind durch christliches Satellitenfernsehen zum Glauben gekommen oder nachdem Gott sich ihnen in Träumen und Visionen offenbart hat. Einige von ihnen berichteten, dass sie in dem aufrichtigen Wunsch, Gott zu gehorchen, den Hadsch (die islamische Pilgerreise) nach Mekka unternahmen und dabei eine göttliche Offenbarung erhielten, die sie auf Jesus verwies. Das Internet, obwohl dessen Nutzung in Saudi-Arabien streng kontrolliert ist, spielt ebenfalls eine wichtige Rolle, denn dadurch erhalten Einheimische Zugang zu christlichen Materialien. Die kleine Anzahl der Christen in Saudi-Arabien, die zuvor Muslime waren, wächst weiter und sie werden immer mutiger, ihren Glauben weiterzugeben, auch im Internet und in christlichen Fernsehprogrammen. Das öffentliche Zeugnis der Christen hat zu ernststen Konsequenzen vonseiten der Familien oder der Behörden geführt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Saudi-Arabien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Saudi-Arabien:

- Der Durchschnittswert des Drucks auf Christen bleibt weiterhin auf einem sehr hohen Niveau (14,892) und stellt im Vergleich zum WVI 2016 (14,620) einen sehr leichten Anstieg dar, weil mehr Informationen verfügbar waren.
- Der Wert ist für alle Lebensbereiche extrem hoch, außer im Bereich „Familienleben“. Der Wert für diesen Bereich ist niedriger, weil ausländische Christen und Arbeitsmigranten in diesem Bereich geringen oder weniger Druck erleben als die einheimischen Christen muslimischer Herkunft. Der Grund dafür ist, dass die Familien der christlichen Migranten oft nicht mit ihnen in Saudi-Arabien leben.
- Der höchste Druck wird in den Bereichen „Kirchliches Leben“ und „Leben im Staat“ ausgeübt, was typisch für eine Situation ist, bei der Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung darstellt.
- Der Druck durch Islamische Unterdrückung vermischt mit Ethnisch begründeter Anfeindung wirkt sich auf die Bereiche „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ aus und wird vor allem auf Christen muslimischer Herkunft durch das soziale Umfeld ausgeübt.
- Es gab im Vergleich zum WVI 2016 weniger Berichte über Gewalt, mit weniger bestätigten Fällen von Verhaftungen und Übergriffen auf christliche Versammlungen. Der Wert bleibt weiterhin niedrig, da die Christen im Land sich äußerst vorsichtig verhalten, um harte Folgen zu vermeiden.

- In einem Land, in dem von den Bürgern erwartet wird, muslimisch zu sein, zeichnet sich die Verfolgungssituation in Saudi-Arabien durch den starken Druck vonseiten der Gesellschaft und Regierung auf alle ihre Bürger aus.

Privatleben: Christen mit muslimischem Hintergrund können ihren Glauben nicht öffentlich ausleben. Jede Andeutung ihres neu gewonnenen Glaubens kann ernsthafte Konsequenzen haben. Ausländische Christen haben etwas mehr Freiheit, ihren Glauben privat auszuleben, solange sie ihn nicht mit Muslimen teilen. Christliche Arbeitsmigranten müssen sich vorsichtig verhalten, die Verfolgung hängt von der Haltung und der Religion anderer Arbeitsmigranten ab, die mit ihnen in der gleichen Unterkunft leben.

Familienleben: Alle Saudis werden als Muslime betrachtet. Es ist eine große Schande für eine Familie, wenn sich eines ihrer Familienmitglieder vom Islam abwendet. Christen muslimischer Herkunft stehen in großer Gefahr, einem Ehrenmord zum Opfer zu fallen oder körperlich misshandelt zu werden, wenn ihre Familien oder ihr gesellschaftliches Umfeld von ihrem Glauben erfahren. Etliche haben deshalb das Land verlassen. Christliche Hochzeiten können in Saudi-Arabien nicht öffentlich gefeiert werden, Konvertiten müssen deshalb nach islamischem Brauch heiraten. Sie dürfen ihre Kinder amtlich nicht als Christen registrieren lassen oder ihnen christliche Namen geben. In der Schule sind die Kinder von Christen muslimischer Herkunft gezwungen, den Islamunterricht zu besuchen. Auch in Fragen des Sorgerechts für ihre Kinder nach einer Scheidung oder bei Erbschaftsfragen erfahren Christen oft Benachteiligung.

Gesellschaftliches Leben: Alle Christen werden mehr oder weniger durch Diskriminierung unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören. Christliche Konvertiten werden an ihrem Arbeitsplatz diskriminiert und schikaniert, wenn bekannt wird, dass sie Christen sind. Die saudische Gesellschaft hat starke Vorbehalte gegenüber anderen Religionen. Viele Gastarbeiter, einschließlich Christen, wurden durch ihre Arbeitgeber verbal angefeindet, körperlich und manchmal sexuell missbraucht. Internationalen Schulen ist es verboten, an nichtislamischen Feiertagen wie Weihnachten und Neujahr Ferien zu geben. Schulen, die diese Sperre missachten, riskieren den Verlust ihrer Lizenz.

Leben im Staat: Religionsfreiheit ist weder in der Verfassung des Königreiches noch in den wesentlichen Gesetzen erwähnt. Das Rechtssystem basiert auf der Scharia, die Abkehr vom Islam zu einer anderen Religion kann mit dem Tod bestraft werden. Muslime haben mehr Rechte als Anhänger anderer Religionen. Besonders Christen muslimischer Herkunft erleben schweren Druck seitens der Behörden, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird. Ausländische Christen und Arbeitsmigranten bekommen große Probleme, wenn sie unter Muslimen missionieren; Verhaftung und Ausweisung können die Folge sein.

Kirchliches Leben: In Saudi-Arabien gibt es keine Kirchengebäude, christliche Gottesdienste können nur im Verborgenen gehalten werden. Die Regierung erkennt das Recht von Nicht-Muslimen auf ein privates Glaubensleben zwar an, doch die Religionspolizei (Muttawa) respektiert dieses Recht oft nicht. Die Versammlungsfreiheit ist durch die strikte Trennung der Geschlechter stark eingeschränkt; sie verbietet Männern und Frauen aus verschiedenen Familien, gemeinsam im selben Raum Gottesdienste zu feiern. Tun sie es doch, riskieren sie Verhaftung, werden auf brutale Weise körperlich durchsucht, ins Gefängnis gesteckt, ausgepeitscht, deportiert und manchmal auch gefoltert. Da das Gesetz nicht formell festschreibt, wie Religion im Privaten ausgeübt werden darf, ist die rechtliche Situation vage und orientiert sich eher an Aussagen Offizieller in den Medien. Die

Weitergabe des Evangeliums an Muslime, biblische Unterweisung sowie der Druck und Import von Bibeln (und anderen christlichen Materialien) in arabischer Sprache sind illegal.

Auftreten von Gewalt: Hinsichtlich der Gewalt gegen Christen hat sich die Situation in Saudi-Arabien nicht sehr verändert, auch wenn der Wert leicht gesunken ist im Vergleich zum Berichtszeitraum des WVI 2016, als es einen bestätigten Bericht eines Überfalls auf eine Gemeinde gab, bei dem mehrere Christen festgenommen wurden. Dies war im Berichtszeitraum des WVI 2017 nicht der Fall. Trotzdem sind Vergewaltigungen und sexueller Missbrauch in Saudi-Arabien weiterhin ein sehr großes Problem. Arbeitsmigranten, besonders Frauen, die in saudischen Haushalten arbeiten, sind in dieser Hinsicht sehr gefährdet. Viele der Christen muslimischer Herkunft stehen unter großem Druck von ihren Familien und anderen und befürchten aggressive Reaktionen, falls ihr neuer Glaube bekannt wird. Es gab mehrere Berichte von körperlichem Missbrauch und Drohungen wegen ihres Glaubens. Viele Christen mussten aufgrund ihres Glaubens auch das Land verlassen. Aus jüngster Zeit liegen keine Berichte vor, dass saudische Bürger wegen Apostasie angeklagt und zum Tode verurteilt wurden. Dennoch besteht für sie das Risiko, außerhalb der Gerichtsbarkeit ermordet zu werden – häufig ein Versuch der Familie, ihre Ehre wiederherzustellen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die „Economist Intelligence Unit“ beobachtet in ihrer jährlichen Prognose den Aufstieg des jungen stellvertretenden Kronprinzen Mohammed bin Salman, der einige gesellschaftliche Restriktionen gelockert hat, was vor allem die junge Generation betrifft. Dies könnte jedoch den Kronprinzen Mohammed bin Nayef verärgern. Die offenbare Neigung hin zu einer jungen, toleranteren Führung und weg von den traditionellen Wurzeln ist möglicherweise ein Versuch, einen Kompromiss mit der großen Gruppe der saudischen Jugendlichen einzugehen, die sich nach mehr Freiheit sehnt. In einer aktuellen Umfrage unter der Jugend in arabischen Ländern gibt es in der saudischen Jugend die höchste Zustimmung (90 Prozent zu der Aussage, dass arabische Führer mehr für Frauenrechte und Freiheit tun müssen. Laut der Umfrage ist die saudische Jugend unter der gesamten arabischen Jugend am meisten im Internet aktiv hinsichtlich der Nutzung von Twitter und YouTube. Dennoch ist der fundamentalistische Islam immer noch aktiv und lebendig in Saudi-Arabien und wird keine umfassenden Veränderungen in der Gesellschaft zulassen. Reformen könnten vielmehr zu einer Polarisierung der Gesellschaft führen, und damit zu einer stärkeren Aussonderung und Verfolgung von Minderheiten (auch Christen) vonseiten der fundamentalistischen Gruppen.

Auf internationaler Ebene wird der Machtkampf mit dem Iran um Einfluss in der Region – im Jemen und anderen Gebieten – voraussichtlich Saudi-Arabiens außenpolitische Agenda bestimmen. Aufgrund dieses Machtkampfes und der Konfrontation mit dem Islamischen Staat (IS) und anderen islamistischen Gruppen könnte die Regierung dazu geneigt sein, der Aktivität von Christen weniger Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist zu erwarten, dass die schwerwiegenden religiösen Einschränkungen, die typisch sind für die Verfolgung durch Islamische Unterdrückung in ihrer voll ausgeprägten Form sind, auch weiterhin massiven Druck für die religiösen Minderheiten, einschließlich Christen, bedeuten.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 15: Indien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 73 Punkten belegt Indien den 15. Platz auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Im Jahr 2016 nahm Indien mit 68 Punkten Rang 17 ein. Dieser Punktanstieg weist auf ein erhöhtes Maß an Druck auf Christen in fast jedem Lebensbereich hin, verbunden mit einer Zunahme an Gewalt. Die Verfolgung geht hauptsächlich von extremistischen Hindus und Maoisten aus, extremistische Muslime verstärken den Druck zusätzlich.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung von Christen in Indien sind „Religiös motivierter Nationalismus“, in geringerem Ausmaß auch „Islamische Unterdrückung“ und „Kommunistische Unterdrückung“. Außerdem sind die Christen Tag für Tag mit „Organisiertem Verbrechen und Korruption“ konfrontiert, die sich allerdings nicht gezielt gegen sie richten.

Religiös motivierter Nationalismus: Die unterschiedlichen Hindu-Organisationen sind in ihrem Auftreten seit Jahren zunehmend fordernd und aggressiv. Sie verkünden, Indien gehöre dem Hinduismus und andere Religionen müssten aus dem Land vertrieben werden. Extremistischer Hinduismus ist mit Abstand die stärkste Triebkraft der Verfolgung in Indien. Er ist allgegenwärtig, lautstark und sehr gewalttätig. Aber auch von diversen anderen extremistischen Gruppen geht Verfolgung aus, wie etwa von extremistischen Buddhisten in Ladakh, Neo-Buddhisten in Maharashtra und Uttar Pradesh sowie extremistischen Sikhs in Punjab.

Islamische Unterdrückung: In Jammu und Kashmir sowie in Assam sind mehrere islamistische Gruppierungen aktiv. Auch Al Kaida hat vor kurzem Aktivitäten in Assam, Gujarat und anderen Orten aufgenommen. In mehrheitlich von Muslimen bewohnten Regionen (z.B. Jammu und Kashmir, Westbengalen) werden Christen von Muslimen verfolgt.

Kommunistische Unterdrückung: Die 1967 entstandene maoistische Bewegung, auch als Naxaliten bekannt, wurde von der indischen Regierung erst vor kurzem als ernsthaftes Problem eingestuft. Die Naxaliten kontrollieren große Teile der ärmeren Bundesstaaten (Chhattisgarh, Jharkhand, Bihar etc., bekannt als der „Rote Korridor“) und verüben unter anderem militärische Aktionen sowie Anschläge auf Regierungsgebäude und Eisenbahnstrecken. In den letzten Jahren wurden in dieser Region mehrere Tausend Christen aus ihren Dörfern vertrieben. Die Anzahl von Angriffen, die von dieser Gruppe auf Christen verübt wurde, ist noch relativ gering. Werden Christen jedoch verdächtigt, Polizeispitzel zu sein, schrecken die Naxaliten nicht vor Angriffen zurück.

Aktuelle Einflüsse

Indien ist eine Mischung aus Kulturen, Ethnien und Sprachen und ist äußerst bevölkerungsreich: Laut den Vereinten Nationen besitzt Indien die weltweit zweitgrößte Bevölkerung (nur in China leben mehr Menschen).

Das jahrhundertealte Kastensystem ist so tief in der indischen Seele verwurzelt, dass seine Abschaffung nahezu unmöglich ist. Selbst Religionen, die das Kastensystem nicht anerkennen und eine Lehre der Gleichheit aller Menschen vertreten, sind von dem System geprägt, das sie eigentlich bekämpfen. Der Islam, die Sikh-Religion und auch das Christentum sind dafür Beispiele. Obwohl die Regierung das Kastensystem verboten hat, kommt die indische Nation nicht davon los; Menschen niederer Kasten und Unberührbare (Dalits und Tribals) werden weiterhin schlecht behandelt und als nicht gleichwertig angesehen. Zahlreiche Beobachter sprechen sogar von einem „rassistischen“ System.

Seit Mai 2014 wird Indien von der Bharatiya Janata Partei (BJP) unter Ministerpräsident Narendra Modi regiert. Seitdem hat der extremistische Hinduismus, der bereits unter der Vorgängerregierung spürbar war, an Einfluss deutlich zugenommen. Trotz wachsender Intoleranz und häufiger Angriffe auf Angehörige religiöser Minderheiten, unternimmt die Zentralregierung gegen die Täter nichts. Die Hindu-Extremisten sehen sich dadurch dazu ermutigt, ihre Aktionen auszuweiten; der Mangel an Strafverfolgung ist größer als je zuvor.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2014 starteten extremistische Hindus die „Zurück-zu-den-Wurzeln-Kampagne“ („Ghar Vapsi“). Auf diesem Weg sollen Muslime und Christen zurück zum Hinduismus gelockt werden. Es wurden bereits einige große Veranstaltungen durchgeführt, bei denen Hunderte zum Hinduismus zurückgekehrt sind. Die Kampagne erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 2015 und Anfang 2016.

Gleichzeitig gibt es Bemühungen von Seiten der BJP-Abgeordneten, ein landesweites Anti-Bekehrungsgesetz zu verabschieden. Bisher existieren solche Gesetze in fünf Bundesstaaten. Sie untersagen allerdings lediglich die Abkehr vom Hinduismus – eine Bekehrung zum Hinduismus wird als „Rückkehr zu den Wurzeln“ eingestuft.

Betroffene Kategorien von Christen

Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten: Es gibt mehrere dieser Gemeinschaften im Land. Zu ihnen gehören nicht nur Christen aus der westlichen Welt, die in Indien leben und ihre eigenen Kirchengemeinden haben, sondern auch Flüchtlinge. Ein Beispiel ist eine afghanische Gemeinschaft, die sich in Neu-Delhi versammelt. Diese Art von Gemeinschaften zieht nur selten den Zorn der extremistischen Hindus auf sich. Einerseits, weil sie eine sehr homogene ethnische Zusammensetzung aufweisen, andererseits sind diese Gemeinschaften zumeist nicht sehr aktiv darin, das Evangelium an Inder weiterzugeben.

Christen aus traditionellen Kirchen: Die Mitglieder dieser Kirchen sind schon seit vielen Jahrhunderten in Indien vertreten. Die ersten von ihnen kamen im dritten Jahrhundert ins Land. Zu diesem Zeitpunkt wurde die „Kerala Mar Thoma Kirche“ gegründet. Diese Kirchen wachsen nur sehr langsam, weil sie kaum Außenstehende ansprechen, sondern vor allem innerhalb ihrer Gemeinschaft

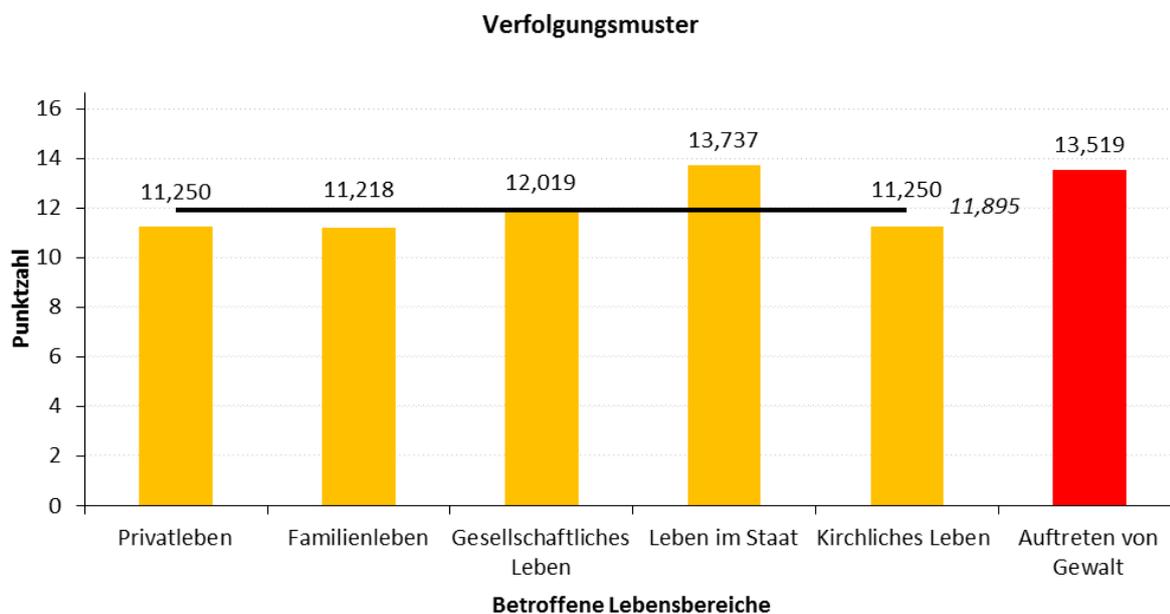
tätig sind. Trotzdem wird auch diese Gruppe manchmal von extremistischen Hindus angegriffen, indem Kirchen und Grabstätten verwüstet sowie Jesus-Statuen und Kreuze zerstört werden.

Christen hinduistischer Herkunft: Christliche Konvertiten hinduistischer Herkunft haben am stärksten unter der Verfolgung in Indien zu leiden. Diese Christen werden täglich drangsaliert und stehen konstant unter Druck, zum Hinduismus zurückzukehren. Sie werden oft massiv tätlich angegriffen und manchmal sogar getötet. Sie leben meist in ländlichen Gebieten, wo sie dem Druck von Familie und Freunden, ihrem Umfeld, von lokalen Hindu-Geistlichen sowie Hindu-Extremisten ausgesetzt sind.

Christen anderer religiöser Herkunft (ehemalige Muslime, Buddhisten oder Sikhs) erleben ebenfalls Druck aus ihrem sozialen Umfeld, ihre Zahl ist jedoch deutlich kleiner. Christen mit muslimischem Hintergrund erleben nur dort Verfolgung, wo Muslime einen großen Teil der Bevölkerung stellen.

Christen aus protestantischen Freikirchen (z.B. Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden): Nach Konvertiten gelten diese Christen als zweitwichtigstes Ziel der Hindu-Extremisten, da sie aktiv die Ausbreitung des Evangeliums betreiben. Sie sind regelmäßig Angriffen ausgesetzt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Indien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Indien:

- Der Durchschnittswert der ersten fünf Blöcke (11,895), welche den Druck auf Christen in den fünf Lebensbereichen darstellen, ist im Vergleich zum Vorjahr (10,856) angestiegen.

- Der stärkste Druck herrscht im Bereich „Leben im Staat“ mit einem Wert von 13,737. In allen Bereichen bewegt sich der Wert auf einem sehr hohen Niveau. Dies ist typisch für eine Situation, in der mehrere Triebkräfte der Verfolgung zusammenwirken. Religiös motivierter Nationalismus ist die stärkste Triebkraft und beeinflusst alle Lebensbereiche.
- Islamische Unterdrückung wirkt sich in den Lebensbereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „gesellschaftliches Leben“ am stärksten aus und entspringt hauptsächlich dem sozialen Umfeld der Christen muslimischer Herkunft. Der Druck vonseiten nationalistischer Kommunisten (der alle Kategorien von Christen betrifft), ist im „gesellschaftlichen Leben“ und dem „kirchlichen Leben“ am stärksten spürbar.
- Indien verzeichnet eine der weltweit höchsten Wertungen im Bereich Auftreten von Gewalt. Mit 13,519 Punkten ist das Niveau gegenüber dem Vorjahr (13,334) sogar noch leicht angestiegen.
- Insgesamt geht die Verfolgung von Christen in Indien hauptsächlich auf extremistische Hindus zurück.

Privatleben: Ein Glaubenswechsel wird nicht nur sozial geächtet, sondern er ist auch in fünf Bundesstaaten per Gesetz verboten: Odisha, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Himachal Pradesh und Gujarat. Wenn Christen in Verdacht geraten, ihren Glauben aktiv weiterzugeben, werden ihre Häuser sowohl von nicht-staatlichen Akteuren als auch von der Polizei durchsucht. Die dabei entdeckte Literatur wird vernichtet oder beschlagnahmt. Es kann gefährlich sein, sich als Christ zu erkennen zu geben. Drohungen in sozialen Medien sind an der Tagesordnung. Auf dem Land lösen sichtbare Zeichen für einen anderen Glauben als den Hinduismus (oder den Islam) schnell Aggressionen aus, da die Menschen damit automatisch Bekehrungs- oder Missionierungsversuche verbinden. Private Versammlungen zum Gottesdienst stellen ein Risiko dar. Überall im Land werden christliche Aktivitäten überwacht. Es gibt Beweise für die digitale Überwachung christlicher Leiter durch extremistische Hindus. Der Druck auf Christen ist zwar in ländlichen Gebieten am stärksten sichtbar, es gibt jedoch auch entsprechende Berichte aus Metropolen wie Delhi oder Mumbai.

Familienleben: Nicht nur die Kinder ehemaliger Hindus, sondern auch die Konvertiten selbst wurden bei der Volkszählung 2011 als Hindus registriert. Ehemalige Hindus und Mitglieder unabhängiger protestantischer Gemeinden haben es schwer, eine christliche Hochzeit abzuhalten, wenn in ihren Orten extremistische Hindu-Gruppierungen aktiv sind. In Dörfern und Kleinstädten und manchmal sogar in größeren Städten sind wiederholt Taufen behindert worden, besonders bei Großveranstaltungen wie evangelistischen Gottesdiensten und Heilungsabenden. Aus Nord- und Zentralindien liegen Berichte von christlichen Beerdigungen vor, die durch extremistische Hindus gestört wurden. In manchen Fällen wurden die Familien dazu gezwungen, ihre Angehörigen durch Einäscherung des Leichnams nach hinduistischer Sitte zu beerdigen. Es ist Christen gesetzlich verboten, Kinder zu adoptieren. Christliche Kinder müssen an den meisten großen Schulen Yoga und Surya Namaskar (Anbetung der Sonne) praktizieren. Dabei herrscht Anwesenheitspflicht. Einige Christen mit hinduistischem Hintergrund haben Verfolgung durch Familienmitglieder erlebt. Einige ehemalige Hindus wurden Berichten zufolge sogar von ihren eigenen Eltern angegriffen und getötet. Über diese Vorfälle wird in den Massenmedien nicht berichtet.

Gesellschaftliches Leben: Drohungen und Behinderungen, die mit der Glaubenszugehörigkeit zu tun haben, sind durch zahlreiche landesweite Kampagnen und „Rückbekehrungs“-Bewegungen intensiver geworden. Dies gehört für Christen aller Kategorien mittlerweile zum Alltag. Christen, die in einem hinduistischen Umfeld leben, können sich bestimmten Verpflichtungen oder religiösen

Ritualen nicht vollständig entziehen. Der Druck, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, kommt von allen Seiten und ist systematisch aufgebaut: Extremistische Hindus drohen Christen physische Gewalt an; Hindu-priester versuchen, die Christen mit lautem Singen und Beten in den Dorfgemeinschaften zu indoktrinieren. Teils organisierte soziale Diskriminierung von christlichen Angestellten in Behörden und in der Privatwirtschaft ist weit verbreitet. So wird ihnen beispielsweise aufgrund von vorgeschobenen Gründen eine Beförderung verwehrt. Die Korruption verschlimmert die Situation.

Leben im Staat: Derzeit wird über die Verabschiedung eines landesweiten Anti-Bekehrungsgesetzes diskutiert. In den meisten ländlichen Gebieten ist es nur schwer möglich, eine Hinwendung zum christlichen Glauben registrieren zu lassen. Im Umgang mit den Behörden werden Christen oft diskriminiert. Unter den Behördenmitarbeitern gibt es zwar einige Christen, doch falls ihr Vorgesetzter zu den Hindu-Nationalisten zählt, werden sie bei Beförderungen häufig übergangen. Bekehrt sich ein Behördenmitarbeiter zum christlichen Glauben, muss er mit dem Verlust seiner Arbeitsstelle rechnen. Die Medienwelt setzt sich zu über 90 Prozent aus Hindus der höheren Kasten zusammen und ist Christen gegenüber schon immer voreingenommen gewesen. Es ist für politisch-religiöse Hindu-Gruppen normal, unabhängige Pastoren und Kirchenaktivisten auf Grundlage der berüchtigten Blasphemie-Gesetze zu schikanieren. Verbrechen gegen die christliche Gemeinschaft werden nur selten bestraft – Straffreiheit ist zur Regel geworden.

Kirchliches Leben: Hindu-Gruppen überwachen die Kirchen und stören regelmäßig Versammlungen. Der Bau neuer Kirchengebäude ist in ländlichen und sogar in städtischen Gebieten oft mit großem Widerstand verbunden. Viele ältere Kirchengebäude werden aufgrund bürokratischer Hürden und wegen der herrschenden Korruption nicht renoviert. Aktivitäten außerhalb der kirchlichen Räumlichkeiten werden fast immer als Missionierungsversuche verstanden. Werden Christen angegriffen, konzentrieren sich die Täter häufig auf die Pastoren und Leiter. Dabei kommt es nicht selten zu schweren Misshandlungen, um ein Exempel zu statuieren. Das Verteilen von Schriften und Bibeln wird auf dem Land und sogar in der Stadt von extremistischen Hindus behindert, da es direkt mit christlicher Missionierung verbunden wird. Indien hat seit den späten 1960er Jahren keine Missionars-Visa mehr ausgestellt. Nicht nur christlichen Missionaren aus dem Ausland wird die Einreise ins Land verwehrt, selbst für Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen und Journalisten wird es zunehmend schwieriger, Visa zu erhalten. Vandalismus, Schändung und Zerstörung von christlichen Symbolen sind ein häufig auftretendes Problem, insbesondere in ländlichen Regionen und Vorstadtgebieten. Missionare und Pastoren, die andere Kirchen besuchen, werden regelmäßig von der Polizei befragt, ebenso wie die Gastgeber und Teilnehmer der Veranstaltungen.

Auftreten von Gewalt: Die Verfolgung gestaltet sich in Indien extrem gewalttätig. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Ausmaß von Gewalt erneut angestiegen. Trotz der hohen Anzahl berichteter Vorfälle muss davon ausgegangen werden, dass dies nur die Spitze des Eisbergs ist. Über viele Vorfälle wird weder in den Medien berichtet noch werden sie anderweitig erfasst. Im Berichtszeitraum wurden mindestens acht Christen wegen ihres Glaubens ermordet. Mindestens 21 Kirchen oder kirchliche Gebäude wurden angegriffen und beschädigt. Mehr als 100 Christen wurden in Indien inhaftiert. Über zehn Christen wurden entführt und wenigstens zehn christliche Frauen vergewaltigt. Mehr als 800 Christen wurden tödlich angegriffen. In mindestens zwölf Fällen wurden Häuser oder das Eigentum von Christen angegriffen und beschädigt. Mindestens 164 Christen wurden aus ihren Häusern verjagt. Die tatsächliche Anzahl dürfte in den genannten Bereichen deutlich höher liegen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Extremistische Hindus gehen vermehrt straffrei aus, wenn sie Muslime oder Christen angreifen. Das führt bei den meisten Christen zu verstärkter Angst und Unsicherheit. Dieser gefährliche Trend der Untätigkeit der Regierung bei Übergriffen gegen Minderheiten wird die Zunahme von Gewalt in den kommenden Jahren weiter begünstigen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 16: Usbekistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 71 Punkten steht Usbekistan auf Platz 16 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Im Jahr 2016 nahm Usbekistan mit 70 Punkten Rang 15 ein. Christen in Usbekistan leiden weiterhin unter der enormen Kontrolle durch eine autoritäre Regierung. Dies betrifft besonders das Privatleben, das Leben im Staat und das kirchliche Leben. Es wurden mehr Gewalttaten verzeichnet als im Berichtszeitraum des WVI 2016.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Christenverfolgung in Usbekistan sind „Diktatorische Paranoia“ und in geringerem Maße auch „Islamische Unterdrückung“. Die Diktatorische Paranoia in Usbekistan ist ein Produkt der kommunistischen Vergangenheit und ist aus der „Kommunistischen Unterdrückung“ entstanden.

Diktatorische Paranoia: Neben den vom Staat geführten und staatlich kontrollierten Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Sowohl Mitglieder protestantischer Kirchen als auch Zeugen Jehovas werden häufig als „Extremisten“ gebrandmarkt, weil sie ihre Religion außerhalb staatlich legitimer Strukturen ausüben. Häufig werden Mitglieder protestantischer Kirchen als Anhänger fremder Sekten betrachtet, die spionieren und das derzeitige politische System zerstören wollen. Daher müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern nötigenfalls auch ausgerottet werden. Sicherheitskräfte führen vermehrt Abhörungen durch, um „Extremisten“ zu entdecken. Dies beeinträchtigt auch die Christen und Kirchen.

Kommunistische Unterdrückung: Das historische Fundament, auf dem das derzeitige Regime aufbaut, ist der Kommunismus. Auch wenn er heute keinen ideologischen Beitrag mehr leistet, die Positionen des Regimes zu stützen, sind in Usbekistan immer noch viele Kontrollsysteme und -mechanismen des kommunistischen Systems vorhanden.

Islamische Unterdrückung: Druck auf Christen vonseiten islamischer Gruppen zielt vor allem auf Christen muslimischer Herkunft ab. Wenn sich Muslime dem christlichen Glauben zuwenden, erfahren sie meist Druck und in manchen Fällen auch physische Gewalt von ihren Familien, Freunden und ihrem sozialen Umfeld. Damit sollen sie zur Reue und zur Rückkehr zu ihrem alten Glauben gezwungen werden. Einige Christen muslimischer Herkunft werden über lange Zeit eingesperrt und auch geschlagen. Örtliche Mullahs predigen gegen sie, wodurch noch mehr Druck auf sie ausgeübt wird. Christen muslimischer Herkunft werden letztlich immer wieder aus ihrem sozialen Umfeld ausgeschlossen. Daher sind sie sehr bemüht, ihren Glauben geheim zu halten – und werden sogenannte „geheime Christen“.

Aktuelle Einflüsse

Usbekistan ist eine der strengsten Diktaturen in Zentralasien. Das Regime tut alles Erforderliche, um an der Macht zu bleiben – jegliche Form der Opposition und Abweichung von der Norm werden erbarmungslos attackiert. Seit dem Tod des Präsidenten Islam Karimov am 2. September 2016 hat sich diese Situation nicht verändert. Den christlichen Glauben betrachtet man als fremd und als destabilisierenden Faktor. Außerdem erfahren Christen muslimischer Herkunft zusätzlichen Druck aus ihrem sozialen und kulturellen Umfeld.

Hunderte Freiwillige aus Usbekistan haben sich islamistischen Gruppen wie der „Hizb ut-Tahrir“, der „Islamischen Bewegung Usbekistans“ oder dem „Islamischen Staat“ (IS) angeschlossen. Die usbekische Regierung hat es in den vergangenen Jahrzehnten geschafft, solche Gruppen aus dem Land zu vertreiben. Die Unruhen im Mai 2005 in Andijan haben beispielhaft gezeigt, wie das Regime gegen muslimische Kämpfer vorgeht.

Die Regierung benutzt die Existenz von islamistischen Gruppierungen dazu, ihre totale Kontrolle über die Gesellschaft zu rechtfertigen, indem sie erklärt, dass diese eine ständige Bedrohung für das Land seien – eine Aussage, die stark übertrieben ist. Bisher sind nur wenige Dschihadisten – wenn überhaupt – aus den Kriegsgebieten in Syrien, im Irak und in Afghanistan nach Usbekistan zurückgekehrt.

Der bestehende und staatlich anerkannte Islam (nachfolgend als offizieller Islam bezeichnet) wurde angepasst, und offizielle muslimische Geistliche sind faktisch Staatsangestellte. Muslime, die in Usbekistan Glaubenssachen ernster nehmen wollen, haben nur wenige Möglichkeiten: Im offiziellen Islam ist kein Platz für sie, also müssen sie entweder a) ihre Religion alleine ausleben (mit dem ständigen Risiko, verhaftet zu werden), oder b) sie treten einer illegalen islamischen Gruppe bei (mit dem gleichen Risiko) oder c) sie verlassen das Land (was bedeutet, dass sie ihre Familie verlassen müssen und trotzdem noch der Gefahr ausgeliefert sind, eingesperrt zu werden) oder d) sie konvertieren zum Christentum (was bedeutet, dass sie Druck vonseiten der Familie und des Staates erfahren).

Die Geheimpolizei überwacht sehr genau alle religiösen Aktivitäten im Land – Spione unterwandern alle religiösen Gruppen. Treffen von Hausgemeinden sind das Ziel von Razzien, wobei die Anwesenden schikaniert, interniert, verhört und mit Geldstrafen belegt werden, während religiöses Material, das im Gebäude gefunden wird, konfisziert und zerstört wird. Christen, die von der Polizei gefangen genommen werden, erhalten normalerweise kurze Haftstrafen von bis zu 15 Tagen Gefängnis. Nur selten bekommen Christen längerfristige Haftstrafen.

Betroffene Kategorien von Christen

In Usbekistan gibt es alle vier im WVI erwähnten Kategorien von Christen und alle erleben auf die eine oder andere Art Verfolgung.

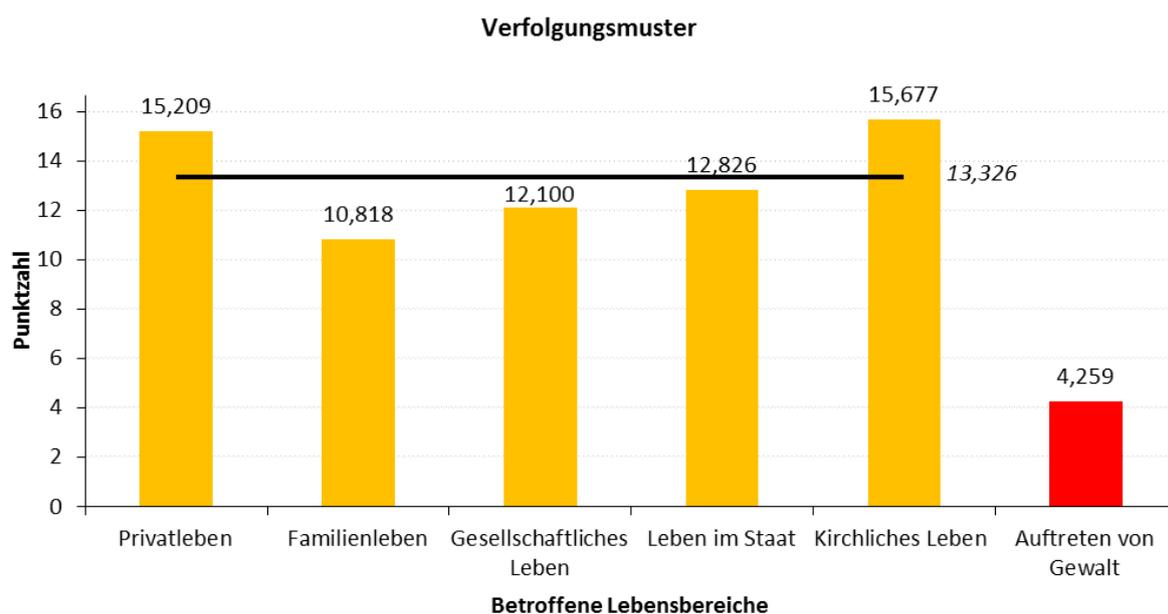
Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten: Die meisten dieser ausländischen Gruppen bleiben strikt unter sich. Sie haben nur wenige Probleme mit den Behörden.

Christen aus traditionellen Kirchen: Die Russisch Orthodoxe Kirche hat sich mit den ihr von der Regierung auferlegten Einschränkungen arrangiert und kann deshalb weitgehend unbehelligt ihren Aktivitäten in russischer Sprache nachgehen. Gottesdienste werden möglicherweise überwacht, aber nicht gestört, und diese Christen genießen zumindest Versammlungsfreiheit. Der Druck und die Einfuhr christlicher Literatur hingegen sind eingeschränkt.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten): Christen muslimischer Herkunft sind in Usbekistan der stärksten Verfolgung ausgesetzt. Neben dem Leid, das sie durch die harte Hand des Staates erfahren, sind sie auch dem starken Druck von Familie, Freunden und sozialem Umfeld ausgesetzt. Wobei für sie letzteres schlimmer ist.

Christen aus protestantischen Freikirchen (wie evangelikale und pfingstliche Gemeinden): Sie sind die am zweitstärksten verfolgte Gruppe – ganz besonders dann, wenn ihre Gemeinden nicht staatlich registriert sind. Sie erleben viele Razzien, Bedrohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Usbekistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Usbekistan:

- Auch wenn die Wertung in den Bereichen „Privatleben“ und „Kirchliches Leben“ angestiegen ist, so hat der durchschnittliche Druck auf Christen ganz leicht abgenommen, von 13,413 (WVI 2016) auf 13,326, bleibt aber trotzdem auf einem hohen Niveau.
- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen „Privatleben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“. Dies ist ein typisches Merkmal für einen Staat, in dem Diktatorische Paranoia die Haupttriebkraft der Verfolgung ist.

- Islamische Unterdrückung erzeugt derzeit hauptsächlich Druck im „Privatleben“, im „Familienleben“ und im „Gesellschaftlichen Leben“ und wird besonders auf Christen muslimischer Herkunft durch das soziale Umfeld ausgeübt.
- Es gab eine signifikante Anzahl von Gewalttaten in Usbekistan; die Anzahl von Gewalttaten gegen Christen führt zu einem deutlichen Anstieg von 2,778 (WVI 2016) auf 4,259.
- Generell geht die Verfolgungssituation in Usbekistan auf eine paranoide Regierung zurück, die es darauf abgesehen hat, alle Lebensbereiche unter ihre Kontrolle zu bringen.

Privatleben: Bekehrungen lösen heftigste Reaktionen im sozialen Umfeld aus. Eine Bekehrung wird als Schande und Beleidigung der Familienehre betrachtet. Nachbarn gehen zur Polizei, wenn sie mitbekommen, dass jemand zu Hause christliche Treffen abhält. Da das Thema soziale Unruhe erzeugt, wird es auch vom Staat sehr ernstgenommen. In manchen Gegenden ist es illegal, eine Bibel zu besitzen, andernorts darf man nur eine einzige Bibel besitzen. Seine Zugehörigkeit zum christlichen Glauben zu zeigen (z.B. durch christliche Symbole) ist ebenso gefährlich. Allerdings ist es nicht nur für Konvertiten gefährlich, mit Familienmitgliedern über den neuen Glauben zu sprechen, sondern auch für Mitglieder traditioneller Kirchen, die in protestantische Freikirchen gehen, wenn es für diese auch weit weniger riskant ist. Immer wieder kommen Christen muslimischer Herkunft unter Hausarrest – was die Familie dann nutzt, um Druck auszuüben, damit die Abtrünnigen ihrem neuen Glauben abschwören.

Familienleben: Manchmal bekommen Christen muslimischer Herkunft Probleme, wenn sie bei ihrer örtlichen Behörde eine Geburt, einen Todesfall oder eine Heirat registrieren lassen wollen, da in diesen Büros oft Muslime aus ihrem Wohnort arbeiten. Es gibt Berichte, dass christliche Beerdigungen von lokalen Beamten verboten wurden. Der Druck auf die Christen, sich nicht taufen zu lassen, ist immens, da die Taufe oft als das endgültige Zeichen betrachtet wird, dass jemand den Islam verlassen hat. In usbekischen Familien können Verwandte (z.B. Großvater oder Großmutter) ein Kind zwingen, in die Moschee zu gehen, auch wenn die Eltern Christen sind. Durch häufige Propaganda gegen „Sekten“ in den Medien, in Schulen und an Universitäten sind junge Menschen oft feindlich eingestellt gegenüber den Kindern von evangelikalen Christen. In manchen Fällen mussten Ehepartner in einem anderen Land Zuflucht suchen, während der Partner gefangen genommen wurde. In diesen Fällen sind die Familien für lange Zeit getrennt. Es gibt auch Fälle, in denen die Ehepartner unter Druck gesetzt werden, sich scheiden zu lassen.

Gesellschaftliches Leben: Bedrohungen und Hindernisse können von verschiedenen Seiten kommen. Konvertiten erfahren vor allem Druck vonseiten ihrer Verwandten und der Gesellschaft, doch viele Christen (besonders solche, die evangelisieren) erfahren auch Bedrohungen durch ihr soziales Umfeld und die Behörden. Zwei Gruppen sind für die Überwachung von Christen verantwortlich: Die Verwandtschaft/das soziale Umfeld (also eine Form gesellschaftlicher Kontrolle), aber auch die Behörden in unterschiedlichen Bereichen. Wenn ein Arbeitgeber herausfindet, dass sein Angestellter ein aktiver Christ ist, kann letzterer auf der Stelle entlassen werden. Der NSS (der usbekische Geheimdienst) erpresst bekanntermaßen christliche Ladenbesitzer. Es gibt eine endlose Liste von Vergehen, für die Christen bestraft werden können – und oft auch wirklich bestraft werden: z.B. illegale Versammlungen, Besitz religiöser Literatur, christliche Musik auf ihren Smartphones etc. Wer als Christ bekannt ist, muss sich von Zeit zu Zeit bei der Polizei melden, wodurch Christen eingeschüchtert werden sollen.

Leben im Staat: Die Verfassung und einige Gesetze garantieren Religionsfreiheit, aber nicht ohne strikte Einschränkungen. Der Staat überwacht besonders aktive Pastoren. Wenn es bei Versammlungen oder in Privathäusern Razzien gibt, dann werden alle Anwesenden – oft auf sehr harte Art und Weise – verhört. Alle Bürger, die das Land verlassen wollen, brauchen eine Ausreiseerlaubnis, und immer wieder bekommen Christen, wenn sie als solche bekannt sind, diese Visa nicht. Menschen, die bekanntermaßen Christen sind, können derzeit nicht Beamte werden. Christen, die nicht der Russisch-Orthodoxen Kirche angehören, können in der Öffentlichkeit keine christliche Meinung vertreten, weil sie sonst Repressalien sowohl von der Regierung als auch von der usbekischen Gesellschaft angedroht bekommen. Die staatlich kontrollierten Medien produzieren regelmäßig Sendungen, die evangelikale Christen verunglimpfen. Im Norden des Landes wurden im Berichtszeitraum Plakate, Broschüren und andere öffentliche Informationen über die Gefahren von „Sekten und Missionaren“ verbreitet. In Usbekistan gibt es keine fairen Prozesse. Die Richter sind nicht unabhängig und die internationale Überwachung von Gerichtsverhandlungen, in die Christen involviert sind, wird durch viele politische Hürden erschwert.

Kirchliches Leben: Versammlungen von Christen werden häufig gestört oder es werden Razzien durchgeführt. Es ist fast unmöglich, sich als neue Kirche registrieren zu lassen – in den letzten 16 Jahren wurde keine einzige Kirche registriert. Alle religiösen Aktivitäten werden genauestens überwacht. Es ist auch fast unmöglich, eine Erlaubnis für den Neubau einer Kirche zu bekommen, und Renovierungsarbeiten an bestehenden Gebäuden sind sehr schwierig (nur nicht für die Russisch-Orthodoxe Kirche). Nur die wenigen registrierten Kirchen können innerhalb ihres eigenen Gebäudes Aktivitäten organisieren; Aktivitäten außerhalb des Gebäudes sind verboten. Viele Gemeinden benutzen keine sichtbaren christlichen Symbole, um Konflikte zu vermeiden. Nach dem Religionsgesetz muss alles religiöse Material der Regierung zur Erlaubnis vorgelegt werden. Das heißt praktisch, dass der Import, das Drucken und Verteilen blockiert werden. Wohltätigkeitsarbeit unterliegt strengen Einschränkungen, nur die Russisch-Orthodoxe Kirche darf dies organisieren. Eine Verordnung aus dem Jahr 2003 vom Ministerkabinett, welche eine Veränderung der Registrierungsanforderungen für Nichtregierungsorganisationen behandelt, schränkt die Aktivitäten von religiösen Organisationen ein; und das Religionsgesetz von 1998 verbietet „Aktionen, die zum Ziel haben, dass Anhänger einer Religion sich zu einer anderen Religion hinwenden (Bekehrung), sowie jegliche missionarische Aktivitäten.“

Auftreten von Gewalt: Im Vergleich zum letzten Berichtszeitraum wurden mehr Gewalttaten gemeldet. Ein Christ starb, kurz nachdem er von der Polizei verhört worden war, und zwei Kirchen wurden bei einer Razzia durch die Polizei zerstört. Mindestens zehn Christen wurden festgenommen, während zwei andere eine Gefängnisstrafe absaßen. Open Doors weiß von mindestens zehn Christen, die entweder von der Polizei oder von ihren muslimischen Familien körperlich belästigt wurden. Mindestens zehn Grundstücke oder Geschäfte von Christen wurden zerstört. Mindestens zwei Christen muslimischer Herkunft mussten ihr Zuhause verlassen und sich verstecken aufgrund des Drucks, den ihre Familie auf sie ausübten.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Der usbekische Präsident Islam Karimov starb am 2. September 2016. Nach kurzer Zeit wurde Premierminister Shavkat Mirziyaev zu seinem Nachfolger bestimmt. Es ist unwahrscheinlich, dass dies irgendeine Veränderung für die Christen in Usbekistan bedeutet: Die staatlichen Behörden (Polizei, Geheimdienste, lokale Mahalla-Behörden) werden weiterhin religiöse Aktivitäten auf verschiedene Arten überwachen (Privathäuser verwandern, Telefonate abhören, Gruppen infiltrieren, Gottesdienste aufsuchen etc.). Razzien von Hausgemeinden, das Konfiszieren von religiösem Material, Verhöre und Inhaftierungen von Christen wird es auch weiterhin geben. Druck auf und Gewalt gegen Christen muslimischer Herkunft vonseiten der Familie, von Freunden und der Gesellschaft werden ebenso weitergehen, wenn nicht sogar zunehmen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 17: Vietnam

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 71 Punkten belegt Vietnam Platz 17 auf dem Weltverfolgungsindex 2017. Das entspricht einem Anstieg um 5 Punkte gegenüber dem Jahr 2016, als das Land Rang 20 einnahm. Etwa zur Hälfte ist diese Zunahme auf vermehrte Gewalt zurückzuführen, zur anderen Hälfte auf den gestiegenen Druck in allen Lebensbereichen (am stärksten in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“ und „Familienleben“).



Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung: Vietnam oder – wie der offizielle Name lautet – die „Sozialistische Republik Vietnam“ ist eines der fünf verbliebenen Länder, die von einer kommunistischen Partei regiert werden. Kommunismus ist in Vietnam mehr als nur Schein, wie sich im Januar 2016 zeigte, als die neue Führungsriege des Landes bekannt gegeben und damit alle Hoffnungen auf einen mehr reformerischen Ansatz zunichtegemacht wurden, indem ein Technokrat eingesetzt wurde. Vietnam überwacht alle christlichen Aktivitäten und übt in hohem Maße Druck auf die Christen aus. Die katholische Kirche ist bei weitem die größte Gemeinschaft von Christen im Land, doch die Beziehung zu den Regierungsbehörden ist heikel, da die römisch-katholische Kirche mit dem Vatikan und damit mit einer ausländischen Macht in Verbindung steht und oft als ein Relikt der französischen Kolonialzeit betrachtet wird. Vor allem in ländlichen Gebieten herrschen noch Vorurteile wie „Katholiken sind Franzosen und Protestanten sind Amerikaner“. Besonders misstrauisch ist die Regierung gegenüber den ethnischen Minderheiten, die im zentralen und nördlichen Bergland leben und als „Montagnards“ bekannt sind. Viele von ihnen sind protestantische Christen, und nach vorliegenden Berichten hat sich unter ihnen der christliche Glaube weiter verbreitet.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die genauen Zahlen sind nicht bekannt, doch die Mehrzahl der Christen hat einen Stammeshintergrund und einigen Schätzungen zufolge gehören bis zu 80 % der protestantischen Christen einer ethnischen Minderheit an, viele davon den Hmong oder Bru. Wenn die Dorfältesten oder andere Dorfbewohner herausfinden, dass Leute aus ihrem Stamm Christen geworden sind, werden diese dazu gezwungen, den jahrhundertealten Traditionen und Werten ihrer Gemeinschaft weiterhin zu folgen. Um die Stammeskultur zu bewahren, schließen die Dorfältesten Christen oft aus der Gemeinschaft aus, da diese als Verräter ihrer Kultur und Identität gelten. Oft reagieren die Dorfgemeinschaften gewalttätig auf neue christliche Konvertiten und verbannen sie aus den Dörfern. Dabei arbeiten die Stammesführer mit den lokalen Behörden gegen diese Konvertiten zusammen.

Aktuelle Einflüsse

Vietnam folgt weiterhin der „Doi-Moi“-Politik (wörtlich übersetzt: „Erneuerung“), die im Jahr 1986 mit der Absicht eingeführt wurde, den Wirtschaftssektor zu reformieren und zu verbessern. Dadurch wurden gute Ergebnisse erzielt, das Bruttoinlandsprodukt hat sich binnen zehn Jahren verdoppelt, außerdem wurden die Armut und die Arbeitslosigkeit verringert. Jedoch hat diese Politik auch ihren Preis. Viele der kommunistischen Führer aus Politik und Militär leben in großem Wohlstand, was die Ideologie des Landes in eine Krise stürzte. Gerade in den Städten ist der Kommunismus mehr zu einer bloßen Phrase geworden und hat wenig mit der Lebenswirklichkeit zu tun. Gerade junge Leute haben begonnen, Fragen zu stellen. Allerdings gehen die Behörden immer härter gegen diejenigen vor, die von den Regeln abweichen – besonders gegen Menschenrechtsaktivisten. Viele von diesen sind Christen und wurden schikaniert, zusammengeschlagen, inhaftiert und verurteilt.

Eine weitere Herausforderung in dieser Hinsicht ist die wachsende Spannung mit Vietnams großem Nachbarn China. Obwohl dieses Land ebenfalls kommunistisch ist und die vietnamesische Bevölkerungsmehrheit der Kinh chinesische Wurzeln hat („Viet Nam“ bedeutet wörtlich „Land im Süden“, von China aus gesehen), ist die Beziehung zwischen den beiden Staaten in jüngster Zeit zunehmend angespannt. Der Hauptgrund dafür sind Chinas Aktivitäten im Südchinesischen Meer. China beansprucht das Gebiet für sich allein und ignoriert alle möglichen Ansprüche anderer Staaten, auch wenn diese durch internationales Recht gedeckt sind. China hat in diesen Gewässern nicht nur vietnamesische Schiffe angegriffen, sondern auch Bauten auf Riffen und Felsen errichtet, um seinen Anspruch zu untermauern. Dies führte zu gewaltsamen Angriffen auf chinesische Firmen in Vietnam, und nach dem Urteil eines internationalen Schiedsgerichts, in dem Chinas Forderung abgelehnt wurde, begann Vietnam Berichten zufolge damit, auf seinen Inseln moderne Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite bis zu den chinesischen Inseln aufzustellen. Dies ist ein weiteres Zeichen dafür, dass sich das Verhältnis zu China zunehmend verschlechtert, während sich die Beziehung zum ehemaligen Erzfeind USA verbesserte – ein sichtbares Zeichen dafür war der Besuch des Präsidenten Obama im Mai 2016. Es ist allerdings möglich, dass die neue US-Regierung keinen besonderen Wert auf eine weitere Verbesserung des Verhältnisses zu Vietnam legt; ein Anzeichen dafür ist, dass das Transpazifische Partnerschaftsabkommen nicht weiter verfolgt wird.

Während des 12. Parteikongresses im Januar 2016 wurde eine neue Regierung bestimmt, wobei die Besetzung des wichtigsten und einflussreichsten Postens des Generalsekretärs unverändert blieb. Obwohl Premierminister Dung, der für eine eher liberale Politik stand, weithin als der wahrscheinlichste Kandidat galt, wurde er erfolgreich verdrängt. Die Führung entschied sich für den aus ideologischer Sicht sicheren Weg und wählte Parteichef Trong für eine zweite Amtszeit als Generalsekretär. Dies ist ein klares Zeichen für Kontinuität und es ist deshalb zu erwarten, dass der vergleichsweise liberale wirtschaftliche Ansatz der Regierung von strenger politischer Kontrolle beschränkt sein wird. Bürgerrechte und Religionsfreiheit bleiben ein ferner Traum und es ist noch nicht ersichtlich, ob die neue Regierung eine engere Beziehung zu China anstreben oder die neuen Verbindungen zu den USA stärken wird. In jedem Fall können die Christen weder mehr Freiheit noch ein vorteilhafteres neues Religionsgesetz erwarten.

Betroffene Kategorien von Christen

In Vietnam sind alle Kategorien von Christen (nach der Einteilung des Weltverfolgungsindex) vertreten und erleben Verfolgung:

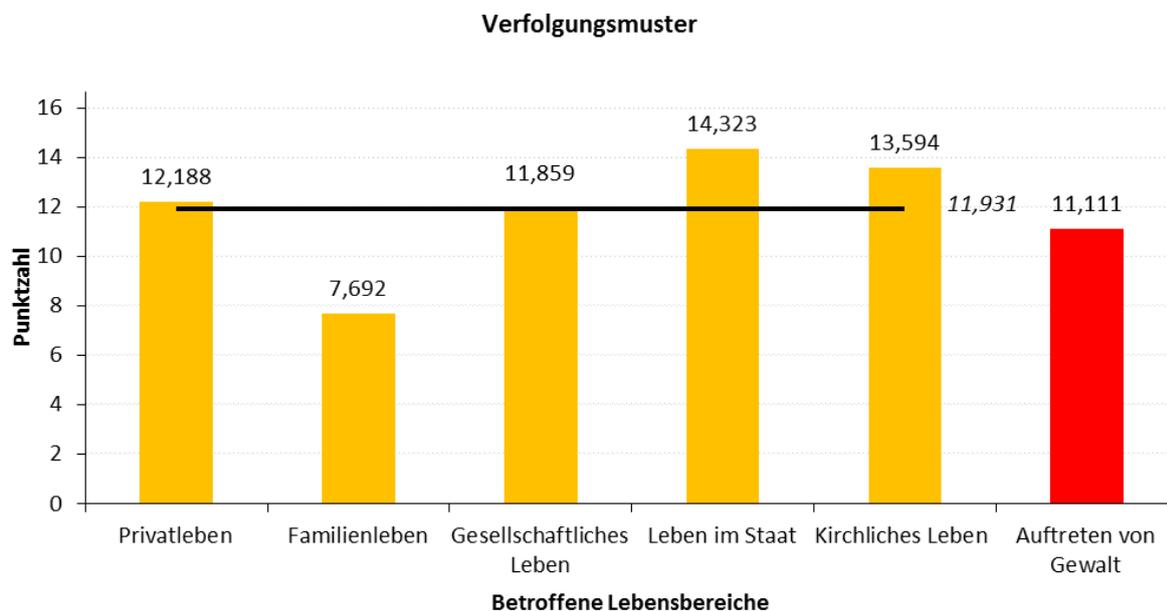
Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten, darunter Gastarbeiter aus Taiwan, Korea und den Philippinen, werden überwacht und stehen dadurch unter Druck.

Christen aus traditionellen Kirchen wie der Römisch-Katholischen und der Evangelischen Kirche Vietnams sind mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert. Dies zeigt sich in Grundstücksenteignungen durch die Behörden, der Verhaftung katholischer Aktivisten oder der Verhinderung von mindestens zwei katholischen Hochzeiten im Berichtszeitraum; jedoch wurde auch eine katholische Universität eröffnet.

Gemeinschaften von christlichen Konvertiten mit buddhistischem oder ethnisch-animistischem Hintergrund erleben die stärkste Verfolgung, nicht nur vonseiten der Behörden, sondern auch durch ihre Familien, Freunde und Nachbarn. Da die meisten von ihnen aus ethnischen Minderheiten stammen, ist die kommunistische Regierung ihnen gegenüber besonders misstrauisch.

Christen aus protestantischen Freikirchen wie Pfingstgemeinden, Baptisten und Mennoniten und vielen anderen versammeln sich in Hausgemeinden. Sie werden streng überwacht und erleben Diskriminierung auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Vietnam

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Vietnam:

- Der Druck auf Christen ist in allen fünf Lebensbereichen gestiegen, weshalb der durchschnittliche Druck sehr hoch ist. Die Wertung dafür erhöhte sich von 11,440 Punkten auf dem Weltverfolgungsindex 2016 auf 11,931.
- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen „Leben im Staat“, „Kirchliches Leben“ und „Privatleben“. Der Druck auf Konvertiten ist im Privatleben und im gesellschaftlichen Leben besonders intensiv, während alle Christen wachsenden Druck im Leben im Staat und im kirchlichen Leben erfahren. Dieser Druck wird durch eine Rückkehr zur kommunistischen Rhetorik und anhaltendes Misstrauen gegenüber christlichen Konvertiten sowie allen anderen ethnischen und religiösen Minderheiten gefördert.
- Die Gewalt gegen Christen hat rapide zugenommen, die Wertung dafür stieg von 8,704 (Weltverfolgungsindex 2016) auf 11,111 Punkte. Verursacht wurde dies vor allem durch die Ermordung von drei Christen im Berichtszeitraum und mehrere Entführungen von Pastoren und anderen Christen ohne Lösegeldforderungen.

Privatleben: Da Familien in Vietnam, vor allem in ländlichen Gegenden, normalerweise mit drei Generationen unter einem Dach leben, müssen christliche Konvertiten besonders vorsichtig sein, wie sie ihren Glauben ausleben und mit wem sie ihn teilen. Der christliche Glaube wird von denjenigen Familienmitgliedern als Bedrohung angesehen, die Ahnenkult praktizieren und befürchten, dass sich im jenseitigen Leben niemand um sie kümmern wird. In einigen Fällen wurden christliche Konvertiten von Familienmitgliedern vertrieben und andere christliche Verwandte ausgegrenzt. Christen müssen außerdem sehr vorsichtig sein, was den Besitz von christlichem Material angeht. Unter diesen Umständen können Treffen mit anderen Christen sehr schwierig werden und in vielen Fällen hindern Familienmitglieder neue Konvertiten zum christlichen Glauben daran, Gemeinschaft mit anderen Christen zu haben. Dies trifft nicht nur auf Konvertiten mit buddhistischem oder animistischem Hintergrund zu, sondern auch auf Christen aus Familien mit starken Verbindungen zur Kommunistischen Partei.

Familienleben: Es wurde berichtet, dass Christen aus Minderheitenstämmen in einigen Fällen Geburtsurkunden verweigert wurden oder dass Regierungsvertreter sie zwangen, ihre Vornamen in „Ho“ (nach dem kommunistischen Revolutionsführer Ho Chi Minh) zu ändern. In mindestens zwei Fällen wurden katholische Hochzeiten durch die Behörden verhindert, weil sie durch das Zeigen christlicher Symbole im Dorf „die Einheit zerstören“ würden. In ländlichen Gegenden müssen Taufen im Geheimen stattfinden, wenn Konvertiten daran beteiligt sind. Beerdigungen müssen nach den traditionellen Bräuchen abgehalten werden, vor allem bei Christen aus ethnischen Minderheiten. Kinder von Christen werden in der Schule im Kommunismus unterrichtet und zu Hause werden christliche Familien oft unter Druck gesetzt, sich an der Ahnenverehrung zu beteiligen. Christlichen Konvertiten, die verheiratet sind, kann die Scheidung drohen, und es ist nicht untypisch, dass sie von ihren Familien enteignet, vertrieben und von der Versorgung abgeschnitten werden.

Gesellschaftliches Leben: Dorfgemeinschaften sind oftmals an der Überwachung von Christen beteiligt. Sie werden von den örtlichen Behörden dazu ermutigt, christliche Gruppen in ihrer Tätigkeit einzuschränken, da diese als fremd und gefährlich gelten. Online-Aktivitäten werden ebenfalls streng kontrolliert, genauso wie die Telefonleitungen einiger Kirchenleiter. Es gibt viele Berichte darüber, dass Christen, vor allem aus ethnischen Minderheiten, staatliche Leistungen verwehrt werden, zum Beispiel bei Katastrophenhilfe, landwirtschaftlichen Darlehen oder Stipendien. In der Schule wird

von den Schülern erwartet, ein Foto von Ho Chi Minh zu verehren. In ländlichen Gegenden müssen sie an Stammesriten teilnehmen. Es wurde auch von Fällen berichtet, in denen Schuldirektoren Christen damit drohten, sie von der Schule zu verweisen. Christlichen Studenten wird immer wieder gesagt, dass sie gar nicht erst eine höhere Bildung anzustreben sollten, da sie nach ihrem Abschluss aufgrund ihres Glaubens sowieso keine Anstellung bekommen würden. Häufig werden Pastoren und Kirchenleiter von der Polizei vorgeladen und verhört. Ein Pastor sagte, er könne die Menge seiner Vorladungen „in Kilogramm“ angeben.

Leben im Staat: Vietnam folgt der kommunistischen Ideologie und verehrt seinen Staatsgründer Ho Chi Minh (oder „Onkel Ho“, wie er liebevoll genannt wird), wobei sich diese Verehrung jedoch natürlich nicht mit dem Führerkult in Nordkorea vergleichen lässt. Alle anderen Überzeugungen werden abgelehnt. Die Glaubensfreiheit wird durch das Religionsgesetz eingeschränkt, welches als Dekret 92 bekannt ist. Dieses Gesetz wurde überarbeitet und am 18. November 2016 verabschiedet. Auch wenn einige Abschnitte als eine Verbesserung für Christen gesehen werden könnten, werden vor allem die Regelungen bezüglich der Registrierung den Kirchen große Schwierigkeiten bereiten. Insgesamt wird sich nicht viel verändern, doch die neuen Regelungen könnten einen bürokratischen Albtraum für Kirchen bedeuten. Die Personalausweise (wie auch die Familienregister) enthalten eine Angabe zur Religionszugehörigkeit. Konvertiten können diese Angabe nur schwer ändern lassen; bei denjenigen, die es versucht haben, wurde häufig „ohne Religion“ eingetragen oder ihnen wurden ihre Dokumente ganz verwehrt. Christliche Leiter werden überwacht und der Zugang zu Dörfern im nördlichen und zentralen Teil Vietnams ist nur eingeschränkt möglich. Medienberichte über Christen sind verzerrt und häufig werden sie verleumdet. Zum Beispiel werden Christen als Handlanger dargestellt, um die Ideologie der Kolonialzeit wieder einzuführen. Wenn Gewalttaten gegen Christen verübt werden, kommen die Schuldigen so gut wie nie vor Gericht; tatsächlich heuern örtliche Behörden oftmals Schläger an, um Gewalttaten gegen Christen zu verüben. Christen, die vor Gericht standen, bekamen kein faires Verfahren. Beispiele dafür sind die katholischen Blogger, die zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, oder die Proteste, die durch den Formosa-Fall verursacht wurden, bei dem ein taiwanisches Stahlwerk eine Umweltkatastrophe verursachte und (hauptsächlich katholische) Fischer und Aktivisten angingen, gegen die Vertuschung durch die Regierung zu protestieren. Als sie versuchten, Gerechtigkeit zu erhalten, ging die Regierung rigoros gegen sie vor.

Kirchliches Leben: Kirchen werden streng überwacht, gelegentlich werden ihre Versammlungen gestört oder verhindert. Die Registrierung von Kirchen verlangt einen hohen bürokratischen Aufwand und es gibt keine Garantie, dass man am Ende eine Genehmigung erhält. Dies ist nur einer der Wege, mit dem die Regierung das Wachstum der Gemeinden kontrolliert und sie unter ihrer kommunistischen Herrschaft hält. Selbst Gemeinden, die an registrierte Kirchen angegliedert sind, haben Schwierigkeiten, von der Regierung und den örtlichen Behörden anerkannt zu werden. Die Vergabe von Baugenehmigungen für Kirchen wird durch das Dekret 92 geregelt und von den Behörden mit vielen Beschränkungen behandelt. Grundstücksenteignungen durch die Behörden kommen weiterhin vor und vor allem die katholische Kirche hat Schwierigkeiten, ihren Grundbesitz behalten zu können. Die katholische Kirche besitzt viele große Grundstücke (mit Kirchen, Schulen und Krankenhäusern), vor allem in den größeren Städten, und es gab mehr als einmal Auseinandersetzungen, da die Behörden wiederholt versuchten, dieses Eigentum zu beschlagnahmen, angeblich zu Entwicklungszwecken. Es gab Berichte darüber, dass Jugendveranstaltungen überfallen wurden. Die Veröffentlichung und Verteilung von christlichem Material ist möglich, jedoch stark eingeschränkt. Jegliches illegale Material wird von der Polizei

beschlagnahmt. Es ist außerdem sehr schwierig, eine Genehmigung zu erhalten, um Schulungskurse abzuhalten. Zusätzlich müssen die registrierten Kirchen jeweils im Oktober des Vorjahres eine komplette Liste mit den Themen vorlegen, über die sie im kommenden Jahr predigen wollen. Die überarbeitete Version des Glaubens- und Religionsgesetzes wird die Situation vermutlich nicht grundlegend verändern, da das übergeordnete Ziel der Regierung immer noch Kontrolle ist.

Auftreten von Gewalt: Wie das Verfolgungsmuster zeigt, hat die Gewalt gegen Christen zugenommen. Drei Christen wurden ermordet: Pastor Dang Ba Nham und Phan Thi Thanh Huyen durch einen vorgetäuschten Autounfall am 5. Mai 2016 und Pastor K'sor Kiem (aus einer selbstständigen Montagnard-Kirche aus der Provinz Gia Lai) starb an den Verletzungen, die ihm bei einem brutalen Verhör an Heiligabend 2015 zugefügt wurden, als er sich weigerte, seinen christlichen Glauben zu verleugnen. Im zentralen Hochland wurden im Berichtszeitraum schätzungsweise 35 Kirchen angegriffen und Ländereien von Christen beschlagnahmt. Viele Christen wurden festgenommen, inhaftiert oder körperlich angegriffen und etliche mussten sich wegen ihres Glaubens entweder innerhalb des Landes verstecken oder in ein anderes Land fliehen. Unter letzteren waren auch Montagnards, die nach Kambodscha flohen und dort im Mai 2016 von vietnamesischen Behörden verhört wurden.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Bislang wurde die Doi-Moi-Politik nicht auf die gesellschaftliche und die politische Ebene ausgeweitet und dies ist in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten. Andererseits, wie zuvor bereits erwähnt, haben die Maßnahmen gegen Andersdenkende innerhalb des Berichtszeitraumes zugenommen. Die Doi-Moi-Politik hat jedoch auch dazu beigetragen, dass sich die Lebensbedingungen erheblich verbessert haben, vor allem in den Städten, weswegen Vietnam auch im März 2016 Lob und Anerkennung vom Internationalen Währungsfonds erhielt. Eine offene bürgerliche Gesellschaft, in der politische, wirtschaftliche, soziale und religiöse Themen diskutiert werden können (wie in einer demokratischen Gesellschaft üblich), bleibt jedoch immer noch ein Wunschtraum.

Weiterhin bleibt zu beobachten, wie das neue Glaubens- und Religionsgesetz, welches im November 2016 verabschiedet wurde, umgesetzt werden wird. Auch wenn erfreulicherweise religiöse Gruppen, einschließlich Christen, bei dem Entwurf nach ihrer Meinung gefragt wurden, können Christen und andere religiöse Minderheiten – nach dem Ergebnis zu urteilen – keine Entlastung erwarten. Die Registrierung und Führung von christlichen Kirchen wird weiterhin mindestens so mühsam bleiben wie bisher und wahrscheinlich wird es auch in Zukunft gefährlich sein, anderen von seinem Glauben weiterzuerzählen.

Unter der „neuen“ Führung des Landes werden Bürgerrechte und Religionsfreiheit ein ferner Traum bleiben und es ist noch nicht ersichtlich, ob die neue Regierung eine engere Beziehung zu China anstreben oder die neuen Verbindungen zu den USA stärken wird. Die wachsenden Spannungen im Verhältnis zu China könnten entweder zu einer größeren Offenheit führen oder das Land dazu veranlassen, sich in eine defensive Isolationshaltung zurückzuziehen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 18: Kenia

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 68 Punkten belegt Kenia Platz 18 auf dem Weltverfolgungsindex 2017. Damit entspricht die Punktzahl der des Jahres 2016, als Kenia auf Rang 16 rangierte. Die unverändert hohe Punktzahl ist hauptsächlich auf folgende Gründe zurückzuführen: Zum einen ist die Wertung für das Ausmaß an Gewalt sehr hoch, da mehr als 30 Personen wegen ihres Glaubens ermordet wurden; zum anderen haben die Angriffe, die in den letzten Jahren verübt wurden, massive Auswirkungen bis tief ins Landesinnere hinein gehabt.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung von Christen in Kenia sind „Islamische Unterdrückung“ und in geringerem Ausmaß „Ethnisch begründete Anfeindungen“, „Säkulare Intoleranz“ und „Organisiertes Verbrechen und Korruption“.

Islamische Unterdrückung: Obwohl die Bevölkerung Kenias überwiegend christlich ist (82 % der Einwohner sind Christen), ist Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung. Etwa 10-15 % der kenianischen Bevölkerung sind Muslime, die meisten davon Sunniten. Der Großteil von ihnen lebt in der Küstenregion und im Nordosten des Landes, sie haben sich jedoch mittlerweile auch in andere Gebiete des Landes ausgebreitet und begonnen, sich gegen die von ihnen empfundene Entrechtung in der kenianischen Gesellschaft zur Wehr zu setzen. Beeinflusst von islamistischen Bewegungen aus dem benachbarten Somalia verfolgen muslimische Politiker, die mehrheitlich muslimische Wahlkreise in Kenia vertreten, das Ziel, die Christen aus ihrem Wahlkreisen zu verdrängen. Der nordöstliche Teil des Landes ist ebenfalls stark von Islamischer Unterdrückung betroffen. Dort haben sich einheimische extremistische Muslime mit Kämpfern aus Somalia verbündet. Gemeinsam sind sie für eine massive Christenverfolgung und die Ermordung hunderter Christen allein wegen ihres Glaubens in den letzten Jahren verantwortlich.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Kenia beheimatet über 40 Stämme. Im Nordosten des Landes gehen Islamische Unterdrückung und Ethnisch begründete Anfeindungen miteinander einher. In diesem Zusammenhang kommt es hauptsächlich dann zu Verfolgung, wenn Stammesangehörige zum christlichen Glauben konvertieren, aber auch auf nationaler Ebene, wenn Politiker traditionelle Werte und Überzeugungen hervorheben. Ein Beispiel dafür ist das kenianische Gesetz zur Legitimierung von Polygamie. Dieses Gesetz räumt der ersten Ehefrau nicht einmal ein Mitspracherecht ein, sollte ihr Mann eine oder mehrere weitere Frauen heiraten wollen. Da keine christliche Kirche Polygamie erlaubt, könnte dies in vielen Fällen zu Scheidungen als dem letzten Ausweg führen, falls der Mann auf seinem Recht zur Polygamie beharrt. So greift das Gesetz christliche Werte und Grundsätze an und kann zur Auflösung christlicher Familien führen.

Säkulare Intoleranz: Dieses Phänomen spielt in der kenianischen Gesellschaft erst seit kurzem eine Rolle. Anlässlich der jüngst erfolgten Verfassungsreform überarbeitet die Regierung ihre Leitlinien für öffentliche Institutionen und die Zivilgesellschaft. Einige dieser Leitlinien, beispielsweise in den Bereichen Bildung und Familienplanung, berücksichtigen dabei keine religiösen Fragen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: In Kenia ist Korruption an der Tagesordnung. Auf dem Korruptionsindex von „Transparency International“ belegt Kenia Platz 139 von 168 aufgeführten Ländern. So gibt es Berichte von kenianischen Soldaten, die zum Kampfeinsatz in Somalia stationiert sind und mit dem Schmuggel von Zucker und Holzkohle gewaltige Gewinne machen. Vor Ort kursieren außerdem Berichte, nach denen der tödliche Angriff von Al Shabaab an der Universität in Garissa durch bestochene Sicherheitsbeamte ermöglicht wurde, die ihnen dafür Waffen und Munition geliefert haben sollen. Weitere Berichte handeln davon, dass Al Shabaab und ihre Unterstützer durch den Import von Zucker und anderen Gütern über den Seehafen von Kismayo (Somalia) ein Vermögen verdient und den Regierungsbeamten im Gegenzug Millionen von Schilling bezahlt haben sollen. In diesem Kontext muss man die Verfolgung von Christen sehen. Hinzugezogene Beamte ergreifen im Falle von Christenverfolgung keinerlei Maßnahmen gegen die Verfolger, wodurch diese zu weiteren Übergriffen ermutigt werden.

Aktuelle Einflüsse

Es ist hervorzuheben, dass die Verfolgung durch Islamische Unterdrückung in Kenia Elemente ethnischer Säuberungen aufweist. Daneben gibt es jedoch eine Reihe anderer Faktoren, die für das Verständnis der Verfolgungssituation relevant sind, welche in der kenianischen Gesellschaft häufig kaum sichtbar stattfindet. Diese besteht aus einer hochkomplexen Mischung verschiedener Volksgruppen, die im politischen Tagesgeschäft des Landes eine wichtige Rolle spielt. Des Weiteren ist Kenia ein Land mit einer überwiegend christlichen Bevölkerung und einem deutlichen geringeren Anteil von Muslimen. Ungefähr 82 % der kenianischen Bevölkerung sind Christen (oder bezeichnen sich zumindest so), während etwa 10-15 % Muslime sind. Allerdings ist diese muslimische Minderheit in vielen Bereichen des Landes politisch aktiv und einflussreich geworden. Zudem leidet Kenia unter immer wiederkehrenden Ausbrüchen von Gewalt zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und Stämmen. Diese haben oft eine politische Dimension; die gewaltsamen Ausschreitungen im Nachgang zu den weithin als manipuliert geltenden Wahlen 2007/08 sind ein gutes Beispiel hierfür.

Ein weiterer Faktor, um die derzeitige Verfolgungssituation zu verstehen, ist die Bedeutung der Religion im Land. Bis vor kurzem gab es in Kenia praktisch keine interreligiösen Konflikte. Christen und Muslime schienen in friedlicher Koexistenz zusammenzuleben, doch dies hat sich in den letzten Jahren vollständig verändert. Besonders der Nordosten und die Küstenregion sind zu Brennpunkten islamisch-extremistischer Aktivitäten geworden – die Hauptursache für die zahlreichen religiös motivierten Gewaltakte. Kenia und Somalia teilen sich eine lange Grenze; der Mangel an Frieden und Stabilität in Somalia hinterlässt auch in Kenia seine Spuren. Hinzu kommen die Kampfhandlungen der kenianischen Armee in Somalia. Sehr viele Flüchtlinge aus verschiedenen Nachbarländern, unter anderem Somalia, haben in Kenia Zuflucht gesucht.

Auf der politischen Ebene hat Kenia 2010 eine Volksabstimmung durchgeführt, mit der eine neue Verfassung und eine neue Regierungsstruktur eingeführt wurden. Im Verlauf des vergangenen Jahres hat die Regierung außerdem das Ziel einer intoleranten Säkularisierung vorangetrieben, ohne den

Christen dabei angemessene Freiräume zu gewähren. So entwirft und implementiert die Regierung neue Leitlinien ohne jede Rücksichtnahme auf grundlegende christliche Werte. Beispiele dafür sind der Bildungsplan, Regelungen zum Thema Geschlechteridentität und andere Gesetze, welche die Kirche hinnehmen muss. Ebenfalls bedeutsam ist das Ausmaß an Korruption, die in staatlichen Institutionen weit verbreitet ist und nachhaltig deren Fähigkeit beeinträchtigt, die Bürger zu schützen. Zu erwähnen bleibt schließlich der „Republikanische Rat von Mombasa“ (MRC), eine Interessengruppe, die das Ziel hat, die Küstenregion und den Nordosten Kenias vom Rest des Landes abzuspalten. Diese Gruppe wurde von der kenianischen Regierung mit extremistischen Vereinigungen wie Al Shabaab in Verbindung gebracht. Viele Kirchen in der Küstenregion wurden bereits zerstört und viele Christen aus dem Gebiet vertrieben. Das komplexe Zusammenspiel all dieser verschiedenen Faktoren führt zu der hohen Punktzahl, die Kenia auf dem Weltverfolgungsindex 2017 erhalten hat.

Betroffene Kategorien von Christen

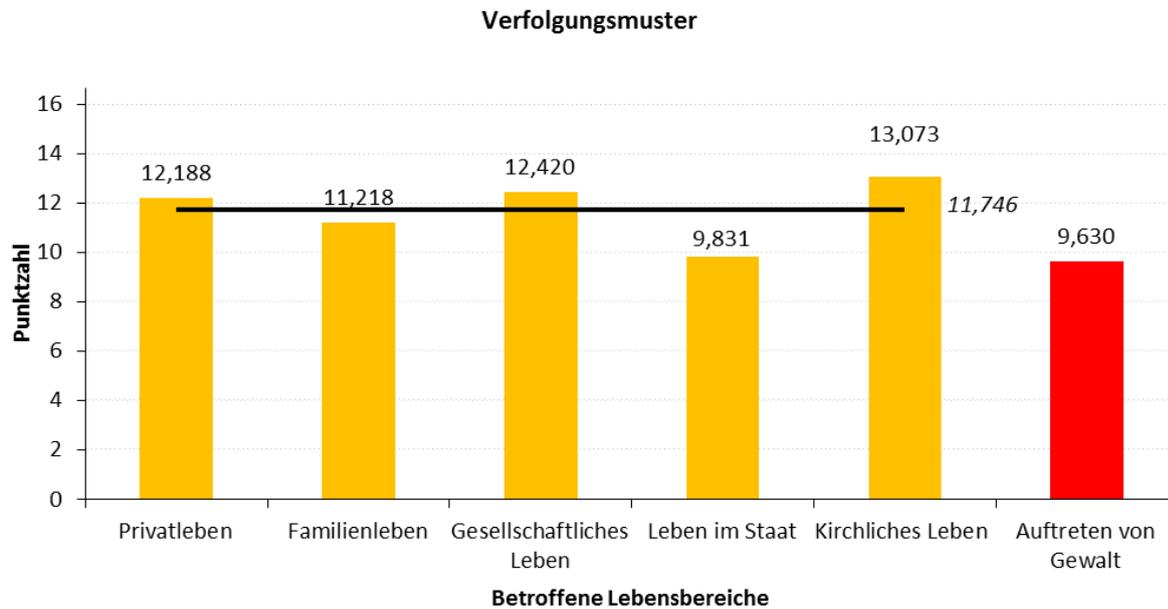
In Kenia leben drei verschiedene Kategorien von Christen:

Christen aus traditionellen Kirchen: Traditionelle Kirchen gibt es in allen Teilen des Landes. Die Art und die Intensität der Verfolgung, der diese Christen ausgesetzt sind, hängt davon ab, in welcher Region sie leben. In muslimisch dominierten Gebieten ist die Verfolgung sehr intensiv und wird durch Islamische Unterdrückung verursacht.

Christliche Konvertiten (vor allem mit muslimischem Hintergrund): Diese Christen leben hauptsächlich in muslimisch dominierten Gebieten wie im Nordosten Kenias und in den Küstengebieten (einschließlich Mombasa). Grundsätzlich unterscheidet sich die Art der Verfolgung, die Christen muslimischer Herkunft erleben, von der, mit der die anderen beiden Kategorien von Christen konfrontiert sind.

Christen aus protestantischen Freikirchen (z. B. Baptisten, evangelikale, charismatische und Pfingstgemeinden): Diese Gemeinden sind überall im Land zu finden. Sie sind die aktivste Gruppe von Christen im Land und aus diesem Grund besonders schwerer Verfolgung ausgesetzt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kenia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Kenia:

- Außer im Bereich „Leben im Staat“ stehen die Christen in allen Lebensbereichen sehr stark unter Druck. Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch (11,746 Punkte), hat sich jedoch im Vergleich zum Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2016 (12,233 Punkte) deutlich verringert.
- Am stärksten ist der Druck im kirchlichen, im gesellschaftlichen und im Privatleben.
- Während sich Islamische Unterdrückung auf alle Lebensbereiche niederschlägt, äußern sich Ethnisch begründete Anfeindungen am stärksten im gesellschaftlichen und im Familienleben. In Gebieten, die überwiegend von Muslimen bewohnt sind, werden Christen – insbesondere Christen muslimischer Herkunft – von ihrer Familie, der Gesellschaft und religiösen Leitern sehr stark unter Druck gesetzt.
- Die Punktzahl für Gewalt ist von 7,222 im Weltverfolgungsindex 2016 auf 9,630 gestiegen. Dies liegt vor allem an den Aktivitäten extremistischer militanter Gruppierungen wie Al Shabaab.
- Insgesamt wird ersichtlich, dass der Druck und die Gewalt, unter denen Christen im Nordosten und in den Küstenregionen leiden, Auswirkungen bis tief ins Landesinnere hinein haben (Welleneffekt im Sinne eines Aufschaukelns).

Privatleben: Die Verfolgung, die Christen muslimischer Herkunft durch Islamische Unterdrückung erleben, äußert sich vor allem (wenn auch nicht ausschließlich) im Privatleben. So riskieren sie in den islamisch dominierten Gebieten an der Küste und im Nordosten des Landes ihr Leben, wenn jemand erfährt, dass sie Christen geworden sind. Dabei können die Angriffe sowohl von Familienmitgliedern als auch von anderen Personen aus dem gesellschaftlichen Umfeld ausgehen.

Familienleben: In diesem Bereich leiden Christen muslimischer Herkunft am meisten, obwohl grundsätzlich alle Kategorien von Christen betroffen sind. Der Druck äußert sich typischerweise zum Beispiel darin, dass Begräbnisstätten für Christen verweigert, Zwangsehen geschlossen und Kinder von Christen schikaniert werden. Vor allem Christinnen muslimischer Herkunft bekommen sehr große Probleme, wenn sie heiraten und eine Familie gründen wollen.

Gesellschaftliches Leben: Im Nordosten und den Küstengebieten ist es ganz normal, Weideland oder Trinkwasser gemeinschaftlich zu teilen. Doch in muslimisch dominierten Gegenden haben es die Christen in ihrem Wohn- und Lebensumfeld weitaus schwerer. Die Verfolgung geht hauptsächlich von der direkten oder entfernten Verwandtschaft aus (bei Christen muslimischer Herkunft), doch auch nichtchristliche religiöse Anführer und Stammesvorsteher sind daran beteiligt.

Leben im Staat: Auf staatlicher Ebene erleben Christen aller Kategorien Verfolgung. Dafür verantwortlich sind muslimisch geprägte Regierungsbeamte und politische Parteien sowie religiöse Anführer und deren Anhänger. Der Einfluss von Organisiertem Verbrechen und Korruption wird in diesem Bereich ebenfalls deutlich. Die Dezentralisierungspolitik, welche das Land seit fünf Jahren betreibt, wirkt sich auch auf die Christen aus; muslimische Politiker betrachten Christen als unbedeutend für ihre politischen Zwecke.

Kirchliches Leben: Der Druck in diesem Bereich steht in direktem Verhältnis zu den Gewalttaten, die von militanten Muslimen in dieser Region verübt werden. Die gezielte Gewalt hat dazu geführt, dass die Christen in ständiger Angst leben. Eine Kirche zu bauen oder sich zu Gemeindeaktivitäten zu treffen, ist in manchen Gegenden gefährlich geworden. Das Zusammenwirken von Islamischer Unterdrückung, Ethnisch begründeten Anfeindungen, Säkularer Intoleranz und Organisiertem Verbrechen und Korruption hat das kirchliche Leben in den vergangenen Jahren immer schwieriger gemacht. Organisiertes Verbrechen und Korruption hindern die Behörden daran, ihrer Pflicht zum Schutz der Bürger nachzukommen. In den meisten Fällen gewalttätiger Übergriffe auf Christen führte die Polizei keine angemessene Untersuchung durch.

Auftreten von Gewalt: Das Ausmaß der Gewalt, insbesondere in Form von Ermordungen aufgrund des Glaubens, war im Berichtszeitraum sehr groß. Mehr als dreißig Christen wurden von Islamisten ermordet. So wurden zum Beispiel im Dezember 2015 zwei Christen getötet, als Al-Shabaab-Kämpfer in einen Bus eindrangen, um gezielt Christen zu exekutieren. Im Januar 2016 wurden in der Region von Lamu fünf Polizisten (die man für Christen hielt) und drei christliche Männer in ihren Häusern getötet.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Während des Berichtszeitraums blieb das Ausmaß von gewalttätigen Übergriffen (eingeschlossen Ermordungen aufgrund des Glaubens) sehr hoch. Es besteht keine Hoffnung, dass die kenianische Regierung die kenianischen Christen wirksam schützen wird. Das liegt wesentlich an der institutionalisierten Korruption im Land. Die meisten Vorfälle werden nicht polizeilich untersucht. Der christliche Teil der kenianischen Gesellschaft ist enttäuscht darüber, dass die muslimische Gemeinschaft die Gewalt gegen Christen nicht klar verurteilt. Sollte in den kommenden Jahren keine Lösung zur Beendigung der offenkundigen Gewalt gefunden werden, die das Leben so vieler Christen

gefordert hat, könnten einige Christen versucht sein, sich gewaltsam zur Wehr zu setzen. Die Zukunftsaussichten können wie folgt zusammengefasst werden:

- In den letzten drei Jahren hat die Verfolgung von Christen in Kenia immer mehr zugenommen und es ist anzunehmen, dass sich dieser Trend fortsetzen wird.
- Wenn Al Shabaab besiegt werden könnte, würde dies das Ausmaß der Gewalt gegen Christen im Nordosten und in den Küstenregionen reduzieren.

Für das Jahr 2017 sind Wahlen im Land geplant. Die Ergebnisse werden tiefgreifende Auswirkungen auf die Christen im Land haben; vor allem auf diejenigen, die im Nordosten und in den Küstenregionen leben, da diese besonders angreifbar sind. Jede größere politische Krise im Land hätte für sie schwere Auswirkungen, weil die Regierung in solchen Fällen ihr Sicherheitspersonal aus diesen Gebieten abzieht, um den Schutz im Landesinneren zu verstärken.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 19: Turkmenistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 67 Punkten belegt Turkmenistan Platz 19 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Auf dem WVI 2016 belegte Turkmenistan ebenfalls Platz 19, mit einer Wertung von 66 Punkten. Der leichte Anstieg der Punktzahl ist darauf zurückzuführen, dass die autoritäre Regierung ihre Kontrolle verstärkt hat, vor allem in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“. Außerdem ist die Zahl der gewaltsamen Vorfälle im Vergleich zum Berichtszeitraum des WVI 2016 leicht gestiegen.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung in Turkmenistan sind „Diktatorische Paranoia“ und in geringerem Maße „Islamische Unterdrückung“. Die Diktatorische Paranoia in Turkmenistan ist allerdings ein Produkt der kommunistischen Vergangenheit und aus „Kommunistischer Unterdrückung“ entstanden.

Diktatorische Paranoia: Außerhalb der staatlich betriebenen und kontrollierten Einrichtungen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Protestanten und Zeugen Jehovas werden häufig als „Extremisten“ bezeichnet, weil sie ihre Religion außerhalb der genehmigten staatlichen Strukturen ausüben. Mitglieder protestantischer Kirchen gelten als Anhänger einer fremden Sekte, die nur Spionage und die Vernichtung des gegenwärtigen politischen Systems zum Ziel hat. Aus dieser Sicht müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern, wenn nötig, sogar beseitigt werden.

Kommunistische Unterdrückung: Der Kommunismus ist das historische Fundament, auf dem das gegenwärtige Regime gegründet ist. Auch wenn die kommunistische Ideologie zur heutigen Positionierung des Regimes nicht mehr beiträgt, sind viele der gegenwärtigen Kontrollsysteme und Mechanismen Überbleibsel des kommunistischen Systems.

Islamische Unterdrückung: Diese betrifft vor allem christliche Konvertiten muslimischer Herkunft. Wenn sich Muslime dem christlichen Glauben zuwenden, erleben sie Druck und gelegentlich sogar körperliche Gewalt von ihren Familien, Freunden und ihrem Umfeld, um sie zur Buße und Rückkehr zu ihrem alten Glauben zu zwingen. Einige Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Die lokalen islamischen Führer predigen gegen sie, so dass zusätzlicher Druck entsteht. Letzten Endes kann es dazu kommen, dass sie aus der Gemeinschaft verstoßen werden. Infolgedessen versuchen Christen muslimischer Herkunft, ihren Glauben zu verheimlichen und werden zu Christen im Untergrund.

Aktuelle Einflüsse

Turkmenistan ist ein sich rasch entwickelndes Land, größtenteils aufgrund der Entdeckung enormer Öl- und Gasvorkommen. Diese Entwicklung hat allerdings zwei Seiten. Einerseits stehen plötzlich große Geldsummen für Investitionen zur Verfügung, was man beispielsweise an den Planungen sieht, die Hauptstadt Aschgabat zu einer „Marmorstadt“ auszubauen. Die Kehrseite dieser Chance besteht darin, dass sich das Land in eine wachsende Abhängigkeit von den Exportgütern Öl und Gas begibt. Hinzu kommt, dass angesichts der Geheimhaltung und Korruption nur eine kleine Gruppe von Menschen davon profitieren wird. Das starke Absinken des Ölpreises im Berichtszeitraum hat Turkmenistan schwer getroffen.

Turkmenen leben in vielen verschiedenen Ländern, von Turkmenistan, Afghanistan, Iran, dem Norden Pakistans, Syrien und dem Irak bis in den Nordkaukasus („Stavropol Krai“). Zwischen den einzelnen Gruppen gibt es Verbindungen. Sunnitische Muslime aus Turkmenistan sind in den Konflikten islamistischer Kämpfer im Nahen Osten („Islamischer Staat“ (IS)) und auf dem indischen Subkontinent (Al Kaida) aktiv. Das Regime in Aschgabat fürchtet den Einfluss heimkehrender Dschihadisten und überwacht daher jede religiöse Aktivität.

Turkmenistan gilt als eines der am wenigsten freien Länder der Welt. Es besteht keinerlei Informations- oder Pressefreiheit. Der Zugang zum Land wird Ausländern extrem erschwert. Um Präsident Berdimuhamedow gibt es einen Personenkult. Hinzu kommen ein hohes Maß an Überwachung aller gesellschaftlichen Gruppen (einschließlich Christen) sowie starke Zugangsbeschränkungen zu ausländischen Medien und anderen Informationsquellen. Folglich ist es auch schwierig, Informationen außer Landes zu bringen.

Betroffene Kategorien von Christen

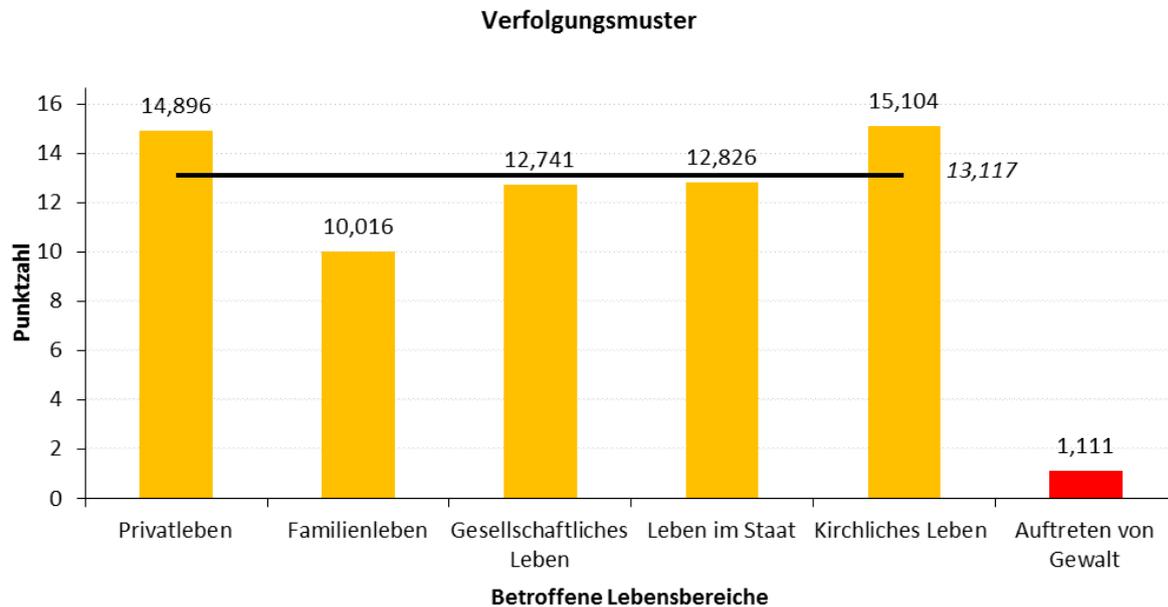
In Turkmenistan gibt es keine Gemeinschaften ausländischer Christen oder Arbeitsmigranten. Die anderen im WVI erfassten Kategorien von Christen gibt es im Land, und sie erleiden Verfolgung.

Christen aus traditionellen Kirchen: Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat sich an die Restriktionen seitens der Regierung gewöhnt und wird in der Ausübung ihres Glaubens daher kaum gestört. Gottesdienste mögen zwar überwacht werden, sie können jedoch ungehindert durchgeführt werden und die Gemeindemitglieder dürfen sich treffen. Das Drucken oder Einführen von christlicher Literatur ist sehr eingeschränkt.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten): Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung in Turkmenistan. Sie erleben nicht nur Druck durch den Staat, sondern auch in hohem Maße von ihren Familien, Freunden und der Gemeinschaft. Letztere ist dabei am einflussreichsten, da es das Alltagsleben bestimmt.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Sie sind die zweite unter starker Verfolgung leidende Gruppe in Turkmenistan, vor allem, wenn sie nicht registriert sind. Sie sind Razzien, Drohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen ausgesetzt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Turkmenistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Turkmenistan:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist leicht gestiegen, von 13,028 (WVI 2016) auf 13,117.
- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen „Privatleben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“. Dies ist typisch für eine Situation, in der Diktatorische Paranoia die Haupttriebkraft der Verfolgung darstellt.
- Islamische Unterdrückung zeigt sich besonders im „Privatleben“, im „Familienleben“ und im „Gesellschaftlichen Leben“. Druck, der von dieser Triebkraft ausgeht, wird besonders auf Christen muslimischen Hintergrunds durch das soziale Umfeld ausgeübt.
- Im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum wurde eine leicht höhere Anzahl von gewaltsamen Übergriffen erfasst, so dass der Wert für „Gewalt“ von 0,926 (WVI 2016) auf 1,111 gestiegen ist.
- Insgesamt ist die Verfolgungssituation in Turkmenistan vor allem durch die autoritäre Regierung verursacht, die versucht, ihre Kontrolle in allen Lebensbereichen zu erhöhen.

Privatleben: Ein Glaubenswechsel löst die heftigsten Reaktionen innerhalb des sozialen und kulturellen Umfeldes aus. Er wird als Beleidigung der Familienehre betrachtet. Der Staat nimmt das Thema Glaubenswechsel sehr ernst. Nicht nur Konvertiten sind in diesem Punkt unter Druck, sondern auch Christen, die evangelisieren. Die Regierung bezahlt für Informationen über christliche Gottesdienste in Privathäusern. Es gab Berichte über Christen, die gezwungen wurden, ihrem Glauben in der Öffentlichkeit abzuschwören. Alle öffentlichen Medien, einschließlich des Internets, sind unter staatlicher Kontrolle – Christen können sie nutzen, jedoch nicht, um ihren Glauben zu

teilen. Außerdem hat die Regierung die Verwendung von Satellitenschüsseln verboten. Es ist sehr riskant für einen Konvertiten, seinen neu gewonnenen Glauben mit Familienmitgliedern oder nichtchristlichen Gästen zu teilen. Die Intensität der Überwachung ist in Turkmenistan sehr hoch, sogar private Treffen zwischen Christen werden überwacht.

Familienleben: Religionszugehörigkeit ist in offiziellen Dokumenten wie Reisepass oder Ausweis nicht erfasst. Die örtlichen Behörden, in denen meistens Muslime aus der Nachbarschaft arbeiten, können Registrierungen von Hochzeiten, Geburten und Beerdigungen verhindern. Mullahs in Turkmenabat und Mary erklärten, dass Christen muslimischer Herkunft nicht auf islamischen Friedhöfen begraben werden dürften. Taufen von Christen muslimischer Herkunft verursachen ebenfalls soziale Spannungen. In Schulen gibt es gegen Christen gerichtete Unterrichtsstunden, die mit Imamen arrangiert werden, und alle Schüler sind gezwungen, an islamischen Festtagen teilzunehmen. Kinder aus christlichen Familien werden oft aus der Gemeinschaft mit nichtchristlichen Kindern ausgeschlossen. Sie werden häufig in der Schule vor allen Kindern gedemütigt. Wird ein Familienmitglied Christ, üben Familie, Freunde und Gemeinschaft Druck auf den Ehepartner aus, sich scheiden zu lassen. Besonders Christen muslimischer Herkunft riskieren den Verlust ihres Erbes.

Gesellschaftliches Leben: Berichten zufolge werden Christen Opfer von Bedrohung, Belästigung, sexuellen Übergriffen, Inhaftierung, geheimen Polizeirazzien und willkürlicher Verhaftung. Turkmenistan ist eines der verschlossensten Regimes der ehemaligen Sowjetunion und stützt sich auf Überwachung und Kontrolle. Christen werden von unterschiedlichen Organisationen des Staates einschließlich der Geheimpolizei dauerhaft beobachtet. Christinnen mit muslimischem Hintergrund, die in konservativ geprägten Regionen leben, laufen Gefahr, entführt und mit einem Muslim zwangsverheiratet zu werden. Christen werden verhöhnt und manchmal von weiterführender Bildung ausgeschlossen. Aktive Christen gehen das hohe Risiko ein, ihre Arbeitsstelle zu verlieren. Viele von Christen bewohnte Häuser wurden Zielscheiben von Razzien, bei denen Christen eine Geldstrafe wegen einer angeblich religiösen Versammlung zahlen mussten, selbst wenn dies gar nicht der Fall war. Werden Versammlungen in Turkmenistan gestürmt, was auch bei registrierten Gruppen vorkommt, werden alle Anwesenden befragt; viele werden festgehalten, vielen werden Bußgelder erteilt und alle gefundenen Materialien werden beschlagnahmt.

Leben im Staat: Obwohl die Verfassung Religionsfreiheit garantiert, ist Turkmenistan eines der Länder, in denen die Religionsfreiheit am stärksten verletzt wird. Christen im Land berichten von Festnahmen, Gefängnis, Drohungen und verbalen Beleidigungen, Schlägen, Beschlagnahmungen und sexuellen Übergriffen. Alle Aktivitäten religiöser Gruppen stehen unter strenger Kontrolle. In der Vergangenheit wurde Christen, deren Glaube bekannt war, eine Ausreise am Flughafen verweigert. Viele christliche Gruppen können sich nicht registrieren lassen und selbst registrierte Gruppen stehen unter andauerndem Druck – ihre Mitglieder riskieren täglich Strafverfolgung. Die staatlich kontrollierten Medien bezeichnen die christlichen Kirchen als „Sekten“ und verzerren die Fakten, wenn sie über Christen berichten. Vor Gericht werden Christen unfair behandelt. Die internationale Beobachtung von Gerichtsverhandlungen wird nicht zugelassen, vor allem bei Fällen, die Christen betreffen.

Kirchliches Leben: Das 2003 erlassene Religionsgesetz untersagt jegliche Hausgottesdienste und verbietet religiöse Aktivitäten von nichtregistrierten Organisationen. Die Regierung behindert die Registrierung neuer Kirchen. Es werden kaum Registrierungen erteilt, obwohl sich einzelne Gemeinden schon länger als ein Jahrzehnt darum bemühen. Gottesdienste werden weiterhin gestört

und Razzien durchgeführt. Die Arbeit unter bzw. mit Jugendlichen ist verboten. Die Veröffentlichung religiöser Materialien in Turkmenistan ist strengstens verboten. Das Importieren solcher Materialien ist nur einigen registrierten Gruppen, wie der Russisch-Orthodoxen Kirche gestattet, steht aber unter strengster staatlicher Beobachtung. Der Verkauf von christlichen Materialien in der Öffentlichkeit ist verboten. Materialien werden bei Razzien in Kirchen und Wohnhäusern routinemäßig beschlagnahmt. Der Staat gestattet keine christlichen Organisationen, Institutionen oder Schulen, noch erlaubt er christliche gemeinnützige, humanitäre, medizinische, soziale oder kulturelle Vereinigungen. Da die Behörden die größten Verfolger im Lande sind, ist es sehr gefährlich (und nutzlos), sich gegen sie zu äußern.

Auftreten von Gewalt: Oberflächlich betrachtet scheint Verfolgung in Turkmenistan nicht sehr gewaltsam zu sein, weil Christen aus Furcht vor drohenden Konsequenzen solche Vorfälle nicht melden. Im Berichtszeitraum wurden zwei Christen inhaftiert, fünf wurden körperlich misshandelt, der Besitz und die Geschäfte von mindestens zwei Christen wurden beschädigt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Nach Usbekistan ist Turkmenistan der für religiöse Minderheiten repressivste Staat in Zentralasien. Angesichts des wachsenden Nationalismus und der „geistlichen Führung“, die der neue Präsident (wie schon sein Vorgänger Niyazov mit seiner Ruhnama-Lehre) dem Land geben soll, wird der Druck auf Christen voraussichtlich unverändert auf einem sehr hohen Level bleiben, jedoch mit einem niedrigen Ausmaß an Gewalt. Der Druck des sozialen Umfeldes (vor allem auf Christen muslimischer Herkunft) wird konstant bleiben.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 20: Katar

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 66 Punkten nimmt Katar Platz 20 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017 ein. Im vergangenen Jahr stand Katar mit 65 Punkten auf Platz 21. Die Situation gestaltet sich relativ stabil, was bedeutet, dass die Lage für Christen mit muslimischem Hintergrund und christliche Arbeitsmigranten weiterhin sehr hart ist. Der Druck auf Christen ist nach wie vor sehr hoch, während es kaum gegen Christen gerichtete Gewalt gibt. Im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2016 wurden jedoch sowohl der Druck auf Christen als auch das Ausmaß an Gewalt höher bewertet. Ersteres beruht darauf, dass mehr Informationen verfügbar waren, letzteres rührt daher, dass während des Berichtszeitraums mehrere Christen des Landes verwiesen wurden.



Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Die Staatsreligion Katars ist ein streng wahhabitischer Islam. Während Muslime die Freiheit haben, ihren Glauben öffentlich auszuleben, müssen nichtmuslimische Gruppen wie Christen ihren Glauben in Privathäusern oder dafür ausgewiesenen Örtlichkeiten ausüben. Missionierung ist gesetzlich verboten und wird mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet. Kritik am Islam wird bestraft. Die Hinwendung vom Islam zu einer anderen Religion wird als Abfall vom Islam verstanden, auf den die Todesstrafe steht. Das Familienrecht wird durch die Scharia, die islamische Gesetzgebung, bestimmt. Nahezu alle Staatsbürger Katars sind per Definition entweder sunnitische oder schiitische Muslime.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Charakteristisch für diese Triebkraft sind Bemühungen, die prägende Kraft traditioneller Werte und Normen zu erhalten, die in einer Stammeskultur entstanden sind. In Katar sind Ethnisch begründete Anfeindungen sehr stark mit dem Islam verflochten. Dies betrifft besonders Christen mit muslimischem Hintergrund.

Aktuelle Einflüsse

Die Bevölkerung Katars besteht zum Großteil aus Arbeitsmigranten: Sie machen 80 Prozent der etwa zwei Millionen Einwohner aus. Der Staat hat sowohl die weltweit höchste Rate von Zuwanderern im Verhältnis zu Einheimischen als auch eine der weltweit höchsten Zuwachsraten an Einwohnern. Die übrigen zwanzig Prozent der Bevölkerung Katars haben das weltweit höchste Einkommen pro Kopf. Im Land lebende Ausländer (aus dem Westen oder anderen Kulturkreisen) und Arbeitsmigranten (meistens aus Asien und Afrika) werden von den Katarern generell wie Sklaven betrachtet und auch dementsprechend behandelt. Zwangsarbeit und Menschenhandel sind bedeutende Probleme. Die Arbeitsbedingungen für die Arbeitsmigranten sind mitunter unmenschlich und gefährlich; viele von ihnen werden unterbezahlt, leben in unzureichenden Behausungen (u.a. in unhygienischen und überfüllten Lagern für Arbeiter) und sind häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch ausgesetzt.

Einige Arbeiter sind bereits an ihrem Arbeitsplatz ums Leben gekommen. Laut dem Global Rights Index 2016 der ITUC (International Trade Union Confederation/Internationaler Gewerkschaftsbund) gehört Katar zu den zehn Ländern der Welt mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen. Derzeit ist dies ein wichtiges Thema, da eine große Anzahl von (ausländischen) Arbeitskräften benötigt wird, um den Bau der Sportstätten für die geplante Fußballweltmeisterschaft 2022 voranzutreiben.

Katar gehört zu den größten Geldgebern für militante islamistische Gruppierungen: Die Regierung des Landes unterstützt Rebellen im Irak, in Syrien und Mali. Zudem finanziert Katar den Bau von Moscheen, u.a. in Europa und Afrika, sowie Krankenhäuser und Schulen. Letztere werden als gute Möglichkeit betrachtet, den Islam zu verbreiten. Neben Saudi-Arabien ist Katar das einzige wahhabitisch-islamische Land der Welt.

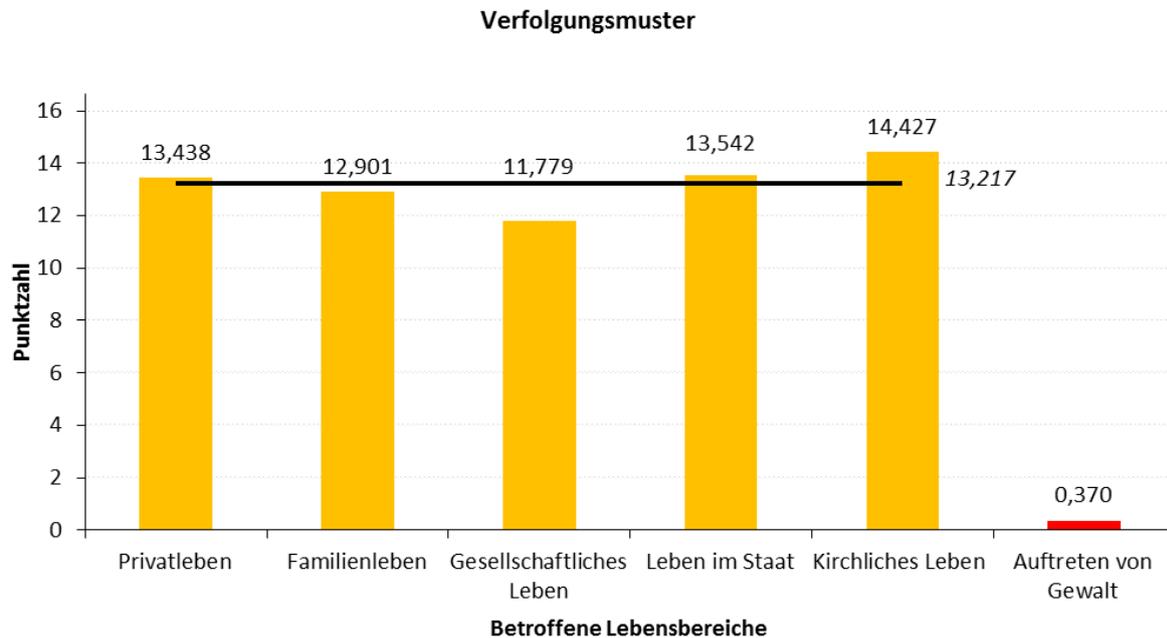
Betroffene Kategorien von Christen

Von den vier Kategorien von Christen, die im Weltverfolgungsindex unterschieden werden, existieren in Katar zwei:

Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Die Intensität der Verfolgung variiert unter den einzelnen Gruppen von Christen. So haben ungebildete Arbeitsmigranten aus Entwicklungsländern (z.B. Bauarbeiter) einen niedrigeren sozialen Status und werden meist schlechter behandelt als Ausländer aus dem Westen, die als Facharbeiter beschäftigt sind. Daher werden Migranten aus Asien und Afrika ungeachtet ihrer Religion generell schlecht behandelt. Ist ein Arbeitsmigrant Christ, muss er mitunter zusätzliche Diskriminierungen erdulden. Dazu gehört ein massiver Druck, zum Islam zu konvertieren. Nichtmuslimische Migranten dürfen ihren Glauben nicht öffentlich ausüben. Viele von ihnen haben keine Möglichkeit, einen Gottesdienst in dem speziellen Komplex zu besuchen, der von der Regierung in der Wüste außerhalb der Hauptstadt Doha zur Verfügung gestellt wurde. Die christliche Gemeinschaft der Arbeitsmigranten wächst. Viele der Arbeiter, ob zuvor nur Christen aus familiärer Tradition oder Muslime, finden während ihres Aufenthalts zu einem persönlichen christlichen Glauben. Am Kirchenstandort herrschen bereits Verkehrsstaus und Parkplatznot. Viele Christen gehen davon aus, dass der Komplex bald zu klein sein wird, um alle Christen in Katar aufnehmen zu können, die sich zu den Gottesdiensten versammeln. Eine positive Entwicklung 2015 war die Vergabe von Grundstücken an die kürzlich registrierten Kirchen der libanesischen Maroniten und die philippinische evangelikale Gemeinschaft, damit Kirchen gebaut werden können. Der Bau muss innerhalb von drei Jahren abgeschlossen sein.

Christen muslimischer Herkunft: Am stärksten werden Christen mit muslimischem Hintergrund verfolgt. Sie gelten als „Abtrünnige“ und können für dieses Verbrechen mit dem Tod bestraft werden. Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1971 wurden allerdings keine Exekutionen oder andere offizielle Strafen für die Abkehr vom islamischen Glauben registriert. Fast alle Katarer, die sich für den christlichen Glauben entschieden haben, sind im Ausland zu diesem Glauben gekommen. Die meisten kehren aus Furcht nicht in ihr Land zurück. Der Großteil der Christen mit muslimischem Hintergrund sind Arbeitsmigranten. Der Druck auf beide Gruppen (einheimische und ausländische Christen muslimischer Herkunft) ist sehr hoch: Einheimische sind stark unter der Kontrolle ihrer Familien und ausländische Arbeiter unter der ihrer sozialen Umgebung in den Lagern für Arbeiter.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Katar

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Katar:

- Die durchschnittliche Wertung für den Druck auf Christen ist weiterhin sehr hoch (13,217) und im Berichtszeitraum sogar leicht gestiegen (Weltverfolgungsindex 2016: 12,895). Zum Teil ist der Anstieg auf die Verfügbarkeit von mehr Informationen zurückzuführen.
- Die Wertung im Bereich kirchliches Leben ist extrem hoch (14,427), was hauptsächlich auf den Druck auf Christen muslimischer Herkunft hinweist. Auch der Druck in den Bereichen Leben im Staat (13,542) und Privatleben (13,438) ist auf einem sehr hohen Niveau. Dies ist typisch für eine Situation, in der Islamische Unterdrückung die Hauptantriebskraft der Verfolgung ist und mit Ethnisch begründeten Anfeindungen vermischt wird.
- In den Bereichen Privatleben und Familienleben wird der Druck insbesondere auf Christen muslimischer Herkunft ausgeübt. In den Bereichen gesellschaftliches Leben, Leben im Staat und kirchliches Leben sind alle Kategorien von Christen betroffen.
- Das Ausmaß der Gewalt ist noch immer sehr niedrig (0,370), aber die Wertung ist im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2016 (0,185) leicht angestiegen.
- Die Verfolgungssituation in Katar wird durch eine puristische Form des Islam und eine starke Kontrolle der Gesellschaft bestimmt.

Privatleben: Christen muslimischer Herkunft – egal ob einheimisch oder eingewandert – können ihren Glauben nicht öffentlich ausleben. Jeder Hinweis auf ihre Hinwendung zum christlichen Glauben kann schwerwiegende Konsequenzen für sie haben. Ausländische Christen (etwa aus dem Westen) haben mehr Freiheiten, ihren Glauben privat auszuleben, solange sie das Evangelium nicht

an Muslime weitergeben. Arbeitsmigranten müssen ihren Glauben mit Vorsicht leben. Die Freiheit im Bereich des Privatlebens hängt für sie von der Einstellung und Religion ihrer Arbeitskollegen ab, mit denen sie zusammen in den gleichen Unterkünften leben und in denen es häufig so gut wie keine Privatsphäre gibt.

Familienleben: Alle einheimischen Katarer gelten per Definition als Muslime. Für eine muslimische Familie ist es eine große Schande, wenn eines ihrer Mitglieder den Islam verlässt. Christen muslimischer Herkunft stehen in erheblicher Gefahr, zur Wiederherstellung der Familienehre ermordet zu werden. Wenn ihre Familien oder ihr gesellschaftliches Umfeld ihren Glauben entdecken, drohen ihnen körperliche Gewalt oder die Verbannung. Daher bleiben viele Christen muslimischer Herkunft aus Angst vor Gerüchten oder gar Verrat anonym.

Gesellschaftliches Leben: Alle Christen stehen durch alle möglichen Diskriminierungen mehr oder minder unter Druck, ihrem Glauben abzuschwören. Christliche Arbeitsmigranten können an ihrem Arbeitsplatz schikaniert und diskriminiert werden, wenn ihr Glaube bekannt wird, Christen muslimischer Herkunft werden es in jedem Fall. Diskriminierung vonseiten der (lokalen) Behörden betrifft alle Christen.

Leben im Staat: Das Rechtssystem basiert auf der Scharia, und die Hinwendung zu einer anderen Religion als dem Islam kann mit dem Tod bestraft werden. Muslime haben mehr Rechte als Anhänger anderer Religionen. Besonders Christen muslimischer Herkunft erleben starken Druck vonseiten der Behörden, wenn ihr christlicher Glaube bekannt wird. Ertappen die Behörden Arbeitsmigranten und ausländische Christen dabei, wie sie das Evangelium mit Muslimen teilen, kann dies zu ihrer Verhaftung und Ausweisung führen.

Kirchliches Leben: Ausländische Christen können sich nur privat oder an dafür ausgewiesenen Orten versammeln. Äußere Zeichen des Glaubens, wie Kreuze an Kirchengebäuden, sind verboten. Es gibt in Katar sechs registrierte und viele unregistrierte Gemeinden, die die große Gruppe der Arbeitsmigranten betreuen. Christen mit muslimischem Hintergrund dürfen ihre Gottesdienste nicht besuchen. Die offizielle Registrierung einer Kirche ist schwierig und scheitert häufig an der dafür vorgeschriebenen Mindestzahl von 1.500 registrierten Mitgliedern. Die meisten Kirchen befinden sich in einem Außenbezirk der Hauptstadt Doha. Dies führt zu einer Bildung von Ghettos. Unter dem Vorwand, ihre Sicherheit gewährleisten zu wollen, werden die Kirchen zudem streng überwacht. Die Veröffentlichung, der Import und die Verteilung von religiösem Material werden stark reguliert. Die Kirchen dürfen selbst kein Material mehr importieren, sondern sind auf säkulare Buchhandlungen angewiesen. Ein positives Signal für die Christen vonseiten der katarischen Behörden war die Erteilung von Baugenehmigungen für Kirchen der libanesischen maronitischen Gemeinde und der philippinischen evangelikalen Gemeinschaft 2015.

Auftreten von Gewalt: Es gibt in Katar sehr wenig bestätigte Gewalt, die gegen Christen gerichtet ist. Der Wert für Gewalt (0,370) ist im Vergleich zum vergangenen Jahr (0,185) leicht gestiegen, da mehrere Christen gezwungen wurden, das Land zu verlassen. Im Berichtszeitraum hat Open Doors keine Berichte über gewalttätige Angriffe auf Christen wegen ihres Glaubens erhalten. Diese Vorfälle bleiben jedoch auch zumeist unbekannt. Ausländische Christen stehen weiter stark in der Gefahr, inhaftiert und ausgewiesen zu werden, wenn sie Muslimen das Evangelium weitergeben.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die politische, soziale und wirtschaftliche Situation Katars scheint relativ stabil zu sein. Eine große Herausforderung für das Land ist, seine kulturellen und religiösen Standards inmitten der rapiden Modernisierung und Entwicklung aufrechtzuerhalten. In ihrer Prognose für die nächsten Jahre schreibt die Economist Intelligence Unit (EIU): „Die von der Regierung betriebene Sparpolitik wird sehr wahrscheinlich keinen innenpolitischen Konflikt auslösen und Katar sollte unter dem Emir Scheich Tamim bin Hamad al-Thani politisch relativ stabil bleiben. Die Beziehungen zu den Nachbarn in der Golfregion werden sich aufgrund von al-Thanis diplomatischen Bemühungen verbessern.“

Während der Vorbereitungen für die Fußballweltmeisterschaft 2022 hat die beklagenswerte Behandlung von Arbeitsmigranten in Katar mehr und mehr die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit erregt. Durch Druck aus dem Westen führt das Land kleine – aus der Sicht von Menschenrechtsorganisationen: kosmetische – Reformen in den Arbeitsbedingungen für ausländische Arbeiter durch. Trotz des Drucks, die Situation der Menschenrechte zu verbessern, werden keine bedeutenden Verbesserungen in dem streng islamischen Land erwartet, das für die umfassende Kontrolle seiner Gesellschaft bekannt ist. Demnach werden in naher Zukunft auch keine bedeutenden Veränderungen in der Religionsfreiheit für Christen erwartet.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 21: Ägypten

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 65 Punkten belegt Ägypten Platz 21 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Dies ist ein Anstieg im Vergleich zum WVI 2016, auf dem Ägypten mit 64 Punkten Platz 22 einnahm. Christen in Ägypten – nicht nur jene muslimischer Herkunft, sondern auch die einheimische koptische Gemeinschaft – stehen auch weiterhin unter starkem Druck. Ägyptische Christen leben in einer stark polarisierten Gesellschaft, in der die Stabilität durch die Kluft zwischen islamistischen und säkular-nationalistischen Ägyptern gefährdet ist. Die Regierung von Präsident al-Sisi scheint entschieden, militante Islamisten zu bekämpfen, zeigt sich aber gleichzeitig nicht willig, bedeutsame Maßnahmen zur Sicherung der Religionsfreiheit und gleicher Bürgerrechte für Christen zu ergreifen. Das restriktive Gesetz zum Bau von Kirchen, das letztes Jahr von Parlament verabschiedet wurde, ist ein Zeichen dafür, dass die Regierung nicht gegen den Einfluss von Islamisten immun ist.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Christenverfolgung in Ägypten sind „Islamische Unterdrückung“ und in einem geringeren Ausmaß „Diktatorische Paranoia“ sowie „Organisiertes Verbrechen und Korruption“, wobei beide mit „Islamischer Unterdrückung“ vermischt sind.

Islamische Unterdrückung: Die Triebkraft Islamische Unterdrückung hat in Ägypten viele Gesichter. Auf politischer Ebene sind unterschiedliche Formen von Diskriminierung festzustellen, im Familienleben sind Christen muslimischer Herkunft besonders stark betroffen. Es gibt gewaltsame Übergriffe durch Islamisten, die eng mit organisiertem Verbrechen in Verbindung stehen. Zu beachten ist, dass die Islamisten 2013 zwar aus der Regierung, nicht aber aus dem Land vertrieben wurden. Sie sind eine ständige Bedrohung für die Stabilität im Land und eine besondere Gefahr für die christliche Bevölkerung. Im Sinai agieren islamisch-extremistische Gruppierungen weitgehend straffrei.

Diktatorische Paranoia: Der traditionell autoritäre Führungsstil in Ägyptens politischem System ist vielleicht die einzige Konstante während der drei Regierungswechsel in nur drei Jahren (2011-2014). Die jeweiligen Machthaber gleichen sich in ihrem autoritären Regierungsstil. 2011 wurde eine jahrzehntelange Periode aufeinanderfolgender Diktatoren durch massive Proteste aus der Bevölkerung beendet, was schließlich zur umstrittenen Wahl der Muslimbruderschaft führte. Die von Mohammed Mursi geführte und alles andere als demokratische Regierung wurde 2013 nach massiven Protesten der Bevölkerung mit Unterstützung des Militärs gestürzt. Gegenwärtig wird das Land durch eine Zivilregierung unter dem früheren General Abd al-Fattah al-Sisi geführt, der nach der Präsidentschaftswahl im Mai 2014 an die Macht kam. Seine Regierung betrachtet offenbar die Einhaltung der Menschenrechte und die pluralistische Demokratie als nachrangig gegenüber den

ungelösten Problemen in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Sicherheit. In diesem Kontext ist daher Religionsfreiheit für die Christen nicht völlig garantiert.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Die weit verbreitete Korruption und Kriminalität und der herrschende Mangel an Sicherheit, besonders im Sinai, haben eine strukturell bedingte Straflosigkeit geschaffen, in der feindselige Handlungen gegen besonders gefährdete Gruppen (solche, die keinen Fürsprecher in der politischen Arena haben) nicht bestraft werden. Davon sind auch Christen betroffen. Darüber hinaus hat die Belästigung und Gewalt gegen Frauen zugenommen. Darunter leiden in einem islamisch-extremistischen Umfeld Frauen aller Religionsgemeinschaften, besonders jedoch jene aus Minderheiten wie der christlichen.

Aktuelle Einflüsse

Das Versagen von Ex-Präsident Mursi bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme des Landes sowie die fortschreitende Auflösung der demokratischen Institutionen und die beschleunigte Islamisierung der ägyptischen Politik waren die Hauptauslöser für die massiven Proteste im Juli 2013. Die schnelle Aufeinanderfolge von Revolutionen zeigt die tiefsitzende Frustration der Bevölkerung über die schwierige wirtschaftliche Situation, genauso aber auch ein um Stabilität ringendes demokratisches System sowie die enorme Polarisierung der ägyptischen Gesellschaft. Für viele Menschen kam das Einschreiten des Militärs 2013 eher überraschend, und doch betrachteten viele, wenn nicht sogar die meisten, Ägypter al-Sisi und das Militär als Retter aus dem stählernen Griff des islamisch-extremistischen Mursi-Regimes.

Durch seinen autoritären Regierungsstil hat Präsident al-Sisi die Rechtsstaatlichkeit in Ägypten in gewissem Maß wiederhergestellt. Dabei fordert er jedoch eine strengere Einhaltung der relativ restriktiven Religionsgesetze, was sich auch zum Nachteil der ägyptischen Christen auswirkt. Dies gilt umso mehr, als ein Gesetz vom November 2013 zur Regulierung öffentlicher Proteste die freie Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit einschränkt. Auch das 2016 erlassene Gesetz zum Bau von Kirchen enthält Beschränkungen, die zu erhöhtem Druck auf Christen beitragen.

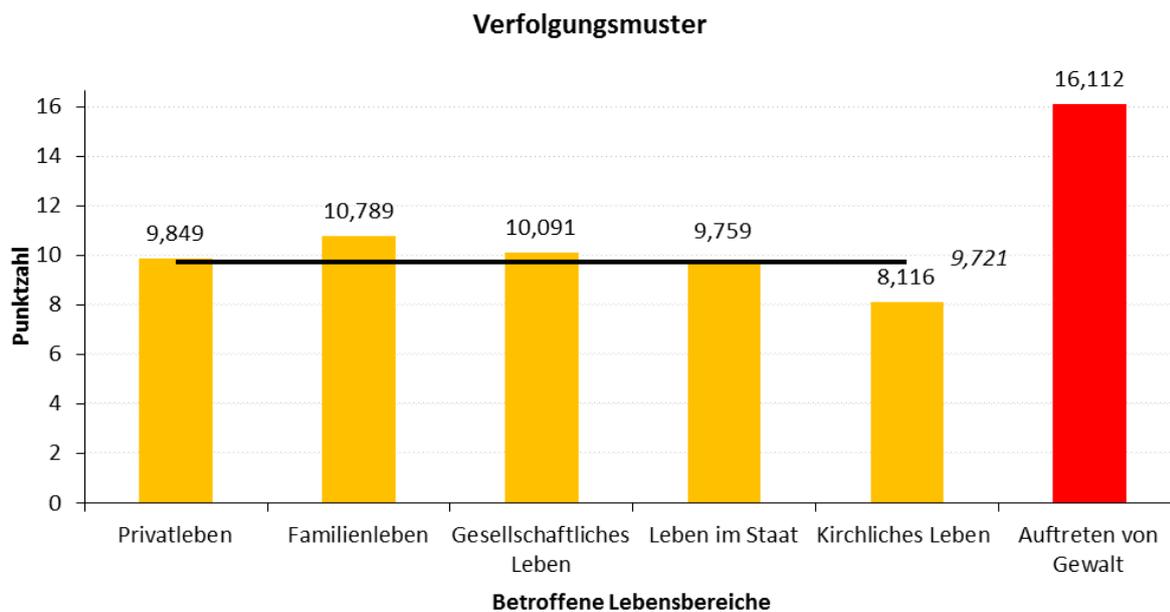
Betroffene Kategorien von Christen

In Ägypten leben zwei der vier im WVI unterschiedenen Kategorien von Christen:

Christen aus traditionellen Kirchen: Die größte dieser Gemeinschaften ist die koptisch-orthodoxe Kirche. Es gibt auch gut etablierte protestantische Gemeinschaften im gesamten Land. Die zahlenmäßig starke Minderheit der Kopten erlebt trotz erheblicher Schwierigkeiten (wie Diskriminierung in Ausbildung, Gesundheitsversorgung und bei Behörden sowie durch Gesetze, die das Gemeindeleben erheblich einschränken) ein gewisses Maß an Toleranz seitens des Staates und der muslimischen Bevölkerung aufgrund ihrer historischen Präsenz und Größe (von geschätzten 10-11 Millionen Mitgliedern). In den letzten Jahren hat sich die Lage jedoch verschlechtert, da auch Christen traditioneller Kirchen von ihren Nachbarn sowie islamisch-extremistischen Gruppierungen angegriffen wurden.

Christen muslimischer Herkunft: Es gibt eine kleine, aber wachsende Gemeinschaft von Christen muslimischer Herkunft, die der vollen Wucht der Verfolgung ausgesetzt sind, zumeist durch die eigene Familie. Diese bestraft die vom Islam „Abgefallenen“ zumeist durch physische Gewalt oder durch das Verstoßen aus der Familie. Sowohl Christen muslimischer Herkunft als auch koptische Christen sind im ganzen Land anzutreffen, letztere am stärksten in Oberägypten, Kairo und Alexandria. Das Maß an Verfolgung ist im gesamten Land etwa gleich stark.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Ägypten

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Ägypten:

- Der Durchschnittswert des Drucks auf Christen in Ägypten ist hoch (9,721), nahm aber seit dem WVI 2016 (9,913) etwas ab.
- Am stärksten ist der Druck in den Bereichen „Familienleben“ (10.789), „gesellschaftliches Leben“ (10,091) und „Privatleben“ (9,849). Dieses Muster ist charakteristisch für eine von der Triebkraft Islamische Unterdrückung geprägte Situation.
- Im Bereich „Leben im Staat“ erfahren koptische Christen Einschränkungen durch Gesetze.
- Die Wertung für den Bereich Gewalt weist weiterhin eine extrem hohe Punktezahl auf (16,112) und ist seit dem WVI 2016 (14,445) angestiegen. Sowohl militante salafistische Gruppierungen als auch die Gesellschaft insgesamt verübten Angriffe auf Christen.
- Die Christenverfolgung in Ägypten resultiert aus dem Druck seitens der Gesellschaft, des Staates sowie nichtstaatlicher islamischer Gruppen. Christen muslimischer Herkunft werden zusätzlich von ihrer Familie unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen.

Privatleben: Christen muslimischer Herkunft erfahren sogar privat zuhause starke Einschränkungen. Persönliches Glaubensleben ist gefährlich und Christen muslimischer Herkunft stehen unter großem Druck, an den täglichen islamischen Gebeten und am Fasten während des Ramadan teilzunehmen.

Familienleben: Besonders in ländlichen Gebieten werden Christen muslimischer Herkunft vonseiten der Kern- und der weiteren Familie enorm unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. (Zum Vergleich: Der Druck auf Christen aus der großen koptischen Gemeinschaft ist sowohl im Privat- als auch im Familienleben wesentlich geringer.) Christen muslimischer Herkunft erfahren sogar körperliche Übergriffe und Todesdrohungen.

Gesellschaftliches Leben: Kopten werden oft vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Open Doors-Feldforschern zufolge erleben Christen andauernde Diskriminierung in den Bereichen Justiz, Ausbildung und Sozialleistungen und sind grundsätzlich stärker von Armut betroffen. Darüber hinaus müssen sich koptische Christen vermehrt mit „Gerichtsverhandlungen nach Gewohnheitsrecht“ auseinandersetzen, in denen meist Zwistigkeiten zwischen Muslimen und Christen verhandelt werden. In dieser alternativen Form der Rechtsprechung werden Christen, vor allem aus der koptischen Kirche, in der Regel stark benachteiligt.

Leben im Staat: Die Religionsfreiheit ist nicht gewährleistet und das Justizwesen ist gegenüber Nicht-Muslimen voreingenommen und behandelt Christen, besonders Christen muslimischer Herkunft, als Bürger zweiter Klasse. Außerdem werden die Möglichkeiten, den christlichen Glauben individuell sowie kollektiv auszuleben, eingeschränkt.

Kirchliches Leben: Die Autonomie der koptisch-orthodoxen Kirche wird weitgehend respektiert, allerdings erleben Kopten Hindernisse im Verwaltungsbereich, so etwa bei Genehmigungen zur Renovierung von Kirchengebäuden. Diese Hindernisse sind im Berichtszeitraum des WVI 2016 mit der Verabschiedung eines Gesetzes, das den provinziellen Behörden willkürliche Macht bei der Ausstellung von Baugenehmigungen einräumt, noch unüberwindbarer geworden.

Auftreten von Gewalt: Im Berichtszeitraum des WVI 2017 führten Ereignisse aus unterschiedlichen Quellen zu einem extremen Ausmaß an Gewalt. Berichten zufolge wurden mehrere Dörfer von extremistischen Muslimen angegriffen, wobei mindestens 12 Christen getötet wurden. Open Doors-Feldforscher berichteten, dass zehn Kirchen geschlossen wurden. Anderen Feldberichten zufolge beruht auch die Vertreibung von Christen auf Angriffen von Mobs. Zwei solche Fälle wurden im Berichtszeitraum bekannt. Manchmal wird die gesamte christliche Gemeinschaft eines Dorfes unter Druck gesetzt, mitsamt ihren Familien das Dorf zu verlassen, wobei ihnen häufig nicht einmal die Mitnahme ihres Eigentums gestattet wird. 2016 ging der Fall eines Übergriffs auf eine ältere christliche Dame durch die Medien. Sie wurde von einem Mob angegriffen (der sie nackt auszog und in einer Parade durch das Dorf führte), da ihr Sohn unter der Anschuldigung stand, eine Liebesbeziehung mit einem muslimischen Mädchen zu führen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

1. Die für Ägyptens Zukunft bestimmenden Elemente betreffen im Wesentlichen den politischen und den wirtschaftlichen Sektor. Das Land ist durch eine schier unüberbrückbare religiös-ideologische Spaltung geteilt. Dabei stehen verschiedenen extremistischen Prägungen des Islam (von Salafisten bis Muslimbruderschaft) politisch liberale Kräfte (Säkularisten) gegenüber. Die Bedrohung durch islamisch-extremistische Bewegungen in Ägypten ist keineswegs abgewendet. Außerdem nähren die herrschende Jugendarbeitslosigkeit und die Stagnation der Wirtschaft die Unzufriedenheit in der Gesellschaft. Solange die Regierung keinen Weg findet, diese Probleme zu lösen, besteht die Gefahr, dass militante Gruppen das Land destabilisieren und Christen noch stärker verfolgen.
2. Um die Anerkennung und wenigstens einige Unterstützer aus der Anhängerschaft der Muslimbruderschaft zu gewinnen, könnte die Regierung möglicherweise Gesetze erlassen, die die Freiheit ägyptischer Christen einschränken. Die Härte, mit der die Regierung gegen militante Islamisten und politische Gruppen vorgeht, könnte auch dazu führen, dass sich mancher junger Muslim vor den Kopf gestoßen fühlt und sich deshalb extremistischen regierungsfeindlichen Bewegungen zuwendet.
3. Die koptisch-orthodoxe Kirche gibt sich deutlich als Unterstützer der Regierung unter Präsident al-Sisi zu erkennen. Das birgt allerdings das Risiko, dass Christen noch stärkerer Verfolgung ausgesetzt sein könnten, sollte sich die politische Landschaft Ägyptens in der näheren Zukunft verändern.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 22: Äthiopien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 64 Punkten belegt Äthiopien Platz 22 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. 2016 nahm das Land mit 67 Punkten Platz 18 ein. Die Gesamtpunktzahl sank um 3 Punkte, was auf die Verringerung des Drucks auf Christen zurückzuführen ist, doch die Wertung für den Bereich Gewalt stieg an.



Triebkräfte der Verfolgung

Die fünf Triebkräfte der Verfolgung in Äthiopien sind „Islamische Unterdrückung“ und „Konfessioneller Protektionismus“ (Haupttriebkräfte) sowie „Exklusives Stammesdenken“, „Diktatorische Paranoia“ und „Säkulare Intoleranz“. Diese fünf Triebkräfte bilden in ihrem Zusammenspiel eine komplexe Verfolgungsdynamik im Land.

Islamische Unterdrückung: Die Bevölkerung des Landes besteht zu ungefähr 63 Prozent aus Christen und zu 34 Prozent aus Muslimen. Letztere Gruppe dominiert die Regionen Afar und Somali und Teile der Region Oromia. Vor dem Hintergrund eines auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zunehmend extremistischen (oder politischen) Islam, hat die Gefährdung verschiedener Kategorien von Christen in fast allen Lebensbereichen zugenommen. Dies gilt besonders für die ländlichen Gebiete, welche von Muslimen dominiert werden. Die dort lebenden Christen werden von Muslimen drangsaliert, ihnen wird der Zugang zu kommunalen Versorgungseinrichtungen verwehrt und sie werden Opfer gewalttätiger Übergriffe. Christliche Konvertiten, wie Christen muslimischer Herkunft, werden geächtet und ihnen werden Familienrechte wie Erbrecht oder das Sorgerecht für ihre Kinder verwehrt. Wichtig ist auch zu beachten, dass der wachsende extremistische Islam in den Nachbarländern Somalia und dem Sudan auch auf Äthiopien übergreift.

Konfessioneller Protektionismus: Dies ist die zweite Haupttriebkraft der Christenverfolgung und geht von der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche (EOC) aus. Viele Jahre lang hat die EOC Christen verfolgt, die sich von ihr abgewendet haben, um sich entweder den protestantischen Freikirchen oder einer der Erneuerungsbewegungen innerhalb der EOC anzuschließen. Diese Verfolgung nimmt verschiedene Formen an. Beispielsweise gibt es gewalttätige Übergriffe von Mitgliedern der EOC auf die reformierten Gruppierungen. Mitglieder der EOC nutzen zudem ihre Verbindungen zur Regierung, um die Entwicklung von nicht-orthodoxen Kirchen einzudämmen. Sie unterstützen beispielsweise auch die Regierung in der Verabschiedung von Gesetzen, welche die Ausdehnung des protestantischen Glaubens einschränken soll. So befreit zum Beispiel das Registrierungsgesetz einzig die Orthodoxe Kirche von der Pflicht einer Registrierung. Außerdem besitzt die EOC eine starke Medienpräsenz, die sie verwendet, um Protestanten und Unterstützer der Erneuerungsbewegungen zu dämonisieren.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Im letzten Vierteljahrhundert hatte die ethnisch orientierte Politik große Auswirkungen auf alle Lebensbereiche im Land. Dieser politische Diskurs propagiert die Suche nach „Wurzeln und Identität“, was zu einer feindseligen Haltung Einzelner und ganzer

Gruppierungen gegenüber Christen führte. Von 1974 bis 1991 befand sich das Land unter kommunistischer Herrschaft. Nach einem 17-jährigen Kampf mehrerer ethnischer Gruppen gegen die Regierung wurden die Kommunisten entmachtet. Den ethnischen Gruppen wurden 1991 im Rahmen der äthiopischen Übergangsverfassung – Statuten, die nach dem Fall des kommunistischen Regimes eingesetzt wurden – Anerkennung und Schutz ihrer eigenen Kultur und Identität zugesichert. Was anfangs politisch sinnvoll und richtig erschien, mündete schließlich in eine Ablehnung der Christen durch einige dieser ethnischen Gruppierungen. In Regionen wie Afar oder Somali sind Islam und Stammeszugehörigkeit untrennbar miteinander verbunden. Manche Stämme fordern von den Christen, sich an Kämpfen gegen andere Stämme zu beteiligen und bestrafen Verweigerung.

Diktatorische Paranoia: Die äthiopische Regierung wird immer autoritärer. Sie hat den Raum für die Zivilgesellschaft sowie für religiöse Institutionen geschlossen. Obwohl hochrangige Regierungsmitglieder, wie der Premierminister, Protestanten sind, ist die Regierung gegenüber Religion im Allgemeinen und Christen im Besonderen argwöhnisch. Zum einen ist die Regierung davon überzeugt, dass religiöse Gruppen die Menschen äußerst wirksam organisieren können, was Bedenken weckt, diese könnten durch ihre Aktivitäten theoretisch auch einen Umsturz herbeiführen. Zum anderen hält die Regierung Protestanten für gefährlich, insbesondere die Mitglieder protestantischer Freikirchen. Sie hegt den Verdacht, diese seien ausländische Spione, die einen Regimewechsel anstreben, obwohl es keinerlei Fakten gibt, die diesen Verdacht unterstützen würden. Zudem vermutet die Regierung, dass es in den Reihen der EOC eine erhebliche Anzahl von Leitern gibt, die Unterstützer der Oppositionsgruppen sind. Die Regierung hat Gesetze verabschiedet, die den Handlungsspielraum von religiösen Institutionen limitieren. „Freedom House“ stuft das Land in seinem Bericht 2016 als „nicht frei“ ein. Die Regierung rief aufgrund der anhaltenden Demonstrationen im Oktober 2016 den Ausnahmezustand aus. Im Allgemeinen hängt die Verfolgung von Christen durch die Regierung untrennbar mit Sicherung von deren Machterhalt zusammen.

Säkulare Intoleranz: Bis 1974 war die EOC Staatsreligion in Äthiopien. Als 1974 die kommunistische Militärjunta an die Macht kam, vertrieb sie die Religion aus dem öffentlichen Leben. Nach 17 Jahren Bürgerkrieg wurde das Regime 1991 von Rebellen verdrängt. Die Rebellengruppen formten anschließend eine Übergangsregierung. 1995 wurde eine neue Verfassung verabschiedet. In Artikel 11 der Verfassung steht ausdrücklich: „Staat und Religion sind getrennt; es soll keine Staatsreligion geben; der Staat soll sich nicht in religiöse Angelegenheiten einmischen und die Religion soll sich nicht in staatliche Angelegenheiten einmischen.“ Dennoch traten einige Probleme auf. Ein Experte meinte dazu, es gebe „eine Spannung in der Umsetzung des Säkularismus in Äthiopien, die so weit geht, dass die Annahme, die säkularen Prinzipien würden die Religionsfreiheit untergraben, gerechtfertigt scheint. Das Verbot, Rundfunkprogramme für religiöse Zwecke auszustrahlen, wie auch das Verbot religiöser Aktivitäten in Bildungsinstitutionen schränken die Religionsfreiheit und die Freiheit, Religion zu lehren und zu predigen, ein.“

Aktuelle Einflüsse

Äthiopien ist ein Land, in dem verschiedene Triebkräfte Druck auf Christen in allen Lebensbereichen ausüben. Der folgende Abschnitt gibt Hintergrundinformationen zu der Verfolgungssituation in Äthiopien.

Proteste und Ausnahmezustand – aktuelle Ereignisse: Im Berichtszeitraum des WVI 2017 wurde Äthiopien von zahlreichen politischen Turbulenzen heimgesucht. Auf die anhaltenden und massiven Demonstrationen, die besonders in der Region Oromia stattfanden, reagierte die Regierung mit Gewalt. Allerdings zielten Sicherheitskräfte nicht in besonderer Weise auf Christen und schienen unparteiisch vorzugehen, zumindest was die Religion der Demonstranten betraf. Einige Berichte sprachen von Angriffen auf Kirchen in einem mehrheitlich muslimischen Gebiet in Oromia. Jedoch waren die Anführer der Proteste schnell dabei, diese Angriffe zu verurteilen und riefen die Demonstranten dazu auf, sicherzustellen, dass die Proteste nicht zu religiösen Konflikten oder Spaltungen führen würden. An dem Konflikt in Oromia wurde einmal mehr deutlich, dass die ethnische Zugehörigkeit wichtiger ist als die religiöse. In der Amhara-Region waren die meisten Gebiete, in denen es zu Protesten und Unruhen kam, mehrheitlich koptisch-orthodox.

Historische Perspektive: Äthiopiens Geschichte ist seit langer Zeit sowohl vom Christentum als auch vom Islam geprägt. Im Lauf der Zeit haben beide Religionen versucht, ihren Einfluss auszuweiten und dabei manch blutige Schlacht geschlagen, in welche auch ausländische Akteure wie die Türkei, Portugal und Ägypten involviert waren. Außerdem leben in Äthiopien viele Stämme. Sie sind dem christlichen Glauben gegenüber im Allgemeinen nicht wohlgesinnt und in manchen Regionen wie Afar und Somali ist ihre Identität mit dem Islam verbunden. Zudem hat die herrschende Partei die Plattformen für Meinungs- und Versammlungsfreiheit geschlossen und versucht, alle religiösen Institutionen zu kontrollieren, mit dem Bestreben, Meinungsverschiedenheiten zu unterbinden. 2009 erließ die Regierung ein Gesetz, das die Religions-, Vereinigungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit einschränkt. Christlichen Wohlfahrtsorganisationen ist es nun verboten, Gelder aus dem Ausland für Menschenrechtsangelegenheiten, Konfliktlösung und demokratiebezogene Themen zu erhalten. Die regierende Partei sicherte ihren Machterhalt durch die Behauptung, bei den Wahlen im Mai 2015 100 Prozent der Sitze im Parlament gewonnen zu haben. Es scheint, als habe Premierminister Hailemariam Desalegn alle Aufrufe der internationalen Gemeinschaft zu Reformen, wie etwa der Zivilgesellschaft, der Pressefreiheit etc. mehr Raum zu gewähren, ignoriert. Infolge der Proteste und der Gewalt, von denen das Land 2015 und 2016 erschüttert wurde, löste der Premierminister das Kabinett auf. Viele Investoren haben das Land wegen der herrschenden Unsicherheit verlassen. Dennoch bleibt Äthiopien ein Hauptempfänger der internationalen Hilfsprogramme.

Entwicklungen in der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche (EOC): Immer noch geht die EOC gezielt gegen Protestanten und reformorientierte Gruppen innerhalb der EOC selbst vor. Dies geschieht vor allem durch fanatische Untergruppen der EOC. In ihren Magazinen und Zeitungen sowie auf ihren Webseiten verwenden sie hetzerisches Vokabular gegen Protestanten und Evangelikale. Mit Begriffen wie „Neulinge“, „Falsche Propheten“ oder „Menafikan“ (Leugner der Jungfrau Maria und der Heiligen) stellen sie Protestanten als Ungläubige bzw. Abweichler dar. Man nimmt an, dass die protestantische Gemeinschaft im Land jährlich um 6,7% wächst. Um einen Bezug herzustellen: Laut der Volkszählung von 1994 machten Christen ca. 61,6% der Bevölkerung aus, Muslime 32,8% und Animisten 4,6%. In dieser Zeit machten die äthiopisch-orthodoxen Christen die Hälfte der Bevölkerung aus, Protestanten lediglich 10%. Bei einer Zählung 2007 ergab sich, dass nun lediglich 43,5% der Bevölkerung orthodoxe Kirchgänger waren, Protestanten 18,6% und Muslime 33,9%. Dieser rasche demografische Wandel hat Feindseligkeiten gegenüber den Protestanten vonseiten der EOC und der Muslime hervorgerufen. Die meisten Protestanten kommen aus der EOC.

Betroffene Kategorien von Christen

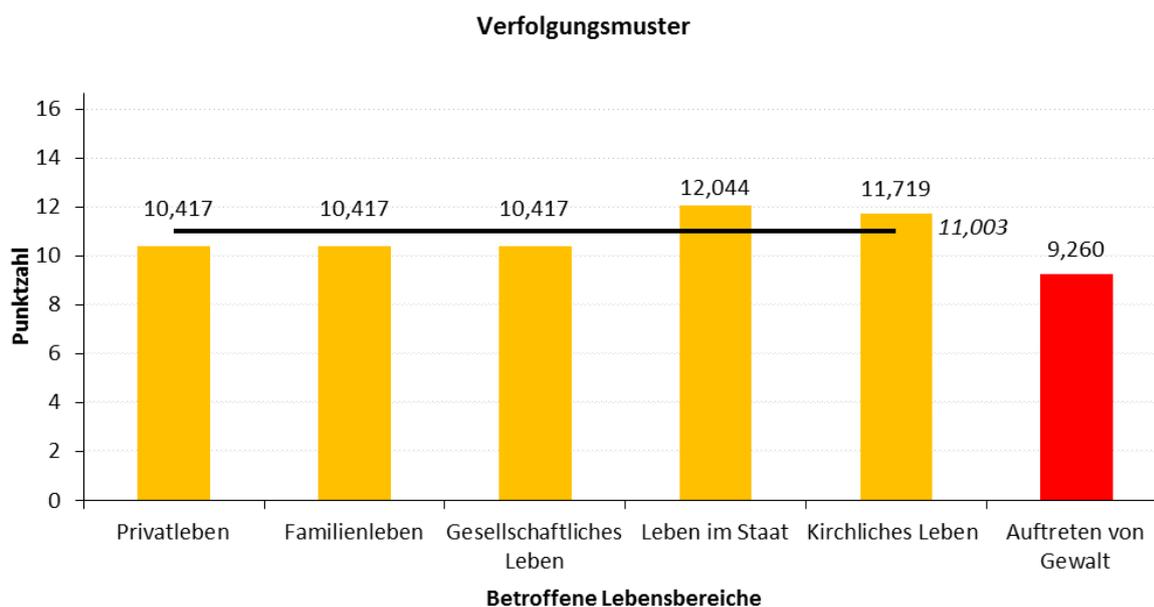
In Äthiopien leben drei Kategorien von Christen:

Christen aus traditionellen Kirchen: Die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche (EOC) ist dafür ein typisches Beispiel. Sie ist im Land stark vertreten. An ihr lässt sich die Komplexität der Verfolgungsdynamik gut aufzeigen, denn sie ist selbst von Verfolgung betroffen und spielt gleichzeitig eine maßgebliche Rolle als Verfolger. Christen aus dieser Kategorie erfahren Verfolgung durch die Regierung und islamische Extremisten. Auch in Stammesgebieten ist der Druck auf EOC-Mitglieder hoch.

Christen muslimischer und animistischer Herkunft sowie Christen, die ihre Denomination gewechselt haben: Letztere sind Christen, die aus traditionellen Kirchen wie der EOC stammen und sich anderen christlichen Glaubensrichtungen zugewandt haben. All diese christlichen Konvertiten erleben in Äthiopien Verfolgung durch verschiedene Triebkräfte. In vorrangig muslimischen Landesteilen werden Christen muslimischer Herkunft von Mitgliedern ihrer Familie oder Großfamilie sowie durch Dorfälteste und andere Leiter, wie etwa Leiter nicht-christlicher Religionsgemeinschaften, bedrängt. In von der EOC geprägten Regionen geht die Verfolgung von der EOC aus. In allen Landesteilen ist aber auch die Verfolgung durch die Regierung spürbar. In Gebieten, in denen Ethnisch begründete Anfeindungen dominieren, können Konvertiten Verfolgung vonseiten der Anhänger der traditionellen Glaubenssysteme erfahren und von Muslimen, die versuchen, sie zur Teilnahme an verschiedenen Aktivitäten zu zwingen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Hierzu zählen beispielsweise evangelikale und Pfingstgemeinden. Diese Kategorie von Christen ist im Land stark vertreten. Sie erleiden vielfältige Verfolgung durch die Regierung, die EOC und den Islam. Diese Gruppe der Protestanten wächst im Vergleich zu anderen Kirchen zahlenmäßig sehr schnell.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Äthiopien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Äthiopien:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen blieb sehr groß (11,003), ließ aber im Vergleich zu der Wertung des WVI 2016 (11,987) nach.
- Am stärksten ist der Druck in den Bereichen Leben im Staat (12,004) und kirchliches Leben (11,719). Dies ist charakteristisch für ein Land, in dem Diktatorische Paranoia herrscht.
- In mehrheitlich muslimischen Gebieten ist die Verfolgung in den Bereichen Privatleben und Familienleben am stärksten und betrifft vor allem Christen muslimischer Herkunft. Dies ist auf die Triebkraft Islamische Unterdrückung zurückzuführen.
- Die Wertung für den Bereich Gewalt stieg von 7,037 aus dem Berichtszeitraum des WVI 2016 auf 9,260.
- Die Gesamtsituation der Christenverfolgung in Äthiopien kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Obwohl der Druck auf Christen nachgelassen hat, ist die Gewalt, die aus den Triebkräften Islamische Unterdrückung und Konfessioneller Protektionismus resultiert, besorgniserregend stark angestiegen.

Privatleben: In diesem Lebensbereich sind Christen muslimischer Herkunft sowie Christen, welche die EOC verlassen haben, am stärksten betroffen. Christliche Konvertiten erfahren Widerstand und werden häufig von Familie und Gemeinschaft geächtet. Eltern, Familienmitglieder, Verwandte oder sogar andere Dorfbewohner zeigen zumindest eine gewisse Form von Widerstand. Der Besitz christlicher Materialien, Zugang zu christlichen Medien und selbst das Zusammentreffen mit anderen Christen erweisen sich als problematisch. Wenn ein Christ orthodoxen Hintergrunds die EOC verlässt und sich einer protestantischen Gruppe anschließt (vor Ort werden diese *Pentay* genannt), werden Familienmitglieder, Priester und fanatische Gruppierungen der EOC diese Person verfolgen. Manchmal werden die betreffenden Personen sogar gezwungen, Weihwasser zu trinken, da angenommen wird, sie seien von einem Dämon besessen.

Familienleben: Auch in diesem Bereich sind christliche Konvertiten auf besondere Weise von verschiedenen Formen von Verfolgung betroffen. Im Todesfall wird nicht-äthiopisch-orthodoxen Christen sowohl in muslimisch dominierten Regionen als auch in EOC-dominierten Regionen häufig ein Platz auf dem Friedhof verweigert. In den muslimischen Regionen müssen christliche Kinder islamische Schulen besuchen. In vielen Teilen des Landes werden Kinder christlicher Eltern zudem wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert.

Gesellschaftliches Leben: In einer auf die dörfliche Gemeinschaft orientierten Gesellschaft wie Äthiopien spielen religiöse Unterschiede in vielerlei Hinsicht eine entscheidende Rolle. In von der EOC geprägten Regionen üben Familie, Kommune und Kirchenleiter erheblichen Druck auf Anhänger protestantischer Freikirchen und auf Christen, die die EOC verlassen haben, aus. Den Christen mit muslimischem Hintergrund wird vonseiten der Imame, Madrassa-Lehrer und öffentlichen Leitungsverantwortlichen das Leben schwer gemacht. Mancherorts wird Christen die Nutzung kommunaler Versorgungseinrichtungen verwehrt. In anderen Gegenden werden Christen bewusst überwacht und an ihrem Arbeitsplatz diskriminiert. Häufig erfahren sie, dass die Gesellschaft sie als ungewollte Gruppe betrachtet. Manchmal wird Christen, besonders christlichen Konvertiten, in der

Erntezeit jegliche Hilfe verweigert, während sich andere Dorfbewohner gegenseitig beim Einholen der Ernte unterstützen.

Leben im Staat: In diesem Bereich wurde die höchste Punktzahl (12,004) verzeichnet, was auch einen massiven Einfluss auf die anderen Lebensbereiche hat. Ist eine Regierung tolerant, offen, transparent und demokratisch, spiegelt sich dies oft auch in einer toleranten und offenen Gesellschaft wider. Ist jedoch das Gegenteil der Fall, findet sich häufig auch in allen Gesellschaftsschichten Feindseligkeit gegenüber Diversität. Auf staatlicher Ebene will die äthiopische Regierung unter allen Umständen jeden Bereich der Gesellschaft kontrollieren. Religionsfreiheit wird konsequent durch entsprechende Gesetzgebung im Bereich der Zivilgesellschaft, die die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschränken, unterdrückt. Sicherheits- und Verwaltungsaufgaben werden als Grund genutzt, um missionarische Aktivitäten im Land zu verhindern. Berichten zufolge sind Regierungsbehörden auch nachlässig in der Strafverfolgung von Gewalttaten gegen Christen. Im Berichtszeitraum rief die Regierung zum ersten Mal seit 25 Jahren den Ausnahmezustand aus, was auch Auswirkungen auf christliche Gemeinden hat, für die es nun schwieriger ist, sich in der Öffentlichkeit zu versammeln und die manchmal sogar starken Druck erfahren, umfassende Selbstzensur zu üben, um sich keiner Aussage schuldig zu machen, die den weitreichenden und vieldeutigen Ausnahmezustand verletzen könnte. Die nationalen Gesetze schränken auch die Ausstrahlung von religiösen Inhalten im Rundfunk ein. Außerdem wurde ein Verbot religiöser Veranstaltungen, einschließlich Gebetsgruppen, in Bildungseinrichtungen verhängt.

Kirchliches Leben: In diesem Bereich nimmt der Druck viele unterschiedliche Formen an: Zum einen ist es schwierig, Religionsgemeinschaften zu registrieren. Muslimische Gemeinschaften und die EOC unterliegen dieser Anforderung nicht, doch für andere christliche Gemeinschaften ist eine Registrierung die Voraussetzung, um legal tätig zu werden. Zum anderen beobachten Beamte mit Beziehungen zur EOC andere christliche Gemeinschaften und nutzen ihre Stellung, um diesen ihre Registrierungsbescheinigung zu verwehren. In muslimischen Regionen kann es riskant sein, sich öffentlich gegen Verfolger zu stellen, weshalb Gemeindeleiter Verfolger meist nicht öffentlich verurteilen. Aus Angst vor Übergriffen verstecken zudem viele Christen muslimischer Herkunft aus vorwiegend muslimischen Regionen ihren Glauben und wagen es oft nicht einmal, eine Kirche zu besuchen.

Auftreten von Gewalt: Das oben angeführte Verfolgungsmuster zeigt, dass die Wertung für den Bereich Gewalt im Berichtszeitraum des WVI 2017 um mehr als 2 Punkte angestiegen ist. Es wurden mehr als 100 Übergriffe gegen Christen verzeichnet, darunter Gefängnisstrafen, Mord, physische Gewalt sowie Angriffe auf Geschäfte. Dahinter stehen in erster Linie Islamische Unterdrückung und Konfessioneller Protektionismus. Kirchengebäude wurden angegriffen und einige christliche Familien wurden vertrieben.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Äthiopien steht am Scheideweg. Die landesweiten Proteste und Demonstrationen, die nun seit mehr als einem Jahr andauern, haben die Regierung dazu veranlasst, zum ersten Mal seit 1991 den Ausnahmezustand auszurufen. Davon abgesehen hängt die Zukunft der Kirche Äthiopiens von

folgenden Faktoren ab: Erstens spielen die seit vielen Jahren bestehende strukturelle Vetternwirtschaft und offene Diskriminierung eine große Rolle (wie z.B. die Begünstigung der EOC). Zweitens ist die Verfolgungssituation in Äthiopien davon geprägt, dass die Regierung geschickt eine Gruppe gegen die andere ausspielt, um ihre politische Macht zu erhalten. So werden Angriffe auf Kirchengebäude und Gewalt gegen Christen von der Regierung häufig nicht geahndet (Politik der Beschwichtigung). Drittens schwächt der Konflikt zwischen den unterschiedlichen christlichen Kirchen die Gemeinschaft der Christen und verhindert ein gemeinsames Aufstehen gegen Verfolgung. Heftigste diesbezügliche Vorwürfe seitens der EOC gegenüber den Protestanten zeigen dies deutlich.

Äthiopien liegt am Horn von Afrika – einer der unberechenbarsten Regionen des Kontinents. Der Zustrom von Somaliern hat starke Auswirkungen auf die Christen in Äthiopien, denn mit mehr als fünf Millionen Somaliern ist Äthiopien das Land mit der größten somalischen Gemeinschaft außerhalb Somalias. Die beiden Länder teilen eine lange, sehr durchlässige Grenze. Somalias militante Islamisten stellen gerne heraus, dass Äthiopien ein christliches Land sei und daher historisch betrachtet als Feind gelte. Diese Einschätzung unterstrich einer ihrer Anführer, als er Somalia aufgrund Äthiopiens militärischen Vorgehens gegen die Al Shabaab-Miliz in Somalia als „ein muslimisches, arabisches Land, das von dem christlichen Land Äthiopien überfallen wurde“ bezeichnete. Dabei ist zu beachten, dass Al Shabaab Äthiopien mehrfach mit Angriffen gedroht hat. Ohne eine entscheidende Schwächung der von Al Shabaab-Miliz stehen Äthiopien in den nächsten Jahren möglicherweise ähnliche Angriffe wie die in Kenia bevor.

In der Zukunft des Landes zeichnen sich daher folgende Entwicklungen ab:

1. Die Verfolgung der Christen (insbesondere von Protestanten) wird von extremistischen Muslimen und aus den Reihen fanatischer Gruppierungen innerhalb der EOC vorangetrieben werden.
2. Islamische Unterdrückung wird weiter zunehmen und zukünftig eine Gefahr für den Staat und die Christen darstellen.
3. Seit Oktober 2016 befindet sich das Land im Ausnahmezustand. Die Stabilität des Landes hängt maßgeblich davon ab, wie die Zivilbevölkerung reagieren wird, wenn der Ausnahmezustand aufgehoben wird.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 23: Palästinensergebiete

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 64 Punkten belegen die Palästinensergebiete (Gaza und das Westjordanland) Platz 23 auf Weltverfolgungsindex 2017. Auf dem Weltverfolgungsindex 2016 nahmen die Palästinensergebiete mit einer Wertung von 62 Punkten Rang 24 ein. Der Punktanstieg ist auf einen leicht erhöhten Wert für das Auftreten von Gewalt und Anpassungen aufgrund der Verfügbarkeit von mehr Informationen zurückzuführen. Insgesamt bleibt der Druck auf Christen muslimischer Herkunft sehr hoch. Die Punktzahl für Gewalt ist zwar gestiegen, sie ist jedoch nach wie vor vergleichsweise niedrig.



Bitte beachten Sie: *Christen muslimischer Herkunft werden stark unter Druck gesetzt und verfolgt. Jedoch betonen sowohl Christen aus traditionellen Kirchen als auch aus protestantischen Freikirchen im Westjordanland in Gesprächen mit Feldforschern von Open Doors, dass die israelische (militärische) Kontrolle des Westjordanlands der Faktor ist, der ihre Freizügigkeit am meisten einschränkt – inklusive des Besuchs heiliger Stätten in Israel. Diese Beschränkungen richten sich jedoch nicht spezifisch gegen Christen, sondern betreffen alle Palästinenser, sodass sie im Rahmen des Weltverfolgungsindex nicht als Christenverfolgung eingestuft werden.*

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Christen sind überall in den Palästinensergebieten von Verfolgung betroffen, obwohl der Druck in Gaza aufgrund der dort aktiven islamistischen Bewegungen deutlich stärker ist als im Westjordanland. In Gaza sind muslimische Kämpfer aktiv, die noch extremistischer sind als die Hamas und mittlerweile auch im Westjordanland Fuß fassen. Dies schließt Zellen des „Islamischen Staates“ (IS) ein, sowohl aktive als auch „schlafende“. Auch wenn diese salafistischen Gruppen bisher keine große Macht besitzen, so darf ihr Einfluss doch nicht unterschätzt werden.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Diese Triebkraft zielt darauf ab, den anhaltenden Einfluss jahrhundertealter Normen und Werte zu sichern. In den Palästinensergebieten ist dies sehr eng mit dem Islam verknüpft und wirkt sich vor allem auf Christen muslimischer Herkunft aus. So wie im gesamten Nahen Osten besteht zwischen der Religion und der Familienidentität eine enge Verbindung, weshalb es als Verrat an der Familie betrachtet wird, den Islam zu verlassen. Viele Familien üben starken Druck auf Angehörige aus, die Christen geworden sind, zum Islam zurückzukehren, die Region zu verlassen oder zumindest nicht über ihren neuen Glauben zu sprechen. In vielen Fällen werden Christen mit muslimischem Hintergrund wegen ihres Glaubens aus ihren Familien verstoßen.

Aktuelle Einflüsse

Das Zusammenwirken einzelner Faktoren bei der Verfolgung von Christen in den Palästinensergebieten ist komplex. Der israelisch-palästinensische Konflikt stellt die einheimischen Christen vor viele Herausforderungen: Ihre ethnische Zugehörigkeit hat viele Einschränkungen vonseiten der Israelis zur Folge und ihr Glaube macht sie zu einer Minderheit in der mehrheitlich muslimischen palästinensischen Gesellschaft. Wie andere Palästinenser müssen auch die Christen tagtäglich mit den Einschränkungen von israelischer Seite leben, was ein starker Anreiz zur Auswanderung ist. Die einzelnen Gebiete werden von drei verschiedenen Regierungen beherrscht bzw. beeinflusst:

Die im Westjordanland regierende Fatah-Partei gründet formell auf säkularen (d. h. nicht dem politischen Islam folgenden) Prinzipien und Christen genießen einige Rechte. Einige können sogar in den höchsten Regierungsebenen politisch aktiv sein. Sechs Christen haben einen Sitz im Parlament und der Bürgermeister von Bethlehem ist traditionell ein Christ. Mindestens sechzig Prozent des Westjordanlands sind vollständig unter israelischer Kontrolle.

Im Gazastreifen dagegen werden die Rechte der Christen weder aufrechterhalten noch geschützt, obwohl die islamistische Hamas die Christen in der Regel toleriert. In vergangenen Jahren wurden Christen im Gazastreifen von islamistischen Bürgerwehren bedroht, 2016 wurde jedoch über keine derartigen Vorfälle berichtet.

Das israelische Militärgesetz besitzt in Teilen des Westjordanlands Gültigkeit, was zu großen Einschränkungen für alle Palästinenser führt, auch für die Christen.

Die Anzahl der Christen hat durch Auswanderung und sinkende Geburtenraten mit der Zeit abgenommen. Ein Hoffnungsschimmer ist die kleine, aber wachsende Zahl von Konvertiten, die sich vom Islam zum christlichen Glauben hinwenden.

Betroffene Kategorien von Christen

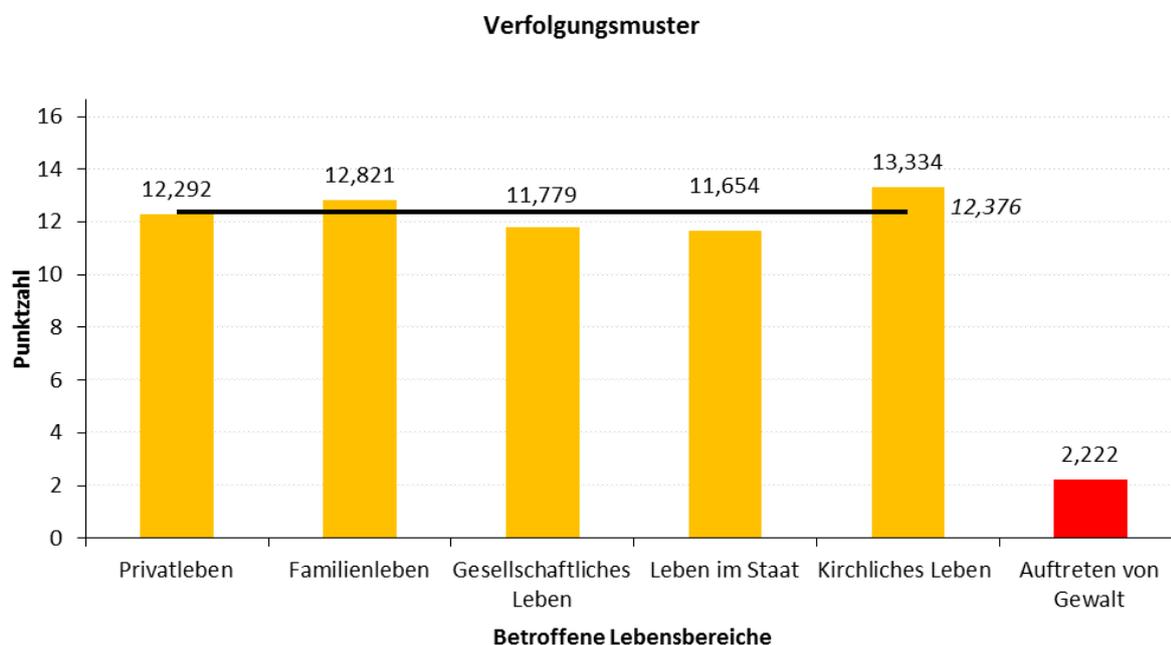
Christen aus traditionellen Kirchen (z. B. aus der römisch-katholischen, der altorientalischen oder der orthodoxen Kirche des Ostens): All diese Kirchengemeinden sind registriert; im Westjordanland gibt es mehrere, in Gaza lediglich zwei, eine orthodoxe und eine römisch-katholische Gemeinde. Manche Mitglieder der orthodoxen und der katholischen Kirche in Gaza stehen in der Gefahr, zum Islam zu konvertieren – entweder weil sie sich gefangen fühlen oder weil sie den Drohungen nicht standhalten können oder auch, weil ihnen Häuser, Ehefrauen, Arbeitsstellen oder Studienabschlüsse versprochen werden, wenn sie zum Islam konvertieren. Viele bereuen diese Entscheidung später. Die Verbundenheit mit ihrer christlichen Identität erweist sich meist als stärker, als sie angenommen hatten. Jedoch ist es im Islam äußerst schwierig für einen Konvertiten, zu der ursprünglichen Religion zurückzukehren.

Christen muslimischer Herkunft und Christen, die zu einer anderen Kirche wechseln: Von allen Christen in den Palästinensergebieten erleben Christen muslimischer Herkunft die stärkste Verfolgung. Im Westjordanland werden sie bedroht und unter Druck gesetzt, in Gaza ist ihre Situation so gefährlich, dass sie ihren Glauben unter höchster Geheimhaltung leben müssen. Nichtsdestoweniger wächst die Zahl der Christen muslimischer Herkunft langsam. Wenn Christen aus

einer traditionellen Kirche in eine protestantische Freikirche wechseln, führt dies oft zu Problemen mit ihren Familien.

Christen aus protestantischen Freikirchen (beispielsweise Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden): Es gibt einige Baptistengemeinden im Westjordanland und eine in Gaza. Leiter der traditionellen Kirchen empfinden die evangelikalen Kirchen oft als Bedrohung für ihre Gemeinden. Protestantische Gemeinden sind dafür bekannt, dass sie einen Schwerpunkt auf Evangelisation legen, was ihnen oft Druck vonseiten der Gesellschaft einbringt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Palästinensergebiete

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WWI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Palästinensergebiete:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen (mit muslimischem Hintergrund) ist sehr hoch, die Punktzahl erhöhte sich von 11,945 (Weltverfolgungsindex 2016) auf 12,376. Dieser Anstieg ist größtenteils auf die Verfügbarkeit von mehr Informationen zurückzuführen.
- Der Druck ist in allen Lebensbereichen sehr hoch; am stärksten ist er in den Bereichen „Kirchliches Leben“ (13,334), „Familienleben“ (12,821) und „Privatleben“ (12,292). Dies ist typisch für eine Situation, in der Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung ist und davon vor allem Christen muslimischer Herkunft betroffen sind.
- Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt (2,222) ist im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2016 (1,852) angestiegen, bleibt aber trotzdem niedrig.

- Die Verfolgungssituation in den Palästinensergebieten ist gekennzeichnet von starker Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft; besonders in Gaza, aber auch im Westjordanland. In Gaza erleben alle anderen Kategorien von Christen ebenfalls Einschränkungen, insbesondere in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“. Im Westjordanland erfahren sie eher subtile Formen von Diskriminierung, die charakteristisch für die Situation von religiösen Minderheiten in einer mehrheitlich muslimischen Gesellschaft im Nahen Osten sind.

Privatleben: Christen muslimischer Herkunft erleben Druck in diesem Lebensbereich, besonders gefährlich ist ihre Lage in Gaza. Doch auch im Westjordanland können diese Christen ihren Glauben nicht öffentlich leben. Wenn sie in ihrer Umgebung auch nur den Eindruck erwecken, dass sie sich dem christlichen Glauben zugewandt haben könnten, kann dies ernste Konsequenzen für sie haben. Alle anderen Kategorien von Christen haben mehr Freiheit, ihren Glauben privat auszuleben, solange sie diesen nicht an Muslime weitergeben. In Gaza ist es grundsätzlich nicht zulässig, christliche Symbole (z.B. Kreuze) in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Familienleben: Wenn ihr Glaube entdeckt wird, werden Christen muslimischer Herkunft von ihren Familien unter Druck gesetzt. Dies geschieht besonders in Gaza, in geringerem Ausmaß jedoch auch im Westjordanland. Wenn bekannt ist, dass ihre Eltern Christen sind, werden die Kinder dieser Konvertiten sehr wahrscheinlich schikaniert oder diskriminiert, vor allem in Gaza. Kinder von Christen anderer Kategorien erleben in Schulen in Gaza zum Teil ebenfalls Diskriminierung. Die meisten Christen dieser anderen Kategorien haben jedoch die Freiheit, ihre christlichen Überzeugungen im Familienkreis zu leben. Wenn jedoch ein christlicher Ehemann und Familienvater zum Islam konvertiert und sich von seiner christlichen Ehefrau scheiden lässt, werden ihre Kinder (wenn sie jünger als 18 Jahre sind) automatisch Muslime. Auch Christen, die mit einem Muslim verheiratet sind und dann geschieden werden, wird das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein großer Teil des Familienrechts auf der Scharia beruht, die Christen nicht die gleichen Rechte zugesteht wie Muslimen.

Gesellschaftliches Leben: In Gaza und den mehrheitlich von Muslimen bewohnten Gebieten des Westjordanlands steht die gesamte lokale christliche Bevölkerung unter Druck. Hinzu kommt, dass der Nahe Osten generell von politischen Unruhen und dem wachsenden Einfluss eines extremistischen Islam geprägt ist, was sich besonders auch in Gaza zeigt. Viele Moscheen drehen ihre Lautsprecher lauter auf und mehr Frauen tragen einen Schleier. Christliche Frauen fühlen sich unter Druck gesetzt, sich mehr zu bedecken oder sogar zu verschleiern. An der staatlichen Universität von Gaza sind Studentinnen verpflichtet, muslimische Kleidung zu tragen. Kommen sie dem nicht nach, riskieren sie, belästigt zu werden. Die Zahl der Christen nimmt ab, während der Einfluss eines extremistischen Islam zunimmt. Christen berichten, dass sie gesellschaftlich und wirtschaftlich unter Druck gesetzt werden, zum Islam zu konvertieren, vor allem während des Ramadan und insbesondere in Gaza, aber auch im Westjordanland. Aus Sicherheitsgründen müssen die meisten Christen mit muslimischem Hintergrund ihren neuen Glauben vor der Gesellschaft geheim halten.

Leben im Staat: Im Westjordanland ist die Religionsfreiheit grundsätzlich gesetzlich geschützt, wogegen die Gesetze in Gaza die Religionsfreiheit eher einschränken. Das palästinensische Grundgesetz – das zurzeit als vorläufige Verfassung fungiert – erklärt den Islam zur offiziellen Religion und die Scharia (die islamische Gesetzgebung) zur Hauptquelle der Rechtsprechung. Die Behörden versagen darin, die Rechte der Christen zu gewährleisten und zu schützen, und in einigen Fällen sind

Christen, vor allem Christen muslimischer Herkunft, gezwungen zu fliehen, um anderswo in Sicherheit leben zu können. In den gesamten Palästinensergebieten werden Christen im Einvernehmen mit den Behörden zumindest subtil diskriminiert, vor allem in Gaza und weniger verbreitet auch in Gebieten mit einer größeren christlichen Bevölkerung wie Bethlehem, Beit Jalal und Ramallah. In staatlichen Unternehmen stoßen Christen oftmals an „gläserne Decken“, da ihnen Beförderungen und Berufungen in bestimmte Positionen verwehrt werden. Als religiöse Minderheit, die in der mehrheitlich muslimischen Gesellschaft häufig mit dem (christlichen) Westen assoziiert wird, sind Christen besonders vorsichtig darin, ihre Meinung zu äußern, und neigen zur Selbstzensur. Christen muslimischer Herkunft können mit den Behörden nicht offen als Christen interagieren.

Kirchliches Leben: Christen muslimischer Herkunft können sich nicht offiziell als Gemeinde versammeln oder einer bestehenden Kirche anschließen, sowohl in Gaza als auch im Westjordanland. Für nicht-registrierte protestantische Gemeinden ist es im Westjordanland schwierig, eine Baugenehmigung für ein Kirchengebäude zu erhalten. In Gaza ist dies für alle Kategorien von Christen praktisch unmöglich. Christliche Literatur oder Bibeln in das Westjordanland einzuführen, kann Probleme mit sich bringen; in Gaza ist es nahezu unmöglich. Im Westjordanland ist die Sicherheit von Christen, die sich öffentlich versammeln, bedroht. Christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden sind nicht erlaubt, besonders dann, wenn sie die Weitergabe des Evangeliums zum Ziel haben. Eine seltene Ausnahme sind die Weihnachtsfeiern in Bethlehem, da diese nicht explizit Evangelisation zum Ziel haben.

Auftreten von Gewalt: Die Opfer von anti-christlicher Gewalt sind meist Christen muslimischer Herkunft, wenn auch nicht ausschließlich. Die Gewalt geht von der Familie, der Gesellschaft oder vereinzelt auch von den Behörden aus. Es wurden zwei Angriffe auf christliches Eigentum registriert; der eine Vorfall betraf ein Mönchskloster, der andere Gräber in einem Nonnenkloster. Im Dezember 2015 wurden Kreuze auf Gräbern im Nonnenkloster der Silesianer in Beit Jimal beschädigt. Die Täter und ihre Motive sind nicht bekannt. Im Juni 2016 griff ein muslimischer Mob das griechisch-orthodoxe Männerkloster am Jakobsbrunnen in Nablus an. Sie bedrohten den Leiter des Klosters, indem sie eine Klinge an seinen Hals hielten. Berichten zufolge warfen palästinensische Aufrührer am 25. Dezember 2015 Steine auf das Auto des lateinischen Patriarchen Fouad Twal. Christen muslimischer Herkunft können auch Todesdrohungen von ihren Familien erhalten, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird. Im Berichtszeitraum wurde ein solcher Vorfall bekannt. Es wurde zudem ein Fall gemeldet, in dem ein Christ muslimischer Herkunft gezwungen wurde, sein Haus zu verlassen, und ein anderer musste wegen seines Glaubenswechsels ins Ausland fliehen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die „Economist Intelligence Unit“ (EIU) erwartet, dass die Unruhen zwischen Israel und den Palästinensern in Gaza und im Westjordanland in den nächsten Jahren andauern werden. Eine Staatenbildung und Reformen werden unter anderem durch die Uneinigkeiten zwischen Hamas und Fatah verhindert. Es ist zu erwarten, dass der Friedensprozess weiterhin stagniert, und die Wahrscheinlichkeit erneuter Ausbrüche von Gewalt ist hoch. Das Forschungsunternehmen „BMI group“ weist in seiner Gefährdungsbeurteilung darauf hin, dass die Welle der Gewalt zwischen Israelis und Palästinensern zwar in den letzten Monaten abgeebbt ist, dass es jedoch jeder Zeit neue

Ausbrüche von Gewalt geben könnte. Diese könnten „zu einem Konflikt zwischen Israel und der Hamas oder einem großen bewaffneten Aufstand (ähnlich der ersten und zweiten Intifada, führen könnten“. Dies wird die Lebensqualität aller Palästinenser und damit auch der Christen negativ beeinflussen und weitere Auswanderungen zur Folge haben.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 24: Laos

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 64 Punkten belegt Laos Platz 24 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Auf dem WVI 2016 belegte Laos mit einer Punktzahl von 58 Platz 29. Dieser Anstieg wurde durch den erhöhten Druck auf alle Lebensbereiche verursacht (mit der stärksten Zunahme in den Bereichen „Familienleben“, „Privatleben“ und „Leben im Staat“). Das Ausmaß an Gewalt ist leicht gesunken.



Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung: Laos ist eines der fünf verbliebenen marxistisch-leninistischen Länder der Welt und steht folglich jedem als ausländisch oder gar westlich empfundenen Einfluss feindlich gegenüber. Um die Kontrolle zu behalten, setzt die kommunistische Partei die Gesellschaft enorm unter Druck, einschließlich der kleinen christlichen Minderheit im Land. Sie hat ein negatives Bild von Christen und betrachtet sie als ausländische Spione und Feinde. Der christliche Glaube gilt als westliche Ideologie, die den Kommunismus infrage stellt. Christen müssen extrem vorsichtig sein, wenn sie über ihren Glauben sprechen. Sie müssen sich innerhalb von ungeschriebenen Grenzen bewegen, und dürfen diese nicht überschreiten, wenn sie negative Reaktionen der Behörden vermeiden wollen. Die lokalen Behörden nutzen die in der Gesellschaft weit verbreitete Feindseligkeit gegenüber Christen aus, um Überwachungsmaßnahmen zu rechtfertigen.

Ethnisch begründete Anfeindungen: In den Dörfern werden Animismus und andere Stammesbräuche praktiziert, besonders in ländlichen Gebieten (welche mindestens 60% des Landes ausmachen). Die Riten des Stammes für den christlichen Glauben zu verlassen, wird als Verrat gesehen. Die Stammesoberhäupter und Familienmitglieder sehen es als notwendig an, Christen aus ihren Gemeinschaften zu verstoßen, weil sie sich davor fürchten, durch den fremden Glauben die Geister zu verärgern. Auch lokale Behörden zwingen Christen gelegentlich, ihren Glauben aufzugeben und manchmal werden sie von den Dorfältesten gerufen, um Christen zu verhaften.

Religiös motivierter Nationalismus: Laos ist eines der fünf Länder, die dem Theravada-Buddhismus (der ältesten buddhistischen Tradition) folgen; der buddhistische Glaube ist tief in der Gesellschaft verankert. Es herrscht die weit verbreitete Überzeugung, dass Laos und der Buddhismus untrennbar miteinander verbunden sind und dass dem Buddhismus zu jeder Zeit die vorrangige Stellung im Land zusteht. Das Ziel lokaler buddhistischer Führer, ihr Land ‚rein‘ zu halten, und das Ziel der politischen Führung, die Zügel in der Hand zu halten, ergänzen sich hervorragend: Beide wollen die Gesellschaft kontrollieren und Abweichungen von der Norm vermeiden.

Aktuelle Einflüsse

Die Laotische Revolutionäre Volkspartei hat Laos seit 1975 fest im Griff. Ihre exklusiven Netzwerke aus Familien oder Freunden von Parteimitgliedern setzen jeden Bürger, aber vor allem die Minderheiten, zusätzlich unter Druck. 2016 gab es eine Machtübergabe innerhalb der Partei, doch dadurch werden keine großartigen Veränderungen erwartet. Auch die Wahlen im März 2016 brachten keine wirkliche Veränderung. Dem Land fehlt sowohl die Meinungs- als auch die Pressefreiheit, um die vielfältigen Korruptionsfälle aufdecken zu können. Jede organisierte Gruppierung, die nicht im Einklang mit der Ideologie der Regierung ist, wird als Bedrohung wahrgenommen. Der jüngste Fall der Unterdrückung ereignete sich, als die Behörden drei laotische Staatsbürger festnahmen, als diese vor der laotischen Botschaft in Thailand protestierten. Jeder von ihnen wurde im Mai 2016 gezwungen, ein öffentliches Geständnis abzulegen.

Momentan sieht sich Laos Herausforderungen gegenüber, die für kommunistische Länder typisch zu sein scheinen. Regelmäßig dringen Berichte über Fälle schwerer Korruption an die Öffentlichkeit. Aufgrund der neuen Medien ist es für die politische Führung nicht leicht, dies und die Verbreitung von Reaktionen darauf zu unterbinden. Allerdings existiert auch keine Zivilgesellschaft, die dies deutlich kritisieren und so Einfluss nehmen könnte. Das Land ist stark von seinem großen Nachbarn China abhängig, wie 2016 deutlich wurde, als China hohe Kredite für den Bau einer Bahnverbindung zwischen Kunming und Singapur gewährte. China ist bei weitem der größte ausländische Investor in das Land.

Betroffene Kategorien von Christen

In Laos gibt es jede der im WVI unterschiedenen Kategorien von Christen, die unter Verfolgung leiden:

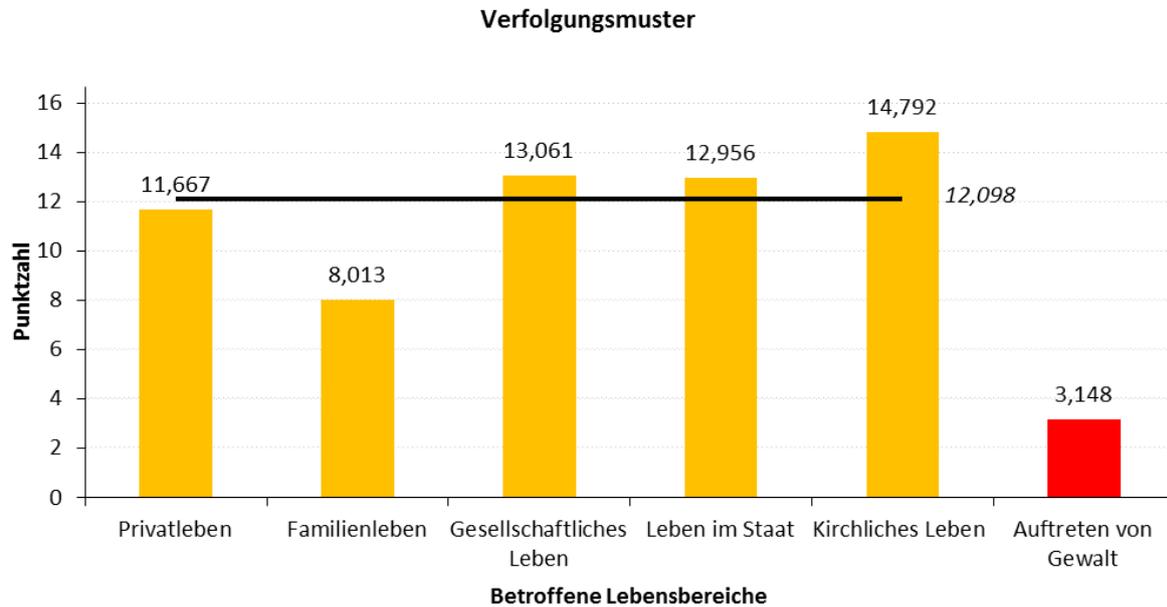
Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten, einschließlich Angestellten im diplomatischen Dienst, erleiden Druck zum Beispiel durch das Überwachungssystem der Polizei.

Christen aus traditionellen Kirchen, wie der Katholischen Kirche, den Siebenten-Tags-Adventisten oder der Lao Evangelical Church (LEC): Während diese zwar von der Regierung anerkannt werden, werden sie trotzdem überwacht und erleben im Fall der LEC Einschränkungen bei der Wahl der Gemeindeleiter und beim Druck christlicher Materialien.

Christen mit buddhistischem oder animistischem Hintergrund (Konvertiten) erleiden die stärkste Verfolgung sowohl vonseiten der lokalen Behörden als auch von der Familie, Freunden und Nachbarn. Da jede Konversion ein Anzeichen für die Verbreitung des christlichen Glaubens ist, ist die Regierung Konversionen gegenüber sehr misstrauisch.

Christen aus protestantischen Freikirchen, wie etwa Baptisten- oder Pfingstgemeinden, Methodisten, Lutheraner oder Assemblies of God. Da die Regierung keine „illegalen“ Versammlungen erlaubt, müssten diese Gemeinden sich unter einer der drei oben genannten von der Regierung anerkannten Kirchen registrieren, weswegen sie ihre Versammlungen im Geheimen abhalten. Die Mitglieder dieser Gemeinden erleiden ebenfalls Diskriminierung in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Laos

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Laos:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist stark gestiegen, von 10,902 (WVI 2016) auf 12,098.
- Der Druck ist in allen Lebensbereichen gestiegen, und ist am stärksten in den Bereichen „Kirchliches Leben“, „Gesellschaftliches Leben“ und „Leben im Staat“. Der Druck auf Christen mit buddhistischem oder animistischem Hintergrund ist in den Bereichen „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ besonders heftig, während der Druck auf alle Christen in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ wächst. Dieser Druck ist das Ergebnis der Behörden, die kommunistische Werte neu vermitteln und die Anzahl der Konversionen gering halten wollen.
- Der erhöhte Druck hat jedoch kein Anstieg an Gewalt gegen Christen verursacht: Die Wertung für Gewalt sank von 3,519 (WVI 2016) auf 3,148.

Privatleben: Christen mit buddhistischem oder animistischem Hintergrund (Konvertiten) müssen sehr vorsichtig bei der Ausübung ihres Glaubens sein, vor allem wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. In entlegenen Gebieten haben Häuser oft nur einen Raum (in vielen Gegenden leben drei Generationen unter einem Dach), so dass es sehr schwer ist, einen Platz zu finden, an dem man ungestört und unbemerkt die Bibel lesen, beten oder singen kann. Konvertiten erleiden körperliche und verbale Gewalt. Während des Berichtszeitraumes für den WVI 2017 gab es Berichte über Konvertiten, die aus ihren Häusern verstoßen wurden. Da jede Art von Versammlung von der Regierung als Bedrohung angesehen wird, muss jedes Treffen von den lokalen Behörden genehmigt werden, welche diese Treffen zu verhindern wissen oder als illegal erklären. Ebenso hindert oft die Familie christliche Verwandte daran, andere Christen zu treffen oder das Haus zu verlassen. Bibeln

und andere christliche Materialien müssen sorgfältig versteckt werden und können nur mit höchster Vorsicht gelesen werden. Alle Christen werden genauestens überwacht und manchmal werden auch staatlich anerkannte Kirchen dazu herangezogen, die Christen im Auge zu behalten.

Familienleben: Auch wenn der Wert in diesem Bereich der niedrigste aus allen Bereichen ist, weist er doch den stärksten Anstieg auf (von 5,603 im Jahr 2016 auf 8,013). Dies spiegelt teilweise wider, dass viel mehr Berichte eingereicht wurden. Es gab Berichte über Familien, deren Familienregister von den lokalen Behörden beschlagnahmt wurde (ähnliche Fälle aus dem letzten Berichtszeitraum sind noch immer nicht aufgeklärt worden). Eine solche Beschlagnahmung macht die Registrierung der Familienereignisse (Geburten, Hochzeiten, Todesfälle) unmöglich. In stark buddhistisch geprägten Gegenden wurden Hochzeiten und Beerdigungen verhindert und Taufen müssen mit äußerster Vorsicht durchgeführt werden. Buddhistische Lehren werden oft als Teil der laotischen „kulturellen Bildung“ gesehen und sind in Schulen deshalb Teil des Lehrplans. In einem der berichteten Fälle mussten christliche Schüler an einem buddhistischen Tempelritual teilnehmen, was gegen ihren christlichen Glauben verstieß. Kindern christlicher Familien wurde in einigen Fällen wegen ihres Glaubens die Aufnahme an manchen Schulen verwehrt. Zwei verbreitete Mittel, mit denen Druck auf Konvertiten ausgeübt wird, ist die Drohung mit Scheidung (bei Verheirateten) und der Verlust des Erbrechts.

Gesellschaftliches Leben: Provinzen wie Luang Namtha im Norden und Savannakhet im Süden sind seit jeher schwierige Gebiete für Christen, da die lokalen Behörden in diesen Gebieten entschlossen sind, den christlichen Glauben auszulöschen. Sie fahren weiter damit fort, Christen zu schikanieren, sie festzunehmen und aus ihren Häusern zu vertreiben. Der christliche Glaube wird als westlich gesehen, als eine gefährliche Abweichung von der kommunistischen Ideologie und damit eine Bedrohung für die Nation. Lokale Gemeinschaften sind oft daran beteiligt, christliche Aktivitäten zu überwachen. Familienmitglieder, Dorfbewohner und lokale Behörden bedrohen Christen regelmäßig und wenden auch Gewalt an, um sie dazu zu bringen, ihrem Glauben abzuschwören.

Diese negative Einstellung gegenüber Christen führt zu Verzögerungen bei Hilfeleistungen, Drohungen und Beeinträchtigungen sowohl von den örtlichen Gemeinschaften als auch von den lokalen Behörden. Christen erleiden oft Einschränkungen bei der Nutzung gemeinsamer Ressourcen. In einem Fall wurde einer schwangeren Frau für die Geburt der Zutritt zu einem Krankenhaus verwehrt. Während des Berichtszeitraumes gab es Fälle von Christen, die aufgrund ihres Glaubens keine Anstellung erhielten, und es gab auch Diskriminierung gegen christliche Geschäftsleute. Christen bekamen von den lokalen Behörden Geldstrafen für illegale Versammlungen. In einem Fall wurden neun christliche Familien, insgesamt 38 Personen, mit einem Bußgeld von 800.000 Kip (100 US-Dollar) von den Dorfbehörden bestraft. Wenn sie die Strafe nicht zahlten, mussten sie ihren Glauben abschwören. Geschieht dies nicht, wird der Druck unerträglich. Abgesehen von diesen Geldstrafen sind die Behörden auch dafür bekannt, die Familien unter Druck zu setzen, damit sie durch die Opferung eines Schweins die Geister besänftigen.

Leben im Staat: Artikel 9 der Verfassung von 2009 besagt, dass es die Pflicht des Staates ist, alle Religionen anzuerkennen und zu schützen, besonders jedoch den Buddhismus und die Mönche. Artikel 43 besagt darüber hinaus, dass laotische Bürger das Recht und die Freiheit haben, einer Religion oder auch gar keiner angehören zu können. Allerdings wurden die allgemeinen Bestimmungen zur Religionsausübung des Dekrets 92 seit dessen Verkündung im Jahr 2002 missbraucht, um die tatsächliche Ausübung der Religionsfreiheit zu erschweren. Dieses Dekret macht

die Zustimmung der Regierung zur Voraussetzung jeglicher religiöser Aktivitäten; jede Aktivität ohne diese Zustimmung gilt als gesetzwidrig. Konversion zu einem anderen Glauben, predigen und Kirchenveranstaltungen benötigen eine Erlaubnis der Regierung. Das Dekret 92 wurde vor kurzem überarbeitet und wird in Zukunft noch mehr Einschränkungen und Schwierigkeiten für Christen bedeuten. Der christliche Glaube wird als Beleidigung des buddhistischen Glaubens gesehen, welches als ein elementarer Teil der laotischen Kultur und daher auch der nationalen Identität empfunden wird. Jeder laotische Mann ist dazu verpflichtet, Wehrdienst zu absolvieren, was die Schulung im Marxismus und in militärische Pflichten einschließt. Christen werden von den Dorfältesten beschuldigt, die Geister zu erzürnen, wenn sich im Dorf Krankheiten ausbreiten. Wenn Christen oder Kirchen angegriffen werden, kommen die Täter in den meisten Fällen ungestraft davon. Christen können nicht erwarten, von der Polizei, den Behörden oder dem Gericht fair und gerecht behandelt zu werden. In den Medien wird der christliche Glaube weiterhin als Überbleibsel der Kolonialzeit dargestellt, das den Geistern ein Grund zum Zorn ist.

Kirchliches Leben: Der Druck in diesem Bereich ist extrem hoch. Die Regierung überwacht die Aktivitäten, Materialien und Vorträge von allen christlichen Gemeinden. Die LEC-Gemeinden versuchen die Aktivitäten der Hauskirchen zu überwachen. Die Regierung kontrolliert jede Aussage, die gegen die kommunistische Ideologie verstößt. Manchmal werden die Versammlungen von Christen und Hauskirchen gestört, vor allem in abgelegenen Gebieten. Lokale Gemeinschaften hindern Kirchen oft daran, Gebäude zu errichten, manchmal auch auf gewaltsame Art. Bevor eine Kirche erbaut werden darf, müssen gewaltige administrative Voraussetzungen erfüllt werden. Dies trifft vor allem auf die nördlichen Provinzen zu. In einigen ländlichen Gegenden ist es sogar erforderlich, dass ein Polizist vor Ort anwesend sein muss, um die Christen zu überwachen. Sämtliches christliche Material, das veröffentlicht oder legal importiert wird, muss von der Regierung und der LEC genehmigt werden. Im November 2015 beschlagnahmten die lokalen Behörden zusammen mit der Polizei Bibeln und anderes christliche Material aus einer Hauskirche in Provinz Kahmmoune im südlichen Laos. Ähnliche Fälle wurden 2016 aus anderen Teilen des Landes berichtet. Seit das NGO-Gesetz 2014 verabschiedet wurde, überwacht die Regierung zunehmend die wohlthätigen Aktionen christlicher Dienste im Land.

Auftreten von Gewalt: Wie die Grafik zum Verfolgungsmuster oben zeigt, ist die Gewalt gegen Christen auf einem recht hohen Level. Während des Berichtszeitraumes wurde ein Christ, aus einer ethnischen Minderheit stammend, ermordet. Mehr als zehn Christen wurden festgenommen, einige von ihnen wurden gegen Kautions entlassen, andere sind weiterhin im Gefängnis. Es gab weitverbreiteten physischen und psychischen Missbrauch von Christen mit buddhistischem oder animistischem Hintergrund, vor allem durch die örtlichen Behörden und Familien. Viele Christen wurden aus ihren Heimatdörfern vertrieben, weil die Dorfborgerschaft oder nicht-christliche Familienmitgliedern sie zwangen, die Gegend zu verlassen, als sie von der Konversion erfuhren. Einige dieser Christen mussten deshalb im umliegenden Dschungel leben.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Laos trat im März 2016 den Vorsitz der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) an und war mit einigen großen Herausforderungen konfrontiert. Dies rückte das Land mehr ins internationale Rampenlicht, es führte jedoch nicht zu einer größeren Offenheit. Beispielhaft dafür ist die Tatsache, dass das ASEAN-Bürgerforum, eine Nebenveranstaltung, die zivilgesellschaftliche (und Menschenrechts-) Akteure aus dem Bereich der ASEAN verbindet und vom jeweiligen Vorsitz veranstaltet wird, im August 2016 in Osttimor stattfinden musste, was zeigt, dass auch Christen als religiöse Minderheit von der Regierung keinen Raum bekommen.

Initiativen, die von der kommunistischen Regierung nicht kontrolliert werden können, werden nicht geduldet, was weiterhin auch auf christliche Minderheiten zutreffen wird und die ungebrochene Macht der Haupttriebkraft der Verfolgung in Laos, Kommunistische Unterdrückung, widerspiegelt. Das Land geht weiterhin sehr hart gegen jede von ihnen wahrgenommene Abweichung oder Widerstand vor (was den christlichen Glauben einschließt). Andererseits braucht Laos dringend Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum. Deswegen wird es sich in womöglich in Zukunft in einer Zwickmühle befinden: ausländische Investition setzt zunehmende Offenheit voraus, ansonsten wird die Abhängigkeit von China weiter wachsen.

[zurück zur Übersicht](#)

Platz 25: Brunei

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 64 Punkten belegt Brunei Platz 25 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Auf dem WVI 2016 nahm Brunei mit 61 Punkten ebenfalls Platz 25 ein.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Brunei ist eine islamische Nation, die auf der sogenannten „Malaiisch Islamischen Monarchie“ (Melayu Islam Beraja, (MIB)) Ideologie begründet ist. Diese Regierungsform wird als beste und gerechteste für alle Menschen propagiert, ob Muslime oder nicht. Der Sultan sprach sich vor einiger Zeit für eine „Demokratisierung“ der Regierung aus und ernannte sich selbst zum Premierminister und Präsidenten. Im Zivilrecht gilt schon seit vielen Jahren für alle Muslime die Scharia und die Regierung verfolgt das Ziel, die Stammesvölker zu islamisieren, indem sie die sogenannte „Dawah“-Bewegung (islamische Mission) unterstützt. Die Einfuhr von Bibeln und das öffentliche Feiern von Weihnachten sind gesetzlich verboten. Christliche Pastoren und Mitarbeiter erfahren vielseitige Einschränkungen und aufgrund der Islamisierung und der vorherrschenden MIB-Ideologie werden sowohl einheimische als auch ausländische Christen Zielscheibe aggressiver Islamisierung. Die Regierung hat zum Ziel, jährlich 2000 Menschen zum Islam zu bekehren und lockt mit einer Zahlung von 2000 Brunei Dollar (BND) (ca. 1300 Euro) und anderen Sozialleistungen (z.B. Wohnungen, Häusern und gute Arbeitsstellen) für jede Person, die zum Islam konvertiert. Laut einer Statistik des islamischen Dawah Centers haben sich im Jahr 2015 im Sultanat 516 Menschen dem Islam angeschlossen. Von Januar bis August 2016 sind 341 Menschen zum Islam übergetreten.

Diktatorische Paranoia: Seit über 600 Jahren haben die Sultane im Land uneingeschränkte Macht. Alle wichtigen Positionen hat der Sultan persönlich eingenommen; sei es die des Ministerpräsidenten, Finanzministers, Innenministers, Verteidigungsministers oder auch die des Religionsführers. Er wird vom Volk hoch geachtet und respektiert, jegliche Kritik ist undenkbar. Bisher waren Christen durch die Herrschaft des Sultans nicht gefährdet, doch wurde seine konservative Auffassung des Islam in diesem Jahr deutlich, als er die Behörden für ihr Versagen kritisierte, die zweite Stufe des Scharia-Gesetzes, die die strafrechtlichen Vorschriften enthält, einzuführen. Der Islam scheint den politischen Leitern als vereinende Staatsideologie zu dienen. Christen sind deshalb verunsichert, was ihre Zukunft betrifft und kommen sich bestenfalls als Bürger zweiter Klasse vor.

Aktuelle Einflüsse

Am 1. Mai 2014 führte Sultan Hassanal die erste von drei Stufen zur Anpassung der Strafgesetzgebung an die islamische Scharia ein. In der ersten Stufe wurden Bußgelder und Haftstrafen für bestimmte „Vergehen“ wie uneheliche Schwangerschaften, die Verbreitung anderer Religionen als den Islam und das Fernbleiben von den verpflichtenden Freitagsgebeten eingeführt. Die zweite Stufe, die härtere Strafen wie Auspeitschen oder Amputation für Eigentumsdelikte



beinhaltet, hätte bereits im Mai 2015 eingeführt werden sollen, wurde aber verschoben, was den Sultan dazu veranlasste, bei einem Treffen mit Bruneis Islamischem Religionsrat von einer „inakzeptablen“ Verzögerung zu sprechen. Derzeit wird die Scharia-Strafprozessordnung ausgearbeitet und soll im Juni 2017 eingeführt werden.

Im Jahr 1929 wurden in Brunei enorme Vorräte an Erdöl und Erdgas entdeckt. Der Sultan nutzte den hohen Profit, um sein winziges Sultanat zu einem der wirtschaftsstärksten und sozial sichersten Gesellschaften der Welt auszubauen. Die Bewohner von Brunei genießen ein kostenloses Gesundheitssystem und kostenlose Bildung, sie müssen keine Einkommensteuer zahlen, erhalten Wohnzuschüsse und günstige Immobilienkredite. Der Export des Landes besteht zu fast 96 Prozent aus Öl, Gas und verwandten Produkten. Hält die Geschwindigkeit der Ausbeutung der Rohstoffe jedoch an, reicht das Öl des Landes laut dem Weltenergieausblick von BP für das Jahr 2015 gerade einmal weitere 23 Jahre aus.

2008 gab der Sultan die „Vision Brunei 2035“ bekannt. Dieser Plan sieht vor, die Abhängigkeit von Öl und Gas zu vermindern und die Beschäftigungsrate in der Privatwirtschaft zu erhöhen, indem die Wirtschaft mithilfe einer Reihe von internationalen Handelsabkommen ab 2015 vielfältiger gestaltet wird. Brunei verfügt über ein gut gefülltes finanzielles Polster, denn dank wohlüberlegter politischer Entscheidungen gibt es ein deutliches Haushaltsplus. „Vision Brunei 2035“ beinhaltet auch Pläne, aus dem Sultanat ein „islamisches Singapur“ zu machen, wofür die Fähigkeiten der hochgebildeten Bürger Bruneis genutzt würden. Da jedoch auch nicht-muslimische Menschen (ca. 33 Prozent der Bevölkerung) von den Scharia-Gesetzen betroffen sein werden, besteht die Befürchtung, dass viele der gebildeten Bürger Bruneis lieber auswandern werden.

Betroffene Kategorien von Christen

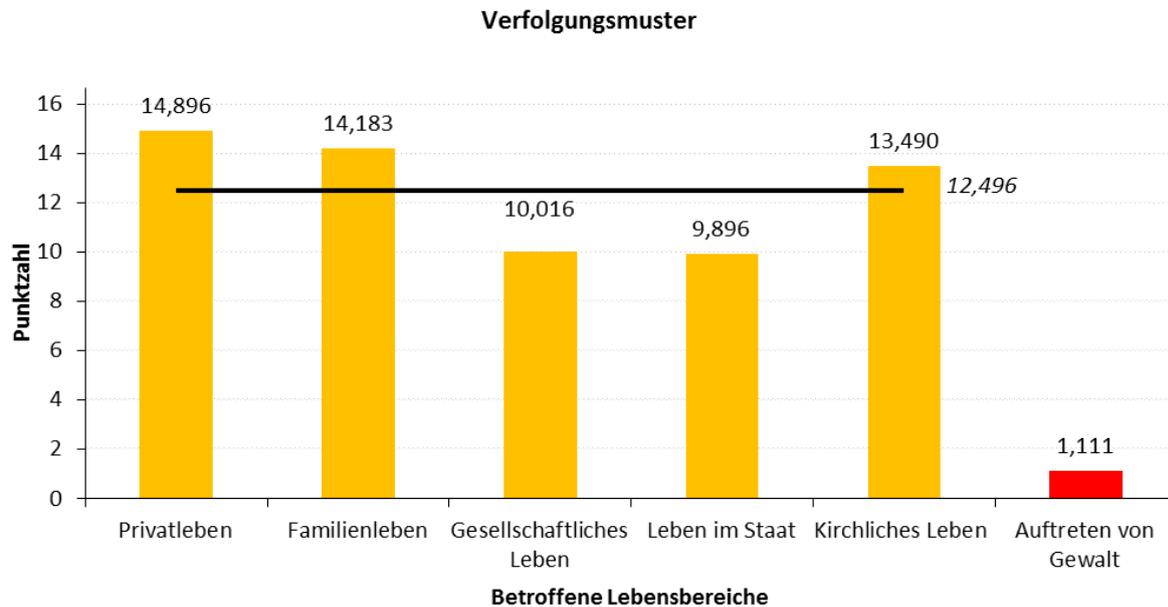
In Brunei existieren alle Kategorien von Christen, aber da sich ausländische Christen und Arbeitsmigranten den anderen Kirchen anschließen, werden sie nicht als eigene Kategorie gezählt.

Christen aus traditionellen Kirchen, wie die Römisch Katholische und die Anglikanische Kirche, sind zunehmend mit Feindseligkeiten konfrontiert und müssen immer größere Vorsicht walten lassen, da sie streng überwacht werden. Dennoch sind sie weniger stark von Verfolgung betroffen als Christen aus protestantischen Freikirchen oder mit muslimischem Hintergrund.

Christen muslimischer Herkunft werden stark von Familie und Freunden unter Druck gesetzt, da der Übertritt zu einem anderen Glauben als illegal gesehen wird.

Christen aus protestantischen Freikirchen, welche aus evangelikalen und Pfingstgemeinden bestehen, müssen sowohl im „Privatleben“ als auch im „Kirchlichen Leben“ sehr vorsichtig sein.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Brunei

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Brunei:

- Im Berichtszeitraum des WVI 2017 stieg der durchschnittliche Druck von 11,939 (WVI 2016) auf 12,496. Dies ist vor allem auf den Anstieg des Drucks in den Bereichen „Familienleben“ und „Leben im Staat“ aufgrund der Einführung der Scharia zurückzuführen. Die Einführung der zweiten Stufe der Scharia wurde auf 2017 verschoben. Das Scharia Strafgesetzbuch betrifft sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime, obwohl letztere von einigen Verpflichtungen, wie dem obligatorischen Besuch des Freitagsgebets für Männer, ausgenommen sind.
- Am stärksten ist der Druck in den Lebensbereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Kirchliches Leben“. Dieses Muster ist charakteristisch für Islamische Unterdrückung, da die Abkehr vom Islam verboten ist und von der Familie als Schande gesehen wird. Die bevorstehende Einführung der Scharia wird den Druck in diesen und anderen Lebensbereichen weiter erhöhen.
- Druck aus der Triebkraft Islamische Unterdrückung wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus, einschließlich des „gesellschaftlichen Lebens“, da die Abkehr einer Person vom Islam als Sache der ganzen Gemeinschaft und sogar des ganzen Landes verstanden wird.
- Die Wertung für den Bereich „Auftreten von Gewalt“ blieb unverändert niedrig bei 1,111 Punkten. Dies macht deutlich, dass die Verfolgung in Brunei bisher nie besonders gewalttätig war.

Privatleben: In Brunei ist es gegen das Gesetz, dass ein malaiischer Muslim den Islam verlässt. Wer es doch tut, muss mit harten Strafen rechnen. Paragraph 112(1) des Scharia-Strafrechts bestimmt, dass ein Muslim, der sich zum Nicht-Muslim erklärt, mit dem Tod oder mit Gefängnis bis zu 30 Jahren und

körperlicher Züchtigung bestraft werden kann, abhängig von der Beweislage. Ist das Scharia-Gericht überzeugt, dass der Beschuldigte glaubhaft umgekehrt ist, muss es ihn freisprechen. Jede private Äußerung über das Christsein kann als Verbreitung des christlichen Glaubens geahndet werden, sodass Christen heute weitaus vorsichtiger abwägen, ob sie etwa ein Kreuz um den Hals tragen, als noch vor einigen Jahren. Für Christen muslimischer Herkunft ist es sehr, riskant christliche Materialien zu besitzen, da diese ihre christliche Identität verraten könnten. Für sie sind in diesem Zusammenhang auch Treffen mit anderen Christen eine besondere Herausforderung. Doch auch für andere Christen sind Zusammenkünfte schwierig, da sie überwacht werden. Wird ein solches Treffen aufgedeckt, bringt dies sowohl die muslimischen Konvertiten als auch die Zusammenkunft selbst in Gefahr. Die Verbreitung christlicher „Propaganda“ an Andersgläubige oder an Stammesangehörige ist verboten. Christen, besonders ihre Leiter, stehen unter ständiger Beobachtung der Behörden.

Familienleben: Christen muslimischer Herkunft befinden sich in einem Dilemma, da sie es nicht wagen, ihre Kinder im christlichen Glauben zu erziehen aus Angst, diese könnten den neuen Glauben der Familie unabsichtlich verraten. In keiner Schule, ob privat oder öffentlich, ist es möglich, christliche Fächer zu unterrichten, und alle Schüler, von der Grundschule bis zur höheren Schule, müssen am Islam-Unterricht teilnehmen (oder genauer gesagt, die staatliche MIB-Philosophie studieren). Ein Pastor berichtete, dass einige christliche Schüler die MIB-Prinzipien besser aufsagen können als die zehn Gebote. Werden christliche Konvertiten entdeckt, werden sie isoliert und gezwungen, ihren Glauben zu widerrufen. Ist die betreffende Person verheiratet, wird er oder sie vom Ehepartner getrennt, welcher oder welche daraufhin gezwungen wird, sich scheiden zu lassen.

Gesellschaftliches Leben: Ehemalige Muslime werden von Familie, Freunden und Nachbarn konstant unter Druck gesetzt, ihrem christlichen Glauben zu entsagen. Besonders malaiisch-sprachige Kirchengemeinden sind ernsthaft bedroht und ihre ständige Überwachung führt zu großer Angst unter den Leitern. Die Behörden holen außerdem Informationen von Anwohnern über die Aktivitäten der Kirchen ein. Zudem werden Christen im Privat- und Berufsleben diskriminiert. Seit der Einführung des Scharia-Gesetzes werden von der Regierung schrittweise neue Bestimmungen und Einschränkungen erlassen. Im Berichtszeitraum wurden öffentliche Weihnachtsfeiern verboten. Einem Bericht zufolge hinderte eine Mutter ihren Sohn daran, in einem Einkaufszentrum Weihnachtslieder zu singen, was das wachsende Maß an Angst deutlich macht. Außerdem gibt es strenge Vorschriften und Strafen bezüglich der muslimischen Gebetszeiten während des Ramadans, die Malaien wie Nicht-Malaien betreffen. Auch liegt ein Bericht über philippinische Christen vor, denen eine Arbeitserlaubnis nur unter der Bedingung erteilt wurde, dass sie zum Islam konvertieren.

Leben im Staat: Wie bereits erwähnt, hat Brunei im Mai 2014 die Scharia eingeführt, die nicht nur Vergehen wie Mord und Diebstahl bestraft, sondern auch die öffentliche Zurschaustellung von christlichen Symbolen. Die Umsetzung ist nun für das Jahr 2017 anberaumt. Einen Glaubenswechsel zu registrieren, ist unmöglich. Christen sind häufig Diskriminierung ausgesetzt, wenn sie mit Behörden zu tun haben. In vielen Fällen wird der Antrag auf Staatsbürgerschaft von dauerhaft im Land wohnenden Chinesen, Christen oder Buddhisten ohne Begründung abgelehnt oder verzögert. Islamisierungsaktivitäten, vor allem unter Christen, werden öffentlich stark verbreitet und jeder Übertritt eines Christen zum Islam wird in den Medien hoch gelobt. Untergrundgemeinden zeigen natürlich niemals christliche Symbole, doch selbst Mitglieder von anerkannten christlichen Kirchen stellen sicher, nichts zur Schau zu stellen, das den Anschein erwecken könnte, sie wollten den christlichen Glauben verbreiten und Muslime missionieren. Aus diesem Grund haben Christen Angst

davor, etwas zu tragen, das in der Öffentlichkeit als Glaubensbekundung zu deuten wäre, wie z.B. eine Halskette mit einem Kreuz.

Kirchliches Leben: Alle kirchlichen Aktivitäten werden überwacht, aber registrierte Kirchen sind besonders unter Beobachtung von Spionen der Regierung. Diese Spione sind manchmal selbst Christen, denen Schmiergelder gezahlt werden. Jene Kirchen, die unter der Verfassung der Kolonialzeit registriert wurden, sind bis heute rechtlich anerkannt. Jedoch verhindert die Regierung die Registrierung anderer Kirchen. Es gibt in Brunei eine Fatwa, welche die Renovierung nicht-muslimischer Gottesdienstgebäude untersagt. Demzufolge verfallen Kirchengebäude, doch einige Kirchen renovieren ihre Gebäude auch ohne Erlaubnis. Trotz all dieser Herausforderungen harren die Gemeinden aus. Gemeinschaften von Konvertiten und protestantische Freikirchen erhalten keine Genehmigungen für ihre Versammlungen und ihre Gottesdienste wurden manchmal von der Polizei gestört. Im Berichtszeitraum hatten allerdings auch traditionelle Kirchen Schwierigkeiten, ihre Genehmigungen zu verlängern. Christliche Aktivitäten in der Öffentlichkeit sind verboten. Im Dezember 2014 wurde eine Warnung an alle christlichen Gemeinschaften herausgegeben, das Weihnachtsfest nicht in der Öffentlichkeit zu feiern. Dieses Verbot ist immer noch in Kraft. Sonntagsgottesdienste werden von Regierungsbeamten streng überwacht und Pastoren (besonders malaiisch sprechende Pastoren) müssen sich ihre Formulierungen gut überlegen, um in ihren Predigten die Regierung oder die königliche Familie nicht zu beleidigen. Gedruckte Schriften werden überprüft und der Import von christlichen Materialien ist verboten. Besondere Überwachung gilt den Bewegungen und Aktivitäten von Kirchenleitern, was die Ausbildung von Kirchenmitgliedern und das Halten theologischer Unterrichtseinheiten schwierig macht.

Auftreten von Gewalt: Die Wertung für den Bereich Gewalt blieb bei derselben, niedrigen Punktzahl. Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Verfolgung in Brunei nie sonderlich gewalttätig war. Dennoch veranlasst sie manche Christen dazu, das Land zu verlassen und drängt Christen muslimischer Herkunft in den Untergrund.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Brunei steht vor einigen schwierigen Entscheidungen. Die sorglosen Zeiten, in denen sich der Sultan um all seine Bürger kümmert, werden bald vorüber sein. Bis jetzt bietet die Regierung ein kostenloses Gesundheitssystem und bezuschusst Güter wie Reis und Wohnraum. Es gibt keine Gebühren für öffentliche Schulen und die Bürger Bruneis müssen keine Einkommensteuer bezahlen. Da die Öl- und Gasvorkommen jedoch begrenzt sind und vermutlich nur noch eine Generation lang reichen, muss die Regierung beginnen, über Alternativen nachzudenken. Dies könnte zu wachsender Unsicherheit und sogar Unruhen führen, und es scheint, dass sich der Sultan mit der Einführung der Scharia und dem Verbot von öffentlichen christlichen Feiern nun dem konservativen Islam verschrieben hat. Die Haupttriebkraft der Christenverfolgung, Islamische Unterdrückung, wird daher weiter zunehmen. Für Christen wird dies mehr Schwierigkeiten bringen, während sich die Situation der Kirche ohnehin durch die massive Auswanderung vieler junger Christen verändert.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 26: Bangladesch

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 63 Punkten belegt Bangladesch Platz 26 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Im Jahr 2016 nahm Bangladesch mit 57 Punkten Rang 35 ein. Mehr als die Hälfte des Anstiegs ist auf die gestiegene Zahl gewalttätiger Übergriffe zurückzuführen; die andere Hälfte spiegelt den zunehmenden Druck in allen Lebensbereichen wider (wobei der stärkste Anstieg in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Gesellschaftliches Leben“ zu verzeichnen ist).



Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Hiervon sind alle Christen in Bangladesch betroffen, obwohl das Land laut Verfassung sowohl ein säkulares als auch ein islamisches Land ist. Islamische Gruppierungen vor Ort beobachten Minderheiten, insbesondere Christen mit anderer religiöser Herkunft, und erzeugen so Ängste. Viele von ihnen werden von internationalen islamischen Gruppierungen wie dem „Islamischen Staat“ (IS) inspiriert. Dies hat insgesamt zu einem Anstieg der Angst unter der Bevölkerung geführt. Neben den islamischen Gruppierungen sind es Familien und Dorfgemeinschaften, die insbesondere in ländlichen Gegenden die Verfolgung vorantreiben und Aktivitäten von Christen muslimischer Herkunft genau beobachten. Dass die Regierung gegen islamische Gruppierungen mit Verbindungen zur politischen Opposition vorgeht, dient ebenfalls nicht zur Beruhigung der brisanten Situation.

Religiös motivierter Nationalismus: Die Anzahl der Buddhisten in Bangladesch ist doppelt so hoch wie die Zahl der Christen. Die meisten von ihnen sind Stammesangehörige und leben in den Bergregionen der Chittagong Hill Tracts an der Grenze zu Indien und Myanmar. Das Chakma-Volk ist das bekannteste unter diesen Stammesvölkern. In den letzten Jahren sind viele Angehörige der Chakma zum christlichen Glauben konvertiert. Das hat dazu geführt, dass sowohl Buddhisten als auch Stammesführer starken Druck auf diese Christen buddhistischer Herkunft ausüben. Nicht nur Familien, Freunde oder die Gemeinschaft verfolgen die Konvertiten, sondern auch extremistische buddhistische Gruppen. Sie bestärken sowohl Buddhisten als auch andere einheimische Volksgruppen darin, dem christlichen Glauben zu widerstehen.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Da die Chakma, Tripura und Marma Stämme sind, vermischt sich bei ihnen Religiös motivierter Nationalismus mit Ethnisch begründeten Anfeindungen. Dadurch geraten die neuen Christen häufig unter Druck, den alten Traditionen und Werten der Gemeinschaft zu folgen, selbst wenn diese mit religiösen Aspekten behaftet sind.

Aktuelle Einflüsse

Zusätzlich zu internen Machtkämpfen muss sich Bangladesch mit einer sehr ernsthaften Bedrohung durch militanten Islamismus auseinandersetzen. Das wurde durch eine Reihe von Mordanschlägen deutlich, die auf Angehörige religiöser Minderheiten (einschließlich Christen), Menschen mit säkularer Weltanschauung und politische Aktivisten verübt wurden. Ob diese Morde – wie von der Regierung stets behauptet – nicht mit dem IS im Zusammenhang standen, sondern ausschließlich lokalen militanten Gruppierungen zugeschrieben werden müssen, ist kaum von Bedeutung. Die größten dieser Gruppierungen, Jamaat-ul-Mujahideen (JMB) und Ansarullah Bangla Team (ABT), haben ihre Treue zum IS bekundet und somit findet der IS Wege nach Bangladesch.

Das massive landesweite Vorgehen gegen Islamisten im Juni 2016 führte zu der Inhaftierung von 145 verdächtigen Islamisten und weiteren 11.000 Personen (andere Berichte sprechen von 14.000). Diese Verhaftungen waren Teil einer viertägigen Aktion gegen Extremismus als Reaktion auf eine Reihe brutaler Morde. Doch wie sich bereits zwei Wochen später zeigte, kann auch ein derartig scharfes Vorgehen die militante islamische Gewalt nicht aufhalten.

Bei einem Angriff auf ein Café in Dhaka am 1. Juli 2016 kamen 22 Personen ums Leben. Da es sich um einen komplexen und gut koordinierten Angriff handelte, muss davon ausgegangen werden, dass die verantwortlichen islamischen Gruppierungen Unterstützung aus dem Ausland hatten. Besonders überraschend war die Tatsache, dass die Angreifer nicht dem Rand der Gesellschaft entstammten, sondern gut situierten Familien. Die Spaltung zwischen Gesellschaft und Politik sorgt in dieser entscheidenden Zeit für zusätzliche Schwierigkeiten bei dem dringend erforderlichen Kampf gegen den gewaltbereiten Islamismus in Bangladesch.

In dieser unsicheren Situation fühlt sich die christliche Minderheit in die Enge getrieben; sie ergreift für niemanden Partei. Christen sind sowohl von Entscheidungen der Regierung betroffen als auch von Aktionen der islamischen Opposition. Die massiven Auswirkungen der islamistischen Aggressionen wurden durch verschiedene Vorfälle im Berichtszeitraum des WVI 2017 deutlich. Blogger mit säkularer Weltanschauung, politische Aktivisten und Angehörige religiöser Minderheiten wurden getötet.

Betroffene Kategorien von Christen

In Bangladesch sind alle Kategorien von Christen des Weltverfolgungsindex anzutreffen und alle erleben Verfolgung:

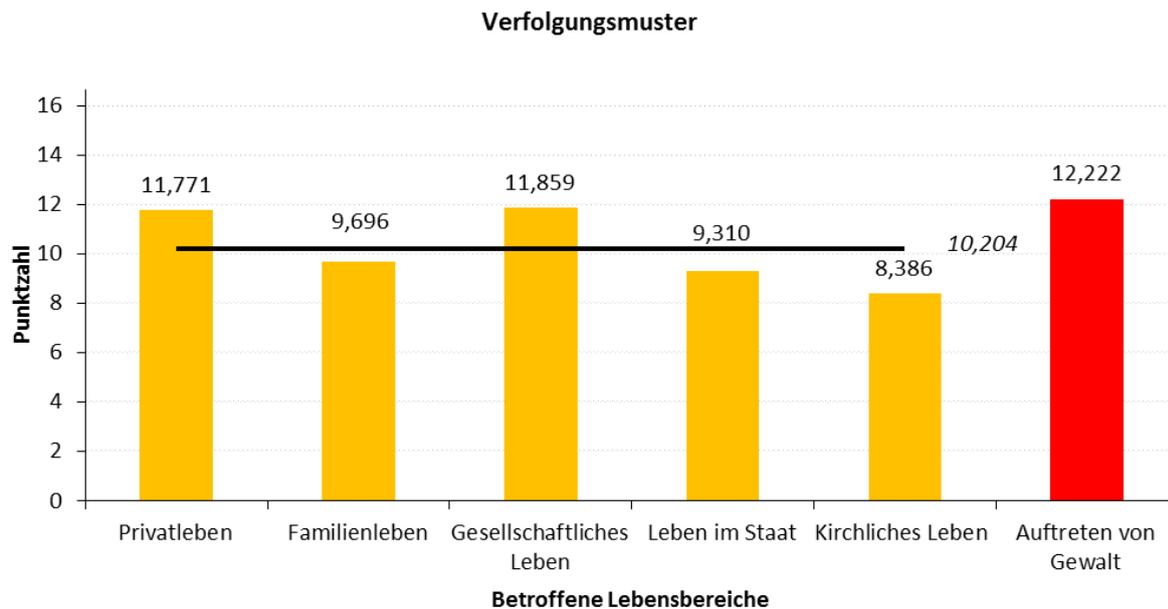
Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten: Hierzu gehören auch Botschaftsmitarbeiter und Ausländer, die in der für das Land wichtigen Textilindustrie beschäftigt sind. Sie werden beobachtet und von islamisch-extremistischen Gruppierungen bedroht.

Christen aus traditionellen Kirchen, wie zum Beispiel der Römisch-Katholischen Kirche und der Anglikanischen Kirche von Bangladesch werden beobachtet und bedroht.

Christen muslimischer, hinduistischer oder buddhistischer Herkunft (Konvertiten) erfahren die stärkste Verfolgung und treffen sich aus Angst oft heimlich.

Christen aus protestantischen Freikirchen wie z.B. Baptisten- oder Pfingstgemeinden. Die Gemeinden der Assemblies of God etwa versammeln sich zum Gottesdienst hauptsächlich in Hauskirchen. Sie werden bedroht und zeitweise gewaltsam angegriffen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Bangladesch

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Bangladesch:

- Insgesamt hat der Druck auf Christen in Bangladesch zugenommen: Der Durchschnittswert stieg im Vergleich zum Vorjahr von 9,768 Punkten auf nun 10,204 Punkte.
- Wie das Diagramm verdeutlicht, ist die Verfolgung in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ am stärksten. Der Druck auf Christen mit einem anderen religiösen Hintergrund ist in den Bereichen „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ besonders hoch, wohingegen alle Christen in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ Druck verspüren. Dieser Druck wird durch die sichtbar wachsende Präsenz islamischer Gruppierungen und die Unsicherheit, wie die Regierung dieser Bedrohung in Zukunft begegnen wird, zusätzlich verstärkt.
- Die Gewalt gegen Christen ist deutlich angestiegen. Während der Wert im Vorjahr bei 7,963 Punkten lag, beträgt er nun 12,222 Punkte. Im Berichtszeitraum für den WVI 2017 gab es häufiger Gewalt gegen Christen, einschließlich Morde.

Privatleben: Obwohl die Verfassung Religionsfreiheit garantiert, leben Christen mit eingeschränkten Freiheiten. Christen mit anderem religiösen Hintergrund sind am verwundbarsten. Wenn sie ihren christlichen Glauben öffentlich machen, ist es aufgrund des Drucks von Familienangehörigen, Nachbarn und religiösen Führungspersonlichkeiten fast unmöglich für sie, am gleichen Wohnort weiterzuleben. Die genannten Personenkreise kontrollieren die Christen und scheuen keine Mühe, um sie an Gemeinschaft mit anderen Christen zu hindern. Das geht bis zum Blockieren von Häusern oder Straßen. Auch der Besitz einer Bibel oder anderer christlicher Bücher stellt ein Risiko dar. Christen, die nicht aus einem anderen religiösen Hintergrund kommen, haben im privaten Bereich mehr Freiheiten.

Familienleben: Sobald entdeckt wird, dass jemand zum christlichen Glauben konvertiert ist, drohen Scheidung und der Verlust des Erbrechts, besonders in ländlichen Gegenden. Eine Taufe, eine christliche Hochzeit oder Beerdigung zu organisieren, ist oft schwer bis unmöglich. Kinder von Christen werden in der Schule gezwungen, dem christlichen Glauben widersprechende Inhalte zu lernen und islamische Bücher zu nutzen. Sie werden oft von anderen Kindern verspottet. Manche Kinder weigern sich deswegen sogar, zur Schule zu gehen oder das Haus zu verlassen. Konvertiten werden häufig von ihren Familien isoliert oder sogar vollständig vertrieben.

Gesellschaftliches Leben: Christen werden privat ebenso diskriminiert wie in ihrem Arbeitsumfeld. Es liegen verschiedene Berichte von Christen vor, die aufgrund des Drucks der muslimischen Mehrheit oder durch organisierte Boykotte ihre Läden oder Unternehmen schließen mussten. Kinder von Konvertiten müssen sich mit Benachteiligungen und Vorurteilen vonseiten ihrer Lehrer und Mitschüler abfinden. Der Druck auf Konvertiten, dem christlichen Glauben abzuschwören, kann so unerträglich werden, dass sie ihr gewohntes Lebensumfeld verlassen müssen. Im Juli 2016 wurden christliche Eigentümer von Geschäften, Restaurants, Hotels und anderen Unternehmen in einigen Teilen des Landes durch islamisch-extremistische Gruppierungen mit dem Tode bedroht, falls sie eine Liste von acht islamischen Regeln nicht erfüllten:

1. Über dem Eingang muss die Inschrift „Bismillah Rahman Rahim“ (die Anrufung Allahs, „Im Namen Allahs, des Milden, des Barmherzigen“) stehen;
2. Sie müssen ein Exemplar des Koran besitzen;
3. Sie müssen ein Bild von der Kaaba in Mekka haben;
4. Bilder oder Statuen der eigenen Religion müssen entfernt werden;
5. Für muslimische Kunden muss ein spezieller Gebetsraum vorhanden sein; es darf kein nach islamischer Auffassung unreines Essen serviert werden (zum Beispiel Schweinefleisch), und wenn muslimische Kunden in einem hinduistischen Restaurant Rindfleisch bestellen (welches von Hindus als heilig angesehen wird) muss ihnen Rindfleisch serviert werden;
6. Restaurants müssen während des Fastenmonats Ramadan geschlossen bleiben;
7. Mit Ausnahme islamischer Lieder ist keine Musik erlaubt;
8. Es ist Frauen generell verboten zu arbeiten. Wenn sie es jedoch müssen, haben sie einen Hijab (Kopftuch) oder eine Burka (Kleid, das den Körper vom Kopf bis zur Zehe bedeckt und nur die Augen freilässt) zu tragen.

Leben im Staat: Bangladesch hat eine säkulare Regierung; dies ist sogar in der Verfassung des Landes festgeschrieben. Dort wird allerdings gleichzeitig erwähnt, dass der Islam die Staatsreligion ist. Christen sind besonders in ländlichen Gegenden regelmäßig übler Nachrede ausgesetzt und erfahren

im Umgang mit Behörden Diskriminierungen. Die mediale Berichterstattung über Christen ist oftmals sehr einseitig und geschieht hauptsächlich durch islamische Fernsehkanäle. Christen und andere Nicht-Muslime (wie Blogger mit säkularer Weltanschauung) wurden beschuldigt, den Islam beleidigt zu haben; einige Menschen wurden sogar getötet. In vielen Fällen von tätlichen Angriffen auf Christen waren die Behörden in hohem Maße unwillig, eine ordnungsgemäße Untersuchung der Fälle durchzuführen. Christliche Schulen und andere Einrichtungen werden durch häufige Drohungen seitens extremistischer islamischer Gruppierungen behindert. Selbst wenn die Behörden Schutz gewährt haben, wurden die Einrichtungen durch Überwachungsmaßnahmen oder zeitweilige Schließungen in ihrer Arbeit eingeschränkt.

Kirchliches Leben: Im Allgemeinen sind die Kirchen in der Lage, sich um ihre Mitglieder zu kümmern. Sie sind jedoch in wachsendem Maß der Überwachung durch Behörden und extremistische islamische Gruppierungen ausgesetzt, was besonders auf protestantische Freikirchen zutrifft. Sowohl die genannten Gruppen als auch religiöse Führungspersonlichkeiten der Stämme und ethnischer Minderheiten behindern immer wieder Gottesdienste. Es ist unmöglich, Christen mit anderem religiösen Hintergrund offen in die Kirchen zu integrieren. Berichten zufolge ist auch die Ausbildung christlicher Leiter schwieriger geworden. Das liegt daran, dass misstrauische Dorfbewohner von den Kandidaten Auskunft darüber verlangen, wohin sie gehen und welcher Art ihre Ausbildung ist. Das öffentliche Verteilen von Bibeln wurde verhindert und drei daran beteiligte Pastoren wurden deswegen verhaftet.

Auftreten von Gewalt: Wie das Verfolgungsmuster zeigt, ist das Ausmaß von Gewalt gegen Christen gestiegen. Vier Christen wurden aufgrund ihres Glaubens von Mitgliedern gewaltbereiter islamischer Gruppierungen ermordet. Zwei davon waren Christen mit anderem religiösen Hintergrund. In den meisten Fällen wurden sie erstochen oder erschlagen. Viele christliche Schulen, Kirchen und Wohltätigkeitsorganisation erhielten häufige Drohungen und wurden aufgefordert, ihre Aktivitäten zu beenden. Einige davon mussten zeitweise geschlossen werden. Ein Geschäft wurde von einer lokalen Gruppe niedergebrannt. Mindestens drei christliche Führungspersonlichkeiten der National Christian Fellowship of Bangladesh wurden verhaftet, weil sie humanitäre Hilfe leisteten und in einem Flüchtlingslager in Ukhiya Bibeln verteilten. Viele Christen wurden tätlich angegriffen, es kam zu Entführungen und Vergewaltigungen. Mehrere Christen mussten wegen ihres Glaubens untertauchen (entweder in Bangladesch oder im Ausland).

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Trotz aller Bemühungen ist die Regierung bislang nicht in der Lage, islamisch-extremistischen Gruppen Einhalt zu gebieten. Dabei verliert sie die Unterstützung einiger Bevölkerungsgruppen. Zum anderen steht sie vor zusätzlichen Herausforderungen durch den Zustrom internationaler, islamistischer Gruppierungen und ihren lokalen Ablegern. So lange die regierende Partei damit fortfährt, alle islamistischen Übergriffe mit der Oppositionspartei in Verbindung zu bringen, wird es schwierig sein, eine Lösung zu finden. Weder die Anklage von Oppositionsführerin Zia wegen Volksverhetzung, noch die Verurteilung und Hinrichtung eines islamischen Parteiführers im Mai 2016 aufgrund von Kriegsverbrechen, können die Brüche innerhalb der Gesellschaft überbrücken.

Extremistische Muslime greifen Christen an, weil diese den Säkularismus des Landes befürworten und deshalb als Verbündete der Regierung gesehen werden. Die gebräuchliche Politik beinhaltet den häufigen Einsatz gewaltsamer Mittel, und oft genug werden dadurch Unschuldige in Mitleidenschaft gezogen oder sogar getötet. Besonders besorgniserregend ist die Gewaltbereitschaft der Jugend- und Studentenorganisationen der Partei.

Bangladesch steht vor ernststen Herausforderungen, dessen Ursachen im Medressen-System des Landes zu suchen sind. (Medresse ist die Bezeichnung für Schulen, in denen Kinder hauptsächlich im Islam unterrichtet werden.) Unabhängig davon, ob die offiziell genannte Zahl von 22.000 Medressen zutrifft oder eine andere Schätzung, die von 70.000 Medressen ausgeht – die Probleme bleiben bestehen. In offiziell eingetragenen Medressen werden ungefähr zwei Millionen Schüler unterrichtet, wohingegen man vermutet, dass in den „privaten“ Medressen mehr als vier Millionen Schüler unterrichtet werden. Ähnlich wie in Pakistan bilden diese Medressen einen potenziellen Nährboden, um den Schülern Hass und Gewalt beizubringen. Das zeigt sich deutlich daran, dass neun der Angreifer von Dhaka im Juli 2016 Medressen-Schüler waren.

Die brisante Situation wird wahrscheinlich auch in absehbarer Zukunft bestehen bleiben, so dass die christliche Minderheit sowohl der Bedrohung durch extremistische Muslime als auch der Regierung ausgesetzt ist. Ob sich die vorherrschende Ansicht, dass Christen mit der Regierungspartei verbunden sind, nach der Wahl eines Christen in eine Führungsposition der größten Oppositionspartei im Oktober 2016 ändern wird, bleibt abzuwarten. Wenigstens ist dies ein Hoffnungsschimmer in der unbeständigen Lage dieses Landes, das mit vielen Herausforderungen konfrontiert ist.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 27: Jordanien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 63 Punkten belegt Jordanien Platz 27 auf dem Weltverfolgungsindex. Im vergangenen Jahr nahm das Land mit 59 Punkten ebenfalls den 27. Rang ein. Der Druck auf Christen – vor allem auf Christen mit muslimischem Hintergrund – bleibt sehr hoch, religiös motivierte Gewalt gegenüber Christen ist dagegen auf einem niedrigen Niveau. Der Wert für Druck auf Christen stieg im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2016 aufgrund der Verfügbarkeit von mehr Informationen deutlich an, der tatsächliche Druck hat sich nicht bedeutend verändert.



Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Spannungen zwischen moderaten und islamisch-extremistischen Teilen der jordanischen Gesellschaft nehmen zu. Dschihadisten, die auf dem Weg nach Syrien sind, durchqueren das Land. Berichten zufolge ist zudem eine große Anzahl an Dschihadisten aus Jordanien nach Syrien und in den Irak gereist, um gemeinsam mit anderen Islamisten aus der ganzen Welt zusammen zu kämpfen. Die Triebkraft Islamische Unterdrückung zielt darauf ab, den Islam mit gewalttätigen oder nicht-gewalttätigen Mitteln einer Gesellschaft aufzuzwingen. Für Muslime, die Christen geworden sind, ist der Ausschluss aus der eigenen Familie eines der größten Risiken.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Diese Triebkraft der Verfolgung versucht, den Einfluss jahrhundertealter Normen und Werte aus Stammestraktionen durchzusetzen. Ethnisch begründete Anfeindungen treten oft im Zusammenhang mit traditionellen Religionen auf, im Falle Jordaniens gibt es eine deutliche Vermischung mit dem Islam.

Aktuelle Einflüsse

Jordaniens Gesellschaft besteht aus verschiedenen Volksstämmen, was sich auch im Königshaus abbildet: Der verstorbene König Hussein stammte aus Saudi-Arabien, seine zweite Frau und Mutter des derzeitigen Königs Abdullah II. ist Britin. König Abdullah selbst ist mit einer Palästinenserin verheiratet. Die Bevölkerung besteht überwiegend aus Palästinensern, von denen die meisten nach den Arabisch-Israelischen Kriegen von 1948 und 1967 ins Land kamen. In den frühen 1950er-Jahren erhielt ein Großteil von ihnen die Staatsbürgerschaft. Palästinensische Jordanier („Westbankers“) werden allerdings im Vergleich zum Großteil der sonstigen Bevölkerung, der von Beduinen abstammt („Eastbankers“), und seit Jahrhunderten in diesem Gebiet lebt, benachteiligt. Im Allgemeinen halten letztere dem König die Treue. Jordanien hat viele Flüchtlinge aufgenommen, insbesondere aus dem Irak und Syrien: Im Dezember 2016 schätzte das UN-Flüchtlingshilfswerk die Zahl der Flüchtlinge aus Syrien auf 655.314 und die aus dem Irak auf 60.647. Damit hat Jordanien gemessen an der

Einwohnerzahl weltweit die zweitmeisten Flüchtlinge aufgenommen. Da so viele verschiedene Nationalitäten in dem Königreich vertreten sind, ist die Frage, was die nationale Identität eines jordanischen Staatsbürgers ausmacht, unklar. Außerdem führt die hohe Anzahl von Flüchtlingen zu wirtschaftlichem, politischem und religiösem Druck und ist so ein potenziell destabilisierender Faktor.

Die Zahl der Christen verringert sich seit der Unabhängigkeit des Landes 1946. Dieser Rückgang liegt in einer niedrigeren Geburtenrate und hohen Auswanderungszahlen begründet. Außerdem kam eine große Zahl muslimischer Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien nach Jordanien. Zusammen mit dem Aufstieg eines extremistischen Islam setzt dies die Christen, besonders Evangelikale und Christen muslimischer Herkunft, zunehmend unter Druck. Für lange Zeit galt Jordanien in Bezug auf Religionsfreiheit als eines der liberalsten Länder der Region. Für Christen scheint sich dies aber nun zu ändern. Christen aus traditionellen Kirchen genießen zwar noch immer einen relativ hohen Grad an Religionsfreiheit; Christen muslimischer Herkunft hingegen erleben die Auswirkungen des zunehmenden islamistischen Einflusses in der Gesellschaft.

Betroffene Kategorien von Christen

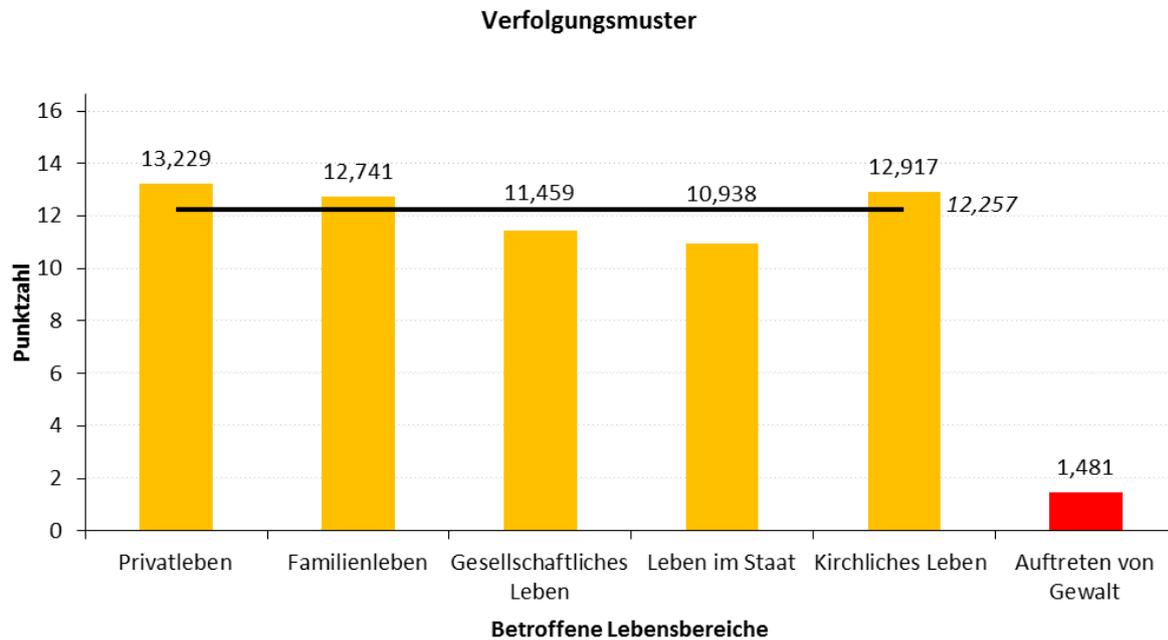
Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Diese Gruppe ist am wenigsten von der Verfolgung betroffen. Es kam aber zu Verhaftungen, wenn sie Kontakt mit Christen muslimischer Herkunft hatten.

Christen aus traditionellen Kirchen: Sie stellen die größte Gruppe von Christen in Jordanien. Die meisten von ihnen gehören der orthodoxen oder der römisch-katholischen Kirche an. Grundsätzlich genießen sie ein relativ hohes Maß an Religionsfreiheit, allerdings können Einzelne im Alltag Benachteiligungen erfahren, beispielsweise am Arbeitsplatz.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten): Von allen Christen erleben Konvertiten aus dem Islam die stärkste Verfolgung. Wird ihr neuer Glaube bekannt, müssen sie mit Druck von allen Seiten rechnen: von Regierungsbeamten, Stammesführern, nichtchristlichen religiösen Leitern, extremistischen Bewegungen, einfachen Bürgern und der (erweiterten) Familie. Die Situation der Christen muslimischen Hintergrunds – deren kleine Zahl stetig wächst – hat sich in den letzten Jahren verschlechtert, verursacht durch Druck vonseiten ihrer Familien und durch die wachsende Aktivität islamistischer Gruppen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Diese Gruppe besteht größtenteils aus Evangelikalen, Baptisten und Pfingstgemeinden. Nach Christen muslimischer Herkunft erleben die protestantischen Freikirchen den stärksten Widerstand, besonders vonseiten der Regierungsbeamten. Evangelikale Gemeinden werden von der jordanischen Regierung nicht anerkannt. In einigen Fällen wird die Regierung selbst zum Verfolger, indem sie beispielsweise Übergriffe auf Christen ungestraft lässt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Jordanien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Jordanien:

- Insgesamt ist der Druck auf Christen in Jordanien – insbesondere auf Christen muslimischer Herkunft – sehr hoch (12,257) und im Vergleich zum letztjährigen Weltverfolgungsindex (11,428) gestiegen. Dieser Anstieg liegt größtenteils an der Verfügbarkeit von mehr Informationen. Im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2016 hat sich der tatsächliche Druck auf Christen in Jordanien nicht bedeutend verändert.
- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen Privatleben, kirchliches Leben und Familienleben; dort sind die Wertungen sehr hoch. Dies ist typisch für eine Verfolgungssituation, in der Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung und mit Ethnisch begründeten Anfeindungen vermischt ist.
- Islamische Unterdrückung als Triebkraft der Verfolgung betrifft vor allem Christen muslimischer Herkunft in den Bereichen Privatleben, Familienleben und gesellschaftliches Leben. Sie geht besonders von Familien, lokalen Behörden und nichtchristlichen Leitern aus.
- Die Wertung für Gewalt (1,481) ist im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2016 (1,852) gesunken und verbleibt auf einem niedrigen Level.
- Der Druck in Jordanien wird durch die gravierende Unterdrückung von Christen muslimischer Herkunft und relative Freiheit für alle anderen Kategorien von Christen charakterisiert, solange letztere nicht versuchen, ihren Glauben an Muslime weiterzugeben.

Privatleben: Hier sind vor allem Christen muslimischer Herkunft betroffen. Sie können ihren Glauben nicht öffentlich ausüben. Jedes kleinste Signal an ihre Umgebung, dass sie Christen sein könnten, kann schwerwiegende Konsequenzen haben. Alle anderen Christen haben mehr Freiheiten, ihren Glauben im Privaten zu leben, solange sie nicht versuchen, das Evangelium an Muslime weiterzugeben.

Familienleben: Besonders Christen muslimischer Herkunft erleben Druck durch die eigene Familie, welche teilweise gewalttätig bis hin zu Mord sein kann. Um Druck auf die Konvertiten auszuüben, informieren einige Familien sogar die Behörden, was dann zu einer Verhaftung führt. Open Doors erhielt Berichte von Christen mit muslimischem Hintergrund, denen aufgrund ihres Übertritts zum christlichen Glauben mit dem Entzug des Sorgerechts für ihre Kinder gedroht wurde. Der Staat spielt dabei allerdings keine aktive Rolle.

Gesellschaftliches Leben: Auch in diesem Lebensbereich stehen Christen muslimischen Hintergrunds ganz besonders unter Druck, wenn ihr Glaube bekannt wird. Aber auch andere Christen erleben Diskriminierung, zum Beispiel an ihren Arbeitsplätzen in Unternehmen oder im öffentlichen Dienst, wo sie auf unsichtbare Barrieren stoßen und bei Beförderungen übergangen werden. Besonders Christen, die Konvertiten aus dem Islam unterstützen – durch Beratung, Seelsorge und biblische Ausbildung – müssen mit Bedrohungen und Einschränkungen im Alltag sowie mit Überwachung durch ihr Umfeld rechnen.

Leben im Staat: Hier erleben alle Christen Druck, besonders betrifft dies wieder Christen muslimischer Herkunft. Der Islam ist Staatsreligion. Beim Erbrecht gilt ausschließlich die islamische Gesetzgebung, ungeachtet des Glaubens der Betroffenen. Das Familienrecht basiert auf der Scharia und gilt für alle, die der Staat als muslimisch definiert. Dazu gehören auch Kinder von Vätern, die zum muslimischen Glauben übergetreten sind. Glaubenswechsel aus dem Islam heraus werden vom Staat nicht anerkannt. Das öffentliche Missionieren von Muslimen verstößt gegen die Regierungspolitik. Ehemalige Muslime, die Christen geworden sind, fallen noch immer unter die Gerichtsbarkeit der Scharia, ihre Ehen können annulliert werden und es ist auch möglich, dass sie das Sorgerecht für ihre Kinder sowie ihre Bürgerrechte verlieren. Berichten zufolge wurden Christen mit muslimischem Hintergrund vom Geheimdienst bezüglich ihres Glaubens verhört und mit Anklagen vor Gericht und anderen möglichen Konsequenzen bedroht. Zudem wurden ihnen Belohnungen, wie zum Beispiel berufliche Chancen, für eine Rückkehr zum Islam versprochen. Weiter wurde berichtet, dass Behörden Arbeitszeugnisse verweigerten, die für Bewerbungen und Firmengründungen notwendig waren. Arbeitgebern wurde aufgetragen, Christen muslimischer Herkunft zu entlassen. Diejenigen, die Christen muslimischer Herkunft angreifen, können mit Straffreiheit rechnen.

Kirchliches Leben: Christen mit muslimischem Hintergrund erfahren auch im Bereich des kirchlichen Lebens den größten Druck. Dennoch müssen auch andere Christen, besonders aus protestantischen Freikirchen, mit gewissen Einschränkungen leben. Für Christen muslimischer Herkunft ist jede Form des öffentlichen und legalen kirchlichen Lebens unmöglich. Im Vergleich zu anderen Ländern der Region ist das Kirchenleben jedoch generell weniger eingeschränkt – besonders für Christen aus traditionellen Kirchen. Dies lässt sich unter anderem daran erkennen, dass es eine Reihe von anerkannten, schon lange bestehenden Kirchen im Land gibt. Evangelikale Gemeinden haben Schwierigkeiten, eine Registrierung zu erhalten. Baugenehmigungen für Kirchen sind schwer zu erhalten und es gibt alle Arten subtiler Diskriminierung. Berichten zufolge werden Aktivitäten evangelikaler Gemeinden und von Untergrundgemeinden (von Christen muslimischer Herkunft) von

der Geheimpolizei überwacht. Öffentliche Verteilung von christlicher Literatur ist nicht erlaubt, der Verkauf ist ausschließlich an offiziell genehmigten Orten möglich.

Auftreten von Gewalt: Der Druck auf und die Gewalt gegen Christen mit muslimischem Hintergrund dauern an. Open Doors erhielt Berichte über Christen, die von der Polizei zum Verhör festgehalten wurden oder physisch oder psychisch misshandelt wurden. Einige wurden von ihren Familien wegen ihres Glaubens in psychiatrische Anstalten eingewiesen. Selbst ausländische Christen können verhaftet werden, wenn sie Kontakt zu Christen muslimischer Herkunft haben. Die Anzahl von Christen, die wegen ihres Glaubens das Land verlassen mussten, ist leicht angestiegen. Die Wertung für die Kategorie ist vor allem deswegen gesunken, weil es – anders als im vorangegangenen Berichtszeitraum – keine Berichte über Christen gab, die entführt wurden oder ihre Häuser verlassen und sich im Land verstecken mussten. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, dass es solche Vorfälle gab, die jedoch unbemerkt blieben.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Der jordanische König Abdullah II. möchte die Gesellschaft verändern und führt Maßnahmen ein, die religiösen Minderheiten wie Christen helfen sollen. So hat Jordanien Reformen in den Lehrplänen mit dem Ziel eingeführt, den Einfluss extremistischer islamischer Kräfte in der Gesellschaft zu bekämpfen. Beispielsweise wird im Bereich der zivilen Bildung „darauf hingewiesen, dass Christen als demografischer Bestandteil der Bevölkerung anerkannt werden, indem Kirchen ebenso wie Moscheen in Bildern gezeigt werden. Im Religionsunterricht werden ganze Passagen aus dem Koran und Aussprüche des Propheten Mohammed ausgelassen und in Arabischer Literatur wird ein Bild einer verhüllten Frau durch das einer unverhüllten Frau ersetzt.“ Dieser Schritt spaltet das Königreich und traf bereits auf viel Widerstand, insbesondere von konservativen Muslimen wie der Islamischen Aktionsfront (IAF), die den politischen Arm der Muslimbruderschaft in Jordanien darstellt.

Die islamistische Partei nahm 2016 erstmals wieder an den Wahlen teil, nachdem sie sie fast ein Jahrzehnt boykottiert hatte. Dabei gewann sie 15 der insgesamt 130 Sitze im Parlament. Auch wenn diese Rückkehr auf kurze Sicht wahrscheinlich keinen großen Einfluss haben wird, ist es noch zu früh, vorauszusagen, was sie auf lange Zeit bedeuten kann. Die Polarisierung der Gesellschaft durch die Reformen des Königs ermutigt liberale Kräfte und Christen, die Stimme gegen die islamistischen Entwicklungen in Teilen der Gesellschaft zu erheben, doch dies hatte bereits einige ernsthafte Konsequenzen zur Folge. Die außergerichtliche Tötung eines prominenten Autors, der einen Cartoon gepostet hatte, in dem „der Gott von Daesh“ (Daesh = Islamischer Staat) verspottet wurde, zeigt, wie extremistische Islamisten versuchen, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken. Dies führt zu einem steigenden Druck auf Christen und andere, deren Ansichten nicht dem radikalen Islam entsprechen. Es wird erwartet, dass sich diese Entwicklung in naher Zukunft nicht abschwächt.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 28: Myanmar

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 62 Punkten belegt Myanmar auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017 Platz 28. Im vergangenen Jahr nahm Myanmar mit der gleichen Wertung Platz 23 ein. Obwohl das Level der Gewalt aufgrund von Schwierigkeiten, Berichte aus den Kriegsgebieten zu erhalten, deutlich gesunken ist, hat die Wertung insgesamt nicht abgenommen. Dies bedeutet, dass der Druck in fast allen Lebensbereichen stärker geworden ist. Die größte Zunahme findet sich in den Bereichen des gesellschaftlichen und des kirchlichen Lebens.



Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus: Der Buddhismus ist eng mit der nationalen Identität verknüpft und es gibt buddhistische Gemeinwesen, die rein buddhistisch bleiben wollen. Diese Haltung wird im Allgemeinen von extremistischen Buddhisten aufrechterhalten und von der Regierung toleriert – und in gewissem Ausmaß sogar unterstützt. Die Bevölkerungsmehrheit in Myanmar (ca. 60%) ist ethnisch gesehen birmanisch, auch „bama“ genannt. Bama sein heißt buddhistisch sein. Jeder, der von diesem Erbe abweicht, wird als potentiell gefährlich eingestuft. Druck kommt von zwei Seiten: Zum einen von der Gesellschaft, einschließlich der vormals als „969“, jetzt als „Ma Ba Tha“ bezeichneten Bewegung extremistischer buddhistischer Mönche, zum anderen von der Regierung. Diese versucht, ein gutes Verhältnis zu solchen Bewegungen herzustellen, obwohl es inzwischen einige Anzeichen von Rissen in der Beziehung gibt. Das deutlichste Zeichen für den weiterhin starken Einfluss extremistisch-buddhistischer Bewegungen ist die Einführung und Umsetzung der Gesetze „zum Schutz von Rasse und Religion“ (siehe auch Abschnitt 5: Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt).

Diktatorische Paranoia: Myanmar blickt auf eine lange Geschichte von Militärregierungen zurück. Während die neugewählte Regierung nicht als paranoid bezeichnet werden kann, ist Myanmar eines der wenigen Länder, in denen nicht die Regierung von Diktatorischer Paranoia betroffen ist, sondern das Militär. Gemäß der Verfassung des Landes, die von der „Tatmadaw“, der burmesischen Armee, geschrieben wurde, werden ein Viertel der Sitze im Parlament von Armeemangehörigen besetzt und dazu auch die wichtigsten Regierungsstellen. Dazu gehören das Verteidigungsministerium, aber auch das Innenministerium und das Ministerium für Grenzangelegenheiten. Die Tatsache, dass die Armee trotz aller Hoffnungen hinsichtlich Demokratie und Teilnahme von Minderheiten an den Wahlen ihren Kampf gegen die ethnischen Minderheiten, zu denen auch die Christen gehören, fortgesetzt und sogar intensiviert hat – selbst während der Friedenskonferenz im September 2016 – verdeutlicht, wo die wahre Macht in Myanmar liegt.

Das Militär wird alles tun, um die Macht zu behalten, und sich dabei – falls notwendig – auch auf den buddhistischen Nationalismus oder das ethnische Erbe berufen. Die Regierung unterhält weiterhin sogenannte Na-Ta-La-Schulen (Schulen in Grenzgebieten zur Entwicklung Jugendlicher aus einheimischen Volksgruppen), die für Minderheiten der Bevölkerung attraktiv sind, da sie keine Gebühren erheben. Diese Schulen werden genutzt, um junge Menschen zu beeinflussen und sie in den Buddhismus einzuführen. Das Militär setzt seine Taktik der Schwächung aufständischer ethnischer Minderheiten fort, indem Jugendliche aus diesen Minderheiten drogenabhängig gemacht werden. Diese Praxis betrifft auch die Christen in Kachin. Weite Teile der Region Kachin gehören zu einem der zwei größten Anbaugelände für Opium in Asien (zusammen mit Vietnam, Laos und Thailand). Dieses Gebiet ist weithin bekannt als das „goldene Dreieck“. Weite Teile des Landes sind in der Hand des Militärs. Da viele Rohstoffe wie Erz, Jade und Edelhölzer in den hauptsächlich von Christen bewohnten Territorien wie im Shan-Staat oder bei den Chin und Kachin vorkommen, erleben die Christen dort einen großen Druck vonseiten des Militärs. Sie werden schikaniert, attackiert und manchmal als Träger missbraucht – nicht nur aus ökonomischen Interessen. Unternehmen werden oftmals vom Militär oder von hochrangigen Politikern geleitet; die Vetterwirtschaft boomt. Es gibt kein Interesse daran, die Reichtümer des Landes mit der Bevölkerung zu teilen. Außerdem will die Regierung die Nation vereint halten.

Islamische Unterdrückung: Erstaunlicherweise spielt diese Triebkraft der Verfolgung in dem buddhistischen Staat weiterhin eine Rolle. Muslime erleben selbst starke Verfolgung durch buddhistische Extremisten. Im Berichtszeitraum kam es in Rakhine dabei sogar zu teils äußerst gewaltsamen Zusammenstößen. Weniger bekannt ist, dass es unter ihnen eine kleine Gruppe von Christen muslimischer Herkunft gibt. Sie werden zunächst aufgrund ihrer ethnischen Herkunft verfolgt, müssen aber zusätzlich vonseiten ihrer muslimischen Familien und Gemeinschaften starken Druck ertragen, ihren christlichen Glauben zu widerrufen.

Aktuelle Einflüsse

Am 8. November 2015 sah Myanmar bei den ersten freien Wahlen seit 25 Jahren einen überwältigenden Sieg für die Oppositionspartei „National League for Democracy“ (NLD) unter Friedensnobelpreisträgerin und Freiheitsikone Aung San Suu Kyi. Dieses Ergebnis wird das Land für Jahre verändern und prägen. Die Regierungspartei USDP und die meisten ethnischen Parteien dagegen schnitten bei den Wahlen sehr schlecht ab und gewannen nur wenige Sitze. Da viele der ethnischen Minderheiten wie die Kachin, Chin und Karen überwiegend dem christlichen Glauben angehören, sind nun deutlich weniger Christen im Parlament vertreten als zuvor. Mit einem überraschenden Schritt ernannte die NLD jedoch einen baptistischen Christen, der der Volksgruppe der Chin angehört, zum Vizepräsidenten. Auch das Oberhaus des Parlaments wird ein Christ anführen. Suu Kyi beschloss, persönlich viele verantwortliche Positionen im Land selbst zu übernehmen, auch wenn die Verfassung es ihr untersagt, selbst als Präsidentin zu agieren. Stattdessen hat sie die Position einer „Staatsberaterin“ geschaffen, faktisch die Rolle einer Premierministerin mit großer Machtfülle. Zudem besetzte sie den Posten der Außenministerin, wodurch sie auch einen Sitz im einflussreichen Rat zur Nationalen Verteidigung und Sicherheit innehat. Zusätzlich ist sie „Ministerin im Büro des Präsidenten“ und war für kurze Zeit als Ministerin für Bildung und Energie im Amt. Einige der hohen Hoffnungen, die an die Wahlen gestellt wurden –

mehr Demokratie, ein inklusives Verständnis von Gesellschaft, eine Stimme für ethnische Minderheiten in einem Land, das sich Richtung Föderalismus entwickelt – wurden enttäuscht.

Ein erster ernüchternder Fakt ist, dass das Militär weiterhin eine starke Position im Land behält. Dies basiert unter anderem auf dem in der Verfassung verankerten Recht der Armee auf drei wichtige Ministerien und 25 Prozent aller Sitze im Parlament. Auch während des Wahlkampfes und den Wahlen führte das Militär seine Angriffe gegen ethnische Minderheiten in den Staaten Kachin und Shan unvermindert fort. 2016 hat sich dieser Konflikt noch verschärft und sogar auf weitere Regionen ausgeweitet. Christen sind stark betroffen und das Level an Gewalt ist hoch.

Die Gruppierung „Ma Ba Tha“ unterstützt die USDP, den politischen Flügel des Militärs, und ist sogar so weit gegangen, davor zu warnen, die NLD zu wählen. Die Gruppe hat ihre Kampagnen gegen religiöse Minderheiten ausgeweitet, insbesondere gegen die Rohingya-Muslime. Die NLD stellte nicht einen einzigen muslimischen Kandidaten auf. Suu Kyi hat sich bislang nicht zu der Einführung der Gesetze „zum Schutz von Rasse und Religion“ geäußert, deshalb bleiben ethnische Minderheiten nur vorsichtig hoffnungsvoll. Allerdings sind ihre Erwartungen an Suu Kyi auch nicht allzu hoch, da sie weithin als Vertreterin des myanmarischen Adels wahrgenommen wird.

Aung San Suu Kyi hat angekündigt, dass sie den Versöhnungsprozess mit ethnischen Minderheiten im ganzen Land zu ihrer obersten Priorität machen will. Viele der ethnischen Minderheiten wie die Kachin, Chin und Karen sind mehrheitlich Christen. Im Mai 2016 wurde von der neuen Regierung ein „Nationales Versöhnungs- und Friedenszentrum“ eingerichtet, das das „Myanmar Friedenszentrum“ ersetzen soll, das versucht hatte, Einigungen zwischen den ethnischen aufständischen Gruppen zu erzielen. Am 31. August 2016 startete die fünftägige 21st Century Panglong Conference in der Hauptstadt Naypyidaw. Das Ziel der Konferenz war die Versöhnung zwischen bewaffneten Gruppen ethnischer Minderheiten, politischen Parteien, militärischen Offiziellen und Vertretern der Regierung. Solche Konferenzen sollen in Zukunft alle sechs Monate stattfinden. Zwei politische Parteien aus dem Staat Rakhine sprachen sich jedoch öffentlich gegen den Friedensprozess aus und drei bewaffnete Gruppen erfüllten nicht die geforderten Bedingungen. Diese hatte das Militär gestellt, was erneut ihre Macht über die Regierung zeigt. Die Regierung erwartete zudem offensichtlich keine großen Erfolge von der ersten Friedenskonferenz, was die Ansetzung der weiteren Treffen alle sechs Monate zeigt. Eine Fülle von Fragen muss noch immer geklärt werden, unter anderem die Rückkehr von Binnenflüchtlingen und Personen, die nach China geflohen sind. Viele von ihnen gehören zu christlichen Minderheiten. Noch wichtiger ist es jedoch, so schnell wie möglich einen Prozess der Vertrauensgewinnung zu starten, beispielsweise durch die Umsetzung einer landesweiten Waffenruhe.

Betroffene Kategorien von Christen

Alle im Weltverfolgungsindex untersuchten Kategorien von Christen existieren in Myanmar, aber da ausländische und eingewanderte Christen lokale Kirchen besuchen, werden sie hier nicht als eigene Kategorie aufgeführt.

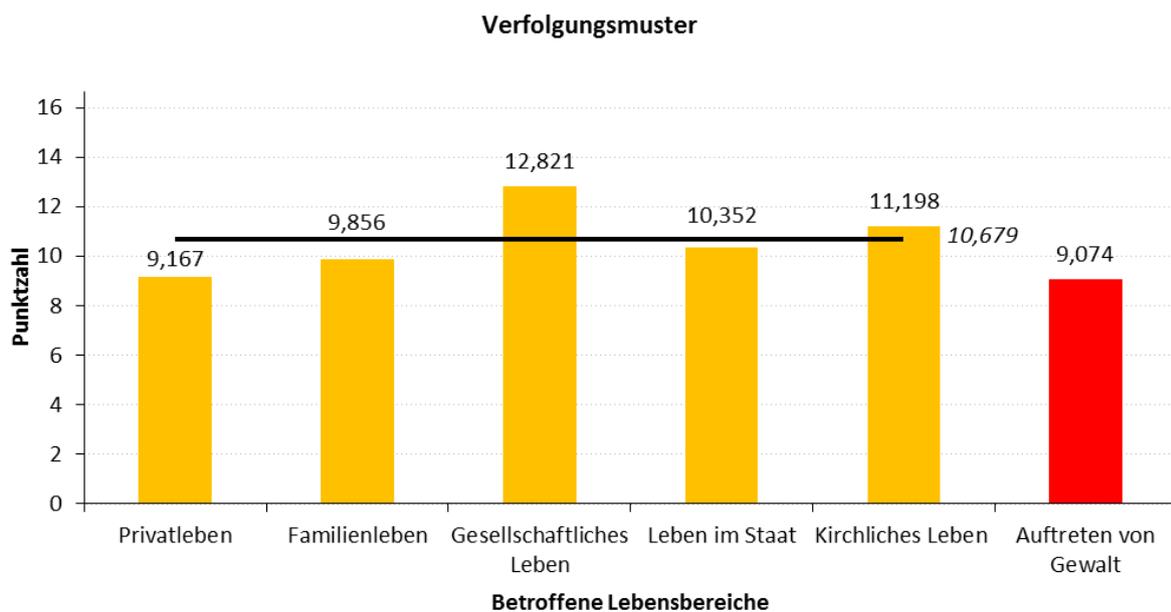
Christen aus traditionellen Kirchen: Dazu gehören beispielsweise die Römisch-Katholische Kirche, aber auch traditionelle Kirchen unter den christlichen Minderheiten wie die Kachin Baptist Church. Diese Christen erleben Verfolgung in Form täglichen Drucks, gelegentlich aber auch gewalttätige

Angriffe, sei es vom Militär oder von extremistischen buddhistischen Mönchen. Diese errichten in manchen Gegenden Tempel auf Grundstücken von Kirchen.

Christen mit anderem religiösen Hintergrund: Dies können Christen buddhistischer oder muslimischer Herkunft sein oder Christen, die aus dem Umfeld einer animistischen Religion stammen. Sie erfahren die stärkste Verfolgung, sowohl vonseiten der Behörden als auch von ihren Familien, Freunden und Nachbarn. Den Buddhismus zu verlassen, ist für Mitglieder des Bama-Volkes nicht akzeptabel.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Hierunter fallen beispielsweise Baptisten, Evangelikale und Christen aus Pfingstgemeinden. Gemeinden wie Assemblies of God, die Methodisten oder Anglikaner sehen sich Verfolgung durch die Gesellschaft, in der sie leben, ausgesetzt, insbesondere in ländlichen Gebieten. Sie werden überwacht und es kommt beispielsweise vor, dass Zusammenkünfte oder das Abhalten der Sonntagsschule verhindert werden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Myanmar

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Myanmar:

- Der Druck auf Christen in Myanmar befindet sich auf einem hohen Niveau. Der Wert ist von 9,201 im vergangenen Jahr auf 10,679 angestiegen. Dieser Steigerung ist eine Folge der Einführung der Gesetze zum Schutz von Rasse und Religion, außerdem konnten mehr Berichte über die Situation von Christen mit nichtchristlichem Hintergrund gesammelt werden.

- Der Druck zeigt sich in den Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (12,821) und des kirchlichen Lebens (11,198) am stärksten (sehr hoher Druck), gefolgt vom Bereich Leben im Staat (10,352, hoher Druck). Dieses Muster ist nicht typisch für eine bestimmte Verfolgungstriebkraft, es spiegelt aber die Situation der christlichen Minderheit wider, die vom anhaltenden Krieg in mehreren Staaten des Landes stark betroffen ist.
- Druck, der von den Triebkräften Religiös motivierter Nationalismus und Islamische Unterdrückung stammt, ist in allen Lebensbereichen spürbar, da die Hinwendung zum christlichen Glauben nicht als persönliche Entscheidung, sondern als Verrat an der Familie, der Gesellschaft und selbst des Landes gesehen wird.
- Der Wert für Gewalt ist im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum von 15,556 auf 9,074 zurückgegangen. Dies bedeutet jedoch nicht unbedingt, dass tatsächlich ein geringeres Maß an Gewalt vorhanden ist. Die Wertung ist darauf zurückzuführen, dass es aufgrund der verstärkten Kämpfe, insbesondere in den Staaten Kachin und Shan, sehr viel schwieriger war, Berichte über die Situation der christlichen Minderheiten, getötete Christen in den besagten Regionen und Angriffe auf Kirchen zu erhalten und zu überprüfen. Insgesamt hat sich die Situation für Christen in Myanmar eher verschlechtert, da der Druck in allen Lebensbereichen gestiegen ist. Dieser Anstieg wird durch den Rückgang der Wertung für Gewalt nur teilweise kompensiert, da dieser Bereich aufgrund der oben genannten Problematiken schwierig zu erfassen war.

Privatleben: Die Hinwendung zum christlichen Glauben wird insbesondere von Familien und der lokalen Kommune abgelehnt. Christen buddhistischer Herkunft müssen immer sehr vorsichtig bei der Ausübung ihres Glaubens sein, besonders dann, wenn sie die einzigen Christen in ihrem familiären Umfeld sind und daher nach allgemeiner Ansicht ihrer Familie Schande bringen. Versammlungen mit anderen Christen sind in der Regel nicht gefährlich, doch für Konvertiten können sie eine besondere Herausforderung darstellen. Christen mit nicht-christlichem Glaubenshintergrund, deren Glaube bekannt geworden ist, werden streng überwacht, geächtet und es kann passieren, dass sie unter Hausarrest gestellt werden. Damit soll verhindert werden, dass sie andere Christen treffen. Ein Pastor, der mit seiner Familie in einem Dorf lebte, musste sie Berichten zufolge in eine Stadt schicken, damit er mit seiner Arbeit unter den Christen des Dorfes fortfahren konnte, da es im Dorf zu gefährlich für die Familie geworden war. Christen mit muslimischem Hintergrund betrifft die Verfolgung noch stärker, da sie nicht nur die oben genannten Schwierigkeiten erleben, sondern zudem zu einer verachteten Minderheit gehören.

Familienleben: Es ist nicht zwangsläufig so, dass Konvertiten der Verlust des Sorgerechts oder des Erbrechts droht, insbesondere Frauen droht jedoch häufig die Scheidung, falls sie verheiratet sind. Eine Taufe, eine christliche Hochzeit oder Beerdigung zu organisieren ist oft nur schwer möglich, Christen mit muslimischem oder buddhistischem Hintergrund müssen dies im Geheimen tun. Der muslimischen Minderheit wird außerdem die Staatsbürgerschaft verweigert. Muslimische Rohingya und damit auch die Christen muslimischer Herkunft werden als „Bengalen“ angesehen und nicht registriert. Christliche Eltern erleben es als Herausforderung, ihren Kindern christliche Werte beizubringen, denn sie sehen sich nicht nur dem Druck des buddhistischen Umfeldes in ihrer Nachbarschaft ausgesetzt, sondern häufig auch dem Zwang, ihre Kinder in den buddhistischen Unterricht zu schicken. Dhama-Schulen werden von buddhistischen Mönchen geleitet, die den

Kindern buddhistische Prinzipien beibringen sollen. Diese Schulen breiten sich immer mehr im Land aus.

Gesellschaftliches Leben: Es gibt Kommunen, die keine Christen in ihren Dörfern erlauben. Entscheidet sich eine Person in einem solchen Dorf für den christlichen Glauben, ist sie starken Schikanen ausgesetzt, bis sie das Dorf verlässt. In anderen Dörfern werden Christen schikaniert, zu Spenden für buddhistische Tempel gezwungen oder ihnen wird mit dem Ausschluss aus der Dorfgemeinschaft gedroht, wenn sie aufhören, Mönchen Almosen zu geben, sich nicht finanziell an der Renovierung oder dem Bau von Tempeln beteiligen und nicht mehr an buddhistischen Festen teilnehmen. Besonders Christen, die sich in Hauskirchen versammeln, werden beobachtet und unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu verleugnen; sie werden von kommunalen Entscheidungen und Ressourcen ausgeschlossen. Dies wirkt sich auch auf das alltägliche Leben aus, wenn ihnen etwa Hilfe beim Sammeln von Bambus für die Reparatur ihres Hauses verweigert wird oder ihnen der Zugang zu Wasser untersagt wird. Gebiete, in denen viele Christen leben, werden bewusst durch eine schwache Infrastruktur und Gesundheitsfürsorge benachteiligt. In den Konfliktgebieten wird Christen humanitäre Hilfe verweigert oder nur in kleinsten Anteilen gewährt. Kinder von christlichen Konvertiten werden von Lehrern und Mitschülern in der Schule diskriminiert. In einem Fall wurde ein Mädchen wegen ihres Glaubens aus der Klasse geworfen, ein anderes Mädchen durfte sich nicht wie der Rest der Klasse auf einen Test vorbereiten. Kinder von allen Christen (nicht nur den Konvertiten) müssen nichtchristlichen Unterricht besuchen und können gezwungen werden, an buddhistischen Gebeten oder Zeremonien teilzunehmen. Besonders, wenn die Familien arm sind und einer ethnischen Minderheit angehören, werden die Kinder auf die bereits erwähnten Na-Ta-La-Schulen geschickt. Hier finden häufig Diskriminierungen bei der Benotung, Schikanen und Spott über christliche Kinder statt. Ein weiteres Problem für Christen sind Gesetze, die in diversen Gemeinschaften und Dörfern nur mündlich von lokalen buddhistischen Mönchen und Polizisten erlassen werden, mit dem Ziel, Christen einzuschränken.

Leben im Staat: Abschnitt 361 der Verfassung aus dem Jahr 2008 besagt, dass „die Union anerkennt, dass der Buddhismus als der Glaube, der von der großen Mehrheit der Bürger der Union praktiziert wird, eine spezielle Stellung einnimmt“. In Abschnitt 362 wird jedoch auch die Existenz des christlichen Glaubens, des Islam, des Hinduismus und Animismus anerkannt. Diese „spezielle Stellung des Buddhismus“ wird von extremistischen Buddhisten missbraucht. Um zusätzliche Unterstützung von diesen Gruppen und der Mehrheit der Bamar zu erlangen, hat die Regierung im August 2015 vier Gesetzesentwürfe gegen Konversionen verabschiedet. Diese Gesetze zielen darauf ab, den Buddhismus durch Einschränkung interreligiöser Ehen und Bekehrungen, Verbot der Polygamie und die Einführung einer Geburtenkontrolle zu schützen. Laut ihnen müssen buddhistische Frauen eine Erlaubnis von ihren Eltern und von der Behörde vorweisen, wenn sie einen Mann mit einer anderen Religionszugehörigkeit heiraten wollen; der nichtbuddhistische Mann muss zunächst zum Buddhismus konvertieren. Das Gesetz besagt auch, dass jeder, der die Religion wechseln will, von der „Konversions-Registrierungs-Behörde“ die Erlaubnis dazu einholen muss. Diese Behörde besteht aus örtlichen Religions- und Einwanderungsbeamten, einem örtlichen Verwaltungsbeamten, der Vorsitzenden für Frauenangelegenheiten und einem örtlichen Verantwortlichen für Ausbildung. Auch wenn noch abzuwarten bleibt, wie dieses Gesetz praktisch umgesetzt wird, ist allein schon die Verabschiedung des Gesetzes besorgniserregend. In erster Linie richtet es sich gegen die muslimische Minderheit, andere religiöse Minderheiten sind jedoch genauso betroffen. Einige Stämme besitzen zusätzliche traditionelle Gesetze, die von einigen Gemeinschaften dazu genutzt werden, Christen aus

ihren Dörfern zu vertreiben. Christen haben außerdem einen schlechteren Zugang zu Krediten oder Zuschüssen als nichtchristliche Geschäftspartner oder Kunden.

Kirchliches Leben: Obwohl man in verschiedenen Teilen Myanmars viele christliche Kirchen finden kann, bleibt es schwer, eine Genehmigung zum Bau einer neuen Kirche zu erhalten, da es viele Einschränkungen gibt. Landraub ist ein weiteres Problem, dem Christen sich gegenübersehen. Deshalb nutzen viele Christen Firmengebäude oder treffen sich in Hauskirchen, um an Sonntagen einen Ort für den gemeinsamen Gottesdienst zu haben. Besonders in stark buddhistischen Gegenden stehen die Kirchen unter Beobachtung. Kirchenleiter und Pastoren werden von extremistischen Buddhisten besonders ins Visier genommen, denn dies ist eine Methode, die Kirchen zu lähmen. Ein Pastor berichtete, dass es sich ständig anfühlt, als würde nur darauf gewartet werden, dass er einen Fehler begehe. Alle religiösen Publikationen im Land werden vom Ministerium für Religion überprüft und zensiert. Einige Kirchen haben angefangen, eigene Materialien zu drucken, aber der Besitz von Druckmaschinen wird ihnen schwer gemacht. Veröffentlichungen in Sprachen der ethnischen Minderheiten kommen nicht infrage und auch für andere Publikationen gelten strenge Zensurregeln. Christliches Material zu importieren ist sehr schwer und Bücher in Sprachen der ethnischen Minderheiten zu importieren ist sogar unmöglich. Die meisten Kirchen dürfen keine Ausländer für religiöse Zwecke einladen. In Gegenden, wo vorrangig ethnische Minderheiten leben, haben die Gemeinden noch größere Schwierigkeiten. Die Kirchen werden häufig als Ort für regierungsfeindliche Treffen oder als Treffpunkte für Aufständische aus ethnischen Minderheiten angesehen. In Gebieten, die vom Bürgerkrieg betroffen sind, wie z. B. Kachin und Shan, werden Kirchen oft angegriffen, da die Menschen dort Zuflucht vor den Kämpfen suchen.

Auftreten von Gewalt: Der Wert für Gewalt ist im aktuellen Berichtszeitraum deutlich zurückgegangen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass tatsächlich ein geringeres Maß an Gewalt vorhanden ist. Die Wertung ist darauf zurückzuführen, dass es aufgrund der verstärkten Kämpfe, insbesondere in den Staaten Kachin und Shan, sehr viel schwieriger war, Berichte über die Situation der christlichen Minderheiten zu erhalten. Open Doors gingen fünf Berichte über Ermordungen von Christen und vier Berichte über Kirchen, die angegriffen oder zerstört wurden, zu. Entführungen, Vergewaltigungen und Zwangsehen finden weiterhin statt, insbesondere als Waffe im Krieg, wenn christliche Frauen in den Gebieten der ethnischen Minderheiten, in denen Christen verwundet und ihre Häuser zerstört werden, mit Armeemoffizieren verheiratet werden. Zehntausende Christen leben weiterhin als Binnenflüchtlinge oder in Flüchtlingscamps in Thailand oder China.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Myanmar erhält weiterhin international positive Schlagzeilen. Die ersten richtigen Wahlen seit 25 Jahren wurden größtenteils frei und fair abgehalten und geben Hoffnung auf weitere Verbesserungen. Ein positives Zeichen ist, dass die extremistisch-nationalistischen Buddhisten der Gruppe Ma Ba Tha kürzlich von der wichtigsten buddhistischen Organisation sowie Vertretern der Regierung zurechtgewiesen wurden. Auf der anderen Seite hat sich die Regierung bezüglich der Situation der muslimischen Minderheit der Rohingya (die 2016 noch stärkere Verfolgung erleiden mussten und nicht einmal als Staatsbürger angesehen werden) auf ihre Seite gestellt und verlangt, dass die Rohingya nicht weiter Rohingya sondern „Bengali“ genannt werden sollen. Dies impliziert,

dass sie nicht zur Bevölkerung Myanmars gehören, obwohl die Volksgruppe seit Generationen im Land lebt. Dies ist kein gutes Vorzeichen für die Christen, die oftmals ebenfalls ethnischen Minderheiten angehören. Sie werden weiter unter religiös motiviertem Nationalismus zu leiden haben, wenn auch ihnen gegenüber vielleicht nicht so gewalttätig wie gegenüber den Rohingya.

Einer der Anführer der Ma Ba Tha und einige hochrangige Mönche haben die Bewegung öffentlich verlassen, da sie eine Allianz mit nur einer Partei eingegangen war – die bei den Wahlen 2015 eine empfindliche Niederlage hinnehmen musste – und nicht mit mehreren Parteien kooperierte. Dies sollte jedoch nicht als Schwächung der Bewegung aufgenommen werden. Nur zehn Tage vor dem Austritt im Juni 2016 wurde berichtet, dass Ma Ba Tha eine private Schule eröffnet hat, die in ihrem Lehrplan einen besonderen Fokus auf „den Schutz von Rasse und Religion“ legt und von großen Firmen unterstützt wird.

Ein anderer wichtiger Faktor in der Entwicklung des Landes ist die Rolle des Militärs. Solange es ein so starker politischer Akteur bleibt und intensiv in überwiegend von Christen (wie Kachin) bevölkerten Regionen sowohl in legalen als auch illegalen Handel involviert ist, sind keine größeren Veränderungen zu erwarten. Insbesondere das Niveau der Gewalt scheint sich nicht zu verringern – trotz aller Fortschritte hinsichtlich der Demokratisierung des Landes und Vereinbarungen zur Waffenruhe. Die Lage könnte sich verändern, sollte das Militär einen Vorteil darin sehen, seinen politischen Einfluss zu verringern. Doch selbst dann gibt es genug andere Probleme, die friedliche Lösungen erschweren: Armeeingehörige und einige der Aufständischen aus den ethnischen Minderheiten sind in Drogenhandel und den Abbau von Rohstoffen wie Jade und Holz involviert. Im September 2016 beendete das Innenministerium (das von der Armee kontrolliert wird) Pläne, einige Rechte von der zentralen Regierung auf regionale Behörden zu übertragen. Die Übertragung des Managements der Polizei, von Spezialeinheiten, der Feuerwehr, Gefängnissen und allgemeiner Verwaltungsaufgaben wäre ein großer Schritt zu einem zukünftigen Föderalismus gewesen. Echte Vertrauensbildung wird jedoch so lange unmöglich sein, wie das Militär die überwiegend christliche Kachin-Region angreift und die Kämpfe in Karen andauern.

Nach einer zweijährigen Verzögerung haben die Behörden des Landes den Teil der Volkszählung des Jahres 2014 veröffentlicht, der die religiöse Zugehörigkeit betrifft. Die Verzögerung fand aufgrund von Befürchtungen statt, dass die Ergebnisse einen Aufruhr auslösen könnten. Die buddhistisch-nationalistischen Ma Ba Tha warnen regelmäßig davor, dass eine wachsende muslimische Bevölkerung eine Bedrohung für das Land darstellt. Laut den Statistiken erfährt der muslimische Glaube jedoch nur ein langsames Wachstum, die Rohingya mit eingeschlossen, die im Zensus nicht berücksichtigt worden waren. Aber die Ma Ba Tha sind nicht nur anti-islamisch, sie sind buddhistische Nationalisten. Es ist wahrscheinlich, dass die Gruppe sich verstärkt auf die christliche Gemeinschaft konzentrieren wird, da diese ein signifikantes Wachstum vorzuweisen hat: Von 4,6 Prozent im Jahr 1973 auf 6,2 Prozent 2014. Laut Berichten sind die Zahlen aus dem umkämpften Kachin sogar deutlich zu niedrig.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 29: Tunesien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 61 Punkten belegt Tunesien Platz 29 auf dem Weltverfolgungsindex 2017. Das entspricht einem Anstieg um 3 Punkte gegenüber dem Jahr 2016 (58), als Tunesien Rang 32 einnahm.

Obwohl Tunesiens demokratische Fortschritte eine wichtige Entwicklung darstellen und dem Land zu mehr Stabilität verholfen haben, fördert die Regierung weiterhin den Islam, zum Nachteil anderer Religionen. Zudem wird die Gesellschaft Tunesiens immer konservativer, besonders in den ländlichen Gebieten, was bedeutet, dass ein größerer Wert auf das Befolgen islamischer Vorschriften und Traditionen gelegt wird.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung in Tunesien sind „Islamische Unterdrückung“ und in geringerem Maße „Organisiertes Verbrechen und Korruption“.

Islamische Unterdrückung: Diese Triebkraft wirkt auf verschiedenen Ebenen. Auf der Ebene der Familie erleben Christen, die aus dem Islam konvertiert sind, oft Widerstand von ihren Angehörigen. In einigen Fällen wurden Christen muslimischer Herkunft von ihren eigenen Familien zuhause eingesperrt. Auf der gesellschaftlichen Ebene verbreiten gewalttätige Salafisten im ganzen Land Angst. Im politischen Bereich spielen islamische Parteien immer noch eine wichtige Rolle.

Organisierte Kriminalität und Korruption: Die Verbindungen zwischen den islamistischen Bewegungen und der organisierten Kriminalität sollten nicht unterschätzt werden. Sie schaffen große Unruhe in der tunesischen Gesellschaft und lassen die bereits jetzt schon große Angst der Christen wachsen.

Aktuelle Einflüsse

Die massive soziale, wirtschaftliche und politische Unzufriedenheit führte im Jahr 2011 zu der Jasmin Revolution (Arabischer Frühling). Am 14. Januar 2011 flohen Präsident Zine El Abidine Ben Ali und sein innerer Kreis aus dem Land nach Saudi-Arabien und wurden durch eine Übergangsregierung abgelöst. Seitdem hat sich die politische Landschaft in Tunesien verändert. Am 26. Januar 2014 wurde eine neue Verfassung angenommen. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Dezember 2014 markierten das Ende der Übergangsperiode. Aus der Stichwahl ging Beji Caid Essebsi als Sieger hervor und wurde zum neuen Präsidenten erklärt.

Da bislang keine Partei in der Lage war, eine Mehrheit im Parlament zu erringen und wegen der anhaltenden Schwierigkeiten der tunesischen Wirtschaft, hat es seit den Parlamentswahlen 2014 einen konstanten Wechsel von Premierministern und Regierungen gegeben. Die Hauptherausforderungen, denen diese Nachfolgeregierungen der nationalen Einheit gegenüberstehen, sind 1. die wachsende Bedrohung durch militante islamistische Gruppen in der Region und 2. die wirtschaftliche Krise. Letztere ist besonders durch den Rückgang des Tourismus bedingt, der eine wesentliche Säule der tunesischen Wirtschaft war. Zum jetzigen Zeitpunkt (Januar 2017) führt Youssef Chahed eine Einheitsregierung, die aus einer Koalition von säkularen, islamistischen und Linksparteien besteht; sie wird zudem von Parteilosen und einer Gewerkschaft unterstützt.

Trotz der Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft ist Tunesien das einzige Land, in dem der Arabische Frühling zum Entstehen einer demokratisch legitimierten Regierung geführt hat; in ihr regieren säkulare und islamistische Parteien auf Basis von Konsens und Kompromissen. Eine interessante Entwicklung in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass Tunesiens ehemals größte und bekannteste islamistische Partei, Ennadha, aufgelöst und in eine säkulare Partei umgewandelt worden ist. Zur gleichen Zeit gibt es radikalislamische Parteien wie die Hizb ut-Tahrir, die von der tunesischen Regierung als Gefahr für die öffentliche Ordnung bezeichnet wird und gegen die ein Verbotsverfahren läuft.

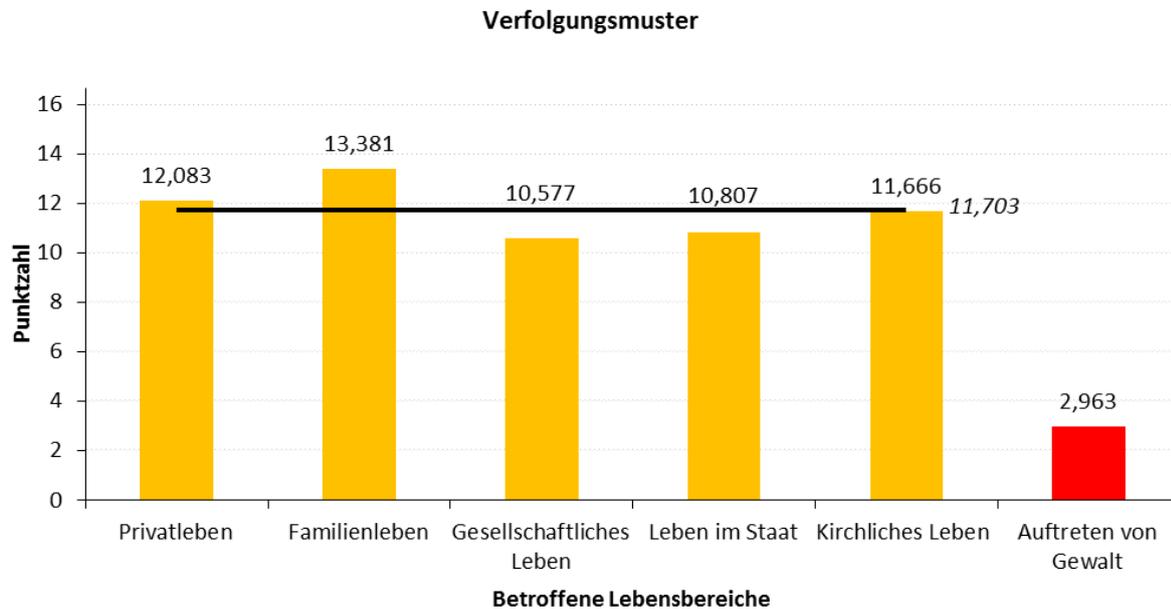
Betroffene Kategorien von Christen

In Tunesien leben zwei Kategorien von Christen:

Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Ausländische Christen erleben ein gewisses Maß an Freiheit, allerdings wird die öffentliche Verbreitung des Evangeliums nicht toleriert. Ausländische Christen, die in den wenigen internationalen Gemeinden Gottesdienst feiern, erleben kaum Probleme; die einheimischen Christen tragen die Hauptlast der Verfolgung (siehe unten).

Christen muslimischer Herkunft erleben verschiedene Formen der Verfolgung, z.B. durch Familienmitglieder. Andererseits haben sie besonders durch das Internet relativ gute Möglichkeiten, an Informationen über den christlichen Glauben zu gelangen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Tunesien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Tunesien:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen bewegt sich auf einem sehr hohen Niveau (11,703) und hat sich gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2016 (10,886) deutlich erhöht.
- Der Druck ist im Bereich der Familie am höchsten (13,381), gefolgt vom Privatleben (12,083) und dem Gemeindeleben (11,666). Dies spiegelt den Druck wieder, den Christen muslimischer Herkunft durch ihre Familien erfahren, und die Einschränkungen und Drohungen, die sie besonders in den ländlichen Gebieten erleben.
- Die Punktwertung für Gewalt liegt mit 2,963 relativ hoch, ist jedoch gegenüber dem Vorjahr (3,148) zurückgegangen.
- Die generelle Situation der Christen in Tunesien verschlechtert sich kontinuierlich angesichts einer immer konservativer werdenden muslimischen Bevölkerung. Islamisten verbreiten Angst und islamistische Parteien sind im Parlament aktiv.

Privatleben: Christen muslimischer Herkunft erleben besonders dann Druck, wenn ihr Glaubenswechsel im privaten Umfeld bekannt wird. Dabei existieren deutliche Unterschiede zwischen den ländlichen Bereichen und der Hauptstadt Tunis, wo die Situation vergleichsweise besser ist. Alle Christen mit muslimischer Herkunft erleben irgendeine Art von Widerstand, Ablehnung und/oder Verfolgung wegen ihres Glaubenswechsels. Besonders stark betroffen die Jungen unter ihnen, die kaum Gelegenheiten finden regelmäßig in der Bibel zu lesen und einen Platz zum persönlichen Gebet zu finden.

Familienleben: Im Bereich der Familie sind der Freiheit für Christen enge Grenzen gesetzt. Christliche Familien müssen viele Einschränkungen überwinden, um ihr Familienleben auf christliche Art zu leben. Jeder Tunesier wird automatisch als Muslim registriert. Ausländer erfahren keine Probleme, solange ihre Kinder ihre fremde Nationalität behalten. Christen muslimischer Herkunft müssen akzeptieren, dass ihre offiziellen Dokumente sie als Muslime ausweisen. Jeder Versuch dies zu ändern, ist zum Scheitern verurteilt und bringt negative Folgen mit sich.

Gesellschaftliches Leben: Christen muslimischer Herkunft werden von ihrer Familie und Menschen in ihrem Umfeld bedroht, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Besonders in ländlichen Gebieten haben junge christliche Frauen muslimischer Herkunft Angst, zur Heirat mit einem Muslim gezwungen zu werden. Es sind außerdem Fälle bekannt, bei denen Christen muslimischer Herkunft aus der Universität ausgeschlossen wurden oder nicht zur Schule gehen können, da sie von Zuhause verstoßen wurden. Christliche Ladenbesitzer werden gelegentlich aufgrund ihres Glaubens stigmatisiert und erleiden dadurch Einbußen.

Leben im Staat: Im Umgang mit den Behörden werden Christen in der Regel benachteiligt. Es gibt kaum Christen unter den hochrangigen Politikern oder Beamten in Tunesien. Eine offizielle Registrierung ihrer Gemeinde ist für tunesische Christen muslimischer Herkunft unmöglich. Nur ausländischen Kirchen ist es erlaubt, christliche Symbole zu zeigen.

Kirchliches Leben: Obwohl die tunesische Verfassung derzeit die Religionsfreiheit respektiert und die Abkehr vom Islam nicht verboten ist, agieren Vertreter der Regierung in der Praxis oft ganz anders. Der Import christlicher Bücher in Arabisch wird von den Behörden behindert. Tunesische Christen mit muslimischer Herkunft können ihre Gemeinden nicht anmelden. Seit der tunesischen Unabhängigkeit im Jahre 1956 hat keine neue Gemeinde eine offizielle Registrierung erhalten. Dies steht im krassen Kontrast zum Gesetz, das den Bau und den Betrieb von Moscheen reguliert. Registrierte Gemeinden können frei agieren, stehen aber vor einer Vielzahl praktischer Probleme. Das betrifft besonders ihre Gebäude, die Einstellung von Mitarbeitern sowie das Einholen von Genehmigungen für die Veröffentlichung und Verbreitung christlicher Texte in Arabisch.

Auftreten von Gewalt: Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2017 waren Christen in einigen Fällen Gewalt ausgesetzt. Darunter waren drei Fälle von Zwangsheirat, mehr als zehn gewalttätige Angriffen auf christliche Jugendliche durch ihre Altersgenossen und mehrere Angriffe auf das Eigentum von Christen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

1. Trotz der relativ stabilen politischen Situation in Tunesien ist nicht zu erwarten, dass sich der Druck auf Christen in naher Zukunft verringern wird. Tatsächlich haben die politischen Veränderungen keinen spürbaren Einfluss auf die unverändert anti-christlich eingestellte Gesellschaft und die Kultur gehabt. Tunesiens Verfassung mag wie ein positiver Schritt nach vorn aussehen, aber die Formulierungen sind so allgemein, dass sie eine restriktive Auslegung möglich machen. In welchem Maß es dazu kommt, wird stark von der jeweiligen Regierung und ihrer Einstellung gegenüber religiösen Minderheiten abhängen.

2. Tunesien steht der konkreten Bedrohung von Instabilität und Konflikten gegenüber, bedingt durch verstärkte Aktivitäten islamistischer Gruppen. Die Situation wird derzeit immer beunruhigender, da derzeit viele tunesische Anhänger des Islamischen Staates von den Kämpfen aus Libyen zurückkehren. Sollten Gruppen wie Hizb ut-Tahrir ihren Einfluss in Tunesien ausbauen, wird sich die Lage der Christen im Land deutlich verschlimmern; ihre Verfolgung wird in diesem Fall intensiver und gewalttätiger werden.
3. Die tunesische Wirtschaft ist in einer schlechten Verfassung, unter anderem bedingt durch die Angriffe von Islamisten auf Touristen im März und Juni 2015. Wenn sich die wirtschaftliche Situation des Landes nicht verbessert, wird die politische Stabilität des Landes negativ beeinflusst. Daraus könnte sich für radikalislamische Gruppen eine Möglichkeit bieten, ihren Einfluss in Tunesien auszubauen. Dies wäre eine gefährliche Entwicklung für Christen und wird sehr wahrscheinlich zu einer stärkeren Verfolgung führen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 30: Bhutan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 61 Punkten belegt Bhutan Platz 30 auf dem Weltverfolgungsindex 2017. Auf dem Weltverfolgungsindex 2016 nahm Bhutan mit 56 Punkten Rang 38 ein. Ein Fünftel dieses Anstiegs beruht auf der höheren Punktzahl im Bereich „Auftreten von Gewalt“, der verbleibende Teil auf erhöhtem Druck in allen Lebensbereichen (mit dem stärksten Anstieg im gesellschaftlichen und kirchlichen Leben).



Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus: Die beständige Betonung des Buddhismus als geistliches Erbe des Landes macht es der christlichen Minderheit schwer, ihren Platz zu behaupten. Bhutan ist seit Jahrhunderten ein buddhistisches Königreich. Selbst nach der Bildung einer konstitutionellen Monarchie im Jahr 2001 und der Einführung demokratischer Wahlen im Zuge der neuen Verfassung im Jahr 2008 wird dem Buddhismus weiterhin eine dominierende Rolle im Land eingeräumt. Gemäß Artikel 3(1) der Verfassung ist der Buddhismus „das geistliche Erbe Bhutans“, der unter anderem „die Grundsätze und Werte des Friedens, der Gewaltlosigkeit, des Mitgefühls und der Toleranz“ fördert. Dementsprechend gilt der Buddhismus offiziell nicht ausdrücklich als Staatsreligion. Stattdessen definiert die Verfassung Bhutan als säkularen Staat und bejaht religiöse Toleranz. Allerdings sieht dies in der Realität oft anders aus. Bis heute ist es keiner einzigen Gemeinde gestattet, ein offizielles Kirchengebäude zu errichten. Deshalb sind alle christlichen Gemeinschaften nach wie vor Untergrundgemeinden. Besonders in entlegenen, ländlichen Gebieten betrachten buddhistische Mönche Christen mit Argwohn und bereiten ihnen große Schwierigkeiten, während die Behörden nichts unternehmen, um die Christen zu schützen. Ganz im Gegenteil, sie schlagen sich eher auf die Seite der Mönche.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Auch Schamanen des traditionellen animistischen Bön-Glaubens üben Druck auf die Christen aus. Obwohl die meisten Bürger nicht ausschließlich diesem Glauben anhängen, halten sie besonders in ländlichen Gebieten bestimmte Riten und Traditionen ein. Christliche Konvertiten, die sich weigern, daran teilzunehmen, werden unter Druck gesetzt und ausgegrenzt.

Aktuelle Einflüsse

Bhutan ist eingezwängt zwischen den zwei großen Nachbarn Indien (im Süden) und China (im Norden). Das Land taucht nicht sehr oft in den internationalen Schlagzeilen auf (es sei denn, es wird wie 2016 von Angehörigen der britischen Königsfamilie besucht), doch es erlangte einige Berühmtheit für seine Einführung des Bruttonationalglücks (BNG), das den Glücksgrad aller Staatsbürger misst. Die Demokratie wird mehr und mehr gefestigt, allerdings geschieht dies in einem

Umfeld, in dem alle Parteien die Vorherrschaft des Buddhismus anerkennen und in der Verehrung des Königs übereinstimmen. Nach den Wahlen 2013 hat die Opposition reibungslos die Macht übernommen und sich den üblichen sozialen und wirtschaftlichen Problemen zugewandt, um die sich Regierungen kümmern müssen. Die Situation von Christen, die unter den Bhutanern eine kleine Minderheit darstellen, blieb dabei unverändert: Sie haben noch immer keine formale Anerkennung erhalten.

Bhutan sieht sich großen wirtschaftlichen Herausforderungen gegenüber und einer jungen Generation, der es eine Perspektive geben muss. Im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2017 haben sich insbesondere zwei Herausforderungen herauskristallisiert: 1) Das Land ist stark vom Tourismus abhängig. Sowohl die Anzahl der Touristen als auch die Einnahmen durch ausländische Währungen scheinen sich stabilisiert zu haben. 2) Das Land setzt seine Hoffnung darauf, das enorme Potential der Wasserkraft (womöglich vergleichbar mit dem Norwegens) zu einer zweiten Einnahmequelle zu machen. Obwohl dies ausgesprochen teuer und oft umweltschädlich ist, gibt es ambitionierte Pläne, diesen Sektor bis 2020 in Betrieb zu nehmen.

Je nachdem, wie sich die Wirtschaft weiter entwickelt, könnte es auch zu Rückwirkungen auf die christliche Minderheit kommen. Sollte sich das Land in wirtschaftlichen Schwierigkeiten wiederfinden, wird Bhutan möglicherweise sein buddhistisches Kulturerbe noch stärker betonen, was die Anerkennung der wachsenden christlichen Minderheit in weite Ferne rücken ließe. Wenn sich die wirtschaftliche Lage aber positiv entwickelt, könnte dies die Betonung des buddhistischen Erbes Bhutans abmildern und die Anerkennung der christlichen Gemeinschaft möglich machen.

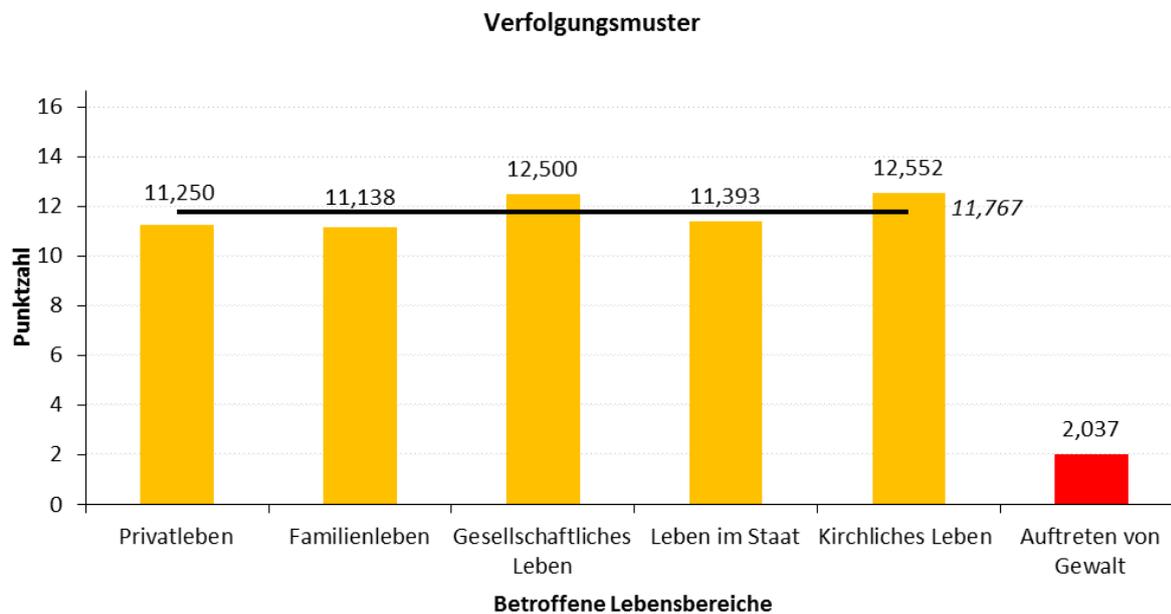
Betroffene Kategorien von Christen

In Bhutan gibt es zwei Kategorien von Christen, die Verfolgung erfahren. Die geringe Zahl ausländischer Christen schließt sich in der Regel den lokalen Hauskirchen an, weshalb diese Gruppe Bhutan nicht als eigene Kategorie („Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten“) gewertet wird. Außerdem gibt es keine Christen aus traditionellen Kirchen.

Christen mit buddhistischem, hinduistischem und Stammeshintergrund erleben Verfolgung vonseiten ihrer Familie, Freunden und Nachbarn.

Christen aus protestantischen Freikirchen (wie Evangelikale und Pfingstgemeinden): Zwar gibt es Gemeinschaften wie Brethren und El Shaddai, allerdings sind sie nicht anerkannt und können daher von den Behörden behelligt und unter Druck gesetzt werden. Dies kann sich in Überwachung, aber auch in Razzien, Festnahmen und Inhaftierungen niederschlagen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Bhutan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Bhutan:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen stieg im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2017 von 11,008 (WVI 2016) auf 11,767 an, was ein sehr hoher Wert ist. Die Regierung diskriminierte Christen (z. B. indem sie einigen Christen den neuen elektronischen Personalausweis verweigerte), doch auch der Druck vonseiten der Gesellschaft stieg an.
- Am stärksten ist der Druck in den Lebensbereichen „Kirchliches Leben“, „Gesellschaftliches Leben“ und „Leben im Staat“, in denen jeweils eine sehr hohe Punktezahl erreicht wurde. Dieses außergewöhnliche Verfolgungsmuster weist auf die Tatsache hin, dass praktisch alle Christen einen buddhistischen, hinduistischen oder Stammeshintergrund haben und durch ihren Glaubenswechsel als Fremdkörper betrachtet werden.
- Der Druck, der aus Religiös motiviertem Nationalismus und Ethnisch begründeten Anfeindungen resultiert, ist in allen Lebensbereichen präsent.
- Die Zunahme des Drucks wird begleitet von einem Anstieg der Gewalt gegen Christen, wobei die Punktezahl mit 2,037 immer noch relativ gering ist (WVI 2016: 0,926). Im Berichtszeitraum wurde eine Kirche geschlossen und eine weitere angegriffen.

Privatleben: Der Übertritt zu einer anderen Religion wird grundsätzlich sowohl von der Familie und der Gemeinschaft als auch von religiösen Obrigkeiten und dem Staat strikt abgelehnt. Sogenannte „Zwangskonversion“ ist sogar eine Straftat, wobei der Begriff „Zwang“ Interpretationsspielraum bietet. Sogar das bloße Verteilen von Traktaten mit dem Evangelium, ohne darüber zu sprechen oder jemanden in die Kirche einzuladen, kann zu einer Verhaftung führen, wie drei Christen im Oktober 2016 erfahren mussten. Konvertiten müssen daher sehr bedacht sein, wie sie ihren Glauben

ausleben, vor allem, wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. Bereits das Tragen christlicher Symbole kann gefährlich sein. Da die Treffen der Christen meistens in Mietshäusern stattfinden, kann es zu Problemen kommen, wenn der Hausbesitzer Buddhist ist. In ländlichen Gebieten werden bekannte christliche Konvertiten oft genauestens beobachtet.

Familienleben: Im Falle einer Entdeckung ihres neuen Glaubens drohen Christen mit buddhistischem, hinduistischem und Stammeshintergrund die Scheidung (wenn sie verheiratet sind) und der Verlust des Erbschaftsrechts. Öffentliche Taufen sind illegal und daher nicht durchführbar. Eine christliche Beerdigung zu organisieren, ist ebenfalls sehr schwierig oder oftmals gar unmöglich. Vielen Christen wurde aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit die Ausstellung eines elektronischen Personalausweises verwehrt. Christliche Kinder müssen in der Schule den Buddhismus lernen und praktizieren und erleben Druck vonseiten der Lehrer und Mitschüler. Im Berichtszeitraum wurde eine Schülerin wegen ihres Glaubens dazu gezwungen, ihr Abschlussjahr zu wiederholen – trotz ihrer guten Leistung. Christliche Konvertiten werden manchmal von ihren Familien isoliert und daran gehindert, andere Gläubige zu treffen. Drei wegen ihres Glaubens inhaftierte Christen wurden von ihren Verwandten isoliert, indem ihren Angehörigen verboten wurde, sie im Gefängnis zu besuchen.

Gesellschaftliches Leben: Christliche Konvertiten erfahren starken Druck vonseiten ihrer Familie, Freunden und Nachbarn, die oft damit drohen, sie den lokalen Behörden zu melden, wenn sie ihren christlichen Glauben nicht widerrufen. Traditionell werden in Bhutan Aussaat und Ernte als Dorfgemeinschaft durchgeführt. Christen sind von dieser Praxis allerdings ausgeschlossen und können mit keinerlei Hilfe rechnen. Die anderen Dorfbewohner machen es den Christen oft sehr schwer: Wenn sie nicht an religiösen Feierlichkeiten teilnehmen, setzen sie sich damit noch größeren Schikanen aus. Um zur Schule zugelassen zu werden, benötigen Kinder ein Empfehlungsschreiben des Dorfoberhauptes oder der lokalen Regierungsbehörde. Solch ein Schreiben zu erhalten, ist oft schwierig für Christen, und wenn sie es erhalten, werden ihre Kinder in der Schule diskriminiert. Sie erhalten schlechtere Noten, was ihnen wiederum den Zugang zu höherer Bildung erschwert. Seit der Ausstellung von elektronischen Personalausweisen kann die Regierung Christen leichter aufspüren. Allerdings haben laut Berichten viele Christen diese Ausweise nicht erhalten. Allein in Thimpu besitzen 30 % der Christen keinen elektronischen Personalausweis. Ohne diesen Ausweis haben sie keinen Zugang zur staatlichen Grundversorgung wie dem Gesundheitswesen, können nicht reisen, sich in keiner Schule anmelden und nicht einmal Arbeit finden. Außerdem sind Christen, die ein Geschäft eröffnen wollen, oft von staatlichen Subventionen ausgeschlossen.

Leben im Staat: Die Verfassung schützt den Mahayana-Buddhismus als nationales geistliches Erbe, was ihn faktisch zur Staatsreligion macht. Dies wird in der folgenden Vorschrift deutlich: „Jede religiöse Institution hat die gesetzliche Pflicht, das geistliche Erbe Bhutans zu fördern.“ Am 24. Mai 2011 erließ die Regierung einen Zusatz zu diesem Gesetz, der eine Anti-Konversions-Klausel beinhaltet. Dies wurde ins Strafgesetzbuch aufgenommen, um Artikel 7(4) der Verfassung des Königreichs Bhutan zu erfüllen, der besagt, dass „ein bhutanischer Staatsbürger das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit“ haben soll: „Keine Person soll durch Nötigung oder Beeinflussung dazu gezwungen werden, einem anderen Glauben anzugehören.“ Abschnitt 463 (A) des Strafgesetzbuches (Zusatz) von Bhutan 2011 sagt aus: „Ein Angeklagter ist schuldig des Vergehens, andere zu einem anderen Glauben bewegt zu haben, wenn er sich dabei der Nötigung oder einer Art der Beeinflussung bedient hat, um die Bekehrung zu einem anderen Glauben zu erreichen.“ Abschnitt 463 (B) fügt hinzu: „Das Vergehen, andere zu einem anderen Glauben zu überreden, wird als Ordnungswidrigkeit behandelt“, was in Bhutan mit ein bis drei Jahren Gefängnis

bestraft werden kann. Aufgrund dieses Gesetzes wurden 2014 zwei Pastoren verurteilt. Christen ist es nicht erlaubt, öffentlich christliche Symbole zu zeigen, und es sind keine christlichen Zivilgesellschaftsorganisationen erlaubt. Christen werden vor Gericht oft zu schweren Strafen verurteilt, auch dann, wenn es kaum Beweise gibt, die die Klage unterstützen.

Kirchliches Leben: Das Thema Registrierung bleibt für die Christen in Bhutan das größte Problem. Ohne offizielle Registrierung sind christliche Gemeinden faktisch illegal. Zwar erklärt die Landesregierung, dass Christen sich treffen können, doch werden ihre Versammlungen von Dorfbewohnern gestört oder ihre Legalität auf Dorf- oder Bezirksebene infrage gestellt, was manchmal dazu führt, dass Hauskirchen geschlossen werden. Die Regierung beschränkt die Treffen weiterhin auf Privathaushalte, um das Wachstum des christlichen Glaubens einzuschränken. Manchen Christen ist es gelungen, einen größeren Versammlungsort zu erwerben, aber alle laufen Gefahr, entdeckt zu werden, und manche wurden von den Behörden aufgesucht, sogar in Thimpu. Es gab Vorfälle, bei denen Christen mit ernsthaften Konsequenzen gedroht wurde, wenn sie sich weiterhin trafen. Dementsprechend treffen sich viele Christen entweder sehr früh am Morgen oder sehr spät abends und lassen dabei die Lichter im Haus aus, um keinen Verdacht zu erregen. In Bhutan können keine Bibeln oder anderes christliches Material produziert werden und der Import ist nicht erlaubt, auch wenn immer wieder Material in kleinen Mengen nur für den privaten Gebrauch ins Land gebracht wird.

Auftreten von Gewalt: Das Ausmaß der Gewalt hat zugenommen, wobei es jedoch bei einer relativ geringen Punktzahl blieb. Der Anstieg lässt sich damit erklären, dass eine Kirche geschlossen und eine andere attackiert wurde.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Laut einem Bericht der New York Times vom Oktober 2016 plant Bhutan, seine erste juristische Fakultät zu eröffnen. Diese Vorhaben muss allerdings gegen das traditionelle buddhistische Gedankengut in Bhutan ankämpfen: „Die Herausforderung besteht darin, in einem Land Recht zu definieren, das in seiner Geschichte lange von Monarchen in Semi-Theokratie regiert wurde. Außerdem besteht bei der Entwicklung eines Lehrplans die Schwierigkeit, sowohl die Schlichtung im formalen Gerichtswesen als auch durch einen Dorfältesten – ein langjähriger Brauch, dem die Überzeugung zugrunde liegt, dass auf Schlichtung basierende Rechtsprechung die soziale Harmonie bewahrt – gleichermaßen in den Unterricht aufzunehmen.“ Die Konzepte von Recht und Rechtsanspruch sind für Bhutan immer noch fremd und vor allem das Konzept der Menschenrechte wird häufig als typisch westlich wahrgenommen. Es bleibt abzuwarten, ob diese Herausforderung mit dem Zugang, Rechte auf der Grundlage der Menschenwürde zu erklären, gemeistert werden kann. Wichtiger ist aber, dass die Gemeinschaft der Christen in Bhutan den Schutz und Raum bekommt, den sie verdient, unabhängig von der Rechtsordnung des Landes. In jedem Fall wird die Zukunft der christlichen Minderheit dadurch bestimmt, wie sich der religiös motivierte Nationalismus, die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Bhutan, weiter entwickelt.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 31: Malaysia

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 60 Punkten belegt Malaysia Platz 31 auf dem Weltverfolgungsindex 2017. Das entspricht einem Anstieg um 2 Punkte gegenüber dem Jahr 2016 (58), als Malaysia Rang 30 einnahm. Dieser Anstieg liegt in einem höheren Druck auf Christen in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Gesellschaftliches Leben“ begründet.



Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Malaysia gilt immer noch als das beste Beispiel für ein liberales und tolerantes muslimisches Land. Allerdings beginnt dieses Image zu verblassen; im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex (WVI) 2017 hat es weiter Schaden genommen. Das liegt unter anderem an den Bemühungen, das islamische Strafrecht der Scharia (hudud) im Bundesstaat Kelantan einzuführen. Die Einführung setzt zunächst einige Ergänzungen an Bundesgesetzen voraus und hat daher im Jahr 2016 keine weiteren Fortschritte gemacht. Dennoch sind die Bemühungen Beleg eines wachsenden islamischen Konservatismus. Der Verfassung zufolge steht das Scharia-Recht nicht auf einer Stufe mit der Zivilgesetzgebung, aber in der Praxis ist diese Regelung außer Kraft gesetzt. Dies wird besonders bei Sorgerechtsstreitigkeiten sichtbar, in denen Zivilgerichte normalerweise den Müttern das Sorgerecht zusprechen. Deswegen konvertieren manche Väter zum Islam, da sie als Muslime vor einem Scharia-Gericht sicher sein können, dass das Sorgerecht ihnen gewährt wird. Auch die Polizei bevorzugt diese Variante, da sie am wenigsten Unruhe verursacht. Das wirft Fragen nach dem Stellenwert des Gesetzes und den Zustand der Rechtsstaatlichkeit in Malaysia auf. Es gab jedoch einige Ansätze, diese Probleme zu lösen, indem ein Komitee damit beauftragt wurde, Lösungen zu erarbeiten.

In der Öffentlichkeit kaum bekannt ist die Existenz von islamischen Umerziehungslagern in Malaysia. Dort können Muslime, die nicht den Ansprüchen der „umma“ (muslimische Gemeinschaft), ihrer Familien oder dem gesellschaftlichen Umfeld genügen bis zu drei Jahre lang isoliert festgehalten werden. Das kann Muslime betreffen die ihren Familien oder anderen maßgeblichen Personen zufolge zu viel trinken oder zu viel rauchen, aber auch Muslime, die Christen geworden sind. Obwohl es nur wenige öffentliche Informationen über diese Lager gibt, sind wohl psychischer und manchmal auch physischer Missbrauch Bestandteil des dortigen Alltags. Weiter Bestand hat das gegen eine katholische Zeitung verhängte Verbot, das allgemein gebräuchliche Wort „Allah“ für Gott in der malaiischen Sprache zu verwenden. Nach der Bestätigung des Urteils durch den obersten Gerichtshof im Januar 2015 kam es zu einer Reihe weiterer Gerichtsverfahren, unter anderem im Bundesstaat Sabah. Im Dezember 2015 hielt der Malakka Campus der Technischen Universität von Mara ein „Anti-Christianisierungs-Seminar“ nur für Muslime ab, was zu einem öffentlichen Aufschrei führte. Dass der radikale Islam und Konservatismus auf dem Vormarsch sind, zeigte sich erneut im Juni 2016. Bei einem vom sogenannten „Islamischen Staat“ inspirierten Angriff wurden acht Menschen verletzt, die Nation war schockiert.

Diktatorische Paranoia: Während „Diktatorische Paranoia“ in Malaysia derzeit keine aktive Triebkraft der Verfolgung ist, muss man sie dennoch im Blick behalten, um die Situation des Landes voll zu erfassen. Die herrschende Koalition namens UMNO („United Malays National Organisation“) regiert das Land seit seiner Unabhängigkeit 1957. Sie besteht aus einer muslimischen Partei und kleineren chinesischen und indischen Parteien und stand nie einer Opposition gegenüber. Daher kann die Bedeutung der Wahlen von 2008 und 2013 nicht überschätzt werden: Zum ersten Mal erschien eine nennenswerte Opposition auf der Bildfläche, die jetzt sogar einige Bundesstaaten regiert. Dies führte zu panikartigen Reaktionen auf Seiten der Regierung: Sie betonte neu ihre Politik der bevorzugten Behandlung der malaiischen Bevölkerung, anstatt eine Politik der Gleichberechtigung zu betreiben. Premierminister Najib Razak versucht immer noch, die Auswirkungen eines Korruptionsskandals zu überstehen, über den das Wall Street Journal im Juni 2015 berichtete. Der Bericht spricht von Dokumenten, denen zufolge 700 Millionen US-Dollar aus einem staatlichen Fonds auf die Privatkonten des Ministers transferiert worden sein könnten. Aus diesem Grund forderte Razak eine Woche nach Erscheinen des Berichts, der Koran solle als Grundlage der Politik Malaysias dienen. Die UMNO setzt mehr und mehr auf religiöse und radikale Positionen, um an der Macht zu bleiben. Diese Strategie ist sehr riskant, in jedem Fall hat sie die Lage der christlichen Minderheit bereits massiv beeinflusst. Die großen „Bersih“ Proteste gegen die regierende UMNO und mögliche Forderungen nach einer vorgezogenen Neuwahl im Jahr 2017 werden weiter dazu beitragen, diese Triebkraft zu aktivieren.

Aktuelle Einflüsse

Die malaysische Gesellschaft teilt sich mehr und mehr in die malaiische Mehrheit, die weiterhin klar von der Regierung bevorzugt wird, und die chinesischen und indischen Minderheiten sowie die einheimische Stammesbevölkerung, die hauptsächlich im östlichen Teil Malaysias lebt. Die letztgenannten werden allesamt diskriminiert. In der Tat ist Rassismus eine alltägliche Erfahrung für ethnische Minderheiten in Malaysia. Einem Mitglied der Opposition im Bundesstaat Selangor zufolge werden rassenbestimmte Politik und Hass so lange weitergehen, wie rassenbasierte Parteien das Land regieren. Christen sind besonders von diesen Spannungen betroffen, da sie entweder den Stammesgruppen angehören oder chinesischer oder indischer Herkunft sind. Derzeit scheint die herrschende UMNO ihre Macht gefestigt zu haben, der Ausgang der Wahlen 2018 ist allerdings völlig offen. Die Opposition bleibt gespalten und trotz aller Anstrengungen bis hin zur Gründung einer neuen Partei als Abspaltung von der UMNO, konnte sie nicht von den Schwächen der Regierung profitieren.

Der große Skandal um einen Entwicklungsfonds mit dem Namen „1MDB“ überschattet immer noch die politische Szene, besonders da internationale Ermittlungen in der Schweiz und in den USA weitergehen. Der Ruf von Premierminister Razak hat darunter allerdings bislang nicht entscheidend gelitten. Im März 2016 wurde die Online-Nachrichtenseite „The Malaysian Insider“ (MI) durch die Regierung blockiert, auf Grund von Sorgen um die nationale Sicherheit. MI war als eine der größten Nachrichtenseiten in englischer Sprache bekannt für seine kritische Haltung gegenüber Premierminister Razak. Dies geschah zu einer Zeit, als das Wall Street Journal die Anschuldigungen von MI wiederholte, dass mehr als eine Milliarde US-Dollar aus unklaren Quellen auf mehrere Bankkonten Razaks überwiesen worden waren. Die malaiische Nachrichtenseite stellte kurz darauf alle Publikationen ein. Malaysia betreibt eine Förderpolitik, bei der „Bumiputera“ (die „Söhne des

Bodens“), bestehend aus Malaien und Stammesangehörigen, in den Bereichen Wohnungsbau, Schulen sowie anderen Regierungsvorhaben bevorzugt werden.

Betroffene Kategorien von Christen

Es gibt alle vier Kategorien von Christen in Malaysia und alle erleben Verfolgung:

Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Nepalesische und vietnamesische Christen treten meist den traditionellen christlichen Kirchen bei. Da es aber Nationalitäten gibt, die ihre eigenen, selbstständigen Gemeinden haben, werden sie als eine eigenständige Kategorie von Christen behandelt. Hin und wieder haben sie Probleme, als legale Gruppierung anerkannt zu werden; im Allgemeinen können sie ihren Glauben aber frei leben, solange dies innerhalb ihrer Privat- bzw. Versammlungsräume geschieht.

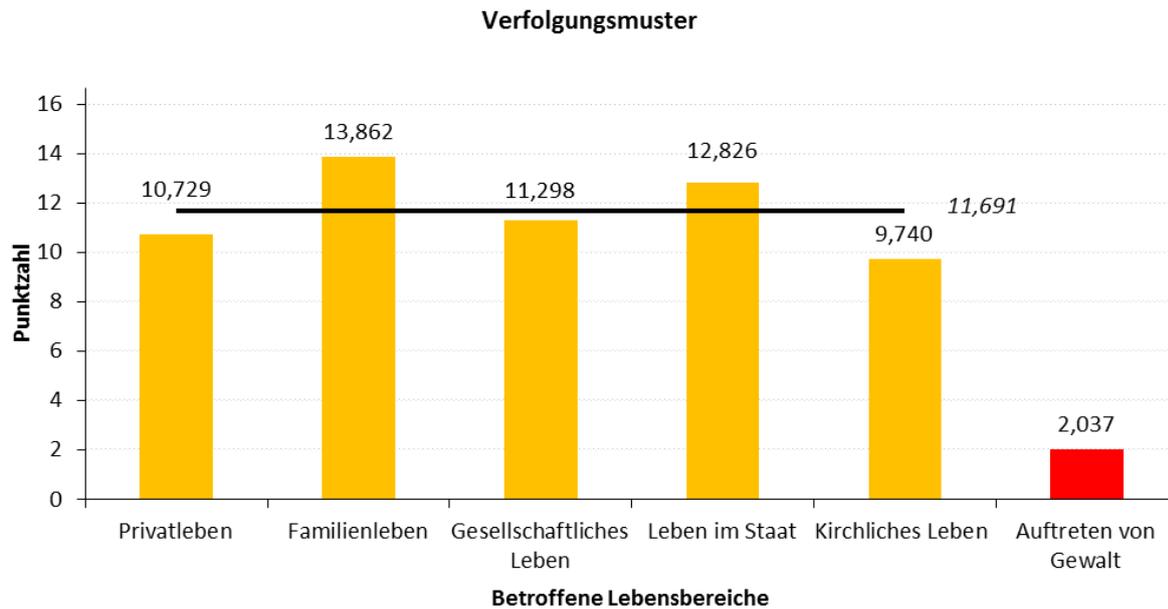
Christen aus traditionellen Kirchen: Beispiele sind die Römisch-Katholische Kirche, die Anglikanische Kirche, die Methodistische Kirche sowie lutherische oder protestantische Kirchen in Sabah. Sie sind weniger von Verfolgung betroffen als Christen aus protestantischen Freikirchen oder Gemeinden mit Konvertiten, aber sie leiden unter Benachteiligung.

Christen muslimischer Herkunft: Die Christen muslimischer Herkunft erleiden die stärkste Verfolgung, meist bedingt durch die Familie, Freunde, Nachbarn und die Behörden.

Christen aus protestantischen Freikirchen (wie evangelikale, baptistische und Pfingst- Gemeinden): Beispiele sind die „Assemblies of God“, die Heilsarmee, Sabah Injil Borneo und andere. Sie sind häufig Überwachung, Diskriminierung, Einschüchterungen und Belästigungen ausgesetzt.

Um das Christentum in Malaysia besser zu verstehen, ist eine weitere Erläuterung notwendig. In Malaysia ist es hilfreich, Unterscheidungen anhand von geographischer Lage und Herkunft zu treffen. Die Mehrheit der Christen stammt aus einem „Bumiputra“ Hintergrund, wörtlich übersetzt sind sie die „Söhne des Bodens“. Das bedeutet, dass sie zum Land bzw. zur ethnischen Stammesbevölkerung gehören. Aus Sicht der Regierung haben sie damit Anspruch auf Förderungen wie bezuschusste Häuser, Stipendien usw., aber in der Praxis gilt das nur, wenn die Bumiputra keine Christen sind. Werden sie Christen, führt dies schnell zu einer Einschränkung ihrer Privilegien. Nicht-Bumiputra Christen gehören meist den chinesischen und indischen Minderheiten an und gliedern sich in eine Fülle von unterschiedlichen Denominationen, deren Größe von kleinen Hausgemeinden bis zu Mega-Gemeinden reicht. Auch die geographische Lage spielt eine wichtige Rolle. Die meisten Bumiputra-Christen leben in den Bundesstaaten Sabah und Sarawak, in letzterem sind die Mehrheit immer noch Christen. Diese Bundesstaaten bilden Ost-Malaysia und liegen auf der Insel Borneo (die mit Brunei und Indonesien geteilt wird). Die Situation wird komplizierter, da viele Bumiputra wegen Bildungsfragen und aus wirtschaftlichen Gründen nach West-Malaysia umsiedeln. Malaiische Christen muslimischer Herkunft vervollständigen das Bild der malaysischen Kirche. Diese Konvertiten sind einem hohen Maß an Verfolgung ausgesetzt, da ihre Entscheidung zum Glaubenswechsel als Verrat an ihrer Volksgruppe und ihrer Nation gesehen wird.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Malaysia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Malaysia:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen bleibt auf einem sehr hohen Niveau und stieg im Berichtszeitraum des WVI 2017 von 10,243 (WVI 2016) auf 11,691.
- In den Bereichen Familienleben, Leben im Staat und Gesellschaftliches Leben werden Christen am intensivsten bedrängt. Während der Druck im Bereich Leben im Staat typisch ist für Länder, in denen „diktatorische Paranoia“ großen Einfluss hat, resultiert der Druck im Familienleben, im gesellschaftlichen Leben und im Privatleben hauptsächlich aus dem Glaubenswechsel, den christliche Konvertiten aus dem Islam oder anderen Religionen vollzogen haben.
- Die herrschende Islamische Unterdrückung wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus. Dies wird zusätzlich durch die Regierung verstärkt, die sich immer stärker einer konservativen Form des Islam zuwendet, um an der Macht zu bleiben. Gleichzeitig will sie sich dadurch die Unterstützung der ethnischen Malaien sichern, bei denen die Ablehnung gegen die regierende Partei wächst (zum Beispiel wegen Korruption).
- Die Punktwertung im Bereich des Privatlebens ist niedriger als im Berichtszeitraum des WVI 2016; dies ist jedoch höchstwahrscheinlich auf die geringe Zahl tatsächlich gemeldeter Übergriffe zurückzuführen, denen eine hohe Dunkelziffer gegenübersteht. Die Punktwertung im „Leben im Staat“ und – in einem geringeren Maß – in den Bereichen Familienleben und Gesellschaftliches Leben ist gestiegen. Letzteres liegt besonders an den fortgesetzten Bemühungen, das Scharia-Recht in Bundesstaat Kelantan einzuführen.
- Die Punktwertung für Gewalt bleibt unverändert auf einem niedrigen Niveau (2,037). In mehreren Fällen wurden Konvertiten entführt und von ihren Familien unter Hausarrest gestellt.

Privatleben: Laut Gesetz ist es malaiischen Muslimen in allen Bundesstaaten außer Sarawak verboten, den Islam zu verlassen. Eine politische Partei, die Pan-Malaysian Islamic Party (PAS), fordert sogar die Todesstrafe für ein solches „Vergehen“. Konvertiten malaiischer Abstammung können sich nicht an öffentlichen Aktivitäten von Kirchen beteiligen. Andernfalls gehen sie und die Kirche, die sie aufgenommen hat, ein hohes Risiko ein. Im Fall einer Entdeckung durch die Behörden drohen beiden schwere Konsequenzen. Daher versammeln sich Christen muslimischer Herkunft für alle christlichen Treffen heimlich in Privathäusern, verborgen vor den neugierigen Augen der Regierung, der Gesellschaft und der registrierten Kirchen. Diese Christen müssen sorgfältig darauf achten, wie sie anbeten, besonders wenn sie in ihrer Familie die einzigen Christen sind. Eine Bibel und andere christliche Literatur muss gut versteckt werden und kann nur mit großer Vorsicht gelesen werden, da streng muslimische Familien dies nicht dulden. Wenn ein Christ, der sich vom Islam abgekehrt hat, seinen neuen Glauben gegenüber seiner Familie bekennt, riskiert er drastische Strafen. Üblich ist eine Form von Hausarrest; zudem besteht die Möglichkeit, dass er in ein islamisches „Reinigungszentrum“ geschickt wird, wo er gezwungen werden soll, wieder zum Islam zurückzukehren. Christen mit muslimischem Hintergrund können von einem Tag auf den anderen verschwinden, ohne dass irgendjemand über ihren Aufenthaltsort informiert ist.

Familienleben: Jeder Malaysier hat einen Personalausweis, auf dem seine Religionszugehörigkeit durch die staatliche Meldebehörde festgehalten wird. Wenn ein Ehepaar, in dem einer der Partner Muslim ist (entweder durch Geburt oder Konversion), ein Kind bekommt, wird dieses Kind laut Gesetz automatisch als Muslim registriert. Falls ein als Muslim registrierter Bürger dies ändern lassen möchte, muss er ein langwieriges Gerichtsverfahren anstrengen – ohne große Aussichten auf Erfolg. Etwas Hoffnung für Betroffene brachte der Fall von Rebit Rooney, den das höchste Gericht von Sarawak im März 2016 positiv entschied. Allerdings muss angemerkt werden, dass nach Einschätzung einiger Beobachter solch ein Fall in West-Malaysia anders ausgegangen wäre. Die Meldebehörde stellt außerdem Sterbeurkunden aus. Wenn die verstorbene Person als Muslim registriert war, wird die Islambehörde informiert. Da Muslime nach islamischem Ritus beerdigt werden müssen, ist die Islambehörde befugt, einer nicht-muslimischen Familie den Leichnam wegzunehmen, um eine „angemessene“ Beerdigung des Verstorbenen zu gewährleisten. Verheiratete Christen muslimischer Herkunft können zudem zur Scheidung gezwungen werden und sie verlieren ihre Erbrechte, wenn sie entdeckt werden. Eine Taufe, eine christliche Hochzeit oder eine Beerdigung zu organisieren kann schwierig oder sogar unmöglich werden. Konvertiten können isoliert und von ihren Familien verstoßen, oder sie können sogar in islamische „Reinigungslager“ (gemeint sind Umerziehungslager) geschickt werden. Kinder von Konvertiten müssen den Islamunterricht in der Schule besuchen und es einigen Berichten zufolge, werden christliche Kinder dort unter Druck gesetzt, zu konvertieren. Einige Christen aus den Eingeborenenstämmen, besonders in Sabah, werden durch Tricks zu Muslimen gemacht. Um finanzielle Hilfen der Regierung zu erhalten, gaben einige ihre Personalausweise ab und unterzeichneten ein Formular, das sich später als Absichtserklärung entpuppte, zum Islam zu konvertieren. Bei der Rückgabe ihrer Ausweise, bemerkten sie den neuen Eintrag „Islam“ bei der Religionszugehörigkeit. Als sie dies ändern lassen wollten, wurde ihnen von der staatlichen Meldebehörde mitgeteilt, dass ihre Religionszugehörigkeit nur mit Zustimmung der Scharia-Gerichte geändert werden könne – ein absolut undenkbarer Vorgang.

Gesellschaftliches Leben: Christen werden sowohl von staatlichen Behörden als auch von lokalen muslimischen Gruppierungen und malaiischen Gruppen überwacht, die für die Rechte des Islam eintreten (z.B. Perkasa und ISMA). Es gibt einen wachsenden Druck durch die Regierung, sich züchtig zu kleiden. In entlegenen Gebieten in Sabah und Sarawak, haben malaiische Gemeinschaften Zugang

zu Wasser und Elektrizität, aber einigen als Christen bekannten Gemeinschaften wird dieser Zugang verweigert. Um für höhere Bildung und Stipendien zugelassen zu werden, müssen Christen weitaus höhere Hürden meistern als Muslime, bedingt durch die Förderungspolitik der Regierung für Malaien. Muslime sind von bestimmten Steuern ausgenommen, da sie Zakat (für Muslime vorgeschriebene Almosenspende) bezahlen; zudem profitieren sie von einer verringerten Einkommenssteuer, während alle anderen die volle Einkommenssteuer bezahlen müssen. Christen mit muslimischem Hintergrund werden von ihrer Familie, Freunden und Nachbarn massiv unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Auch im geschäftlichen Leben erfahren Christen Diskriminierung und haben keine Aussicht auf höhere Positionen im Regierungsdienst.

Leben im Staat: Die Verfassung definiert ethnische Malaien als Muslime. Daher wird Malaien das Recht verwehrt, den Islam zu verlassen und eine andere Religion anzunehmen. Außerdem verbietet die Verfassung Angehörigen anderer Religionen, ihren Glauben unter malaiischen Muslimen zu verbreiten. Muslimen dagegen ist es erlaubt, den Islam überall im Land zu verbreiten. Das Scharia-Recht hat ebenso Gültigkeit wie das Zivilrecht; darüber hinaus ist das Parlament noch zu keiner Entscheidung über den sogenannten „hudud-Erlass“ gekommen, der die Einführung des islamischen Strafrechts im Bundesstaat Kelantan vorsieht. Auf Webseiten von Islamrechtsgruppen und Medien in Regierungsbesitz werden Christen regelmäßig verleumdet. So sind z.B. Gerüchte verbreitet worden, dass Christen und Juden „Malaysia übernehmen“ wollen. Dies geschah auch in einem Seminar, das auf dem Malakka Campus der Technischen Universität Mara gehalten wurde. Das Thema dort lautete, bezogen auf Malaysia: „Die Gefahr der Christianisierung“.

Die strengen Gesetze des Landes zur Volksverhetzung sind häufig von internationalen Beobachtern verurteilt worden. Allerdings ist es in zahlreichen Fällen, bei denen Hass gegen Christen gesät und rassenbezogene wie auch religiöse Vorurteile gegen Christen verbreitet wurden, nie zu einer entsprechenden Anklage gekommen. Jeder Akt, jede Rede oder Publikation, die als Diskreditierung der Regierung oder der neun wie Königshäuser angesehene Sultane Malaysias aufgefasst wird, sind gesetzlich verboten. Gleiches gilt für das Säen von Hass zwischen Rassen und Religionen – doch die Anwendung der Gesetze geschieht nur sehr einseitig. Die herausgehobene Position der malaiischen Mehrheit und der Einwohner von Sabah und Sarawak in Frage zu stellen, gilt ebenfalls als Volksverhetzung. Auch Regierungskritiker wurden wegen Volksverhetzung angeklagt. Eingeborene sehen sich unterdessen aggressiven Versuchen ausgesetzt, sie zum Übertritt zum Islam zu bewegen. Davon sind besonders diejenigen betroffen, die in den Westen umgesiedelt sind; hier ist es leicht, ihre soziale Isolation und wirtschaftlich schwache Stellung auszunutzen. Auf lange Sicht könnte dadurch die christliche Bevölkerung schrumpfen, besonders in Ost-Malaysia.

Kirchliches Leben: Die meisten protestantischen Freikirchen sind nicht als Kirchen registriert sondern arbeiten als Organisationen oder als Gemeindezentren. Dazu kaufen sie oft Geschäftsräume oder Fabrikgrundstücke, um von dort aus zu arbeiten. Während die meisten Gemeinden überwacht werden, erleben sie keine Beschränkungen ihrer Gottesdienste. Allerdings ist es unmöglich, malaiische Konvertiten offen zu integrieren. Jeder Druck von christlichem Material erfordert eine Zustimmung der Regierung. Der Import von Literatur in malaiischer Sprache ist generell eingeschränkt, dies betrifft besonders die Einfuhr von Bibeln und christlichen Büchern aus Indonesien, von wo die meiste Literatur stammt. Kürzlich hat die Regierung eine Dienstanweisung erlassen, nach der alle importierten christlichen Publikationen (die malaiische Bibel eingeschlossen) durch die Koranabteilung des Heimatministeriums überprüft werden müssen. Trotz Einwänden von Kirchenleitern fuhr die Regierung mit der Umsetzung dieser Anweisung fort. Außerdem ist der

Gebrauch des Wortes „Allah“ für Gott den Christen praktisch verboten, nachdem das oberste malaysische Gericht im Jahr 2015 ein entsprechendes Urteil gegen eine katholische Zeitung bestätigte. Das geschah ungeachtet der Tatsache, dass dieser Begriff über hunderte von Jahren in Bibeln und anderen christlichen Publikationen verwendet wurde – und in der indonesischen Bibel weiterhin verwendet wird, die viele malaysische Christen nutzen.

Auftreten von Gewalt: Die Punktwertung für Gewalt bleibt unverändert auf einem niedrigen Niveau. In mehreren Fällen wurden Konvertiten entführt und durch ihre Familien unter Hausarrest gestellt. Einige Christen mit muslimischem Hintergrund fühlten sich derart bedroht, dass sie das Land verließen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Jugendorganisation der Regierungspartei UMNO scheint dem Konzept des „friedlichen Salafismus“ folgen zu wollen – für Christen und andere Minderheiten eine besorgniserregende Entwicklung. Anlass zur Sorge gibt auch die Aussage des Staatsmufti von Pahang, der im Juni 2016 öffentlich den Dschihad gegen die „kafir harbi“ zur Pflicht aller Muslime erklärte; damit sind dem Wortsinn nach die „ungläubigen Feinde“ gemeint. Er versuchte zwar schnell, seine Aussage zu relativieren, in dem er sagte, er haben auf keinem Fall dazu aufrufen wollen, Nicht-Muslime zu töteten. Dennoch ist bemerkenswert, dass er weder öffentlich von den Behörden zurechtgewiesen noch unter dem bereits erwähnten Gesetz gegen Volksverhetzung angeklagt wurde. Dies ist wiederum ein Beispiel für die wachsende diktatorische Paranoia, da das Gesetz nur bei Angriffen gegen die Regierung angewendet wird.

Der „Islamische Staat“ dringt weiter nach Malaysia vor. Im Juni 2016 verübte er seinen ersten Anschlag, bei dem eine Handgranate in einem Café explodierte und acht Menschen verletzte. Die Tat sandte Schockwellen durch die Gesellschaft und die Behörden. Obwohl Malaysia einwilligte, zusammen mit Indonesien und den Philippinen gemeinsame See-Patrouillen gegen Aktivitäten von Islamisten zu entsenden und die Polizei Unterstützer des IS verhaftet, wächst die Gefahr. Folglich wird die Situation in Malaysia unberechenbar bleiben, da die Haupttriebkraft der Verfolgung, die Islamische Unterdrückung, weiter aktiv bleibt. Dies wird künftig zu mehr Herausforderungen und Bedrohungen für die christliche Minderheit führen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 32: Mali

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 59 Punkten belegt Mali Platz 32 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Dies stellt einen deutlichen Anstieg im Vergleich zum Jahr 2016 dar (55 Punkte, Rang 44). Seit dem Beginn des Bürgerkriegs im Januar 2012, als militante islamistische Gruppierungen die Tuareg-Rebellen gegen die Regierung unterstützten, ist die Situation für Christen in Mali besonders besorgniserregend. Die aktuelle hohe Wertung spiegelt den andauernden Druck auf Christen im Land wider. Auch nach dem französischen Militäreinsatz im Januar 2013 wurde die Bedrohung durch extremistische Islamisten nicht vollständig gebannt und im Norden des Landes ist ein normales Kirchenleben weiterhin sehr schwierig, wenn nicht unmöglich. Die christliche Präsenz wie auch die grundlegende Infrastruktur wurden stark zerstört und viele Christen, die geflohen sind, kehren aus Furcht noch nicht zurück.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkraft der Verfolgung von Christen in Mali ist „Islamische Unterdrückung“.

Islamische Unterdrückung: Mali galt lange Zeit als typisch westafrikanisches Land mit einem zumeist gemäßigten Islam und einem säkularen politischen System, das politisch-religiöse Parteien verbot, obwohl ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung aus Muslimen besteht. Die Gesellschaft Malis ließ den Christen immer Raum zur Entfaltung. Auch ausländische christliche Missionare konnten im Land arbeiten, obwohl der nördliche Teil des Landes schon immer problematisch für Christen war. Die Situation veränderte sich, als im April 2012 der unabhängige Staat Azawad im Norden Malis ausgerufen wurde. Die Islamisten, die größtenteils Wahhabitens sind, führten sehr bald im Norden das System eines islamischen Staates mit strengen Scharia-Gesetzen ein. Die meisten Christen flohen aus dem Gebiet, bevor es von den Islamisten eingenommen wurde. Während der Besetzung zerstörten diese Kirchen und andere christliche Gebäude. Die Kirche im Süden Malis wurde ebenfalls negativ durch die stärker werdende Präsenz verschiedener wahhabitischer Gruppierungen beeinflusst. Obwohl Rebellen und Regierung einen Friedensvertrag unterzeichnet haben und auch internationale Friedensstruppen vor Ort sind, scheint die Tendenz zur islamistischen Radikalisierung in der malischen Bevölkerung anzuhalten, was den Druck auf die Christen erhöht, aber auch zu gewaltsamen Angriffen auf Kirchen und Christen führt.

Aktuelle Einflüsse

Nach der Machtübernahme der Islamisten im Norden Malis Mitte 2012 intervenierte Frankreich Anfang 2013, um die Souveränität der Regierung in Mali wiederherzustellen. Die Situation der bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechte ist allerdings weder im Norden noch im Süden des Landes wieder auf dem Stand wie vor 2012. Die Behörden Malis unterzeichneten am 18. Juni 2013

einen Vertrag mit den Tuareg-Rebellen, um die nördlich gelegene Stadt Kidal wieder der malischen Verwaltung und Armee zu unterstellen. Sie war bis dahin von Milizen der „Nationalen Bewegung für die Befreiung von Azawad“ (MNLA) kontrolliert worden. Allerdings war dies kein umfassender Friedensvertrag zur Beendigung der Rebellion. Seit Mai 2013 sind die Regionen im Norden wieder unter Kontrolle der Regierung, ausgenommen die Region im Nord-Osten um Kidal.

Der Konflikt zwischen der Regierung und den militanten Oppositionskräften ist nicht neu. Dabei stellt die MNLA seit jeher die größte Bedrohung für Malis Regierung dar. Sie repräsentiert die seit 2011 für Unabhängigkeit kämpfenden Milizen der Tuareg, deren Kampf bereits 1916 begann. Seit damals gab es mindestens fünf Aufstände der Tuareg im Norden Malis, sowohl unter französischer Herrschaft als auch nach der Unabhängigkeit Malis 1960. Ziel der Rebellionen war immer ein von der Regierung in der Hauptstadt Bamako unabhängiger Staat namens „Azawad“.

Laut einem BBC-Bericht vom 20. Juni 2015 haben die zur Azawad-Bewegung gehörenden Tuareg-Rebellen einem Friedensvertrag zugestimmt, nachdem die Regierung ihren Forderungen nach mehr politischer Mitbestimmung, Einrichtung regionaler Sicherheitsbehörden und verstärkten Investitionen in die Entwicklung der Region Gehör geschenkt hatte. Ob dieser Friedensvertrag halten wird, bleibt abzuwarten; frühere Vereinbarungen schlugen alle fehl. Das Friedensabkommen an sich schafft keine Gerechtigkeit für Opfer von Gewalt und deren Familien. Wie der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge berichtete, leben immer noch rund 130.000 malische Flüchtlinge im Ausland. Nur ein kleiner Anteil von ihnen sind Christen. Zudem bleibt das Risiko, dass sich extremistische Tuareg wieder Gruppierungen zuwenden, die in Verbindung mit Al Kaida stehen. Die unbeständige Sicherheitslage zeigte sich im aktuellen Berichtszeitraum durch mehrere terroristische Angriffe im Land, zu denen auch ein Angriff auf ein ausländisches Hotel in der Hauptstadt Bamako gehörte.

Betroffene Kategorien von Christen

In Mali sind drei der vier im Weltverfolgungsindex untersuchten Kategorien von Christen anzutreffen:

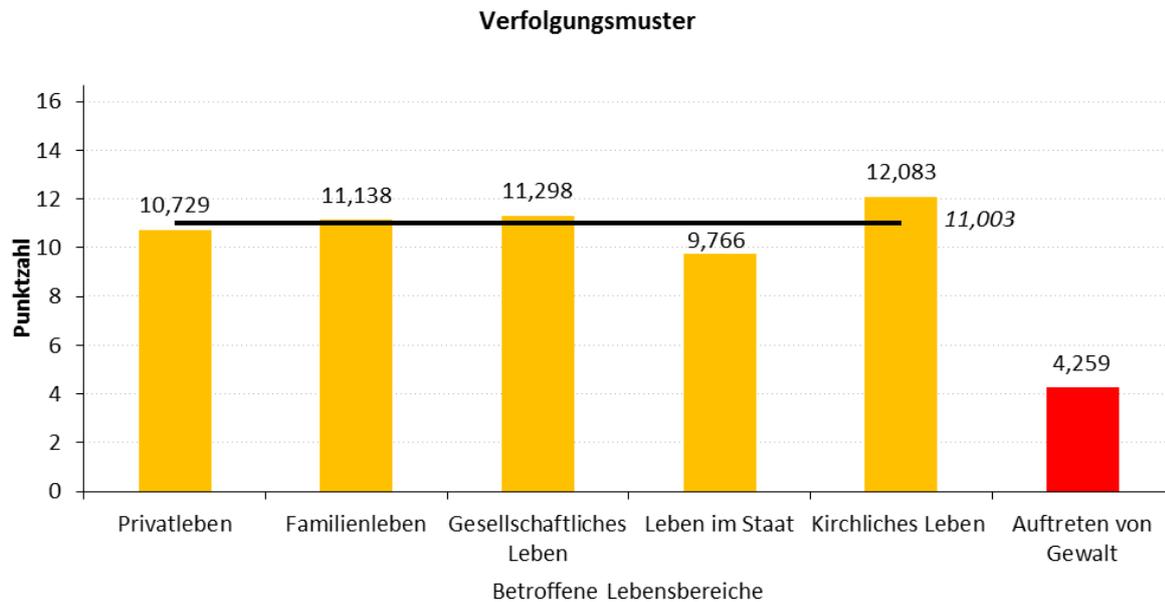
Christen aus traditionellen Kirchen, die der römisch-katholischen und zahlreichen evangelischen Kirchen angehören. Knapp 5% der Bevölkerung Malis sind Christen und mehrheitlich Mitglieder der traditionellen Kirchen.

Christen muslimischer Herkunft: Unter den Bozo und Dogon in Zentralmali gibt es einige kleinere Gemeinschaften von Christen mit muslimischem Hintergrund, aber auch in anderen Regionen des Landes leben Christen muslimischer Herkunft.

Christen aus protestantischen Freikirchen wie Baptisten, Evangelikale und Christen aus Pfingstkirchen.

Auch wenn die Mehrheit der Christen im Süden lebt, empfinden sie die islamischen Extremisten im Norden als Bedrohung. Allerdings hat die französische Intervention die Bedrohung durch militante Islamisten eingeschränkt, indem sie einen Teil von ihnen aus den nördlichen Städten und aus dem gesamten Land vertreiben konnte. Dennoch gibt es derzeit keine Anzeichen dafür, dass sich im Norden Malis wieder ein normales Kirchenleben in Sicherheit etablieren könnte.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mali

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Mali:

- Der Durchschnittswert für Druck auf Christen in Mali befindet auf einem sehr hohen Level (11,003) und ist im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2016 (9,977) stark angestiegen.
- Am stärksten zeigt sich der Druck in den Bereichen des kirchlichen Lebens (12,083), des gesellschaftlichen Lebens (11,298) und des Familienlebens (11,138). Dies könnte an der stärker werdenden Radikalisierung der Gesellschaft (insbesondere im Norden Malis) liegen, was sich auf die Christen muslimischer Herkunft in den Bereichen Familienleben und Gesellschaftliches Leben auswirkt. Dazu kommt noch die Bedrohung durch militante muslimische Gruppen, die am stärksten im Bereich Kirchliches Leben zu spüren ist.
- Auch wenn der Wert noch immer hoch ist, ist die Punktzahl für Gewalt im Vergleich zum vergangenen Jahr (8,148) deutlich gesunken (4,259). Dieser Rückgang ist vor allem auf eine Abnahme der Anzahl an Angriffen auf Zivilisten während des Berichtszeitraums zurückzuführen.
- Die Verfolgungssituation in Mali legt nahe, dass selbst bei abnehmender Gewalt die Häufigkeit und Intensität von Verfolgungsdruck in den meisten Lebensbereichen ansteigen. Extremistische Muslime sind weiterhin im Land aktiv und wenn sie aus einem von ihnen kontrollierten Gebiet vertrieben werden, hinterlassen sie eine radikalisierte Gesellschaft, die Christen gegenüber noch weniger freundlich eingestellt ist als zuvor.

Privatleben: Für Christen muslimischer Herkunft ist es sogar im Privatbereich besonders schwierig, ihren Glauben zu leben. Ihr Umfeld und die Lebensbedingungen sind dergestalt, dass christliche Einstellungen gegenüber islamischen Traditionen und auch privates Gebetsleben schnell entdeckt werden würden, was zu ihrer Verfolgung führen würde.

Familienleben: Besonders im Norden des Landes ist es sehr wahrscheinlich, dass Angehörige der Großfamilie einen Konvertiten – d.h. Christen muslimischer Herkunft – unter Druck setzen werden, seinen Glauben wieder abzulegen. Grund hierfür ist die Furcht der Familie, die Hinwendung eines Familienmitglieds zum Christentum würde zur Ausgrenzung der gesamten Großfamilie aus der Gesellschaft führen.

Gesellschaftliches Leben: Wegen des Einflusses islamistischer Gruppen nehmen vor allem im Norden des Landes Christen aus Sorge um ihre Sicherheit deutlich weniger am öffentlichen Leben teil als in der Vergangenheit. Obwohl die Islamisten vertrieben wurden, gibt es sie doch noch und die Angst vor einem neuen Aufstand bleibt. Auch Muslime vor Ort sind oft nicht dafür, dass Christen zurückkehren, deren Häuser und Grundstücke in ihrer Abwesenheit vielfach in Besitz genommen wurden.

Leben im Staat: Der Druck in diesem Bereich lag im vergangenen Jahr unter dem der beiden Jahre zuvor. Trotzdem fühlen sich Christen im Norden durch den anhaltenden Einfluss der islamistischen Gruppen bedroht und zeigen christliche Symbole aus Furcht nicht öffentlich.

Kirchliches Leben: Im Süden akzeptiert die Gesellschaft christliche Versammlungen, jedoch fühlen sich einige Christen durch die weiter bestehenden islamistischen Bewegungen auch dort bedroht. Ein normales Kirchenleben ist im Norden noch nicht wieder möglich.

Auftreten von Gewalt: Berichte zeigen, dass zwei Christen im aktuellen Berichtszeitraum für ihren Glauben getötet wurden. Ein ausländischer christlicher Arbeiter wurde in Timbuktu entführt, nachdem er bereits zehn Jahre in der Stadt gelebt hatte. Berichte weisen ebenfalls darauf hin, dass Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe gegen Christen im Norden Malis um sich greifen, insbesondere in Kidal, Timbuktu und Gao. Die Berichte deuten weiter darauf hin, dass in Bagdad mehrere junge Christinnen mit muslimischem Hintergrund an Verwandte zwangsverheiratet wurden, um sie zur Aufgabe ihres christlichen Glaubens zu zwingen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

1. Mali hat hauptsächlich mit dem wachsenden Einfluss eines militanten Islam und des Wahhabismus zu kämpfen. Es wird lange dauern, bis sich christliche Gemeinschaften im Norden des Landes wieder etablieren können. Ungeachtet des 2015 unterzeichneten Friedensabkommens sind extremistische Islamisten nach wie vor im Land aktiv und werden auch künftig eine Bedrohung darstellen. Der Friedensvertrag ist sehr zerbrechlich und die Regierung und die Friedenstruppen der UN sind noch immer nicht imstande, die Autorität der Regierung in einigen Teilen des Landes wieder aufzurichten. Die Wiederherstellung von Recht und Ordnung und der Autorität der Regierung im Norden des Landes sind Voraussetzung für die Verbesserung der Situation der Christen in der Region.

2. Die Situation in Mali kann nicht isoliert gesehen werden. Sie ist Teil des Aufstiegs eines militanten Islam und des Wahhabismus in der gesamten Region. Die dortige Entwicklung der politischen Situation und Sicherheitslage ist deshalb ausschlaggebend für die Zukunft Malis. Selbst wenn die Regierungen Malis und der anderen Staaten der Region bewaffnete islamistische Gruppierungen wie AQIM besiegen können, bleibt die Radikalisierung großer Teile der Jugend und Gesellschaft durch diese Gruppen ein schwer zu bewältigendes Problem. Für die Christen entsteht in jedem Fall auf Jahre hinaus eine feindselige Umgebung.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 33: Tansania

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 59 Punkten belegt Tansania Platz 33 auf dem Weltverfolgungsindex 2017. Das entspricht einem Anstieg um 2 Punkte gegenüber dem Jahr 2016 (57), als Tansania Rang 36 einnahm. Dieser fortgesetzte Anstieg der Punktzahl zeigt, dass die Verfolgung im Land langsam zunimmt.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkraft, die Christen in Tansania betrifft, ist die „Islamische Unterdrückung“.

Islamische Unterdrückung: Die Union von Tansania besteht aus zwei gegensätzlichen demographischen Realitäten. Die Mehrzahl der Einwohner auf dem Festland Tansanias sind Christen und die Mehrheit auf der Insel Sansibar sind Muslime. In den letzten Jahren ist die Islamische Unterdrückung immer mehr hervorgetreten, ausgehend von Sansibar breitete sie sich entlang der Küste des Festlands von Tansania aus. Die radikal-islamische Gruppierung Uamsho (die Suaheli-Abkürzung für „Gesellschaft zur islamischen Mobilmachung und Ausbreitung“) benutzt Sansibar als Sprungbrett, um seine radikalislamische Agenda in Tansania weiter voranzutreiben. Uamsho und verwandte Gruppen streben danach, einen islamischen Staat zu errichten, der Sansibar und einen signifikanten Teil des Festlandes entlang der Küste umfasst. In diesem neu geschaffenen muslimischen Staat wäre kein Platz für Christen oder Menschen anderer Religionen. Es scheint, dass die Idee eines islamischen Staates selbst unter den Muslimen auf dem Festland an Popularität gewinnt. Der Einfluss der Radikalen hat die Autoren der Verfassung (die noch durch ein Referendum ratifiziert werden muss) dazu veranlasst, eine Verordnung aufzunehmen, welche die Schaffung von Scharia-Gerichten im ganzen Land erlaubt. Derzeit sieht es so aus, als habe Uamsho seinen Schwung verloren, da dessen Anführer entweder verhaftet wurden oder ihre Leitungspositionen verlassen haben. Allerdings wird die Ideologie, die Uamsho begründet hat, weiter Probleme für Christen und die Regierung des Landes schaffen.

Aktuelle Einflüsse

Wenn es um die Verfolgung von Christen geht, ist Tansania ein Land, das verschiedene Realitäten zeigt. Um dies zu verstehen, ist ein Einblick in die verschiedenen soziologischen, historischen und politischen Geschehnisse im Land notwendig.

Von der Gründung der Union bis heute: Das moderne Tansania wurde durch die Vereinigung von Sansibar und Tanganjika geschaffen. Die Insel Sansibar hat eine lange zurückreichende Verbindung zum Islam und anderen islamischen Ländern und wurde bis zur Besetzung durch die Briten (1890-1963) durch ein Sultanat regiert.



Tanganjika dagegen war eine eigene Nation mit einer einheimischen Religion, bevor das Christentum eingeführt wurde. Von 1961 bis 1987 war Tansania ein sozialistisches Land. Derzeit wird es von einer Regierung geführt, die demokratische Züge und den Willen zeigt, soziale Probleme wie die Korruption anzugehen. Verglichen mit den anderen Ländern der Region ist Tansania eines der demokratischsten Länder Ostafrikas und die Wahlen vom Oktober 2015 bestätigten dies.

Der instabile Charakter der Region: Die militanten islamistischen Bewegungen in Somalia und Kenia haben einen deutlichen Einfluss auf Tansania. So verhafteten tansanische Sicherheitskräfte während einer Razzia auf eine Moschee im April 2015 zehn mutmaßliche Al-Shaabab-Mitglieder und beschlagnahmten Material zum Bombenbau. Zudem wurde von einem gestiegenen Einfluss der Tablighi Jamaat berichtet, besonders in den nordwestlichen Regionen, wo deren Lehrer die Grenze zu Kenia überqueren. Zu beachten ist, dass die Bevölkerungsmehrheit des Sansibar-Archipels muslimisch ist und viele in der Region denken, dass sie absichtlich und systematisch von Entwicklungschancen durch die Zentralregierung Tansanias ausgeschlossen wird. Um diese gefühlte Ungerechtigkeit auszuräumen, treten islamische Gruppen – teilweise durch einige arabische Länder unterstützt – dafür ein, einen islamischen Staat zu schaffen, um für Fortschritt zu sorgen. Dieser Staat würde die Insel Sansibar und einen Teil der Küste des Festlandes umfassen, der als der Zehn-Meilen Küstenstreifen bekannt ist. Er erstreckt sich von Kipini/Witu in Kenia bis herunter nach Sofala in Mosambik. Er gehörte einst zum Herrschaftsgebiet des Sultans und daher wollen Radikale dieses Gebiet wiederherstellen, mit einer Erweiterung bis hin nach Mogadischu als Hauptstadt.

Bevölkerung: Obwohl die Mehrzahl der Bevölkerung Tansanias Christen sind, scheint der Anteil an Muslimen zu wachsen, und besonders junge Muslime scheinen für eine Radikalisierung anfällig. Die Aufnahme einer Möglichkeit zur Schaffung von Scharia-Gerichten in die Verfassung kann die Situation nur noch verschlimmern. Dies hat die Nation regelrecht gespalten und der frühere Präsident, Jakaya Kikwete warnte vor der Gefahr religiöser Spannungen im Land.

Natürliche Ressourcen und mögliche Konflikte: Tansania ist ein Land mit großen Potentialen für Vorkommen von Gas, Öl, Kohle und andere natürliche Ressourcen. Diese Rohstoffe ziehen ausländische Investoren an, die die Belange Tansanias beeinflussen. Das Land hat bereits ein Joint-Venture mit Algerien unterzeichnet. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass Streitigkeiten über Rohstoffe entlang religiöser Fronten ausgetragen werden.

Betroffene Kategorien von Christen

In Tansania gibt es alle vier im Weltverfolgungsindex unterschiedenen Kategorien von Christen. Im Berichtszeitraum waren alle vier Gruppen religiös bedingtem Druck oder Gewalt ausgesetzt.

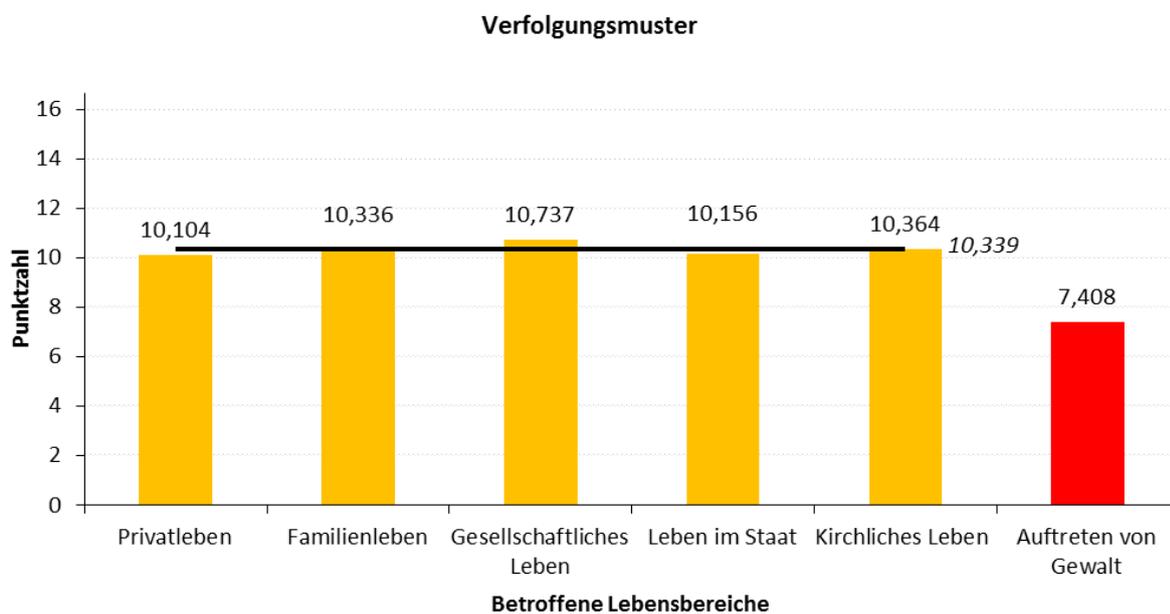
Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Die ausländischen oder eingewanderten Christen Tansanias leben größtenteils auf den Inseln Pemba und Mafia. Sie halten sich von den Christen muslimischen Hintergrunds fern, da eine Vermischung ihre Sicherheit gefährden könnte. Außerdem überwachen gesellschaftliche Führer die ausländischen Christen.

Christen aus traditionellen Kirchen: Wie die anderen Gruppen erleben diese Christen Druck durch radikale Muslime.

Christen muslimischer Herkunft: In von mehrheitlich von Muslimen bestimmten Gebieten (Sansibar und die Küstenregion) leiden die Christen muslimischer Herkunft unter andauerndem Druck und physische Gewalt.

Christen aus protestantischen Freikirchen (wie Baptisten, evangelikale oder pfingstliche Gemeinden): Diese Gruppe sieht sich mit vielen Herausforderungen konfrontiert, z.B. beim Erlangen einer Registrierung, um neue Kirchen zu bauen und Genehmigungen zu erhalten, sich zu versammeln und zu predigen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Tansania

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Tansania:

- Christen in Tansania erleben einen gleichmäßig hohen Druck in allen Lebensbereichen. Die durchschnittliche Punktzahl des Drucks liegt bei 10,339, was einen Anstieg gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2016 (9,977) bedeutet.
- Der Druck ist im Bereich des kirchlichen Lebens (10,364) und des gesellschaftlichen Lebens (10,737) am höchsten.
- Der Druck, der aus Islamischer Unterdrückung resultiert, zeigt sich in allen Lebensbereichen. In Gegenden, die von Muslimen bestimmt sind, stehen Christen muslimischer Herkunft massivem Druck von Familie, gesellschaftlichem Umfeld und religiösen Führern gegenüber.
- Die Punktwertung für die physische Gewalt erhöhte sich von 6,667 (WVI 2016) auf 7,408.

- Die allgemeine Verfolgungssituation in Tansania zeigt, dass der Druck und die Gewalt, die Christen auf Sansibar, in der Küstenregion und in den Gebieten im Nordwesten entlang des Viktoriasees (Bukoba) erleben, jedes Jahr wächst.

Privatleben: Christen in überwiegend muslimischen Gebieten stehen vielen Herausforderungen gegenüber. Wie in den anderen Lebensbereichen geht der Druck auf Christen in ihrem Privatleben Hand in Hand mit dem Aufstieg des radikalen Islam auf Sansibar, den nordwestlichen und den Küstenregionen Tansanias. Christen in diesen Gebieten haben Schwierigkeiten, Gottesdienste zu feiern und selbst christliche Literatur und Bibeln zu besitzen (besonders Christen muslimischer Herkunft). Einer der Feldforscher sagt: „Abgesehen von Christen mit muslimischem Hintergrund, die ihre christliche Literatur im ganzen Land versteckt halten müssen, gab es auch Vorfälle, wo christliches Material wie Anbetungsmusik und Kreuze von muslimischen Vermietern verboten wurden.“

Familienleben: Besonders in den von Muslimen dominierten Regionen erleben Christen muslimischer Herkunft oft Widerstand gegen ihren christlichen Glauben: den Ausschluss von einer Erbschaft, Behinderungen der Taufe, erzwungene Scheidungen und Druck, den christlichen Glauben zu widerrufen.

Gesellschaftliches Leben: Die höchste Punktwertung (10,737) deutet an, dass dies der Lebensbereich ist, in dem Christen den größten Druck erleiden. In mehrheitlich von Muslimen bewohnten Gegenden stehen Christen mehreren Einschränkungen durch ihr Umfeld gegenüber. Unterstützer der Uamsho spielen eine wichtige Rolle bei der Verdrängung von Christen aus der Gesellschaft. Der berühmte Scheich Issa Ponda hat in den letzten Jahren die Saat der Intoleranz und des Hasses gegen Christen gesät und dies trägt nun Früchte. Dass Christen der Zugang zum öffentlichen Nahverkehr und zu Brunnen verwehrt wird, dass Christen sich an Halal-Vorschriften halten müssen, dass Christinnen gezwungen werden, ihr Haupt in der Öffentlichkeit zu bedecken, sind nur einige der Vorfälle, die in diesem Zusammenhang genannt werden müssen.

Leben im Staat: Es ist nicht üblich, eine hohe Punktzahl für den Bereich des Lebens im Staat in einem Land zu sehen, in dem Christen die Mehrheit stellen. Aber auf Sansibar sind viele Gesetze und Vorschriften von den Prinzipien der Scharia inspiriert. Die Verfasser der Verfassung haben Vorschriften zur Schaffung einer Schariagerichtsbarkeit für ganz Tansania aufgenommen, und Christen wurden buchstäblich von der Regierung bedroht, sich nur nicht dagegen auszusprechen.

Kirchliches Leben: In den vorherigen Berichtszeiträumen wurden Kirchen zu Zielen von Angriffen, auch von Bombenanschlägen. Dies hat ein eingeschüchtertes Umfeld geschaffen. Daher ist es in Tansania – besonders auf Sansibar – gefährlich geworden, gemeinsam Gottesdienst zu feiern und zu einer Kirche zu gehen. Es gibt zudem einen großen Kontrast zwischen Sansibar und dem Festland. Wie ein Feldforscher anmerkte: „Obwohl Bibelschulen und Seminare frei arbeiten und sich auf dem Festland ausbreiten können, ist dies auf den muslimisch bestimmten Inseln nicht möglich.“

Auftreten von Gewalt: Die Angriffe gegen Christen und ihr Eigentum sowie auf Kirchen gingen weiter. In der Region Tanga wurde im September 2016 Yohana Joseph Shemzigwa durch einen Islamisten getötet, der eine lutherische Kirche angriff. Während des Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex 2017 wurden im Nordwesten sechs Kirchen niedergebrannt. Christen sahen sich zudem mentalen Missbräuchen gegenüber.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Tansania erschien im Jahr 2013 zum ersten Mal auf dem Weltverfolgungsindex, und es gibt derzeit keine Anzeichen, dass sich die Situation verbessert. Die Lehren in den Moscheen und Islamschulen bleiben negativ gegenüber dem christlichen Glauben, und da diese Lehren die Grundlage für eine nachhaltig negative Einstellung der Menschen gegenüber Christen legen, können diese leicht mobilisiert und zu gewaltsamen Verhalten gegen Christen in den kommenden Jahren angestiftet werden. Die Unterstützer der Uamsho verbreiten immer noch ihre radikale Ideologie und rufen nach voller Autonomie für Sansibar.

Tansanias derzeitiger Präsident John Magufuli wurde von vielen dafür gelobt, mutige Schritte zu unternehmen, um die sozioökonomischen Probleme des Landes zu lösen. Allerdings wurde bisher nichts gegen das Problem der wachsenden islamischen Unterdrückung im Land getan. Daher sind in den kommenden Jahren folgende Entwicklungen zu erwarten, wenn das Land nicht ernstzunehmende Maßnahmen ergreift, um die Religionsfreiheit zu schützen:

- Die Verfolgung von Christen auf Sansibar und der Küstenregion wird zunehmen.
- Das kommende Referendum über die neue Verfassung könnte Christen gegen Muslime positionieren, da Christen sich geschworen haben, gegen die Einführung von Scharia Gerichten im ganzen Land zu stimmen, was sicher zu einem erhöhten Druck für Christen führen wird. Die Regierung hält Kirchenleiter dazu an, dies vor dem Referendum mit ihren Mitgliedern nicht zur Sprache zu bringen.

Wenn der Entwurf der Verfassung angenommen werden sollte, wird der Einfluss von Muslimen im Land höchstwahrscheinlich wachsen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 34: Zentralafrikanische Republik

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 58 Punkten belegt die Zentralafrikanische Republik (ZAR) Platz 34 auf dem Weltverfolgungsindex 2017. Dies entspricht einem Rückgang um 1 Punkt gegenüber dem Jahr 2016 (59, als ZAR Rang 26 belegte). Auch wenn es keine großen Änderungen in der Wertung gab, ist das Land auf der Rangliste doch nach unten gerückt, da andere Länder höhere Werte erhielten. Auch wenn der Wert für „Auftreten von Gewalt“ abgenommen hat, gab es dennoch Berichte über gewalttätige Übergriffe, in welche die Séléka involviert war. Obwohl die Séléka Anfang 2014 aus dem Süden des Landes vertrieben wurde, sind deren Anhänger noch immer in einigen Stadtteilen der Hauptstadt Bangui aktiv, ebenso auch in den nordöstlichen Provinzen. Daher ist die Situation der Christen im Land weiterhin prekär.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung, die sich auf die Christen der ZAR auswirken, sind die „Islamische Unterdrückung“ (Haupttriebkraft) und weniger stark „Organisiertes Verbrechen und Korruption“.

Islamische Unterdrückung: Die früheren Anhänger der Séléka-Rebellenbewegung haben keine formal islamistische (bzw. dem politischen Islam zuzuordnende) Agenda, sondern setzen sich überwiegend aus ausländischen Muslimen zusammen. Bei der Verwüstung des Landes haben sie speziell Christen und deren Besitz (Häuser, Kirchen) attackiert, wie auch Gebäude der Regierung. Es gibt ebenfalls Berichte von muslimischen Fulani Viehhirten im nördlichen Teil des Landes, die das Weideland von Christen angreifen und durch Feuer zerstören.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Inmitten des durch den Konflikt seit dem Jahr 2012 entstandenen Chaos versuchen viele aus der verbreiteten Gesetzlosigkeit durch Plünderungen und Erpressungen, Profit zu schlagen.

Aktuelle Einflüsse

Wie der Bericht des US-Außenministeriums zur internationalen Religionsfreiheit zeigt, hat die Regierung der ZAR in den letzten 10 Jahren keine religiöse Gruppierung bevorzugt. Laut Verfassung ist die ZAR ein säkularer Staat. In der Vergangenheit haben jedoch autokratische Führer auf die Unterstützung durch religiöse Gruppen – überwiegend Kirchen – zurückgegriffen. Die ZAR gilt als christliches Land. Allerdings ist der Islam, mit Unterstützung von Gruppen aus dem Tschad und dem Sudan, im vergangenen Jahrzehnt deutlich von 5% auf 13% der Bevölkerung gewachsen. Meinungsverschiedenheiten unter den Muslimen im Norden gehörten zu den Hauptursachen für den Putsch im März 2013. Lokale Christen zeigen sich besorgt über das Vordringen des Islam im Land. Sie

verweisen darauf, dass die Rebellion, die zum Staatsstreich geführt hatte, einer dschihadistischen Agenda entnommen ist.

Seit ihrer Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 hat die ZAR viele Konflikte und fünf Staatsstrieche erlebt. Die Instabilität der ZAR und die Schwäche der nachfolgenden Regierungen, sowie deren fehlende Legitimationen, führen dazu, dass der frühere Kolonialherr Frankreich noch immer die entscheidende Rolle im Land spielt. So gab es mehrmals ein direktes militärisches Eingreifen seitens der Franzosen, um die jeweilige Regierung zu unterstützen und nicht zuletzt auch die in der ZAR lebenden Franzosen zu schützen. Während die für die Aufstände verantwortlichen Rebellen und Militärs meist vorgeben, sie wollten die Korruption oder aber die ethnische und religiöse Diskriminierung im Land beseitigen, scheinen sie überwiegend durch die zu erwartenden Belohnungen in Form von politischer Macht sowie Möglichkeiten für Klientelwirtschaft und Korruption motiviert zu werden.

Der Konflikt im Dezember 2012 hat in der ZAR den Tod tausender und die Vertreibung hunderttausender Menschen, sowie erhebliche Zerstörungen von Eigentum verursacht. Was den Konflikt jedoch noch gefährlicher machte, war die zusätzliche religiöse Dimension. Im September 2014 hat die Chefanklägerin am Internationalen Gerichtshof (ICC) deshalb eine zweite Untersuchung zur ZAR eröffnet. Nach Expertenmeinung kam es – neben weiteren Gründen – deshalb zur Gründung der (überwiegend muslimischen) Séléka, weil die Regierung die sozialen Probleme nicht ausreichend angegangen ist, sowie wegen mangelhafter Staatsführung. Dennoch hat der Angriff der Séléka auf Christen dem Konflikt einen religiösen Beiklang gegeben. Die angeblich christliche Gruppe der Anti-Balaka griffen ebenfalls Muslime im Süden des Landes an und verübten Gräueltaten, die den Konflikt nur verschärften. An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass verschiedene christliche Organisationen im Februar 2014 in Bangui eine Erklärung abgaben, die betont: „... die Anti-Balaka sind keine Christen und Christen sind keine Anti-Balaka. Das gleiche gilt für ehemalige Séléka und Muslime.“ Obwohl die Séléka aus vielen Landesteilen vertrieben wurden, bleiben noch viele Probleme zu lösen. Aus dem (muslimisch geprägten) Stadtteil PK5 der Hauptstadt Bangui hat eine wachsende Gruppe extremistischer Muslime ihre Hochburg gemacht und verbreitet Terror. Im zumeist von Muslimen besiedelten Nordosten des Landes müssen Christen aus ihren Dörfern fliehen. Der Zugang zu ihren Feldern wird ihnen verwehrt. Große Gruppen von Christen leben unter äußerst ärmlichen Bedingungen in Flüchtlingslagern. Im Februar 2016 gab es eine Wahl, die zu einigen Verbesserungen der Sicherheitslage geführt hat.

Betroffene Kategorien von Christen

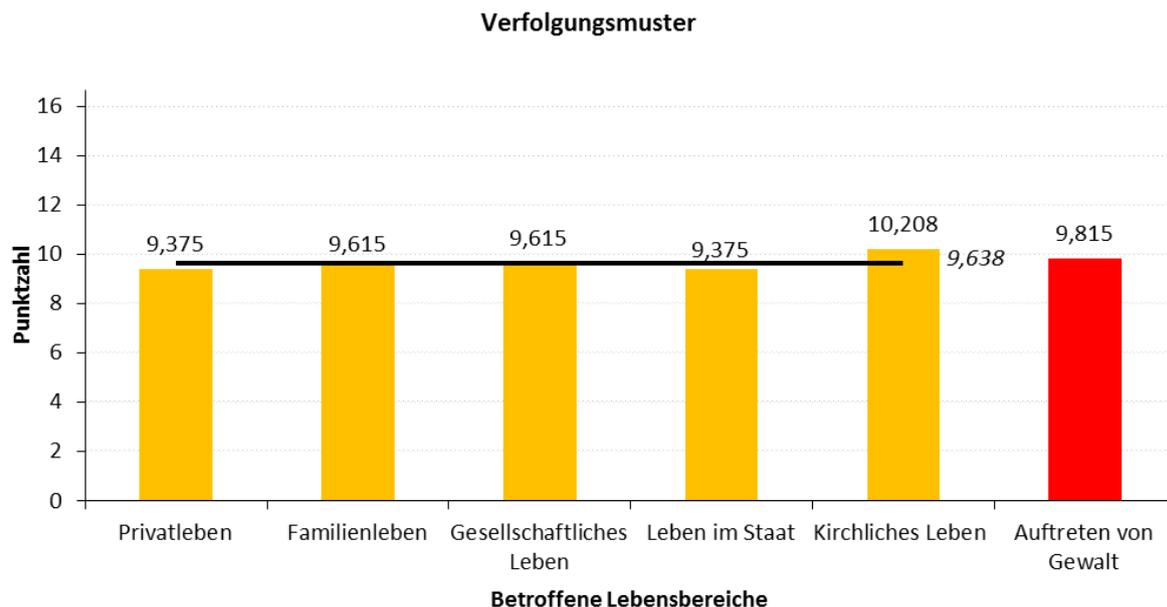
In der Zentralafrikanischen Republik sind drei Kategorien von Christen in ähnlichem Ausmaß von Verfolgung betroffen:

Christen aus traditionellen Kirchen: Dazu gehören die römisch-katholische und die evangelische Kirche. Die Katholiken sind zahlenmäßig am stärksten vertreten, mit dem ausgedehntesten Netzwerk von Kirchen, Kliniken und Schulen. Als vor zwei Jahren die Séléka Milizen auf dem Vormarsch waren, wurden viele Kirchen und dazugehörige Gebäude bzw. Einrichtungen (katholische wie evangelische) ihrer Fahrzeuge, Computer und sonstigen Wertsachen beraubt.

Christen muslimischer Herkunft: Wird die Hinwendung eines Muslims zum christlichen Glauben bekannt, muss er mit Widerstand von Familienmitgliedern rechnen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Dazu gehören evangelikale und Pfingstkirchen. Alle Gemeinden und sämtliches Eigentum der Mitglieder waren Ziel von Plünderungen durch die Séléka.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Zentralafrikanische Republik

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Zentralafrikanische Republik:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist auf einem hohen Wert und ist im Vergleich zum Vorjahr von 8,819 auf 9,638 angestiegen.
- Der Verfolgungsdruck ist in allen Lebensbereichen ungefähr gleich groß. Am niedrigsten ist er im „Leben im Staat“ und „Privatleben“ (beide mit der Wertung 9,375). Die zweitniedrigsten Bereiche sind das „Familienleben“ und das „Gesellschaftliche Leben“ (beide mit der Wertung 9,615). Dies ist durchaus nachvollziehbar, da die ZAR ein mehrheitlich christliches Land ist, das Freiheit für religiöse Äußerungen im Familienleben, im gesellschaftlichen Leben und in der Gesetzgebung in den meisten Teilen des Landes erlaubt. Die Wertung für „Kirchliches Leben“ ist am höchsten (10,208), da christliche Gemeinden zu den Hauptanschlagszielen der Séléka gehören.
- Das „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen war im Berichtszeitraum sehr hoch (9,815), ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen (15,371). Der Rückgang der Gewalt im Vergleich zum Vorjahr ist hauptsächlich darin begründet, dass die Verfolgung nicht mehr im ganzen Land, sondern nur noch in den Regionen auftritt, in denen die früheren Séléka-Anhänger weiterhin aktiv sind. Auch in diesem Berichtszeitraum sind die Séléka-Anhänger in

den nordöstlichen Provinzen und in einigen Teilen von Bangui weiterhin für gewaltsame Übergriffe gegen Christen verantwortlich.

- Die allgemeine Verfolgungssituation in der ZAR wird durch islamische Milizen angetrieben, die Christen attackieren und belästigen, sie aus ihren Häusern vertreiben und christliche Mädchen entführen. Vor allem Christen muslimischer Herkunft haben stark unter dem Druck von Seiten ihrer Familien und Nachbarschaft gelitten, besonders in den Gebieten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung.

Privatleben: Da die ZAR ein mehrheitlich christliches Land ist, genießen Katholiken und alle protestantischen Kirchen eine relative Freiheit in ihrem Privatleben, vor allem in den mehrheitlich christlichen Teilen des Landes. Christen muslimischer Herkunft müssen jedoch mit Widerstand seitens ihrer Familien rechnen, sobald ihre Hinwendung zum christlichen Glauben bekannt wird. Das größte Problem in der ZAR ist die Trennlinie zwischen Muslimen und Christen, die quer durch die gesamte Bevölkerung verläuft. Ein Gespräch über den Glauben zwischen einem Christen als Gastgeber und einem Muslim als Gast ist ein heikles Unterfangen. Im Norden des Landes, der von Muslimen dominiert wird und wo ehemalige Séléka-Anhänger aktiv sind, ist selbst der Besitz christlicher Literatur lebensgefährlich. Wenn ehemalige Séléka in ein Haus kommen und dort jemand gerade Bibel liest, sind sie dafür bekannt, diese Person direkt zu töten.

Familienleben: Da es nach wie vor keine Sicherheit im Land gibt, ist es für Christen (vor allem Christen muslimischer Herkunft) in den nordöstlichen Provinzen sehr schwierig, Geburten, Hochzeiten oder Todesfälle amtlich zu melden, zumal dies unerwünschte Aufmerksamkeit auf sie lenken würde. In einem Land, wo Gruppen sich aufgrund ihrer Glaubenszugehörigkeit attackieren, sind auch Taufen schwierig. Konvertiten (aus dem Islam) verlieren nahezu automatisch ihr Erbrecht.

Gesellschaftliches Leben: Bei Angriffen der Ex-Séléka auf Dörfer werden häufig junge Mädchen entführt. Viele Christen, die aus ihren Dörfern vertrieben wurden, haben Zuflucht in den Städten Kaga Bandoro, Bambari und Bria gesucht. Oft werden die Christen von Fulani-Hirten verjagt, die das Land der christlichen Bauern verwenden, um ihr Vieh dort weiden zu lassen.

Leben im Staat: Christen wurden aus staatlichen Ämtern entlassen und durch Muslime ersetzt. Dies bereitet den Christen insbesondere in den nordöstlichen Provinzen Sorge, wo die Lokalregierungen von Séléka-Anhängern besetzt sind.

Kirchliches Leben: Ein normales kirchliches Leben gestaltet sich äußerst schwierig, da christliche Versammlungen immer der Gefahr von Angriffen ausgesetzt sind. Dies gilt besonders für den Stadtteil PK5 in Bangui und den Nordosten des Landes, wo Christen in großen Städten schikaniert und zur Flucht gezwungen werden.

Auftreten von Gewalt: Örtlichen Berichten zufolge wurden im Berichtszeitraum 13 Christen getötet. Außerdem kam es zu 16 Entführungen aus glaubensbezogenen Gründen. Die Angriffe durch Fulani Mbororo auf christliche Ortschaften im Nordosten, sowie die Belästigungen durch und Tötungen von Ex-Séléka, halten weiterhin an. Diese Angriffe wollen Angst unter den Christen streuen und sie so zwingen, diese Landstriche zu verlassen. Im Stadtgebiet PK5 in Bangui, sowie in anderen von Muslimen dominierten Regionen konnten ähnliche Dynamiken beobachtet werden.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

1. Der Konflikt der letzten Jahre hat die Beziehung zwischen Christen und Muslimen im Land grundlegend verändert. Sollten der Versöhnungsprozess und die Bemühungen, die Spirale von Straffreiheit zu beenden, keinen Erfolg haben, ist das Risiko enorm hoch, dass Polarisierung und Gewalt zwischen Muslimen und Christen in der ZAR andauern und den religiösen Konflikt vertiefen. Trotz der jüngsten Wahlen, von denen viele hofften, dass sie eine neue Chance der Versöhnung bringen würden, sind die Séléka Milizen nicht bereit, ihre Waffen niederzulegen. Die Gefahr eines Rückfalls in den gewalttätigen Konflikt mit religiösen Untertönen ist immer noch sehr groß. Die Kirche, der Staat und die Gesellschaft der ZAR durchleben eine traumatische Zeit. Obwohl Kirchenleiter der Großkirchen geschlossen die Gewalt der Anti-Balaka verurteilt haben, ist die Situation keinesfalls gelöst.
2. Die Interimsregierung hat mit einiger Verspätung schließlich Wahlen stattfinden lassen, die als ein wesentlicher Meilenstein im Übergangsprozess gedacht waren. In der Stichwahl im Februar 2016 gewann Faustin-Archange Touadera die Präsidentschaft. Auch wenn Präsident Touadera sich Frieden und Versöhnung ganz oben auf die Agenda seit seiner Amtseinführung geschrieben hat, gibt es immer noch starke Spannungen zwischen christlichen Gemeinschaften und muslimischen Milizen im Land. Um ihrer Unzufriedenheit über ihre Unterrepräsentation innerhalb der neuen Regierung Ausdruck zu verleihen, griffen die militanten Muslime zur Gewalt. Dies deutet an, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verschlechterung der Situation in der Zentralafrikanischen Republik kommen wird. Das würde zur Fortsetzung des religiösen Konflikts und der Gewalt führen, welche das Land für den größeren Teil des letzten Jahrzehnts verwüsten.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 35: Tadschikistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 58 Punkten steht Tadschikistan auf Platz 35 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Im Jahr 2016 nahm Tadschikistan mit ebenfalls 58 Punkten Rang 31 ein. Seit dem WVI 2015 hat sich die Gesamtwertung für Tadschikistan von einer Wertung von 50 Punkten beträchtlich erhöht, seitdem jedoch blieb das Niveau der Verfolgung mehr oder weniger konstant auf diesem höheren Stand. Vor den Parlamentswahlen im März 2015 galt Tadschikistan als schwacher und korrupter Staat, doch nun wurde alle Opposition ausgelöscht. Diese diktatorische Verschiebung wirkte sich auch auf die Kirche aus.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Christenverfolgung in Tadschikistan sind „Diktatorische Paranoia“ und in geringerem Maße auch „Islamische Unterdrückung“. Die Diktatorische Paranoia in Tadschikistan ist ein Produkt der kommunistischen Vergangenheit und aus der kommunistischen Unterdrückung entstanden.

Diktatorische Paranoia: Außerhalb der vom Staat genehmigten und beaufsichtigten Einrichtungen ist keine religiöse Aktivität erlaubt. 2015 erhöhten die Behörden den Druck noch weiter; es gab mehr Razzien bei Versammlungen und Gläubige wurden verhört. Es kommt sehr häufig vor, dass Mitglieder protestantischer Kirchen pauschal als Anhänger einer fremdartigen Sekte angesehen werden, deren einziges Ziel es ist, die bestehende Regierungsform auszuspionieren und zu zerstören. Aus dieser Perspektive müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern wenn nötig ausgerottet werden. Die Überwachung betrifft auch den Religionsunterricht, unabhängig davon, um welche Religion es geht.

Kommunistische Unterdrückung: Der Kommunismus ist das historische Fundament, auf dem das jetzige Regime basiert. Der Kommunismus hat zwar keine Bedeutung mehr für die ideologische Ausrichtung des Regimes, doch zahlreiche Kontrollsysteme und Mechanismen entstammen noch dem kommunistischen System.

Islamische Unterdrückung: Der Druck aus islamischen Kreisen richtet sich vor allem gegen Christen muslimischer Herkunft. Wenn Einheimische zum christlichen Glauben übertreten, sind sie starkem Druck bis hin zu physischer Gewalt von ihren Familien, Freunden und der örtlichen Gemeinschaft ausgesetzt, die sie zwingen wollen, wieder ihren alten Glauben anzunehmen. Einige Christen muslimischer Herkunft werden für lange Zeit eingesperrt und geschlagen. Örtliche Mullahs sprechen sich offen gegen die Christen aus, was zur Folge haben kann, dass diese aus der Gesellschaft verstoßen werden. Viele Christen muslimischer Herkunft halten deshalb ihren Glauben geheim.

Aktuelle Einflüsse

Tadschikistan ist das einzige zentralasiatische Land mit einer persischen Landessprache. Kulturell gesehen hat das Land größere Ähnlichkeit mit dem Iran und Afghanistan als andere zentralasiatische Länder. Tadschikistan ist eines der ärmsten Länder dieser Region. Es lebt sehr stark von den Geldüberweisungen der Arbeitsmigranten aus dem Ausland. Man geht davon aus, dass bis zu zwanzig Prozent der Bevölkerung in Russland oder Kasachstan arbeiten. Dies hat sowohl positive als auch negative Folgen. Auf der einen Seite stellen die Überweisungen der Arbeitsmigranten sicher, dass etwa sechzig Prozent der Bevölkerung mit diesem Geld ihren Alltag bewältigen können. Auf der anderen Seite stehen jedoch die enormen sozialen Auswirkungen – Familien werden auseinandergerissen und viele Kinder wachsen ohne männliche Verwandte auf.

Tadschikistans Grenze zu Afghanistan ist 1.200 km lang. Dies hat mehrere Auswirkungen: a) es gibt einen ausgedehnten Drogenhandel von Afghanistan über Tadschikistan in den Westen; b) Tadschiken (die auch in Afghanistan leben) sind in islamistische Kämpfe verwickelt; c) was auf der anderen Seite der Grenze passiert, hat große Auswirkungen auf Tadschikistan. Da die westlichen Truppen Afghanistan zunehmend verlassen, suchte Tadschikistan Hilfe bei Russland. Dafür hat das Land Militärstützpunkte als Gegenleistung für Grenzkontrollen durch russische Soldaten angeboten.

Am 1. März 2015 fanden in Tadschikistan Parlamentswahlen statt. Bis zu diesem Zeitpunkt war Tadschikistan das einzige Land in der Region, welches eine anerkannte Oppositionspartei hatte – eine religiös fundierte: die „Partei der islamischen Wiedergeburt Tadschikistans“. Schon bald nach den Wahlen, welche, wie erwartet, von Präsident Emomali Rahmon gewonnen wurden, traten markante Veränderungen im Land ein. Innerhalb weniger Monate wurde die Oppositionspartei verboten. Immer mehr restriktive Maßnahmen erfolgten – einschließlich im Bereich der Religion. Derzeit ist die Regierung Tadschikistans viel mehr auf einer Linie mit den anderen diktatorischen Regimen in Zentralasien.

Betroffene Kategorien von Christen

In Tadschikistan existieren alle vier Kategorien von Christen; sie sind in unterschiedlichem Ausmaß von Verfolgung betroffen.

Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Da die meisten dieser Gruppen nach innen ausgerichtet sind und sie sich folglich kaum an evangelistischen Aktivitäten beteiligen, erleben sie vonseiten der Behörden fast keine Schwierigkeiten.

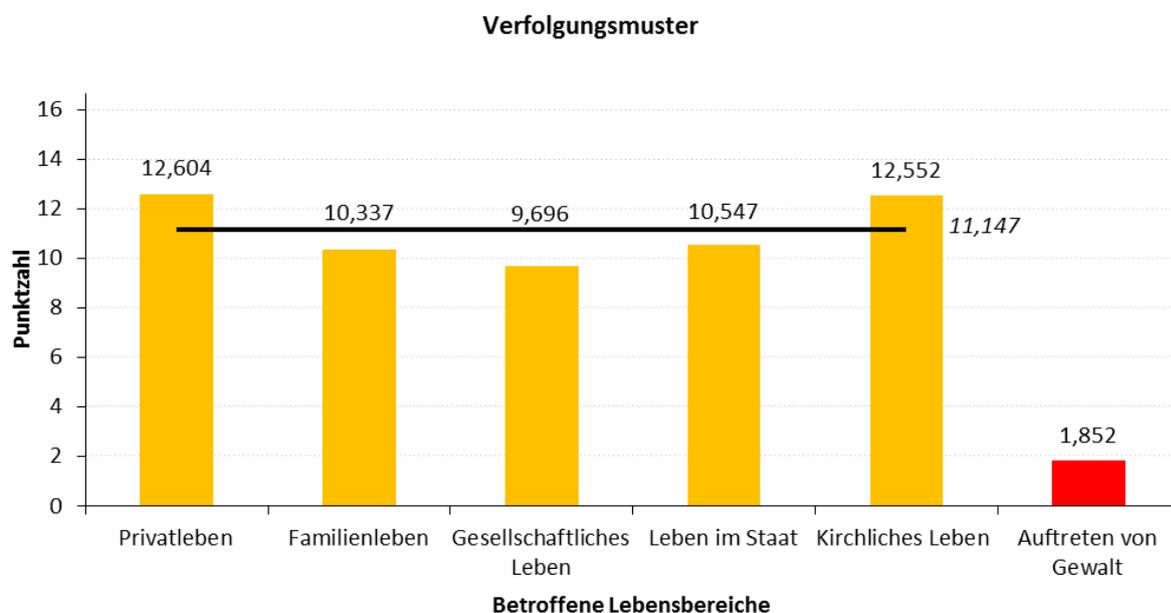
Christen aus traditionellen Kirchen: Sie verbreiten das Evangelium nicht unter Tadschiken, weshalb sie von der Regierung nicht als Gefahr betrachtet werden und in dieser Form weiter bestehen dürfen. Darüber hinaus hat die tadschikische Regierung kein Interesse daran, Russland zu provozieren, indem sie die Russisch-Orthodoxe Kirche angreift.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten): Christen muslimischer Herkunft bekommen die volle Wucht der Verfolgung in Tadschikistan zu spüren. Neben einigen staatlichen Restriktionen stehen sie zusätzlich unter enormem Druck vonseiten der Familie, ihrer Freunde und der Gesellschaft, wobei für sie der gesellschaftliche Druck wohl der schlimmste ist. Übertritte zum christlichen Glauben werden

als Verrat am Volk, am Staat und an der Religion der Väter angesehen und gelten zudem als Schande für die Familie.

Christen aus protestantischen Freikirchen (wie z.B. Baptisten, evangelikale und pfingstkirchliche Gemeinschaften): Nach Christen mit muslimischem Hintergrund ist diese Gruppe die am zweitmeisten verfolgte Gruppe von Christen (besonders, weil sie aktiv evangelisieren). Sie erleben häufig Razzien, Bedrohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen durch die Behörden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Tadschikistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Tadschikistan:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen hat ganz leicht abgenommen, von 11,337 (WVI 2016) auf 11,147.
- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen „Privatleben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“. Dies ist ein typisches Merkmal für einen Staat, in dem Diktatorische Paranoia die Haupttriebkraft der Verfolgung ist.
- Islamische Unterdrückung erzeugt derzeit hauptsächlich Druck im Privatleben, im Familienleben und im Gesellschaftlichen Leben und wird besonders auf Christen muslimischer Herkunft durch das soziale Umfeld ausgeübt.
- Der Wert für Gewalt gegen Christen ist auf niedrigem Niveau und ist von 0,926 (WVI 2016) auf 1,852 angestiegen.
- Im Allgemeinen gründet die Verfolgungssituation in Tadschikistan auf einer repressiven Regierung, die es darauf abgesehen hat, alle Lebensbereiche zu kontrollieren.

Privatleben: Ein Glaubenswechsel ist gesetzlich nicht verboten, trotzdem bleibt eine Bestrafung für Konvertiten meist nicht aus, besonders durch Familienmitglieder. Für Christen muslimischer Herkunft ist es äußerst riskant, Gottesdienste zu feiern. Es gibt Berichte über Konvertiten, die von ihren Familien stark verfolgt wurden und zur Aufgabe ihres christlichen Glaubens gezwungen wurden. Der Besitz christlicher Literatur und das Tragen christlicher Symbole sind vor allem für Christen muslimischer Herkunft riskant, die diese Dinge aus Angst vor Strafmaßnahmen ihrer Familien üblicherweise verstecken. Doch auch andere Christen bringen sich dadurch in Gefahr, da der Besitz christlicher Literatur und das Zeigen christlicher Symbole als Form der Evangelisation angesehen werden könnten. Konvertiten müssen auch bei der Nutzung von christlichem Radio, Fernsehen oder Webseiten große Vorsicht walten lassen, um nicht von ihren Familien, ihren Freunden oder ihrem sozialen Umfeld entdeckt zu werden. Christen muslimischer Herkunft, die mit Familienmitgliedern oder anderen Personen über ihren neuen Glauben sprechen, müssen befürchten, dass die Familie alles daran setzen wird (manchmal in Form von Hausarrest), den Konvertiten zum alten Glauben zurückzubringen.

Familienleben: Die Religionszugehörigkeit einer Person wird in offiziellen Dokumenten nicht registriert, doch gelegentlich behindern lokale Behörden (die von ortsansässigen Muslimen geführt werden) die Registrierung von Geburten, Hochzeiten oder Todesfällen von Christen muslimischer Herkunft. Auch verhindern muslimische Familien und Behörden Hochzeiten oder Taufen von Christen muslimischer Herkunft. Seit August 2011 ist jede religiöse Aktivität für Jugendliche unter 18 Jahren streng verboten. Christliche Jugendarbeit kann nur noch im Geheimen stattfinden, und es gab Razzien während Kinderfreizeiten im Sommer. Kinder und Teenager dürfen nicht zur Sonntagschule kommen oder am Religionsunterricht teilnehmen. Islamische Themen hingegen sind Teil des Lehrplans und alle Kinder sind verpflichtet, diesen Unterricht zu besuchen. Oft werden die Kinder von Christen in der Schule vor den anderen Kindern gedemütigt. In einigen Fällen wurden die Ehepartner der Konvertiten durch Drohungen zur Trennung gezwungen und Christen muslimischer Herkunft stehen in der Gefahr, ihr Erbrecht zu verlieren.

Gesellschaftliches Leben: Auf gesellschaftlicher Ebene werden Christen muslimischer Herkunft und Protestanten konstant überwacht. Christen muslimischer Herkunft stehen unter starkem Druck (durch Bedrohungen und Belästigungen), ihren neuen Glauben aufzugeben. Protestanten müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie evangelisieren oder ihnen wird Gewalt angedroht. Für Christen muslimischer Herkunft werden Hochzeiten von den Eltern arrangiert. Christliche Frauen muslimischer Herkunft werden immer wieder verschleppt und mit einem Muslim verheiratet. Sie alle stehen unter dem Druck, an islamischen Zeremonien und Festen teilnehmen zu müssen. Kinder von Christen muslimischer Herkunft stehen in der Schule gesellschaftlichem Druck gegenüber, da sie oft von ihren Lehrern und Mitschülern lächerlich gemacht werden. Christen, deren Glaube bekannt ist, haben geringere Karrieremöglichkeiten und eine Anstellung bei lokalen Behörden ist undenkbar. Lokale Einrichtungen und Behörden verhindern, dass Christen (und allen voran Christen muslimischer Herkunft) ein eigenes Geschäft betreiben können. Viele müssen in Tadschikistan Bestechungsgelder und Schutzgelder bezahlen, wobei dies nicht ausschließlich auf Christen zutrifft. Die lokalen Polizeibehörden verhören regelmäßig Christen.

Leben im Staat: Der Staat behauptet von sich selbst, ein säkularer Staat zu sein. Die Verfassung schützt zwar die Religionsfreiheit, doch in Wirklichkeit schränkt die Regierung mit ihrer Politik die Religionsfreiheit ein. Einige lokale und regionale Führungskräfte schaffen bürokratische Barrieren für Christen, welche die Registrierung von Kirchen beeinträchtigen können. Es gibt keine Alternative zum

obligatorischen Militärdienst, und wer ihn verweigert, wird inhaftiert. Ein im Juli 2012 erlassenes Gesetz verbietet es tadschikischen Bürgern, ins Ausland zu gehen, um dort eine religiöse Ausbildung zu erhalten, selbst zu unterrichten oder Beziehungen zu ausländischen religiösen Organisationen aufzubauen. Protestantischen Christen werden Posten im öffentlichen Dienst verweigert, da sie als ausländischer Einfluss angesehen werden, welcher die tadschikische Gesellschaft bedroht und dem man nicht trauen darf. Seit März 2015 wurden Restriktionsmaßnahmen gegen alle nichtstaatlichen Organisationen vorgenommen. Alle Tätigkeiten der Kirche in Bezug auf die Gemeindegarbeit, einschließlich von Jugendarbeit und der Veröffentlichung christlicher Literatur, wurden eingeschränkt und von der Regierung zensiert. Regierungsangestellte und alle Mitglieder der Gesellschaft können Christen belästigen, festnehmen oder verhören, ohne dafür strafrechtlich belangt zu werden. Christen werden vor Gericht ungerecht behandelt.

Kirchliches Leben: Alle christlichen Aktivitäten werden überwacht. Nur registrierte Gruppen dürfen überhaupt existieren, Gebäude besitzen, Versammlungen abhalten, religiöses Material besitzen etc.; ohne Registrierung gilt die Gruppe als illegal und wird polizeilich verfolgt. Eine Registrierung zu erwirken ist extrem schwierig. Oft werden Versammlungen von Christen durch Razzien gestört. Die Gesetze vom August 2011 verbieten jegliche Art von Jugendarbeit. Da ca. 50% aller Christen in Tadschikistan Jugendliche sind, hat dies weitreichende Konsequenzen. Der „Rat für religiöse Angelegenheiten“ muss alle Predigten sowie christliches Material genehmigen. Schulungen für religiöse Leiter können ebenfalls nur von registrierten Gruppen (von denen es nur sehr wenige gibt) durchgeführt werden. Manchmal können nicht-registrierte Gruppen solche Schulungen unter dem Schirm von registrierten Gruppen durchführen. Die Medien in Tadschikistan werden vom Staat kontrolliert und sind somit für Christen unzugänglich. Zugang zum Internet ist nur über staatliche Anbieter möglich. Die Regierung erlaubt Christen weder, ihre eigenen Schulen, Organisationen oder Einrichtungen zu gründen noch gemeinnützige, humanitäre, medizinische Vereine oder Kulturverbände zu eröffnen. Als Teil der von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen gegen die radikale Ausübung von Religion ist jeglicher Kontakt zu religiösen Gruppen im Ausland verboten.

Auftreten von Gewalt: Auf den ersten Blick scheint die Verfolgung in Tadschikistan nicht besonders gewalttätig zu sein, doch dies ist auf die geringe Größe der Kirche und die Angst der Christen zurückzuführen, Vorfälle zu melden. Fest steht, dass die Dunkelziffer der Vorfälle viel höher ist. Im Berichtszeitraum wurden mehr als zehn Christinnen muslimischer Herkunft sexuell belästigt, um sie damit unter Druck zu setzen, zum Islam zurückzukehren. Mindestens 15 Christinnen muslimischer Herkunft wurden gezwungen, Muslime zu heiraten. Mindestens zwei Christen wurden körperlich misshandelt. Mindestens zwei Christen wurden bedroht und mussten daher ihr Zuhause verlassen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Regierung übt starken Druck auf alle „von der Norm abweichenden“ Gruppen aus, Christen eingeschlossen. Indem die Regierung die bereits bestehenden Gesetze verschärft und diese strikt anwendet, übt sie zusätzlichen Druck auf die christliche Minderheit aus. Besonders das neue Jugendgesetz lässt Christen (und andere betroffene religiöse Minderheiten) in Unklarheit darüber, was erlaubt ist und was gegen das Gesetz verstößt. Das Regime wurde in jüngster Zeit immer mehr, wie auch andere repressive Regierungen in Zentralasien sind - das bedeutet, dass sich die Situation

für Christen wahrscheinlich in Zukunft sogar noch verschlimmern wird. Der Druck vonseiten des sozialen Umfelds (meist auf Christen muslimischer Herkunft) wird weiter anhalten.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 36: Algerien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 58 Punkten belegt Algerien Platz 36 auf dem Weltverfolgungsindex 2017. Das entspricht einem Anstieg um zwei Punkte gegenüber dem Jahr 2016 (56 Punkte, Platz 37). Der Druck auf die Christen im „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftlichem Leben“ ist im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Jedoch hat sich der Druck im Bereich „Kirchliches Leben“ und „Leben im Staat“ verstärkt. Das könnte an dem wachsenden Druck durch das islamistische (oder politisch-islamische) Lager liegen, besonders auf lokaler Ebene.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkkräfte der Verfolgung in Algerien sind „Islamische Unterdrückung“ und in geringerem Ausmaß „Diktatorische Paranoia“ (vermischt mit Islamische Unterdrückung) sowie „Organisiertes Verbrechen und Gewalt“.

Islamische Unterdrückung: Während der Islam in der Regierung Algeriens immer mehr an Einfluss gewinnt, wird die Freiheit der Christen immer weiter eingeschränkt. Zunehmender Druck auf Regierung und Gesellschaft seitens islamistischer Bewegungen, sowie der Druck von Familienmitgliedern auf Christen muslimischer Herkunft, erklären die Position Algeriens auf dem Weltverfolgungsindex. Vom „Arabischen Frühling“ in anderen nordafrikanischen Ländern ermutigt, haben islamistische Gruppen ihren Druck auf die Regierung, die bereits mit islamischen Parteien zusammenarbeitet, weiter verstärkt. Trotz dieser Zusammenarbeit ist die Islamische Heilsfront (FIS) immer noch verboten. Islamisten treten zunehmend in Erscheinung und beobachten die Aktivitäten der Christen und anderer nicht-muslimischer Minderheiten, wie die der kleinen Gemeinschaften der Juden und Bahai.

Diktatorische Paranoia: Diese Triebkraft muss aufgrund des autokratischen Regierungsstils von Präsident Bouteflika erwähnt werden, und ist ebenso ein ausschlaggebender Grund für die Einschränkungen der Christen.

Organisiertes Verbrechen und Gewalt: Militante islamistische Gruppierungen agieren besonders im Süden Algeriens und finanzieren sich durch Beteiligung am organisierten Verbrechen. Das wird für Christen ein Problem, da sie Opfer von Entführungen werden könnten.

Aktuelle Einflüsse

Algerien hatte früher ein säkulares, sozialistisches Regierungssystem. Im Zusammenhang mit dem wachsenden Einfluss des Islamismus in der Region wurde Algerien zunehmend zum Schauplatz gewaltsamer Übergriffe durch islamistische Bewegungen, insbesondere durch „Al Kaida im islamischen Maghreb“ (AQIM). Der alternde und ernsthaft erkrankte Präsident Abdelaziz Bouteflika hat derzeit zum vierten Mal das Präsidentschaftsamt inne. Militär und Sicherheitskräfte geben ihm vollen Rückhalt. Doch die Frage, wer sein Amtsnachfolger werden wird, bringt große Sorge mit sich. Algerien hat nicht nur durch das Erstarken islamistischer Gruppierungen in der Region ein wachsendes Sicherheitsproblem. Es hat auch ernsthafte wirtschaftliche Probleme durch sinkende Energiepreise auf dem internationalen Markt.

Große Proteste gegen das autoritäre Regime führten 2011 zur Aufhebung des 19 Jahre dauernden Ausnahmezustandes. Dieser wurde in den 1990er-Jahren von algerischen Behörden verhängt, um den beidseitig höchst brutal geführten Kampf gegen islamistische Rebellen erfolgreich zu beenden. Die Proteste, bei denen fünf Menschen getötet und über 800 verletzt worden waren, wurden infolge eines massiven Einschreitens der Polizei nach nur wenigen Monaten beendet. Anders als in Nachbarländern führten sie jedoch zu keinem Regimewechsel. Die Militärregierung unter Präsident Abdelaziz Bouteflika besteht nahezu unverändert weiter und wurde auch durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht geschwächt, sondern vielmehr als bedeutsames Symbol seiner Macht gewertet.

Christen in Algerien leben in einer unterdrückenden Umgebung, die ihnen den Genuss von Religionsfreiheit verwehrt. Sie werden sowohl vom Staat, als auch von der überwiegend muslimischen Bevölkerung auf unterschiedliche Art und Weise verfolgt. So dürfen Christen keine öffentlichen Gottesdienste abhalten, da der Staat allen Nicht-Muslimen verbietet, an religiösen Veranstaltungen teilzunehmen, die nicht genehmigt wurden. Außerdem wird es Christen schwer gemacht, eine staatliche Registrierung ihrer Gottesdienststätten oder eine Baugenehmigung ihrer Kirchen zu bekommen. Sie werden auch aufgrund von Gesetzen verfolgt, nach denen es bereits ein Verbrechen ist, einen Muslim dazu zu bewegen, sich von seinem Glauben abzuwenden. Diese nur vage formulierte Strafnorm gegen Missionierung wird auch dann gegen Christen angewandt, wenn sie gar nicht versucht haben, einen Muslim zum christlichen Glauben zu bekehren.

Betroffene Kategorien von Christen

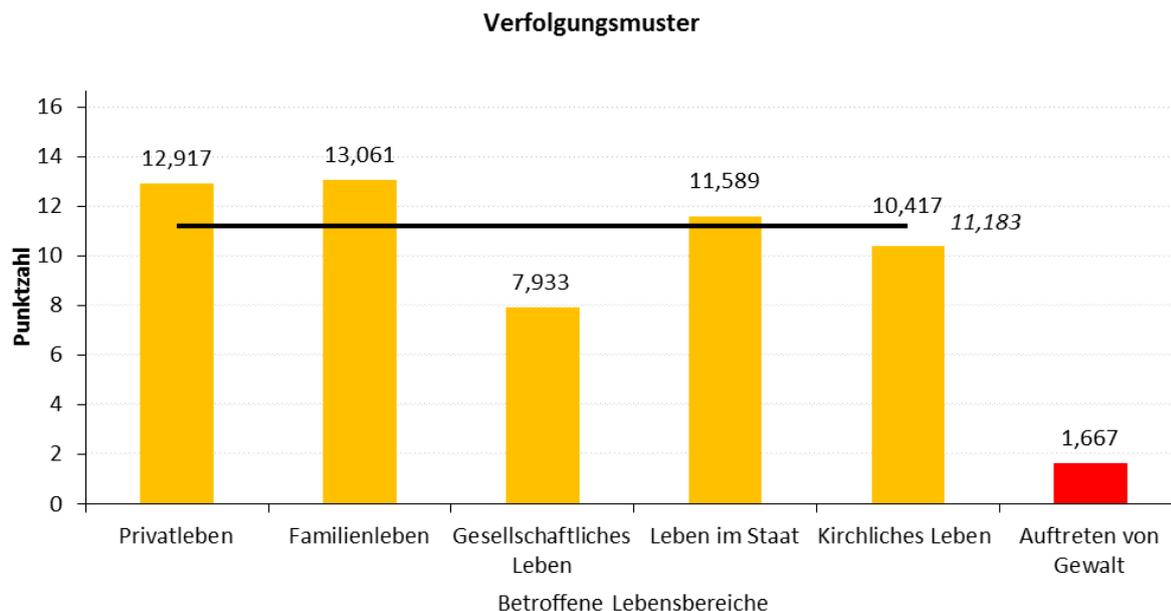
In Algerien leben vier Kategorien von Christen:

Christen aus traditionellen Kirchen, römisch-katholische und einige protestantische Kirchen unter dem Dachverband der EPA (Eglise protestante d'Algérie oder Algerische Protestantische Kirche). Diese Glaubensgemeinschaften dürfen bestehen, sofern sie registriert sind. Jedoch außerhalb ihrer Versammlungsstätten werden ihnen Beschränkungen auferlegt. Katholische Kirchen, z. B. die Kathedrale in Algier (dem Sitz des Erzbischofs), können Gottesdienste ohne staatliche Einmischung halten; ebenso auch in einer protestantischen Kirche.

Christen muslimischer Herkunft: Fast alle Christen Algeriens sind muslimischer Herkunft und werden verfolgt. Das Gesetz verbietet alle öffentlichen Versammlungen, bei denen ein anderer Glaube als der Islam praktiziert wird. In der Berber-Region gibt es eine große Anzahl an Treffen inoffizieller

Gruppen; Nicht-Muslime versammeln sich zum Gottesdienst meist in Privathäusern. Gemeindeleiter geben an, dass Christen konstant unter Druck gesetzt werden. Unabhängigen christlichen Gemeinden wird eine Registrierung häufig verwehrt. Die sehr junge algerische Kirche (sie besteht zumeist aus Christen der ersten Generation) ist in vielfältiger Form Diskriminierungen durch den Staat und Familienmitglieder ausgesetzt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Algerien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Algerien:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen ist auf einem sehr hohen Niveau (11,183 Punkte) und im Vergleich zum WVI 2016 leicht angestiegen (11,134 Punkte).
- Der Druck auf Christen ist am höchsten im Bereich „Familienleben“ (13,061) und im „Privatleben“ (12,917). Das spiegelt die Situation der ehemaligen Muslime wider, die unter der Verfolgungstriebkraft „Islamische Unterdrückung“ zu leiden haben.
- Die Wertung für „Auftreten von Gewalt“ ist niedrig, doch ist sie von 0,370 im letzten Jahr auf 1,667 angestiegen.
- Die allgemeine Verfolgungssituation wird von islamistischen Gruppierungen verstärkt, die auf Regierung und Gesellschaft zunehmend Druck ausüben. Dazu kommt der Druck, den Familienmitglieder auf ehemalige Muslime ausüben, die sich zu Jesus Christus bekehrt haben.

Privatleben: Es ist nicht verboten, zu einem anderen Glauben zu konvertieren (keine Straftat im Sinne des Glaubensabfalls), doch es ist gesetzlich verboten, einen Muslim zu einem anderen Glauben zu bekehren. Technisch gesehen wird daher die Person haftbar gemacht, die die Bekehrung zu einem

anderen Glauben herbeigeführt hat, nicht aber der Konvertit selbst. Das Hauptproblem dabei ist die Verfolgung innerhalb der Familie, die gefährliche Ausmaße annehmen kann. Kirchenleiter berichten, dass Christen muslimischer Herkunft (besonders Frauen) manchmal von ihren muslimischen Familien zu Hause eingesperrt werden. Sie dürfen keinerlei Kontakt zu anderen Christen haben, geschweige denn sich mit ihnen treffen. Ihnen werden Fernsehen und Radio verboten, da es christliche Sender gibt, die nach Algerien ausstrahlen. Im arabischen Teil des Landes ist die Verfolgung noch bedrohlicher und Christen muslimischen Hintergrunds laufen Gefahr, getötet zu werden. Vielen Gläubigen ist es nicht möglich, anderen Familienmitgliedern oder Gästen von ihrem Glauben zu berichten, oft sind sie häuslicher Gewalt schutzlos ausgesetzt.

Familienleben: Für die algerische Regierung ist jeder Bürger ein Muslim. Es gibt Fälle, in denen muslimische Dorfbewohner den Christen verwehrt haben, ihre verstorbenen Angehörigen zu beerdigen. Christliche Eheschließungen sind nur innerhalb der Kirche gültig, die Behörden registrieren diese Ehen als muslimisch.

Gesellschaftliches Leben: Algerische Christen reden meist nur von „Dorfbewohnern, die nicht mit uns sprechen“, wohingegen christliche Menschenrechtsorganisationen von regelmäßigen verbalen und körperlichen Angriffen berichten. Innerhalb des Berichtszeitraums wurden jedoch keine Drohungen gemeldet. Laut dem „Internationalen Bericht zur Religionsfreiheit“ der US-Regierung aus dem Jahr 2012 werden „Ausländer und Bürger, die eine andere Religion als den Islam praktizieren, im Allgemeinen toleriert. Jedoch haben einige Christen muslimischer Herkunft aus Sorge über ihre persönliche Sicherheit ihren Glauben verschwiegen.“ Die Regierung ist besonders beunruhigt über Berichte von Missionierungen in den konservativeren muslimischen Gemeinden, wie z.B. in Gebieten, die als Basis von extremistisch-islamischen Gruppierungen dienten, die im Bürgerkrieg (1991-1999) gegen die Regierung kämpften. Christen, die dort leben, müssen ihren Glauben geheim halten, weil sie sonst keinen Zutritt zur Universität erhalten und von Lehrern diskriminiert werden.

Leben im Staat: Die konsequente Umsetzung der strengen Verordnung 06-03 schränkt die Freiheit von Christen besonders ein. Das Gesetz, das den Gottesdienst nicht-muslimischer Religionen nur unter Auflagen erlaubt, wurde im Februar 2006 verabschiedet und trat im darauffolgenden September in Kraft. Die Einführung dieses Anti-Konversions-Gesetzes im Jahr 2006 war für die christliche Kirche Algeriens ein Wendepunkt und markierte einen Rückschritt für die Religionsfreiheit. Die Verordnung 06-03 verbietet jede Handlung, welche „einen Muslim zum Übertritt zu einer anderen Religion auffordert, nötigt oder entsprechende Verführungsmethoden einsetzt oder hierfür Unterrichts-, Bildungs-, Gesundheitseinrichtungen oder Einrichtungen gesellschaftlicher oder kultureller Natur oder Schulungsinstitutionen oder irgendeine andere Einrichtung oder finanzielle Mittel nutzt.“ Die Zuwiderhandlung wird mit zwei bis fünf Jahren Gefängnis und einem Bußgeld geahndet. Das Gesetz verbietet auch alle christlichen Veranstaltungen außerhalb eines staatlich anerkannten Kirchengebäudes. Seit November 2007 haben sich Maßnahmen gegen Kirchengemeinden und der Druck auf Christen beachtlich gesteigert. Zwischen November 2007 und Mai 2008 hat die Regierung 26 Kirchengemeinden geschlossen. 16 gehörten zur EPA (Protestantische Kirche von Algerien), 10 waren unabhängige Gemeinden, die auch heute noch geschlossen sind. Seit Januar 2008 wurden etwa fünfzehn Christen verhaftet und angeklagt. Einige von ihnen wurden zu Gefängnisstrafen und hohen Bußgeldern verurteilt. Ein besonders beunruhigender Aspekt der Verordnung 06-03 ist die vage Formulierung, die eine sehr willkürliche Auslegung und Anwendung ermöglicht. Im September 2016 wurde der vom Islam konvertierte Christ Slimane Bouhafis von einem algerischen Gericht wegen „Beleidigung des Islam“ zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Kirchliches Leben: Die Freude über die Registrierung der EPA (Protestantische Kirche Algeriens) im Jahr 2011, nach vielen Jahren vergeblichen Wartens, ist mittlerweile in Enttäuschung umgeschlagen. Die erhoffte größere Freiheit der örtlichen Gemeinden blieb aus; jede muss sich weiterhin einzeln registrieren lassen. Auf lokaler Ebene hat sich die Unterdrückung noch verstärkt und keine zur EPA gehörende Kirchengemeinde wurde registriert. Seit Inkrafttreten der Verordnung 06-03 im September 2006 wurde in Algerien keine neue Gemeinde registriert, sodass sich viele Christen weiterhin in inoffiziellen „Hauskirchen“ treffen, bei denen es sich meist um Privatwohnungen, manchmal auch um Geschäftsräume von Gemeindemitgliedern handelt. Rechtlich gesehen legt die Verordnung 06-03 fest, wie ein Kirchengebäude auszusehen hat. Die Versammlung in einem privaten Haus ist verboten. Ein Zuwiderhandeln kann mit bis zu drei Jahren Gefängnis und einem Bußgeld von 300.000 DA (3.000 Euro) bestraft werden. Momentan ist allerdings kein Christ aus diesem Grund im Gefängnis und sie treffen sich nach wie vor in ihren Häusern. Jedoch schwebt dieses Gesetz wie ein Damoklesschwert über ihnen.

Auftreten von Gewalt: Zwar wurden im Berichtszeitraum keine Christen getötet, doch vereinzelt wurden christliche Gemeinden und Medienorganisationen bedroht. Zeitungen druckten negative Artikel über Christen. Die Anzahl von gemeldeten Übergriffen bleibt gering. Polizeibeamte in Zivil wohnen den Gottesdiensten bei und treffen sie dort Gäste aus dem Ausland an, werden die Pastoren dazu befragt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

1. Sollte Präsident Bouteflika im Amt sterben (wovon viele Beobachter ausgehen), ist es sehr wahrscheinlich, dass unter dem Druck der jüngeren Generation, die sich nach Veränderungen sehnt, soziale Unruhen ausbrechen werden. Gelingt es den Islamisten, ähnlich wie in Tunesien und Ägypten, aus der gesellschaftlichen Unzufriedenheit Kapital zu schlagen, könnte es der christlichen Kirche weitaus schlechter gehen. Sicher ist, dass die islamische Militanz in Nordafrika an Einfluss gewinnt und der Tod Bouteflikas könnte die Gelegenheit der extremistischen Gruppierungen sein, den gegenwärtigen Zustand des Landes zu stören. Möglicherweise werden Militär und Sicherheitskräfte versuchen, sich dem in den Weg zu stellen und die Kontinuität des Landes zu sichern. Das wird besonders im Hinblick auf den wirtschaftlichen Druck und die Probleme des Landes keine leichte Aufgabe sein. Die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung durch hohe Arbeitslosigkeit, eine ernsthafte Wohnungsbaukrise und wegen des politischen Stillstands ist sehr groß.
2. Die Zukunft des Landes wird auch von Entwicklungen der Nachbarländer und der Region im Allgemeinen abhängen. Fest steht, dass die islamische Militanz in Nordafrika an Einfluss gewonnen hat, was für die Christen in der Region ein Grund zur Sorge ist. Dazu zählen die unaufhörlichen Versuche der extremistischen Muslime, Morde an Sicherheitskräften, Zivilisten und Christen mit ihrer Auslegung des Islam zu rechtfertigen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 37: Türkei

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 57 Punkten belegt die Türkei Platz 37 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Auf dem WVI 2016 nahm die Türkei mit 55 Punkten Platz 45 ein. Am 15. Juli 2016 veränderte sich die Situation des Landes dramatisch, als ein Staatsstreich gegen Präsident Erdogan fehlschlug. Die darauf folgende Reaktion der Regierung war so heftig, dass sich das Land nun zu einer Diktatur gewandelt hat, was Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft hat.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Christenverfolgung in der Türkei sind Islamische Unterdrückung und in geringerem Ausmaß Diktatorische Paranoia. Dabei gilt es zu beachten, dass der Islamische Extremismus mit stark ausgeprägtem religiös motiviertem Nationalismus vermischt ist. Die Türkei ist der einzige muslimische Staat, in dem Nationalismus eine derart zentrale Rolle spielt.

Islamische Unterdrückung: Von den Auswirkungen eines heftigen, fanatischen Nationalismus sind alle Christen in der Türkei betroffen. Christen muslimischer Herkunft sind dem größten Druck ausgesetzt. Familie, Freunde und die Gesellschaft üben häufig starken Druck auf christliche Konvertiten aus, zum Islam – der Religion der Väter – zurückzukehren. Nach allgemeiner Ansicht wird ein wahrer Türke als Muslim geboren, was auch im Personalausweis jedes türkischen Bürgers festgehalten wird. Ein Glaubenswechsel stellt daher nicht allein eine Verletzung der Familienehre dar, sondern wird auch als Beleidigung der türkischen Identität gesehen. Dies kann zu Gerichtsverhandlungen und Gefängnisstrafen führen. Die gefährliche Mischung von Islamisierung und Nationalismus betrifft auch Christen nicht-muslimischer Herkunft, die meist ethnischen Minderheiten (wie Griechen, Armenier und Syrer) angehören. Sie werden kaum als vollwertige Mitglieder der türkischen Gesellschaft wahrgenommen und erfahren verschiedene Arten von Behinderungen in rechtlichen Belangen und bei bürokratischen Angelegenheiten.

Diktatorische Paranoia: Nach dem fehlgeschlagenen Staatsstreich im Juli 2016 hat Präsident Erdogans Regierung die demokratische Maske fallenlassen und schränkt nun offen die Freiheiten der türkischen Gesellschaft ein. Die Medien wurden eingeschränkt und alle Formen von Opposition werden gnadenlos verfolgt. Das Regime hat den sunnitischen Islam zur religiösen Norm des Landes erklärt, was Christen noch stärker an den Rand drängt.

Aktuelle Einflüsse

Vor dem 15. Juli 2016 konnten drei Haupttrends in der Türkei beobachtet werden: der wachsende Einfluss des extremistischen Islam, der ethnische Konflikt zwischen Türken und Kurden und die politische Abkehr von der Demokratie. Jeder dieser miteinander verbundenen Trends betraf auch die

Kirche. Am 15. Juli 2016 veränderte sich die Situation des Landes dramatisch, als ein Staatsstreich gegen Präsident Erdogan fehlschlug. Die darauf folgende Reaktion der Regierung war so heftig, dass sich das Land nun zu einer Diktatur gewandelt hat, was Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft hat.

Der wachsende Einfluss des extremistischen Islam

Es ist kein Geheimnis, dass Präsident Erdogan die Türkei von einem säkularen in einen sunnitisch-muslimischen Staat umwandeln möchte. Bisher geschahen dahingehende Veränderungen in kleinen Schritten. Obwohl Präsident Erdogan und seine Unterstützer konservative Muslime sind, schien es anfangs keine Verbindungen zu extremistisch-islamischen Gruppierungen zu geben. Im Laufe der vergangenen Jahre tauchten jedoch wiederholt Verbindungen zwischen dem sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) und der türkischen Regierung auf. Dem türkischen Geheimdienst MIT wurde sogar vorgeworfen, den IS mit Waffen zu beliefern. Die jüngsten Angriffe der türkischen Armee in Syrien und dem Irak richteten sich zwar offiziell gegen den IS, in Wirklichkeit wurden aber vor allem gezielt kurdische Truppen angegriffen. Andererseits veröffentlichten türkische Medien Berichte über Zellen des IS, die in praktisch allen größeren türkischen Städten operieren.

Der ethnische Konflikt zwischen Kurden und Türken

Der Anschlag in der Stadt Suruç im Juli 2015 bedeutete das Ende des Friedensprozesses mit den Kurden, der seit den 1990er Jahren in Gang war. Das erneute Aufleben des Bürgerkriegs im Südosten des Landes führte auch zu einer weiterhin steigenden Zahl an Opfern. Der latente Nationalismus, der immer schon einen entscheidenden Faktor in der Türkei darstellte, flammte neu auf, was alle Minderheiten (religiöse wie ethnische) zu spüren bekamen. Griechische, armenische und syrische Christen gerieten dadurch unter Druck. Christen mit ethnisch-türkischem Hintergrund erhielten Morddrohungen.

Grundlegende Veränderungen in der politischen Landschaft

Die wichtigste politische Partei der Türkei ist Präsident Erdogans AKP. Sie strebt an, das Land entgegen seines derzeit noch säkularen Charakters wieder zu islamisieren, der in den 1920er Jahren von Kemal Atatürk durchgesetzt wurde. Die Atmosphäre um die Parlamentswahlen am 1. November 2015 war spannungsgeladen und polarisierend. Aus den Wahlen ging die AKP als Sieger hervor und verfügt seitdem über eine Mehrheit im Parlament. Sofort nach dem Wahlsieg kündigten Erdogan und die AKP eine Verfassungsänderung an, um eine Präsidialherrschaft zu etablieren. Diese Verfassungsänderung wurde bislang nicht umgesetzt. Am 15. Juli 2016 kam es zu einem Staatsstreich gegen Präsident Erdogan, der jedoch scheiterte. Die Regierung schlug hart zurück. Der islamische Prediger und ehemalige Verbündete des Präsidenten, Fethullah Gülen (im selbst gewählten Exil in den USA), wurde beschuldigt, hinter dem Staatsstreich zu stehen. Zehntausende Soldaten, Polizeikräfte, Richter, Politiker, Journalisten, Lehrer, Imame, etc. wurden wegen mutmaßlicher Unterstützung Gülens festgenommen. Nationalistische Tendenzen hatten bereits zuvor eine wichtige Rolle in der Türkei gespielt, nahmen nun jedoch eine ganz neue Dimension an. Minderheiten sind dadurch steigendem Druck ausgesetzt.

Betroffene Kategorien von Christen

In der Türkei leben alle im Weltverfolgungsindex definierten Kategorien von Christen, und alle erfahren Verfolgung in unterschiedlicher Intensität.

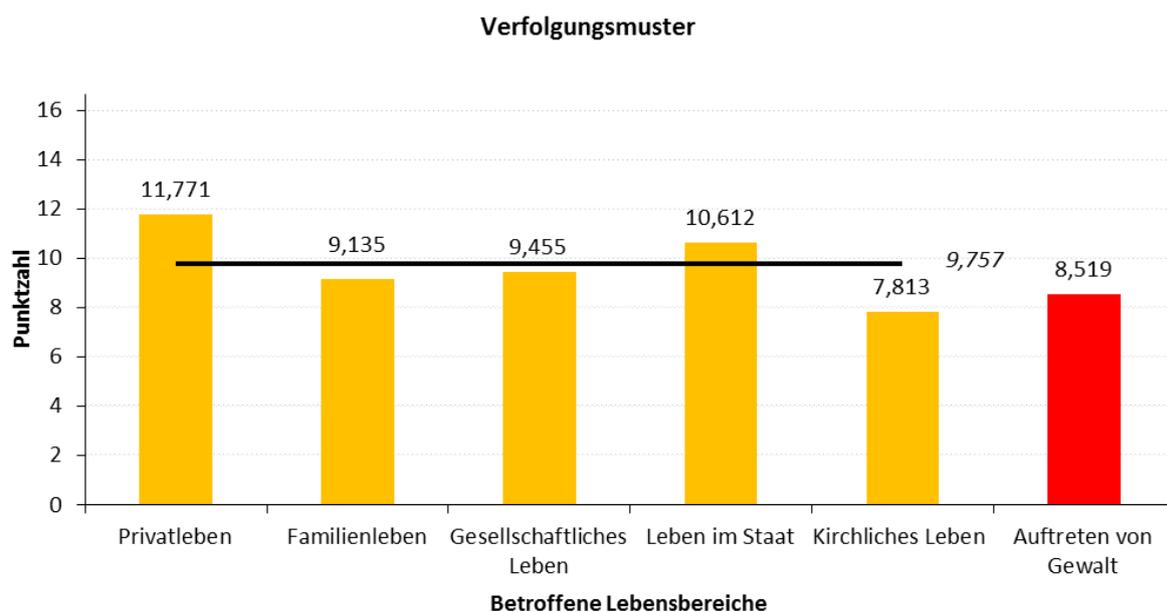
Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Christen dieser Gruppe befinden sich hauptsächlich in großen Städten. Dazu gehören eritreische, äthiopische, irakische, iranische, ägyptische, afghanische und nordafrikanische Gemeinschaften, von denen viele ohne Visa in die Türkei einreisen können. Die Gemeinden sind nicht registriert oder anerkannt, können sich aber meist ungestört treffen, solange keine türkischen Bürger unter den Teilnehmern sind.

Christen aus traditionellen Kirchen: Diese Gruppe besteht aus armenischen, griechischen, assyrischen, syrisch-orthodoxen und katholischen Kirchen, die alle überwacht werden und Einschränkungen vonseiten der Regierung erfahren. Ihre Mitglieder werden als „fremd“ angesehen, sowohl seitens der Behörden als auch in der Wahrnehmung der Allgemeinheit.

Christen muslimischer Herkunft: Diese Gruppe ehemaliger Muslime trägt die Hauptlast der Verfolgung in der Türkei. Druck wird von der Familie, Freunden, Gemeinschaft und sogar den lokalen Behörden ausgeübt. Sie werden auch als Verräter der türkischen Identität gesehen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Zu ihnen zählen unter anderem evangelikale, Baptisten- und Pfingstgemeinden. Diese meist kleinen Gruppen haben Schwierigkeiten überhaupt zu bestehen, Viele von ihnen treffen sich daher in ihren Häusern, was zu Widerstand vonseiten der Nachbarn führen kann.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Türkei

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Türkei:

- Im Berichtszeitraum ist der Druck auf Christen in allen Lebensbereichen außer im Bereich Kirchliches Leben gestiegen. Durch den Rückgang im Bereich Kirchliches Leben ist der Durchschnittswert für den Druck von 9,930 (WVI 2016) auf 9,757 gefallen.
- Der stärksten herrscht in den Bereichen Privatleben, Leben im Staat und Gesellschaftliches Leben; dies ist charakteristisch für eine Situation, in der religiös motivierter Nationalismus eine treibende Kraft hinter der Verfolgung ist.
- Die Triebkraft Islamische Unterdrückung wirkt sich vor allem auf die Bereiche Privatleben, Familienleben sowie Gesellschaftliches Leben aus und zielt besonders auf Christen muslimischer Herkunft. Diktatorische Paranoia hingegen – die Triebkraft, die auf die autoritäre Regierung zurückzuführen ist – trifft alle Christen, vor allem in den Bereichen Privatleben, Leben im Staat und Kirchliches Leben.
- Die Anzahl der registrierten gewaltsamen Übergriffe ist von 5,185 (WVI 2016) auf 8,519 Punkte drastisch angestiegen. Dies ist vor allem auf den zunehmenden Nationalismus zurückzuführen.
- Die Gesamtsituation der Verfolgung spiegelt das ungewöhnliche Zusammenwirken von wachsendem Nationalismus mit der zunehmenden Islamisierung in der türkischen Gesellschaft wider.

Privatleben: Das türkische Gesetz verbietet Glaubenswechsel nicht. Die sozialen und familiären Auswirkungen, wenn jemand vom Islam zum Christentum oder von einer christlichen Denomination zu einer anderen konvertiert, sind jedoch beträchtlich. Dies führt manche Christen dazu, ein Doppelleben zu führen und ihren neuen Glauben zu verbergen. Christen muslimischer Herkunft, die ihre Identität vor ihrer Familie verheimlichen, können nur heimlich beten und müssen ihre Bibel, christliche Literatur, christliches Fernsehen und Webseiten verstecken. Auch haben diese Christen oft zu große Angst, um sich mit Glaubensgeschwistern zu treffen. Die Hinwendung zum christlichen Glauben gilt weithin als inakzeptabel. Gerade in konservativen Familien haben es christliche Konvertiten – besonders Frauen – sehr schwer, ihren Glauben offen zu leben. Christen muslimischer Herkunft werden streng von ihrer Familie und Nachbarschaft überwacht und manchmal sogar von ihren Familien unter Hausarrest gestellt, um sie zu zwingen, ihren neuen Glauben zu widerrufen.

Familienleben: Obwohl Christen muslimischer Herkunft die Religionszugehörigkeit auf ihrem Personalausweis ändern können, ist dies oft ein schwieriger und anstrengender Prozess. Ist im Ausweis noch „Muslim“ eingetragen, werden die Kinder dieser Christen gezwungen, in den Schulen Islamkurse zu besuchen. Sofern die Eltern ihre Religionszugehörigkeit nicht offiziell ändern lassen, werden die Kinder automatisch als sunnitische Muslime registriert. Konvertiten kann bei der Entdeckung ihres Glaubenswechsels Scheidung und Enterbung drohen. Eine christliche Trauung durchzuführen, kann sich als sehr schwierig herausstellen. Christen muslimischer Herkunft erfahren manchmal auch Probleme bei Begräbnissen. Sie werden vor die Wahl gestellt, entweder islamischen Riten zu folgen oder kein offizielles Begräbnis zu erhalten. Kinder von Christen, besonders von Konvertiten, werden oft schikaniert, entweder aufgrund der religiösen Intoleranz oder eines übersteigerten Nationalismus seitens der Gesellschaft. Ehepartner von christlichen Konvertiten werden manchmal unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen.

Gesellschaftliches Leben: Christen muslimischer Herkunft werden vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft stark unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben. Der schulische Lehrplan enthält Islamkurse für alle Schüler, auch wenn es nicht-muslimischen offen steht, sich davon befreien zu lassen. Berichten zufolge werden jedoch immer wieder Schüler, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, durch Lehrer diskriminiert. In ländlichen Gebieten erfahren christliche Schüler regelmäßig Diskriminierung durch Lehrer und Mitschüler. Außerdem gibt es Beschwerden über die abfällige Darstellung von Minderheiten in Lehrbüchern. Christen, die an türkischen Universitäten studieren, erhalten keinen Zugang zu höheren Positionen oder gar eine Professur. Darüber hinaus haben Christen keinen Zugang zu staatlichen Anstellungen und sind auch am privaten Arbeitsmarkt Diskriminierung ausgesetzt, vor allem, wenn ihr Arbeitgeber Beziehungen zur Regierung hat. Da die Religionszugehörigkeit auf jedem Ausweis festgehalten wird, ist es sehr leicht, christliche Antragssteller zu identifizieren. Christen sind in der Türkei eine Randgruppe – eine Quelle ging sogar so weit zu sagen, dass sie faktisch „Dhimmi“-Status haben (Dhimmis sind „Schutzbefohlene“ des Islam mit eingeschränkten Rechten).

Leben im Staat: Die türkische Verfassung handhabt die Rechte religiöser Minderheiten sehr restriktiv. Die Änderung der Religionszugehörigkeit im Ausweis ist ein schwieriger Prozess, der sich im Fall eines erfolgreichen Ausganges häufig als Quelle weiterer Diskriminierung erweist. Christen muslimischer Herkunft, vor allem jene, die im Südosten des Landes als Gemeindeleiter tätig sind, werden manchmal aufgrund ihres christlichen Glaubens von Polizei und Sicherheitskräften respektlos behandelt. Baugenehmigungen für eine Kirche oder die Lizenz für das Abhalten religiöser Zusammenkünfte sind oft nur sehr schwierig zu erhalten. Unter den Parlamentsabgeordneten sind lediglich vier Christen. Der Zugang zu Arbeitsstellen im öffentlichen Sektor, dem staatlichen Sicherheitsapparat und bei der Polizei wird Christen generell verwehrt. Auch ein Aufstieg im Militär ist trotz der allgemeinen Wehrpflicht nicht möglich. Der zunehmende Nationalismus verursachte zudem Schwierigkeiten für nicht-muslimische Geschäftsinhaber. Lokale Medien und vor allem Kolumnisten sind Christen gegenüber voreingenommen. Es gab mehrere Berichte von Intoleranz, Fanatismus und durch religiösen Hass motivierten Verbrechen gegen türkisch-protestantische Gemeinden, wie zum Beispiel versuchte Brandstiftung und Drohungen. Auch gibt es Bedenken hinsichtlich der Unparteilichkeit der Justiz in Fällen, welche die christliche Minderheit betreffen.

Kirchliches Leben: Es ist nahezu unmöglich, eine neue Kirche zu registrieren, auch wenn sich kleinere Gemeinden als Verein registrieren lassen können. Der türkische Geheimdienst (MIT) beobachtet diese christlichen Gruppen und ihre Aktivitäten sehr genau. Es war unmöglich, eine offizielle Genehmigung für die Reparatur oder Renovierung von Kirchengebäuden zu erhalten. Kirchengebäude, Seminare und Schulen, die in der Vergangenheit konfisziert wurden (wie in Diyarbakir im April 2016), werden nicht wieder zurückgegeben. Aktivitäten außerhalb der Kirche zu organisieren, gilt als evangelistische Tätigkeit und wird daher von lokalen Behörden und der Gesellschaft verhindert. Christen muslimischer Herkunft in Gemeinden zu integrieren, wird vor allem durch die Gesellschaft erschwert. Ein Wechsel von Leitern der griechisch-orthodoxen und armenisch-apostolischen Kirche muss vom Staat genehmigt werden, obwohl sie Leiter von Gemeinschaften sind, die laut Gesetz gar nicht existieren, genauso wenig wie ihre Amtspositionen. Die Ausbildung christlicher Leiter ist vom Gesetz her nicht möglich. Es gibt christliche Materialien in türkischer Sprache, aber ihre Verteilung ist äußerst riskant, da dies sofort mit Evangelisierung in Verbindung gebracht wird. Der Aufbau von Stiftungen, die neue religiöse Gemeinden unterstützen wollen, ist gemäß Artikel 101 des Türkischen Bürgerlichen Gesetzbuchs verboten. Manchmal wird ausländischen

christlichen Arbeitern die Erneuerung ihres Visums oder ihrer Aufenthaltserlaubnis ohne Begründung verweigert.

Auftreten von Gewalt: Im Berichtszeitraum wurden zehn Kirchen beschlagnahmt, geschlossen oder attackiert. Ein syrischer Christ wurde entführt (aber bald danach wieder befreit). Der wachsende Konflikt mit den bewaffneten kurdischen Einheiten sowie der fehlgeschlagene Staatsstreich führten zu Reaktionen, durch die dutzende Christen gezwungen wurden, ihre Häuser zu verlassen; manche flohen sogar aus dem Land.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Nach dem fehlgeschlagenen Staatsstreich im Juli 2016 haben sich die Situation in der Türkei dramatisch verändert. Die Regierung nimmt immer mehr diktatorische Züge an, Nationalismus wie auch Islamismus sind auf dem Vormarsch. Der Kampf gegen die militante kurdische Minderheit wurde verstärkt. Auf dem internationalen Parkett begann die Türkei mit größerer Bestimmtheit aufzutreten und engagierte sich militärisch in Syrien und dem Irak (wobei sie hauptsächlich kurdische Streitkräfte angriff). Als Folge der neuen, strikten Politik der Regierung stieg auch die Intoleranz gegen all jene, die sich nicht auf Erdogans Seite schlagen. Die winzige christliche Minderheit erfährt – ähnlich wie die meisten Nicht-Sunniten – wachsenden Druck, der sich auch zunehmend in gewalttätigen Übergriffen äußert. Dieser Trend wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach fortsetzen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 38: Kuwait

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 57 Punkten belegt Kuwait Platz 38 auf dem Weltverfolgungsindex 2017. Das entspricht einem Anstieg um einen Punkt gegenüber dem Jahr 2016 (56), als Kuwait Rang 41 einnahm. In den letzten Jahren hat die Verfolgung hauptsächlich aus zwei Gründen langsam zugenommen: 1.) Regional: Der Islamische Staat (IS) übt einen starken Einfluss auf die Gesellschaft aus und drängt sie in eine extremistische Richtung. Das schafft Angst unter den Christen. Im Jahr 2015 fanden die Sicherheitskräfte des Landes heraus, dass der IS ein Netzwerk im Land errichtet hatte. 2.) Regierung: Um die Bevölkerung, die einer extremen islamischen Ideologie ausgesetzt ist, unter Kontrolle zu halten, hat die kuwaitische Regierung sich dazu entschieden, autoritärer zu werden. Dies brachte starke Einschränkungen für Christen im Bereich der Vereinigungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit und der Religionsfreiheit mit sich.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung in Kuwait sind „Islamische Unterdrückung“ und in geringerem Ausmaß „Diktatorische Paranoia“.

Islamische Unterdrückung: Wie in vielen Ländern der Region ist Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft hinter der Verfolgung von Christen in Kuwait. Sie wirkt sowohl auf der nationalen wie auch auf der lokalen gesellschaftlichen Ebene. Zudem ist es wichtig, den Kontext zu beachten: Die gesamte Region befindet sich im Chaos und dadurch ist die Gesellschaft generell sehr konservativ geworden. Kuwaits Gesetze und seine Verfassung bestätigen diesen konservativen Charakter der Gesellschaft. Laut Verfassung ist der Islam die Staatsreligion und das islamische Recht (Scharia) ist eine wichtige Quelle der Gesetzgebung. Die Regierung schreibt den islamischen Religionsunterricht für alle Schüler in staatlichen und privaten Schulen vor. Den christlichen Glauben zu unterrichten, ist verboten, selbst für rechtlich anerkannte christliche Gruppen. In der Vergangenheit war eine beträchtliche Anzahl von Kuwaitis gegenüber nicht-muslimischen Einwohnern tolerant eingestellt; aufgrund des wachsenden Einflusses extremistischer Muslime, die keine Christen im Land haben wollen, hat sich dies jedoch merklich geändert. Diese negative Entwicklung wird durch den Aufstieg des Islamischen Staates in der Region verstärkt, der in bedeutenden sunnitischen Kreisen auf starke Resonanz stieß. Im Irak und in Syrien kämpften kuwaitische Bürger an der Seite des IS.

Diktatorische Paranoia: Die Regierung Kuwaits ist immer noch in vielen Dingen sehr restriktiv. Das Land wird von einer königlichen Familie regiert, die bei vielen Gelegenheiten den Willen des Parlaments missachtet hat. Hinter den meisten der Einschränkungen durch die Regierung steht Diktatorische Paranoia, da der Regent des Landes nicht will, dass irgendeine organisierte Gruppe seine Macht bedroht: Alle politischen Parteien sind verboten. Die Meinungsfreiheit, die

Pressefreiheit und die Vereinigungsfreiheit sind ebenfalls eingeschränkt. Eine Kirche registrieren zu lassen, ist eine sehr komplizierte und langwierige Prozedur.

Aktuelle Einflüsse

Bevölkerung und Wirtschaft: Obwohl Kuwait eine der kleinsten Länder im Nahen Osten ist, hat es eine starke, auf Ölexport basierende Wirtschaft und ist eines der reichsten Länder der arabischen Welt. Von den ungefähr vier Millionen Einwohnern sind mehr als die Hälfte Einwanderer. Die Wirtschaft ist relativ offen, mit Erdölreserven von Milliarden von Barrels – mehr als 6 % der weltweiten Vorkommen.

Regierung: Die Regierung Kuwaits ist in vielen Aspekten nicht demokratisch und um an der Macht zu bleiben, bedient sie sich verschiedenster Mittel. Die Regierung hat durch die traditionelle, konservative Stammesgesellschaft des Landes sehr erfolgreich liberale und linksorientierte Gruppen ausgeschaltet. Davon wurden auch andere religiöse Minderheiten schwer in Mitleidenschaft gezogen. Kuwait hat einige der maßgeblichen UN-Menschenrechtskonventionen akzeptiert: u. a. das Abkommen zu zivilen und politischen Rechten (1996) und das Abkommen zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten (1996). Allerdings wurde die Regierung dafür kritisiert, dass es ihr nicht gelungen ist, die in diesen Menschenrechtsabkommen verankerten Richtlinien einzuhalten – einer dieser Grundsätze ist Religionsfreiheit. Im Jahr 2016 bewertete Freedom House das Land als „teilweise frei“.

Gesellschaft: Die Gesellschaft Kuwaits ist konservativ. Das Gesetz der Scharia schreibt ein großes Spektrum an Regeln für das Privatleben, das Familienleben und das gesellschaftliche Leben vor. Für Kuwaitis ist die Idee nicht nachvollziehbar, dass die Religion vom gesellschaftlichen und politischen Leben getrennt sein könnte. Die Verfassung ist hinsichtlich der Religionsfreiheit voller Widersprüche: Auf der einen Seite sichert sie Religionsfreiheit zu, auf der anderen Seite verlangt sie, dass die Ausübung der Religion nicht die etablierten Bräuche, die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Moral verletzen dürfe.

Betroffene Kategorien von Christen

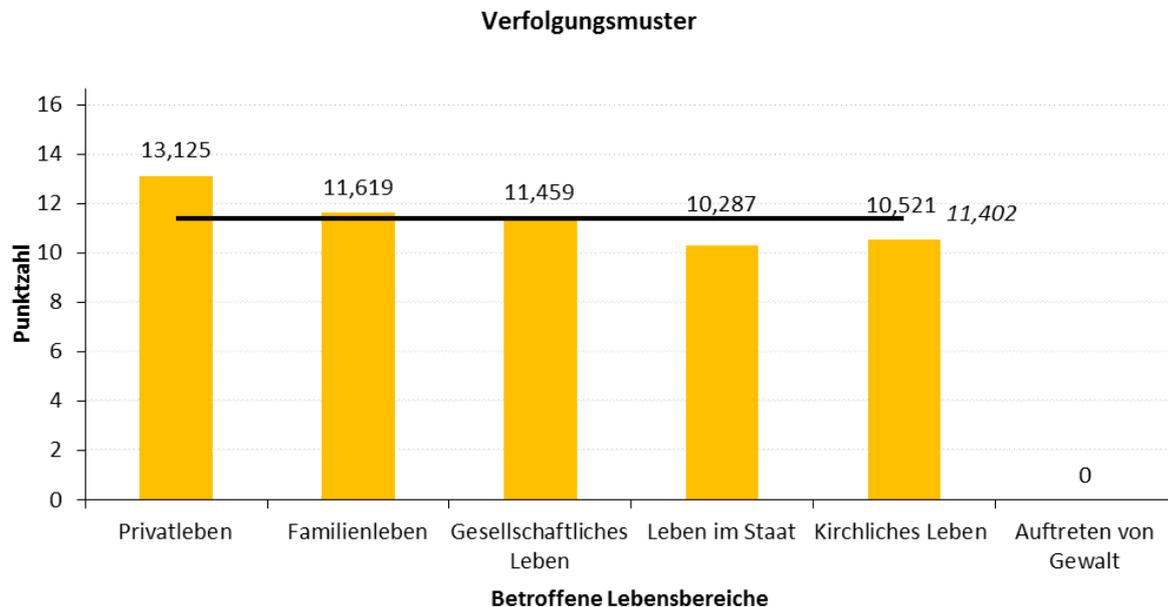
Von den vier Kategorien von Christen des Weltverfolgungsindex gibt es in Kuwait zwei:

Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Der World Christian Database zufolge (laut Schätzung aus dem Oktober 2016) gibt es 349.000 Christen in Kuwait und die meisten von ihnen sind Ausländer oder Arbeitsmigranten. Ausländische Christen sind relativ frei, informell Gottesdienste zu feiern. Dennoch sind die bestehenden Gottesdiensträume sehr klein für die Anzahl derer, die sich dort versammeln. Die extremen Schwierigkeiten bei der Erlangung von Grundstücken zur Versammlung zu Gottesdiensten ist eine zusätzliche Last.

Christen muslimischer Herkunft: Christen mit muslimischem Hintergrund stehen vielen einschüchternden Herausforderungen gegenüber. Sie riskieren Diskriminierung, Belästigungen, die Überwachung ihrer Aktivitäten durch die Polizei und alle Arten von Einschüchterungen durch Bürgerwehren. Darüber hinaus ist ein Glaubenswechsel (weg vom Islam) offiziell nicht anerkannt und führt sehr wahrscheinlich zu rechtlichen Problemen beim persönlichen Status und bei

Besitzangelegenheiten. Für Christen muslimischer Herkunft sind die Hauptverfolger die Familie, Menschen in ihrem Umfeld, radikale Muslime und, in geringerem Maße, die Behörden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kuwait

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Kuwait:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist sehr hoch; die Punktzahl stieg von 11,102 auf dem Weltverfolgungsindex 2016 auf 11,402 Punkte an.
- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“, die alle eine hohe Punktzahl erreichten. Dies ist typisch für eine Situation, in der Islamische Unterdrückung die Triebkraft der Verfolgung ist.
- Wie im Weltverfolgungsindex 2016 bleibt der Punktwert für physische Gewalt bei 0.
- Die Verfolgung in Kuwait wird durch eine Gesellschaft und Regierung vorangetrieben, die mehr und mehr von extremistischen islamischen Bewegungen beeinflusst wird.

Privatleben: In einer sehr konservativen Gesellschaft, die das Verlassen des Islam als einen Verrat an den Familienwerten betrachtet, ist eine Konversion zum christlichen Glauben hin immer schwierig. Obwohl das Gesetz den Glaubenswechsel formell nicht verbietet, legen sowohl die Gesellschaft als auch die Regierung denjenigen, die konvertieren möchten, Steine in den Weg. Zum Beispiel werden sie kein offizielles Dokument bekommen, in dem ihr neuer Glaube verzeichnet ist. Es gibt Gesetze gegen Missionierung, die von der Regierung auch durchgesetzt werden. So hat die Regierung nicht-muslimischen Missionaren verboten, im Land zu arbeiten und Muslime zu bekehren. Christen

muslimischer Herkunft, die mit ihren (Kern- und erweiterten) Familien zusammenleben, können in Schwierigkeiten kommen, wenn sie Jesus anbeten und bei ihnen christliches Material gefunden wird.

Familienleben: Besonders für Christen muslimischer Herkunft ist es sehr herausfordernd, als christliche Familie zu leben. Verstorbene Christen mit muslimischem Hintergrund werden oft nach islamischem Ritus auf muslimischen Friedhöfen begraben und es gibt nur sehr wenige Anlagen für Ausländer. Taufen müssen sehr diskret durchgeführt werden, da öffentliche Taufen schwere Beschimpfungen und Belästigungen sowohl vonseiten der Familie als auch des gesellschaftlichen Umfelds, wie auch Menschen des Umfeldes nach sich ziehen können. Das Gesetz schränkt auch ein, wer wen heiraten sollte – eine Muslima darf/sollte keinen Nicht-Muslimen nicht heiraten, solange er nicht zum Islam konvertiert. Diese Gesetze haben bedeutende Auswirkungen auf Fragen des Sorgerechts und von Erbschaften.

Gesellschaftliches Leben: In kuwaitischen Gemeinschaften werden Christen als Bürger zweiter Klasse, Fremde und Ungläubige angesehen und werden oft direkt oder indirekt von Aktivitäten der Gemeinschaft ausgeschlossen. Während des Ramadan ringen Christen mit der impliziten Forderung von Regierung und Gesellschaft, zu fasten. Ständig wird auf Christen muslimischer Herkunft Druck ausgeübt, ihren Glauben zu widerrufen. Des Weiteren stehen Christen im Bildungsbereich Herausforderungen gegenüber. Die Regierung fordert islamischen Religionsunterricht für alle Schüler an öffentlichen Schulen und auch an Privatschulen, die einen oder mehrere muslimische Schüler haben. Gleichzeitig jedoch verbietet das Gesetz organisierten Religionsunterricht für andere Glaubensrichtungen als den Islam.

Leben im Staat: Die Regierung Kuwaits hat unmissverständlich erklärt, dass der Islam die Staatsreligion ist. Die Religionsfreiheit, wie sie in der Verfassung verankert ist, entspricht nicht dem internationalen Standard. Außerdem ist durch die Verfassung festgelegt, dass der Führer des Landes (der Emir) Muslim sein sollte, geboren von muslimischen Eltern. Die Regierung verlangt den Islamunterricht sowohl in staatlichen als auch privaten Schulen. Zudem verfolgt die Regierung eine Politik der Finanzierung und Unterstützung von sunnitischen Muslimen, die eingewanderte Einwohner zum Islam bekehren.

Kirchliches Leben: Was in den anderen Lebensbereichen passiert (vor allem im „Leben im Staat“), hat einen tiefgreifenden Einfluss auf das kirchliche Leben. Das kirchliche Leben ist in Kuwait eingeschränkt. Die Regierung stellt hohe Anforderungen für die Registrierung einer Kirche. Um zum Beispiel ein Stück Land zu kaufen, um dort eine Kirche zu errichten, muss der Käufer ein Bürger Kuwaits sein. Für Konvertiten wäre es sehr gefährlich, ein Stück Land zu kaufen, damit dort eine Kirche gebaut werden kann, da ihr Glaubenswechsel dadurch öffentlich bekannt werden würde. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Gemeinden, die eine Genehmigung zum Bau einer Kirche beantragen, Jahre darauf warten müssen. Ein Experte für das Land bemerkte: „Die meisten der anerkannten christlichen Gemeinden sehen ihre Gebäude als unzureichend an, um ihren Gemeinden zu dienen, und haben erhebliche Probleme, ordnungsgemäße Genehmigungen der städtischen Behörden zu bekommen, um neue Gebäude zu bauen. Die städtischen Behörden haben religiöse Versammlungen in Privatgebäuden unterbunden und Vermieter unter Druck gesetzt, die Räumlichkeiten an nicht registrierte Kirchen vermietet hatten.“

Auftreten von Gewalt: Obwohl der Druck auf Christen sehr hoch ist, wurden im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2017 keine Gewalttaten gegen Christen verzeichnet.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Zukunft Kuwaits ist, wie die der anderen Länder der Region, eng an die politische Situation der ganzen Region gekoppelt. Der Nahe Osten und die Golfregion sind unberechenbarer geworden als je zuvor. Der Aufstieg des sunnitischen Extremismus in Form des IS ist nicht nur für die Christen in der Region ein Problem, sondern auch für die Regierungen der einzelnen Länder und die internationale Gemeinschaft. Länder mit einer sunnitischen Mehrheit, Kuwait eingeschlossen, wollen verhindern, dass diese gewalttätigen Extremisten ihre Netzwerke bei ihnen errichten. Der Aufstieg des sunnitischen Extremismus in Syrien und dem Irak wird weiterhin wesentlichen Einfluss haben. Der IS hat bereits sein eigenes Netzwerk im Kuwait errichtet, aber solange das Land seine Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft erhält, werden Christen sehr wahrscheinlich weiterhin ins Land kommen, ungeachtet des herrschenden Drucks.

Trotz der regionalen Unruhen im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2017 ist Kuwait politisch stabil geblieben. Es gab auch keine massive Zunahme der Verfolgung. Dennoch ist für die kommenden Jahre wahrscheinlich Folgendes zu erwarten:

- Christen, besonders die mit muslimischem Hintergrund, werden weiterhin in Angst leben, da ihre Umgebung feindseliger wird.
- Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Gesellschaft noch konservativer wird und die Regierung diese Entwicklung zulässt (solange sie sich nicht in ihrer Macht bedroht fühlt), um die radikalen islamischen Gruppen in der Gesellschaft zu beruhigen.

Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten werden weiterhin Schwierigkeiten haben, sich registrieren zu lassen. Gleichzeitig werden wahrscheinlich weiterhin christliche Fremdarbeiter auf der Suche nach Arbeit ins Land kommen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 39: China

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 57 Punkten belegt China Platz 39 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Im Vorjahr nahm China mit derselben Punktezahl Platz 33 ein. Die jüngsten Signale der kommunistischen Regierung weisen zwar auf verstärkte Einschränkungen hin, diese Entwicklung wirkte sich jedoch noch nicht auf das Endergebnis des WVI 2017 aus, da die neuen Gesetze noch nicht umgesetzt wurden.



Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung: Das große Ziel der kommunistischen Partei ist der Machterhalt, den sie durch nationale Einheit und die Minimierung ausländischer Einflüsse zu sichern versucht. Die Regierenden werden alles aus ihrer Sicht Nötige tun, um in diesem Bestreben Erfolg zu haben. Im Berichtszeitraum des WVI 2017 berief sich China zunehmend auf seine ideologischen Wurzeln. Der Versuch, die „Seele“ der Regierungspartei wiederherzustellen, hat zu wachsendem Konservatismus und zum verstärkten Einsatz von kommunistischer Ideologie und Rhetorik geführt. Einige Beobachter fühlen sich durch die Rhetorik und ideologische Einstellung von Präsident Xi Jinping sogar an Mao Tse Tung erinnert. Parteiorgane wie die Zentralkommission zur Kontrolle der Disziplin gewinnen an Macht und haben im Berichtszeitraum sogar eine Untersuchung der Religionsverwaltung vorgenommen. Der Konfuzianismus wird als chinesisch gepriesen; wenn jemand unbedingt religiös sein müsse, dann solle er dem Konfuzianismus anhängen, so die Empfehlung von Xi Jinping. Um seine eigene Macht und die gesellschaftliche Harmonie zu sichern, kontrolliert das Regime alle Religionen, darunter auch die stark wachsende christliche Minderheit. Dies gilt vor allem für die aufständischen Minderheitsregionen Tibet und das muslimische Xinjiang. Die Regierung hat die Kontrolle in diesen Gebieten verstärkt, was nicht nur ethnische Aufständische zu spüren bekommen, sondern auch einzelne Gruppen von christlichen Konvertiten und sogar Han-Christen. In den meisten Regionen Chinas werden christliche Aktivitäten eher beobachtet als kontrolliert. Einige nicht registrierte Hauskirchen waren jedoch von dem Programm zur Auslöschung sogenannter „böser Kulte“ betroffen, da manche dieser Gruppierungen – verzerrte und nur noch schwer erkennbare – christliche Wurzeln haben. In Bezug auf die meist von Han-Chinesen besuchten Kirchen sprechen Beobachter von drei Arten von Kirchen: den illegalen „schwarzen“ Kirchen (wie z. B. dem Vatikan gegenüber loyale Katholiken), welche vom Staat bekämpft werden, den staatlich anerkannten „roten“ Kirchen, die kontrolliert werden, und den „grauen“, die trotz fehlender Genehmigung toleriert werden und der die Mehrheit der chinesischen Christen angehört.

Islamische Unterdrückung: Die Situation im von der muslimischen Minderheit der Uiguren geprägten Xinjiang im Nordwesten Chinas gibt Anlass zu wachsender Besorgnis. Einigen Berichten zufolge schleusen sich islamische Extremisten aus dem Ausland in die Region ein. Die Lage der wenigen Christen muslimischer Herkunft – höchstwahrscheinlich ein paar Tausend – ist bereits sehr schwierig. Nun wird diese Gruppe noch stärker eingeschränkt als zuvor. Sie sind erhöhtem Druck vonseiten der

Regierung ausgesetzt und müssen zusätzlich mit Verfolgung durch die eigene Familie, Nachbarn und Freunde rechnen. Jedes Abweichen von der islamischen Glaubensstradition wird als Schande und sogar Verrat angesehen, da nach gängigem Verständnis jeder Uigure Muslim sein sollte. Auch wenn es schwierig ist, Berichte über die Situation von Christen muslimischer Herkunft zu erhalten, so weisen doch alle vorliegenden Informationen auf eine Verschlechterung hin. Gelegentlich kommt es sogar zu physischer Gewalt durch Familienangehörige.

Religiös motivierter Nationalismus: Ähnliche Entwicklungen wie im Einflussbereich der Islamischen Unterdrückung bringen auch die noch kleinere Gruppe tibetischer Christen buddhistischer Herkunft zunehmend in Schwierigkeiten (Tibet). Druck und Gewalt nehmen zu und die Behörden tun alles in ihrer Macht Stehende, um die tibetischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterbinden. Tibetische Christen sind starkem Widerstand vonseiten ihrer Familie, Freunden und der Gesellschaft ausgesetzt. In dieser Region einen „abweichenden“ Glauben zu haben, kann einen hohen Preis kosten, da ein Konvertit automatisch von der Gemeinschaft ausgeschlossen wird.

Aktuelle Einflüsse

China bleibt eines der kompliziertesten Länder auf dem Weltverfolgungsindex, da es so facettenreich und vielfältig ist. Die Kampagne in der Provinz Zhejiang, in deren Verlauf viele Kreuze niedergedrückt und zerstört wurden, scheint zwar weitgehend beendet. Gemeindeversammlungen werden jedoch weiterhin gestört oder sogar aufgelöst, wenn die Behörden dies aufgrund der Anwesenheit von Ausländern, Medienvertretern oder großer Teilnehmerzahl für nötig halten. In Zhejiang wurden Hauskirchen Anfang September 2016 infolge des G-20-Gipfeltreffens angehalten, ihre Treffen einzustellen. Um das Ziel der kommunistischen Partei, den Machterhalt durch nationale Einheit und die Begrenzung ausländischer Einflüsse, zu erreichen, wird weiterhin energisch eine Kampagne gegen Korruption geführt. Es zeigt sich immer klarer, dass eines der Ziele von Präsident Xi darin besteht, den Einfluss anderer Parteifraktionen zu reduzieren.

Doch es gibt viele weitere Herausforderungen für die Führung des Landes: Eine ist die Abschwächung des Wirtschaftswachstums; ein weiterer Punkt betrifft die Fähigkeit der Behörden, die allgemeine Sicherheit zu garantieren. Dies wurde vor allem bei den Explosionen einer Reihe von Paketbomben deutlich, die im Oktober 2015 in der Provinz Guangxi sieben Leben forderten. Die bisherigen Antworten der Regierung waren von Vorsicht geprägt und streng ideologisch. Die Lockerung der Ein-Kind-Politik etwa ist ein zweiseitiges Schwert. Einerseits kann diese Maßnahme zur Lösung einiger sozialer Probleme der alternden Bevölkerung beitragen, andererseits setzt sie notwendigerweise ein weiteres Wirtschaftswachstum voraus.

Um seine eigene Macht und die gesellschaftliche Harmonie zu sichern, kontrolliert das Regime alle Religionen. Die Frage des kirchlichen Wachstums und seiner Regulierung gewinnt zunehmend an Gewicht. Im April 2016 fand das erste hochrangige Treffen zum Thema Religion hinter verschlossenen Türen statt. Obwohl darüber nur wenige Informationen an die Öffentlichkeit gelangten, wurde berichtet, dass Präsident Xi Jinping vor religiösem Einfluss aus dem Ausland warnte. Auch die Sinisierung (gezielte Förderung chinesischer Traditionen bei gleichzeitiger Schwächung anderer kultureller Einflüsse) bleibt ein wichtiges Thema. Die Zentrale Disziplinarkommission der Kommunistischen Partei Chinas (Central Commission for Discipline Inspection, CCDI), die auch als Anti-Korruptions-Aufsicht fungiert, hat am 6. Juni 2016 einen

angeblich sehr kritischen Bericht über die Arbeit der Religionsbehörde (State Authority on Religious Affairs, SARA) vorgelegt. Gerüchten zufolge sollen Religionen künftig stärker und direkt von der Kommunistischen Partei kontrolliert werden – höchstwahrscheinlich von der parteieigenen UFWD („United Front Work Department“), statt von einem Verwaltungsbüro wie SARA. Dies würde die Lage der Christen vermutlich erschweren, da sie dadurch direkt unter der Aufsicht der Partei stünden.

In diesem Zusammenhang steht auch ein weiteres brisantes Thema: das Wachstum der Kirche. Offizielle Schätzungen zur Anzahl der Christen in China fallen eher niedrig aus. Andere gehen davon aus, dass ihre Zahl – einschließlich der registrierten Drei-Selbst-Bewegung, des protestantischen Hauskirchennetzwerks, der Katholisch-Patriotischen Vereinigung und der dem Vatikan verbundenen Römisch-Katholischen Kirche – die Anzahl der Anhänger der kommunistischen Partei zahlenmäßig übertrifft. Diese beläuft sich auf rund 88 Millionen. Einige Schätzungen gehen von 130 Millionen Christen aus. In dem Buch „A star in the East: the rise of Christianity in China“, veröffentlicht im Mai 2015, berechnet der Autor Rodney Stark, dass sich die Zahl der Christen in China im Jahr 2030 auf 295 Millionen belaufen würde, sollte sich das Wachstum der letzten Jahrzehnte von schätzungsweise 8 % pro Jahr unvermindert fortsetzen. Damit wäre China die weltweit größte christliche Nation. Auch wenn man Zweifel an diesen Vermutungen und Kalkulationen haben mag, so zeigt doch die große Spanne an Einschätzungen wie schon die Diskussion an sich, dass China nicht leicht zu verstehen ist. Ebenfalls deutlich wird: Verfolgung und ein starkes Wachstum der christlichen Gemeinde schließen sich nicht aus. In jedem Fall erklärt dieser Trend die Nervosität der Kommunistischen Partei im Blick auf das Wachstum der Kirchen. Christen sind ohne Frage die größte gesellschaftliche Kraft, die nicht von der Kommunistischen Partei kontrolliert wird. Während heute mehr Freiheit herrscht als noch vor 30 Jahren, setzt sich die Christenverfolgung auch unter der Han-Mehrheit fort. Der Bewegungsspielraum für Christen wird kleiner, wie das neue Gesetz zur Regulierung von Nichtregierungsorganisationen und der Entwurf der neuen Religionsverordnung deutlich machen.

Betroffene Kategorien von Christen

In China erfahren alle vier Kategorien von Christen Verfolgung, wenn auch in unterschiedlicher Intensität.

Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Diese Gruppe wird im Wesentlichen überwacht und kann nur eingeschränkten Kontakt zu lokalen Kirchen haben.

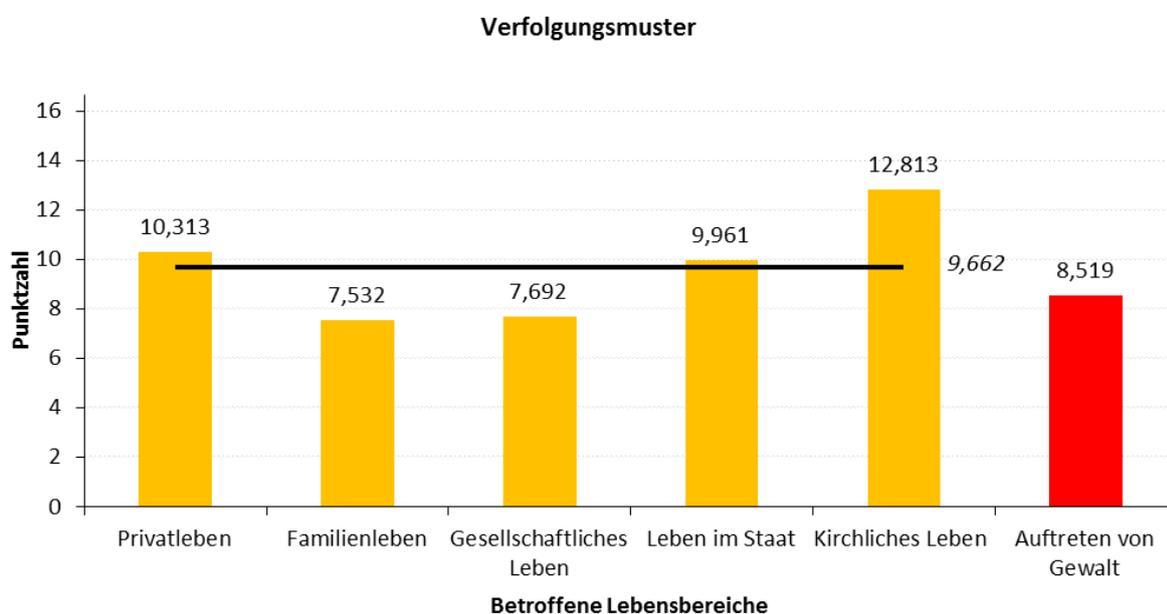
Christen aus traditionellen Kirchen und von der Regierung kontrollierten Kirchen: Diese Kategorie lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Besonderheit der chinesischen Christenheit. Es gibt registrierte und von der Regierung anerkannte Kirchen – die protestantische Drei-Selbst-Bewegung und die Katholisch-Patriotische Vereinigung – und nicht registrierte, unabhängige Kirchen. Auf katholischer Seite sind dies die treuen Anhänger des Vatikans.

Christen muslimischer und tibetisch-buddhistischer Herkunft: Während Christen in China im Vergleich zu den 1980er Jahren grundsätzlich mehr Freiheiten haben, gilt dies nicht für die kleinen Gemeinschaften christlicher Konvertiten. Da sie in Regionen ethnischer Minderheiten leben, die aufgrund von Unabhängigkeitsbestrebungen sehr unbeständig sind, erleben Konvertiten Druck von zwei Seiten: einerseits vonseiten der Regierung, die jegliche vermeintlich politischen oder gefährlichen Aktivitäten unterbindet. Andererseits versuchen Familienmitglieder, Freunde und

Nachbarn die Konvertiten dazu zu zwingen, zum „wahren Glauben“ zurückzukehren. In den fraglichen Regionen stellt die Religion nicht zuletzt einen wichtigen, einenden Faktor dar, um sich vom „Unterdrücker“ abzugrenzen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Zu dieser Gruppe von Christen zählen evangelikale, Baptisten- und Pfingstgemeinden sowie eine Vielzahl von Gemeinden mit verschiedensten Namen. Auf der protestantischen Seite sind hier die sogenannten Hauskirchen gemeint, auch wenn dieser Begriff missverständlich ist: Einige dieser Gemeinden haben mehrere tausend Mitglieder und treffen sich nicht heimlich, sondern offen in Geschäftsgebäuden. Wie bereits im Bereich der Triebkräfte der Verfolgung erwähnt, ist das Hauptziel der Regierung, die Kontrolle über die Gesellschaft zu behalten. Dadurch sind alle Christen in unterschiedlichem Maß betroffen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster China

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster China:

- Insgesamt bleibt der hohe Druck auf Christen bestehen, wie am Durchschnittswert für den Druck in den Lebensbereichen (9,662) zu sehen ist. Er ist im Vergleich zum Berichtszeitraum des WVI 2016 (9,823) minimal zurückgegangen.
- Der stärkste Druck herrscht in den Bereichen Kirchliches Leben (12,813) und Privatleben (10,313). Während der Druck im Bereich des kirchlichen Lebens typisch ist für die Auswirkungen kommunistischer Unterdrückung, geht der hohe Druck im Privatleben auf die Probleme von Christen muslimischer und tibetischer Herkunft zurück.

- Islamische Unterdrückung und Religiös motivierter Nationalismus wirken sich im Privatleben, aber auch in den Bereichen des Familienlebens und des gesellschaftlichen Lebens aus. Doch auch in diesen Bereichen sind die Folgen der Kommunistischen Unterdrückung spürbar, beispielsweise in Bildungsfragen.
- Im Bereich Kirchliches Leben bleibt es bei einer sehr hohen Wertung, die allerdings gegenüber dem Vorjahr von 13,450 auf 12,813 zurückgegangen ist. Grund dafür ist die Beendigung der Kampagne in Zhejiang, in deren Verlauf viele Kreuze niedergerissen und zerstört wurden.
- Der Bereich Gewalt weist eine sehr hohe Punktezahl auf, die seit dem Berichtszeitraum des WVI 2016 angestiegen ist. Das ist darauf zurückzuführen, dass Kirchen geschlossen und Hausbesitzer unter Druck gesetzt wurden, ihre Räumlichkeiten nicht mehr an Christen zu vermieten. Es wurden zwar keine Christen umgebracht, doch eine beträchtliche Anzahl von ihnen befindet sich immer noch im Gefängnis. Generell haben die Behörden gelernt, dass offene Gewalt für negative internationale Schlagzeilen sorgt. Deshalb bevorzugen sie mittlerweile subtilere Methoden, um Druck auszuüben, so etwa: christliche Leiter „zum Tee treffen“.

Privatleben: Christen uigurisch-muslimischer oder tibetisch-buddhistischer Herkunft müssen zu jeder Zeit auf der Hut sein. Das betrifft sowohl die Art und Weise, in der sie beten, als auch das Lesen der Bibel. Besonders davon betroffen sind diejenigen, die in ihrer Familie die einzigen Christen sind. Sie müssen Bibeln und andere christliche Literatur sorgfältig verstecken und können darin nur mit großer Vorsicht lesen, da strenggläubige muslimische oder tibetisch-buddhistische Familien dies nicht akzeptieren. Sich mit anderen Christen zu treffen, stellt unter diesen Umständen eine besondere Herausforderung dar: Es ist nicht nur für die Konvertiten selbst gefährlich, sondern kann auch ganze christliche Versammlungen in Gefahr bringen. Bekannte Konvertiten werden genauestens überwacht, bedroht und erleben in einigen Fällen auch physischen oder psychischen Missbrauch. Auch in streng kommunistischen Familien leiden Christen unter Einschränkungen.

Familienleben: In Tibet und Xinjiang ist die Situation sehr angespannt, jeder Glaubenswechsel wird als Schande für die Familie und als Verrat an der Gesellschaft angesehen. Daher sind Konvertiten sehr darauf bedacht, ihren neu gewonnenen Glauben geheim zu halten. Wird jemand als Christ entdeckt, drohen Scheidung und der Verlust des Erbrechts. Taufen, christliche Trauungen oder Beerdigungen zu organisieren, erweist sich als äußerst schwierig. Von christlichen Konvertiten wird erwartet dass sie traditionelle Hochzeitsriten befolgen. Deshalb kann eine christliche Trauung, wenn überhaupt, nur im Geheimen stattfinden. Wird in Xinjiang oder Tibet ein Christ dabei entdeckt, dass er eine Taufe organisiert, drohen ihm sogar einige Monate in Haft. Alle Kinder von Christen werden gezwungen, nicht-christliche Inhalte zu lernen; das atheistische Bildungssystem richtet sich gegen Glaubensinhalte. Christliche Konvertiten werden von ihren Familien unter Druck gesetzt, ihre Kinder im Sinne der traditionellen Werte und Religion ihrer Vorfahren zu erziehen.

Gesellschaftliches Leben: Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft erleben Druck vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarn, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Ihre Kinder werden in der Schule diskriminiert und sind mit Vorurteilen von muslimischen oder tibetischen Lehrern und Mitschülern konfrontiert. Überwachungsmaßnahmen (z.B. durch Schulbehörden und Nachbarschaftskomitees) sind im ganzen Land verbreitet; Christen sind davon ebenso wie alle anderen Bürger betroffen. Dennoch stehen bekanntere Christen häufig unter besonderer Beobachtung. Für Christen ist es eine Herausforderung sich gesellschaftlich zu engagieren, da die meisten Gemeinschaftsorganisationen auch politische Elemente beinhalten. In den ländlichen

Gebieten Tibets haben Lamas einen großen Einfluss auf das alltägliche Leben der Menschen (z.B. durch die Kontrolle des Gesundheitswesens), weil viele von ihnen Mitarbeiter lokaler Regierungsbehörden sind. In ihren Händen liegt die Verwaltung der Grundversorgung, einschließlich der Verteilung staatlicher Hilfsgüter an einzelne Familien. Dabei werden christliche Konvertiten häufig diskriminiert oder sogar ganz von der Versorgung ausgeschlossen. Alle Anhänger von Religionen sind von Regierungsposten ausgeschlossen, die eine Parteimitgliedschaft voraussetzen. Zwar werden Christen nicht von der Polizei verhört, sie erhalten jedoch Einladungen von den Behörden „gemeinsam eine Tasse Tee zu trinken“, wann immer jene es für nötig halten. Der langsam steigende Druck wurde von einem ausländischen Christen aus Beijing folgendermaßen beschrieben: „Früher haben mich die Behörden einmal im Jahr besucht, doch jetzt ist das Misstrauen so groß, dass sie zweimal in der Woche kommen.“

Leben im Staat: Während China Religionsfreiheit in seiner Verfassung anerkennt, gibt es bei der Umsetzung dieser Freiheit große Defizite. Die Regierung propagiert weiterhin ihre kommunistische und atheistische Ideologie. Im Berichtszeitraum des WVI 2017 wurde betont, dass sogar pensionierte Staatsbeamte jegliche religiöse Aktivitäten vermeiden sollen. Da die Medien vom Staat kontrolliert werden, sind sie allen Religionen gegenüber voreingenommen, was sich auch auf die Berichterstattung über Christen auswirkt. In den Provinzen Xinjiang und Tibet ist das öffentliche Zeigen religiöser Symbole für Christen problematisch. Das neue Gesetz zur Regulierung von Nichtregierungsorganisationen, das am 1. Januar 2017 in Kraft treten soll, wird vermutlich auch Auswirkungen auf Christen haben. Dadurch wird es nicht nur komplizierter, mit ausländischen Organisationen zusammenzuarbeiten, auch die Entgegennahme von Geldern aus dem Ausland wird schwieriger werden; die staatliche Kontrolle wird deutlich intensiviert.

Kirchliches Leben: Die Regierung ist daran interessiert, eine „harmonische Gesellschaft“ aufrechtzuerhalten. In Bezug auf Religion bedeutet dies, Kirchen zu „verwalten“, ob sie nun registriert oder nicht registriert sind, ob sie „schwarz“, „rot“ oder „grau“ sind. Die nie veröffentlichten, doch allseits wohlbekannten Regeln für alle christlichen Kirche sind: 1. Abgabe regelmäßiger Berichte an die Behörden über jüngste Aktivitäten; 2. keine Mitwirkung von oder Unterstützung durch ausländische Christen, auch nicht in Form von Geldmitteln; 3. keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten; 4. nur „reguläre“ christliche Aktivitäten während sensibler Phasen.

Die Religionsbehörde (State Authority on Religious Affairs, SARA) veröffentlichte im September 2016 eine neuen Religionsverordnung, die zu einer verstärkten Kontrolle kirchlicher Aktivitäten führen könnte. Jedoch bleibt abzuwarten, wie die Verordnung tatsächlich umgesetzt wird. Auf jeden Fall scheint die Verordnung vier klare Vorgaben zu enthalten: 1. Kirchen müssen sich „sinisieren“ (= der chinesischen Kultur und Tradition anpassen), 2. sie müssen legalisiert werden, 3. Behörden müssen lernen, Religion besser zu verstehen, um sie bis in die kleinsten Bereiche steuern zu können, 4. Angestellte in religiösen Bereichen müssen „gestärkt“ werden (eine Umschreibung für Fortbildung im ideologischen Sinne). Manche vermuten, dass die zweite Vorgabe die Behörden dazu veranlassen könnte, den tausenden chinesischen Hauskirchen eine Möglichkeit der Registrierung anzubieten. Jedoch gibt es keine Gewissheit, wie solch ein Angebot aussehen würde und welche Bedingungen daran geknüpft wären.

Es ist jedoch zu bedenken, dass die Umsetzung der neuen Verordnung Sache der lokalen Behörden ist, was zu einem größeren Ausmaß an Vorurteilen und erhöhter Kontrolle auf lokaler Ebene führen

könnte. Christen in China erleben heutzutage enorme Unterschiede in Bezug auf die Freiheiten in verschiedenen Landesteilen. Die Mehrzahl der Beobachter stimmt jedoch darin überein, dass diese Freiheiten abnehmen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die christlichen Gemeinden Angst vor der Zukunft haben. Ein chinesischer Pastor sagte hierzu: „Unserer Erfahrung nach führt erhöhte Verfolgung zu Erweckung und Wachstum in der Kirche. Schon früher haben wir Verfolgung überstanden, wir werden auch überstehen, was jetzt auf uns zukommt.“ Andere christliche Leiter erwarten, dass die Gemeinden sogar davon profitieren werden, wenn sie sich wieder als kleinere, „familienartige“ Gruppen formieren müssen. Die Überwachung der Kirchen hat bislang nur im Fall einiger sehr großer, einflussreicher Gemeinden zu deren Schließung geführt (sie werden häufig als politische Akteure wahrgenommen). Dennoch schwebt ein Damoklesschwert über allen nicht-registrierten Kirchen Chinas. Wenn Peking es verlangt, werden die Behörden sie auffordern, sich unter dem Dach der Drei-Selbst-Bewegung registrieren zu lassen und entsprechend den oben genannten Richtlinien zu handeln, oder sie werden letztendlich geschlossen werden.

Auftreten von Gewalt: Der hohe Wert im Bereich Gewalt (8,519) ist darauf zurückzuführen, dass Kirchen geschlossen und Hausbesitzer unter Druck gesetzt wurden, ihre Räumlichkeiten nicht mehr an Christen zu vermieten. Es wurden zwar keine Christen umgebracht, doch befindet sich immer noch eine beträchtliche Anzahl von ihnen im Gefängnis. Im Berichtszeitraum des WVI 2017 haben die Festnahmen einiger christlicher Menschenrechts-Anwälte für Schlagzeilen gesorgt, wie die Verhaftung von Zhang Kai, der im Februar 2016 nach einigen Monaten Haft entlassen wurde. Meistens haben die offiziellen Anklagepunkte nichts mit Religion zu tun. Generell haben die Behörden gelernt, dass offene Gewalt für negative internationale Schlagzeilen sorgt und sind deshalb zu „freundlicheren“ Methoden übergegangen, wie oben ausgeführt wurde.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

In den ersten vier Jahren der Regierung von Präsident Xi Jinping kam es in allen Bereichen der Gesellschaft zu drastischeren Freiheitseinschränkungen als in den vergangenen Jahren. Dieser Trend wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach in der nahen Zukunft auch auf die Kirche auswirken. Bereits jetzt zeichnen sich höhere Beschränkungen durch Behörden ab, die – allerdings auf indirekte Weise – den Bewegungsspielraum der Kirchen verkleinern. Darin wird die kommunistische Ideologie betont und Gemeinden werden unter Druck gesetzt, ihren Dienst dieser Ideologie anzupassen. Derartige Entwicklungen werden sich voraussichtlich fortsetzen, wie das neue Gesetz zur Regulierung von Nichtregierungsorganisationen und der Entwurf einer neuen Religionsverordnung vermuten lassen. „Kontrolle“ und „Beschränkung“ könnten sich in den nächsten Jahren zu den neuen Schlagworten für die chinesische Kirche entwickeln. Die chinesischen Behörden haben in ihrem Umgang mit Christen dazugelernt. Sie haben gemerkt, dass gewaltsame Reaktionen und langfristige Freiheitsstrafen für negative internationale Schlagzeilen sorgen, und dass sie dieselben Ergebnisse auch mit weniger gewaltsamen Mitteln erreichen können. Dennoch ist Gewalt weiterhin ein Thema, wie die Kampagne in Zhejiang zeigt. In ihrem Verlauf wurden viele Kreuze niedergerissen und zerstört, wie im Berichtszeitraum des WVI 2016 zu sehen war. Allerdings ist die gewöhnliche Methode Christen in die gewünschte Richtung zu lenken, sie „zum Tee einzuladen“, und so bis in die kleinsten Bereiche zu kontrollieren.

In dieser Fülle an Herausforderungen versucht Chinas Regierung, alles ruhig zu halten. Um die eigene Macht und die gesellschaftliche Harmonie zu bewahren, kontrolliert sie alle Religionen, so auch die stark wachsende christliche Minderheit. Die entscheidende Frage für die Zukunft der Christen in China wird sein, ob die Regierungsbehörden sie auch als eine positive Kraft für die Gesellschaft wahrnehmen. In diesem Fall könnten die Christen zu Partnern bei der Verbesserung und Weiterentwicklung der Gesellschaft werden, die eine wichtige Rolle beim Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft“ spielen. Es ist jedoch auch möglich, dass die Regierung noch tiefer in die Belange der Kirchen eingreifen wird, um ihre Macht zu sichern und dazu noch größeren Druck auf die Christen ausübt. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob die lokalen Gemeinden als ein Gewinn wahrgenommen und geschätzt oder als Bedrohung abgelehnt werden. Der Berichtszeitraum deutet stark auf Letzteres hin, so dass die Christen vermutlich weiterhin von kommunistischer Unterdrückung betroffen sein werden. Dennoch gibt es Spielraum für eine Entwicklung in beide Richtungen.

Für weitere Unruhe sorgte das lang erwartete Urteil des Ständigen Schiedshofs in Den Haag, das am 12. Juli 2016 veröffentlicht wurde. Es stellte eine herbe Niederlage für Chinas Ansprüche auf das Südchinesische Meer dar. Dieser Konflikt führte zu Spaltungen während Zusammenkünften der ASEAN-Staaten, da China auf seine Verbündeten Druck ausübte, alle aus seiner Sicht schädlichen Stellungnahmen zu blockieren. Obwohl China bereits verlautbarte, dass es sich nicht an das Urteil gebunden fühle, wird es doch schwierig werden, dieses vollkommen zu ignorieren. Das Urteil wird zwar keine direkten Auswirkungen auf die Christen haben, doch ist zu erwarten, dass die Regierung ihre ideologischen Anstrengungen verstärken, einen noch konservativeren Kurs einschlagen und möglicherweise in eine Einstellung „sie gegen uns“ verfallen wird. All dies wird auch stark von der Reaktion der US-Regierung abhängen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 40: Dschibuti

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 57 Punkten belegt Dschibuti Platz 40 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Im WVI 2016 belegte es mit 58 Punkten Platz 28. Die leicht rückläufige Punktzahl der vergangenen Jahre lässt erkennen, dass die Christen zwar Probleme haben, doch werden sie nicht so stark verfolgt wie ihre Glaubensgeschwister in Nachbarländern wie Eritrea und Somalia.



Triebkräfte der Verfolgung

„Islamische Unterdrückung“ und „Diktatorische Paranoia“ sind die Haupttriebkkräfte der Verfolgung. Es gibt auch „Ethnisch begründete Anfeindungen“.

Islamische Unterdrückung: Der Islam ist sehr tief in Dschibutis Gesellschaft verwurzelt. Jede andere Religion wird als fremdartig angesehen. Die geographische Lage von Dschibuti ist sehr günstig, sowohl für den internationalen Handel als auch für die Durchreise von Dschihadisten vom Horn von Afrika in den Mittleren Osten und umgekehrt. Geschätzte 95 Prozent der Bevölkerung von Dschibuti sind sunnitische Muslime. Der extremistische Islam wächst, wie auch in anderen ostafrikanischen Ländern, und ist für die Regierung eine der größten Sorgen. Die Regierung versucht zu kontrollieren, wer die Freitagspredigt in den Moscheen hält und was der Prediger sagen wird. Etwa 60% der Bürger Dschibutis sind somalischer Abstammung, sodass sich die Zunahme des extremistischen Islamismus in Somalia auch auf Dschibuti auswirkt.

Diktatorische Paranoia: Seit 1999 regiert Präsident Ismail Omar Guelleh das Land, der noch immer keinerlei Anstalten macht, sein Amt aufzugeben. 2016 wurde Dschibuti im jährlichen Bericht der Organisation „Freedom House“ als ein ‚nicht freies‘ Land eingestuft. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ hat Dschibuti in ihrem Welt-Index zur Pressefreiheit zu den zehn schlimmsten Ländern gezählt, in denen Meinungs- und Informationsfreiheit am stärksten eingeschränkt sind. Sie berichtet, dass die Regierungspartei Menschen, die über die Vorkommnisse im Land offen reden, belästigt und einschüchtert. So heißt es: „Gerichtliche Schikanen, illegale Durchsuchungen, exorbitante Bußgelder, die bei Nichtzahlung in der Haftanstalt enden – das repressive Arsenal gegen Dschibutis Journalisten lässt nichts aus“. Theoretisch garantiert die Regierung den verfassungsgemäßen Schutz der Religionsfreiheit, aber in Wirklichkeit will sie alle religiösen Einrichtungen kontrollieren. Die generelle Haltung der Regierung gegenüber Christen und anderen nicht-muslimischen Minderheiten ist negativ. Die treibende Kraft in diesem Bereich der Verfolgung sind die Regierungsbeamten. In Zukunft kann sich die negative Haltung gegenüber Christen durch gesteigerte Auslandsinvestitionen von benachbarten Golfstaaten in eine Reihe von Wirtschaftssektoren (dazu gehört islamisches Bankwesen) noch verschlimmern.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Dschibuti beheimatet die beiden Volksgruppen der Afar und der Issa. Die Issa gehören einem größeren somalischen Stamm an. Stammesdenken ist im Land derart

tief verwurzelt, dass jeder, der es wagt sich zu Jesus Christus zu bekehren, als Verräter des ganzen Stammes angesehen wird. Wie in Somalia gibt es auch Dschibuti eine enge Verbindung zwischen dem Stammesdenken und dem Islam.

Aktuelle Einflüsse

In Dschibuti ist über 90 % der Bevölkerung muslimisch. Es ist ein kleines, durch Armut gezeichnetes Land, das von einigen der unbeständigsten und repressivsten Ländern wie Eritrea, Somalia und dem Jemen umgeben ist. Es ist eigentlich ein Stadt-Staat mit minimalen eigenen Rohstoffen, doch es liegt geographisch sehr günstig an einer stark frequentierten, wichtigen Schifffahrtsroute.

Die derzeitige Regierung ist das Ergebnis der Spannungen zwischen Afar und Issa, die beiden dominierenden und rivalisierenden Volksgruppen, die in den 1990er Jahren einen blutigen Bürgerkrieg gegeneinander führten. Diese Wunden sind auch heute noch nicht ganz verheilt. Der Islam ist tief in der Gesellschaft Dschibutis verwurzelt, doch gibt es auch schon seit langer Zeit Christen in Dschibuti, zum Teil durch die Verbindung zu Äthiopien.

Eine nicht kleine Anzahl von Bürgern Dschibutis hat enge verwandtschaftliche Bindungen nach Somalia, dem Jemen und in andere muslimische Länder. Sie alle haben eine starke negative Haltung gegenüber dem Westen und das Christentum, welches man für eine Religion des Westens hält. Dschibuti ist Mitglied der Arabischen Liga, wenngleich es nicht arabisch ist. Seit seiner Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1977 wird das Land von einem nicht-demokratischen, präsidentialen Regime regiert, dem zurzeit Präsident Ismail Omer Guelleh vorsteht. Dieser löste 1999 seinen Onkel ab und ist damit der zweite Präsident seit 1977. Während des arabischen Frühlings haben Präsident Guelleh und seine Partei „Volksversammlung für den Fortschritt“ mehrere Wellen von Straßenprotesten gewaltsam niedergeschlagen. Das Regime ist autokratisch. Es existiert keine Meinungs- und Pressefreiheit. Alle Medien gehören der Regierung. Es gibt zwar fünf bis sechs Prozent Christen, jedoch sind sie in keinem öffentlichen Amt vertreten. Ihre Möglichkeiten sich am politischen Leben zu beteiligen, sind entweder stark limitiert oder nicht existent. Der Islam ist verfassungsgemäße Staatsreligion.

Dschibuti hat keine breit gefächerte Wirtschaft, da es kaum Rohstoffe gibt und eine wenig entwickelte Industrie. Deshalb ist das Land auf internationale Hilfe angewiesen, die von arabischen und westlichen Ländern geleistet wird. Als Gegenleistung für die Unterstützung aus dem Westen unterstützt Dschibuti dessen Versuche, den islamischen Extremismus zu bekämpfen. Zum Beispiel beim Kampf gegen Piraterie vor der Küste Somalias und im Golf von Aden. Die internationale Unterstützung führt zwar nicht zu einem Gesinnungswandel in der negativen Haltung gegenüber Christen, bietet diesen aber einen gewissen Schutz vor unterdrückerischen Maßnahmen des Regimes. Das Land liegt strategisch sehr günstig am Golf von Aden, was extremistische Gruppierungen gerne ausnutzen wollen.

Betroffene Kategorien von Christen

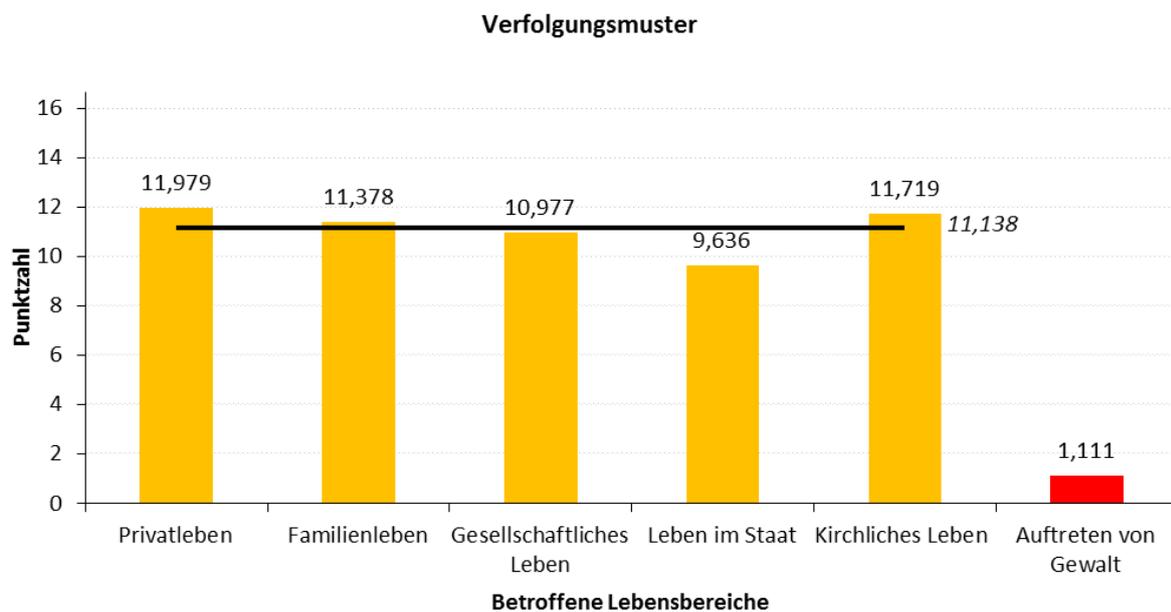
In Dschibuti leben drei verschiedene Kategorien von Christen, die unterschiedlich stark verfolgt werden.

Gemeinschaften ausländischer Christen: Durch den wachsenden Einfluss des islamischen Extremismus ebbt die Toleranz gegenüber äthiopisch-stämmigen orthodoxen Christen weiter ab. Christliche Gemeinden von französischen und US-amerikanischen Streitkräften werden nur minimal eingeschränkt.

Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft: Sie werden von Familie, Lebensumfeld und (religiösen) Leitern innerhalb ihres Gemeinschaften stark unter Druck gesetzt und müssen daher im Untergrund bleiben. Das gilt besonders außerhalb der Städte, wo die Landbevölkerung noch in enger Gemeinschaft lebt.

Protestantische Freikirchen (Baptisten, evangelikale und Pfingstgemeinden): Diese Gruppe bezeugt von allen am aktivsten ihren Glauben und wird deshalb besonders stark verfolgt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Dschibuti

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WWI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Dschibuti:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen liegt bei 11,138. Er hat sich im Vergleich zum WWI 2016 (11,516) verringert. Dennoch erleben die Christen in allen Lebensbereichen sehr hohen Druck, außer im Bereich „Leben im Staat“, wo der Druck hoch ist.

- Am stärksten ist der Druck im „Privatleben“ (11,979) und im „Kirchlichen Leben“ (11,719).
- Druck aufgrund von „Islamischer Unterdrückung“ tritt in allen Lebensbereichen auf, die Verfolgung wegen „Ethnisch begründeter Anfeindung“ ist im Familienleben und im sozialen Umfeld am meisten sichtbar.
- Die Wertung für „Auftreten von Gewalt“ ist von 0,741 im WVI 2016 auf 1,111 gestiegen.
- Insgesamt wird die Verfolgungssituation in Dschibuti von allen drei Triebkräften verursacht, die im Land für eine negative Einstellung gegenüber Christen sorgen.

Privatleben: In diesem Bereich sind besonders die ehemaligen Muslime betroffen. Christen haben es schwer, christliche Literatur zu besitzen, Gottesdienste zu besuchen oder ihre christliche Sichtweise zu vertreten, ohne Gegenwehr fürchten zu müssen. Ehemalige Muslime werden von ihrer Familie, von Menschen aus der Moschee und anderen Anwohnern überwacht.

Familienleben: Ehemalige Muslime werden von ihren Familien massiv verfolgt. Eine Schutzmöglichkeit ist die Verheimlichung des Glaubens, was aber bei einem gemeinschaftsorientierten Lebensstil sehr schwierig ist. Wenn sich jemand zu Jesus Christus bekehrt und sei es nur gerüchteweise, wird diese Person ihr Erbrecht verlieren und es ist sehr wahrscheinlich, dass er/sie das Sorgerecht für die Kinder verliert.

Gesellschaftliches Leben: Da das Leben in Dschibuti besonders innerhalb der Dorfgemeinschaft abläuft, ist das Zusammenleben mit anderen Bewohnern für Christen nicht leicht. Wenn der neue Glaube eines ehemaligen Muslims bekannt wird, wird diese Person sehr wahrscheinlich massiv unter Druck gesetzt. Ihr wird der Zugang zu Gemeinschaftseinrichtungen verweigert, sie wird bedrängt und bei der Suche nach Arbeit behindert. Wer durch extremistische Scheichs und Imame in den Moscheen negativ beeinflusst wird, wird hier am stärksten gegen Christen aktiv werden.

Leben im Staat: Der Islam ist in der Verfassung als Staatsreligion verankert. Alle Gesetze und Regelungen entstehen in Anlehnung an die Scharia. Jedes Gesetz und jede Regelung, die der Scharia widerspricht, ist null und nichtig. Christen sind Bürger zweiter Klasse und manche Imame machen Christen und den christlichen Glauben in ihren Freitagspredigten lächerlich. Die örtlichen Behörden tun nichts, wenn Christen angegriffen worden sind.

Kirchliches Leben: Für Menschen auf dem Land, die etwas gegen den christlichen Glauben haben, sind Kirchengebäude eine Beleidigung. Und so wird den Christen das kirchliche Leben so schwer gemacht wie nur möglich. Der Bau einer Kirche, das Abhalten von Veranstaltungen, Jugendarbeit oder offen etwas gegen die Verfolgung zu sagen, stellt eine Herausforderung dar. Ausländische Christen haben es etwas leichter. Gruppen von ehemaligen Muslimen dürfen eine Kirche weder anmelden noch bauen.

Auftreten von Gewalt: Im Vergleich zum WVI 2016 hat die Gewalt zugenommen, bleibt aber weiterhin im niedrigen Bereich. In diesem Berichtszeitraum wurde von fünf ehemaligen Muslimen berichtet, die in der Hauptstadt aus ihren Häusern vertrieben wurden, nachdem die Familien von ihrem neuen Glauben an Jesus Christus gehört hatten.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Es gab im Berichtszeitraum weder im Land noch in der Region merkliche Veränderungen. Dass Dschibuti im diesjährigen Weltverfolgungsindex so viele Plätze eingebüßt hat, liegt vor allem an der zunehmenden Christenverfolgung in anderen Ländern. Islamische Unterdrückung, Diktatorische Paranoia und Ethnisch begründete Anfeindungen werden auch in Zukunft der Grund für die Probleme vieler Christen sein. Dschibuti ist relativ stabil, aber keine Demokratie. Andere Meinungen werden nicht zugelassen. Präsident Guelleh und seine Regierung haben das Land noch immer fest im Griff. Durch die Wechselbeziehung zwischen den westlichen Nationen (insbesondere Frankreich und USA) und Dschibuti haben letztere nun einen Anreiz, Gewalt gegen Christen nicht noch zu fördern. Doch wäre es schlichtweg naiv, eine Verbesserung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit (beides sind Grundrechte, die sehr stark mit Religionsfreiheit verwoben sind) zu erwarten. Deshalb:

1. Es ist zu erwarten, dass der momentane Zustand in den kommenden Jahren unverändert bleibt.
2. Das Chaos im Jemen könnte für Dschibuti ein weiteres Problem werden. Dschihadisten könnten sich unter die Menschen mischen, die vor den Kriegswirren fliehen und somit ihr Netzwerk von Dschihadisten in Dschibuti erweitern.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 41: Mexiko

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Gesamtpunktzahl von 57 Punkten steht Mexiko auf Platz 41 des Weltverfolgungsindex 2017. Im Jahr 2016 nahm Mexiko mit 56 Punkten Rang 40 ein. Der leichte Punktanstieg lässt sich durch das Fortbestehen des organisierten Verbrechens und eine Zunahme gewalttätiger Vorfälle gegenüber Christen im Land erklären, zum Beispiel verschiedene Fälle der Zwangsvertreibung. Die Triebkräfte der Verfolgung „Organisiertes Verbrechen und Korruption“, „Ethnisch begründete Anfeindungen“, „Konfessioneller Protektionismus“ und „Säkulare Intoleranz“ bestehen nebeneinander in verschiedenen Regionen des Landes. Die Überlappung der unterschiedlichen Triebkräfte ist für den Anstieg der Punktzahl verantwortlich.



Triebkräfte der Verfolgung

Vier Triebkräfte der Verfolgung sind in Mexiko vertreten: Organisiertes Verbrechen und Korruption (Haupttriebkraft) und in geringerem Ausmaß Ethnisch begründete Anfeindungen, Konfessioneller Protektionismus und Säkulare Intoleranz.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: In vielen Staaten Mexikos ist die Gewalt allgegenwärtig und betrifft Christen, die ihren Glauben aktiv praktizieren, besonders stark. Drogenkartelle haben Kirchen und andere christliche Institutionen ins Visier genommen, weil sie diese als Einnahmequelle durch Erpressungen betrachten. Erpressungen von Priestern, Pastoren und christlichen Unternehmern sind an der Tagesordnung. Der Besuch von Gottesdiensten vergrößert das Risiko einer Entführung. Besonders Jugendliche stehen in Gefahr, von Gangs rekrutiert zu werden. Eine große Bedrohung erfahren auch soziale Institutionen, besonders solche, die bis in Einflussbereiche krimineller Organisationen reichen. Programme zur Wiedereingliederung von Drogenabhängigen und Arbeit unter Jugendlichen werden als direkte Bedrohung des Drogenhandels und der Drogenkartelle angesehen. Aus diesem Grund sind Christen, die sich in solchen Programmen engagieren, besonders gefährdet. Es gibt eine aufwändige Überwachung von kirchlichen Aktivitäten durch Mitglieder der Drogenkartelle.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Ländliche Kommunen in den südlichen Staaten Mexikos werden nach den indigenen traditionellen Gesetzen und Gebräuchen regiert und erlegen damit allen Mitgliedern der Gemeinschaft einen einheitlichen Lebensstil auf. Sobald ein Mitglied der Gemeinschaft eine andere Religion annimmt, werden die indigenen Gesetze und Gebräuche zur Schlinge um den Hals dieser Person. Während des Berichtszeitraums für den WVI 2017 gab es verstärkt Druck auf Christen in indigenen Gebieten – betroffen sind vorwiegend Evangelikale und Christen aus Pfingstgemeinden, in geringerem Maße auch Presbyterianer. Besonders in kleinen, ländlichen Ortschaften in den südlichen Staaten des Landes gibt es eine starke Vermischung von Katholizismus und den traditionellen Überzeugungen der Indios. Stammesführer und Behörden der

indigenen Bevölkerung lehnen weiterhin den protestantischen christlichen Glauben ab und verleumden die Gemeinschaften protestantischer Christen bei den Einwohnern als Initiativen, die das Ziel haben, ihre traditionelle Kultur zu untergraben. Protestantische Christen wurden deshalb mit Bußgeldern belegt, inhaftiert, geschlagen oder ermordet.

Säkulare Intoleranz: Multilaterale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen sind bestrebt, alle christlichen Werte aus dem Bereich der Öffentlichkeit und speziell aus dem staatlichen Bildungssystem zu entfernen. Die „liberale“ Gesetzgebung schränkt die Freiheit von Christen, ihren Glauben im öffentlichen Leben frei zu zeigen, wirkungsvoll ein. Der christliche Lebensstil wird mehr und mehr ins Lächerliche gezogen.

Konfessioneller Protektionismus: Katholiken stellen sich energisch neuen religiösen Bewegungen wie der Pfingstkirche oder der katholischen Erneuerungsbewegung entgegen.

Aktuelle Einflüsse

Inwieweit Mexiko als Staat noch demokratisch genannt werden darf, wird schon lange hinterfragt, vor allem wegen der langen Regierungszeit der PRI (*Partido de la Revolución Institucional*), die seit 1929 an der Macht ist. Viele Analysten betrachteten die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 als entscheidenden Wendepunkt in der politischen Geschichte des Landes und sahen darin einen wichtigen Schritt im Demokratisierungsprozess Mexikos. Neben dem hohen Ausmaß der Korruption haben viele Menschenrechtsorganisationen Bedenken hinsichtlich der Menschenrechtsbilanz des Landes im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen die Drogenbekämpfung. Obwohl die Drogenkartelle und andere kriminelle Organisationen für die Mehrheit der Menschenrechtsverletzungen (Morde, Folterungen, Vergewaltigungen) verantwortlich sind, können auch die Sicherheitskräfte des Landes von diesen Vorwürfen nicht ausgenommen werden. Um nur ein Beispiel zu nennen: Ein Bericht, der im Februar 2014 von Human Rights Watch herausgegeben wurde, vermeldete, dass von 249 Fällen verschwundener Personen 149 Fälle entweder der Polizei oder dem Militär zugeschrieben werden konnten.

Mexiko weist die größte Bevölkerungszahl eines Landes im spanischen Sprachraum auf. Nach Brasilien hat Mexiko mit einem Bruttoinlandsprodukt, das in den Top 15 der Welt (gemäß Schätzungen des Internationalen Währungsfonds IWF fast 1,1 Billionen US-Dollar im Jahr 2016) angesiedelt ist, die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas; hier lebt einer der reichsten Männer der Welt. Nach Angaben der OECD aus dem Jahr 2016 liegt Mexiko an zweiter Stelle der Länder mit den größten Einkommensunterschieden weltweit. Obwohl der Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung (Menschen, die von einem Einkommen unter 2 Dollar pro Tag leben) in den vergangenen Jahrzehnten erheblich abgenommen hat (von ca. 20% 1990 auf ca. 5% 2010) und auch die allgemeine Ungleichheit sich leicht verringert hat (Mexiko hatte einen Gini-Koeffizienten von 51,4 in 2002 und 48,1 in 2010), wird Mexiko immer noch als „ausgesprochen ungleiche Gesellschaft“ angesehen.

Mexiko ist eines der am meisten von Gewalt geprägten Länder der Welt. Das Statistische Amt in Mexiko erfasste für das Jahr 2015 mehr als 20.762 Tötungsdelikte. Nach einem Bericht des Büros der Vereinten Nationen für Drogen und Kriminalität (UNODC) aus dem Jahr 2014 lag Mexiko im Jahr 2013 an vierter Stelle auf der Weltrangliste.

Auch auf weitere Indikatoren gestützt, befindet sich Mexiko konstant unter den Ländern mit der höchsten Gewaltrate der Welt. Seit über einem Jahrzehnt ist Mexiko auf Platz 1 der Weltrangliste (in absoluten Zahlen) bei Entführungen mit Lösegelderpressung (Control Risk 2015). Weiterhin kommt es in Mexiko sehr häufig vor, dass Menschen spurlos verschwinden. Die mexikanische Regierung gab an, dass während der Präsidentschaft Calderóns (2006 bis 2012) 26.121 Fälle verschwundener Menschen gemeldet wurden. Die Nationale Menschenrechtskommission meldete während des gleichen Zeitraums 16.076 verschwundene Menschen und 6.109 aufgefundene nicht identifizierte Leichen (ICG 2013a). In Lateinamerika steht Mexiko nach Kolumbien und El Salvador auf Rang 3 hinsichtlich der Anzahl Binnenvertriebener. In sechs Jahren hat sich in Mexiko die Anzahl der Binnenflüchtlinge von „lediglich“ 8.000 Menschen im Jahr 2009 auf 287.000 im Jahr 2015 erhöht, das ist eine Erhöhung um den Faktor 36. Der steile Anstieg der Zahl der Binnenflüchtlinge ist alarmierend. Gründe dafür sind vorrangig eine Kombination krimineller, politischer und geschlechtsspezifischer Gewalt, erzwungene Rekrutierungen in Drogenkartelle und religiöse Intoleranz (IDMC 2015).

Betroffene Kategorien von Christen

In Mexiko gibt es drei der vier im WVI unterschiedenen Kategorien von Christen. Betroffen von Verfolgung sind Christen aller Kategorien, wenngleich es auch Unterschiede hinsichtlich der Triebkräften der Verfolgung gibt.

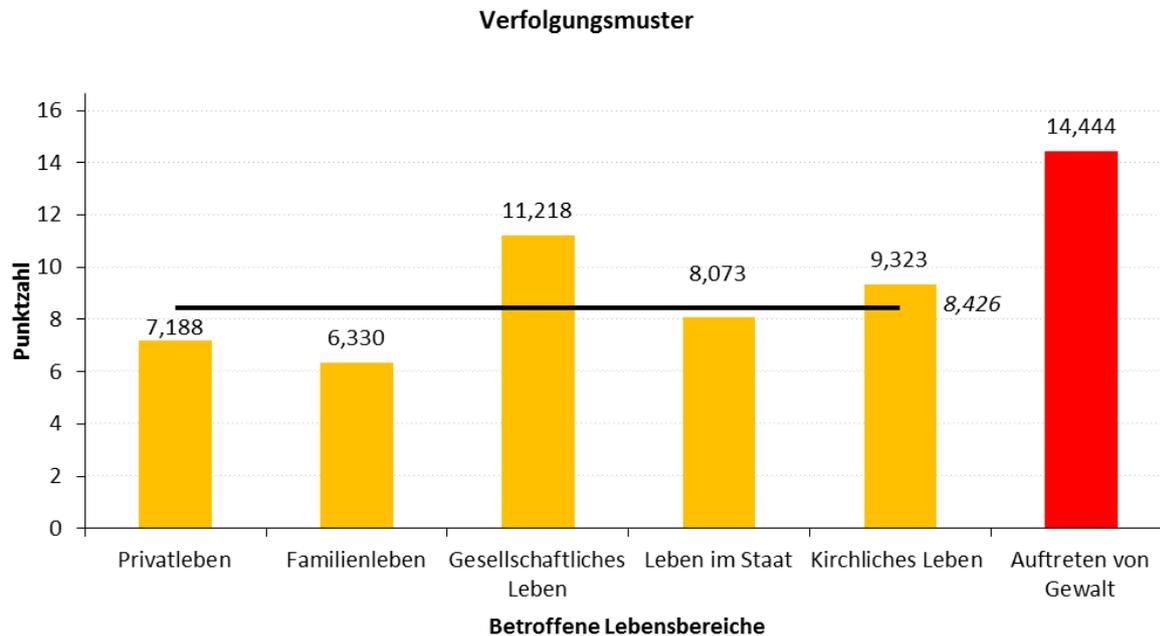
Christen aus traditionellen Kirchen wie der Katholischen Kirche (nach wie vor Religion der Mehrheit) sowie traditioneller protestantischer Kirchen (Presbyterianer und andere)

Christliche Konvertiten aus indigenen Familien oder mit kriminellem Hintergrund

Christen aus protestantischen Freikirchen wie Baptisten, evangelikale und pfingstliche Christen, und Christen aus der katholische Erneuerungsbewegung

Unter organisiertem Verbrechen und Korruption leiden alle christlichen Gruppen, besonders aber jene Christen, die sich aktiv für gesellschaftliche Veränderungen engagieren und deshalb eine Bedrohung der Vorherrschaft derer darstellen, die die Verfolgung betreiben. Christen, die kriminelle Organisationen verlassen, erleben große Verfolgung. Ethnisch begründete Anfeindungen stellen überwiegend für christliche Konvertiten aus traditionellen Glaubensrichtungen der Indios hin zu christlichen Gemeinschaften protestantischer Freikirchen eine Gefahr dar; aber auch Angehörige der katholischen Erneuerungsbewegung sind hierdurch zur Zielscheibe geworden. Konfessioneller Protektionismus behindert, wie bereits erwähnt, alle nicht-traditionellen Formen des christlichen Glaubens. Die säkulare Intoleranz betrifft alle christlichen Denominationen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mexiko

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Mexiko:

- Der Durchschnittswert der ersten fünf Blöcke, welche den Druck auf Christen in den fünf Lebensbereichen darstellen, liegt bei 8,426 Punkten und ist damit weiterhin hoch. Im Vergleich zu den Vorjahreswerten (WVI 2016: 8,256 Punkte) ist er leicht angestiegen.
- Mit einer Punktzahl von 11,218 ist der Druck im Bereich „Gesellschaftliches Leben“ sehr hoch, im Bereich „Kirchliches Leben“ liegt er bei 9,323 Punkten. In Verbindung mit einem extrem hohen Wert für die Gewaltrate zeigt sich eine typische Situation, in der kriminelle Gruppen die Gesellschaft auf der Ebene lokaler Gemeinschaften terrorisieren.
- Die Triebkräfte der Verfolgung Ethnisch begründete Anfeindungen, Säkulare Intoleranz und Konfessioneller Protektionismus tragen zu einer weiteren Verstärkung des Drucks bei und betreffen vor allen Dingen die Werte in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“.
- Der Wert für Gewalt ist der gleiche Wert wie im Vorjahr 2016 und liegt mit 14,444 Punkten extrem hoch.
- Die Gesamtsituation der Verfolgung in Mexiko ist eine Mischung aus den verschiedenen Triebkräften der Verfolgung, alles in allem ist das Leben für Christen in den Ortsgemeinschaften sehr kompliziert.

Privatleben: Der Hauptgrund für Verfolgung im Privatleben ist die Konversion. Unabhängig davon, ob sich ein *Narco* (Drogenhändler) entscheidet, sein Drogenkartell zu verlassen (Triebkraft der Verfolgung: Organisiertes Verbrechen und Korruption) oder ob sich Angehörige indigener Stämme vom traditionellen Stammesglauben zum christlichen Glauben hinwenden (Triebkraft der Verfolgung:

Ethnisch begründete Anfeindungen), in beiden Fällen wird ein Gesinnungswechsel nicht toleriert, denn er wird als Bedrohung der Macht der Kartellanführer oder der indigenen Führungspersönlichkeiten angesehen.

Familienleben: Als Folge des konfessionellen Protektionismus werden Ausdrucksformen des christlichen Glaubens, wie Hochzeiten, Taufen oder Bestattungen, die nicht traditionell-katholischen Riten entsprechen, manchmal von Familienmitgliedern behindert. Kindererziehung gemäß bestimmter christlicher Überzeugungen kann ebenfalls zum Widerstand von Familienmitgliedern führen.

Gesellschaftliches Leben: Ethnisch begründete Anfeindungen zeigen sich vorwiegend im Bereich „Gesellschaftliches Leben“, besonders dort, wo Christen vom Zugang zur sozialen Grundversorgung ausgeschlossen werden (zum Beispiel von der Versorgung mit Wasser oder Elektrizität). Vor allem in indigenen Gebieten und landwirtschaftlichen Kollektiven (*eijedos*) in den südlichen Staaten des Landes ist dies offensichtlich, denn hier lehnen katholische Traditionalisten Christen ab, die zu neuen religiösen Bewegungen (Pfingstbewegung, katholische Erneuerungsbewegung) übergetreten sind. In Bezug auf Säkulare Intoleranz ist zu berichten, dass eine religiöse Unterweisung in öffentlichen Schulen verboten ist, da dem Gesetz nach die öffentliche Bildung säkular ist.

Leben im Staat: Im staatlichen Bereich betrifft säkulare Intoleranz größtenteils den Zugang von religiösen Gruppen zu den Medien, die Gleichberechtigung christlicher Leiter bei öffentlichen Debatten und verschiedene Bereiche konfessioneller Bildung. Als Folge von Konfessionellem Protektionismus sehen sich Christen, die nicht-traditionellen protestantischen Bewegungen angehören, gelegentlich Hindernissen bei staatlichen Dienstleistungen gegenüber.

Kirchliches Leben: Organisiertes Verbrechen und Korruption beeinträchtigen Christen im kirchlichen Leben. Durch die intensive Gewalt und die wiederholt vorkommende Erpressung christlicher Leiter haben Christen bisweilen Angst, sich zu Gottesdiensten usw. zu versammeln. Extreme Gewalt, Morde, Erpressungen und Entführungen versetzen die Christen in Furcht, so dass sie und damit auch die Gemeinden es oft vorziehen, nicht öffentlich aufzutreten. Ein normales Gemeindeleben ist in manchen Gegenden fast nicht möglich. Christen, die von kriminellen Organisationen geforderte Schutzgeldzahlungen verweigern, müssen ihre Kirche oder ihr Unternehmen schließen oder mit gewalttätigen Vergeltungsaktionen rechnen. Ihre Häuser werden häufig angegriffen, und während des Berichtszeitraums wurden mindestens 23 Christen sogar getötet.

Auftreten von Gewalt: Gewalt in Mexiko ist vielseitig und betrifft Christen, die ihren Glauben aktiv praktizieren, in vielfacher Hinsicht. Die folgenden zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen: 1) Der katholische Nachrichtendienst Centro Católico Multimedial (CCM) meldete am 19. September 2016, dass zwei katholische Priester und ein Mitarbeiter der örtlichen Gemeinde am Morgen des gleichen Tages in einer Kirche in Poza Rica, im südwestlichen Bundesstaat Veracruz, entführt wurden. 2) Auf Grundlage einer Zählung anhand von Medienberichten durch die Mexikanische Kommission für die Verteidigung und Verbreitung der Menschenrechte [CMDPDH – Comisión Mexicana de Defensa y Promoción de los Derechos Humanos] während des Jahres 2016 wurden 380 Menschen dazu gezwungen, ihr Haus und Land wegen religiöser Gründe zu verlassen (siehe auch Bereich „Kirchliches Leben“).

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

1. Nationale Sicherheitskräfte haben sich bislang als unfähig erwiesen, der Gewalt Herr zu werden, was zum Teil auf die Infiltrierung der Institutionen für Sicherheit und Justiz zurückzuführen ist. Der „Kampf gegen das Verbrechen“ ist noch lange nicht gewonnen, trotz der verzweifelten Bemühungen seitens der Sicherheitskräfte. In einigen Teilen des Landes gibt es zwar positive Entwicklungen, im Großen und Ganzen gelingt es dem Staat Mexiko allerdings zu wenig, Drogenkartelle und das organisierte Verbrechen einzudämmen. Mexiko wurde schon als „Narco-Demokratie“ bezeichnet – vielleicht zu Recht –, da die Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit nicht gegeben ist. Auf dem Papier hat Mexiko adäquate Gesetze und politische Einrichtungen, in der Praxis jedoch sind Straflosigkeit und Korruption weit verbreitet. Die Sicherheitslage im Land wird wohl auch in Zukunft schwierig bleiben und ist so auch weiterhin eine große Herausforderung für die Kirche.
2. Die Gewaltkultur betrifft den Alltag aller Mexikaner und spiegelt die Unfähigkeit der mexikanischen Regierung wider, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere für die gefährdetsten Gruppen in ländlichen Gegenden, einschließlich Christen, die Minderheitengruppen angehören.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 42: Komoren

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 56 Punkten nehmen die Komoren Platz 42 auf dem Weltverfolgungsindex 2017 ein. Im vergangenen Jahr belegte das Land mit der gleichen Wertung Rang 39. Es zeichnen sich Fortschritte in Stabilität und Demokratie im Land ab. Trotz dieses Fortschritts im Demokratieprozess deutet der diesjährige Bericht darauf hin, dass sich die Situation von Christen nicht verbessert. Es sollte bedacht werden, dass die Komoren in den frühen 1990er-Jahren und bis 1998 zu den zehn Ländern an der Spitze des Weltverfolgungsindex gehörten.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Hauptantriebskraft der Verfolgung im Land ist „Islamische Unterdrückung“. In geringerem Maß ist auch „Diktatorische Paranoia“ auf den Komoren sichtbar.

Islamische Unterdrückung: Islamische Unterdrückung ist auf den Komoren nicht neu. Das neue Erstarken der Islamischen Unterdrückung begann mit der Einführung eines Rechtssystems, das Religionsbelange staatlich regelte. 2009 wurde ein Referendum abgehalten, welches die Regierung der Komoren im Rahmen einer Verfassungsänderung dazu ermächtigte, den Islam als Staatsreligion einzuführen. Dieser Schritt hat die Ausübung anderer Religionen stark eingeschränkt. Zeitgleich mit der Verfassungsänderung hat in der Bevölkerung die Unterstützung für islamistische Positionen zugenommen, besonders auf den Inseln Anjouan und Mohéli. Die wachsende Sympathie für den extremistischen Islam in der breiten Bevölkerung, bei Regierungsbeamten, religiösen Führern und besonders unter muslimischen Jugendlichen löst Besorgnis bei der christlichen Minderheit aus.

Diktatorische Paranoia: Angesichts der friedlichen Wahlen und des Wandels im Berichtszeitraum des aktuellen Weltverfolgungsindex könnte man meinen, dass die Komoren endgültig demokratisch geworden sind. Dies wäre jedoch eine Fehleinschätzung der komorischen Regierung. Das Land hat noch einen weiten Weg vor sich, bevor es eine demokratische Nation genannt werden kann. Dies trifft vor allem zu, wenn man einen Blick auf die jüngste Vergangenheit des Landes wirft. Seit der Unabhängigkeit (von Frankreich) 1975 hat es auf den Komoren mindestens zwanzig Putsche und Putschversuche gegeben. Der Inselstaat ist eines der Länder, in dem eine gewaltbeladene Geschichte zu verbreiteter Armut geführt und das Land zuweilen an den Rand des Zusammenbruchs gebracht hat. Diese Vergangenheit hat in den Köpfen vieler Regierungsbeamter tiefe Spuren der Paranoia hinterlassen. Sie tolerieren keine abweichenden Meinungen oder Interessensverbände irgendeiner Art. Auch wenn es seit Mitte der 2000er Jahre nachweislich Verbesserungen gegeben hat, sind die Machthaber des Landes immer noch dafür bekannt, Versammlungs- und Religionsfreiheit sowie die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken. Dies gilt im Besonderen für die Freiheiten von Christen.

Aktuelle Einflüsse

Die Komoren waren in den letzten 22 Jahren ununterbrochen auf dem Weltverfolgungsindex vertreten, in den ersten Jahren des Weltverfolgungsindex gehörten sie sogar zu den Ländern, in denen die Verfolgung von Christen am schlimmsten war. Mehrere Faktoren sind wichtig, um die Hintergründe der Verfolgung auf den Komoren zu verstehen.

Aktuelle Entwicklungen: 2016 wurden auf den Komoren Wahlen abgehalten, die die Aufmerksamkeit der Region auf sich zogen, da die Befürchtungen groß waren, die Wahlen könnten das Land destabilisieren. Azali Assoumani von der Convention for the Renewal of the Comoros (CRC) wurde mit 41% der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Assoumani ist ehemaliger Putschist; 1999 hatte er Tadjidine Ben Said Massoude abgesetzt.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen: Die Verfassung von 2009 erklärt den sunnitischen Islam zur Staatsreligion der Komoren. Allerdings hat jeder Bürger laut Verfassung das Recht, seiner eigenen Religion anzugehören und diese auch öffentlich zu praktizieren. Nichtmuslimen ist die Weitergabe ihres Glaubens allerdings nicht erlaubt und Ausländer, die gegen dieses Verbot verstoßen, werden des Landes verwiesen. In der Vergangenheit litt die Inselgruppe unter politischer Instabilität, was sich unter anderem in einer negativen Menschenrechtsbilanz und mehreren Staatsstreichen niederschlug. Doch seit dem Jahr 2006 befinden sich die Komoren in einem Demokratisierungsprozess, der in wachsendem Maß im Bewusstsein der Bevölkerung verankert ist. Dadurch hat auch die Fähigkeit zugenommen, sich konstruktiv mit sozialen Konflikten auseinanderzusetzen. Ein Bericht der Organisation „Freedom House“ aus dem Jahr 2016 lobt das Land, indem es die Komoren als „auf Wahlen beruhende Demokratie“ anerkennt. Der Bericht stuft das Land als „teilweise frei“ ein. Dennoch ist es noch ein langer Weg zur institutionalisierten Demokratie und regelmäßigen Wahlen.

Gesellschaftliche Faktoren: Trotz positiver Entwicklungen hin zu mehr Demokratie nehmen auch islamistische Tendenzen auf den Inseln zu. Der Vormarsch des Islamischen Fundamentalismus ist mit der Situation in den benachbarten ostafrikanischen Ländern vergleichbar. Die Verfassung verstärkt dies mit der Vorgabe, dass alle politischen Entscheidungen auf der Basis des islamischen Glaubens getroffen werden müssen. Es existieren zwar einige gesetzliche Bestimmungen zur Religionsfreiheit, aber diese schützen mehr Ausländer als einheimische Christen. Die Verbreitung einer anderen Religion als des Islam ist rechtswidrig, Konvertiten können angeklagt werden und Christen muslimischen Hintergrunds sind heftiger Diskriminierung vonseiten der muslimischen Mehrheit ausgesetzt. Sie werden so unter Druck gesetzt, dass sie ihren Glauben nur heimlich praktizieren können. Die Komoren haben enge Verbindungen zu anderen islamischen Regierungen im Mittleren Osten und der Golfregion geknüpft. Als Gegenleistung haben viele Golfstaaten versprochen, die Entwicklung des Landes zu unterstützen. Beispielsweise wurden den Komoren 40 Millionen Dollar aus dem „Saudischen Fonds für Entwicklungshilfe“ zur Verbesserung von Infrastruktur und Gesundheitswesen zugesagt. Diese Faktoren machen eine Radikalisierung der Bevölkerung und eine mögliche Bewegung hin zum militanten Islam nicht nur wahrscheinlich, sondern lassen sie Realität werden. Hinzu kommt, dass der liberale und säkulare Lebensstil auf dem nahegelegenen Archipel Mayotte von konservativen Muslimen genutzt werden könnte, um eine strengere Durchsetzung des Islam zu rechtfertigen. Extremistische Gelehrte, die vor Ort „Djaulas“ genannt werden und von denen viele aus Pakistan kommen, machen sich für eine strengere Umsetzung der Scharia im Land stark und sprechen sich damit ganz klar gegen Christen aus.

Betroffene Kategorien von Christen

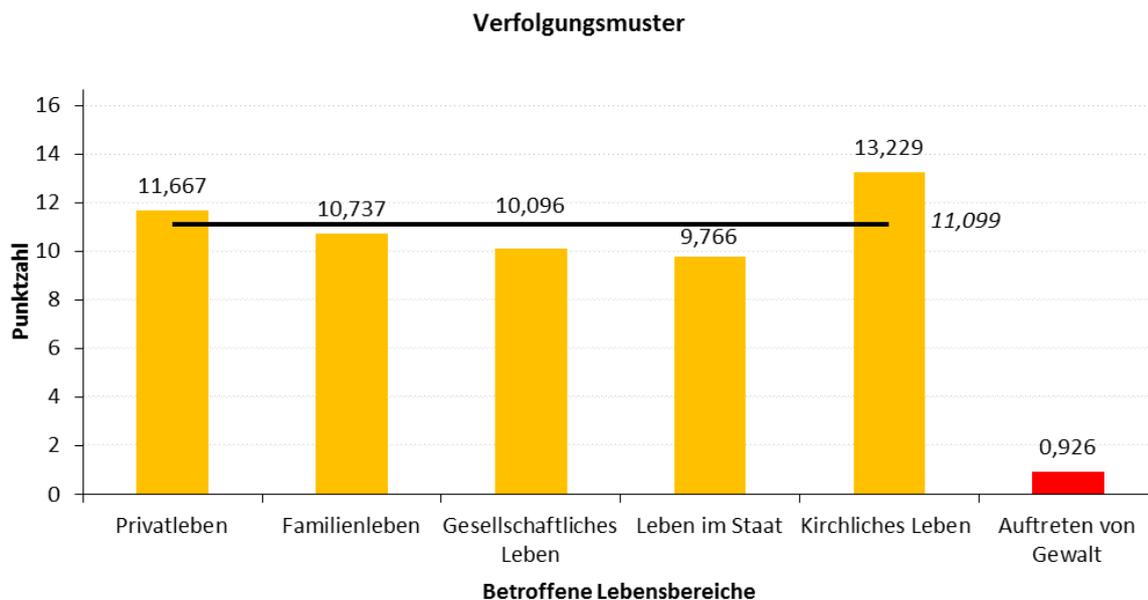
Auf den Komoren gibt es drei der Kategorien von Christen, die im Weltverfolgungsindex untersucht werden:

Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Die ausländischen Gemeinden werden hauptsächlich von extremistischen Muslimen und nichtchristlichen Leitern bedrängt und in geringerem Ausmaß auch von Leitern politischer Parteien und deren Anhängern.

Christen muslimischer Herkunft: Christen mit muslimischem Hintergrund erleben ständige Verfolgung durch Regierungsbeamte, nichtchristliche religiöse Leiter, Leiter von politischen Parteien und deren Anhänger, aber auch durch Mitglieder der eigenen Familie und islamistische Gruppierungen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Auch diese Christen (z. B. aus Baptisten-, evangelikalen oder Pfingstgemeinden) werden von der Regierung und von extremistischen Muslimen unter Druck gesetzt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Komoren

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WWI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Komoren:

- Der Durchschnittswert der ersten fünf Blöcke (11,099), der den Druck auf Christen in den fünf Lebensbereichen zeigt, ist ganz leicht gesunken (2016: 11,181).

- Am stärksten ist der Druck in den Bereichen des kirchlichen Lebens (13,229) und des Privatlebens (11,667). Dies ist typisch für eine Situation, in der Islamische Unterdrückung die Hauptantriebskraft der Verfolgung darstellt.
- Christen muslimischer Herkunft trifft die Verfolgung in den Bereichen des Privatlebens und des Familienlebens am härtesten.
- Der Wert für Gewalt, der im vergangenen Berichtszeitraum bei 0 lag, ist auf 0,926 angestiegen, befindet sich damit jedoch noch immer auf einem sehr geringen Level.
- Die Verfolgungssituation auf den Komoren ist von einer Gesellschaft geprägt, in der der sunnitische Islam die offizielle Staatsreligion ist. Familienangehörige, Leiter von Kommunen, Imame und Scheichs sind genauso wie junge muslimische Aktivisten, die in anderen Ländern wie Pakistan ausgebildet wurden, die Akteure der Verfolgung.

Privatleben: Christen auf den Komoren, vor allem Christen muslimischen Hintergrunds, stehen in ihrem Privatleben unter enormem Druck. Der Wechsel der Religion ist nicht erlaubt. Die Regierung hat den Islam zur Staatsreligion erklärt und die Gesellschaft verstößt diejenigen, die sich einem anderen Glauben zuwenden. Darüber hinaus ist es sehr riskant, seine Religion in der Öffentlichkeit auszuüben oder christliches Material zu besitzen.

Familienleben: Für Christen muslimischen Hintergrunds ist es schwer, ihre Kinder nach christlichen Werten und Prinzipien zu erziehen, da Kinder zwischen drei und sechs Jahren zur Koranschule gehen müssen. Stirbt ein Christ muslimischer Herkunft im Land, wird er als Muslim beerdigt.

Gesellschaftliches Leben: In diesem Bereich erleben alle Kategorien von Christen Verfolgung, wobei Christen muslimischen Hintergrunds verstärkt betroffen sind. Zusätzlich zum Druck im Bereich des Familienlebens werden sie auch im gesellschaftlichen Leben benachteiligt. Zum Beispiel haben sie nur einen begrenzten Zugang zu medizinischer Versorgung. Christen muslimischen Hintergrunds werden mit Unterstützung der Regierung stark unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben öffentlich zu widerrufen.

Leben im Staat: Die Verfassung der Komoren erklärt den Islam explizit zur Staatsreligion. Andere Gesetze, die auf dieser Erklärung fußen, haben die Scharia und eine muslimische Sichtweise zur Grundlage.

Kirchliches Leben: Dieser Bereich hat häufig eine direkte Verbindung zum Bereich „Leben im Staat.“ Dies liegt daran, dass die Registrierung und Lizenzierung von Gebäuden in Übereinstimmung mit offiziellen Gesetzen und Regelungen geschehen muss. So ist es kein Zufall, dass dieser Bereich die höchste Wertung auf den Komoren erzielt. Für die Christen des Landes ist es schwer, Versammlungsorte zu bauen. Sie können außerdem keine Bibeln und andere christliche Materialien verteilen. Hausgemeinden werden konstant von lokalen Gruppen beobachtet. Für ausländische Gemeinden ist es sehr gefährlich, einheimische Christen an den Gottesdiensten teilnehmen zu lassen. Wird dies entdeckt, droht den ausländischen Christen die Ausweisung.

Gewalt: Im Berichtszeitraum wurde das Auftreten von Gewalt mit einem Wert von 0,926 festgehalten, was einem Anstieg gegenüber dem vorangegangenen Jahr darstellt, in dem keine religiös motivierte Gewalt gegen Christen festgestellt wurde. Im aktuellen Berichtszeitraum wurden mehrere Christen muslimischer Herkunft aufgrund ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Zudem wurden einige Christen mit muslimischem Hintergrund physisch und psychisch misshandelt.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 43: Kasachstan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 56 Punkten steht Kasachstan auf Platz 43 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Im Jahr 2016 nahm Kasachstan mit 55 Punkten Rang 42 ein. Der Anstieg der Punkte lässt sich vor allem durch die wachsende Kontrolle erklären, die das Regime über das gesamte Land, einschließlich religiöser Gemeinschaften, ausübt.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Christenverfolgung in Kasachstan sind „Diktatorische Paranoia“ und in geringerem Maße „Islamische Unterdrückung“. Anzumerken ist hierbei, dass „Diktatorische Paranoia“ in Kasachstan ein Resultat der kommunistischen Vergangenheit ist und daher aus der kommunistischen Unterdrückung entstand.

Diktatorische Paranoia: Außerhalb der staatlich geleiteten und vom Regime kontrollierten Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Seit dem Jahr 2015 hat sich der Druck der Behörden verstärkt und es gab eine Zunahme von Razzien bei Veranstaltungen sowie Befragungen und Festnahmen von Christen. Es ist üblich, Mitglieder protestantischer Kirchen als Angehörige einer fremdartigen Sekte zu betrachten, deren einzige Ziele das Ausspionieren und die Zerstörung des aktuellen politischen Systems sind. Diese Sichtweise erklärt, warum sie nicht nur unter Kontrolle gehalten werden, sondern bei Bedarf sogar ausgemerzt werden müssen.

Islamische Unterdrückung: Islamische Kreise üben besonders starken Druck auf christliche Konvertiten mit einem muslimischen Hintergrund aus. Wenn Kasachen sich dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, erfahren sie vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft starken Druck bis hin zu physischer Gewalt. Damit sollen sie gezwungen werden, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Manche Christen werden für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Lokale Mullahs wenden sich in ihren Predigten gegen diese Christen und üben so zusätzlichen Druck auf sie aus. Es kommt auch vor, dass Konvertiten aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Dies alles führt dazu, dass Christen muslimischer Herkunft ihren Glauben möglichst geheim halten.

Aktuelle Einflüsse

Präsident Nasarbajew altert zusehends (er wurde am 6. Juli 1940 geboren) und ist Berichten zufolge gesundheitlich angeschlagen. Bislang ist unklar, wer seine Nachfolge antreten wird. Vermutlich wird der künftige Präsident einen ähnlichen Hintergrund wie Nasarbajew haben, so dass keine große Veränderung zu erwarten ist.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt ist die große russische Minderheit im Norden des Landes. Laut der Volkszählung aus dem Jahre 2009 sind 23,7 Prozent der Gesamtbevölkerung Kasachstans russischer Herkunft. Diese Tatsache bereitet dem Regime ebenfalls einige Kopfschmerzen, angesichts der machtbewussten Politik der russischen Regierung unter Präsident Putin. Die Geschehnisse auf der Krim und in der Ostukraine zeigen, dass die Sorgen Kasachstans nicht unbegründet sind.

Eine wachsende Gruppe islamischer Extremisten, die im Oktober 2011 kleinere Bombenanschläge verübt hat, verstärkt die Sorgen des Landes zusätzlich. Behördenangaben zufolge kämpfen bereits 300 kasachische Dschihadisten an der Seite des „Islamischen Staates“ (IS) in Syrien und dem Irak. Inoffizielle Quellen sprechen von deutlich höheren Zahlen. Das Regime nutzt diese Informationen und übertreibt die Gefahren, um die zunehmende Kontrolle der Gesellschaft und weitere Einschränkungen von Freiheiten rechtfertigen zu können.

Betroffene Kategorien von Christen

In Kasachstan leben Christen aller Kategorien, die alle in unterschiedlichem Ausmaß Verfolgung erleben:

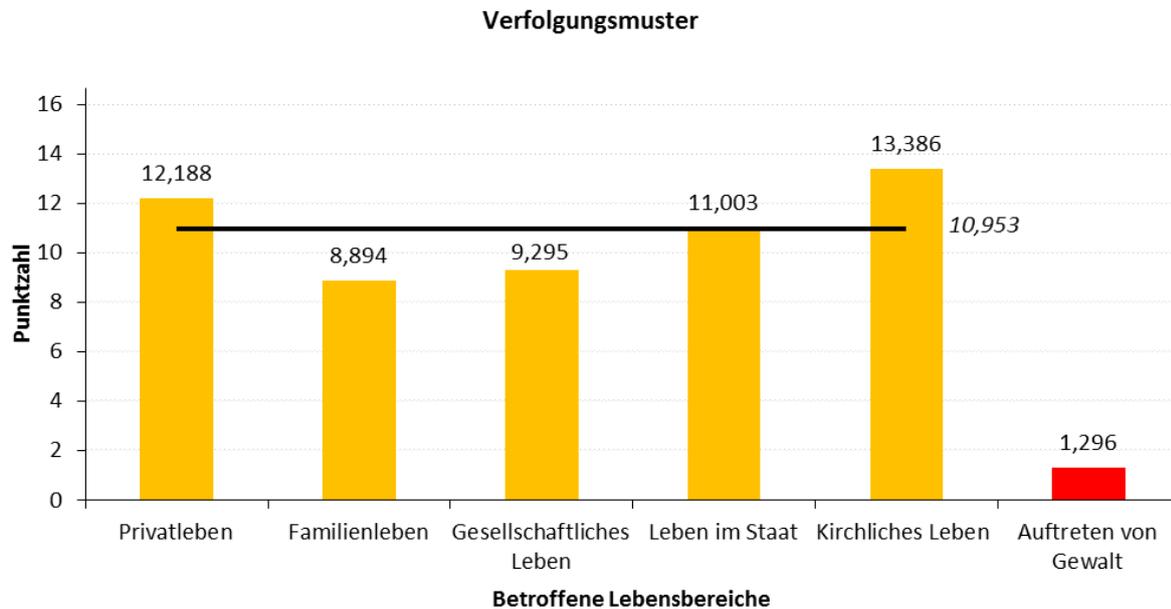
Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Sie konzentrieren sich eher auf interne Aktivitäten als auf die Verbreitung ihres Glaubens. Aus diesem Grund erfahren sie Verfolgung nur in geringem Ausmaß.

Christen aus traditionellen Kirchen: Diese Gruppen, von denen die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) mit Abstand die größte Gruppe darstellt, geben das Evangelium nicht unter Kasachen weiter. Da das kasachische Regime sie nicht als Gefahr einstuft, können sie weitgehend ungestört agieren. Darüber hinaus hat die Regierung Kasachstans kein Interesse daran, Russland zu provozieren, indem sie gegen die Russisch-Orthodoxe Kirche vorgeht. Die Vorkommnisse im Osten der Ukraine dienen als warnendes Beispiel.

Christen muslimischer Herkunft: Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund bekommen die ganze Wucht der Verfolgung in Kasachstan zu spüren. Abgesehen vom Staat werden sie auch von Familie, Freunden und Gesellschaft unter starken Druck gesetzt.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Mitglieder protestantischer Freikirchen (z. B. Baptisten, Evangelikale, Pfingstler) sind die zweite Gruppe, die besonders verfolgt wird. Unter ihnen sind es vor allem die nichtregistrierten Gruppen, die aktiv das Evangelium verbreiten. Sie leiden unter vielen Angriffen, Drohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen durch die Behörden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kasachstan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Kasachstan:

- Die Durchschnittspunktzahl der ersten fünf Säulen, die den Druck auf Christen in den fünf Lebensbereichen verdeutlichen, ist im Vergleich zum Vorjahr von 10,833 Punkten auf 10,953 Punkte angestiegen.
- Wie das Diagramm veranschaulicht, ist die Verfolgung in den Bereichen Privatleben, Leben im Staat und Kirchliches Leben am stärksten. In den Bereichen Familienleben und Gesellschaftliches Leben ist die Verfolgung nicht ganz so stark ausgeprägt. Das ist typisch für eine Situation, in der Diktatorische Paranoia die Haupttriebkraft der Verfolgung ist.
- Der Druck durch Islamische Unterdrückung ist am stärksten in den Bereichen Privatleben, Familienleben und Gesellschaftliches Leben vorhanden und wird vom sozialen Umfeld hauptsächlich auf Christen mit muslimischem Hintergrund ausgeübt.
- Die Punktzahl im Bereich Physische Gewalt hat sich im Vergleich zur Punktzahl der Vorjahres (1,296 Punkte) nicht verändert und bleibt auf einem niedrigen Stand.
- Insgesamt wird die Verfolgung in Kasachstan hauptsächlich durch repressive Maßnahmen der Regierung verursacht, die danach strebt immer größere Kontrolle über alle Lebensbereiche zu erlangen.

Privatleben: Die Hinwendung von Menschen zum christlichen Glauben löst oft heftige Reaktionen aus. Konvertierte Christen mit muslimischem Hintergrund vermeiden es, öffentlich christliche Rituale zu praktizieren oder christliche Symbole zu zeigen, um keine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Der Staat ist außerordentlich empfindlich, was die Ausbreitung „nicht-traditioneller“ Religionen ohne staatliche Anerkennung angeht. Protestantische Christen sind das Hauptziel der staatlichen

Überwachung und Überprüfung. Es gab Berichte von Razzien gegen Organisationen und Personen aus dem protestantischen Bereich, bei denen die Behörden christliche Materialien und Bücher beschlagnahmten und den Eigentümern Geldstrafen auferlegten. Sobald Christen muslimischer Herkunft in ihrem Verwandtenkreis oder sozialen Umfeld Glaubensthemen ansprechen, entstehen dadurch fast immer Konflikte. Da sie von der Gemeinschaft genau beobachtet werden, ist es schwierig für konvertierte Christen, sich mit anderen Christen zu treffen. Der kasachische Geheimdienst (KNB) überwacht alle Christen, die nicht dem orthodoxen Glauben angehören. Konvertierte Christen laufen Gefahr, von ihrer Familie eingesperrt zu werden (Hausarrest), um sie dazu zu zwingen ihren neuen Glauben zu widerrufen.

Familienleben: Ein äußerst wichtiger Schritt für konvertierte Kasachen ist die Taufe, die sehr häufig zu Konflikten mit muslimischen Verwandten führt. Islamische Friedhöfe erlauben zwar die Beerdigung von Christen, allerdings nur unter der Bedingung, dass die Bestattung nach islamischen Riten abgehalten wird. Die Religionsfreiheit im Land wird immer weiter eingeschränkt und die Überwachung durch Sicherheitskräfte nimmt immer stärker zu. Für protestantische Christen wurde die Situation besonders durch ein Gesetz aus dem Jahr 2011 erschwert, das Aktivitäten von staatlich nicht anerkannten religiösen Gruppen einschränkt. Kinder protestantischer Christen werden aufgrund des christlichen Glaubens der Eltern oftmals belästigt oder diskriminiert. Schulen und Institutionen verwenden staatliche Gelder für die Organisation von Propagandaveranstaltungen zur Bekämpfung von „Sekten“, was evangelikale Gemeinden einschließt. Angeblich ist die Teilnahme an diesen Veranstaltungen freiwillig, allerdings wird jeder Bürger nachdrücklich zur Teilnahme aufgefordert. Wenn konvertierte Christen mit muslimischem Hintergrund sich weigern, ihren neuen Glauben zu widerrufen, kann es passieren, dass die Familien versuchen eine Scheidung zu erzwingen oder ihnen das Sorgerecht für die Kinder zu entziehen. Es gab Gerichtsverfahren, bei denen Konvertierten ihr Erbrecht entzogen wurde.

Gesellschaftliches Leben: In ländlichen Gegenden überwacht die örtliche Gemeinschaft bekannte Christen muslimischer Herkunft; in lokalen Institutionen werden nur Muslime akzeptiert. Damit sie zum „Glauben ihrer Väter“ zurückkehren, wird zeitweise immenser Druck auf Christen mit muslimischem Hintergrund ausgeübt. Es kommt vor, dass christliche Kinder und Jugendliche in der Schule Beleidigungen und Propaganda ausgesetzt sind; bislang wurde jedoch niemand allein aufgrund seines christlichen Glaubens von einer Schule verwiesen. Während es bei einfachen Schulabschlüssen im Allgemeinen keine Probleme gibt, kann es für aktive Christen schwierig sein, Zugang zu Handelsschulen oder höheren Bildungswegen zu erlangen. Auch unter staatlichen Angestellten werden Christen verstärkt diskriminiert, was vor allem einheimische Kasachen betrifft. In Almaty versuchten die Behörden, einer Lehrerin zu kündigen, da sie eine protestantische Kirche besuchte. Solche Vorfälle sind bei Exekutivorganen an der Tagesordnung. Im Januar 2015 wurden Änderungen des Strafgesetzbuches wirksam. Durch diese Änderungen wurden neue Bußgelder und Strafen eingeführt, die unter anderem Strafen bis zu sechs Jahren Gefängnis beinhalten. Gruppen, welche nicht-satzungsgemäße Aktivitäten durchführen, müssen mit derartigen Strafen rechnen. Davon sind auch christliche Versammlungen betroffen.

Leben im Staat: Die Regierung macht durch ihre Praxis deutlich, dass sie den Islam für die kasachische Bevölkerung und den orthodoxen Glauben für die Slawen als angemessen betrachtet und alles andere für überflüssig hält. Obwohl die Religionsfreiheit durch die Verfassung geschützt ist, wird dieser Schutz faktisch nur den Religionen bzw. Gruppen gewährt, die durch das Gesetz von 2011 als „traditionell“ anerkannt werden. Zu diesen Gruppen gehören Sunniten der hanafitischen Schule,

die Russisch-Orthodoxe Kirche, die Römisch-Katholische Kirche, Lutheraner und Juden. Protestantische Freikirchen gehören nicht dazu und laufen Gefahr verfolgt zu werden, wenn sie öffentliche Aktivitäten im Zusammenhang mit ihrem Glauben durchführen. Durch das Gesetz von 2011 ist es kleineren religiösen Gruppen deutlich erschwert worden, sich registrieren zu lassen. Die kasachischen Medien sind Christen gegenüber generell negativ eingestellt. Es gab einige Veröffentlichungen, die speziell gegen protestantische Freikirchen und Christen muslimischer Herkunft gerichtet waren. Darin wurde protestantischen Christen vorgeworfen, sie seien keine Kasachen und ihr Glaube sei sowohl anti-islamisch als auch anti-christlich. In den Beiträgen kamen Vertreter der religiösen und ethnischen Gemeinschaften zu Wort, denen die christlichen Konvertiten früher angehört hatten, und beschuldigten ihre ehemaligen Weggefährten der Blasphemie.

Kirchliches Leben: Zur Registrierung einer religiösen Vereinigung sind fünfzig Mitglieder mit kasachischer Staatsangehörigkeit erforderlich. Nicht registrierte Kirchen sind streng verboten. Zusätzlich gibt es spezielle Anforderungen für kirchliche Gebäude und das Land, auf dem sie gebaut werden. Häufig wurden in der Vergangenheit die Gottesdienste oder Versammlungen protestantischer Christen gestört und sie mussten Bußgelder zahlen, da ihre Gotteshäuser nicht offiziell vom Staat anerkannt sind. In der Praxis interpretieren Gerichte alle Arten von religiösen Tätigkeiten als illegale Missionstätigkeit, sobald sie außerhalb eines registrierten kirchlichen Gebäudes stattfinden. Das Gesetz verlangt von registrierte Kirchen, das Einverständnis beider Elternteile von Kindern unter 18 Jahren vorzulegen, damit diese an kirchlichen Veranstaltungen teilnehmen dürfen. Das Drucken, Importieren, Verteilen und Verkaufen aller religiösen Materialien bedarf einer Erlaubnis des Staatlichen Religionsausschusses. Eine solche Erlaubnis können nur registrierte Kirchen beantragen. Nach dem Gesetz dürfen Organisationen, Einrichtungen oder Schulen nicht auf religiöser Grundlage agieren. Religiösen Gruppen ist generell untersagt, gemeinnützige, humanitäre, medizinische, soziale oder kulturelle Einrichtungen bzw. Vereine zu gründen.

Auftreten von Gewalt: Die Verfolgung in Kasachstan scheint nicht sehr gewalttätig zu sein, allerdings wird nicht über alle Vorfälle berichtet, so dass man von einem höheren Maß von Gewalt als dem hier dokumentierten ausgehen kann. Im Berichtszeitraum wurden 20 Christen festgenommen. Yklas Kabduakasov, Mitglied der Siebenten-Tags-Adventisten, leistet eine zweijährige Strafe in einem Arbeitslager ab. Mindestens zwei Christen wurden körperlich angegriffen. Im Juli 2016 verließ Viktor Lim Kasachstan, ihm wurde in den Vereinigten Staaten von Amerika Asyl gewährt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Religionsfreiheit wird bereits durch neue Gesetze beschnitten und das Regime in Kasachstan arbeitet beständig daran, mehr Kontrolle über die gesamte Gesellschaft zu erlangen. Dies führt zu einer stärkeren Überwachung, Razzien bei Veranstaltungen und Festnahmen von Christen. Die Regierung nutzt die Bedrohung durch den extremistischen Islamismus als Vorwand, um immer weitere Freiheiten einzuschränken. Es deutet also alles darauf hin, dass sich die Situation der christlichen Minderheit in Kasachstan zunehmend verschlechtert; ihre Zukunft sieht besorgniserregend aus. Der Druck, den das soziale Umfeld auf Christen (insbesondere mit muslimischem Hintergrund) ausübt, wird sich vermutlich nicht verändern.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 44: Vereinigte Arabische Emirate

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 55 Punkten belegen die Vereinigten Arabischen Emirate Platz 44 auf dem Weltverfolgungsindex 2017. Damit entspricht die Punktzahl der des Jahres 2016, als die Vereinigten Arabischen Emirate auf Rang 47 eingestuft wurden. Das Maß der Verfolgung von Christen in den Vereinigten Arabischen Emiraten bleibt konstant auf einem sehr hohen Level.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung in den Vereinigten Arabischen Emiraten ist „Islamische Unterdrückung“. „Diktatorische Paranoia“ spielt in geringerem Maße ebenfalls eine Rolle.

Islamische Unterdrückung: Wie in vielen anderen Ländern der Region definiert sich die Gesellschaft der Vereinigten Arabischen Emirate hauptsächlich über ihre Religion. Demnach beherrscht der Islam sowohl das private und das öffentliche Leben als auch den politischen Diskurs des Königreiches. Folglich werden alle Staatsbürger als Muslime definiert. Das Gesetz verweigert den Muslimen unter Androhung der Todesstrafe die Freiheit, ihren Glauben zu wechseln. Um Tod, gesellschaftliche Stigmatisierung und andere Strafen zu vermeiden, stehen Christen muslimischer Herkunft, deren Glaubenswechsel bekannt geworden ist, unter starkem Druck, entweder zum Islam zurückzukehren, ihren Glauben zu verstecken oder in andere Länder auszureisen, in denen sie als Christen leben dürfen. Auch wenn nicht bekannt ist, dass die Todesstrafe an einem Christen muslimischer Herkunft vollzogen wurde, ist die bloße Existenz dieses Gesetzes einschüchternd. Hinzu kommt, dass die Regierung keine andere offizielle oder inoffizielle religiöse Ausbildung als Islamunterricht erlaubt. Evangelisation ist verboten. Jedoch können nicht-muslimische Gruppen in bestimmten Gebäuden oder privaten Häusern Gottesdienste feiern.

Diktatorische Paranoia: Die Vereinigten Arabischen Emirate sind keine Demokratie. Das Land wird von einer Dynastie regiert, die zahlreiche Grundrechte nicht anerkennt. Es besteht eine Überschneidung der beiden Triebkräfte Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia. Die Regierung zeigt Anzeichen der Islamischen Unterdrückung, indem sie die Rechte der Christen im Vergleich zu denen anderer Bürger beschneidet.

Aktuelle Einflüsse

Der Segen der Geographie: Die Vereinigten Arabischen Emirate sind eines der strategisch wichtigsten und relativ stabilen Länder in dieser sehr instabilen Region. Mit einer Bevölkerung von weniger als zehn Millionen (wovon Ausländer rund 80 Prozent der Bevölkerung ausmachen) sind die Vereinigten Arabischen Emirate eine der freien, stabilen und dadurch strategisch wichtigen Wirtschaftsmächte in dieser sonst instabilen Region. Das Land ist ein Zentrum für internationale Finanz- und Baufirmen. Mit dem benachbarten Golf von Oman, dem Persischen Golf, Oman und Saudi-Arabien sind sie ein

Machtzentrum, wenn es um Attraktivität für ausländische Akteure geht. Das Jahreseinkommen pro Kopf ist vergleichbar mit dem in den führenden westeuropäischen Ländern. Das hohe Ölvorkommen und die moderate Außenpolitik haben dazu geführt, dass die Vereinigten Arabischen Emirate eine wesentliche Rolle in den Angelegenheiten der Region spielen. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben sich aus den Unruhen des Arabischen Frühlings, die überall im Nahen Osten auftraten, im Wesentlichen herausgehalten.

Politik und Verwaltung: Alle Entscheidungen zur politischen Herrschaft werden von den dynastischen Herrschern der sieben Emirate getroffen und es gibt keine Möglichkeit für das Volk, die Politik mitzubestimmen. Religions-, Presse- und Versammlungsfreiheit, sowie Redefreiheit und freie Meinungsäußerung sind in dem Königreich stark eingeschränkt. Laut „Freedom House“, welches das Land im Bericht 2016 als „nicht frei einstuft“, sind politische Parteien nicht anerkannt oder zugelassen. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2017 hat auch „Reporter ohne Grenzen“ einige Vorfälle aufgelistet, in denen Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung eingeschränkt und Kritiker angeklagt wurden. Die Verfassungsbestimmungen zur Religionsfreiheit unterliegen starken Einschränkungen („clawback-clauses“). Die Verfassung sieht Religionsfreiheit unter der Bedingung vor, dass weder geltende Sitten noch die öffentliche Moral und Ordnung verletzt werden. Blasphemie ist verboten. Evangelisation ist ebenfalls verboten und kann mit der Todesstrafe geahndet werden. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben sich dem Bündnis angeschlossen, das den IS bekämpft.

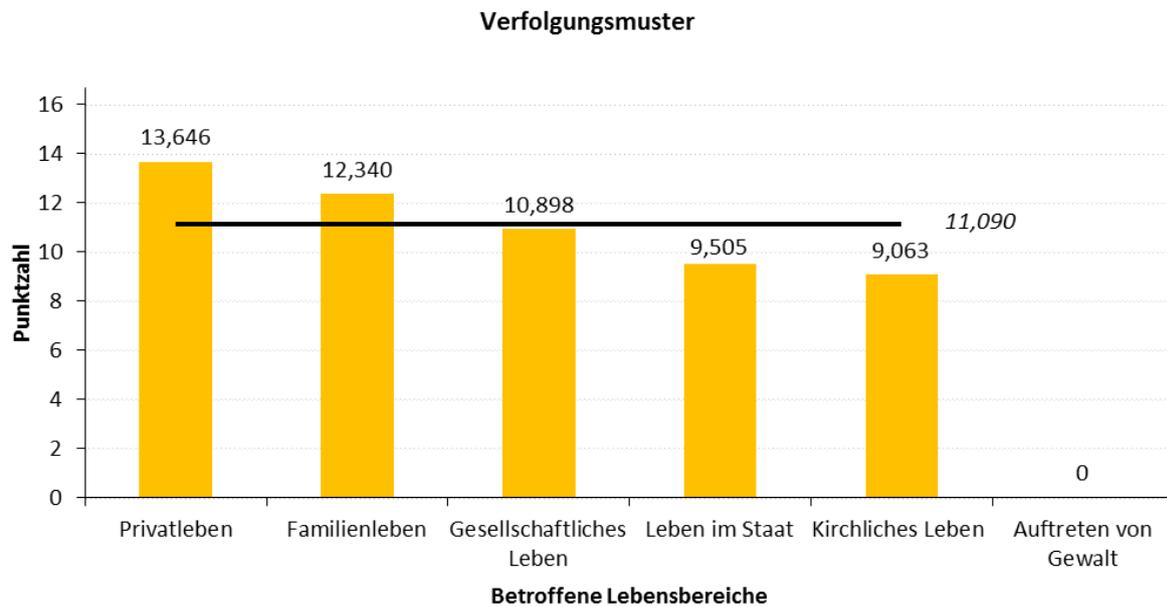
Betroffene Kategorien von Christen

Zwei Kategorien von Christen sind in den Vereinigten Arabischen Emiraten von Verfolgung betroffen:

Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Die Mehrheit der Christen in den Vereinigten Arabischen Emiraten gehört zu dieser Gruppe, welche einige Freiheiten genießt, jedoch ebenfalls mit Einschränkungen konfrontiert sind. Afrikanische und asiatische Ausländer genießen mehr Freiheiten als Konvertiten, aber nicht in demselben Maße wie westliche Ausländer. Dies ist allerdings nur solange der Fall, wie sie Muslime nicht evangelisieren.

Christen muslimischer Herkunft: Der Druck auf Christen muslimischen Hintergrunds ist im ganzen Land sehr hoch. Die rechtlichen Rahmenbedingungen schützen sie nicht vor Verfolgung. Christen muslimischer Herkunft erleben großen Druck vonseiten der Familie, der Verwandtschaft und der muslimischen Gesellschaft, alles in allem aber bedingt durch die islamische Regierung, das Gesetz und die Kultur.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Vereinigte Arabische Emirate

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Vereinigte Arabische Emirate:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in den Vereinigten Arabischen Emiraten ist sehr hoch. Im Vergleich zum Vorjahr ist er auf 11,090 angestiegen (WVI 2016: 10,909).
- Wie das Verfolgungsmuster zeigt, ist der Verfolgungsdruck im Bereich „Privatleben“ am stärksten ausgeprägt (13,646), gefolgt vom „Familienleben“ (12,340). Dies ist charakteristisch für Länder, in denen Familienmitglieder (sowohl die Kern- als auch die erweiterte Familie) und Mitglieder der Gemeinschaft eine signifikante Rolle in der Verfolgung von Christen mit muslimischem Hintergrund spielen.
- Auch in diesem Jahr gab es keine physische Gewalt.
- Die Verfolgung in den Vereinigten Arabischen Emiraten wird durch Islamische Unterdrückung innerhalb eines rechtlichen Rahmens angetrieben, der Christen muslimischer Herkunft nicht vor Verfolgung oder Strafverfolgung schützt.

Privatleben: Wie das Verfolgungsmuster widerspiegelt, ist der Druck auf Christen, vor allem Christen mit muslimischem Hintergrund, in diesem Lebensbereich am stärksten. Dies ist besonders schwierig, da es gegen den Kern der individuellen Freiheit geht. Das Privatleben der Christen wird durch viele Faktoren verkompliziert. Die Hinwendung zu jeder anderen Religion als dem Islam ist verboten. Christen werden von der Gesellschaft diskriminiert und stigmatisiert. Gerade für Christen muslimischer Herkunft, die aus Sicherheitsgründen nur verdeckt ihren christlichen Glauben leben, ist es gefährlich, christliche Materialien zu besitzen.

Familienleben: In diesem Lebensbereich ist der Druck auf Christen im Königreich am zweitstärksten. Die Verfolgung betrifft besonders die Themen Hochzeit, Kindererziehung, Erbschaft und Sorgerecht. Eine religiös gemischte Ehe ist nur zwischen einem muslimischen Mann und einer nicht-muslimischen Frau zulässig. Im Fall einer Scheidung überträgt der Staat das Sorgerecht für alle Kinder der nicht-muslimischen Frau an den muslimischen Vater, wenn sie nicht zum Islam konvertiert. Es ist gesetzlich festgelegt, dass eine nicht-muslimische Frau, die sich nicht zum Islam bekehrt, der Staatsbürgerschaft unwürdig ist. Des Weiteren kann sie auch den Besitz des Mannes nicht erben, es sei denn, sie wird im Testament explizit als Begünstigte aufgeführt.

Gesellschaftliches Leben: Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist für Christen in den Vereinigten Arabischen Emiraten nicht einfach. Diese sehr konservative Gesellschaft sieht das Christsein als ein Zeichen der Unreinheit an. Jeder Konvertit und jeder, der auch nur verdächtigt wird, zu einem anderen Glauben übergetreten zu sein, wird von der Gesellschaft geächtet. Ein Forscher sagte dazu: „Es existieren keine Gesetze oder Regelungen, die es Christen verbieten, sich in gesellschaftlichen oder ähnlichen Einrichtungen einzusetzen. Jedoch halten sich Christen regelmäßig aus Sicherheitsgründen zurück. Die bereits bestehende gesellschaftliche Benachteiligung und Diskriminierung der Christen und anderer Nicht-Muslime führen im Ergebnis dazu, dass sie sich nicht sicher fühlen und sich daher nicht in gesellschaftlichen Einrichtungen und Foren engagieren.“

Leben im Staat: Dieser Lebensbereich ist oftmals in Ländern von Verfolgung betroffen, in denen eine Religion als Eckstein der Gesellschaft angesehen wird. Der Islam ist Staatsreligion und die Scharia dient als Grundlage der Gesetzgebung und der Rechtsprechung. Das bedeutet, dass Christen ihren eigenen Glauben an Jesus Christus nicht leben können, sondern so leben müssen, wie es ihnen von anderen vorgegeben wird. So dürfen sie zum Beispiel während des Ramadan nicht öffentlich essen oder trinken. Christen dürfen außerdem nicht missionieren, während Muslime dazu aufgefordert werden.

Kirchliches Leben: Aufgrund der erheblichen Anzahl an ausländischen und eingewanderten Christen im Land gibt es über zwei Dutzend offizielle Kirchen. Dennoch begegnen Christen ernsthafte Probleme in diesem Lebensbereich. Zunächst ist die existierende Anzahl an Kirchen nicht genug für die hohe Anzahl an Christen im Land. Außerdem erleben Christen Restriktionen in vielerlei Hinsicht. Ein Feldforscher erklärt: „Der Zoll überprüft routinemäßig den Inhalt christlicher Materialien, die in das Land importiert werden.“ Weiterhin „ist der Import, der Besitz sowie das Verteilen von religiöser Literatur, Kleidung und Symbolen durch das Gesetz eingeschränkt. Zusätzlich ist es aufgrund gesellschaftlicher Vorurteile, Diskriminierung und Benachteiligungen von Christen sehr gefährlich, öffentlich Bibeln und anderes christliches Material zu verteilen. Dies gilt besonders, wenn Material an Christen muslimischer Herkunft verteilt wird.“

Auftreten von Gewalt: Es liegen keine Berichte über Gewalt gegen Christen im Berichtszeitraum vor.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2017 waren die Vereinigten Arabischen Emirate stabil. Wirtschaftlich gesehen sind sie das Kraftwerk der Region. Dennoch bereitet der aufstrebende sunnitische IS in der Region fast allen Ländern im Mittleren Osten und in der Golfregion Sorgen. Die Hauptsorge ist eine zunehmende Radikalisierung der Gesellschaft. Diese Angst besteht weiterhin, auch wenn der IS allmählich das eroberte Land wieder verliert. Die Länder des Mittleren Ostens und der Golfregion haben (neue) Programme und Regelungen eingeführt, um sich des Problems des extremistischen Islam in der eigenen Gesellschaft anzunehmen. Am 25. Juli 2015 verabschiedeten die Vereinigten Arabischen Emirate ein Gesetz gegen Intoleranz.

Wenn man vergangene Erfahrungen und die momentane Situation zugrunde legt, kann Folgendes über die Aussichten für Christen in den Vereinigten Arabischen Emiraten gesagt werden:

- Der Druck auf Christen im Land wird wahrscheinlich sehr hoch bleiben.
- Christen werden weiterhin viele Probleme haben, offizielle Registrierungen oder Baugenehmigungen für neue Kirchen zu erhalten.

Trotz der Herausforderungen, mit denen viele Christen im Land konfrontiert sind, ist es wahrscheinlich, dass noch mehr ausländische Christen in das Land kommen werden.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 45: Sri Lanka

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 55 Punkten steht Sri Lanka auf Platz 45 des Weltverfolgungsindex 2017. Im Jahr 2016 war Sri Lanka mit 53 Punkten nicht im WVI vertreten, stand aber unter Beobachtung. Der Druck auf Christen hat in allen Bereichen zugenommen, außer bei „Auftreten von Gewalt“ und „Kirchliches Leben“, und war besonders bei „Leben im Staat“ erkennbar.



Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus: Die Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka ist ein säkularer Staat. Trotzdem hat der Buddhismus laut Verfassung als Staatsreligion einen Sonderstatus. In Kapitel 2 der Verfassung steht: „Die Republik Sri Lanka gibt dem Buddhismus den höchsten Rang und deshalb soll es die Pflicht des Staates sein, die Buddha Sasana (buddhistische Lehren) zu schützen und zu pflegen. Allen Religionen werden die Rechte aus Artikel 10 und 14(1) (e) zugesichert.“ Die Bestimmung aus Artikel 9 wurde im neuen Verfassungsentwurf unverändert stehen gelassen. Die in den Artikeln 10 und 14 beschriebenen Rechte können jedoch eingeschränkt werden, welches mit unterschwelligem Mitteln geschieht, worauf im 5. Punkt „Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt“ noch weiter eingegangen wird.

Die Vorherrschaft des Buddhismus ist ein im Land weit verbreitetes Konzept. Alle Singhalesen werden als Buddhisten angesehen, weshalb tamilische, aber auch singhalesische Christen als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Ihnen wird mit Argwohn begegnet. Sie werden regelmäßig verleumdet und angegriffen. Akteure sind dabei nicht nur Angehörige der Behörde (mit dem bezeichnenden Namen „Amt für religiöse Angelegenheiten und der buddhistischen Sasana“), sondern auch buddhistische Mönche und örtliche Leiter. Extremistische Buddhisten Gruppen, namentlich „Bodu Bala Sena“ (BBS) und „Sinhala Ravaya“ (SR) werden von buddhistischen Mönchen angeführt. Sie waren in der Vergangenheit für Ausschreitungen gegen die christliche Minderheit verantwortlich. Doch im Berichtszeitraum für den WVI 2017 haben sie eine andere Taktik gewählt. Die BBS gründete die „Buddhistische Nationalpartei“, die in den Nationalwahlen im Januar 2015 schlecht abgeschnitten hat. Seitdem ist es um diese Gruppe verdächtig ruhig geworden. Anscheinend sind sie gerade dabei, sich neu zu strukturieren und zu überlegen, wie sie ihre Macht und ihren Einfluss in dieser neuen Situation am besten nutzen können. Das Schweigen der extremistischen buddhistischen Hauptgruppen sollte aber nicht als Zeichen einer verbesserten Gesamtsituation missverstanden werden. Die buddhistische Vorherrschaft ist im Alltag von z.B. muslimischen und christlichen Minderheiten weiterhin deutlich spürbar. Nur wird dies weder von BBS noch SR aktiv betrieben.

Aktuelle Einflüsse

Um den Buddhismus Sri Lankas zu verstehen, muss man das sri-lankische Dreieck verstehen. Das singhalesische Leben hat drei Säulen: Tempel, Dorf und See (damit ist Anbau und Bewässerung gemeint). Nichts, darf dieses Dreieck betreten, alles von Außerhalb Kommende wird mit Argwohn behandelt. Den sri-lankischen Buddhisten geht es daher nicht so sehr um die buddhistische Philosophie, wie sie im Westen bekannt ist, sondern um die Bewahrung und den Schutz dieses traditionellen Dreiecks. Die Handlungen von BBS und SR können daher als Versuche gewertet werden, Angriffe gegen diese gesellschaftliche Sichtweise abzuwenden. Selbst Gewaltausbrüche und Ausschreitungen gegen die muslimische Minderheit (wie 2014 geschehen) und Angriffe gegen Christen lassen sich auf den Wunsch zurückführen, dieses Dreieck zu schützen. Muslimische und christliche Minderheiten werden als Bedrohung angesehen.

In den vergangenen Jahren wurde Sri Lanka von zwei Triebkräften der Verfolgung bestimmt: Religiös motivierter Nationalismus und Diktatorische Paranoia. Bei den unerwarteten Nationalwahlen im Januar gewann überraschend der Oppositionskandidat Sirisena. Er besiegte den Präsidenten, der 2009 das blutige Ende eines 26 Jahre andauernden Bürgerkriegs herbeigeführt hatte, in dem die hinduistische Minderheit der Tamilen (die vor allem in nördlichen und östlichen Provinzen des Landes angesiedelt ist) um ihre Unabhängigkeit kämpfte. Die „Tamilischen Tiger“ (LTTE) brachten es zu weltweiter Bekanntheit. Regierung wie LTTE haben Kriegsverbrechen begangen. Für die heutige Regierung ist die Frage, wie sie damit umgehen soll, eine der stärksten Herausforderungen.

Nach dem Krieg gründete die Regierung eine Kommission (LLRC), die Wege zur Versöhnung aufzeigen sollte, ignorierte jedoch deren bescheidenen Vorschläge zur Einigung weitestgehend. Daraufhin hat die UNO einen Überwachungsmechanismus eingesetzt und einen Bericht dazu im September 2015 veröffentlicht. Dies führte zu zahlreichen Diskussionen u.a. darüber, ob die Kriegsverbrechen auf nationaler Ebene geahndet werden sollen oder eher in Zusammenarbeit mit internationalen Organen. Ein rein innerstaatliches Vorgehen scheint für die ethnischen Minderheiten (besonders für die Tamilen) inakzeptabel zu sein. Sie befürchten, dass dieser Ansatz keine Gerechtigkeit für die begangenen Gräueltaten bringt und somit den Versöhnungsprozess behindert. Eine internationale Vorgehensweise würde die Dinge zunächst verkomplizieren, da erst einmal festgestellt werden müsste, ab wann die brutalen Zusammenstöße die Merkmale eines Kriegsverbrechens erfüllen, um anschließend international anerkannte Strafen zu verhängen.

Eine weitere große Frage ist die der Entmilitarisierung des Landes. Durch den jahrzehntelangen Konflikt und die stetig wachsenden Geschäfte der Armee, sind die Streitkräfte mittlerweile gut 300.000 Mann stark. Es wird nicht einfach werden, diese Soldaten in das zivile Leben zurückzuführen – sehr wahrscheinlich werden einige Angehörige der Armee ihre lukrativen Positionen nicht verlassen wollen und ganz besonders dann nicht, wenn sie anschließend eine Untersuchung wegen Kriegsverbrechen zu befürchten haben.

Schließlich bleibt die Frage, wie sich extremistische Buddhisten Gruppen wie Bodu Bala Sena und Sinhala Ravaya zukünftig verhalten werden. Sie scheinen aus dem Nichts gekommen zu sein und sind innerhalb kürzester Zeit stark gewachsen (die BBS hielt im Juli 2012 ihre erste nationale Versammlung ab). Die meisten Köpfe dieser Gruppen waren schon vorher bekannt und auch politisch aktiv. Ihr Einfluss und ihr radikales Vorgehen gegen religiöse Minderheiten sind beispiellos. Sie konnten ihre Taten ungehindert begehen, weshalb die Behauptung, diese Gruppen würden

zumindest stillschweigend von der vorherigen Regierung unterstützt, an Glaubwürdigkeit gewonnen hat. Sie verhalten sich seit der Wahl der neuen Regierung verdächtig ruhig und die Anzahl an Übergriffen auf religiöse Minderheiten ist leicht zurückgegangen. Doch es kommt weiterhin zu Angriffen, die regelmäßig mit der Forderung einhergehen, dass sich Kirchen registrieren lassen sollten und dass die entsprechenden Kirchen ungesetzlich seien. Dabei erfahren die Angreifer oft Hilfe seitens der Lokalregierung, obwohl dies oft gegen die Landesverfassung verstößt.

Betroffene Kategorien von Christen

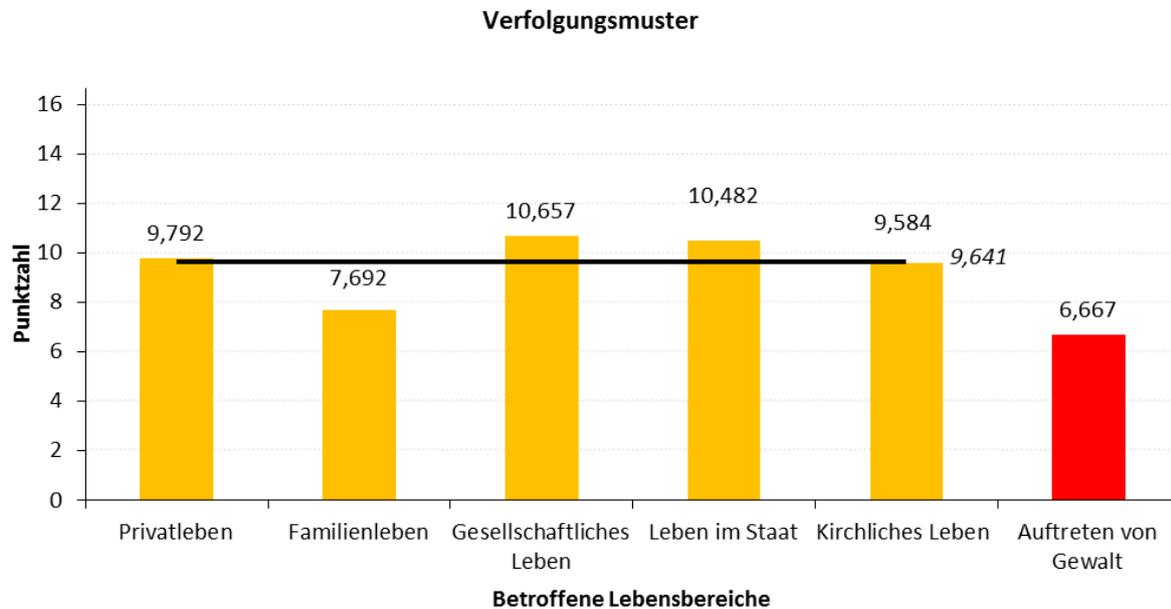
In Sri Lanka sind alle Arten von Christen des WVI vertreten. Jedoch werden die Gemeinden ausländischer oder eingewanderter Christen nicht gesondert aufgeführt, denn sie schließen sich den bereits bestehenden Kirchengemeinden an. Alle Christen werden in verschiedenen Bereichen verfolgt:

Christen aus traditionellen Kirchen, wie die römisch-katholische Kirche und die Kirchen unter dem Dachverband des Nationalen Kirchenrats werden nicht so stark verfolgt oder bedroht. Doch sind auch sie von der buddhistischen Vorherrschaft betroffen und werden von Zeit zu Zeit am (Aus-)Bau von Kirchengebäuden gehindert.

„**Konvertiten**“ – Menschen, die vor ihrer Bekehrung zu Jesus Christus dem Buddhismus, Hinduismus oder Islam angehörten. Sie werden oft als Verräter angesehen und dementsprechend schikaniert, körperlich und verbal angegriffen und von ihrem sozialen Umfeld isoliert. Dazu kommt es vor allem in ländlichen Gegenden, dies war in der Vergangenheit überwiegend in den südlichen und nordmittleren Provinzen ein drastisches Problem. Doch mit Ende des Bürgerkriegs hat sich dieser Trend auch auf die nördlichen und östlichen Provinzen Sri Lankas ausgebreitet.

Christen aus protestantischen Freikirchen (evangelikale Gemeinden, Baptisten und Pfingstgemeinden) sind oft von gewalttätigen Übergriffen betroffen. Während des WVI Berichtszeitraums von 2016 wurden die meisten Übergriffe noch von den vorherrschenden extremistischen Buddhistengruppen begangen. Heute kommen die Angriffe hauptsächlich von lokalen buddhistischen Mönchen und örtlichen Regierungsbeamten, die den Christen gesetzliche Auflagen erteilen oder gewalttätige Übergriffe gegen sie vertuschen. Die Triebkräfte der Verfolgung haben sich verändert, doch das Maß an Verfolgung ist im Großen und Ganzen gleich geblieben.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Sri Lanka

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Sri Lanka:

- Der allgemeine Druck auf die Christen ist sehr hoch: 9,641 Punkte. Im Vergleich zum WVI 2016 ist dieser Wert gestiegen, a) durch Familie und Freunde, die aus anderen Religionen konvertierte Christen unter Druck setzen und b) durch eine Rückbesinnung auf den Buddhismus als vorherrschende Religion, wie in der neuen Verfassung klar und deutlich dargelegt wird.
- Der Druck auf Christen hat in allen Lebensbereichen zugenommen, außer im „Kirchlichen Leben“. Am höchsten ist der Druck im „Gesellschaftlichen Leben“ (10,657), im „Leben im Staat“ (10,482) und im „Privatleben“ (9,792). Typisch für Länder, in denen „Religiös motivierter Nationalismus“ eine Triebkraft der Verfolgung ist, ist der Druck im Bereich Leben im Staat. Der Druck im privaten und im gesellschaftlichen Leben betrifft vor allem Menschen, die zuvor anderen Religionen angehört und sich zu Jesus Christus bekehrt haben.
- Der Bereich „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen hat sich von 7,704 (WVI 2016) auf 6,667 reduziert, da die extremistischen Buddhisten Gruppen ihre Angriffe auf Christen neuerdings unterlassen. Angriffe von Mönchen und von Dorfbewohnern, die sich zusammenrotten, halten unvermindert an. Im Berichtszeitraum wurde eine ehemalige Hindu von ihrer eigenen Mutter getötet, Gebetstreffen und Gottesdienste wurden gestoppt und Kirchengebäude von Banden angegriffen.
- Insgesamt wird die Verfolgung der Christen in Sri Lanka durch Religiös motivierten Nationalismus verursacht, der durch die Vorherrschaft des Buddhismus als Staatsreligion angeheizt wird.

Privatleben: Ehemalige Buddhisten erfahren Widerstand von Familie und Freunden. Auch Menschen aus ihrem Ort stellen sich gegen sie, wenn herauskommt, dass sie sich zu Jesus Christus bekehrt haben. Ehemalige Muslime und ehemalige Hindus erleben dasselbe. Bereits christliche geistliche Übungen, die sie für sich alleine abhalten, bergen für sie eine Gefahr vor Angriffen aus den Reihen ihrer eigenen Familie. Christen, die mit nichtchristlichen Familienmitgliedern zusammenleben, bringen sich durch den Besitz christlicher Literatur in Gefahr. Besonders in Gegenden, in denen Buddhisten sehr darauf aus sind, ihre Religion zu schützen. Es ist für Konvertiten gefährlich, mit anderen über ihren neu gefundenen Glauben zu sprechen, besonders für ehemalige Muslime. Versammlungen von Konvertiten (und auch von anderen Christen) stehen in Gefahr, gestört zu werden. Dorfbewohner, Polizei und örtliche buddhistische Mönche haben stets ein Auge auf die Aktivitäten der Christen in ihrem Dorf, damit sie wissen, wann es Zeit wird, die Gläubigen anzugreifen oder um etwas zu finden, für das sie die Gläubigen beschuldigen können.

Familienleben: Konvertiten sind von Diskriminierung und Belästigung betroffen, werden aber für gewöhnlich nicht zur Ehescheidung gezwungen. Auch sind Fragen zur Registrierung kein Problem. Deshalb ist die Wertung für diesen Bereich auch vergleichsweise gering. Es gab einen Fall, in dem ein Hochzeitgottesdienst von der Polizei unterbrochen wurde. Taufen von Erwachsenen können zum Problem werden, besonders dann, wenn sie öffentlich stattfinden. In ländlichen Gebieten dürfen Christen nicht auf dem öffentlichen Friedhof begraben werden. In der östlichen Provinz wurden Christen zu hinduistischen Ritualen gezwungen, damit sie ihre Toten auf öffentlichen Friedhöfen begraben durften. Ein Pastor wurde von der Polizeibehörde zur Unterschreibung einer Erklärung gezwungen, in der er versprechen musste, dass kein Christ auf dem städtischen Friedhof begraben werden würde. Dieses Schreiben wurde anschließend der Behörde übergeben. Christliche Kinder sind an öffentlichen Schulen regelmäßig zum Abhalten von buddhistischen und hinduistischen Ritualen gezwungen worden. Sie wurden auch von Lehrern und Direktoren bestraft und in manchen Fällen sogar mit einem Bußgeld belegt, wenn sie an den religiösen Ritualen der in Überzahl befindlichen Zugehörigen anderer Religionen nicht teilgenommen haben. An Schulen ist Religion ein Pflichtfach. Es ist zwar gestattet, die eigene Religion im Unterricht zu lernen, aber aus Mangel an christlichen Lehrern sind die Kinder meistens dazu gezwungen, stattdessen am buddhistischen Unterricht teilzunehmen. Das führt jedoch zu Schikanen, Mobbing und schlechten Noten.

Gesellschaftliches Leben: Wie bereits erwähnt, ging im Berichtszeitraum des WVI 2017 der größte Druck nicht von den großen extremistischen Buddhisten Gruppen aus, sondern von den örtlichen buddhistischen Mönchen (diese werden von der Ideologie jener Gruppen beeinflusst und wollen die Reinheit ihres buddhistischen Dreiecks beschützen – siehe Teil 3: Aktuelle Einflüsse). In Gebieten mit überwiegend hinduistischer und buddhistischer Bevölkerung sind Christen häufig Ziel von Einschüchterungen in Form sozialer Ausgrenzung. Oft wird ihnen der Zugang zu Gemeinschaftsgütern wie Elektrizität oder Brunnen verwehrt oder erschwert. Während hinduistischen Feiertagen werden Christen von Hindus geächtet, weil sie nicht an den Festlichkeiten teilnehmen. Christen werden durch andere Dorfbewohner regelmäßig beobachtet und behindert und zeitweise auch gewaltsam angegriffen. Sie werden regelmäßig unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzusprechen und manchmal werden Geschäfte, die von Christen geführt werden, boykottiert. Christlichen Schulkindern wurde die Anmeldung an staatlichen Schulen verwehrt, obwohl sie alle Voraussetzungen erfüllten.

Leben im Staat: Obwohl die im Januar 2015 gewählte Regierung die extremistischen Buddhisten Gruppen nicht mehr offen unterstützt, bleibt der Druck auf Christen unverändert hoch. Dem Buddhismus wird in dem Neuentwurf der Verfassung absolute Vorherrschaft eingeräumt und die sehr wenigen Christen, die eine Regierungsposition bekleiden (oder mit der Regierung zusammenarbeiten), werden von Nationalisten diskriminiert. In den Medien wird ein negatives Bild von Christen gezeichnet. Vor gewaltsamen Übergriffen gibt es ein bekanntes Muster: Der Angreifer verbreitet über die Medien falsche Behauptungen (z.B. soll ein Pastor Menschen zur Bekehrung gezwungen haben), welche wiederum die darauf folgenden Angriffe rechtfertigt. Es gibt sogar eine Webseite, die die sogenannten unethischen Bekehrungen in Sri Lanka überwacht: www.unethicalconversionwatch.org, auf der verdächtige Personen und Gruppierungen auf eine Beobachtungsliste gesetzt werden. Angreifer gegen Christen kommen ungestraft davon und in den meisten Fällen werden Christen dazu gedrängt, von einer Gerichtsverhandlung abzusehen und sich gütlich zu einigen. Positiv ist, dass Pastoren sich davon nicht einschüchtern lassen und sich auf ihre verfassungsgemäßen Rechte berufen.

Kirchliches Leben: Banden, Mönche, Polizei und örtliche Behörden unterbrechen weiterhin Versammlungen von Christen, stellen die Gesetzmäßigkeit ihrer Aktivitäten infrage und geben diese Fälle an höhere Behörden weiter. In Dörfern werden Christen häufig dazu aufgefordert, ihre Aktivitäten zu unterlassen und/oder das Dorf zu verlassen. Die Pflicht, sich registrieren zu lassen, wird oft als Druckmittel gegen christliche Kirchen verwendet. Ein 2008 herausgegebenes Rundschreiben des „Ministeriums des Buddha Sasana und für religiöse Angelegenheiten“ wird noch immer angewendet. Darin werden religiöse Gemeinschaften dazu verpflichtet, ihre Gotteshäuser registrieren zu lassen. Außerdem dürfen Neubauten nur nach einem erweiterten Zulassungsverfahren durchgeführt werden. Dieses Rundschreiben hat zwar keine Gesetzeskraft und gilt nur für Kirchengemeinden, die nach 2008 eröffnet wurden, doch wird es von örtlichen Behörden, buddhistischen Mönchen und Banden verwendet, um ihre manchmal auch gewaltsamen Übergriffe auf Christen zu rechtfertigen. Momentan stoßen selbst offizielle Beschwerden von Pastoren gegen den Einsatz dieses Rundschreibens auf taube Ohren vor Gerichten oder Behörden. Im Allgemeinen ist der Bau oder die Renovierung von Kirchengebäuden in ländlichen Gebieten nach wie vor sehr schwierig, da es das sri-lankische Dreieck (näher in Teil 3 beschrieben) stört.

Auftreten von Gewalt: Im Berichtszeitraum des WVI 2017 hat die Gewalt gegen Christen nachgelassen, weil die großen extremistischen Buddhisten Gruppen ihre Übergriffe auf Christen eingestellt haben. Die Angriffe von Banden und Mönchen halten jedoch unvermindert an. Im Berichtszeitraum wurde eine ehemalige Hindu von ihrer eigenen Mutter getötet, Gebetstreffen und Gottesdienste wurden unterbrochen und Kirchengebäude von Banden angegriffen. Zehn Christen wurden von buddhistischen Mönchen tödlich angegriffen und anschließend von der Polizei verhaftet, weil sie ein Straßentheater aufgeführt und evangelistische Traktate verteilt hatten.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Obwohl die Wertung für den Druck auf Christen angestiegen ist, besteht für Sri Lanka die Hoffnung, dass seine Geschichte im Weltverfolgungsindex eine positive Wendung nehmen wird, wenn die neue Regierung Schritte unternimmt, um religiöse Minderheiten (Muslime und Christen) in der

Gesetzgebung zu schützen. Christen gehören zu den wenigen Gesellschaftsgruppen, die ungeachtet der enormen ethnischen Kluft Menschen unterschiedlicher Herkunft in sich vereinen. Viele protestantische Kirchen haben singhalesische und tamilische Mitglieder. Darin liegt die große Gelegenheit, Brücken zu bauen und als Vorbild zu dienen. Doch auch Kirchengemeinden sind mitunter von ethnischen Spannungen betroffen.

Eine der größten Herausforderungen des Landes ist die nationale Aussöhnung. Geht man davon aus, dass die meisten sozialen Netzwerke aus religiösen bzw. ethnischen Zusammenschlüssen bestehen, handelt es sich hierbei um eine große Herausforderung. Denn sowohl ethnische als auch religiöse Gruppen müssen ihr Misstrauen überwinden und einen Weg nach vorne finden. Noch ist nicht klar, wer diesen Prozess anführen wird und die Politik der buddhistischen Vorherrschaft hat diesen Prozess sicherlich nicht erleichtert. Außerdem gibt es in der Regierung Parteien wie *Jathika Hela Urumaya*, die in der Vergangenheit versucht haben, ein Anti-Bekehrungsgesetz zu verabschieden. Das ist besorgniserregend und muss gut beobachtet werden.

Ungewissheit verdunkelt den Horizont Sri Lankas: Wird das Land sich wirklich verstärkt für Aussöhnung einsetzen und religiöse Minderheiten stärker mit einbeziehen? Oder sind das nur leere Worte, um die internationale Gemeinschaft zu besänftigen? Welche Rolle werden extremistische Buddhisten Gruppen bei der Zukunft des Landes spielen? Werden diese Gruppen erneut Teil der politischen Landschaft sein? Insbesondere, da eine neue extremistische Gruppe mit dem Namen Sinha Le (Singalesisches Löwenblut) entstanden ist und von einem Minister der gegenwärtigen Regierung unterstützt wird.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 46: Indonesien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 55 Punkten belegt Indonesien Platz 46 auf dem Weltverfolgungsindex 2017. Damit entspricht die Punktzahl der des Jahres 2016, als Indonesien auf Rang 43 eingestuft wurde. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2017 gab es keine gravierenden Veränderungen, jedoch gab es beträchtliche Entwicklungen im November 2016, direkt nach dem Ende des Berichtszeitraums.



Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Indonesien ist ein Land, das durch seine Vielfalt sowohl gesegnet als auch herausgefordert ist. Als weltgrößtes muslimisches Land ist der vorherrschende Zweig des Islam relativ tolerant und gewährt den Minderheiten etwas Raum („Nusantara Islam“, übersetzt „Islam der Inseln“ – ein Bezug zur der einzigartigen Topographie des Landes mit mehr als 17.000 Inseln). Indonesien ist eines der dezentralisierten Länder der Welt. Und das nicht nur geographisch, sondern auch im Bereich der Religion. Obwohl die Verfassung Indonesiens offiziell Religionsfreiheit garantiert, gilt in einigen Regionen und Gebieten eine Vielzahl islamischer Zusatz-Gesetze. In der Provinz Aceh wurde sogar die Scharia eingeführt. Beispiele für extremistische Gruppen sind die Hizb-ut Tahrir Indonesia, die Islamische Verteidigungsfront (FPI) und die Islamische Front (FUI). Diese Organisationen haben aufgrund ihrer strikten und exklusiven Auslegung des Islam die Anwendung der Scharia und Rechtsverletzungen gegen religiöse Minderheiten gerechtfertigt. Angeblich werden einige dieser Gruppen stillschweigend durch Politiker und Parteien in Jakarta unterstützt. Die FPI organisierte eine Demonstration gegen den chinesischen christlichen Gouverneur von Jakarta wegen vermeintlicher Blasphemie, die 200.000 Menschen auf die Straßen brachte, was einen weniger moderaten indonesischen Islam widerspiegelt. Indonesiens Universitäten gelten als Brutstätte der islamischen Radikalisierung. Nicht nur Christen, sondern auch islamische Minderheiten wie die Ahmadis, haben unter islamisch-extremistischen Gruppen zu leiden.

Religiös motivierter Nationalismus: Indonesien ist zwar das weltgrößte islamische Land, aber es beherbergt eine Vielzahl verschiedener Religionen. So ist Bali vor allem hinduistisch geprägt. Wenn ein Hindu zum christlichen Glauben wechselt, wird er von Freunden, Nachbarn und Familie unter Druck gesetzt, wieder zum Glauben der Vorväter zurückzukehren.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Indonesien gilt als eines der korruptesten Länder der Welt. Berichten zufolge sind einige Polizeiangehörige und auch einige Mitglieder islamisch-extremistischer Gruppen in das organisierte Verbrechen verwickelt. Selbst wenn dies nur Gerüchte wären, werden in jedem Fall die Minderheiten in Mitleidenschaft gezogen. Dies trifft auch auf die christliche Minderheit zu, besonders dann, wenn sie diese Zustände anprangert.

Aktuelle Einflüsse

Die Erwartungen an Präsident Joko Widodo nach seiner Wahl 2014 waren extrem hoch, nun hat die Begeisterung größtenteils abgenommen. Die Herausforderungen für die Regierung sind nicht weniger und auch nicht kleiner geworden. Die Wirtschaft stagniert weiterhin und Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer fordern Indonesien auch weiterhin heraus, wie der Disput mit China über die Natuna-Inseln vom März 2016 zeigt. Behauptungen, dass Indonesien wegen seiner Prägung durch den Islam immun gegenüber dem Islamischen Staat (IS) sei, wurden widerlegt, als ein Anschlag auf ein Café in Jakarta am 14. Januar 2016 sieben Menschenleben forderte. Radikal-islamische Gruppen stellen weiterhin eine ernstzunehmende Herausforderung dar, vor allem, wenn sie an internationale islamistische Gruppen oder Bewegungen angeschlossen sind. Die meisten Bewohner sind weniger an Fragen der Religion oder Minderheiten interessiert (wie eine Umfrage vom Mai 2016 zeigt), sondern an kurzfristigen ökonomischen Verbesserungen, was ebenfalls keine kleine Herausforderung darstellt. Die Kabinettsumbildung im Juli 2016, die zweite seit 2014, hat nicht dazu beigetragen, die Hoffnungen diesbezüglich zu stärken.

Ein weiteres Problem, das von islamisch-extremistischen Gruppen ausgeht, ist die Tatsache, dass viele Extremisten (einige mitsamt der ganzen Familie) nach Syrien und in den Irak gereist sind und sich den Dschihadisten des IS angeschlossen haben. Viele Indonesier fragen sich, was wohl geschehen wird, wenn diese aus den Kriegsgebieten zurückkehren werden. Eine ähnliche Situation in den 1990er Jahren, als ehemalige Kämpfer aus Afghanistan zurückkehrten, führte u. a. zu den Bombenanschlägen auf Bali, bei denen im Jahr 2002 über 200 Touristen getötet wurden. Es wird sich zeigen, ob islamisch-extremistische Gruppen durch diesen Rückfluss erstarken werden. Der Wille der indonesischen Regierung, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, zeigte sich im Juli 2016, als der Terrorist und Leiter der Ostindonesischen Mudschahedin, Santoso, auch bekannt als Abu Wardah, bei einem Feuergefecht mit der Polizei in Zentralsulawesi getötet wurde.

Betroffene Kategorien von Christen

In Indonesien sind alle vier Kategorien von Christen vertreten, die der Weltverfolgungsindex benennt, wenn auch das Maß der erlebten Verfolgung unterschiedlich ist.

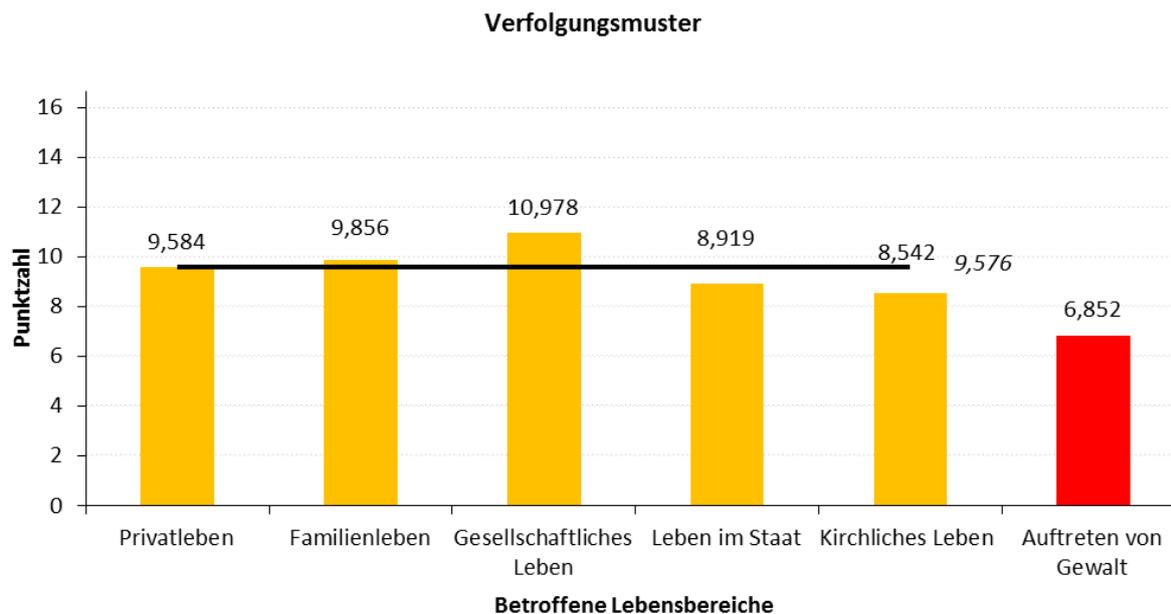
Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten gibt es vor allem in größeren Städten. Diese Christen kommen meist aus dem Westen, oder auch aus Nachbarländern wie den Philippinen, Singapur oder Malaysia. Sie erleiden keine starke Verfolgung.

Christen aus traditionellen Kirchen, wie zum Beispiel der römisch-katholischen Kirche, aber auch von Kirchen, die verschiedenen Ethnien angehören (wie zum Beispiel die Protestantisch-Christliche Batak-Kirche und viele andere) werden überwacht und erleben Verfolgung, sobald diese Kirchen wachsen. Die traditionellen Kirchen in ärmeren Regionen wie Papua, Timor und Mentawi sind das Ziel aggressiver Islamisierungsversuche, besonders unter den Kindern.

Gemeinschaften von Konvertiten zum christlichen Glauben (vor allem mit muslimischem Hintergrund) erleben die härteste Verfolgung in Indonesien, vor allem in den Brennpunkt-Regionen. Sie werden streng überwacht und unter Druck gesetzt, sobald sie entdeckt werden. So versuchen sie nicht aufzufallen und sich unter das Volk zu mischen. Der Druck kommt von Seiten der Familie, Freunde und der lokalen Autoritäten. Eine weitere Quelle sind radikal islamische Gruppen.

Christen aus protestantischen Freikirchen (wie Baptisten, Evangelikale oder Pfingstgemeinden) fallen durch ihre oftmals eifrige Weitergabe der christlichen Botschaft auf, und kommen so ins Visier der Gesellschaft als auch extremistischer Gruppen. Eine Kirche zu bauen oder zu renovieren, kann sehr schwierig und nervenaufreibend sein. Die Behörden müssen eine Genehmigung ausstellen und islamische Gruppen und Nachbarn versuchen oftmals den Bauprozess zu behindern.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Indonesien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Indonesien:

- Die durchschnittliche Wertung der fünf Bereiche liegt bei 9,576 und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr (9,507) leicht zugenommen hat. Der Druck hat am meisten im Bereich „Familienleben“ zugenommen und im „Kirchlichen Leben“ abgenommen. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2016 der Druck auf Kirchen sehr viel akuter war, besonders in Aceh.
- Am stärksten ist der Druck im „Gesellschaftlichen Leben“ (10,978) und „Familienleben“ (9,856). Dieses Muster ist repräsentativ für Situationen, in denen vornehmlich christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund verfolgt werden.
- Druck, der von den Triebkräften „Islamische Unterdrückung“ und „Religiös motivierter Nationalismus“ ausgeht, zeigt sich in den oben genannten Lebensbereichen. Der Druck wird vor allem vom sozialen Umfeld ausgeübt (Familie, Nachbarn und lokale Gemeinschaft), aber auch von radikal islamischen Gruppen.
- Das Maß der verzeichneten Gewalttaten gegen Christen hat leicht abgenommen (7,778 auf 6,852). Dies darf nicht mit einer Verbesserung der Gesamtsituation gleichgesetzt werden. In trauriger Weise äußerte sich dies durch den Bombenanschlag gegen eine Kirche in Samarinda

am 13. November 2016, bei der ein 2-jähriges Kleinkind knapp außerhalb des Berichtszeitraums des Wertverfolgungsindex 2017 ums Leben kam. In diesem Berichtszeitraum gab es mindestens 15 Meldungen über Kirchen, die attackiert, geschlossen oder zerstört wurden.

Privatleben: Während Christen aus traditionellen Kirchen ihren Glauben im Allgemeinen ungehindert ausleben können, erleben Konvertiten aus dem Islam eine andere Realität. Sie müssen stets größte Vorsicht walten lassen, wenn sie ihren Glauben praktizieren, vor allem, wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. Bibeln und andere christliche Schriften müssen gut versteckt werden. Sie können nur unter äußerster Vorsicht gelesen werden, um Konflikte zu vermeiden. Gemeinschaft mit anderen Christen kann zu Problemen führen, da es nicht nur für die Konvertiten selbst gefährlich werden kann, sondern auch andere Menschen in ihrem Umfeld gefährdet werden. In großen Städten oder christlichen Enklaven ist die Situation anders. Andererseits erleben andere Kategorien von Christen in den Brennpunkten ebenfalls Einschränkungen im Lobpreis oder Ausdruck ihres Glaubens. In diesen Regionen werden Christen und bekannte Konvertiten streng überwacht. Letztere stehen dort oftmals unter Hausarrest und in einigen Fällen kam es zu körperlichen oder seelischen Misshandlungen. Dies geschieht vor allem in den Brennpunkt-Regionen wie Aceh, Ost-Java, Banten, West-Java und West-Sumatra.

Familienleben: Konvertiten müssen manchmal ihre Kinder mit der Hauptreligion registrieren lassen. Die Religion zu wechseln bringt oftmals viele Fragen, Argwohn und gesellschaftlichen Druck mit sich, manchmal auch Druck der örtlichen Behörden. Sobald ein Konvertit mit muslimischen oder hinduistischen Wurzeln entdeckt wird, sind das Risiko einer Scheidung und der Verlust aller Erbensprüche groß. In den Brennpunkten des Landes sind christliche Zeremonien wie Hochzeiten, Taufen oder Begräbnisse schwer durchführbar, wenn nicht sogar unmöglich. Christen, die in Enklaven oder großen Städten wie Jakarta oder Surabaya leben, haben die Möglichkeit, ihren Kindern eine christliche Ausbildung zu geben. In Provinzen jedoch, in denen Christen die Minderheit darstellen, gibt es größere Schwierigkeiten. Im Allgemeinen müssen Kinder von Christen am Islamunterricht teilnehmen und werden darin auch geprüft, was manchmal auf den Mangel christlicher Lehrer zurückzuführen ist. Christliche Schüler und Studenten werden regelmäßig diskriminiert. Viele muslimische Familien verbieten ihren Kindern, mit christlichen Kindern zu spielen. Konvertiten können von ihren Familien isoliert oder sogar vertrieben werden.

Gesellschaftliches Leben: Christliche Konvertiten werden von Familie, Nachbarn und Freunden stark unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben, obwohl der Übertritt zu einem anderen Glauben gesetzlich nicht verboten ist. Besonders in Brennpunkten wie Aceh erleben Christen sowohl im Privat-, als auch im Berufsleben Diskriminierung und werden dazu gedrängt, die Scharia zu befolgen. In diesen Gebieten werden christliche Aktivitäten genauestens von Nachbarn und radikalen Gruppen überwacht. Kinder aus christlichen Familien berichten von Diskriminierungen und abfälliger Behandlung durch Lehrer und Mitschüler. Ihnen werden sogar Stipendien untersagt und sie erhalten schlechtere Noten in religiösen Fächern. Auf diese Weise ist es ihnen beinahe unmöglich, den Mindestanforderungen für Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst zu genügen. Dementsprechend schaffen es nur wenige Christen in den öffentlichen Dienst und viele erleben Diskriminierung im Berufsleben. Viele Kirchen in Indonesien sind gezwungen „uang keamanan“ (Schutzgeld) an radikale Gruppen zu zahlen, um überhaupt ihren Sonntagsgottesdienst abhalten zu können.

Leben im Staat: Offiziell schränkt die Verfassung die Freiheit der Christen nicht ein. Jedoch erkennt sie überhaupt nur sechs Religionen an: Islam, Katholizismus, Protestantismus, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus. Auf lokaler Ebene schränkt die Gesetzgebung die Religionsfreiheit noch weiter ein. Die Einstellung gegenüber Christen ist oftmals negativ und selbst in toleranteren Städten wie Jakarta, werden Angestellte des öffentlichen Dienstes oftmals wegen ihres Glaubens diskriminiert. Christliche Nichtregierungsorganisationen können frei gegründet werden, werden jedoch durch einige islamische Organisationen öffentlich verleumdet. Ein Beispiel hierfür sind die „Zehn Motive der Christianisierung von Muslimen in Indonesien“. Obwohl das Land eine freie und vielfältige Presse hat, führen einige islamische Medien Verleumdungskampagnen gegen Christen durch. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Kampagne gegen den chinesischen christlichen Gouverneur von Jakarta, die öffentliche Unruhen und große Demonstrationen verursachte.

Kirchliches Leben: Nach wie vor haben die Kirchen massive Probleme, Gemeinden registrieren zu lassen und neue Kirchenräumlichkeiten zu bauen. Ein Regierungsdekret aus dem Jahr 2006 legt folgende Auflagen für den Betrieb einer Kirche fest: Sie muss a) mindestens 90 Mitglieder haben, b) die Zustimmung von mindestens 60 andersgläubigen Anwohnern vorweisen und c) die Genehmigung vom Bezirksvorsteher und dem Forum für interreligiöse Einheit erhalten. Selbst wenn sie alle Bedingungen erfüllen können, bleibt es für Kirchengemeinden sehr schwer, die Genehmigung zu erhalten. Und auch mit einer Genehmigung haben die Kirchen nur sehr wenig Schutz, für den eigentlich die Regierung und die örtliche Polizei zuständig sind. In einem Fall hat eine Gemeinde einen Antrag eingereicht und über fünf Jahre hinweg nie wieder etwas von den Behörden gehört. In anderen Fällen haben radikale Gruppen schlichtweg den Eingang der Kirche blockiert und so den Zugang verhindert. Laut einer Erhebung der „Nationalen Kommission für Menschenrechte“ (Komnas HAM) haben 85% aller religiösen Anbetungsstätten in Indonesien, besonders in ländlichen Gebieten, keine ausreichende Genehmigung. Dazu zählen Moscheen, Kultstätten anderer Religionen, aber auch christliche Kirchen. Im Allgemeinen ist der Druck und Vertrieb von religiösen Schriften und Bibeln kein Problem, aber in Brennpunktgebieten kann beispielsweise das Verteilen von Bibeln an Nicht-Christen als Missionierung angesehen werden.

Auftreten von Gewalt: Das Maß an dokumentierter Gewalt gegen Christen hat leicht abgenommen. Dies darf jedoch nicht als eine Verbesserung der Gesamtsituation verstanden werden. Traurigerweise ereignete sich am 13. November 2016, knapp außerhalb des Berichtszeitraums des WVI 2017, ein Bombenanschlag auf eine Kirche in Samarinda, bei dem ein 2-jähriges Kleinkind ums Leben kam. Zusätzlich zu diesem Anschlag, wurden viele weitere Kirchen attackiert, Christen wurden verletzt und andere in Haft genommen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Eine im August 2016 veröffentlichte Studie der Wahid-Stiftung fand heraus, dass 8,1% der erwachsenen Einwohner Indonesiens (ca. 12 Millionen Menschen) einer radikalen Ausprägung des Islam gegenüber aufgeschlossen sind, darin eingeschlossen die Bereitschaft extreme Handlungen zu verüben. Dementsprechend sind Christen gesellschaftlicher Diskriminierung oder auch Gewalt ausgesetzt; wie es in vielen der sogenannten Brennpunktgebiete über Aceh hinaus geschieht. Eine große Ungewissheit besteht zurzeit in der Frage ob und wie stark die größten muslimischen

Organisationen des Landes - die Nahdlatul Ulama und die Muhammadiyah - gegen diese radikalen Ansichten angehen werden. Der Massenprotest gegen den chinesischen und christlichen Gouverneur Basuki Tjahaja Purnama, bekannt als Ahok, auf Jakarta wegen vermeintlicher Blasphemie, brachte über 200.000 Menschen auf die Straße. Die Demonstranten forderten demnach die Inhaftierung Purnamas. Dies würde zwangsläufig die Hoffnung seiner Wiederwahl im Februar 2017 zunichtemachen. Die aktuellen Proteste in Jakarta sowie der Prozess sind ein klares Anzeichen dafür, dass die islamische Unterdrückung in Indonesien sehr viel stärker ist als allgemein wahrgenommen. Dies stellt eine signifikante Gefahr für Christen und andere religiöse Minderheiten dar. Eine weitere Unbekannte, der sich Indonesien gegenüber sieht, ist die Frage, wie die zurückkehrenden kampferprobten Islamisten aus Syrien und dem Irak die radikal islamischen Gruppen im eigenen Land beeinflussen werden.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 47: Mauretanien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 55 Punkten belegt Mauretanien Rang 47 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Auf dem WVI 2016 befand sich Mauretanien mit einer Wertung von 50 Punkten außerhalb der 50 Länder des WVI. Der Anstieg der Punktzahl ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass eine genauere Einschätzung der Intensität und Häufigkeit der Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft gewonnen werden konnte, besonders in den Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, des Lebens im Staat und des kirchlichen Lebens.



Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Dies ist die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Mauretanien. Nichtmuslime erleben Einschüchterungen und Verfolgung vonseiten islamischer Gruppen. Eine große Anzahl von Mauretaniern hat sich militanten islamischen Gruppen in Nordafrika sowie in Syrien und im Irak angeschlossen. Während die Regierung einerseits versucht, den militanten Islamismus zu bekämpfen, finanziert sie andererseits fundamentalistische Bewegungen wie die Wahhabiten und die Muslimbrüder.

Diktatorische Paranoia: Diese Triebkraft spielt in Mauretanien nur eine untergeordnete Rolle. Die derzeitige Regierung verhält sich paranoid, weil sie ihren Machterhalt sichern will, und verfolgt Christen, um ihre Legitimität unter islamischen Gruppen zu stärken.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Auch diese Triebkraft ist von zweitrangiger Bedeutung. Spannungen aufgrund von Stammes- sowie ethnischer Zugehörigkeit weisen in diesem sehr konservativen und traditionellen Land, in dem die Urbanisierung erst kürzlich eingesetzt hat, eine starke Verbindung auf. Wird jemand Christ, so muss sich diese Person nicht nur um Druck vonseiten der Familie und Regierung sorgen, sondern erlebt auch weiterreichende Verfolgung durch Beschuldigungen von Stammes- oder Volksgruppe. Außerdem trägt das Problem der Sklaverei, das eng mit ethnischer Zugehörigkeit verbunden ist, zu stärkerer Verfolgung bei, da die Befürworter der Sklaverei diese Praxis als vom Islam anerkannt rechtfertigen und so Kampagnen gegen die Sklaverei feindliche Reaktionen von Islamisten im Land auslösen.

Aktuelle Einflüsse

Die selbsternannte Islamische Republik Mauretanien befindet sich seit mehr als 30 Jahren unter Militärherrschaft, die nur 2007 von einer kurzen Periode der Demokratie unterbrochen wurde. Versprechen, die Demokratie wieder einzuführen, resultierten nur in manipulierten Wahlen. Die politische Lage des Landes ist von einer Reihe von Staatsstreichern geprägt und die dominante politische Institution ist das Militär. Formell ist das Land zwar eine Mehrparteiendemokratie, jedoch

wird das Parlament ausnahmslos von der Regierungspartei dominiert. Verschiedene islamistische Gruppierungen sind in der politischen Szene des Landes aktiv und Islamismus ist eine dominante politische Ideologie. Die ethnische Zugehörigkeit spielt eine große Rolle in der Politik Mauretaniens, da die ethnische Gruppe der Schwarzafrikaner im Süden des Landes schwere Marginalisierung vonseiten ethnischer Gruppen arabischer Berber aus dem Norden erfahren.

Mauretanien ist eines der ärmsten Länder der Welt. Ein Drittel aller Kinder sind unterernährt, und selbst wenn genügend Nahrungsmittel verfügbar sind, können sie sich weite Bevölkerungsteile nicht leisten. Nur vier Prozent des Landes sind bebaubar, weshalb die landeseigene Ernährungssicherheit sehr schwach ist. Während die Regierung in Übereinstimmung mit den wirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen der Weltbank ein gewisses Wirtschaftswachstum erzielt hat, hat dies zu keiner Verbesserung der Lebensbedingungen der Gesamtbevölkerung geführt. In dem weiten und trockenen Land, das zum Großteil von Nomadenvölkern bewohnt wird, ist es dem Staat nicht gelungen, eine flächendeckende lokale Präsenz aufzubauen, und informelle Institutionen wie Familie und Stamm oder persönliche Kontakte haben oft größeren Einfluss als der Staat. Ein Beleg für diese Situation ist das Fortbestehen der Sklaverei trotz der Versuche der Regierung, diese Praxis abzuschaffen.

Al Kaida des Islamischen Maghreb (AQIM) bereitet der Mauretanischen Regierung seit 2005 Probleme, doch die Armee verzeichnete einige Erfolge in ihrem Kampf gegen die Gruppierung. Es besteht allerdings eine ernsthafte Gefahr, dass Mauretanien sich in Richtung Extremismus entwickelt, da die Sympathie für den extremistischen Islam wächst. Mehrere islamistische Gruppierungen versuchen, sich den Unmut der Bevölkerung über die Korruption in der politischen Elite und über die Regierung, die jegliche Demokratiebestrebungen aufgegeben hat, zunutze zu machen. Obwohl der Arabische Frühling auf Mauretanien nicht denselben Einfluss hatte wie auf andere Länder der Region, gab es im letzten Jahr nie da gewesene Proteste der islamistischen Partei mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen der mauretanischen und der französischen Armee im Kampf gegen AQIM zu beenden. Zu der bereits seit Jahren instabilen politischen Lage und den schweren Spannungen kamen noch Proteste aufgrund sozioökonomischer Probleme, wie der überhöhten Lebenshaltungskosten und der Diskriminierung von ethnischen afrikanischen Minderheiten, hinzu.

Betroffene Kategorien von Christen

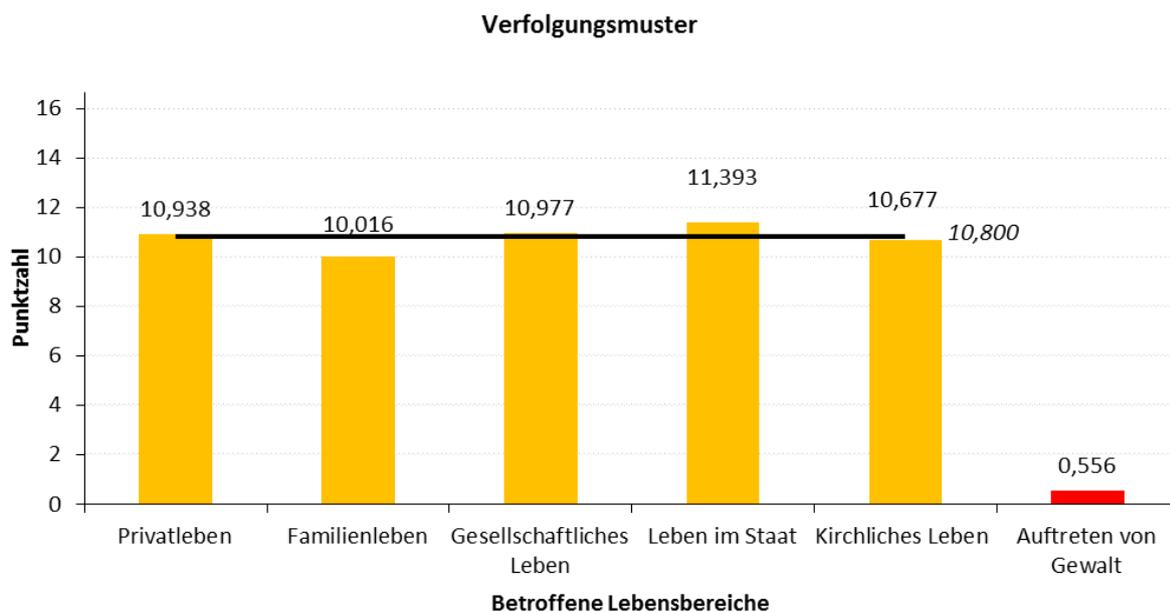
In Mauretanien existieren zwei Kategorien von Christen, die Verfolgung erfahren:

Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Katholiken aus den Ländern Afrikas südlich der Sahara sind die größte Gruppe dieser Kategorie, gefolgt von protestantischen Christen aus evangelikalen und Pfingstgemeinden, die aus verschiedenen Ländern südlich von Mauretanien stammen. Außerdem ist eine kleine Zahl von Christen aus dem Westen präsent, die allerdings nur einen kleinen Prozentsatz der Christen im Land ausmachen. Schwarzafrikanische christliche Migranten befinden sich in einer prekären Lebenssituation, da sie sowohl den gängigen ethnisch begründeten Vorurteilen als auch Verfolgung durch den wachsenden Islamismus ausgesetzt sind.

Christen muslimischer Herkunft: Diese Gruppe ehemaliger Muslime sind noch stärkerer Verfolgung im Land ausgesetzt, da sie enormen Druck von engen Familienangehörigen und der Großfamilie

erfahren. In der nomadischen Gesellschaft des Landes, in der das Überleben des Einzelnen auf gegenseitiger Abhängigkeit in der Gemeinschaft und der Großfamilie eine beruht, ist es sehr herausfordernd für Christen muslimischer Herkunft, ihren christlichen Glauben zu bewahren. Hass und falsche Vorurteile, die von islamischen Gruppen propagiert werden, betreffen die meisten christlichen Konvertiten, die nicht nur ihren Gesellschaftsstatus, sondern auch ihre Staatsbürgerschaft verlieren würden, sollte ihr Glaubenswechsel öffentlich bekannt werden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mauretania

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Mauretania:

- Der Durchschnittswert für den Druck auf Christen in Mauretania ist sehr hoch (10,800).
- In allen Lebensbereichen erreicht der Druck entweder eine hohe oder eine sehr hohe Wertung. Am stärksten ist er in den Bereichen „Leben im Staat“ (11,393), „Gesellschaftliches Leben“ (10,977) und „Privatleben“ (10,938). Diese Situation ist charakteristisch für ein Land, in dem die Haupttriebkraft Islamische Unterdrückung von den Triebkräften Diktatorische Paranoia und Ethnisch begründete Anfeindungen verstärkt wird.
- Der Druck, der aus der Triebkraft Islamische Unterdrückung resultiert, wirkt sich außerdem auf die Bereiche „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ aus und geht vom sozialen Umfeld aus.
- Die Punktzahl für den Bereich Gewalt ist sehr niedrig (0,556). Diese geringe Zahl gewaltsamer Übergriffe ist unter anderem dadurch zu erklären, dass viele Christen muslimischer Herkunft sich gezwungen sehen, ihren Glauben aufgrund der intensiven und weitverbreiteten Verfolgung geheim halten.

- Die Gesamtsituation der Verfolgung in Mauretanien wird von einer paranoiden Regierung angeheizt, die versucht, durch die Teilnahme an der Christenverfolgung ihre Legitimität unter islamischen Gruppen zu stärken.

Privatleben: Es gibt eine relative Freiheit unter nicht-mauretanischen Christen, die einen christlichen Hintergrund haben, ein privates Gebetsleben zu führen. Christen muslimischer Herkunft sind jedoch hohem Druck ausgesetzt und laufen Gefahr verfolgt zu werden, sollte ihr Glaubenswechsel entdeckt werden. Der Besitz christlicher Materialien und jeglicher Ausdruck ihres christlichen Glaubens könnten feindliche Reaktionen von Familienmitgliedern und der Gemeinschaft hervorrufen. Dies gilt vor allem für christliche Konvertiten, die außerhalb der Hauptstadt leben. Die „Abkehr“ vom Islam ist gesetzlich verboten und Sichtweisen, die als islamkritisch wahrgenommen werden, können laut Gesetz die Todesstrafe nach sich ziehen. Während das entsprechende Gesetz noch nicht durchgesetzt wurde und bisher eher symbolischer Natur war, stellt es dennoch eine reale Gefahr für christliche Konvertiten muslimischer Herkunft dar. Das wachsende Risiko wurde deutlich, als der Sohn eines Bürgermeisters im Jahr 2015 wegen „Atheismus“ zum Tode verurteilt wurde. Er sitzt immer noch im Todestrakt.

Familienleben: Es ist schwierig für christliche Eltern, ihre Kinder ihrem Glauben gemäß zu erziehen. Dies gilt sowohl für mauretanische Christen muslimischer Herkunft als auch für ausländische Christen, vor allem jene aus Ländern Afrikas südlich der Sahara. Kinder christlicher Eltern müssen am islamischen Unterricht teilnehmen und sind häufig Diskriminierung und Schikanen seitens ihrer Mitschüler ausgesetzt. Solche Schikanen sind häufig auch rassistisch oder ethnisch begründet. Für Christen muslimischer Herkunft ist es häufig sehr schwierig, wichtige Momente ihres Lebens entsprechend ihres christlichen Glaubens zu feiern. Stattdessen werden sie gezwungen, an islamischen Ritualen teilzunehmen. In diesem Bereich haben ausländische Christen mehr Freiheit, da sie Hochzeit, Taufe und Begräbnis nach christlichen Ritualen feiern können.

Gesellschaftliches Leben: Christen muslimischer Herkunft sind häufig vom Nutzen des dörflichen Zusammenlebens ausgeschlossen. Die gegenseitige Abhängigkeit in der Gemeinschaft ist eine wichtige Überlebensgrundlage, vor allem in den ländlichen Gebieten Mauretaniens. Christen muslimischer Herkunft erfahren manchmal keine Unterstützung und Zusammenarbeit von der Gemeinschaft und ihnen wird der Zugang zu Gemeinschaftsressourcen und Foren verwehrt. Diese Situation wird noch verschärft, wenn ethnisch begründete oder rassistische Vorurteile hinzukommen, welche tief in der Gesellschaft des Landes verankert sind. Hier sind Kinder von Arbeitsmigranten am stärksten betroffen, denn ihnen wird die Zulassung zu manchen Schulen verwehrt. Außerdem führt die Tatsache, dass die meisten Schulen stark islamisch ausgerichtet sind, dazu, dass Kinder von Christen muslimischer Herkunft durchweg benachteiligt werden, haben sie ihren Glauben einmal bekannt gemacht. Sowohl christliche Konvertiten als auch ausländische Christen werden am Arbeitsmarkt diskriminiert. Diese Verfolgung wird noch durch Ethnisch begründete Anfeindungen und Vorurteile verstärkt.

Leben im Staat: Obwohl Mauretanien Vertragspartei der wichtigsten internationalen Menschenrechtsverträge ist, in denen auch das Recht auf Religionsfreiheit verankert ist, steht laut Strafrecht des Landes auf „Apostasie“ (Abfall vom Islam) die Todesstrafe. Christen muslimischer Herkunft, die es wagen, ihren Glaubenswechsel öffentlich zu machen, werden vom Staat nicht anerkannt und kaum toleriert. Christen, die für die Regierung arbeiten, müssen den Islam bekennen und an einigen staatlichen religiösen Feiern teilnehmen. Christliche Einwanderer erfahren oft offene

Diskriminierung. In jüngster Zeit gab es eine umfangreiche Kampagne gegen Immigration. Aber die rassistischen und fremdenfeindlichen Angriffe richteten sich häufig auch gegen Christen. Die Gesamtsituation des Landes zwingt Christen muslimischer Herkunft dazu, ihren Glauben geheim zu halten. Es ist praktisch unmöglich für Christen, als solche sichtbar an den nationalen Angelegenheiten teilzunehmen.

Kirchliches Leben: Christen muslimischer Herkunft treffen sich aus Angst vor Überwachung im Geheimen. Ausländische Christen dürfen sich offiziell nur an bestimmten öffentlichen Orten des Gebets versammeln, halten allerdings auch regelmäßige Treffen in Häusern ab, die in der Regel nicht gestört werden, solange Musik und Predigt nicht zu laut sind. Aufgrund des kolonialen Erbes Mauretaniens hat nur die römisch-katholische Kirche einen rechtlichen Status. Keine andere Kirche hat die Erlaubnis, einen solchen Status zu erhalten. In der Diözese Nouakchott erlaubt die katholische Pfarrei evangelikalen Gemeinden allerdings, Räume ihres Hauptgebäudes mit zu nutzen. Es ist generell bekannt, dass keine christlichen Veranstaltungen außerhalb der sehr beengten kirchlichen Räume stattfinden dürfen. Mit der Ausnahme von ein paar wenigen Festlichkeiten, wie des Gottesdienstes am Ostermorgen außerhalb der Stadt, gibt es keine Präsenz der Kirche außerhalb ihrer Gebäude. Somit ist die Kirche in Mauretanien gezwungen unsichtbar zu bleiben und im Untergrund zu arbeiten.

Auftreten von Gewalt: Der einzige gewaltsame Übergriff, der im Berichtszeitraum des WVI 2017 erfasst wurde, war die Vertreibung eines Christen, der das Land aufgrund von starken Schikanen seitens seiner Familie verlassen musste. Diese geringe Zahl gewaltsamer Übergriffe ist unter anderem dadurch zu erklären, dass viele Christen muslimischer Herkunft sich gezwungen sehen, ihren Glauben aufgrund der intensiven und weitverbreiteten Verfolgung geheim zu halten. Außerdem ist die Kirche in Mauretanien praktisch unsichtbar und die Zahl der Christen sehr gering. Darüber hinaus ist es unwahrscheinlich, dass Fälle von Gewalt gegen christliche Konvertiten in den trockenen, ländlichen Gebieten des Landes, die von isolierten nomadischen Gemeinschaften bewohnt werden, an die Öffentlichkeit gelangen. Demzufolge könnte das oben angeführte Verfolgungsmuster mit der geringen Zahl an gewalttätigen Übergriffen in die Irre führen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Das Fehlen starker Institutionen und einer demokratischen Kultur, in der die Bürgerrechte respektiert werden, bedeutet für Christen eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit einer Verbesserung ihrer Lage. Die Turbulenzen und die politische Instabilität, die die vergangene und gegenwärtige Lage des Landes auszeichnen, sind kein gutes Zeichen für die Zukunft. Außerdem könnte die Situation des Landes noch durch Armut, Ethnisch begründete Anfeindungen und zunehmende Spaltung über das Problem der Sklaverei verschlimmert werden. Auch die Instabilität in der Region und den Nachbarländern wie Mali, wo militante islamische Gruppen wie AQIM die Lage destabilisieren, führt zu weiterer Besorgnis, was die Zukunft der Christen in Mauretanien betrifft.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 48: Bahrain

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 54 Punkten belegt Bahrain Platz 48 auf dem Weltverfolgungsindex 2017. Damit entspricht die Punktzahl der des Jahres 2016, als Bahrain ebenfalls auf Rang 48 eingestuft wurde. Die anti-christliche Stimmung (wenn auch nicht vermittelt gewalttätiger Angriffe) kann an dem sehr hohen Maß an Druck auf Christen abgelesen werden. Die Regierung versucht durch einen zunehmend autoritären Regierungsstil, als eine Reaktion aufgrund der jüngsten Entwicklungen der Region, vor allem wegen des Islamischen Staat (IS) und wegen des Stellvertreterkrieges zwischen dem Iran und Saudi-Arabien im Jemen, die Gesellschaft stärker zu kontrollieren.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft von Verfolgung in Bahrain ist „Islamische Unterdrückung“. „Diktatorische Paranoia“ ist ebenfalls stark präsent.

Islamische Unterdrückung: Die Islamische Unterdrückung in Bahrain muss im Licht der Geschehnisse in der gesamten Region gesehen werden. Es herrscht Chaos und die Bevölkerung ist sehr konservativ geworden. Der Rechtsrahmen des Landes ist ebenfalls ein Ausdruck der extrem konservativen islamischen Sichtweise. Die bahrainische Verfassung enthält Elemente, die sich offensichtlich widersprechen. Sie erklärt den Islam zur Staatsreligion und die Scharia (das islamische Gesetz) zur Grundlage der Gesetzgebung. Gleichzeitig steht in der Verfassung, dass „der Staat die Unantastbarkeit von Gottesdiensten und die Freiheit, religiöse Riten durchzuführen und religiöse Paraden und Versammlungen in Übereinstimmung mit den landesüblichen Sitten abzuhalten, garantiert.“

Diktatorische Paranoia: Das Staatsoberhaupt ist bemüht, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Die sunnitische Königsfamilie regiert das Land, in welchem Sunniten eine Minderheit darstellen, mithilfe der Unterstützung Saudi-Arabiens und anderer Länder in der Region mit sunnitischer Mehrheit. Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und andere grundlegende Rechte werden von der Regierung oft verletzt.

Aktuelle Einflüsse

Bahrain, ein Land, in dem Saudi-Arabien und der Iran ihren politischen Einfluss ausüben, wird von einem autoritären Regime beherrscht. Während der Demonstrationen der schiitischen Mehrheit gegen die sunnitische Regierung wurde das Land zum Schauplatz der Machtkonkurrenz zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Saudi-Arabien sandte Truppen, um die Regierung Bahrains zu unterstützen und den Keim der Revolution des Arabischen Frühlings von 2011 zu ersticken, während sich der Iran lediglich auf verbale Drohungen beschränkte. Das hauptsächlich schiitisch-islamische

Land ist aufgrund seiner internationalen Position im Bankwesen und im Handel allgemein relativ tolerant. Eine große Anzahl von christlichen Gastarbeitern (hauptsächlich aus Südasien) arbeitet und lebt in Bahrain. Sie sind relativ frei darin, ihren Glauben in privaten Gemeinderäumen zu leben. Jedoch ist es verboten, Muslimen vom christlichen Glauben zu erzählen. Da die Zahl der Gemeinderäume begrenzt ist, müssen Dutzende von Gemeinden dasselbe Gebäude nutzen. Es ist ihnen nicht erlaubt, für ihre Angebote in arabischer Sprache zu werben, lediglich auf Englisch ist dies möglich.

Des Weiteren werden im Land die Auswirkungen der Ideologie des IS sichtbar. Einige von Saudi-Arabien unterstützte sunnitische Wahhabiten sympathisieren offen mit der Idee eines Kalifats. Diese Einstellung wird außerdem durch die zerbrechliche Beziehung zwischen Sunniten und Schiiten im Land genährt. Zusätzlich zu der sunnitisch-schiitischen Uneinigkeit, muss das Land nun auch noch mit IS-Sympathisanten zurechtkommen, die eine weitere anti-schiitische Gruppe im Land darstellen. Dies ist eine heikle Situation für die Regierung, die selbst der sunnitischen Minderheit angehört und den IS als Bedrohung ihrer Macht wahrnimmt.

Die Königsfamilie in Bahrain beherrscht das Land mit einer vollständig autoritären Haltung. „Freedom House“ stuft das Land in seinem Bericht als „nicht frei“ ein. Andere Menschenrechtsgruppierungen sehen das Land ebenfalls als einen Ort, der Presse- und Medienfreiheit, sowie grundlegenden Menschenrechten feindselig gegenübersteht.

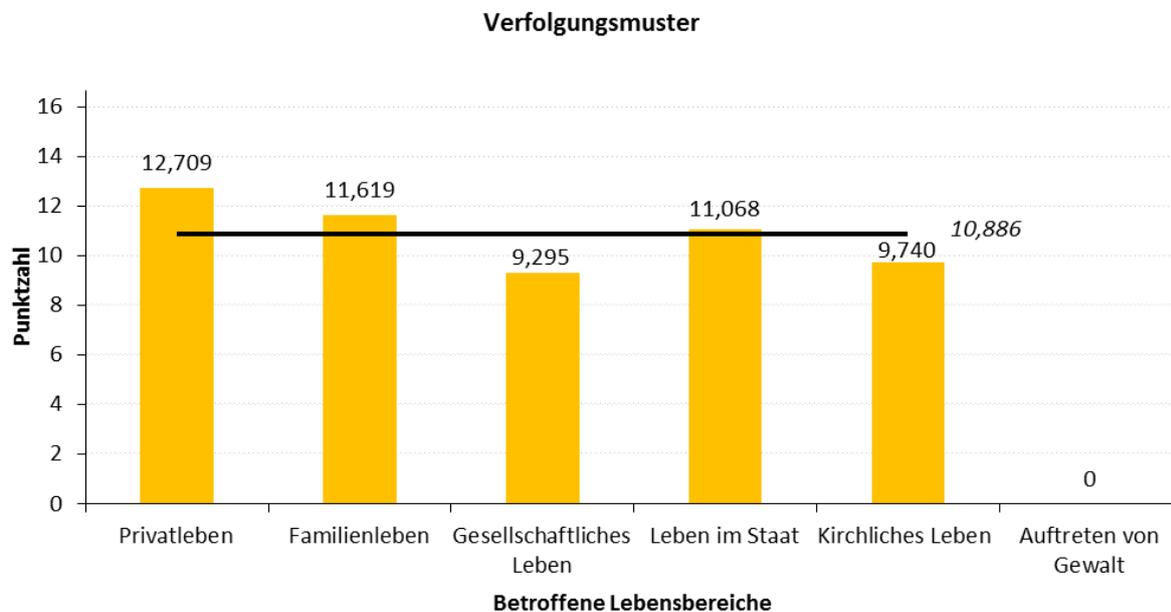
Betroffene Kategorien von Christen

Von den vier Kategorien der Christen des WVI gibt es zwei in Bahrain:

Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Der Großteil dieser Christen sind Gastarbeiter. Sie sind entweder Hilfsarbeiter aus Südostasien (z. B. von den Philippinen) oder Fachkräfte aus westlichen Ländern, die im Finanzbereich oder in Hightech-Unternehmen tätig sind. Ausländische Christen können relativ frei Gottesdienste feiern. Genehmigungen für zusätzliche Räumlichkeiten, die dem tatsächlichen Platzbedarf entsprechen, werden ihnen jedoch von den Behörden oft nicht gewährt. Die drei Haupt-Denominationen dieser Kategorie sind die Römisch-Katholische Kirche, Protestanten und die Syrisch-Orthodoxe Kirche.

Christen muslimischen Hintergrunds: In Bahrain stehen Christen muslimischen Hintergrunds unter erheblich stärkerem Druck als ausländische Christen. Die Gesellschaft ist schon von jeher nicht tolerant gegenüber Konvertiten, die vom Islam zu einer anderen Religion übertreten. Christen muslimischen Hintergrunds wagen es meist nicht, über ihre Bekehrung zu sprechen. Der Druck kommt hauptsächlich von Familie und Gesellschaft und in geringerem Ausmaß auch vom Staat.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Bahrain

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Bahrain:

- Im Allgemeinen ist der durchschnittliche Druck auf Christen auf einem sehr hohen Level (10,886) und ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen (10,820 in 2016)
- In Bahrain erleben die Christen im Bereich „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ die stärkste Verfolgung, welche alle eine hohe Wertung erhalten haben. Dies ist charakteristisch für Situationen, in denen „Islamische Unterdrückung“ und „Diktatorische Paranoia“ vermischt werden. Konvertiten muslimischen Hintergrunds erleiden die meiste Verfolgung in fast allen Lebensbereichen.
- Wie im Vorjahr gibt es keine Gewalttaten zu berichten.
- Die allgemeine Verfolgungssituation in Bahrain wird durch „Islamische Unterdrückung“ und „Diktatorische Paranoia“ bekräftigt. Sie geht hauptsächlich von muslimischen religiösen Führern, Familienmitgliedern, kommunalen Leitern und Regierungsbeamten aus. Diese Akteure arbeiten Hand in Hand und machen das Leben für Christen problematisch.

Privatleben: Vor allem Christen muslimischen Hintergrunds sehen sich starken Herausforderungen gegenüber, da die Gesellschaft ihre Konversion nicht akzeptiert. Diejenigen, die mit ihren Familien oder Eltern zusammenleben und christliches Material besitzen, Jesus anbeten und christliche Symbole wie Kreuze zeigen, können schwere Verfolgung erleben.

Familienleben: Christen leiden in Bahrain, wo das Scharia-Recht über persönliche und Eigentumsangelegenheiten bestimmt. Eine religiös gemischte Ehe ist nur muslimischen Männern erlaubt. Muslimische Frauen dürfen keine nicht-muslimischen Männer heiraten. Eine solche Ehe wird nicht anerkannt. Das gleiche gilt für Christen muslimischen Hintergrunds. Angelegenheiten, die das

Sorgerecht für Kinder oder das Erbrecht von Christen betreffen, werden nicht einmal angehört - mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Betroffenen, vor allem für Frauen.

Gesellschaftliches Leben: Christen fällt es oftmals schwer, in der lokalen Gemeinschaft aktiv zu werden. Vor allem Christen muslimischen Hintergrunds stehen im Alltag vor vielen Herausforderungen, insbesondere im Schulwesen. Ein Länderexperte erklärt: „Die Lehrpläne der öffentlichen Schulen beinhalten Islamunterricht. Muslimische Schüler müssen daran teilnehmen. Christen oder andere Nicht-Muslime sind nicht dazu verpflichtet; wer jedoch als Konvertit seinen neuen christlichen Glauben aus Sicherheitsgründen geheim halten will, sollte trotzdem teilnehmen. Hinzu kommt, dass für christliche Schüler kein adäquater christlicher Unterricht vorgesehen ist.“ Des Weiteren zeigen die Erfahrungen von vergangener Verfolgung, dass in Bahrain eine Stimmung entstanden ist, dass man als Christ, vor allem als Konvertit, nicht nach Bahrain gehört.

Leben im Staat: Über 70 Prozent der Bevölkerung sind Muslime. Der Islam ist Staatsreligion und die Scharia bildet dabei die Grundlage der Gesetzgebung. Christen stellen etwa neun Prozent der Bevölkerung. Diskriminierung aufgrund des Glaubens seitens der Familie und der Gesellschaft ist weit verbreitet. Demnach ist es beispielsweise sehr riskant, seinen christlichen Glauben über soziale Medien, Printmedien oder das Radio zu bekennen. Folglich ist das Leben eines Christen im Staat äußerst eingeschränkt. Nationale Politik und Gesetzgebung sind zumeist so ausgerichtet, die muslimische Bevölkerung zu unterstützen und dabei Christen und andere Minderheiten zu ignorieren. Die Tatsache, dass das Land zwischen schiitischen und sunnitischen Gruppen geteilt ist, bringt die Christen in eine schwierige Situation: oftmals werden sie verdächtigt, mit der jeweils gegnerischen Gruppierung zusammenzuarbeiten.

Kirchliches Leben: Auch wenn die Regierung manchmal Land für den Bau von Kirchen vergibt, ist es in den meisten Fällen für Gemeinden sehr schwer eigene Räumlichkeiten für Gottesdienste zu bekommen. Die bereits bestehenden Lokalitäten für Gottesdienste sind allein schon aufgrund der großen Anzahl der ausländischen Bevölkerung nicht ausreichend und die Regierung erlaubt es Christen nicht, sich in Privathäusern zu Gottesdiensten zu versammeln.

Auftreten von Gewalt: Im Berichtszeitraum wurden keine gewalttätigen Vorfälle gemeldet. Es gab keine Inhaftierungen oder Tötungen. Das bedeutet, dass die Verfolgung in Bahrain im vergangenen Jahr, anders als in anderen Golfstaaten, ausschließlich in Form von permanentem Druck in alltäglichen Lebenssituationen aufgetreten ist.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Zukunft der Christen im Land hängt von vielen Faktoren ab. Das bereits bestehende System ist Christen nicht wohl gesinnt. Da die Verfassung den Islam zur Staatsreligion erklärt und das islamische Gesetz eine wichtige Grundlage der Gesetzgebung darstellt, werden Muslime bevorzugt und andere Glaubensrichtungen nicht angemessen geschützt oder anerkannt. Christen muslimischen Hintergrunds werden vom Staat weiter als Muslime angesehen. Eine Klage dagegen ist nicht möglich, was starke Auswirkungen auf das Familienrecht hat. Allerdings bleibt Bahrain – bezogen auf die Religionsfreiheit von ausländischen Christen – relativ tolerant.

Bahrain ist für regionalpolitische Veränderungen sehr anfällig, da sowohl der Iran als auch Saudi-Arabien vermehrt Einfluss auf die Politik des Landes nehmen wollen. Derzeit scheint es, als habe die königliche Familie, die Teil der sunnitischen Minderheit ist, ihre Macht mit Hilfe von Saudi-Arabien gefestigt. Für die Zukunft kann Folgendes gesagt werden:

- Die Wahrscheinlichkeit für plötzlich auftretende Gewalt im nächsten Jahr ist geringer.
- Der Einfluss des saudischen Wahhabismus wird die ohnehin bereits konservative Gesellschaft in eine extremistischere Richtung führen.
- Es ist wahrscheinlich, dass der radikale Islam (und somit „Islamische Unterdrückung“) im Land zunehmen wird. Das wiederum wird anhaltenden Druck auf Christen mit sich bringen.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 49: Oman

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 53 Punkten belegt der Oman Platz 49 auf dem Weltverfolgungsindex 2017. Damit entspricht die Punktzahl der des Jahres 2016, als der Oman auf Rang 50 eingestuft wurde. Der Großteil der Omaner folgt dem Ibadi-Islam, welcher anderen Glaubensrichtungen gegenüber relativ tolerant ist.



Triebkräfte der Verfolgung

„Islamische Unterdrückung“ und in geringerem Ausmaß „Diktatorische Paranoia“ sind die zwei Triebkräfte der Verfolgung von Christen im Oman. Die Diktatorische Paranoia ist mit Islamischer Unterdrückung vermischt.

Islamische Unterdrückung: Der Islam ist Staatsreligion und die Gesetzgebung basiert hauptsächlich auf islamischem Recht. Islamunterricht steht auf den Lehrplänen aller staatlichen Schulen. Der Abfall vom Islam ist zwar keine strafbare Handlung, wird aber auch nicht vom Rechtssystem anerkannt, welches davon ausgeht, dass alle Staatsbürger Muslime sind. Ein Christ muslimischer Herkunft ist mit Problemen hinsichtlich seines Familienstandes und des Familienrechts konfrontiert, welches einem Vater das Sorgerecht für seine Kinder abspricht, wenn er den Islam verlässt. Auch wenn Gewalt nicht gefördert wird, so ächtet die Gesellschaft jedoch solche, die den Islam verlassen.

Diktatorische Paranoia: Der Oman wird von einer Herrscherfamilie regiert, die den Willen des Volkes nicht respektiert. Daher besteht Unmut in der Bevölkerung. Sie glaubt, dass die Regierung autoritär handelt, wobei sie die wirtschaftlichen Reformen als gewinnbringend anerkennt. In dem Bericht von 2016 stuft „Freedom House“ den Oman als „nicht frei“ ein. In dem Bericht heißt es: „Die Behörden intensivieren ihre Bemühungen, Kritiker der Korruption zu unterdrücken. Die Regierung hat mehrere Menschenrechtsaktivisten und politische Aktivisten inhaftiert.“ Die Rechtssprechung ist nicht unabhängig. Medien erleben Schikane und Einschüchterung. Im Berichtszeitraum wurden Journalisten im Land strafrechtlich verfolgt.

Aktuelle Einflüsse

Geschichte: Am Zusammenfluss von Persischem Golf und Arabischem Meer gelegen war der Oman im Mittelalter eines der einflussreichsten Sultanate. Arabisch ist die offizielle Landessprache und mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist arabisch. Staatsreligion ist der Islam. Besetzt von den Portugiesen, Osmanen und anderen, wurde das Sultanat im 18. Jahrhundert so mächtig, dass es die Küsten des heutigen Iran und Pakistan kontrollierte, Sansibar und Seehäfen in Kenia besiedelte, Afrikaner aus der Sklaverei zurückholte und Handelsschiffe bis zur malaiischen Halbinsel entsandte. Das Land wurde schließlich von britischen Truppen erobert und 1798 wurden Freundschafts- und Kooperationsverträge mit Großbritannien unterzeichnet, welche dem Land erlaubten, seine Unabhängigkeit zu bewahren. Eine große Anzahl ethnischer Belutschen, die in den vergangenen

Jahrhunderten aus dem Iran und Pakistan eingewandert sind, leben ebenfalls im Oman. Das Land wird von einer Monarchie mit zwei Beratungsgremien (dem Staatsrat und dem Nationalen Konsultativrat) regiert.

Politik und Gesetz: Der regierende Sultan kam im Jahr 1970 an die Macht, nachdem er seinen eigenen Vater abgesetzt hatte. Der Sultan schaffte die Sklaverei im Oman ab und führte das Land in einen wirtschaftlichen Aufschwung. Ihm ist es auch zu verdanken, dass dieses in der Vergangenheit von so vielen Kriegen und Konflikten geprägte Land mehr Sicherheit und Stabilität genießt. Während viele andere arabische Staaten sektiererische Gewalt und politische Tumulte erlebten, kann das Sultanat Oman als ein Hort der Ruhe und der Toleranz bezeichnet werden. Der Sultan führte einige demokratische Reformen ein. So gab er beispielsweise im Jahre 1997 Frauen das Recht, in den Nationalen Konsultativrat (Majlis Oman) gewählt werden zu können. Im Jahr 2003 führte der Sultan das Wahlrecht für alle Bürger über 21 Jahren ein. Vor dieser Reform wurden Wähler von der Führungselite bestimmt und nur ein Viertel der Bevölkerung durfte überhaupt wählen. Die Bestimmungen in der Verfassung, welche die Religionsfreiheit betreffen, sind voller Widersprüche. Es wird zwar einerseits Religionsfreiheit gewährt, doch gilt andererseits die Bedingung, dass dadurch weder geltende Sitten noch die öffentliche Moral und Ordnung verletzt werden dürfen.

Gesellschaft und Ibadi-Islam: Der Oman ist eines der Länder, in welchem der Islam noch zu Lebzeiten des Propheten Mohammed Fuß fasste. Die Ibaditen praktizieren eine Strömung des Islam, die es nur im Oman gibt. Sie ist eine Mischung aus Strenge und Toleranz und kann als „gemäßigter Konservatismus“ bezeichnet werden. Laut Experten für den Ibadi-Islam sind dessen Anhänger im Vergleich zu Sunniten und Schiiten nicht gewaltbereit. Auch gegen jene, die sich vom Islam abkehren oder keine Muslime sind, verüben sie keine Gewalttaten. „Sie konzentrieren sich auf ‚Absonderung‘. Dies äußert sich gewöhnlich durch das Verweigern der traditionellen ‚Freundschaft‘ (,wilaya‘).“ Obwohl der Islam das Leben der Omaner dominiert, gibt es im Oman im Gegensatz zu einigen angrenzenden Ländern die Tendenz, Christen zu tolerieren. Diese Toleranz wird gestärkt durch den Sultan, welcher das Land als Symbol der Toleranz und Diplomatie darzustellen versucht. Konsequenter tritt der Oman auch in internationalen Gesprächen mit militanten Gruppen in der Region als Mediator auf.

Der Jemen-Effekt: Das Land kämpft mit Herausforderungen, die durch die Konfliktparteien im Jemen verursacht werden. Im Jemen bekämpfen sich die Huthi-Rebellen, „Al-Kaida der Arabischen Halbinsel“ (AQAP) und die Regierung Jemens. Iran und Saudi-Arabien führen dort einen Stellvertreterkrieg. Als Nachbarland zu Jemen spürt auch der Oman die vorherrschenden Spannungen.

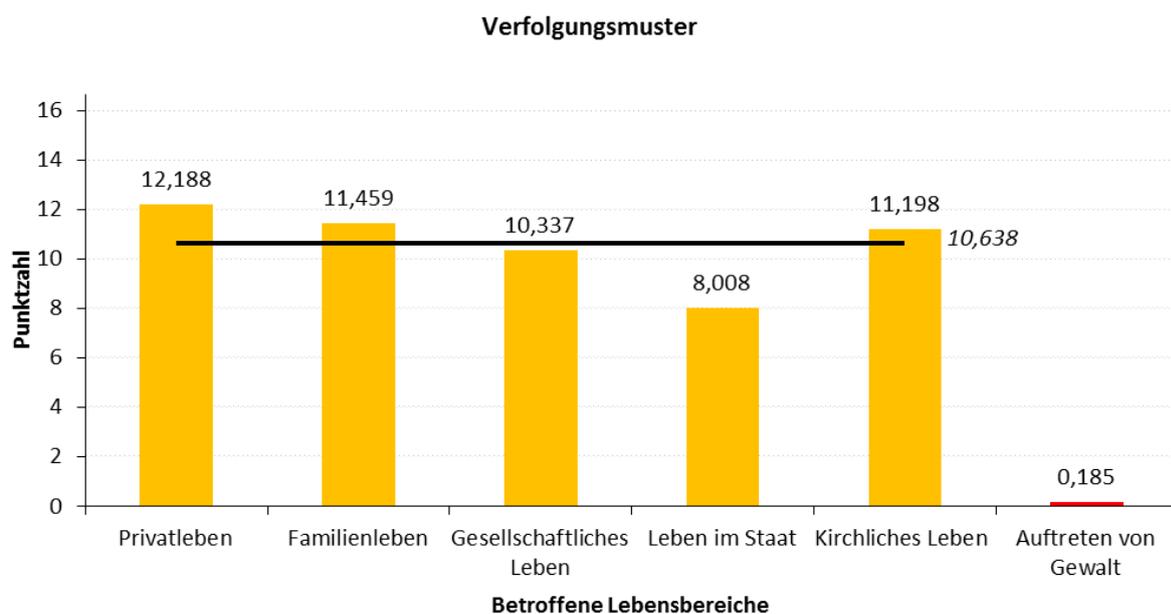
Betroffene Kategorien von Christen

Im Oman gibt es folgende Kategorien von Christen:

Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Es gibt eine Reihe ausländischer Christen im Oman. Sie leben vor allem in den großen städtischen Gebieten von Maskat, Suhar und Salala. Es handelt sich dabei um römisch-katholische, orthodoxe und protestantische Gemeinden. Mehr als sechzig verschiedene christliche Gruppierungen und Gemeinden sind in der Hauptstadt Maskat aktiv. Alle religiösen Organisationen müssen sich behördlich registrieren lassen. Christliche Versammlungen werden auf politische Botschaften und Teilnahme durch omanische Staatsbürger hin überprüft. Es wird offiziell geduldet, dass ausländische Christen ihren Glauben im Privaten oder auf der Arbeit ausüben. Ihre Einrichtungen sind jedoch beschränkt, um Einheimische nicht zu beleidigen.

Christen muslimischen Hintergrunds: Diese Gruppe riskiert Verfolgung durch ihre Familie und die Gesellschaft. Sie können ihre Familie, ihr Haus, ihre Arbeit und sogar ihr Leben verlieren. Allerdings wurden im Berichtszeitraum sehr wenige gewaltsame Vorfälle dokumentiert.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Oman

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Oman:

- Der durchschnittliche Wert liegt bei 10,638 Punkten und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben ist.

- Der Verfolgungsdruck ist im „Privatleben“ (12,188), „Familienleben“ (11,459) und „Kirchlichen Leben“ (11,198) am stärksten ausgeprägt. Dies ist charakteristisch für eine Verfolgungssituation, die von „Islamischer Unterdrückung“ ausgeht.
- Das „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen ist sehr gering (0,185), allerdings im Vergleich zu der nicht vorhandenen Gewalt des Vorjahres angestiegen.
- Die allgemeine Verfolgungssituation ist auf eine nichtgewalttätige aber konservative Gesellschaft zurückzuführen. Wesentliche Treiber stellen hierfür Familienmitglieder (sowohl der Kern-, als auch der erweiterten Familie), Regierungsbeamte, Gemeindevorsteher und nicht-christliche religiöse Führer dar.

Privatleben: Der Oman gehört zu den wenigen Ländern, in denen der Islam Staatsreligion ist, aber der Wechsel zu einem anderen Glauben nicht als Verbrechen gilt. Dennoch hat dieser Schritt Konsequenzen, vor allem im familiären Bereich. Besonders sind hiervon Konvertiten betroffen. Ein Beobachter sagt: „Die Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion und die Scharia ist die Grundlage der Gesetzgebung. Menschen werden aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit, ihres Glaubens und der Ausübung ihres Glaubens diskriminiert und misshandelt. Fast 70 Prozent der Bürger sind Muslime. Ihren christlichen Glauben offen zu zeigen, ist besonders deshalb für Christen muslimischen Hintergrunds gefährlich, weil sie sich dadurch der Gefahr von Diskriminierung und Rechtsfolgen in Sorgerechtsfällen aussetzen. Daher ist es riskant für Christen, ihren Glauben an Jesus Christus in geschriebener Form zu bekennen.“

Familienleben: Christen muslimischen Hintergrunds müssen nach islamischem Ritus heiraten. Ein Feldforscher sagt dazu: „Ein konvertierter Ehemann verliert mit der Scheidung sein Sorgerecht. Das ist durch den Familienstand und den Familienkodex klar festgelegt.“ Trotzdem gibt es immer noch Omaner, die zum christlichen Glauben konvertieren.

Gesellschaftliches Leben: Im gesellschaftlichen Leben müssen Christen alle möglichen Vorkehrungen treffen, um Diskriminierung, Belästigungen und Schikanen zu vermeiden. Besonders der schulische Lehrplan ist für Christen muslimischen Hintergrunds eine große Herausforderung. Ein Beobachter bemerkt dazu: „Die Lehrpläne der öffentlichen Schulen beinhalten Islamunterricht. Muslimische Schüler müssen daran teilnehmen. Christen oder andere Nicht-Muslime sind nicht dazu verpflichtet. Wer jedoch als Konvertit seinen neuen christlichen Glauben aus Sicherheitsgründen geheim halten will, sollte trotzdem teilnehmen. Hinzu kommt, dass für christliche Schüler kein adäquater christlicher Unterricht vorgesehen ist.“

Leben im Staat: Im Oman ist der Islam Staatsreligion und die Scharia Grundlage der Gesetzgebung. Dies bedeutet, dass die Christen unter Regelungen und Gesetzen leben müssen, die in Übereinstimmung mit dem Islam erlassen worden sind.

Kirchliches Leben: Es ist richtig, dass es im Oman viele registrierte Gemeinschaften und Kirchen gibt. Dennoch sind der Bau und die Registrierung einer Kirche schwierig. Ein Feldforscher fügt hinzu: „Die Regierung erlaubt keine religiösen Versammlungen in Privathäusern oder an irgendeinem anderen Ort, den sie nicht als Anbetungshaus genehmigt hat. Die Regierung muss auch dem Bau und dem Mieten von Gebäuden durch religiöse Gruppen zustimmen.“ Gemessen an der Tatsache, dass viele Christen in das Land kommen, übt diese Beschränkung starken Druck auf das Bedürfnis der Christen für gemeinsame Anbetung aus.

Auftreten von Gewalt: Gewalttaten gegen Christen gibt es nur in sehr geringem Maße. Sie sind jedoch gegenüber dem Vorjahr angestiegen, als überhaupt keine Vorfälle verzeichnet wurden. Diese leichte Zunahme kam durch die Festnahme einer kleinen Gruppe Christen muslimischen Hintergrunds zustande, die sich für ein religiöses Treffen in einem Haus trafen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Zukunft der Christen im Oman wird durch soziale, politische und regionale Faktoren beeinflusst. Betrachtet man die Situation in vielen Ländern des Mittleren Ostens und der Golfregion, kann man kaum positive Entwicklungen beobachten. Der Oman ist dabei keine Ausnahme. Wenn soziale Unruhen auftreten, kann dies zu einer Schwächung des Regimes führen, wodurch es zu weiterer Islamisierung der politischen Institutionen des Landes und einer strikteren Anwendung der Scharia-Gesetzgebung kommen könnte. Der Sultan wird als Garant für Sicherheit und Stabilität im Land angesehen. Er wird immer älter und Berichten zufolge soll sich sein Gesundheitszustand verschlechtert haben. Sollte er nicht mehr in der Lage sein zu regieren, könnte das Land in die Hände von Extremisten fallen. Darüber hinaus könnte die Lage im Jemen auch Einfluss auf den Oman haben. Auf der anderen Seite gibt es aber auch eine positive Entwicklung im Land. Die Regierung ist bemüht, eine Atmosphäre der religiösen Harmonie aufzubauen. Das Al-Amana-Zentrum engagiert sich für mehr Dialog und Verständnis zwischen Muslimen und Christen. Sein Motto lautet: „Kein Frieden unter den Nationen ohne Frieden zwischen den Religionen“. Und: „Kein Frieden unter den Religionen ohne Dialog zwischen den Religionen“.

Wenn man diese Entwicklungen in Betracht zieht, sind die folgenden Szenarien zukünftig wahrscheinlich:

- Wenn der Sultan stirbt, könnte dies jederzeit Umbruch, Unsicherheit und Konflikte mit sich bringen.
- Wenn die Probleme im Jemen nicht geklärt werden, kann dies Auswirkungen auf den Oman haben. Radiale Kämpfer könnten die Grenze vom Jemen überqueren.

Ausblick

In den vergangenen Jahren haben sich die Komoren in Richtung Stabilität und Demokratie entwickelt. Im Gegensatz dazu verbessert sich das Leben für Christen in dem Inselstaat nicht. Seit zwanzig Jahren steht der Raum für Christen unter den Drohungen von Hardlinern, nach deren Meinung die Komoren nur für sunnitische Muslime sein sollten. Mit der Verfassung von 2009, die durch ein Referendum bestätigt wurde, wurde der Islam zur Staatsreligion. Für die kommenden Jahre lässt sich folgendes festhalten:

1. Es ist sehr wahrscheinlich, dass ein extremistischer Islam seinen Einfluss im Land steigern wird. Der Druck auf Christen wird in der Folge weiter bestehen bleiben.
2. Die Tatsache, dass die Wahlen 2016 relativ friedlich verlaufen sind, wird den Demokratisierungsprozess auf den Komoren weiter stärken.

[zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 50: Kolumbien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 53 Punkten steht Kolumbien auf Platz 50 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Im Jahr 2016 nahm Kolumbien mit einer Wertung von 55 Punkten Platz 46 ein. Dieser Rückgang der Wertung ist auf die verringerte Intensität von „Organisiertem Verbrechen und Korruption“ zurückzuführen, was ein Ergebnis der Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC-Rebellen ist. Die Verfolgung, die sich aus „Ethnisch begründeten Anfeindungen“ speist, ist jedoch nicht zurückgegangen, und der Druck, der von „Säkularer Intoleranz“ stammt, ist angestiegen.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkkräfte von Verfolgung sind Organisiertes Verbrechen und Korruption, Ethnisch begründete Anfeindungen und in einem geringeren Ausmaß gibt es auch nebeneinander Säkulare Intoleranz und „Konfessioneller Protektionismus“.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: In bestimmten Gebieten agieren revolutionäre und konterrevolutionäre paramilitärische Gruppierungen – eng verwoben mit dem organisierten Verbrechen – oftmals in einem Umfeld aus fehlender Strafverfolgung, Korruption, Anarchie, Drogenkriegen und struktureller Gewalt. In diesem Umfeld sind Christen eine gefährdete Gruppe, da sie als Bedrohung für die Vormachtstellung krimineller Organisationen gesehen werden. Christen repräsentieren besonders für junge Menschen eine alternative Lebensweise in der Gesellschaft, womit die Kirche in direkter Konkurrenz zu kriminellen Organisationen steht. Fast die Hälfte der kolumbianischen Landfläche ist unter der Kontrolle von Guerillas und paramilitärischen Gruppen. Dieser Teil des Landes hat jedoch die geringste Bevölkerungsdichte.

Ethnisch begründete Anfeindungen: In Kolumbien treten immer wieder Spannungen innerhalb indigener Gemeinschaften auf, wenn sich einzelne Personen dem christlichen Glauben zuwenden. Diese Christen mit indigenem Hintergrund sind besonders gefährdet. Nachforschungen von Open Doors haben ergeben, dass diesen Christen in der Cauca-Region regelmäßig der Zugang zu grundlegenden sozialen Diensten und die gleichberechtigte Teilnahme an Entscheidungsfindungen verwehrt wird. Sie riskieren zudem, gefoltert oder vertrieben zu werden.

Säkulare Intoleranz: Diese Triebkraft der Verfolgung nimmt in Kolumbien an Einfluss zu. Anzeichen dafür sind wiederholtes Auftreten von Intoleranz gegenüber der Teilnahme von Christen am öffentlichen Leben, insbesondere an staatlichen Universitäten. Konfessionelle Institutionen werden häufig in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt. Im Berichtszeitraum gab es dafür eine signifikante Zahl von Beispielen.

Konfessioneller Protektionismus: Es besteht weiterhin eine Haltung der Ablehnung zwischen einzelnen christlichen Denominationen, insbesondere, wo die römisch-katholische Kirche die Entstehung neuer evangelikaler und pfingstlicher Bewegungen ablehnt. Diese Triebkraft der Verfolgung tritt vor allem in ländlichen Gemeinden auf, in denen evangelikale Christen bedrängt werden, wenn sie nicht an den traditionellen religiösen Veranstaltungen teilnehmen. Aber auch auf nationaler Ebene sind solche Beobachtungen zu machen, da die Gesetzgebung teilweise weiterhin den Katholizismus gegenüber anderen Glaubensrichtungen begünstigt. Allerdings verliert diese Triebkraft der Verfolgung an Einfluss, denn seit 1991 sind durch die Verfassung die meisten rechtlichen Hindernisse für die nicht-traditionellen Formen des christlichen Glaubens abgeschafft worden.

Aktuelle Einflüsse

Kolumbien weist sehr unterschiedliche Gegebenheiten auf. Formal gesehen ist das Land modern und demokratisch, mit Rechtsstaatlichkeit und der Zusicherung von Religionsfreiheit. Allerdings stehen große Teile des Landes unter der Kontrolle krimineller Organisationen, von Drogenkartellen, Revolutionären und paramilitärischen Gruppen. In einem Umfeld von oftmals fehlender Strafverfolgung leiden alle Einwohner Kolumbiens unter den jahrzehntelangen Konflikten. Christen stehen jedoch in einem besonderen Maß in der Gefahr, Anfeindungen zu erleben. Viele Christen sind aufgrund ihrer Aktivitäten als einflussreiche Pastoren, Politiker, Journalisten, Rechtsanwälte, Menschenrechtsaktivisten, Vertreter der Rechte indigener Völker und Umweltschützer eine wichtige Stimme in der öffentlichen Meinung und damit das Ziel von Verfolgung, weil kriminelle Netzwerke sie als Bedrohung für ihre Interessen ansehen. Entgegen den Behauptungen von Präsident Santos, der im Jahr 2014 wiedergewählt wurde, wird die Lage im Land nicht sicherer.

In Kolumbien können zudem Spannungen beobachtet werden, wenn sich Mitglieder von indigenen Gemeinschaften dem christlichen Glauben zuwenden. Christen mit indigenem Hintergrund werden als Bedrohung der Autorität von indigenen Behörden und Traditionen gesehen und häufig werden sie zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen. Open Doors liegen Berichte von Christen aus der Cauca-Region vor, denen regelmäßig der Zugang zur sozialen Grundversorgung verwehrt wird und die in Entscheidungsprozessen übergangen werden. Außerdem laufen sie Gefahr, gefoltert oder vertrieben zu werden.

Indigene Territorien sind in Kolumbien durch ein Bundesgesetz geschützt, das ihnen Autonomie garantiert. Aufgrund dieser Autonomie ist es den Sicherheitskräften der Regierung (Polizei und Militär) gesetzlich verboten, diese Gebiete zu betreten. Die Gebiete werden von indigenen Organisationen verwaltet, die aber mancherorts so schwach sind, dass sie von den Guerillas infiltriert werden. Da es dort praktisch keine staatlichen Gesetzeshüter gibt und demnach auch keinen Gesetzesvollzug, haben sich diese Gebiete zu einem sicheren Hafen für den groß angelegten Drogenhandel der Guerillas entwickelt. Einige dieser Aktivitäten sind auf Bündnisse von Teilen der indigenen Bevölkerung und der Guerillas zurückzuführen. Quellen von Open Doors weisen darauf hin, dass die indigene Bevölkerung gezielt materielle Unterstützung vonseiten der Guerillas erhält, um Christen indigener Herkunft zu verfolgen.

Betroffene Kategorien von Christen

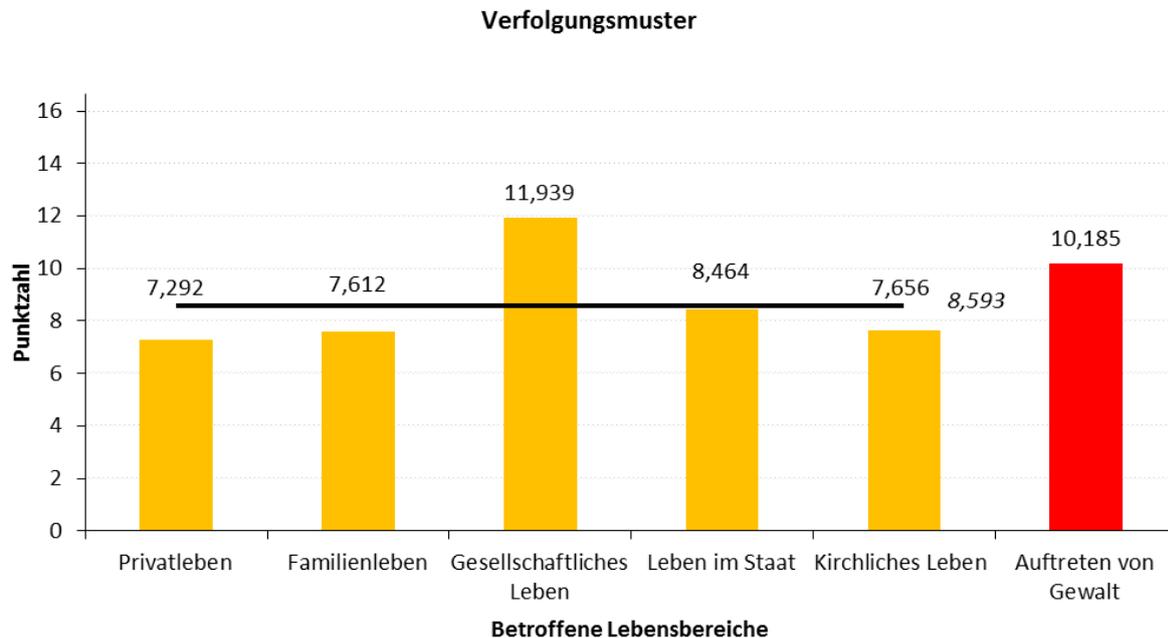
In Kolumbien existieren drei der im WVI unterschiedenen Kategorien von Christen: Christen aus traditionellen Kirchen, Christen aus traditionell-indigenen Religionen (Konvertiten) und Angehörige protestantischer Freikirchen. Alle können Opfer von Organisiertem Verbrechen und Korruption durch kriminelle Gruppen werden, am stärksten sind jedoch Christen betroffen, die ihren Glauben offen bezeugen und eine wichtige Rolle im sozialen sowie öffentlichen Leben spielen oder Leiter auf kommunaler oder nationaler Ebene sind. Säkulare Intoleranz kann für alle Kategorien von Christen in den größeren Städten, die unter Kontrolle der Regierung sind, zu einem Problem werden. Ethnisch begründete Anfeindungen treffen alle Kategorien von Christen in indigenen Gemeinschaften. Konfessioneller Protektionismus betrifft vor allem Christen, die nicht zu traditionellen Kirchen gehören.

Christen aus traditionellen Kirchen: Es existiert eine große traditionell-christliche Gemeinschaft, die größtenteils aus Katholiken besteht. Diese Gruppe ist vor allem anfällig für Verfolgung durch Organisiertes Verbrechen und Korruption und Säkulare Intoleranz.

Christen indigener Herkunft: Christen, die aus den indigenen Religionsgemeinschaften zum Glauben an Jesus Christus gekommen sind, werden als Bedrohung für die Macht der lokalen Autoritäten und für die alten indigenen Traditionen betrachtet. Hier kommen Ethnisch begründete Anfeindungen als Triebkraft der Verfolgung zum Tragen. Open Doors schätzt, dass rund 30 Prozent der gesamten indigenen Bevölkerung (400.000 Personen) Christen sind. Dazu gehören sowohl katholische als auch evangelische Christen. Circa 40 Prozent von ihnen erleben in irgendeiner Weise Verfolgung (165.000 Personen). Da sie als Gefahr für den Fortbestand der indigenen Kultur und Traditionen gesehen werden, werden die Christen unter der indigenen ländlichen Bevölkerung in einigen autonomen Gebieten Kolumbiens (z.B. Gebiete in Cauca, Córdoba und den Putumayo-Gebieten) immer wieder Opfer von Anfeindungen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Kolumbien verzeichnet eine wachsende Anzahl von protestantischen Freikirchen (wie Baptisten-, evangelikale und Pfingstgemeinden). Diese Gruppe erleidet Verfolgung durch das Organisierte Verbrechen und Korruption sowie durch Säkulare Intoleranz; in ländlichen Gebieten auch durch Konfessionellen Protektionismus.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kolumbien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Kolumbien:

- Insgesamt ist der Druck auf Christen auf hohem Niveau und im aktuellen Berichtszeitraum von 8,360 (WVI 2016) auf 8,593 leicht angestiegen.
- Organisiertes Verbrechen und Korruption beeinflussen alle Lebensbereiche und führen zu einer Kultur der Angst, die besonders im Bereich Gesellschaftliches Leben zu spüren ist, dessen Werte die der anderen Lebensbereiche deutlich übersteigen (11,939). Dies ist typisch für diese Triebkraft der Verfolgung, die in lokalen Kommunen am aktivsten ist.
- Ethnisch begründete Anfeindungen sind auf indigene Gemeinschaften beschränkt. Diese Triebkraft von Verfolgung drückt sich vor allem in den Bereichen Familienleben, Gesellschaftliches Leben und Kirchliches Leben aus. Manchmal überschneidet sie sich mit Organisiertem Verbrechen und Korruption, besonders dann, wenn sich Guerillas mit indigenen Stammesführern gegen Christen verbünden. Dies geschieht in den lokalen Gemeinschaften, wodurch der Wert im Bereich Gesellschaftliches Leben weiter steigt.
- Säkulare Intoleranz kommt vor allem in den Bereichen Leben im Staat und Kirchliches Leben zum Tragen.
- Das Niveau an Gewalt ist mit einem Wert von 10,185 weiterhin sehr hoch, im Vergleich zu 12,963 im vorangegangenen Berichtszeitraum jedoch zurückgegangen.
- Die Situation in Kolumbien für Christen wird von einer Kombination verschiedener Triebkräfte der Verfolgung bestimmt, die zum Teil und in verschiedenen Regionen des Landes miteinander verknüpft sind.

Privatleben: Im privaten Bereich ist der Druck auf Christen vor allem durch Ethnisch begründete Anfeindungen ein Problem, wenn eine Abkehr vom traditionell-indigenen Glauben nicht toleriert wird und als eine Bedrohung für den Erhalt althergebrachter indigener Traditionen gesehen wird.

Familienleben: In Stammesgebieten müssen Taufen und andere symbolische Handlungen des christlichen Glaubens, die die Familie betreffen, im Geheimen durchgeführt werden. Auf der kommunalen Ebene erleben Christen vielfältige Formen von Schikane und Diskriminierung, einschließlich des Ausschlusses von grundlegenden Sozialleistungen. In vielen Familien wird es abgelehnt, wenn sich ein Familienmitglied dem christlichen Glauben anschließt, da dieser als Bedrohung für die Traditionen der Gesellschaft angesehen wird.

Gesellschaftliches Leben: Kriminelle Organisationen und Guerillas bereiten Christen in ihrem Alltagsleben Schwierigkeiten, weil all ihre Aktivitäten beobachtet und jene verhindert werden, die den Interessen dieser Gruppierungen widersprechen. Christen erfahren Einschränkungen, wenn es um den Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und andere soziale Dienste geht. Christliche Schulen werden so gut wie nicht toleriert.

Leben im Staat: Auf staatlicher Ebene werden aufgrund säkularer Intoleranz einige öffentliche Ausdrucksformen des christlichen Glaubens verhindert oder ins Lächerliche gezogen. Anti-Diskriminierungsgesetze schränken in manchen Fällen Christen ein, frei ihre Meinung zu Ehe und Familie zu äußern. Oft nehmen auf staatlicher Ebene kriminelle Gruppierungen traditionelle Rollen des Staates ein, so dass keine Rechtsstaatlichkeit mehr gegeben ist und Benachteiligungen von Christen ungestraft bleiben.

Kirchliches Leben: Organisiertes Verbrechen und Korruption schränken die Versammlungsfreiheit der Christen ein. Gottesdienste und Predigten werden ständig von kriminellen Gruppen überwacht, um herauszufinden, ob sie eine Bedrohung für die Interessen dieser Gruppierungen darstellen. In indigenen Gemeinschaften ist die Freiheit der Christen ebenfalls sehr eingeschränkt, da jegliche christliche Aktivität als Bedrohung der politischen Macht der indigenen Autoritäten angesehen wird. Es kommt vor, dass Gottesdienste oder christliche Open-Air-Veranstaltungen von andersdenkenden Gruppierungen auf Basis säkularer Intoleranz gestört werden. Außerdem werden christliche Standpunkte im öffentlichen Bildungssystem immer weniger toleriert.

Auftreten von Gewalt: Laut den Berichten des Büros von Open Doors in Kolumbien wurden während des Berichtszeitraums vier Christen ermordet. Guerillas waren für drei dieser vier Morde verantwortlich. Kriminelle Gangs waren für den Tod des vierten Christen verantwortlich, der in einer städtischen Region ermordet wurde. Die Mordopfer waren jeweils Christen, die öffentlich die Verbrechen dieser Gruppen verurteilten. Derzeit gibt es mehr als 400 indigene Christen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Im September 2016 beschlossen die Behörden der Wiwas (eine indigene Gemeinschaft aus der Region La Guajira im Nordosten von Kolumbien), alle christlichen Evangelisten, die zu pfingstlichen oder evangelikalen Missionen gehören, aus ihrem Gebiet auszuweisen.

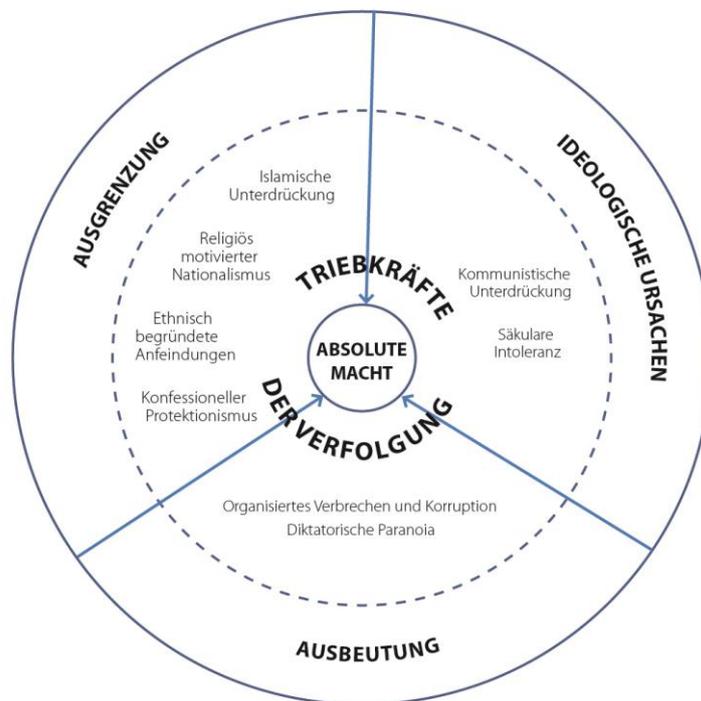
Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

1. Die Autonomie der indigenen Territorien, die diese zu einem Staat im Staat macht, wird wahrscheinlich fortbestehen, da dieses Recht tief in der Verfassung verankert ist. Was auf dem Papier äußerst positiv klingt – das Recht auf Selbstverwaltung der indigenen Gebiete – ist in Wahrheit äußerst undemokratisch, da es vereinzelt, traditionell-indigenen Herrschern uneingeschränkte Macht in diesen Gebieten verleiht. Deshalb wird die Situation für indigene Christen sehr schwierig bleiben, da in diesen Territorien Menschenrechtsstandards nicht durchgesetzt werden können.
2. Trotz der Friedensgespräche wird die Gewalt in Kolumbien bis auf weiteres ein strukturelles Problem bleiben. In Gebieten, in denen die Regierung ihre Kontrolle über die öffentliche Sicherheit verloren hat, können Drogenkartelle und illegale bewaffnete Gruppen weiterhin ungestraft agieren. Das bedeutet, dass Christen weiterhin zum Ziel krimineller Banden werden.
3. Entgegen aller Erwartungen stimmten die Kolumbianer laut Berichten der BBC mit einer geringen Mehrheit gegen den Friedensvertrag, auf den die Regierung und die FARC-Rebellen sich geeinigt hatten. 50,2% der Wähler stimmten bei dem am 2. Oktober gehaltenen Referendum mit „Nein“. Die Wahlbeteiligung war mit weniger als 38% der Wahlberechtigten sehr niedrig, aber groß genug, damit das Referendum Gültigkeit besaß. Nach der Ablehnung des Friedensvertrags wurde dem Kongress ein überarbeiteter Vertrag präsentiert. Wie auch immer die Situation sich entwickelt, Kolumbien blickt weiterer Unsicherheit entgegen.
4. Es ist für die Christen besorgniserregend, dass Säkulare Intoleranz in Kolumbien immer stärker sichtbar wird. Der Trend wird sich im kommenden Berichtszeitraum voraussichtlich verstärken.

[zurück zur Länderübersicht](#)

5. Die Methodik hinter dem Index



Grafik © Open Doors

5.1. Grundannahmen hinter dem Weltverfolgungsindex

Verfolgungssituationen sind in der Regel sehr komplex. Nicht immer ist dabei eindeutig, ob der (so empfundene) Druck auf oder die konkrete Gewalt gegen Christen durch ihren christlichen Glauben bedingt ist. Die Ursachen für Verfolgung sind generell verknüpft mit Religionen, Ideologien oder zerstörerischen Denkweisen, bei denen der Wunsch nach exklusiver Machtausübung eine große Rolle spielt. Die WVI-Methodik betrachtet diese grundlegenden Motive als Quellen, aus denen sich die acht verschiedenen „Triebkräfte“ speisen (vgl. Anhang 3).

Die Grafik verdeutlicht das Zusammenspiel der zugrundeliegenden menschlichen Leitmotive mit den verschiedenen Triebkräften bei dem Streben nach absoluter Macht.

5.2. Definition von Verfolgung

Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Die WVI-Methodik folgt eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition. Nach diesem Ansatz ist Verfolgung definiert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.“ Des Weiteren lehnt sich Open Doors an die Definition von Verfolgung des UNHCR an.

5.3. Erstellung des Weltverfolgungsindex

Open Doors beobachtet die weltweite Verfolgung von Christen seit den späten 1970er-Jahren. Die WVI-Methodik wurde während der 1980er- und 1990er-Jahre beständig weiterentwickelt und im Jahr 2012 von der Open Doors Forschungsabteilung „World Watch Research“ (WWR) umfassend überarbeitet. Ziel dieses Prozesses war eine Steigerung der Glaubwürdigkeit, Transparenz, Objektivität und wissenschaftlichen Qualität. Seither sind weitere Verfeinerungen vorgenommen worden.

Die WVI-Methodik unterscheidet zwischen zwei Haupterscheinungsformen von Verfolgung: „squeeze“ (der konstante Druck, unter dem Christen in allen Lebensbereichen stehen) und „smash“ (gewaltsame Übergriffe).

Während smash durch das Registrieren gewaltsamer Übergriffe relativ gut erfassbar ist, wird das Ausmaß von squeeze auf andere Art ermittelt: Hierfür wird der Druck untersucht, der auf das alltägliche und das religiöse Leben von Christen in fünf ausgewählten Lebensbereichen ausgeübt wird (siehe Anhang 2). Nach Klärung einiger Grundsatzfragen wird ein 84 Punkte umfassender Fragebogen an Feldmitarbeiter von Open Doors und an lokale Netzwerke von Christen, die Verfolgung erleben, verschickt (bezogen auf den Berichtszeitraum 1. November – 31. Oktober). Einen kurzen Einblick in den Fragebogen liefert der unten abgebildete Ausschnitt des ersten Blockes.

Teil 1: Privatleben

Der Bereich **Privatleben** wird definiert als das innere Leben eines Christen, das *forum internum*, die Gedanken- und Gewissensfreiheit.

Die Leitfrage, die gestellt wird, lautet: „Wie frei waren Christen darin, eine persönliche Beziehung zu Gott zu führen?“ Diese Frage ist nicht auf das private Zuhause beschränkt, sondern kann auch für Christen im Gefängnis, einen Spaziergang im Wald, etc. angewendet werden. Die Frage ist unabhängig davon, wer diese Freiheit einschränkt.

Die Frage beschäftigt sich mit Konversion, privatem Lobpreis, dem Besitz von christlichen Materialien, der Meinungsfreiheit (beispielsweise in Wort und Schrift oder durch Bilder und Symbole), dem Zugang zu Informationen und Medien, dem privaten Teilen des Glaubens mit anderen, der Freiheit von privaten Versammlungen, der Freiheit von privater Kommunikation und der Freizügigkeit.

	Nein	Ja	Betroffene Kategorien von Christen (1-4)	Umfang des betroffenen bewohnten Gebiets (1-4)	Intensität (1-4)	Häufigkeit (1-4)	Unbekannt	Keine Angabe	Bitte erweitern Sie die Antwort zur Erläuterung um weitere Informationen
1.1	0	0					0	0	
1.2	0	0					0	0	
1.3	0	0					0	0	
1.4	0	0					0	0	
1.5	0	0					0	0	
1.6	0	0					0	0	
1.7	0	0					0	0	
1.8	0	0					0	0	

Das abgebildete Beispiel zeigt einen Ausschnitt aus Block 1 des Fragebogens zum Weltverfolgungsindex 2017

Die ausgefüllten Fragebögen werden mit den Einschätzungen externer Experten abgeglichen. Anschließend werden die Punktzahlen für jeden Lebensbereich unter Berücksichtigung von variablen Größen errechnet. Damit können beispielsweise unterschiedliche Kagegorien von Christen oder Regionen innerhalb eines Landes gemeint sein, zwischen denen große Unterschiede hinsichtlich der auftretenden Verfolgung bestehen. Auch die Intensität und Häufigkeit von Verfolgung fließt in die Bewertung ein. Verschiedene Triebkräfte von Verfolgung (s. Anhang 3), Verfolger (s. Anhang 4) und ein spezifisches Verfolgungsmuster (s. Anhang 5) werden im Rahmen dieser Analyse ermittelt. Zusätzlich wird das IIRF¹ für ein Audit hinzugezogen, um zu überprüfen, ob die Ergebnisse in Übereinstimmung mit der WVI-Methodik erarbeitet wurden.

Schließlich wird eine Gesamtpunktzahl für jedes einzelne Land errechnet, aus denen die Rangfolge der Länder auf den Plätzen 1-50 des jährlich veröffentlichten Open Doors Weltverfolgungsindex hervorgeht. Die WVI-Punktzahlen sind keine absoluten Zahlen, sondern Vergleichswerte, die eine detaillierte Gegenüberstellung der Lebensumstände von Christen in den aufgeführten Ländern ermöglichen. Die nachfolgende Abbildung zeigt beispielhaft die Abschlusswertungen der höchstplatzierten Länder auf dem WVI 2016.

Beispiel WVI 2016

Berichtszeitraum: 1. November 2014 – 31. Oktober 2015

Platz WVI 2016	Land	Privat-leben	Familien-leben	Soziales Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Physische Gewalt	Summe Punkte WVI 2016
1	Nordkorea	16,667	15,476	16,472	16,557	16,667	9,815	92
2	Irak	14,868	14,732	15,039	14,803	15,147	15,556	90
3	Eritrea	16,667	14,792	16,667	16,667	14,249	10,185	89
4	Afghanistan	16,477	16,295	15,300	13,432	15,885	10,741	88
5	Syrien	14,394	14,063	14,453	13,597	14,930	15,556	87
6	Pakistan	14,583	13,988	14,063	14,748	12,674	16,667	87
7	Somalia	16,667	16,667	16,667	16,667	16,667	3,333	87
8	Sudan	14,205	13,691	13,867	13,651	14,844	13,519	84
9	Iran	14,110	14,509	14,584	14,803	16,102	9,260	83
10	Libyen	14,489	13,393	13,086	13,542	14,627	9,630	79

Der wichtigste Grund für das Erstellen einer Rangfolge von Ländern ist der Wunsch, eine komplexe Realität der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die WVI-Platzierungen sind nur in Zusammenhang mit den jeweiligen Länderprofilen zu verstehen, in denen die Besonderheiten der Verfolgungssituationen dargelegt werden.

¹ International Institute for Religious Freedom, <http://www.iirf.eu/>

Anhang 1

Definition von „Christ“ und Kategorien von Christen

Der WVI ist ein Hilfsmittel, um die Verfolgung zu dokumentieren, die Christen um ihres Glaubens willen erleben. Die WVI-Methodik definiert Christen (soziologisch) als „jede Person, die sich selbst als Christ identifiziert und/oder einer christlichen Gemeinschaft nach dem Verständnis der historischen kirchlichen Glaubensbekenntnisse angehört.“ Auf Basis dieser Definition ordnet die WVI-Methodik Christen in vier Kategorien ein:

- 1. Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten:** In diese Kategorie fallen ausländische Christen (Auswanderer wie auch Arbeitsmigranten), denen ein gewisses Maß an Freiheit bei der Ausübung ihres Glaubens gewährt wird. Der Kontakt zu einheimischen Christen ist ihnen jedoch untersagt. Wo dies nicht zutrifft, findet diese Kategorie keine Anwendung.
- 2. Traditionelle Kirchen:** Diese Kategorie bezeichnet die historisch gewachsenen christlichen Gemeinschaften wie katholische, orthodoxe und traditionelle protestantische Kirchen. Sie existieren häufig schon seit vielen Jahrhunderten in den betreffenden Ländern. Ihre Situation sowie das jeweilige Maß an gewährter Freiheit variieren von Land zu Land.
- 3. Gemeinschaften christlicher Konvertiten:** Diese Kategorie umfasst Christen, die früher einer anderen Hauptreligion oder -ideologie, traditionellen Religionen, dem organisierten Verbrechen oder einer anderen Gruppe mit starker Identität angehörten. Sie haben ihre alte Identität abgelegt um Christen zu werden. Konvertiten schließen sich teilweise einer anderen bestehenden Kirche an, oft schließen sie sich jedoch in eigenen „Haus-“ oder „Untergrundkirchen“ zusammen.
- 4. Mitglieder von protestantischen Freikirchen** (z.B. Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden) und/oder andere christliche Gemeinschaften, die nicht Teil der oben genannten drei Gruppen sind. Diese Kategorie fasst die große Bandbreite unterschiedlicher protestantischer Ausdrucksformen zusammen, zu denen auch die unabhängigen Kirchen in vielen Ländern gehören. Einigen von ihnen wird von anderen Christen ein Mangel an theologischer Orthodoxie vorgeworfen, doch solange sie sich selbst als Christen identifizieren (vgl. Definition von „Christ“), fallen sie unter diese Kategorie.

Anhang 2

Erläuterungen zu den Lebensbereichen der Verfolgung

Das „Konzept der fünf Lebensbereiche“ wurde entwickelt, um die unterschiedlichen Ausprägungen von Verfolgung in den einzelnen Lebensbereichen eines Christen zu erfassen. Der WVI-Fragebogen enthält spezifische Fragen für jeden Bereich und ermittelt eine entsprechende Punktzahl. Die maximale Wertung für jeden der fünf Lebensbereiche sowie des Bereiches „Auftreten von Gewalt“ beträgt 16,667 Punkte. Aus der Summe all dieser Einzelwertungen ergibt sich eine maximale Gesamtwertung von 100 Punkten.

<p>1. Privatleben</p>	<p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei ist ein Christ, sein persönliches Glaubensleben im privaten Rahmen vor Gott auszuleben?“</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Themen an: Bekehrung, persönliche Anbetung, Besitz religiöser Materialien, Bekenntnisfreiheit (beispielsweise die Freiheit seinen Glauben mündlich oder schriftlich unter Verwendung von Bildern und Symbolen zu äußern, Zugang zu Informationen und Medien, das Weitergeben des eigenen Glaubens im privaten Rahmen), die Freiheit sich privat zu versammeln oder die Isolierung von Christen.</p>
<p>2. Familienleben</p>	<p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei ist ein Christ, seine Glaubensüberzeugungen im Rahmen der eigenen Familie auszuleben und wie frei sind christliche Familien, ihr Familienleben gemäß ihrer religiösen Überzeugung zu gestalten?“</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: Zwangsweise Zuweisung einer religiösen Identität, zivilrechtliche Registrierungen, Eheschließungen, Taufen, Beerdigungen, Adoptionen, Kindererziehung, Indoktrinierung von Kindern, Schikanen oder Diskriminierung von Kindern, Trennung von Familien, Isolierung von Konvertiten, erzwungene Scheidungen, Sorgerecht und Erbrecht.</p>
<p>3. Gesellschaftliches Leben</p>	<p>Das gesellschaftliche Leben schließt den Arbeitsplatz, die Geschäftswelt, das Gesundheitswesen, die Bildung, das öffentliche Leben vor Ort und die öffentliche Ordnung ein.</p> <p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei sind Christen als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, ihre Glaubensüberzeugungen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld öffentlich auszuleben (jenseits des kirchlichen Lebens), und wie viel Druck übt die Gesellschaft auf Christen aus in Form von konkreter Diskriminierung, Schikanen oder anderen Formen von Verfolgung?“</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Themen an: Drohungen, Hürden im Alltagsleben, Kleidungsvorschriften, Beobachtung von Christen, Entführung und Zwangsheirat, Zugang zur öffentlichen Grundversorgung und gesellschaftlichen Anlässen, Teilhabe an kommunalen Einrichtungen und Foren, Druck den Glauben zu widerrufen, Zugang zur Gesundheitsversorgung, Zugang zu bzw. Benachteiligung im Bildungsbereich, Diskriminierung am Arbeitsmarkt und im Geschäftsleben, Schikanen durch Behörden (Strafen, Verhöre, erzwungene Berichterstattung).</p>

<p>4. Leben im Staat</p>	<p>Das Verhältnis von Christen zu dem Staat, in dem sie leben, wird geprägt durch Rechte und Gesetze, das Justizwesen, die öffentliche Verwaltung und das öffentliche Leben.</p> <p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei sind Christen als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, ihre Glaubensüberzeugungen über ihre lokale Umgebung hinaus auszuüben; wieviel Druck erlegt das Rechtssystem Christen auf; wieviel Druck üben Vertreter übergeordneter öffentlicher Stellen auf Christen aus, etwa durch die Verbreitung von Fehlinformationen, Diskriminierung, Schikanen oder andere Formen von Verfolgung?“</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: nationale Ideologien, die geltende Verfassung, Erfassung der Religionszugehörigkeit in Ausweispapieren, Wehrdienstverweigerung, Reisefreiheit im eigenen Land und ins Ausland, behördliche Diskriminierung, Ausgrenzung von öffentlichen Ämtern oder beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten, politische Einmischung in das Geschäftsleben, Meinungsfreiheit, christliche zivilgesellschaftliche Organisationen und Parteien, Berichte von religiösen oder sozialen Konflikten, Verleumdungskampagnen, Duldung öffentlicher Verunglimpfung, religiöse Symbole, Blasphemianschuldigungen, Straflosigkeit, rechtliche Gleichbehandlung, Prozessbeobachtung.</p>
<p>5. Kirchliches Leben</p>	<p>Als kirchliches Leben gilt die kollektive Glaubenspraxis von Christen unter Ausübung ihrer Meinungs- und Gewissensfreiheit, insbesondere in Form von gemeinschaftlicher Anbetung, gemeinschaftlichem Leben, Dienst und dem öffentlichen Bekenntnis ihres Glaubens ohne unangemessene Störung. Dies schließt auch jegliches Eigentum der Christen ein, das in diesem Zusammenhang verwendet wird.</p> <p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „In welchem Maß haben Einschränkungen, Diskriminierungen, Schikanen oder andere Formen von Verfolgung die Rechte und das gemeinschaftliche Leben von christlichen Kirchen, Organisationen und Institutionen beeinträchtigt?“</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: Einschränkungen der Versammlungsfreiheit von Christen, Registrierung von Kirchen, Beobachtung oder Schließung unregistrierter Kirchen, Kirchenneubau und -renovierung, Zwangsenteignung, Störung oder Unterbrechung von Gottesdiensten, Verhinderung kirchlicher Aktivitäten innerhalb oder außerhalb der Kirche oder im Blick auf Jugendliche, Umgang mit Konvertiten, Überprüfung von Predigten und veröffentlichtem Material, Wahl und Ausbildung von Leitern, Schikanen gegen Leiter oder ihre Familien, Herstellung, Import, Verkauf und Verbreitung oder Konfiszierung von Bibeln und anderem religiösen Material, Nutzung von Fernsehen und Internet, Einmischung in ethische Überzeugungen (bezüglich Ehe und Familie) und die Personalpolitik christlicher Einrichtungen, zivilgesellschaftliche christliche Organisationen und soziale Aktivitäten, Zusammenarbeit mit der globalen Kirche und das Anprangern von Verfolgung durch die Regierung.</p>

Gewalt wird definiert als die Beraubung äußerer Freiheit oder als massiver physischer oder mentaler Angriff auf Christen oder ihren Besitz. Gewalt kann in allen Lebensbereichen auftreten, wie das untenstehende Diagramm illustriert. Die Wertung fließt gleichrangig mit den Ergebnissen der anderen Bereiche zu 1/6 in die Gesamtpunktzahl ein.

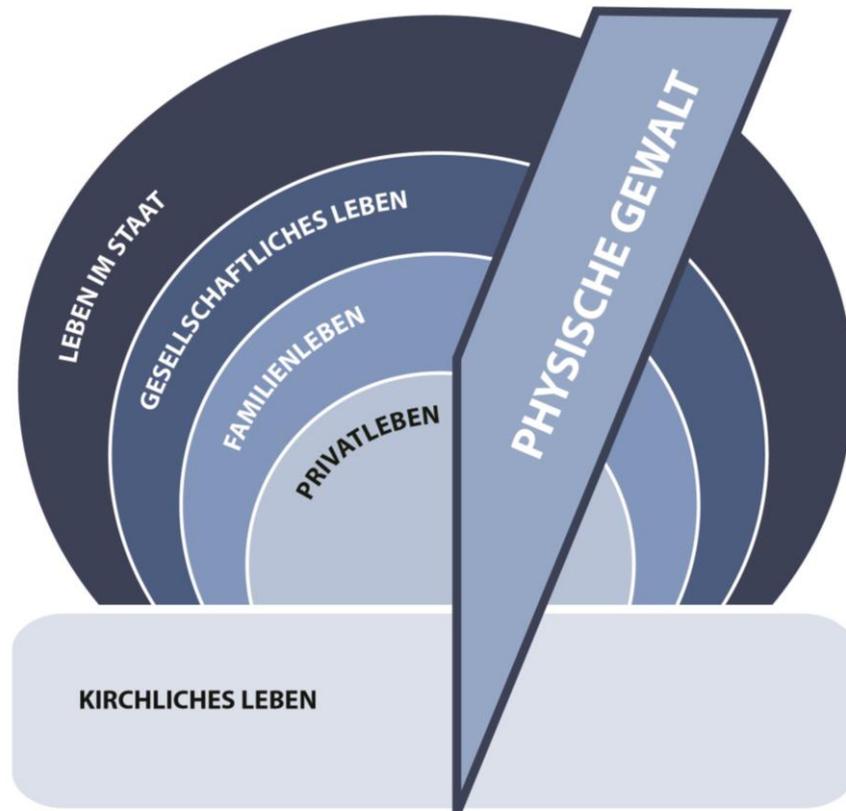


Diagramm zur Illustration der Auswirkungen von Gewalt auf alle Lebensbereiche (© Christof Sauer, IIRF)

Anhang 3

Erläuterungen zu den Triebkräften der Verfolgung

<p>1. Islamische Unterdrückung</p>	<p>Strebt danach, ein Land oder die Welt mit gewaltsamen oder gewaltlosen Methoden in das „Haus des Islam“ einzugliedern.</p>
<p>2. Religiös motivierter Nationalismus</p>	<p>Strebt danach, ein Land für die eigene Religion zu erobern. Tritt hauptsächlich im Zusammenhang mit Hinduismus und Buddhismus auf, aber auch mit orthodoxem Judentum oder anderen Religionen.</p>
<p>3. Ethnisch begründete Anfeindungen</p>	<p>Versuch, den Fortbestand althergebrachter Werte und Normen in einem Stammeskontext zu erzwingen. Oft einhergehend mit traditioneller Religion oder ähnlichen Bräuchen.</p>
<p>4. Konfessioneller Protektionismus</p>	<p>Sucht die Stellung der eigenen christlichen Konfession als einzig legitimen oder beherrschenden Ausdruck des christlichen Glaubens im Land zu erhalten. In den meisten Fällen geht es dabei um die größte christliche Konfession eines Landes.</p>
<p>5. Kommunistische Unterdrückung</p>	<p>Strebt danach, den Kommunismus als einzig gültige Ideologie zu erhalten und/oder kontrolliert die Kirche mit Hilfe eines Systems von Registrierung und Kontrolle, das dem Kommunismus entstammt.</p>
<p>6. Säkulare Intoleranz</p>	<p>Strebt an, jegliche Form von Religion aus dem öffentlichen Bereich zu verbannen, wenn möglich auch aus dem Denken der Menschen; will gleichzeitig eine atheistische Form von Säkularismus als neu beherrschende Ideologie erzwingen.</p>
<p>7. Diktatorische Paranoia</p>	<p>Ordnet alles dem Machterhalt unter, ohne notwendigerweise ein ideologisches Ziel anzustreben.</p>
<p>8. Organisiertes Verbrechen und Korruption</p>	<p>Strebt danach, ein Klima der Straflosigkeit, Anarchie und Korruption zu schaffen mit dem Ziel der eigenen Bereicherung.</p>

Anhang 4

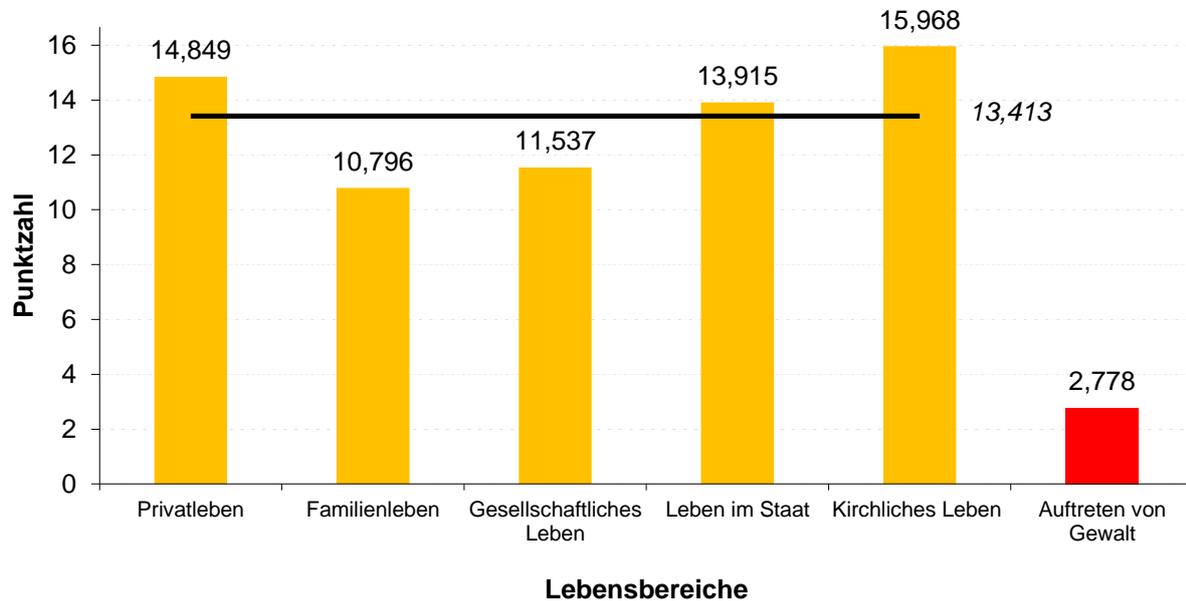
Auflistung der Verfolger

Der Begriff „Verfolger“ wird verwendet, um Personen oder Gruppierungen zu beschreiben, die Christen in einem bestimmten Land unter Druck setzen. Die Forschungsabteilung World Watch Research benennt in ihren Publikationen 11 solcher Verfolger bzw. Verfolgergruppen:

1. Regierungsbeamte von der lokalen bis zur nationalen Ebene
2. Anführer ethnischer Gruppierungen
3. Nicht-christliche Religionsführer von der lokalen bis zur nationalen Ebene
4. Leiter anderer Kirchen von der lokalen bis zur nationalen Ebene
5. Fanatische Bewegungen
6. Gewöhnliche Bürger (Menschen aus der Mitte der Gesellschaft), einschließlich Mobs
7. Mitglieder der erweiterten Familie
8. Politische Parteien von der lokalen bis zur nationalen Ebene
9. Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen
10. Netzwerke oder Kartelle des organisierten Verbrechens
11. Multilaterale Organisationen

Anhang 5

Erläuterungen zum „Verfolgungsmuster“



Grafik: Verfolgungsmuster Usbekistan 2016

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Usbekistan:

Das Verfolgungsmuster für Usbekistan basiert auf der Summe der Wertungen für Diktatorische Paranoia, und Islamische Unterdrückung:

- Der Druck auf die Christen ist leicht gestiegen, wie die Durchschnittswertung der ersten fünf Bereiche zeigt; sie ist von 12,995 (WVI 2015) auf 13,413 gestiegen.
- Der stärkste Druck herrscht in den Bereichen Privatleben, Leben im Staat und Kirchliches Leben. Dies ist charakteristisch für eine Situation, in der Diktatorische Paranoia die vorherrschende Triebkraft von Verfolgung darstellt. Islamische Unterdrückung wirkt sich besonders in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ aus und wird von dem sozialen Umfeld ausgeübt.
- Die Punktzahl im Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist rückläufig: von 4,074 (WVI 2015) auf 2,778. Das lässt darauf schließen, dass entweder die Zahl der Gewalttaten zurückgegangen ist (was eher unwahrscheinlich ist), oder dass die Gläubigen mehr Angst haben, von Vorfällen zu berichten.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

6. Open Doors in Kürze

Im Einsatz für verfolgte Christen

Open Doors ist als überkonfessionelles christliches Hilfswerk seit über 60 Jahren in rund 60 Ländern im Einsatz für verfolgte Christen. Jährlich veröffentlicht das Werk den Weltverfolgungsindex, eine Rangliste von Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Danach sind derzeit mehr als 200 Millionen Christen einem hohen Maß an Verfolgung ausgesetzt. „Open Doors existiert nur aus einem Grund: weil es verfolgte Christen gibt“, so der Gründer des Hilfswerks, der Holländer Anne van der Bijl.

Projekte von Open Doors umfassen Hilfe zur Selbsthilfe, Ausbildung von christlichen Leitern, Engagement für Gefangene, Nothilfe und Trauma-Arbeit, die Bereitstellung von Bibeln und christlicher Literatur sowie die Unterstützung von Familien ermordeter Christen. Mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit informiert das Werk in Publikationen und mit Vorträgen über Christenverfolgung und ruft zu Gebet und Hilfe für verfolgte Christen auf.

Die Arbeit von Open Doors Deutschland e.V. wird durch Spenden finanziert. Das Werk trägt das Spendenprüfzertifikat der Deutschen Evangelischen Allianz.

Professionalisierte Hilfe in rund 60 Ländern – Gewalt und Hass entgegenwirken

Die Stärkung der „Kirche im Untergrund“ kennzeichnet die Tätigkeit von Open Doors bis heute. Unterstützt wird das Hilfswerk dabei von Christen und Kirchen aus aller Welt. So werden jährlich etwa 330.000 Christen vor Ort geschult – darunter viele Leiter – und beispielsweise darin unterstützt, in gewaltbeladenen Situationen deeskalierend zu agieren. In Nothilfeprojekten, wie derzeit im Irak und in Syrien, finden parallel Schulungen zur Koordination von Hilfsgüterverteilungen statt. Aufgrund des hohen Gewaltaufkommens wurde in jüngerer Zeit die Ausbildung von Trauma – Beratern verstärkt. Gleichzeitig bietet Open Doors Hilfe für traumatisierte vergewaltigte Frauen und Mädchen sowie für Hinterbliebene von ermordeten Christen an. Nach dem jüngsten Tätigkeitsbericht wurden mehr als 3 Millionen Bibeln und christliche Materialien verteilt, etwa 400.000 Personen wurden im Rahmen von Nothilfe-Projekten unterstützt, oft im Bereich Hilfe-zur-Selbsthilfe. In Spitzenzeiten leistete Open Doors für mehr als 125.000 christliche Flüchtlinge in Syrien und dem Irak Hilfe. Alle Bemühungen zielen darauf ab, die Kirche inmitten von Verfolgung zu stärken. „Unser weltweiter Dienst für verfolgte Christen kann nur gelingen, wenn alle Christen sich als Ganzes verstehen und füreinander einstehen“, sagt Markus Rode, der Leiter von Open Doors Deutschland.

Open Doors Deutschland e.V.
Postfach 1142 · 65761 Kelkheim
T 06195/6767-0 · F 06195/6767-20
E info@opendoors.de · I www.opendoors.de